

Politische Ökonomie  
Geschichte und Kritik

Paul Mattick

## Marx und Keynes

Die Grenzen des »gemischten Wirtschaftssystems«

Europäische Verlagsanstalt Frankfurt  
Europa Verlag Wien

Nach der unter dem Titel »Marx und Keynes. The Limits of the Mixed Economy« bei Porter Sargent Publisher, Boston, erschienenen amerikanischen Originalausgabe übersetzt von Reiner Diederich und Klaus Hermann

© 1969 Paul Mattick, Cambridge, Mass.

© der deutschen Ausgabe 1971 Europäische Verlagsanstalt  
Frankfurt am Main

Druck: Poeschel & Schulz-Schomburgk, Eschwege

ISBN 3 434 30117 8 (kt.)

ISBN 3 434 30118 6 (Ln.)

Printed in Germany

# Inhalt

Einleitung	7
1. Die keynesianische »Revolution«	9
2. Marx und Keynes	28
3. Die Marxsche Arbeitswerttheorie	36
4. Wert und Preis	49
5. Das Wertgesetz als »Gleichgewichtsmechanismus«	60
6. Akkumulation und fallende Profitrate	66
7. Der »Konjunkturzyklus«	75
8. Die Realisation des Mehrwerts	82
9. Der Kapitalismus in der Krise	92
10. Die Enteignung des Kapitals	106
11. Die Rettung des Kapitalismus	120
12. Die Kehrseite des Keynesianismus	131
13. Die »Transformation« des Kapitalismus	140
14. Das gemischte Wirtschaftssystem	162
15. Geld und Kapital	181
16. Technologie und gemischtes Wirtschaftssystem	199
17. Kapitalbildung und Außenhandel	217
18. Die wirtschaftliche Entwicklung	244
19. Der imperialistische Imperativ	272
20. Staatskapitalismus und gemischtes Wirtschaftssystem	288
21. Marxismus und Sozialismus	302
22. Wert und Sozialismus	316
Epilog	339
Register	348

## Einleitung

Dieses Buch wurde zu einer Zeit geschrieben, als der Präsident der Vereinigten Staaten den »größten Aufschwung des Wohlstands in der Geschichte« bejubelte. In anderen Ländern sprach man von einem »Wirtschaftswunder« oder behauptete, daß »es uns noch nie so gut gegangen ist«. Die Wirtschaftswissenschaftler waren hochofrend darüber, daß sich ihre »traurige Wissenschaft« schließlich als Hoffnung der Welt herausgestellt hatte. Sie beeindruckten Regierungen wie Unternehmer mit ihren theoretischen Fähigkeiten und deren praktischen Anwendungsmöglichkeiten. Außer einer Minderheit, die sich nicht verständlich machen konnte, stimmten »die oben« und »die unten« darin überein, daß die Geschäfte glänzend gingen und es immer so bleiben würde. Einige Sorge bereiteten die Reste von Armut und Arbeitslosigkeit; beides verunstaltete die im übrigen schönen Züge der westlichen Prosperität. Und mehr als bloße Sorge bereitete das ungelöste Problem der »Unterentwicklung«, welche einen großen Teil der Welt von der Teilnahme am allgemeinen Wohlstand ausschloß. Aber eines Tages würde auch den armen Ländern der Sprung in die Entwicklung (*take off*) gelingen, sie würden dem erfolgreichen Westen nacheifern, und die Segnungen des Kapitalismus würden sich über die ganze Welt verbreiten.

Wenn ich Zeuge dieser Periode »bisher nicht erreichter Prosperität« geworden bin, so habe ich doch auch die Wirtschaftskrise zwischen den beiden Weltkriegen miterlebt. Damals war das Vertrauen in die Elastizität des Kapitalismus auf einem niedrigen Stand, und an Theorien über seinen Niedergang und voraussehbares Ende herrschte kein Mangel. Der Marxismus erlebte einen erneuten Aufstieg, wenn auch nur als Ausdruck der wachsenden Diskrepanz zwischen kapitalistischer Ideologie und Wirklichkeit. Das Klima der Verzweiflung wurde jedoch durch staatliche Interventionen in den Wirtschaftsablauf und durch den Zweiten Weltkrieg beseitigt. Inzwischen hatte John Maynard Keynes seine Theorie entwickelt, die eine Geld- und Fiskalpolitik

zur Sicherung der Vollbeschäftigung in der stagnierenden kapitalistischen Wirtschaft nahelegte. Die Regierungen verwirklichten seine Vorschläge, um ein gewisses Maß sozialer und wirtschaftlicher Stabilität in ihren Ländern zu erreichen. Da diese Anstrengungen erfolgreich waren, variierte man einen alten Slogan und erklärte, daß »wir alle jetzt Keynesianer sind«.

Ich behauptete, daß die keynesianische Lösung der die kapitalistische Welt bedrängenden wirtschaftlichen Probleme nur von zeitweiliger Gültigkeit sein kann, und daß sich die Bedingungen, unter denen sie wirksam war, aufzulösen beginnen. Daher ist die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie keineswegs irrelevant geworden; sie erhält vielmehr eine neue Bedeutung, weil sie in der Lage ist, sowohl die »alte« als auch die »neue« Nationalökonomie zu begreifen und zu überschreiten. Ich werde die keynesianische Theorie und Praxis einer marxistischen Kritik unterziehen und darüber hinaus versuchen, politische und ökonomische Ereignisse und Entwicklungen mit Hilfe der marxistischen Analyse zu erhellen.

Dieses Buch stellt jedoch keine fortlaufende Schilderung dar; einzelne Teile sind zu verschiedenen Zeiten und Anlässen geschrieben worden. Sie sind aber als Teilstücke notwendig; alle beziehen sich auf das eine Thema des »gemischten Wirtschaftssystems« (*mixed economy*) und auf die Unterschiede zwischen Keynes und Marx. Es gibt einige unvermeidliche Überschneidungen und sogar Wiederholungen, die, so hoffe ich, die Lesbarkeit des Buches eher erleichtern als erschweren werden.

## 1. Die keynesianische »Revolution«

Die bürgerlichen Nationalökonomien vor David Ricardo entwickelten ihre Theorien ohne tatsächliche Erkenntnis des die kapitalistische Gesellschaft beherrschenden Klassengegensatzes. Ricardo macht, wie Marx schrieb, »endlich bewußt den Gegensatz der Klasseninteressen, des Arbeitslohns und des Profits, des Profits und der Grundrente; zum Springpunkt seiner Forschungen, indem er diesen Gegensatz naiv als gesellschaftliches Naturgesetz auffaßt. Damit war aber auch die bürgerliche Wissenschaft der Ökonomie bei ihrer unüberschreitbaren Schranke angelangt«<sup>1</sup>, denn eine weitergehende kritische Analyse hätte zur Erkenntnis der Widersprüche und Beschränktheiten des kapitalistischen Produktionssystems führen müssen. Indem er tat, was den bürgerlichen Ökonomen verwehrt war, fühlte sich Marx als wahrer Erbe und zugleich als Vernichter der bürgerlichen politischen Ökonomie.

Obleich die bürgerliche Nationalökonomie in der Tat, wie Marx gesagt hatte, zu einem Fortschritt der Erkenntnis unfähig war, konnte sie ihre Erscheinungsweise verändern. Die klassischen Nationalökonomien hatten die Produktion und das System als Ganzes herausgestellt. Ihre Nachfolger legten mehr Gewicht auf den Tausch und das einzelne Unternehmen. Die Theorie wurde immer apologetischer, bis die dem Wirtschaftsprozeß zugrundeliegenden sozialen Beziehungen mit der Ersetzung der klassischen Arbeitswerttheorie durch den subjektivistischen Wertbegriff der Grenznutzenschule gänzlich aus dem Blickfeld gerieten. Wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten ließen jedoch ein Interesse an den Konjunkturzyklen entstehen, den Faktoren, die Prosperität, Krise und Depression bestimmen. Die neoklassische Schule, deren bekanntester Vertreter Alfred Marshall war, versuchte, die Nationalökonomie zur praktischen Wissenschaft zu machen; sie suchte nach Mitteln und Wegen, um die Marktschwankungen zu be-

<sup>1</sup> Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. I, M E W Bd. 23, Berlin (Ost) 1962, S. 20.

einflussen und die Profitabilität des Kapitals zugleich mit der allgemeinen Wohlfahrt zu steigern.

Mitten in der Weltwirtschaftskrise erschien Keynes' Buch »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, das bald als »Revolution« des nationalökonomischen Denkens gefeiert wurde und zur Gründung einer Schule »keynesianischer Wirtschaftswissenschaft« führte. Während hartnäckig »orthodoxe« Nationalökonomien diese Schule entweder als »sozialistisch« oder »illusionistisch« bezeichneten, versuchten wankelmütige Marxisten, Marx dadurch mit Keynes zu vermischen, daß sie die Theorien von Keynes als den »Marxismus« unserer Zeit akzeptierten. Nun wurde behauptet, daß Marx' Skepsis hinsichtlich der Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft nur seine Unfähigkeit oder seinen Unwillen widerspiegelten, die Klassiker *konstruktiv* zu kritisieren. Und von Keynes wurde gesagt, er verwirkliche die Bestrebungen Alfred Marshalls, den Kapitalismus zu reformieren und zu verbessern.

Keynes war schon durch sein Buch über »Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages« populär geworden. Darin hatte er sich gegen die Härte des Versailler Vertrages gewandt, weil »rings um Deutschland . . . der Rest des europäischen Wirtschaftssystems gelagert (war). Von dem Wohlstand und dem Unternehmungsggeist Deutschlands hing der Wohlstand dieses Restes hauptsächlich ab«<sup>2</sup>. Man hat gesagt, daß Keynes' versöhnlerische Argumentation durch die Furcht vor einem antikapitalistischen Umsturz im Gefolge des Krieges motiviert war. Andere argwöhnten, seine konstruktiven Vorschläge sollten nur auf subtile Weise die englische Außenpolitik nach Kriegsende fördern. Obwohl beides sicherlich eine Rolle spielte, beruhte Keynes' Opposition gegen den Friedensvertrag hauptsächlich auf ökonomischen Erwägungen; sie entsprang seinem Glauben, daß die kapitalistische Welt rational handeln könne.

Der Krieg selbst stellte für Keynes nur ein zufälliges und unglückseliges Zwischenspiel im liberalistischen Prozeß der Kapitalbildung dar. 1919 befürchtete er eine Störung der Kapitalakkumulation, weil »die arbeitenden Klassen . . . vielleicht nicht länger willens (sind), auf so viel zu verzichten, und die kapitalistischen Klassen, die nicht mehr voll Vertrauen in die Zukunft sehen, . . . vielleicht rücksichtsloser ihre Freiheit zu genießen, auszunutzen (suchen) solange sie leben, und . . . so die Stunde ihrer Enteignung (beschleunigen)«<sup>3</sup>. Die gestörten >Ge-

2 John Maynard Keynes, »Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages«, München und Leipzig 1920, S. 11.

3A. a. O., S. 16



wohnheiten der Kapitalbildung« mußten wiederhergestellt werden; zu dieser Zeit befürwortete Keynes noch rückhaltlos die »Ungleichheit in der Verteilung des Reichtums« als bestes Mittel zur Anhäufung von Kapital. Bei Kriegsende erwartete er eine Rückkehr zum internationalen Freihandel und unbegrenzte Investitionsmöglichkeiten. Der einfachste Weg zum »Normalzustand« war es natürlich, die Bedingungen der Vorkriegszeit wiederherzustellen. Deshalb sollte Deutschland so behandelt werden, als ob es überhaupt keinen Krieg gegeben hätte. Aber nachdem er den »Kriegssozialismus« in Großbritannien und auf dem europäischen Kontinent und das bolschewistische »Experiment« in Rußland beobachtet hatte, glaubte Keynes nicht mehr, daß der Kapitalismus auf die Methoden des *laissez-faire* beschränkt ist; nun betrachtete er das *laissez-faire* als »eine Legende, eine Art metaphysischen Denkens«. Er war davon überzeugt, daß die kapitalistische Wirtschaft zum Zwecke besseren Funktionierens reguliert werden könne, ohne ihren kapitalistischen Charakter zu verlieren. Wenn eine Volkswirtschaft in bestimmte gewünschte Richtungen gelenkt werden konnte, konnte sie auch den Erfordernissen der Weltwirtschaft angepaßt werden. Weil Kontrollschemata vorstellbar waren, glaubte Keynes, daß ihre praktische Umsetzung nur vom Vorhandensein weiser und gutwilliger Männer abhinge. »Er glaubte an den unbedingten Wert intellektueller Führerschaft, an die Weisheit der wenigen Auserwählten«<sup>4</sup> und ihre Fähigkeit, die wirtschaftlichen Prozesse in einer gesellschaftlich befriedigenden Weise zu beeinflussen.

Nach der bürgerlichen Wirtschaftstheorie verhalten sich die Menschen auf dem Markt, auf dem Eigeninteresse gegen Eigeninteresse steht, rational, jeder um Vorteile kämpfend und den anderen einschränkend. Durch all die ungehinderten individuellen Versuche einer Maximierung der Bedürfnisbefriedigung bilden sich auf dem Markt Preisrelationen heraus, die tendenziell zur wirtschaftlichsten Allokation der Ressourcen führen. Keynes zog die Behauptung nicht in Zweifel, daß sich aus dem Optimum des Eigennutzes das Maximum gesellschaftlichen Wohlstands ergebe; er meinte nur, daß die Menschen selten ihre wirklichen Interessen kennen. Der Individualismus reichte nicht aus, um das *wahre* Eigeninteresse zu erkennen. Beispielsweise dienen Sparen und Konsumeinschränkung zuzeiten sowohl dem Individuum als auch der Gesellschaft; zu anderen Zeiten machen sie beide vielleicht ärmer. Um herauszufinden, wann das eine oder das andere Verhalten angemessen ist, muß man von einem gesellschaftlichen Standpunkt ausgehen.

Die Erkenntnis, daß man, um die individualistischen Eigeninteressen zu verwirklichen, die Bedürfnisse des gesellschaftlichen Systems berücksichtigen muß, zwang Keynes, von der »Mikro-Ökonomie« zur »Makro-Ökonomie« der Klassiker zurückzukehren. Das schloß eine partielle Rückkehr zur Arbeitswerttheorie ein; denn die Kategorien, mit denen das einzelne Unternehmen und die individuelle Preisbestimmung beschrieben werden, passen nicht in eine Theorie, die gesellschaftliche Gesamtgrößen wie Einkommen, Konsum, Investition, Beschäftigung und ihre ökonomische Wechselwirkung behandelt. Dieser Wechsel der Instrumente ist als »implizite Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung«<sup>5</sup> verstanden worden. Tatsächlich beweist er nur Keynes' großes Interesse an Eingriffen des Staates »sowohl als das einzige durchführbare Mittel, die Zerstörung der bestehenden wirtschaftlichen Formen in ihrer Gesamtheit zu vermeiden, als auch als die Bedingung für die erfolgreiche Ausübung der Initiative des einzelnen«<sup>6</sup>.

Beim Versuch, mit den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig zu werden, wandten sich die Nationalökonomien der Theorie des Geldes zu, um den Konjunkturzyklus beeinflussen zu lernen. Keynes paßte in diesen Trend gut hinein. Als Währungsspekulant befaßte sich Keynes von seiner ersten Veröffentlichung, »Indian Currency and Finance« (1913), bis zu seiner letzten über den Internationalen Währungsfonds, mit monetären Fragen und Reformen des Geldsystems. Die Kontrolle dieses Systems war im wesentlichen eine Kreditkontrolle mit Hilfe des Zinssatzes geworden. Nach Keynes' Ansicht konnten sowohl übermäßige Inflation als auch übermäßige Deflation - die beide die Stabilität der Wirtschaft beeinträchtigen - auf eine Disparität zwischen Ersparnis und Investition zurückgeführt werden. Wenn die Investitionen die Ersparnis übersteigen, wird es eine Inflation geben; wenn das Gegenteil der Fall ist, tritt eine Deflation ein. Keynes schrieb die Diskrepanz zwischen Ersparnis und Investition einer mangelnden Regulierung beider Größen zu. Da Individuen und Gruppen voneinander unabhängig über Ersparnis und Investition entschieden, gab es keine Garantie dafür, daß diese Entscheidungen sich gegenseitig ergänzen würden. Das wirtschaftliche Wohlergehen hing also von einem Zinssatz ab, der die Ersparnis mit der Investition in Übereinstimmung hielt, und so das allgemeine Preisniveau stabilisierte.

Keynes meinte, daß die Produktion vom Zinssatz begrenzt werde, weil dieser das Maß für die Profitabilität von Investitionen abgebe.

<sup>5</sup> D. Dillard, »The Economics of John Maynard Keynes«, New York 1948, S. 195.

<sup>6</sup> John Maynard Keynes, »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Nachdruck, Berlin 1955, S. 321.

Die Investitionsrate hängt von den Unternehmern ab, die entsprechend ihrer Gewinnerwartung investieren. Diese Unternehmer, so wird angenommen, vergleichen ihren erwarteten Profit mit dem gegenwärtigen Zins, der für geliehenes Geld zu zahlen ist. Demnach würde eine Herabsetzung des Zinssatzes die Investitionsneigung steigern. Keynes leugnete nicht, daß eine ausgedehnte Depression ein »angemessenes« Verhältnis zwischen Profiten, Zinsen und Löhnen wiederherstellen kann. Aber er war sich sicher, daß ein Inflationkurs dieselben Ergebnisse mit weniger Härten bringen würde. Er betrachtete seine Vorschläge für eine gewollte Inflation nicht als zur klassischen Doktrin im Widerspruch stehend, sondern als Antwort auf die Verletzung dieser Doktrin, die sich in künstlich aufrechterhaltenen Zinssätzen manifestierte. Er war davon überzeugt, daß die Kontrolle der Geld- und Kreditzufuhr einen Gleichgewichts-Zinssatz hervorbringen würde, bei dem sich Ersparnis und Investition entsprechen, und die psychologischen Bedingungen für eine »normale« Kapitalexpansion hergestellt würden.

Es ist an dieser Stelle nicht nötig, die zahlreichen diesbezüglichen Vorschläge von Keynes zur Linderung der wirtschaftlichen Mißstände zu erörtern. Seine »Originalität« liegt nicht auf diesem Gebiet: hier teilt er sich das Verdienst mit Hawtrey, Harrod, Cassel, Wicksell, Fisher und einer Reihe längst vergessener »Geld-Narren«, insbesondere Proudhon und Silvio Gesell<sup>7</sup>. Proudhon stellte sich ein Wirtschaftssystem ohne Ausbeutung vor, einen »Mutualismus«, der durch zinslose Kapitalvergabe erreicht werden sollte. In einer Gesellschaft unabhängiger Produzenten und Arbeitersyndikate sollte die Nationalbank Kredite gratis an alle Leiher vergeben. Während Proudhon glaubte, daß die Beseitigung des Zinses der sicherste Weg zum »Sozialismus« sei, fand Silvio Gesell am »Manchestersystem« nichts auszusetzen. Er war ein Gegner von Zins und Grundrente, weil sie die kontinuierliche Ausweitung der Produktion behinderten. Nach Gesell hat das Geld, da es nicht nur Tauschmittel ist, sondern auch als Vermögen gehortet werden kann, die Tendenz, den Zirkulationsprozeß zu verlassen und damit Stagnation und Niedergang zu verursachen. Wenn das Geldhorten verhindert werden könne, könne die Produktion sich ununterbrochen entwickeln. Gesell schlug eine Steuer für Geld vor. Wenn alles unangelegte Geld besteuert würde, wäre der Besitz von Geld eine teure Angelegenheit. Gesell nahm an, daß die Leute ihr Geld eher in »wirk-

7 Vgl. Silvio Gesell, »Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld«, Berlin 1916.

liches Kapital« umwandeln würden, als einen Preis für das Horten zu zahlen - und daß die Steigerung der Investitionen zu einer Wirtschaft des Überflusses führen würde.

Während Keynes die utopischen Sehnsüchte Proudhons nicht teilte, stimmte er mit dem Angriff auf die Zahlung von Zinsen vollkommen überein; er befürwortete eine allmähliche »Euthanasie des Rentners«. Wenn er Gesells Theorien auch für unpraktisch hielt, betrachtete er sie doch als prinzipiell richtig. Auch er meinte, daß die Doktrin des *laissez-faire* dort falsch ist, wo sie einen Mechanismus der Selbstanpassung annimmt, der Zinssatz und Investitionsvolumen ins Gleichgewicht bringt. Wiewohl er Gesells »Pionierarbeit« schätzte, glaubte er auf seine Vorschläge verzichten zu können: ein manipulierter Zinssatz konnte die Investitionen in ausreichendem Maß regulieren, um die notwendige Rate der Kapitalexpansion zu sichern.

Im Unterschied zu denjenigen Nationalökonomern, die alle wirtschaftlichen Probleme allein mit monetären Maßnahmen lösen wollten, stellte Keynes seine Ideen als »vollständige Theorie einer Geldwirtschaft« vor, die Geld- und Werttheorie miteinander verbinde. Er nannte sein Buch eine »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, weil seiner Auffassung nach »die Postulate der klassischen Theorie nur in einem Sonderfall, aber nicht im allgemeinen gültig sind, weil der Zustand, den sie voraussetzt, nur ein Grenzpunkt der möglichen Gleichgewichtslagen ist. Die Eigenheiten des von der klassischen Theorie vorausgesetzten Sonderfalles weichen überdies von denen unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ab, und ihre Lehren werden daher irreführend und verhängnisvoll, wenn wir versuchen, sie auf die Tatsachen der Erfahrung zu übertragen.«<sup>8</sup>

Die traditionelle oder Standardtheorie ließ die Arbeitslosigkeit außer acht; bis zur »Allgemeinen Theorie« übersah auch Keynes dieses Problem. Genauer: sein »Treatise on Money« (1930) nahm den späteren Versuch vorweg, die Gesamtgrößen der Produktion und der Beschäftigung in den Griff zu bekommen. Aber erst in der »Allgemeinen Theorie« begann er sich ernsthaft mit der Verteilung und Quantität der Beschäftigten sowie den Faktoren zu befassen, von denen deren Veränderung abhängig ist.

Die traditionelle Theorie hielt an den imaginären Bedingungen der Vollbeschäftigung fest, weil ihre Vertreter glaubten, daß der Lohn auf Angebot und Nachfrage reagiere, und niemals so lange so hoch sein könne, daß Arbeitslosigkeit entstehen oder aufrechterhalten würde.

Sie waren davon überzeugt, daß niedrigere Löhne die Beschäftigung steigerten, und vertrauten darauf, daß Arbeitslosigkeit die Löhne senkte. Keynes teilte ihre Überzeugung, aber nicht ihr Vertrauen. Er fand heraus, daß ein gegebener »Hang zum Verbrauch« und eine gegebene Investitionsrate ein bestimmtes Beschäftigungsniveau ergeben, das dem wirtschaftlichen Gleichgewicht entspricht. Dieses Niveau kann zwar nicht oberhalb, wohl aber unterhalb der Vollbeschäftigung liegen. Ein Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung ist möglich, jedoch wäre es ein Sonderfall. Im allgemeinen erfordert eine Steigerung des Beschäftigungsniveaus eine Veränderung entweder des Hangs zum Verbrauch oder der Investitionsrate.

Die Behauptung, daß Arbeitslosigkeit unter bestimmten Bedingungen die Unvereinbarkeit der Reallöhne mit dem wirtschaftlichen Gleichgewicht anzeigt, und eine Lohnsenkung das Beschäftigungsniveau steigern würde, weil sich mit ihr die Profitabilität und folglich die Investitionsrate erhöht, stellte Keynes nicht infrage. Er glaubte nur, daß die Löhne weniger flexibel sind als man allgemein angenommen hatte. Die Arbeiter hatten gelernt, sich Lohnkürzungen zu widersetzen. Solange die »sozialistische Methode« der Lohnkürzung durch Regierungserlaß, wie Keynes sagte, noch nicht anwendbar war, konnte mit den verfügbaren Mitteln ein gleichmäßiger Lohnabbau für alle Schichten der Arbeiterklasse nicht erreicht werden. Keynes bemerkte, daß die Arbeiter einer Senkung der Geldlöhne mehr Widerstand entgegenzusetzen als einer Senkung der Reallöhne. Das ist natürlich richtig; und wenn auch nur, weil Streiken leichter fällt als steigende Preise zu bekämpfen. Keynes erkannte, daß dies subtilere Wege der Lohnsenkung eröffnete als die traditionell üblichen. Er spürte, daß der feinere Weg auch der gangbarere und wirksamere war. Eine flexible Lohnpolitik > konnte durch eine flexible Geldpolitik ersetzt werden: ein Anwachsen der Geldmenge würde die Preise erhöhen und die Reallöhne senken, wenn die Geldlöhne auf demselben Stand blieben oder langsamer als das allgemeine Preisniveau stiegen. »Unter Berücksichtigung der menschlichen Natur und unserer Einrichtungen«, schrieb Keynes, »kann es nur ein einfältiger Mensch sein, der eine nachgiebige Lohnpolitik einer nachgiebigen Geldpolitik vorziehen würde, es sei denn, daß er auf Vorteile der ersteren hinweisen kann, die von der letzteren nicht erreicht werden können.«<sup>1</sup>

Im übrigen bestimmen nach Keynes nicht die Lohnabkommen zwischen Arbeitern und Unternehmern das Beschäftigungsniveau, sondern

die vorhandene »effektive Nachfrage«, die vom Hang zum Verbrauch und von der Rate der Kapitalbildung abhängt. Selbst bei vollkommen flexiblen Lohnquoten gibt es Arbeitslosigkeit, wenn die Nachfrage sinkt. Das allgemein als gültig angesehene »Say'sche Gesetz«, nach dem »das Angebot eine ihm entsprechende Nachfrage erzeugt«, ist falsch; entgegen der allgemeinen Annahme reguliert sich der Kapitalismus nicht selbst. Steigert eine Senkung der Geldlöhne das Beschäftigungsniveau, wenn sie auf die aggregierte Nachfrage keinen Einfluß hat, so ist das bei sinkender aggregierter Nachfrage nicht der Fall. Unter einem »sozialen« Gesichtspunkt sind Lohnsenkungen also nur sinnvoll, wenn sie zu einer Ausdehnung der Produktion führen, durch die sich die effektive Nachfrage erhöht. Bevor nicht Vollbeschäftigung erreicht ist, sorgt auch der Markt nicht für Lohnhöhen, die die effektive Nachfrage sichern oder vergrößern. Um Vollbeschäftigung zu erreichen, muß mit monetären und vielleicht sogar außermonetären Maßnahmen eingegriffen werden. Zweck dieser Eingriffe ist es jedoch, das Marktgleichgewicht unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung in Funktion zu setzen. Says unbrauchbares Marktgesetz soll durch Eingriffe in den Markt verwirklicht werden.

Nach Say produzieren die Menschen entweder um zu konsumieren oder um zu verkaufen, und sie verkaufen, um irgendeine andere Ware zum Zwecke des Konsums zu erwerben; folglich gleichen sich Angebot und Nachfrage immer aus. Wenn es von einer bestimmten Ware zuviel gibt, fällt ihr Preis; wenn es zuwenig gibt, steigt ihr Preis. Diese Preisveränderungen, die zu einem wirtschaftlichen Gleichgewicht tendieren, schließen die Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion aus. Der Marktmechanismus erscheint hier als ein sich selbst anpassender Gleichgewichtsmechanismus, der nur ungestört bleiben muß, um die ökonomischste und rationalste Allokation der produktiven Ressourcen und Distribution der produzierten Waren zu ergeben. Nach Keynes wurde »als ein selbstverständlicher Zusatz zur gleichen Doktrin ... angenommen, daß jeder Einzelakt der Enthaltung von Verbrauch notwendigerweise dazu führen müsse und gleichbedeutend damit sei, daß die Arbeit und die Güter, welche dadurch von der Versorgung für den Verbrauch freigegeben werden, für die Erzeugung von Kapitalgütern verwendet würden«. <sup>10</sup>

Ungeachtet einiger theoretischer Schwankungen ist Keynes zufolge »das zeitgenössische Denken . . . noch stark von der Vorstellung durchtränkt, daß, wenn die Menschen ihr Geld nicht in einer Weise aus-

geben, sie es in einer anderen Weise ausgeben«. <sup>11</sup> Keynes räumte ein, es sei plausibel, »daß die *Kosten* der Erzeugung immer durch die Summe der von der Nachfrage gelieferten Verkaufserlöse gedeckt werden«. Dies legt die Annahme nahe, »daß die Tätigkeit, durch die sich ein einzelner bereichert, ohne sichtlich einem andern etwas wegzunehmen, das Gemeinwesen als Ganzes genommen bereichern muß, so daß ... ein individueller Sparakt unvermeidlich zu einer genau entsprechenden Investitionstätigkeit führen muß; denn ... es ist unbestreitbar, daß die Summe des Vermögenszuwachses der einzelnen genau gleich dem gesamten Reinvermögenszuwachs des Gemeinwesens sein muß«. Keynes schloß: »Die so denken, werden trotzdem durch eine optische Täuschung irreführt, die zwei im Grunde verschiedene Tätigkeiten als die gleichen erscheinen läßt.« <sup>11</sup>

Aus der Annahme, daß der Nachfragepreis des gesamten Output gleich seinem Angebotspreis sei, folgen alle anderen Annahmen der neoklassischen Gleichgewichtstheorie, einschließlich ihrer Theorie der Beschäftigung. Diese Theorie sieht nur »freiwillige« oder »friktionelle« Arbeitslosigkeit vor, nicht aber unfreiwillige. Keynes erkannte die Existenz unfreiwilliger Arbeitslosigkeit an; den Zustand, in dem sie fehlt, nannte er »Vollbeschäftigung«. »Die Anschauung«, schrieb er, »daß die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten im Jahre 1932 entweder durch die hartnäckige Weigerung der Arbeiter verschuldet wurde, eine Kürzung der Geldlöhne anzunehmen oder durch ihr hartnäckiges Bestehen auf einem Reallohn, der höher war als der, den die Produktivität des Wirtschaftslebens bieten konnte, klingt nicht sehr überzeugend. Die Menge der Beschäftigung kann sehr schwanken, ohne daß sich die Forderung der Arbeiter auf Mindestreallohne oder ihre Produktivität merklich ändert.« <sup>1}</sup>

Für Keynes zeigte allein schon die Tatsache ausgedehnter und längerfristiger Arbeitslosigkeit an, daß »Says Gesetz« kein allgemeines Gesetz des Wirtschaftens ist, sondern nur unter den besonderen Bedingungen der Vollbeschäftigung gilt. Nach Keynes kann sich das Wirtschaftssystem im Gleichgewicht befinden, wenn Vollbeschäftigung nicht ganz erreicht ist. Das heißt, ein Beschäftigungsniveau knapp unterhalb der Vollbeschäftigung kann für die Unternehmer am günstigsten sein. Es kann nur durch externe Eingriffe hergestellt werden, indem aus den wechselseitig abhängigen ökonomischen Variablen jene ausgewählt werden, »die vorsätzlich durch die Zentralbehörde des Systems,

<sup>11</sup> A. a. O., S. 17.

<sup>12</sup> A. a. O., S. 18.

<sup>19</sup> A. a. O., S. 23 f.

in dem wir tatsächlich leben, beaufsichtigt oder geleitet werden können«.14 Nach Keynes handelte es sich bei diesen bestimmbareren Variablen um den Hang zum Verbrauch und den Anreiz zur Investition. Die Manipulation dieser Variablen sollte einen Zustand wirtschaftlichen Gleichgewichts bei Vollbeschäftigung herbeiführen. Damit würde die statische Gleichgewichtsanalyse wieder gültig sein. Keynes stellte die Möglichkeit eines Gleichgewichts nicht in Frage; er bezweifelte nur, daß sich das System ihm von selbst annähern kann. Der Theorie, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmte, wurde eine Praxis entgegengesetzt, um die Wirklichkeit zur Übereinstimmung mit der Theorie zu bringen.

Keynes hielt es für angebracht, mit der Lehre zu sympathisieren, daß »alles von der Arbeit hervorgebracht wird«: »Ich glaube, daß viele unnötige Verwirrung vermieden werden kann, wenn wir uns in bezug auf das Verhalten der wirtschaftlichen Ordnung als Ganzes streng an die zwei Einheiten >Geld und Arbeit< halten.«<sup>15</sup> Die Grundeinheit der Beschäftigung ist bei ihm eine Arbeitsstunde von durchschnittlicher Produktivität, wie auch in der Marx'schen Theorie Facharbeit auf ungelernete Arbeit zurückgeführt wird. Eine Lohneinheit ist die für eine Arbeitsstunde erhaltene Geldmenge. Die Gesamtgrößen der Produktion, des Einkommens und der Beschäftigung repräsentieren bestimmte Werte, ausgedrückt in Lohneinheiten, wobei letztere konstante Größen sind. Die in Lohneinheiten gemessene Beschäftigungsmenge dient als Index für die Veränderungen des Wirtschaftssystems.

Stark vereinfacht, stellt Keynes' Modell ein geschlossenes System dar, das in zwei Produktionsabteilungen zerfällt - die Konsumgüter- und die Kapitalgüterproduktion. Wenn die aggregierte Nachfrage - nach Konsum- und Kapitalgütern - gleich dem Gesamteinkommen ist, was impliziert, daß die Gesamtersparnis der Gesamtinvestition entspricht, dann soll sich das System im Gleichgewicht befinden. Ein Sinken der aggregierten Nachfrage, also eine Diskrepanz zwischen Ersparnis und Investition, reduziert das Gesamteinkommen und erzeugt Arbeitslosigkeit. Um diese Situation zu ändern, muß die aggregierte Nachfrage bis zu dem Punkt gesteigert werden, an dem das Gesamteinkommen Vollbeschäftigung impliziert.

Da Ricardo die »Funktion der gesamten Nachfrage« übersah, hielt sich Keynes für einen Gegner von Ricardo und einen Anhänger von Malthus, in der Annahme, daß die »effektive Nachfrage« das funda-

14 A. a. O., S. 207.

19 A. a. O., S. 23 f.



mentale Problem einer Wirtschaft mit Vollbeschäftigung sei. Aber während Malthus »nicht deutlich erklären konnte ..., wie und warum die wirksame Nachfrage unzureichend oder übermäßig sein könne«,<sup>16</sup> glaubte Keynes, die Ursache in dem psychologischen »Hang zum Verbrauch« entdeckt zu haben. Malthus erkannte, daß im Kapitalismus die Nachfrage der Arbeiter nicht groß genug sein kann, um den Kapitalisten die Realisation ihrer Profite zu ermöglichen. Da die Preise die Profite enthielten, konnten diese nicht im Austausch der Kapitalisten untereinander realisiert werden. Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit enthielten und schufen einen Nachfragemangel, der den Anreiz zur Kapitalakkumulation zerstörte. Malthus folgerte, daß diese Nachfrage aus sozialen Schichten neben den Klassen der Arbeiter und Kapitalisten kommen müsse. Auf diese Weise rechtfertigte er die weitere Existenz der unproduktiven Feudalschichten; ihr Konsum erschien ihm für das richtige Funktionieren des Wirtschaftssystems unentbehrlich. Doch »das große Rätsel der wirksamen Nachfrage, mit dem Malthus gerungen hatte, verschwand aus der wirtschaftlichen Literatur«,<sup>17</sup> bis Keynes sich erneut seiner annahm. Keynes' Theorie kann also als moderne Version, Ausarbeitung und höchstmögliche Verfeinerung der malthusianischen Akkumulationstheorie betrachtet werden.

Für Keynes ist der Konsum das offensichtliche Ziel und Objekt aller Wirtschaftstätigkeit. Das Kapital, so schrieb er, sei »keine selbstgenügsame, vom Verbrauch unabhängige Wesenheit«; deshalb »(muß) jede zur beständigen Gewohnheit werdende Schwächung des Hanges zum Verbrauch ... sowohl die Nachfrage für Kapital als auch die Nachfrage für den Verbrauch schwächen«<sup>18</sup>. Er glaubte, es sei ein »psychologisches Gesetz«, daß die Konsumenten einen relativ immer kleiner werdenden Teil ihres Einkommens verbrauchen, je höher dieses Einkommen steigt. Nur in einer wirtschaftlich zurückgebliebenen Gesellschaft sei der Hang zum Verbrauch groß genug, um die Beschäftigung aller Arbeitskräfte zu sichern. Dieser Hang werde in einer »reifen« Gesellschaft schwächer. Da der Hang zum Verbrauch mit dem wachsenden Reichtum der Gesellschaft sinkt, der mit Kapitalbildung identisch ist, wird, wenn die Bereicherung der Gesellschaft begünstigt wird, das Sinken des Hanges zum Verbrauch gefördert. Die Kapitalakkumulation findet ihr Ende mit dem sinkenden Hang zum Verbrauch, der den Niedergang der effektiven Nachfrage *bedingt*. Keynes hatte sich

16 A. a. O., S. 27.

17 A. a. O., S. 28.

19 A. a. O., S. 23 f.

vorgenommen, Says Marktgesetz auf seinem eigenen Boden zu widerlegen, d. h. auf dem Boden der Annahme, daß die Produktion zum Zwecke des Konsums geschieht. Wie hätte er mehr Erfolg haben können als durch den Nachweis, daß gerade wegen der »Tatsache« einer Produktion für den Konsum das Angebot nicht seine eigene Nachfrage schaffen kann?

Keynes betrachtet den Konsum der Mehrzahl der Bevölkerung, so erbärmlich er im Vergleich zur potentiellen und selbst zur tatsächlichen Produktion sein mag, als den von der Gesellschaft gewünschten Konsum, der ihren wirklichen Hang zum Verbrauch ausdrückt. Doch meint er, daß selbst in der »reifen« Gesellschaft die effektive Nachfrage durch eine Veränderung des Hangs zum Verbrauch gesteigert werden könne. Damit gibt er zu, daß zwischen dem, was er als gesellschaftlichen Hang zum Verbrauch bezeichnet, und den wirklichen gesellschaftlichen Konsumbedürfnissen ein Unterschied besteht. Dies bedeutet natürlich, daß der Konsum nicht Zweck der wirtschaftlichen Tätigkeit im Kapitalismus sein kann. Denn wenn das der Fall wäre, gäbe es das Problem der effektiven Nachfrage nicht.

Wenn die Beschäftigung zunimmt, schreibt Keynes, »nimmt das gesamte Realeinkommen zu. Die Psychologie der Bevölkerung ist derart, daß bei einer Zunahme des gesamten Realeinkommens auch der gesamte Verbrauch zunimmt, obschon nicht im gleichen Maße wie das Einkommen. Die Unternehmer würden daher einen Verlust erleiden, wenn die gesamte Zunahme der Beschäftigung der Befriedigung der vermehrten Nachfrage für den sofortigen Verbrauch gewidmet würde. Um eine gegebene Beschäftigungsmenge zu rechtfertigen, ist somit ein Betrag laufender Investition erforderlich, der groß genug ist, um den Überschuß der gesamten Produktion über die Menge zu absorbieren, die die Bevölkerung gerade verbraucht, wenn die Beschäftigung auf der gegebenen Höhe ist. Denn wenn dieser Betrag der Investition nicht vorhanden ist, werden die Einkünfte der Unternehmer kleiner sein, als notwendig ist, um sie zu veranlassen, die gegebene Menge der Beschäftigung anzubieten«<sup>19</sup>. Dies widerlegt natürlich Keynes' eigene Aussage, daß das Kapital »keine selbstgenügsame Wesenheit« und »der Verbrauch einziger Zweck der Produktion ist«.

Es ist richtig, daß die bürgerliche Nationalökonomie im allgemeinen der effektiven Nachfrage keinerlei Beachtung schenkte. Der Marxismus beschäftigte sich mit ihr, obwohl Keynes zufolge nur »versteht man unter der Oberfläche, in den Unterwelten« der Wirtschaftstheorie. Nach

19 A. a. O., S. 23 f.

Marx orientiert sich die kapitalistische Produktion nicht am Konsum, sondern an der Produktion von Kapital. Auch im Kapitalismus muß für den Konsum produziert werden, aber bevor produziert wird, muß das grüne Licht der Gewinnträchtigkeit aufleuchten. Die effektive Nachfrage setzt sich aus einer Nachfrage nach Konsumgütern und einer Nachfrage nach Produktionsgütern zusammen. Die Relation zwischen den beiden Seiten der effektiven Nachfrage zeigt an, ob die Profitabilität des Kapitals steigt oder fällt. Die Kapitalakkumulation impliziert ein Sinken des Konsums im Verhältnis zum schneller wachsenden Kapital. In *diesem* Sinn vermindert die Kapitalbildung den Hang zum Verbrauch; aber das ist nur ein anderer Ausdruck dafür, daß sich im Kapitalismus das Kapital akkumuliert.

Der »Mangel an effektiver Nachfrage« ist nur ein anderer Ausdruck für einen Mangel an Kapitalakkumulation und keine Erklärung für sie. Sogar Keynes meinte, daß »die Beschäftigung nur im gleichen Schritt mit einer Zunahme der Investition zunehmen kann; es sei denn, daß sich der Hang zum Verbrauch ändert«<sup>20</sup>. Er behauptete, daß gegenwärtig das einzige rationale und wirksame Mittel gegen die Arbeitslosigkeit in der weiteren Expansion des Kapitals liege. Das Problem könnte ebensogut durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf Kosten der Investition und des Konsums gelöst werden; aber wie die meisten Nicht-Arbeiter war sich Keynes sicher, »daß die große Mehrheit der Einzelnen ein vermehrtes Einkommen einer vermehrten Muße vorziehen würde«<sup>21</sup>. Obwohl Keynes beeindruckt war durch »die großen gesellschaftlichen Vorteile einer Vermehrung des Bestandes an Kapital, bis es aufhört, knapp zu sein«, wollte er doch »ohne weiteres zugeben, daß das weiseste Verfahren wäre, auf beiden Fronten gleichzeitig vorzugehen ... eine Förderung der Investition und gleichzeitig eine Förderung des Verbrauches, nicht nur auf das Niveau, das mit dem bestehenden Hang zum Verbrauch mit der vermehrten Investition übereinstimmen würde, sondern auf ein noch höheres Niveau«<sup>22</sup>. Unter kapitalistischen Verhältnissen würde dieses »höhere Niveau« jedoch die Profitabilität des Kapitals vermindern und das Beschäftigungsniveau senken; eine Steigerung der Investitionen wäre wiederum nötig, bevor der Konsum gesteigert werden könnte.

Traditionellerweise wurde der Profit als Lohn für die Bemühungen der Kapitalisten betrachtet oder, wenn es für sie nichts zu tun gab, als Belohnung dafür, daß sie ihre »Ersparnisse« eher investierten als kon-

20 A. a. O., S. 84.

21 A. a. O., S. 276.

22 A. a. O., S. 278 f.

sumierten. Profit entschädigte sie auch für die Übernahme von »Risiken« oder die Entwicklung »umständlicherer Methoden« der Produktion, die zwar die Produktivität erhöhen, aber langfristige Investitionen erfordern, die nicht sofort Gewinn abwerfen. In jedem Fall erhielten die Kapitalisten für ihren Konsumverzicht in der Gegenwart das Recht, in Zukunft mehr zu konsumieren, wenn sie nicht auch weiterhin darauf verzichten wollten. Aber es hat Zeiten gegeben, in denen sich die Kapitalisten weigerten, »Risiken« zu übernehmen, in denen sie, statt ihr und anderer Leute Geld zu investieren, es horteten - eine Haltung, die Keynes als »Vorliebe für Liquidität« bezeichnet. Da in der jüngsten Vergangenheit solche »Investitionsstreiks« zu verzeichnen waren, hielt Keynes es für ratsam, die Abstinenztheorie des Profits und des Zinses zu ändern. Profit und Zins sollten nicht länger als Belohnung für Sparen und Investieren betrachtet werden, sondern als Belohnung für die Überwindung des Wunsches, nicht zu investieren, für die Bekämpfung der »Vorliebe für Liquidität« - mit anderen Worten, für den Willen des Kapitalisten, Kapitalist zu bleiben.

Natürlich macht es in Wirklichkeit keinerlei Unterschied, ob man sagt, *daß Pmßse die Lvyesski&n von Kapksi, oder, dsiß sie die Bekämpfung der Liquidität belohnen.* Der Streit geht in dieser Beziehung zwischen den Nationalökonomern darum, ob die Liquiditätspräferenz die Stagnation verursacht oder umgekehrt. »Wenn die Dinge schlecht stehen«, schrieb Schumpeter, »und die Menschen von einer Verpflichtung, die sie eingehen, nur Verluste erwarten, werden sie sich natürlich weigern, ihre laufenden Ersparnisse zu investieren ... oder die Investition aufzuschieben, um von weiteren Preissenkungen zu profitieren. Gleichzeitig wird die Ersparnis nicht nur verringert, sondern auch von all denen gesteigert, die bei ihrem Geschäft oder durch Arbeitslosigkeit Einkommensverluste erwarten. (Aber) darauf kann keine Verteidigung irgendeiner Theorie >übermäßiger Ersparnis< gegründet werden, da es nur als Folge einer Depression geschieht und daher nicht >an sich selbst< erklärt werden kann<sup>23</sup>.« Im Gegensatz dazu meint Keynes, daß die »Vorliebe für Liquidität« der Stagnation vorausgeht - wegen der psychologisch bedingten Tendenz zum Horten von Geld, die mit dem sinkenden Hang zum Verbrauch verbunden ist.

Um Keynes' Position noch einmal wiederzugeben: Eine Einkommenserhöhung steigert den Konsum, aber nicht im selben Maße. Unter der Annahme, daß alle Investitionen letztlich Konsumbedürfnissen dienen,

23 Joseph A. Schumpeter, »Capitalism, Socialism and Deihocracy«, New York 1947, S- 395 (fehlt in der dt. Obers.).

wird die Ersparnis schneller wachsen als die Investition. Damit sinkt die aggregierte Nachfrage und das Beschäftigungsniveau fällt knapp unter die verfügbare Zahl von Arbeitskräften. Das geschieht in einer »reifen« Gesellschaft, weil der große Umfang des schon vorhandenen Kapitalstocks die Grenzleistungsfähigkeit (Profitabilität) des Kapitals herabdrückt und damit die Erwartung künftiger Kapitalerträge entmutigt. Die Vermögenseigner werden dann ihre Ersparnisse eher in liquider Form erhalten als in Unternehmen anlegen wollen, die wenig oder keinen Ertrag versprechen. Die kurzfristigen Erwartungen der Vermögenseigner beruhen nach Keynes auf langfristigen Erwartungen, die deshalb düster sind, weil die Knappheit des Kapitals abnimmt. Keynes klärt nicht, wie dieser langfristige Trend - abnehmende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals - die unmittelbaren Investitionsentscheidungen beeinflusst. Er versichert bloß, daß die Kapitalisten hinter jedem aktuellen Sinken der Erträge einen noch größeren Niedergang in der Zukunft erblicken, und daß diese düstere Aussicht den Niedergang beschleunigt. Mit anderen Worten: die kurzfristigen Aussichten bestimmen die langfristigen, die wiederum das Verhalten auf kurze Sicht determinieren. Indem sie auf diese »Einsicht«, »Vorausicht« oder ihren »Instinkt« sich verlassend keine Neuinvestitionen riskieren, zeigen die Kapitalisten, daß ihnen der Spatz in der Hand lieber ist als die Taube auf dem Dach.

Aus Keynes' Theorie folgt, daß die Lücke zwischen Einkommen und Verbrauch nicht geschlossen werden kann, denn »jedesmal, wenn wir das heutige Gleichgewicht durch vermehrte Investition sichern, verschärfen wir die Schwierigkeit der Sicherung des Gleichgewichts von morgen. Aber für die nahe Zukunft hielt er diese Schwierigkeit noch für überwindbar, und schlug eine Reihe von Reformen vor, um die »Vorliebe für Liquidität« zu bekämpfen und die »effektive Nachfrage« trotz des sinkenden Hangs zum Verbrauch zu steigern. Er vertraute darauf, daß es immer noch eine Investitionsrate geben könnte, bei der Vollbeschäftigung gesichert ist: »Das Bauen von Pyramiden, Erdbeben, selbst Krieg mögen dazu dienen, den Reichtum zu vermehren, wenn die Erziehung unserer Staatsmänner in den Grundsätzen der klassischen Wirtschaftslehre etwas Besserem im Wege steht<sup>2</sup>.« Der Erste Weltkrieg hatte bereits gezeigt, daß »der Kriegssozialismus ... unzweifelhaft gütererzeugend (wirkte), und zwar in einem viel größeren Maßstabe als wir es je im Frieden gekannt haben;

24 »Allgemeine Theorie«, S. 90.

25A. a. O., S. 110

denn wenn damals die Güter und Dienste auch nur für augenblickliche und unfruchtbare Zerstörung bestimmt waren, so bedeuteten sie doch nichtsdestoweniger Mehrschaffung von Werten.«<sup>26</sup> Aber von dem »zufälligen Ereignis« des Krieges einmal abgesehen: Wenn die Beschäftigung als »Funktion des erwarteten Verbrauchs und der erwarteten Investition« wegen pessimistischer Erwartungen keine Vollbeschäftigung ist, können diese unzureichenden Erwartungen durch eine optimistische Planung gefördert werden, die nicht notwendigerweise die Grundlagen des Kapitalismus zerstört. Nach Ansicht von Keynes involvierte die Vollbeschäftigung nicht unbedingt Krieg, Kapitalvernichtung oder überflüssige Produktion, sondern konnte durch öffentliche Arbeiten von großem oder zweifelhaftem Nutzen erreicht werden, die das Einkommen ohne Erhöhung der Ersparnis steigern und so die Arbeiter beschäftigt halten würden.

Die wirklichen Krisen und der Konjunkturzyklus paßten nur schlecht in Keynes' Theorie der »effektiven Nachfrage«, die auf dem sinkenden »Hang zum Verbrauch« basiert; der Konjunkturzyklus begleitete nämlich die weitaus bedeutendste Periode der kapitalistischen Entwicklung und nicht allein ihr »Reife«-Stadium. Er mußte also weitgehend als der Vergangenheit angehörig betrachtet werden; in dieser Eigenschaft diente er als verschwommene Illustration des »Reifens« der Gesellschaft - ein Prozeß, in dem periodisch der sinkende Hang zum Verbrauch immer wieder durch Profiterwartungen von beträchtlicher, doch abnehmender Stärke und durch die »wohlstandsfördernde« Kraft zahlreicher Kriege ausgeglichen werden konnte. Keynes sprach oft die Überzeugung aus, daß der Kapitalismus seit langem diese Fähigkeit zur Überwindung von Krisen verloren habe, und daß die Stagnation zum »Normalzustand« werde, wenn nicht staatliche Eingriffe in den Investitionsmarkt sie unterbrechen würden. Einige von Keynes' Schülern hielten es »nicht für übertrieben, daß Inflation und Vollbeschäftigung die normalen Bedingungen einer Kriegswirtschaft sind, und daß Deflation und Arbeitslosigkeit die normalen Bedingungen einer Friedenswirtschaft im gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Entwicklung sind<sup>27</sup>«.

Was immer die objektiven Ursachen der Krisen sind: solange die Nationalökonomien glauben, sie nicht ermitteln zu können, haben sie nichts Besseres zu tun, als sich mit der Psychologie der von ihnen repräsentier-

26 John Maynard Keynes, »Das Ende des Laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft« (Teilübers. von: »Laissez-faire and Communism«, New York 1926), Mündien und Leipzig 1926, S. 27.

27 D. Dillard, »The Economics of John Maynard Keynes«, New York 1948, S. 48.

ten Klasse zu beschäftigen. Diese Psychologie ist aus den realen Bewegungen der Kapitalproduktion zu erklären; sie kann aber nicht umgekehrt diese Bewegungen erklären. Selbst Keynes spürte manchmal, daß ein solches Vorgehen unzureichend war; er versuchte seinen psychologischen Interpretationen eine materielle Basis zu geben. In starkem Kontrast zu seiner sonstigen Argumentationsweise betonte er, daß »die Dauer der Stockung in einem bestimmten Verhältnis zur Lebenslänge der dauerhaften Vermögensbestände und zur normalen Rate des Wachstums in einer gegebenen Epoche stehen muß«. Zu Beginn der Stockung werde es »somit wahrscheinlich viel Kapital geben, dessen Grenzleistungsfähigkeit unbedeutend oder selbst negativ geworden ist. Der Zeitraum aber, der verstreichen muß, bevor der durch Gebrauch, Verfall oder Veraltung entstehende Ausfall von Kapital eine genügend offensichtliche Knappheit verursacht, um die Grenzleistungsfähigkeit zu erhöhen, kann eine ziemlich beständige Funktion der durchschnittlichen Dauerhaftigkeit des Kapitals in einer gegebenen Epoche sein«. <sup>28</sup>

Der Grund für die niedrige Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu Beginn (und während) der Stockung scheint ein Überfluß an Kapital zu sein. Daraus folgt, daß beschleunigte Abnutzung, Verfall und Veraltung von Kapital seinen Knappheitswert und damit seine Profitabilität steigern könnten. Eine Methode, um Kapitalknappheit zu erreichen, ist die Vorliebe für Liquidität. Sie impliziert den Verzicht auf Neuinvestitionen - die in der Situation der Stockung nur die Kapitalmenge steigern würden, die bereits zu groß ist, um zufriedenstellende Erträge abzuwerfen. So wäre die Vorliebe für Liquidität ein Weg unter anderen - wie Pyramidenbau und Krieg - um die Knappheit von Kapital und damit seine Profitabilität aufrechtzuerhalten. Aber im Unterschied zum Pyramidenbau und zum Krieg bedeutet die Vorliebe für Liquidität Arbeitslosigkeit. Keynes wendet sich gegen sie genau aus diesem Grund.

Nach Keynes drückt die Kapitalstagnation die Unfähigkeit oder den mangelnden Willen der Kapitalisten aus, sinkende Erträge hinzunehmen. Die Krise entsteht aus einer »Überinvestition«, die durch »Erwartungen ..., die bestimmt sind, zu enttäuschen«, hervorgerufen wird. Die Krise kommt nicht, weil »das Gemeinwesen als Ganzes keine vernünftige Verwendung für mehr (Kapital) hat«, sondern »weil plötzlich Zweifel in die Zuverlässigkeit des voraussichtlichen Erträgnisses aufsteigen«, und »Zweifel, einmal begonnen, breiten sich rasch aus«.

28 »Allgemeine Theorie«, S. 269.

Während des Booms »(befällt) Enttäuschung einen überoptimistischen und überkauften Markt« und bewirkt »eine starke Zunahme in der Vorliebe für Liquidität«. Die Krise beginnt.

Die »Überinvestition« kam zustande, weil mit Investitionen äußerst unrealistische Profiterwartungen verbunden wurden. »... Investitionen, die, sagen wir, in Zuständen der Vollbeschäftigung tatsächlich 2 o/o abwerfen, (werden) in der Erwartung eines Erträgnisses von, sagen wir, 6 % vorgenommen und entsprechend bewertet ... Wenn die Enttäuschung kommt, macht diese Erwartung einem entgegengesetzten >Irrtum aus Pessimismus< Platz mit der Folge, daß man von Investitionen, die in Zuständen der Vollbeschäftigung tatsächlich 2 %> abwerfen würden, erwartet, daß sie weniger als nichts abwerfen; und der sich daraus ergebende Zusammenbruch der neuen Investition führt dann zu einem Zustand der Arbeitslosigkeit, in welchem die Investitionen, die in Zuständen der Vollbeschäftigung 2 %o abgeworfen hätten, tatsächlich weniger als nichts abwerfen.« Der daraus folgende plötzliche Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, »die nun einmal durch die unlenkbare und unfügsame Psychologie der Geschäftswelt bestimmt wird«, »hat unglücklicherweise auch die Neigung, den Hang zum Verbrauch ungünstig zu beeinflussen. Denn sie bedingt eine starke Abnahme des Marktwertes der Börsenpapiere«.29 So beschleunigt sich der Niedergang selbst, bis er durch eine Steigerung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals in der Krise oder durch eine Kapitalexpansion trotz niedriger Grenzleistungsfähigkeit angehalten wird.

Auf einen Anstieg der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals inmitten der Krise zu hoffen, heißt auf die Wiederkehr einer ausreichenden Kapitalknappheit vertrauen. Im »reifen« Kapitalismus kann das aber unheilvoll sein: anhaltende und ausgedehnte Arbeitslosigkeit hat schwerwiegende soziale Folgen. Zur Überwindung der Krise muß sowohl die Profitabilität des Kapitals verbessert als auch die Produktion über die Grenzen privater Kapitalbildung hinaus ausgedehnt werden. Obwohl Keynes einsah, daß die Manipulation des Zinssatzes ein möglicherweise unbedeutendes oder sogar vollkommen unwirksames Instrument zur Hebung des Investitionsanreizes war, hielt er an ihr als Teil des Kampfes gegen die »Vorliebe für Liquidität« fest. Wie wir wissen, befürwortete er eine Senkung des Zinssatzes nicht allein, weil dieser »eine eigenartige Rolle in der Begrenzung des Niveaus der Beschäftigung spielt, da er einen Standard festsetzt, den die Grenzleistungsfähigkeit eines Kapitalwertes erreichen muß, wenn er neu erzeugt wer-

29 A. a. O., S. 267, 268, 269, 270 und 272.



den soll«<sup>30</sup> - sondern auch, weil er im Prinzip für die Beseitigung des »funktionslosen Investors« war, da »Kapitalzinsen ... heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer (sind)«<sup>31</sup>. Da der »reife« Kapitalismus eine geringere Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals mit sich bringt, könnte das in Neuinvestitionen liegende größere Risiko zumindest teilweise durch die Abschaffung des »Verleiherrisikos« vermindert werden.

Angesichts der Unsicherheit auf den Investitionsmärkten kam Keynes zu dem Schluß, »daß die Aufgabe, die laufende Menge der Investition zu leiten, nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden kann«<sup>32</sup>. Das Ziel aller Wirtschaftspolitik hatte die Vollbeschäftigung zu sein, da »nur in Zuständen der Vollbeschäftigung ein niedriger Hang zum Verbrauch förderlich für das Wachstum von Kapital sein wird«<sup>33</sup>. Und da Vollbeschäftigung nur während eines Booms annähernd erreicht wird, liegt »das richtige Heilmittel für den Konjunkturzyklus« nach Keynes darin, »daß wir die Stockungen abschaffen und uns somit dauernd in einem Quasi-Aufschwung halten«<sup>34</sup>. Die Wirksamkeit verschiedener staatlicher Eingriffe in die Marktwirtschaft konnte am Kriterium der Vollbeschäftigung gemessen werden. Was nicht zur Vollbeschäftigung führte, war unzureichend.

30 A. a. O., S. 186.

31 A. a. O., S. 317.

32 A. a. O., S. 271.

33 A. a. O., S. 314.

34 A. a. O., S. 272 f.

## 2. Marx und Keynes

Es fällt schwer, in den Theorien von Keynes eine »Revolution« des nationalökonomischen Denkens zu sehen. Jedoch kann der Begriff nach Belieben verwendet werden, und die Keynes'sche Theorie wird dann revolutionär genannt »in dem Sinne, daß ihre Ergebnisse von der Substanz des zur Zeit ihrer Entwicklung herrschenden ökonomischen Denkens verschieden sind<sup>1</sup>«. Aber da diese »Substanz des Denkens« die neoklassische Gleichgewichtstheorie war, mag Keynes' »Revolte« eher als partielle Rückkehr zur klassischen Theorie betrachtet werden. Dies trotz Keynes' eigener heftiger Opposition gegen die klassische Theorie, die seiner merkwürdigen Definition nach das gesamte nationalökonomische Denken von Ricardo bis zu seinen Zeitgenossen einschließt.

Obwohl Keynes sich selbst als Gegner Ricardos bezeichnete, bemerkten seine Kritiker natürlich, daß er »sich der wirtschaftlichen Wahrheit in derselben Weise wie Ricardo und seine Nachfolger zu nähern suchte<sup>2</sup>«, indem er ökonomische Gesamtgrößen zu Kategorien seiner Analyse machte. Seine Freunde folgerten, daß durch Keynes »die Untersuchung der ökonomischen Gesamtgrößen ihren Platz im Zentrum der Wirtschaftswissenschaften gefunden hat und niemals wieder an den Rand gedrängt werden kann, wie es die Wirtschaftswissenschaftler vor Keynes taten - man kann Amerika nicht mehr unentdeckt machen?«. Aber Keynes war nicht Kolumbus, denn die Analyse ökonomischer Gesamtgrößen geht über zweihundert Jahre zurück auf Quesnays »Tableau Economique«, auf Ricardo und auf Marx.

Keynes' Verwerfung von Says »Gesetz des Marktes« verlieh seiner Theorie die Bezeichnung »revolutionär«. Beinahe fünfundsechzig Jahre früher hatte Marx geschrieben, daß nur die beschleunigte Kapitalexpansion

1 L. R. Klein, »The Keynesian Revolution«, New York 1947, S. VII.

2 A. F. Burns, »Economic Research and the Keynesian Thinking of Our Time«, New York 1946, S. 4.

3 »The Economist«, London, 27. Januar 1951.

sion eine Steigerung der Beschäftigtenzahl ermöglicht. Er hielt es nicht für notwendig, den »komischen >prince de la science« J. B. Say zu widerlegen, obwohl »seine kontinentalen Bewunderer ihn als Heber jenes Schatzes vom metaphysischen Gleichgewicht der Käufe und Verkäufe ausposaunt« hatten«. Marx hielt Says Gesetz des Marktes für schlichten Unsinn angesichts der wachsenden Diskrepanz zwischen den Profitbedürfnissen der Kapitalexpansion und den, vernünftig betrachtet, produktiven Erfordernissen der Gesellschaft; zwischen der gesellschaftlichen Nachfrage unter kapitalistischen Bedingungen und den wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnissen. Er wies darauf hin, daß die Kapitalakkumulation eine industrielle Reservearmee von Arbeitslosen impliziert.

Es gibt notwendigerweise eine Verbindung zwischen Marx und Keynes. Marx nahm durch seine Kritik an der klassischen Theorie die Kritik Keynes' an der neoklassischen Theorie vorweg; beide erkannten das kapitalistische Dilemma in der sinkenden Rate der Kapitalbildung. Aber während Keynes ihre Ursache im Mangel an Investitionsanreizen sah, führte Marx das Dilemma auf seine letzte Ursache zurück, auf den Charakter der Produktion als *Produktion von Kapital*. Deshalb ist es erstaunlich, daß Keynes Marx in die »Unterwelt« verweist, zusammen mit »Silvio Gesell oder Major Douglas«. Obwohl er bereit war, von dieser »Unterwelt« zu lernen, was seine Affinität zu den Ideen Gesells beweist, meint er, »daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird«. Er war dieser Überzeugung, weil, wie er sagte, Marx' »theoretische Grundlagen« sich im Unterschied zu denen Gesells »auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbs, statt auf seine Abschaffung<sup>6</sup>«.

Selbst ein oberflächliches Studium des »Kapital« hätte Keynes zeigen können, daß Marx' Theorien, die er als »unlogisch, überholt, wissenschaftlich falsch und für die heutige Welt ohne Interesse oder Anwendungsmöglichkeit«/ betrachtete, zu Schlußfolgerungen führten, die oft seinen eigenen, als »revolutionär« geltenden, ziemlich ähnlich waren. Er beschäftigte sich nicht ernsthaft mit Marx, weil er ihn mit den Klassikern identifizierte. In einem Brief an George Bernard Shaw berich-

4 Karl Marx, »Zur Kritik der politischen Ökonomie«, MEW Bd. 13, Berlin (Ost) 1961, S. 78 Fußnote.

5 John Maynard Keynes, »Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes«, Nachdruck, Berlin 195\$ [Gesamter Titel; s. Fußn. 6, Kap. I].

6 A. a. O., S. 300.

7 John Maynard Keynes, »Laissez-faire and Communism«, New York 1926, S. 48.

tet Keynes, daß er »es noch einmal mit dem alten Karl Marx versuchte ... den Briefwechsel von Marx und Engels lesend« - aber er entdeckte in ihm wiederum nichts als »überlebte Streitigkeiten«. Er schrieb Shaw auch, daß er selbst »ein Buch über die ökonomische Theorie« schreibe, »das das landläufige Denken über wirtschaftliche Probleme weitgehend revolutionieren wird - nicht auf einen Schlag, aber im Verlauf der nächsten zehn Jahre. Es wird eine große Veränderung geben, und vor allem werden die ricardianischen Grundlagen des Marxismus weggesprengt werden<sup>8</sup>«. Indem er die »klassische Theorie« angriff, glaubte Keynes zugleich den Marxismus anzugreifen.? In Wirklichkeit hatte er es weder mit der einen noch mit dem anderen zu tun, sondern er schlug auf die neoklassische Theorie des Marktes ein, die mit den Ideen von Ricardo in keinem signifikanten Zusammenhang mehr stand.

Keynes zog Gesell Marx vor, weil er die Wirtschaftspolitik, besonders die monetäre und fiskalische, favorisierte; er hielt sie für in der Lage, die wirtschaftlichen Übel des Kapitalismus ohne Änderung seiner gesellschaftlichen Struktur zu lindern. Marx betonte die außer-monetären Aspekte des Wirtschaftsprozesses, obwohl er sich ausgiebig mit monetären Fragen beschäftigte. Seiner Ansicht nach konnte die Funktion des Geldes nur von der kapitalistischen Produktionsweise her verstanden werden, aus »den unterschiednen ökonomischen Grundbedingungen, worin Käufer und Verkäufer sich gegenüber treten, ... ihrem Klassenverhältnis. Es ist nicht das Geld, mit dessen Natur das Verhältnis gegeben ist; es ist vielmehr das Dasein dieses Verhältnisses, das eine bloße Geldfunktion in eine Kapitalfunktion verwandeln kann<sup>10</sup>«. Nur in diesem letzteren Sinn sind monetäre Fragen gegenwärtig von Interesse.

Marx zufolge ist das Geld nicht wichtig als Maß des Werts und Medium des Tauschs, sondern weil es die »unabhängige Existenzweise des Tauscherts« ist. Im kapitalistischen Zirkulationsprozeß nimmt der Wert zu einer Zeit die Form von Geld und zu einer anderen die Form anderer Waren an. In der Geldform erhält und entfaltet er sich. Marktwirtschaft und Kapitalakkumulation werden von Schwierigkei-

8 R. F. Harrod, »The Life of John Maynard Keynes«, London 1951, S. 462.

9 Die Klassenbindung selbst brachte Keynes zu Marx in Gegensatz: »Wenn es zum eigentlichen Klassenkampf kommt«, schrieb er, »so hängt . . . mein örtlicher und persönlicher Patriotismus an meiner eigenen Umwelt. Ich kann beeinflusst werden durch das, was mir gerecht und vernünftig erscheint; aber ein *Klassenkrieg* würde mich auf der Seite der gebildeten Bourgeoisie finden.« - »Bin ich ein Liberaler?« (1925), in: »Politik und Wirtschaft«, Ausgewählte Abhandlungen von John Maynard Keynes, Tübingen und Zürich 1956, S. 246.

10 Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. II, MEW Bd. 24, Berlin (Ost) 1963, S. 37.

ten bedrängt, die als monetäre Störungen erscheinen. Der Kaufs- und Verkaufsvorgang selbst, der dem Geld zwei verschiedene Funktionen zuweist, enthält ein Krisenmoment, da der Verkäufer nicht zum Kaufen gezwungen ist, sondern seinen Reichtum in Geldform zurückhalten kann. Eine vorhandene Geldmenge, die nicht groß genug ist, um als zusätzliches Kapital zu dienen, kann eine Periode des Hortens notwendig machen, was wiederum ein Element der Krise bilden kann. Ein relativer Mangel oder ein relativer Überfluß von Kapital können zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen, die als Krise des monetären Systems erscheinen.

Die Notwendigkeit, Geld zu horten, um es in Produktivkapital verwandeln zu können, wurde durch die Entwicklung des Bank- und Kreditwesens weitgehend beseitigt. Die Zusammenlegung von Geldvorräten förderte die Ausdehnung von Industrie und Handel. Der in wachsendem Maß spekulative Charakter der Kapitalproduktion steigerte die irrationalen Aspekte des Wettbewerbs der Kapitale; Fehl- und Überinvestitionen kamen vor. Natürlich wurden derartige Aktivitäten nicht als »spekulativ« in einem abschätzigen Sinn betrachtet", denn es sollte ja die Funktion des Finanzkapitals sein, die weitere Entwicklung »vorwegzunehmen« und die Bedingungen für eine beschleunigte Kapitalbildung zu schaffen. Jedoch kann es eine monetäre Krise im strengen Sinn des Wortes geben, die durch die relativ unabhängige Bewegung des Geldes in der Form von Finanzkapital bedingt ist. Dementsprechend unterschied Keynes zwischen »Geldwirtschaft« und »Industrie«, wobei er letztere höher schätzte und erstere als Geschäft auf dem Geldmarkt, Spekulation, Börsentätigkeit und Finanzierung der Produktion definierte. Während er meinte, daß »Spekulanten ... unschädlich sein (mögen) als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmungslust«, hielt er die Lage für ernst, »wenn Unternehmungslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird<sup>12</sup>«.

Diese Unterscheidung zwischen »Industrie« und »Finanzwelt«, zwischen »produktivem« und »parasitärem« Kapital ist so alt wie der Kapitalismus selbst; sie ließ einen Scheinkampf gegen »Zinssklaverei«

11 Selbst wenn seine Tätigkeit in einem abschätzigen Sinn bezeichnet wird, wird der erfolgreiche Kapitalist, Spekulant oder Finanzier zum Wohltäter der Nation. S. H. Holbrook schreibt beispielsweise, daß fast jeder der großen amerikanischen Industriemagnaten nach den gegenwärtig geltenden Gesetzen gut hundert Jahre Gefängnis zu erwarten hätte. Doch glaubt er, »ganz gleich wie diese Männer ihre Vermögen anhäufeten, ihre gesamte Tätigkeit trug in großem Maße dazu bei, daß die USA ihre gegenwärtige unvergleichliche Position in der Welt der Industrie und des Handels erlangen konnten«. - »The Age of the Moguls«, New York 1953, S. X.

12 »Allgemeine Theorie«, S. 134.

und unverantwortliche Spekulanten entstehen. Diese rein innerkapitalistische Angelegenheit gehört nun weitgehend der Vergangenheit an; die gegenseitige Durchdringung von Industrie und Finanzwelt ist so perfekt geworden, daß ein »moralischer« Unterschied zwischen beiden nicht mehr gemacht werden kann. Aber auch schon in früheren Zeiten betrachteten nicht nur die Finanzleute, sondern alle Kapitalisten den Produktionsprozeß »nur als unvermeidliches Mittelglied, als notwendiges Übel zum Behuf des Geldmachens«, und obwohl der Profit aus der Produktion stammt, wird immer wieder versucht, »ohne Vermittlung des Produktionsprozesses das Geldmachen (zu) vollziehen<sup>13</sup>«. Besonders in Zeiten mit »unbeschäftigtem« Kapital und einer erlahmenden Investitionsrate verstärken die Kapitalisten ihre Bemühungen, auf Kosten anderer Besitzer von Geld und Vermögenstiteln durch Finanzmanipulationen und Börsengeschäfte Geld zu machen.

Die Spekulation kann die Krise verschärfen, weil sie die scheinhafte Überbewertung von Kapital ermöglicht, das dann die mit ihm verknüpften Gewinnansprüche nicht befriedigen kann<sup>14</sup>. Aber spekulative »Geldgewinne« bedeuten entsprechende »Geldverluste«; wenn die Spekulation nicht als Mittel zur Kapitalkonzentration dient, stellt sie nur eine Umverteilung des verfügbaren Tauscherts dar. Die Vermögenskonzentration ist wirtschaftlich bedeutungslos, sofern sie nicht von einer Reorganisation der Kapitalstruktur begleitet wird, die zur weiteren Expansion führt.

Die Verteilung des Mehrwerts (der Profite) zwischen »tätigen« und »untätigen« Kapitalisten, aus der Keynes soviel machte, ist für Marx nur ein Aspekt des allgemeinen Wettbewerbs um den größtmöglichen Anteil am gesellschaftlichen Mehrwert, an dem sich alle Kapitalisten und diejenigen beteiligen, die vom Mehrwert leben. Marx bezweifelte nicht, daß eine Senkung der Zinssätze die Investition unter Umständen positiv beeinflussen würde. Denn wenn zuviel von den realisierten Profiten in die Hände der Geldverleiher gelangt, werden die Unternehmer weniger geneigt sein, die Produktion auszudehnen. Aber daraus können hinsichtlich der Funktion und Bedeutung des Zinssatzes keine allgemeinen Schlüsse abgeleitet werden. Hohe Zinssätze sind nicht unvereinbar mit hohen Profitraten. Wenn in der Sphäre der Profit-

13 »Das Kapital«, Bd. II, S. 6z.

14 »Wenn es den Leuten einmal leichter fällt, durch den Kauf von du Pont-Aktien schneller Geld zu machen als du Pont selbst durch die Produktion von Nylon, Dacron und chemischen Produkten Geld machen kann, dann muß man aufpassen.« — »The Senate Banking Committee's Report on its Stock Market Survey«, in: »The New York Times«, 27. Mai 195\$.

Produktion alles stimmt, wird ein verhältnismäßig hoher Zinssatz die Kapitalbildung nicht behindern. Sie kann sogar schneller voranschreiten, wenn die Produktion sich rasch genug entwickelt, um sowohl das Leih- als auch das Produktivkapital zu befriedigen. Tatsächlich kann der Zinssatz sowohl bei sinkenden als auch bei wachsenden Profiten steigen oder fallen, denn in jedem dieser Fälle kann die Nachfrage nach Geld das Angebot übertreffen oder umgekehrt.

Der Zins ist für Marx nur ein Teil des Durchschnittsprofits. Er ergibt sich daraus, daß das Kapital zweierlei Rollen spielt - verleihbares Kapital in den Händen des Geld- und Kreditgebers und industrielles Kapital in den Händen des Unternehmers. Als *Kapital* fungiert es jedoch nur einmal, und nur einmal kann es Profit erbringen. Neben der Grundrente teilt sich dieser Profit dann in (industriellen und kommerziellen) Profit und Zins auf. Die Aufteilung ist oft willkürlich und berührt nicht die grundlegenden Probleme der Kapitalproduktion. Der Zinssatz kann die ihm von der Geldtheorie beigelegte Bedeutung nicht haben, weil er ganz allgemein durch die Profitrate limitiert wird.

Nicht der Standpunkt von Keynes, sondern derjenige von Marx fand seine Verifikation in der Weltwirtschaftskrise. Die fallenden Zinssätze in dem Jahrzehnt nach 1929 wirkten nicht ernstlich auf die Investitionsentscheidungen ein. Die Manipulation des Zinssatzes wurde nicht mehr als wesentliches Instrument zur Kontrolle der wirtschaftlichen Aktivitäten aufgefaßt: »Wissenschaftlich betrachtet scheint es, daß die Bedeutung des Zinssatzes in der traditionellen Theorie stark übertrieben wurde, und daß Marx nach allem nicht so unrecht hatte, sie gänzlich zu vernachlässigen«<sup>15</sup>.

Bald wurde weitgehend anerkannt, daß Investitionsentscheidungen selten aufgrund des Marktzinssatzes<sup>16</sup> zustande kommen, und daß »der Strom der Ersparnisse unter modernen Bedingungen nur in einem relativ bescheidenen Ausmaß von der Höhe der Zinssätze beeinflusst wird«<sup>17</sup>.

Keynes sah sich schließlich selbst gezwungen, die Grenzen der Manipulation des Zinssatzes einzugestehen; er stellte fest, daß »der Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals so vollstän-

15 Joan Robinson, »An Essay on Marxian Economics«, London 1947 S. 84.

16 Das englische »Committee on the Working of the Monetary System« (Radcliffe Report)\* kam zu dem Schluß, daß monetäre Mittel, die den Zinssatz beeinflussen, von sich aus die Wirtschaft wenig stimulieren können; sie hätten in Verbindung mit einer allgemeinen Wirtschaftspolitik einen Sinn, die fiskalische Maßnahmen und direkte physische Kontrollen einschließt. - Cumd. 827, London 1959-

17 »The Statist«, London, 24. September 1955.

dig sein (kann), daß keine durchführbare Senkung des Zinsfußes groß genug sein wird«<sup>18</sup>, um die Investition zu stimulieren. »Mit Märkten, wie sie gegenwärtig organisiert und beeinflußt sind, mag somit die Marktschätzung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals so gewaltig schwanken, daß sie durch entsprechende Schwankungen im Zinsfuß nicht genügend aufgehoben werden kann!«.« Daraus schloß er, daß es für die Regierung notwendig sein könnte, die Investitionen direkt zu kontrollieren und zu lenken.

Vor Keynes gab es nur zwei ökonomische Schulen; oder vielmehr gab es nur die bürgerliche Nationalökonomie und ihre marxistische Kritik. Sicherlich enthielt die bürgerliche Ökonomie eine Vielfalt von Standpunkten hinsichtlich der Schwierigkeiten, die im System auftauchen, und der Mittel zu ihrer Überwindung. Es gab Abweichungen von der allgemein vertretenen Position des *laissez-faire*. Einige von ihnen bezogen sich auf die besonderen und wechselnden Bedürfnisse einzelner Gruppen von Kapitalisten innerhalb des kapitalistischen Systems; andere befaßten sich mit den Problemen, die durch die Unterschiede zwischen den kapitalistischen Ländern innerhalb der Weltwirtschaft aufgeworfen wurden. Alle nahmen sie aber das kapitalistische System als gegeben an. Sie attackierten nicht die Profitproduktion, das Privateigentum oder die Akkumulation von Kapital mittels der Konkurrenz. Gegen solche Angriffe konnte sich die Theorie des *laissez-faire* behaupten, solange die Marktverhältnisse eine Art ökonomischer Ordnung hervorzubringen schienen. Die großen ökonomischen und sozialen Umwälzungen im kapitalistischen System des 20. Jahrhunderts zerstörten jedoch das Vertrauen in die Prinzipien des *laissez-faire*. Marx' Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Wirtschaftsweise konnte nicht länger ignoriert werden. Überproduktion von Kapital, sinkende Profite, fehlende Investition, Überproduktion von Waren und wachsende Arbeitslosigkeit - was von Marx vorausgesehen worden war, war nicht zu leugnende Realität und offensichtliche Ursache der politischen Erhebungen dieser Zeit geworden. Auch wenn man diese Ereignisse als vorübergehende Störungen betrachtete, die von einer Aufwärtsbewegung der Kapitalproduktion wieder beseitigt würden, war damit die Notwendigkeit von Staatsinterventionen nicht weniger dringlich, um die Schwere der Krise zu mildern und ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Stabilität zu sichern. Keynes' Theorie wurde dieser Situation gerecht. Sie erkannte die öko-

18 »Allgemeine Theorie«, S. 268.

19 A. a. O., S. 270



nomischen Voraussagen von Marx an, ohne Marx selbst anzuerkennen; sie stellte in ihren Hauptzügen eine Art abgeschwächte Wiederholung der Marx'schen Kritik in bürgerlicher Terminologie dar; ihr Ziel war es, den Niedergang des Kapitalismus aufzuhalten und seinen möglichen Zusammenbruch zu verhindern.

### 3. Die Marxsche Arbeitswerttheorie

Während Keynes sich mit monetären Fragen beschäftigte, weil er das kapitalistische System effizienter machen wollte, beachtete Marx diese Fragen weniger, weil sein Ziel eine Theorie der Kapitalentwicklung war. Seine Arbeitswerttheorie entwickelte sich aus einer Kritik an der klassischen Werttheorie.

Der Marktautomatismus setzt, wenn er regelmäßige Ergebnisse hervorbringen soll, ein Prinzip voraus, nach dem der Austausch vonstattengeht, das die Preise und ihre Veränderungen erklärt. Ein gegebener Preis kann nach dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage variieren; die Frage, was den Preis bestimmt, ist damit noch nicht beantwortet. Die klassische Nationalökonomie leitete den Preis aus dem Wert ab, der wiederum durch die zur Herstellung der Waren gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt war. Diese Erklärung schließt besondere Fälle, in denen der Preis keine Beziehung zur Arbeitszeit aufweist, nicht aus. Marx hielt die Werttheorie zur Erklärung der Entwicklungstendenzen des Kapitals für unabdingbar; sie stellte für ihn die einzige »rationale Basis der politischen Ökonomie« dar.

Die Arbeitswerttheorie liegt sowohl der frühen bürgerlichen Wirtschaftstheorie zugrunde als auch deren Marxscher Kritik; sie handelt von der gesellschaftlichen Produktion und ihrer Verteilung auf verschiedene soziale Klassen. Nach Marx gipfelte die klassische Ökonomie in der Ricardianischen Wirtschaftslehre; sie war ein Ausdruck des aufsteigenden industriellen Kapitalismus in den verfallenden feudalen Herrschaftsformen. Sie stellte sich dar als Theorie der *produktiven Klassen*, im Gegensatz zu den nicht produktiven Klassen, deren Privileg die Aneignung von Zins und Grundrente war. Sie befaßte sich noch nicht mit dem Industrieproletariat, und konnte auf diese Weise in der Arbeit den alleinigen Schöpfer und das Maß ökonomischen Wertes sehen.

Als der Konflikt zwischen Bourgeoisie und Proletariat den zwischen

feudalen und kapitalistischen Herrschaftsformen zu überschatten begann, verwandelte sich die Arbeitswerttheorie in eine Unannehmlichkeit für die kapitalistische Klasse. Wenn der Wert von Waren durch die Arbeitsmenge bestimmt ist, die zu ihrer Produktion notwendig ist, und wenn das Produkt der gesellschaftlichen Gesamtarbeit aufgeteilt wird in Grundrenten, Gewinne und Löhne, dann scheint daraus zu folgen, daß die Abschaffung von Grundrente und Profit einen Austausch von Waren in Übereinstimmung mit ihrer Arbeitszeit ermöglichen würde. Die Ricardianische Wirtschaftslehre brachte eine Schule »Ricardianischer Sozialisten« hervor, die ein Austauschsystem forderten, welches den Produzenten den vollen Wert ihrer Arbeit sicherstellt.

Marx widersprach dieser Auffassung der Arbeitswerttheorie. Doch »soweit der moderne Sozialismus, einerlei welcher Richtung, von der bürgerlichen politischen Ökonomie ausgeht«, wie Friedrich Engels bemerkte, »knüpft er fast ausnahmslos an die Ricardianische Werttheorie an<sup>1</sup>«. Aus diesem Grund ist Marx oft »sowohl der letzte als auch der größte der klassischen Ökonomen« genannt worden<sup>2</sup>. Dies erfüllt den doppelten Zweck, Marx' unbestreitbare Größe zuzugestehen und seine Theorie als ebenso veraltet wie die klassische abzuweisen. Aber obgleich Marx Ricardos Werttheorie billigte und weiterentwickelte, war er nicht der »größte« unter den klassischen Ökonomen, sondern ihr Gegner. Er wußte, daß der gesellschaftliche Arbeitsprozeß selbst weder mit Wert noch mit Preis etwas zu tun hat, sondern einzig und allein mit den zeitraubenden körperlichen und geistigen Anstrengungen der arbeitenden Bevölkerung - daß »Wert« und »Preis« fetischisierende Kategorien für gegebene Produktionsverhältnisse sind. Seine Kritik der politischen Ökonomie war gedacht als Teil eines sozialen Kampfes zur gleichzeitigen Abschaffung des Kapitalismus und der ökonomischen Theorien, die seine Existenz rationalisierten.

Die bürgerliche ökonomische Theorie betrachtet die bürgerlichen Produktionsverhältnisse als natürliche Verhältnisse, das heißt, sie behauptet, »daß es Verhältnisse sind, in denen die Erzeugung des Reichtums und die Entwicklung der Produktivkräfte sich gemäß den Naturgesetzen vollziehen. Somit sind diese Verhältnisse selbst von dem Einfluß der Zeit unabhängige Naturgesetze. Es sind ewige Gesetze, welche stets die Gesellschaft zu regieren haben. Somit hat es eine Geschichte

1 Marx/Engels, »Werke«, Bd. 4, Berlin 1964, S. 559.

2 G. Lichtheim, »Marxism«, London 1961, S. 17\$.

gegeben, aber es gibt keine mehr...«<sup>3</sup> Für Marx war der Kapitalismus nur eine geschichtliche Form gesellschaftlicher Produktion. Der allgemeine Prozeß gesellschaftlicher Entwicklung drückt sich in einer Vielfalt sozio-ökonomischer Formationen aus, die mit verschiedenen Stufen der Arbeitsproduktivität verbunden sind. Dieser Prozeß hat seinen Ursprung im menschlichen Existenzkampf innerhalb eines natürlichen Rahmens, der den Menschen dazu befähigt und zwingt, seine Arbeitskapazität und seine gesellschaftliche Organisation zu erhöhen. Der Beginn dieses Prozesses liegt irgendwo in der Vorgeschichte, aber in der bekannten Geschichte offenbaren sich die verschiedenen Stufen menschlicher und gesellschaftlicher Existenz im Wandel der Werkzeuge und Produktionsweisen.

Wenn Marx davon spricht, daß das Wertgesetz sich auf eine tiefere Wirklichkeit beziehe, die der kapitalistischen Ökonomie zugrundeliege, verweist er auf den »gesellschaftlichen Lebensprozeß, d. h. den materiellen Produktionsprozeß«<sup>4</sup>. Er war davon überzeugt, daß in allen Gesellschaften, einschließlich der erhofften sozialistischen Gesellschaft, die Verteilung gesellschaftlicher Arbeit gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Reproduktionsbedingungen unausweichlich notwendig ist. »Jedes Kind weiß«, schrieb er an Kugelmann, »daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte. Ebenso weiß es, daß die den verschiedenen Bedürfnismassen entsprechenden Massen von Produktion verschiedene und quantitativ bestimmte Massen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erheischen. Daß diese *Notwendigkeit* der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die *bestimmte Form* der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur ihre *Erscheinungsweise* ändern kann, ist self-evident. Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die *Form*, worin jene Gesetze sich durchsetzen. Und die Form, worin sich diese proportionelle Verteilung der Arbeit durchsetzt in einem Gesellschaftszustand, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als *Privataustausch* der individuellen Arbeitsprodukte geltend macht, ist eben der *Tauschwert* dieser Produkte,«<sup>5</sup> Es ist behauptet worden, daß diese und ähnliche Aussagen von Marx »die allgemeine Annahme widerlegen, Marx hätte gemeint, alle ökonomischen Gesetze seien von einer historisch relativen Beschaffen-

3 Marx/Engels, »Werke«, Bd. 4, Berlin 1964, S. 139.

4 Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. I, MEW Bd. 23, Berlin 1962, S. 94.

5 Marx/Engels, »Ausgewählte Briefe«, Berlin 1953, S. 241 f.

heit<sup>6</sup>«. Beispielsweise scheint Oskar Lange zufolge die Position von Marx darin bestanden zu haben, »daß die ökonomischen Gesetze universeller Gültigkeit so selbstverständlich sind, daß es zu ihrem Studium kaum einer besonderen wissenschaftlichen Technik bedarf, und die Wirtschaftswissenschaft sich daher darauf konzentrieren sollte, die besondere Form zu erforschen, die diese Gesetze in einer bestimmten institutionellen Ordnung annehmen«?. Doch alles, was Marx zu diesem Punkt gesagt hat, ist, daß es Naturgesetze und gesellschaftliche Lebensnotwendigkeiten gibt, die kein *ökonomisches Gesetz* auf lange Sicht verletzen kann, ohne die Gesellschaft selbst zu zerstören. Naturgesetze und gesellschaftliche Lebensnotwendigkeiten sind keine »universellen ökonomischen Gesetze«, obwohl sie, wenn sie wie im Kapitalismus vernachlässigt werden, sich als Manifestationen des diesem System eigentümlichen Wertgesetzes durchsetzen mögen. Zustimmung zitiert Marx im Nachwort zur zweiten Auflage von Band I des »Kapital« die Feststellung eines russischen Rezensenten, daß er, Marx, gerade leugne, daß »die allgemeinen Gesetze des ökonomischen Lebens ein und dieselben sind; ganz gleichgültig, ob man sie auf Gegenwart oder Vergangenheit anwendet. ... Nach ihm existieren solche abstrakte Gesetze nicht... Nach seiner Meinung besitzt im Gegenteil jede historische Periode ihre eigenen Gesetze ... Sobald das Leben eine gegebene Entwicklungsperiode überlebt hat, aus einem gegebenen Stadium in ein anderes übertritt, beginnt es auch durch andere Gesetze gelenkt zu werden<sup>8</sup>«.

Nach Marx impliziert auch die Wertproduktion, wie jede andere Form gesellschaftlicher Produktion, eine Verteilung der Arbeit gemäß den gesellschaftlichen und natürlichen Lebensnotwendigkeiten. Im Wertgesetz sah Marx die einzige, *indirekte* Form gesellschaftlicher Organisation der Produktion, die in einer warenproduzierenden Gesellschaft möglich ist, aber zugleich sah er sie auf eine solche Gesellschaft beschränkt. Er erläuterte seine Auffassung an Hand wirklicher und imaginärer Beschreibungen ähnlicher Prozesse unter nicht-kapitalistischen Bedingungen. Die vorkapitalistischen Bedingungen, mit denen Marx sich beschäftigte, brauchen uns hier nicht zu interessieren; was imaginäre Bedingungen betrifft, so verwies Marx zuerst auf die Geschichte Robinsons, der wußte, daß seine Arbeit, gleich welcher Form, nur der Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes diene, und daß sie ihn dazu zwang, seine Zeit genau und proportional auf die

6 Oskar Lange, »On the Economic Theory of Socialism«, Minneapolis 1938, S. 132.

7 A. a. O.

8 »Das Kapital«, Bd. I, a. a. O., S. 26

verschiedenen Arten von Arbeit zu verteilen. »Stellen wir uns endlich«, schrieb Marx, »zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen sich hier, nur gesellschaftlich statt individuell. Alle Produkte Robinsons waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbar Gebrauchsgegenstände für ihn. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.«?

Kein »Wertgesetz« tritt in diesem hypothetischen Arrangement auf; es ist *unmittelbar* durch die bewußten Überlegungen der Produzenten bestimmt. Ebenso wahr ist, daß Marx schrieb, selbst nach der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise bleibe »die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird<sup>10</sup>«. Aber in dieser Verbindung ist der Ausdruck *Wert* eine bloße Redeweise, denn offensichtlich meinte Marx, daß mit dem Absterben des Kapitalismus das Bedürfnis, Arbeit in Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Erfordernissen aufzuteilen, nicht wegfällt. In einer sozialistischen Gesellschaft, schrieb Engels mit größerer

9 A. a. O., S. 92 f.

10 »Das Kapital«, Bd. III, MEW Bd. 2§, Berlin 1962, S. 859.

Genauigkeit, »(machen) die Leute alles sehr einfach ab ohne Da-1 zwischenkunft des vielberühmten >Werts<<sup>11</sup>«.

Zur Frage der Aufteilung gesellschaftlicher Arbeit ist auch gesagt worden, der Sozialismus mache nur offener und daher wirksamer, was im Kapitalismus als die »regulierende Macht des Wertgesetzes« erscheint. Aus dieser Sicht ist es nur die *Mystifizierung* der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit als ein »Wertgesetz«, die mit dem Ende des Kapitalismus verschwindet. Seine *entmystifizierten* Ergebnisse tauchten in einer bewußt regulierten Gesellschaft wieder auf. So ist beispielsweise die Werttheorie, Rudolf Hilferding zufolge, »eingeschränkt auf die bestimmte Epoche der geschichtlichen Entwicklung, wo das Gut Ware wird, das heißt, wo die Arbeit und die Verfügungsgewalt über sie nicht bewußt zum regulierenden Prinzip des gesellschaftlichen Stoffwechsels und der gesellschaftlichen Machtstellung erhoben ist, sondern wo dieses Prinzip sich unbewußt und automatisch als sachliche Eigenschaft der Dinge durchsetzt... Weil also Arbeit das gesellschaftliche Band ist, das die in ihre Atome zerlegte Gesellschaft verbindet, und nicht weil sie die technisch relevanteste Tatsache ist, ist sie Prinzip des Wertes und besitzt das Wertgesetz Realität<sup>12</sup>«. Mit der Arbeit als dem Wertprinzip, fährt Hilferding fort, faßt Marx »den Faktor, dessen Qualität und Quantität - Organisation und Produktivkraft - das gesellschaftliche Leben kausal beherrscht<sup>13</sup>«. Daher sei »der ökonomische Grundbegriff derselbe wie der Grundbegriff der materialistischen Geschichtsauffassung<sup>14</sup>«.

So erfüllt in Hilferdings Sicht das Wertgesetz sozusagen die Funktionen von Adam Smiths »invisible hand«. Während in der bürgerlichen Theorie die richtige Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und ihrer Produkte durch den Tauschprozeß gesichert ist, regulieren bei Hilferding die Arbeit selbst und ihre notwendige Aufteilung das gesellschaftliche Leben hinter dem Rücken der Produzenten. In beiden Fällen behaupten sich jedoch die gesellschaftlichen Lebensnotwendigkeiten unabhängig von den Tätigkeiten der Menschen und zwingen ihnen ein bestimmtes Verhaltensmuster auf.

Gesellschaftliche Notwendigkeit wird hier als eine Macht gesehen, die, anerkannt oder nicht, sozusagen aus eigenem Antrieb alle menschlichen

n Friedrich Engels, »Anti-Dühring«, in MEW Bd. 20, Berlin 1968, S. 288.

12 Rudolf Hilferding, »Böhm-Bawerks Marx-Kritik«, in »Marx-Studien, Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus«, hrsg. von Max Adler und Rudolf Hilferding, Bd. i, Wien 1904, S. 11 f.

13 A. a. O.

14 A. a. O.

Tätigkeiten, durch die sie in Abrede gestellt werden könnte, beherrscht. Für Hilferding verwandelt sich gesellschaftliche Notwendigkeit in ein Wertgesetz, weil im Kapitalismus die Beziehungen zwischen den Menschen mit Dingen verknüpft sind und als Dinge erscheinen, als Warenverhältnisse, und nicht als das, was sie wirklich sind, nämlich gesellschaftliche Produktionsverhältnisse der Menschen. Er glaubt, mit der Beseitigung des Fetischismus der Warenproduktion würde das Wertgesetz enthüllt als das, was es wirklich ist: als Notwendigkeit, den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß gemäß den sozialen Bedürfnissen zu regulieren, die unmittelbar in den Bedürfnissen der Menschen erkannt sind. Und nur in diesem Sinne ist das Wertgesetz, Hilferding zufolge, historisch. Im Sozialismus wird es durch eine gesellschaftliche Organisation von Produktion und Distribution ersetzt, der das Prinzip der Arbeit und ihrer angemessenen Verteilung zugrundeliegt, die jedoch nur sichtbar und unmittelbar werden läßt, was sich bislang mittelbar und unbewußt in der Form von Wertverhältnissen geltend machte.

P. M. Sweezy zufolge, um einen anderen Marxisten zu zitieren, »liegt eine der Primärfunktionen des Wertgesetzes darin, klarzumachen, daß in einer *warenproduzierenden* Gesellschaft trotz des *Fehlens eines* zentralisierten und koordinierten Entscheidens Ordnung herrscht und nicht bloßes Chaos. Niemand entscheidet darüber, wie die produktive Anstrengung gelenkt, wieviel von den verschiedenen Güterarten produziert werden soll, aber das Problem wird gelöst, und zwar nicht nur in einer rein willkürlichen und nicht einsichtigen Art und Weise. Die Funktion des Wertgesetzes liegt darin, die Erklärung dafür zu liefern, wie dies geschieht und welches das Ergebnis ist.« Daraus folgt nach Sweezy, »daß, soweit die Verteilung der produktiven Tätigkeit unter bewußte Kontrolle gebracht wird, das Wertgesetz seine Relevanz und Bedeutung verliert. Sein Platz wird durch das Prinzip der Planung eingenommen. In der Ökonomie einer sozialistischen Gesellschaft sollte die Theorie der Planung genau dieselbe Grundposition einnehmen wie die Werttheorie innerhalb der Ökonomie einer kapitalistischen Gesellschaft'.«

In Sweezys Sicht unterscheiden sich demnach Wert und Planung wie unbewußte von bewußter Produktionskontrolle. Die Funktionen des Wertgesetzes, das heißt die »Regulierung der Tauschraten der Güter, der Quantität jedes produzierten Gutes und die Zuteilung der Arbeitskraft auf die verschiedenen Produktionszweige«<sup>16</sup> sind auch die Funk-

15 Paul M. Sweezy, »Theorie der kapitalistischen Entwicklung«, Köln 1959, S. 40 f.

16 A. a. O.



tionen der Planung, doch mit dem Unterschied, daß letztere durch Wissen und Voraussicht geleitet ist und erstere nicht.

Nach Marx »löst sich schließlich alle Ökonomie in der Ökonomie der Zeit auf«.17 Obgleich aber die »Ökonomie der Zeit« die Verteilung von Arbeit im Sozialismus wie im Kapitalismus bestimmt, unterscheidet sich die Verteilung im einen System von der im anderen. Im Kapitalismus ist sie durch die Produktion von Kapital als Tauschwert bestimmt; im Sozialismus handelt es sich der Voraussetzung nach um eine *wertfreie* Produktion für den Gebrauch. Daher ist die Verteilung der Arbeit im Kapitalismus nicht die gleiche wie diejenige, die in anderen Formen gesellschaftlicher Produktion vorherrscht. Es ist eine kapitalistisch modifizierte Form der Notwendigkeit, Arbeit in bestimmten Proportionen zu verteilen. Und gerade diese Modifikation läßt die Verteilung der Arbeit im Kapitalismus als »ökonomisches Gesetz« erscheinen, das wie ein Naturgesetz blind funktioniert. Denn die Natur des Produktionsprozesses bestimmt die Verteilung der Arbeit nach Erfordernissen, die durch die »Ökonomie der Zeit« gesetzt sind. Obwohl auch die Produktion von Wert auf der gesellschaftlichen Arbeit und der Ökonomie der Zeit beruht, ergibt sie sich nicht aus dem Arbeitsprozeß selbst. Vielmehr ergibt sie sich aus einem Arbeitsprozeß, der durch die kapitalistischen Verhältnisse modifiziert und verwandelt worden ist. Was Marx als das »Vernünftige und Naturnotwendige« bezeichnet, als den »gesellschaftlichen Lebensprozeß, d. h. den materiellen Produktionsprozeß«, stellt weder eine ökonomische Kategorie dar noch ein »ökonomisches Gesetz universeller Gültigkeit«, sondern einfach die grundlegende Voraussetzung aller gesellschaftlichen Existenz und Entwicklung.

Entgegen Hilferdings Behauptung ist der materialistische Begriff der Geschichte nicht identisch mit der Arbeitswerttheorie. Er begreift die gesellschaftliche Entwicklung im allgemeinen, von der der Kapitalismus nur ein Sonderfall ist. Die Arbeitswerttheorie bezieht sich auf die spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse der Kapitalproduktion. Die Kapitalproduktion verwandelt den Arbeitsprozeß in einen Prozeß der Wertschöpfung und die sozialen Beziehungen in ökonomische Kategorien. Die Arbeitswerttheorie bezieht sich auch auf die - allen Gesellschaftsformen gemeinsame - unausweichliche Notwendigkeit der Arbeit und ihrer Verteilung in bestimmten Proportionen. Aber diese allgemeine Notwendigkeit drückt sich nur im Kapitalismus und nur deshalb als Wertgesetz aus, weil die Marktwirtschaft keine Trennung

17 Karl Marx, »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«, Berlin 1953, S. 89.

von Produktions- und Verwertungsprozeß erlaubt. Das Wertgesetz - funktioniert nur innerhalb von Marktbeziehungen; es stellt keine notwendige Bedingung der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit dar. W Auch die Art und Weise, in der das Wertgesetz die Produktion reguliert, ist für den Kapitalismus typisch. Eine proportionale Verteilung der Arbeit findet sich in allen Systemen gesellschaftlicher Produktion; dennoch variiert sie je nach den Unterschieden zwischen diesen Systemen.

Selbst die allgemeinsten Erfordernisse gesellschaftlicher Produktion, die auf allen Stufen der Entwicklung gelten, haben einen besonderen historischen Charakter in verschiedenen Gesellschaftssystemen. Es handelt sich hier nicht nur um die Frage unbewußter oder bewußter Regulierung, wie Sweezy anzunehmen scheint, wenn er sich auf die Ersetzung des Wertgesetzes durch das Prinzip der Planung beruft; denn die Produktion wird durch den Plan ganz anders reguliert werden als durch das Wertgesetz.

Marx zeigt, »wie selbst die abstraktesten Kategorien, trotz ihrer Gültigkeit - eben wegen ihrer Abstraktion - für alle Epochen, doch in der Bestimmtheit dieser Abstraktion selbst ebenso sehr das Produkt historischer Verhältnisse sind und ihre Vollgültigkeit nur für und innerhalb dieser Verhältnisse besitzen<sup>18</sup>«. Beispielsweise wies er darauf hin, daß beides, Tatsache und Begriff der »Arbeit überhaupt« ziemlich alt sind. Dennoch ist abstrakte Arbeit als *ökonomische Kategorie* eine moderne Errungenschaft. Noch die Physiokraten sahen in der landwirtschaftlichen Arbeit die einzige wertschöpfende Art von Arbeit. Bei Adam Smith ist es jedoch bereits die Arbeit als solche, ob in der Manufaktur, im Handel, oder in der Landwirtschaft, die den Reichtum der Nationen bedingt. Der Reichtum wird durch alle Arten von Arbeit hervorgebracht, durch eine so gut wie die anderen. Reichtum im allgemeinen ist Produktion, ist Arbeit schlechthin. »Nun könnte es scheinen«, schrieb Marx, »als ob damit nur der abstrakte Ausdruck für die einfachste und urälteste Beziehung gefunden, worin die Menschen - sei es in welcher Gesellschaftsform immer - als produzierend auftreten.

Das ist nach einer Seite hin richtig. Nach der andern nicht. Die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit setzt eine sehr entwickelte Totalität wirklicher Arbeitsarten voraus, von denen keine mehr die alles beherrschende ist... Hier also wird die Abstraktion der Kategorie >Arbeit<, >Arbeit überhaupt^ Arbeit sans phrase, der

18 A. a. O., S. 25

Ausgangspunkt der modernen Ökonomie, erst praktisch wahr. Die einfachste Abstraktion also, welche die moderne Ökonomie an die Spitze stellt, und die eine uralte und für alle Gesellschaftsformen gültige Beziehung ausdrückt, erscheint doch nur in dieser Abstraktion praktisch wahr als Kategorie der modernsten Gesellschaft.«<sup>1</sup>?

Gerade weil der Kapitalismus die bisher entfaltetste Organisation gesellschaftlicher Produktion darstellt, erhellen seine ökonomischen Kategorien vergangene gesellschaftliche Produktionsverhältnisse. Genauso wie die »Anatomie des Menschen ein Schlüssel zur Anatomie des Affen ist«, ist nach Marx die bürgerliche Gesellschaft ein Schlüssel zu den Produktionsverhältnissen vorangegangener Gesellschaftsordnungen. Aber nicht im Sinn bürgerlicher Wirtschaftstheorie, die durch Nichtbeachtung historischer Differenzierungen in allen vergangenen Gesellschaften nur ihre eigenen ökonomischen Kategorien wiedererkennt. Diese Kategorien mögen zur Wahrnehmung der allen Gesellschaftsordnungen gemeinsamen Existenzbedingungen führen; aber damit sind keine »ökonomischen Gesetze universeller Gültigkeit« entdeckt. Die Arbeitswerttheorie, d. h. die *Gleichsetzung von gesellschaftlichem Reichtum im allgemeinen und gesellschaftlicher Arbeit im allgemeinen*, die auch Einsicht in das allen Gesellschaftsordnungen gemeinsame »Vernünftige und Naturnotwendige« erbracht hat, wird, wie in der Vergangenheit, auch in Zukunft allgemeine Gültigkeit besitzen, insoweit sie *selbst* Ausdruck des »Vernünftigen und Naturnotwendigen« ist, nicht aber, insoweit sie ein Ausdruck der besonderen kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist.

Als Wertmaß und Verteiler gesellschaftlicher Arbeit entfaltete sich die Werttheorie für und in den bürgerlichen Produktionsverhältnissen. Es ist Mehrarbeit, die in Kapital verwandelt wird, und damit Arbeitszeit, an der gesellschaftlicher Reichtum gemessen wird. Aber die Bildung von Reichtum als Akkumulation von Mehrwert stellt nicht mehr als eine besondere, geschichtliche Form dar, die mit den kapitalistischen Klassen- und Eigentumsverhältnissen zusammenhängt. Obgleich der Reichtum als Kapital nur durch die Zunahme von Mehrarbeit als Mehrwert vergrößert werden kann, ist dies nicht dem Prozeß der materiellen Produktion als solchem zuzuschreiben, sondern diesem Prozeß unter den gesellschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus. Kapital entsteht aus Arbeitszeit und wächst um so schneller, je größer der Anteil der Mehrarbeit an der Arbeitszeit ist; aber der wirkliche gesellschaftliche Reichtum hängt nur von der jeweiligen Arbeitspro-

duktivität und den realen Produktionsbedingungen ab - er ist nicht notwendigerweise an die Menge der angeeigneten Arbeitszeit gebunden. Für Marx und Engels ist der ökonomische Wert »eine Kategorie, die der Warenproduktion zugehört und die mit dieser Produktionsweise verschwindet, genauso wie sie vor dieser Produktionsweise nicht bestand<sup>20</sup>«. Die herrschenden ökonomischen Kategorien sind darüber hinaus »nur Abstraktionen dieser realen Verhältnisse, (und sind) nur so lange Wahrheiten, wie diese Verhältnisse bestehen<sup>21</sup>«. Sie bestimmen jedoch, solange sie bestehen, die wirtschaftlichen Tätigkeiten, und eine Kritik der politischen Ökonomie muß daher mit der Analyse von Wertverhältnissen beginnen.

Auf dem Markt erhalten die Arbeitsprodukte als Waren einen uniformen Status, der von ihren mannigfaltigen Daseinsformen als Gebrauchsgegenstände abstrahiert. Marx zufolge entstammt diese Aufteilung eines Produkts in ein nützliches Ding und in einen Wert nicht dem Arbeitsprozeß als dem Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, sondern ist eine *gesellschaftliche Bildung*, die praktische Bedeutung erst gewinnt, »sobald der Austausch bereits hinreichende Ausdehnung und Wichtigkeit gewonnen hat, damit nützliche Dinge für den Austausch produziert v/erden, der Wertcharakter der Sachen also schon bei ihrer Produktion selbst in Betracht kommt<sup>22</sup>«. Nur weil die gegenseitige Austauschbarkeit aller Arten von Gebrauchsgegenständen eine gesellschaftliche Tatsache ist, gleicht gesellschaftlich die private Arbeit jedes Produzenten der aller anderen Produzenten. Aber diese »Gleichheit toto coelo verschiedener Arbeiten kann nur in einer Abstraktion von ihrer wirklichen Ungleichheit bestehen, in der Reduktion auf den gemeinsamen Charakter, den sie als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, abstrakt menschliche Arbeit, besitzend«.

Genau diese Differenz der verschiedenen Arten von Arbeit ist die notwendige Bedingung für den Warentausch, »gemessen« in abstrakter Arbeitszeit. Die Reduktion aller Arten von Arbeit, ohne Berücksichtigung von Geschick und Produktivität, auf abstrakte oder einfache Arbeit, ist nicht nur ein Postulat der Werttheorie, sondern sie setzt sich wirklich und ständig im Tauschprozeß durch. »Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quan-

20 Engels an Kautsky, in MEW Bd. 36, Berlin 1967, S. 210.

21 Marx an P. V. Annenkov, in MEW Bd. 4, Berlin 1964, S. 552.

22 »Das Kapital«, Bd. I, a. a. O., S. 87.

23 A. a. O., S. 87 f.

24 A. a. O., S. 59.

tum einfacher Arbeit dar.«<sup>24</sup> Ferner ist es nicht die Produktivität des einzelnen Arbeiters, die den Wert irgendeiner besonderen Ware bestimmt, sondern die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige oder durchschnittliche Produktivität; und es ist nicht die besondere Geschicklichkeit des einzelnen Arbeiters, die im Austauschprozeß berücksichtigt wird, sondern nur die gesellschaftliche Wertbestimmung dieser Geschicklichkeit, die der Natur der Sache nach nur eine quantitative sein kann - eine Multiplikation einfacher Arbeit, ausgedrückt in Geld.

Der Kapitalismus ist keine Gesellschaft unabhängiger Produzenten, die ihre Produkte in Übereinstimmung mit der in ihnen vergegenständlichten gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeitszeit austauschen, sondern eine Mehrwert produzierende Wirtschaftsform, die mit dem Konkurrenzkampf um Kapital beschäftigt ist. Arbeitskraft ist eine Ware; ihr Wert (Tauschwert) bestimmt sich durch die zu ihrer Produktion und Reproduktion notwendige Arbeitszeit. Ihr Gebrauchswert besitzt die Fähigkeit, neben ihrem eigenen Tauschwert einen Mehrwert zu produzieren. Dieser Produktionstypus verdankt sein Entstehen der Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, die sie dazu zwingt, ihre Arbeitskraft den Kapitaleigentümern zu verkaufen. Der »gleiche« Wert-Tausch zwischen Kapital und Arbeit gründet sich auf die Tatsache, daß ein Teil der gesellschaftlichen Arbeit überhaupt nicht ausgetauscht, sondern von den Käufern der Arbeitskraft schlicht angeeignet wird.

Ob angeeignet oder ausgetauscht: das gesellschaftliche Produkt erscheint als Ganzes auf dem Markt in Gestalt von Waren. Der Teil, der nicht verkauft werden kann, besitzt keinen Wert, auch wenn Arbeit für ihn verausgabt worden ist. Der nicht verkaufte Teil gesellschaftlicher Arbeit wäre verschwendete Mehrarbeit; es würde weniger Mehrwert herausbringen als Mehrarbeit geleistet wurde. Um den gesamten produzierten Mehrwert realisieren zu können, müssen Waren hergestellt werden, für die es eine ausreichende Nachfrage gibt. Durch »Versuch und Irrtum« passen die einzelnen Kapitalisten ihre Produktion der sich verändernden gesellschaftlichen Nachfrage auf dem Markt an.

Jeder Unternehmer befaßt sich vor allem mit Arbeit und Arbeitszeit, wenn sich sein Blick auch zum Zwecke der Profitmaximierung auf die Marktpreise richtet. Denn um den Profit maximieren zu können, muß er zuerst die Mehrarbeit im Produktionsprozeß maximieren. Das kann er entweder durch eine Verlängerung der Arbeitszeit oder durch eine Steigerung der Arbeitsintensität und -Produktivität in einem gegebenen Zeitraum tun. In jedem Fall wird versucht, bei einer gegebene-

nen Verausgabung von Arbeitskraft deren Tauschwert auf ein Minimum herabzudrücken, um den Mehrwert auf ein Maximum zu steigern. Was für den einzelnen Unternehmer zutrifft, gilt auch für die Gesellschaft insgesamt: aus der Gesamtproduktion wirft ein Minimum an Löhnen ein Maximum an Profiten ab.

## 4. Wert und Preis

Um im Geschäft zu bleiben, muß jeder Unternehmer nach der größtmöglichen Menge Mehrarbeit trachten, als Vorbedingung des in Form von Marktpreisen erreichbaren Gewinnmaximums. Dieses Profitmaximum ist nur teilweise durch seine eigenen Bemühungen bestimmt, die Ausbeutungsrate aufrechtzuerhalten oder zu erhöhen; es ist *mitbestimmt* durch ähnliche Anstrengungen von Seiten aller anderen Kapitalisten. Um die Einträglichkeit eines einzelnen Kapitals zu erhöhen, muß die des *gesellschaftlichen Gesamtkapitals* erhöht werden, da es sonst keine Möglichkeit gäbe, die erhöhte Aneignung von Mehrwert als Marktgewinn zu realisieren. Da Mehrarbeit in Warenform *aus dem Tauschverhältnis von Kapital und Arbeit herausfällt*, muß sie zwischen den Kapitalisten selbst getauscht werden, im Rahmen ihrer Bemühungen, ihr Kapital zu bewahren, indem sie es vermehren.

Die Abhängigkeit des Wachstums irgendeines besonderen Kapitals von der Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals setzt der Expansion aller separaten Kapitale bestimmte Schranken. Der Eigentümer eines wachsenden Unternehmens wird sich dieser Schranken bewußt, wenn sinkende Erträge eine weitere Expansion unvorteilhaft erscheinen lassen. Gleichwohl ist das Kapital wie die abstrakte Arbeitskraft nur quantitativ unterschieden. Es wird angelegt, wo immer sich eine Aussicht auf befriedigende Erträge bietet, gleich welcher Art die Produktion ist. Wenn der eine Weg der Expansion endet, dringt man auf anderen vor. Das Profitprinzip verteilt die Investitionen auf die verschiedenen Bereiche und Zweige der Produktion, und verteilt damit gesellschaftliche Arbeit gemäß den Mehrwert-Erfordernissen der Kapitalakkumulation. Dieser konkurrierende Investitionsfluß bewirkt eine Tendenz zur Egalisierung der Profitraten des Kapitals.

Obwohl der Kapitalmarkt nicht zwischen Investitionen in Kapital und Arbeitskraft unterscheidet, hat dieser Unterschied einen Einfluß auf die Wirtschaft. Die physische Natur des Produktionsprozesses definiert

das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, und bestimmt auf diese Weise die auf beide »Faktoren« entfallenden Investitionsanteile. Um in Marxschen Begriffen zu sprechen: es besteht eine Differenz zwischen der »organischen Zusammensetzung« des Kapitals in verschiedenen Produktionsbereichen. Einige Produktionsprozesse erfordern hohe Investitionen in Produktionsmittel und relativ geringe Investitionen in Arbeitskraft, andere benötigen weniger Anlagekapital und mehr Arbeit. Das erste Verhältnis bezeichnete Marx als »hohe« und das zweite als »niedrige« organische Zusammensetzung des Kapitals. Da Arbeit die einzige Quelle von Mehrwert oder Profit ist, und Gewinne an den Gesamtinvestitionen, d. h. Produktionsmitteln und Arbeitskraft, gemessen werden, sollte aus der Arbeitswerttheorie folgen, daß Kapitale verschiedener organischer Zusammensetzung mit gleicher Mehrwertrate verschiedene Profitraten aufweisen. In Wirklichkeit setzt sich aber eine *Tendenz* zu ihrer Angleichung durch.

Wenn man von den variierenden Mehrwertraten der einzelnen Unternehmen absieht, weisen ursprünglich unterschiedliche Profitraten auf die verschiedenartige organische Zusammensetzung der Kapitale hin. Da diese Unterschiede im Produktionsprozeß der einzelnen Industrien begründet sind, können sie nicht beseitigt werden. Zwar ist es bis zu einem gewissen Grade innerhalb eines einzelnen Industriezweigs möglich, die organische Zusammensetzung des Kapitals auszugleichen; aber zwischen vollkommen verschiedenartigen Produktionsbereichen ist das nicht möglich. Der Ausgleich der einzelnen Profitraten muß also in der Zirkulationssphäre stattfinden.

Um diesen Mechanismus zu verstehen, muß man den »gesellschaftlichen« Charakter der kapitalistischen Produktion und die Doppelnatur der Ware untersuchen, die sowohl Gebrauchs- als auch Tauschwert hat. Es besteht in der Tat eine Notwendigkeit, die Produktion als Produktion von Gebrauchswerten zu koordinieren. Im Kapitalismus erfüllt der Markt diese Funktion. Nur was produziert wurde, kann ausgetauscht werden; und was produziert wurde, entspricht der gesellschaftlichen Nachfrage auf jeder Stufe der kapitalistischen Entwicklung. Die sich auf dem Markt offenbarende »gesellschaftliche Nachfrage« ist nicht mit den wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnissen identisch, sondern mit diesen Bedürfnissen, wie sie sich im Rahmen der Kapitalproduktion darstellen. Dennoch drückt sich diese kapitalistisch bestimmte gesellschaftliche Nachfrage als Nachfrage nach Gebrauchswerten aus. Die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals in einem bestimmten Industriezweig impliziert eine wachsende Nachfrage nach den von ihm produzierten Waren. Und es ist diese gesell-



schaftliche Nachfrage nach den von Industriezweigen mit hoher organischer Zusammensetzung produzierten Waren, welche ihnen die Realisation von Preisen erlaubt, die ihre Profitabilität sichern. Da die niedrige organische Zusammensetzung anderer Industrien ihren Waren nicht mehr Gebrauchswert verleiht als sie wirklich besitzen, sind sie nicht in der Lage, einen größeren Profit zu realisieren als mit der vom ökonomischen Gesamtsystem bestimmten gesellschaftlichen Nachfrage vereinbar ist.

Im Verlauf der Kapitalakkumulation erhöhen nahezu alle Industrien ihre Investitionen in Kapital schneller als ihre Investitionen in Arbeitskraft. Kapitale von vorher niedriger organischer Zusammensetzung können sich in Kapitale mit hoher organischer Zusammensetzung verwandeln und umgekehrt. Infolge der gesellschaftlichen Interdependenz der kapitalistischen Produktionsweise beeinflussen das Wachstum und die Veränderungen der gesamten Kapitalstruktur alle Produktionsbereiche und die Beziehungen zwischen verschiedenen Industrien. Eine Verschiebung von der Leicht- zur Schwerindustrie verändert z. B. das Verhältnis zwischen extraktiven und Fertigungsindustrien. Solange das Produkt eines Industriezweigs für das Funktionieren des Gesamtsystems notwendig ist, wird er Preise erzielen, die seine Existenz und Expansion möglich machen.

Da alle Kapitalisten nach den höchstmöglichen Profiten auf einem Markt streben, dessen Nachfrage durch das Produktionssystem als Ganzes determiniert ist, ist die Verteilung des Mehrwerts eine »gesellschaftliche« Angelegenheit; die spezifische organische Zusammensetzung der einzelnen Kapitale bleibt dabei außer Betracht. Der gesamte gesellschaftliche Mehrwert stellt eine bestimmte Quantität in Waren vergegenständlichter gesellschaftlicher Arbeit dar. Nicht nur das Mehrprodukt der Arbeit, sondern das gesellschaftliche Gesamtprodukt, oder der größte Teil von ihm, muß durch den Zirkulationsprozeß gehen. Weil der Mehrwert von seiner vergegenständlichten Warenform nicht gelöst werden kann und nahezu die gesamte gesellschaftliche Produktion auf den Markt geworfen werden muß, sind Realisation und Verteilung des Mehrwerts von seiner Produktion getrennt.

Gäbe es einen Wert-für-Wert-Tausch, könnten Unternehmen mit einer hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals aufgrund mangelnder Profitabilität nicht expandieren, während sich jene mit einer niedrigen organischen Zusammensetzung aufgrund beschränkter Absatzmöglichkeiten für ihre erhöhte Produktion ebenfalls nicht vergrößern könnten. Die private Kapitalakkumulation impliziert jedoch wettbe-

werbliche Marktverhältnisse, die Werte in Produktionspreise »transformieren«. Natürlich ist diese »Verwandlung« *nur ein Ausdruck* dafür, daß, obgleich im Tauschprozeß sich alles in der Form von Preisen abspielt, die letzteren gleichwohl durch Wertverhältnisse bestimmt sind, derer sich die Produzenten nicht bewußt sind. *Aber empirisch kann diese Bestimmung des Preises durch den Wert nicht nachgewiesen werden*; sie kann nur logisch aus der Tatsache abgeleitet werden, daß alle Waren Produkte von Arbeit sind, verschiedener Quantitäten von Arbeit und einer proportionalen Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Der Preis einer Ware kann weder auf direktem Weg aus ihrem »Wert« herausgelesen werden, noch kann umgekehrt ihr »Wert« an ihrem Preis abgelesen werden. Es gibt keine beobachtbare »Verwandlung« von Werten in Preise; der Wertbegriff bedeutet nur etwas im Hinblick auf das gesellschaftliche Gesamtkapital.

Die »Verwandlung« geschieht durch den Wettbewerb, das Streben nach Profit und Extraprofit, das den kapitalistischen Beitrag zur und die Reaktion auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität darstellt. Wie oben schon gesagt, konkurriert das Kapital um die gewinnbringenderen Geschäfte und geht, wann immer es möglich ist, von einer wirtschaftlichen Aktivität zur anderen über. Es versucht, aus Produktionsbereichen mit sinkenden Erträgen zu fliehen und in solche mit hohen Erträgen einzudringen. Unter den Bedingungen einer Konkurrenz bei Absatz und Investition wird jedes besondere Kapital eine annähernd durchschnittliche Profitrate erreichen. In Wirklichkeit wechseln natürlich die Profitraten »je nach den verschiedenen Umständen von Geschäft zu Geschäft und von Jahr zu Jahr, und die allgemeine Rate existiert nur als Durchschnitt vieler Geschäfte und einer Reihe von Jahren. ... (es ist) ... die Natur der Profitrate und der ökonomischen Gesetze überhaupt, (daß) sie alle keine andere Realität (haben) als in der Annäherung, der Tendenz, im Durchschnitt, aber nicht in der unmittelbaren Wirklichkeit!«. Der Anteil eines Unternehmens am gesellschaftlichen Gesamtgewinn hängt von der Größe seines Kapitals ab, was ein weiterer Beweggrund für die schnelle Kapitalakkumulation ist. Die Interdependenz kapitalistischer Produktion, d. h. die Abhängigkeit jedes Produzenten von der Existenz aller anderen Produzenten, erzeugt ebenso wie die Notwendigkeit, über den Markt Mehrarbeit in Profit verwandeln zu müssen, eine Art »kapitalistischen Kommunismus«.<sup>2</sup>

1 Engels an C. Schmidt, in MEW Bd. 39, Berlin 1968, S. 431.

2 Marx an Engels, in MEW Bd. 32, Berlin 1968, S. 73.

Marx zufolge gleichen sich ursprünglich verschiedene Profitraten vermittle Konkurrenz einer allgemeinen Profitrate an, die den Durchschnitt der besonderen Profitraten darstellt. Die Angleichung der Profite »transformiert« Werte in Produktionspreise und teilt den gesellschaftlichen Mehrwert gleichmäßig, im Verhältnis zu ihrer Größe, den einzelnen Kapitalen zu. Diese Welt der Preise ist für die Kapitalisten die einzige Welt. Für sie bestimmt jener Teil des Wertes der Ware, für den sie bezahlen müssen, ihren Kostenpreis, was unbezahlte Arbeit ausschließt. Gewinne erscheinen ihnen als der Überschuß des Verkaufspreises über den Kostenpreis. Demgemäß können Waren solange unter ihrem Wert verkauft werden, wie sie über ihrem Kostenpreis Absatz finden. Um diesen Kostenpreis oder Produktionspreis schwanken die Marktpreise.

Die Kostenpreise sind bestimmt, nicht aber der Profit. »Indes löst sich dies«, Marx zufolge, »immer dahin auf, daß, was in der einen Ware zuviel, in der anderen zuwenig für Mehrwert eingeht, und daß daher auch die Abweichungen vom Wert, die in den Produktionspreisen der Waren stecken, sich gegeneinander aufheben. Es ist überhaupt bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise, als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen, daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt.«<sup>3</sup> Marx meinte, daß sich Waren nur durch Zufall auf der Basis von Arbeitszeitwerten austauschen würden. Daß die Arbeitszeit den Produktionsprozeß der Waren bestimmt, liegt auf der Hand. Im Tauschprozeß kann dies aber keine Berücksichtigung finden. Bereits im ersten Band des »Kapital« führte Marx, noch beschränkt auf die reine Wertanalyse, aus: »Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße, liegt also in der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann. Die Preisform läßt jedoch nicht nur die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Wertgröße und Preis, d. h. zwischen der Wertgröße und ihrem eignen Geldausdruck zu, sondern kann einen qualitativen Widerspruch beherbergen, so daß der Preis überhaupt aufhört, Wertausdruck zu sein, obgleich Geld nur die Wertform der Waren ist. Dinge, die an und für sich keine Waren sind, z. B. Gewissen, Ehre usw., können ihren Besitzern für Geld feil sein und so durch

3 Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. III, MEW Bd. 28, Berlin 1964, S. 171.

ihren Preis die Warenform erhalten. Ein Ding kann daher formell einen Preis haben, ohne einen Wert zu haben.«<sup>4</sup>»

Marx zufolge werden Waren also nicht gemäß der in ihnen enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit getauscht, und das wäre auch nicht möglich. Doch besteht Marx darauf, daß »wie immer die Preise geregelt seien, ... sich ergibt: das Wertgesetz beherrscht ihre Bewegung, indem Verminderung oder Vermehrung der zur Produktion erheischten Arbeitszeit die Produktionspreise steigen oder fallen macht«. Und »da nun der Gesamtwert der Waren den Gesamtmehrwert, dieser aber die Höhe des Durchschnittsprofits und daher der allgemeinen Profitrate regelt ... so reguliert das Wertgesetz die Produktionspreise<sup>6</sup>«, selbst wenn die Warenpreise den Arbeitszeitwerten nicht entsprechen. Tatsächlich gibt es natürlich nur *einzelne* Preise, deren »Regulierung« durch das Wertgesetz allein daraus abgeleitet werden kann, daß die gesellschaftliche Gesamtproduktion im Kapitalismus, obwohl man sie nicht greifen kann, eine Realität ist, die sich über alle individuellen Tauschbeziehungen hinwegsetzt.

Daß Marx an der Arbeitswerttheorie festhielt und gleichzeitig darlegte, daß Waren nicht gemäß ihrem Wert getauscht werden können, gab seinen Freunden und seinen Feinden Anlaß zu dem Vorwurf, er widerspreche sich selbst. Einer der letzteren, Bghm-Bawerk, schrieb: »Entweder vertauschen sich die Produkte wirklich auf die Dauer im Verhältnis der daran haftenden Arbeit... - dann ist eine Nivellierung der Kapitalgewinne unmöglich. Oder es findet eine Nivellierung der Kapitalgewinne statt - dann ist es unmöglich, daß die Produkte fortfahren, sich im Verhältnis der daran haftenden Arbeit auszutauschen.« »Die Theorie der Durchschnittsprofitrate und der Produktionspreise verträgt sich nicht mit der Theorie vom Werte.«?

Marx behauptete jedoch nie, daß sich die Produkte »auf lange Sicht« gemäß der in ihnen enthaltenen Arbeitszeit austauschen. Er hielt daran fest, daß das Wertgesetz die Produktionspreise und die durchschnittliche Profitrate dadurch »reguliert«, daß es bestimmt, ob ihr *Niveau* hoch oder niedrig in Bezug auf *Gesamt-wert* und Mehrwert ist. Ähnlich beherrscht das Wertgesetz kraft der wechselnden Arbeitsproduktivität die allgemeinen *Preisbewegungen*. Die Herrschaft des Wertes bezieht sich nicht auf die tatsächlichen quantitativen Tauschverhältnisse des

4 »Das Kapital«, Bd. I, MEW Bd. 23, Berlin 1962, S. 117.

5 »Das Kapital«, Bd. III, a. a. O., S. 189.

6 A. a. O.

7 Eugen v. Böhm-Bawerk, »Zum Abschluß des Marxschen Systems«, in: »Festgaben für Karl Knies«, hrsg. von Otto von Boeningk, Berlin 1896, S. 109 u. m.

Warenmarktes, sondern auf den *Gesamtabfall oder -anstieg* der Produktionspreise und der durchschnittlichen Profitrate als Folge wechselnder Wertrelationen und wechselnder Wertinhalte der Waren im Verlauf sich verändernder Arbeitsproduktivität und struktureller Veränderungen der organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals.

»Das Vernünftige und Naturnotwendige«, schrieb Marx an Kugelmann, »setzt sich, nur als blindwirkender Durchschnitt durch. Und dann! glaubt der Vulgäre eine große Entdeckung zu machen, wenn er der Enthüllung des inneren Zusammenhangs gegenüber darauf pocht, daß die Sachen in der Erscheinung anders aussehen. In der Tat, er pocht drauf, daß er an dem Schein festhält und ihn als letztes nimmt. Wozu dann überhaupt eine Wissenschaft?«<sup>8</sup> Für Marx war der Wertbegriff die »Wissenschaft« oder das Werkzeug, um die Natur und die Geschichte des Kapitalismus zu durchdringen und zu verstehen. Obgleich aber »ein Begriff die wesentliche Natur des Begriffs hat, daß er also nicht ohne weiteres prima facie sich mit der Realität deckt, aus der er erst abstrahiert werden mußte«, gibt Marxens »Abstraktion ... also nur in Gedankenform den schon in den Dingen liegenden Inhalt wieder<sup>10</sup>«. Selbst »wenn in meinem Buch gar kein Kapitel über den >Wert< stünde«, schrieb Marx, »(würde) die Analyse der realen Verhältnisse, die ich gebe, den Beweis und den Nachweis des wirklichen Wertverhältnisses enthalten. Das Geschwätz über die Notwendigkeit, den Wertbegriff zu beweisen, beruht nur auf vollständigster Unwissenheit, sowohl über die Sache, um die es sich handelt, als die Methode der Wissenschaft.«<sup>11</sup>

Zum Verständnis des kapitalistischen Systems und seiner Dynamik war es notwendig, seine realen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse bloßzulegen und seine Entwicklung in ihrer *fetischistischen Bestimmtheit*, d. h. als Prozeß der Wertexpansion zu analysieren. Es bedarf dafür keines Beweises, daß die tatsächlichen Preisbeziehungen zwischen den einzelnen Waren letztlich auf Arbeitszeit zurückführbar sind. Es muß lediglich anerkannt werden, daß genau wie in irgendeinem anderen ökonomischen System auch im Kapitalismus Fortbestand und Weiterentwicklung der Gesellschaft unabänderlich und aufs engste mit den Arbeitszeitverhältnissen im Produktionsprozeß verknüpft sind. Die Abweichungen der Preise von den Werten finden ihre Begründung und ihre Grenzen in den Arbeitszeitverhältnissen, und daher, unter kapitalistischen Bedingungen, im Wertgesetz.

8 Marx/Engels, »Ausgewählte Briefe«, Berlin 1953, S. 242.

9 Engels an C. Schmidt, in MEW Bd. 39, Berlin 19Ä8, S. 431

10 Engels an Kautsky, in MEW Bd. 36, Berlin 1967, S. 209.

11 Marx/Engels, »Ausgewählte Briefe«, Berlin 1953, S. 241.

Marx' unverdrossene Bemühungen, die Gültigkeit des Wertgesetzes in einem System darzustellen, das einen Tausch von Werten ausschließt, verraten keinerlei Wunsch, das Wertgesetz in dem Sinne zu »operationalisieren«, daß es preisliche Tauschverhältnisse erklärt. Sie beziehen sich vielmehr auf die theoretische Notwendigkeit, die Gültigkeit des Gesetzes in der Gegenüberstellung mit einer Realität zu überprüfen, die ihm offensichtlich widerspricht. Um herauszufinden, ob den Markt- und Preisverhältnissen in der Tat Wertverhältnisse zugrundeliegen, bedurfte es einer Preistheorie, die mit der Werttheorie übereinstimmte. Die »Verwandlung« von Werten in Produktionspreise erfüllt diesen theoretischen Anspruch. Das Problem der individuellen Preisbestimmung war für Marx bedeutungslos; ihn interessierten allein die Wertverhältnisse und die Gewißheit, daß die Differenz zwischen Wert und Preis, wie sie einem in der Realität begegnet, weder logisch noch tatsächlich den Wertbegriff als *Schlüssel* zu den »wesentlichen Grundgesetzen« der kapitalistischen Produktion entkräftet.

Obwohl also die *Abweichung* des Preises vom Wert die *Herleitung* des Preises vom Wert nicht ausschließt, selbst wenn diese Herleitung nur deduktiv begründet werden kann, war Marx nicht davon überrascht, daß das etablierte Bürgertum der Werttheorie für seine eigenen praktischen Probleme keine Bedeutung beimaß. Während die Existenz und quantitative Veränderung der durch die Konkurrenz hervorgebrachten durchschnittlichen Profitrate die Marktrealität und damit den Horizont des bürgerlichen Interesses überstieg, diente sie Marx dazu, die Arbeitswerttheorie zu verifizieren. Natürlich war er sich darüber im klaren, daß »mit der Verwandlung der Werte in Produktionspreise die Grundlage der Wertbestimmung selbst dem Auge entrückt (wird)«, und er fand es nicht erstaunlich, »daß hier schon der Begriff des Werts ! dem Kapitalisten abhanden kommt<sup>12</sup>«. Denn hinsichtlich der durchschnittlichen Profitrate glaubt »der einzelne Kapitalist ... mit Recht, daß sein Profit nicht allein aus der von ihm oder in seinem Zweig beschäftigten Arbeit herstamme«: »Wie sollte ... die lebendige Arbeit ausschließliche Quelle des Profits sein, da Verminderung der zur Produktion nötigen Menge Arbeit ... nicht den Profit anzugreifen scheint.. ?«<sup>13</sup>

Während die Konkurrenz die verschiedenen Profitraten angleicht, determiniert sie nicht die Größe der durchschnittlichen Profitrate zu einer gegebenen Zeit, noch verursacht sie die Veränderungen dieser Rate. Die

12 »Das Kapital«, Bd. I, S. 177 f.

13 A. a. O., S. 180

Konkurrenz, sagt Marx, »kann nur auf die Profitrate wirken, soweit sie auf die Preise der Waren wirkt. Die Konkurrenz kann nur bewirken, daß Produzenten innerhalb derselben Produktionssphäre ihre Waren zu gleichen Preisen verkaufen, und daß sie innerhalb verschiedener Produktionssphären ihre Waren zu Preisen verkaufen, die ihnen denselben Profit geben ... Die Konkurrenz kann daher nur Ungleichheiten in der Profitrate ausgleichen. Um ungleiche Profitraten auszugleichen, muß der Profit als Element des Warenpreises schon vorhanden sein. Die Konkurrenz schafft ihn nicht'<sup>4</sup>«. Eher ist die Konkurrenz selbst durch die Existenz des Profits bedingt, und die Erklärung der durchschnittlichen Profitrate setzt die Erkenntnis ihrer Quelle voraus, was wieder zum Wert und Mehrwert zurückführt. Die durchschnittliche Profitrate zeigt an, daß die Preise vom Gesamtsystem bestimmt sind - auf das die Wertanalyse angewandt werden kann.

Die Konkurrenz führt zur Teilung und akkumulativen Verwendung des Mehrwerts. Sie bedingt, daß die Preise von den Werten abweichen, eben weil sie innerhalb einer wert- und mehrwertproduzierenden Gesellschaft stattfindet, in der »die Verteilung dieser gesellschaftlichen Arbeit und die wechselseitige Ergänzung, der Stoffwechsel ihrer Produkte, die Unterordnung unter und die Einschlebung in das gesellschaftliche Triebwerk, dem zufälligen, sich wechselseitig aufhebenden Treiben der einzelnen kapitalistischen Produzenten überlassen (ist)'<sup>5</sup>«. Innerhalb des Marktmechanismus ist die Verteilung der Produkte, die den aggregierten Wert der notwendigen Arbeitszeit enthalten, ebenso wie die Verteilung des aggregierten Mehrwerts unter die Kapitalisten und unproduktiven Schichten der Gesellschaft die wirkliche Tätigkeit der Menschen, die konkurrierend ihre Interessen im Rahmen ihrer gesellschaftlich bedingten und sich verändernden Möglichkeiten verfolgen. Hier herrscht nichts als der Kampf aller gegen alle, des Eigeninteresses gegen das Eigeninteresse, ein allgemeines und unentwirrbares Balgen um die Vermehrung des Reichtums oder um die nackte Existenz. Wirtschaftliche Motive vermischen sich mit anderen; es bleibt kein Raum für die eindeutigen Tauschrelationen der Wert- oder Preistheorie. Selbst unter rein ökonomischen Gesichtspunkten schließen die Vielfalt nebeneinander bestehender Ausbeutungsraten, die unterschiedlichen Umschlagszeiten der einzelnen Kapitale, die Differenzen zwischen den Produktionsbereichen, die natürlichen Monopole, die Wirkungen von Grundrente und Zins auf die Profitrate usw. es vollkommen aus, daß

14 A. a. O., S. 872.

15 A. a. O., S. 887.

die Wertbasis der Waren in ihrem Preis entdeckt werden könnte. Sie »erscheint unmittelbar nur noch in dem Einfluß der wechselnden Produktivkräfte der Arbeit auf Sinken und Steigen der Produktionspreise<sup>16</sup>«.

Marx hatte nie die Absicht, aus dem »allgemeinen Begriff des Werts durch sukzessive Einführung näherer Bestimmungen zuletzt jene unmittelbare Bestimmung der *Preise der Waren* abzuleiten?«<sup>17</sup>. Was er hinsichtlich des Wert-Preis-Problems zeigen wollte, war: daß eine Analyse des Kapitals in Wertbegriffen möglich ist, auch wenn der Wert in der Marktrealität keine Rolle spielt. Über die Feststellung hinaus, daß Preisrelationen Wertrelationen voraussetzen, und daß in diesem Sinne letztere die ersteren determinieren, gibt es keine Notwendigkeit für eine »marxistische Preistheorie«. Marx' Ziel, eine Theorie der Kapitalentwicklung zu formulieren, erforderte eine Analyse des Kapitals mit Hilfe der gesellschaftlichen Gesamtgrößen von Arbeit und Mehrarbeit, Wert und Mehrwert. Die Umwandlung von Werten in Preise steht nicht im Widerspruch zu dem abstrakten Wertschema, sondern zeigt nur seine Grenzen an. Marx sah aber keinen anderen Weg, und es wurde bis jetzt auch kein anderer entdeckt, als mit Hilfe des Wertbegriffs die verwirrende kapitalistische Wirklichkeit und den ununterbrochenen Strom ihrer Entwicklung zu verstehen.

Die Kontroverse über die Wert-Preis-Transformation ist inzwischen abgeklungen. Es wird nicht länger bezweifelt, daß »die Konstruktion eines Wirtschaftsmodells möglich ist, in welchem die Arbeitswerttheorie das System der Verteilung kennzeichnet, aber die Waren sich nicht im Verhältnis zu der bei ihrer Produktion verbrauchten Arbeitskraft tauschen<sup>18</sup>«. Die kapitalistische Wirtschaft ist jedoch nicht am Ursprung, sondern nur am Erzielen der Profite interessiert. Der Markt erscheint wichtig, nicht was seinen Mechanismus und seine wechselnde Struktur bedingt und aufrechterhält. Die Abweichung des Preises vom Wert kann seine Ableitung aus dem Wert nicht gegenstandslos machen; gesellschaftliche Produktion ist im Arbeitsprozeß verausgabte Zeit, deren Produkt niemals dasjenige übersteigen kann, welches in einer äquivalenten Arbeitszeit hergestellt würde. Der Preis des Produkts kann jedoch nicht aus seinem Wert abgelesen werden, weil er durch Marktrelationen bestimmt ist, in denen sich die gesellschaftlichen Notwendigkeiten der Kapitalproduktion widerspiegeln.

16 A. a. O., S. 837.

17 Kar] Korsch, »Karl Marx«, Frankfurt/M. und Wien 1967, S. 110.

18 J. P. Henderson, »Marx, Classical Economics, and the Labor Theory of Value«, in »The Centennial Review of Arts and Science«, Vol. III, 1959, S. 448.



Abgesehen von der praktischen Unmöglichkeit wäre es auch ein überflüssiges Unterfangen, denn nur in ihrer Preisform und nicht in ihrer Wertform entspricht die Wertbestimmung von Waren im Tauschprozeß den kapitalistisch modifizierten gesellschaftlichen Bedürfnissen, die den Produktions- und Expansionsprozeß bestimmen. Die Nichtachtung des in den Waren verborgenen Wertgehaltes bezeichnet das Ausmaß der innerhalb der Grenzen des Kapitalismus möglichen »Vergesellschaftung«. Solange die Abweichung des Preises vom Wert in der einen oder anderen Weise die notwendige und kapitalistisch bestimmte Proportionierung gesellschaftlicher Arbeit sichert, gilt den Preis- und Marktverhältnissen das ausschließliche Interesse der bürgerlichen ökonomischen Theorie und Praxis. Ohne ideologische oder praktische Anwendbarkeit in der kapitalistischen Gesellschaft konnte die Arbeitswerttheorie nur in der marxistischen Kritik der bürgerlichen Ökonomie überleben.

## 5. Das Wertgesetz als »Gleichgewichtsmechanismus«

Die marxistische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft mußte mehr enthalten als den Nachweis, daß die Arbeit durch das Kapital ausgebeutet wird. Der Begriff des Mehrwerts war der Arbeitswerttheorie immanent und schon vor Marx in sozialistischen Argumentationen verwendet worden. Um einmal mehr darzustellen, daß der Profit oder Mehrwert in der Produktion und nicht im Tausch gewonnen wird, fand Marx es ratsam, die Auswirkungen der Marktverhältnisse auf die Wertverhältnisse zu vernachlässigen. Dies ist nur in der Theorie möglich, da in Wirklichkeit der Produktionsprozeß nicht vom Tauschprozeß geschieden werden kann. Allerdings können Marx zufolge »die wirklichen innern Gesetze der kapitalistischen Produktion ... offenbar nicht aus der Wechselwirkung von Nachfrage und Zufuhr erklärt werden..., da diese Gesetze nur dann rein verwirklicht erscheinen, sobald Nachfrage und Zufuhr aufhören zu wirken, d. h. sich decken<sup>1</sup>«. Damit sollte aber nicht behauptet werden, daß ein solches Gleichgewicht möglich sei, denn in Wirklichkeit stimmen Angebot und Nachfrage niemals überein.

In der bürgerlichen Wirtschaftstheorie werden die Preise durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Unter der Annahme, daß sich Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage »auf lange Sicht« gegenseitig aufheben, erscheint es vernünftig, von ihnen zu abstrahieren und den Markt als einen Gleichgewichtsmechanismus zu betrachten. Selbst wenn zugestanden wird, daß außerökonomische Kräfte die Preisrelationen beeinflussen, herrscht die Überzeugung vor, daß diese Eingriffe, die entweder auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite geschehen, das Gleichgewicht schließlich wieder herstellen werden.

Die bürgerliche Wirtschaftstheorie nimmt die Klassenausbeutung nicht wahr, denn die Waren, die auf dem Markt erscheinen, verraten nicht die Trennung von Arbeit und Mehrarbeit infolge des Doppelcharakters

1 Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. III, MEW Bd. 25, Berlin 1964, S. 199.

der Arbeitskraft als Tausch- und Gebrauchswert. Sie besteht darauf, daß die Marktverhältnisse jedem und allen das Äquivalent ihrer besonderen Beiträge zum Produktionsprozeß sichern, und daß die Maximierung des privaten Eigennutzes zu einem Optimum gesellschaftlichen Wohlergehens führt. Die Maximierung des privaten Eigennutzes könnte, wie Marx ausführte, ganz andere Wirkungen haben, wenn nicht »das Privatinteresse selbst schon ein *gesellschaftlich bestimmtes Interesse* ist und nur innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr gegebenen Mitteln erreicht werden kann; also an die Reproduktion dieser Bedingungen und Mittel gebunden ist<sup>2</sup>«. Andernfalls könnte das bloße Eigeninteresse genauso gut in das völlige Chaos eines Kampfes aller gegen alle ableiten. Erst das Wertgesetz gibt der gesellschaftlich bestimmten Natur des Privatinteresses Ausdruck und erklärt damit alles, was an »Ordnung« im Kapitalismus vorhanden ist.

Diese »Ordnung« ist selbst der Entfaltung der Kapitalproduktion unterworfen. Marx sah keinen Grund, die Auswirkungen der Marktkonkurrenz auf die Preisverhältnisse und auf die Verteilung von Arbeit und Kapital zu leugnen. Aber dies impliziert nicht, daß die verschiedenen ausgleichenden Prozesse tatsächlich das Marktgleichgewicht der bürgerlichen Theorie hervorbringen. Es bedeutet lediglich, daß der gesellschaftliche Charakter der Produktion individuelle Produzenten einer Reihe von außerhalb ihrer Kontrolle liegenden Restriktionen unterwirft.

Diese Auslieferung der »Selbstbestimmung« an unbekanntes Marktverhältnisse ordnet die gesamte Wirtschaft der Dynamik der Kapitalakkumulation unter. Von einem Wertgesetz zu sprechen bedeutet, daß die Tauschverhältnisse im Kapitalismus als eine unabhängige Macht erscheinen, welche die Produzenten kontrolliert, anstatt von ihnen kontrolliert zu sein. Das bezieht sich auf die einfache historische Tatsache, daß die zunehmende »Vergesellschaftung« von Produktion und Tausch unter dem Schutz privater Eigentumsverhältnisse stattfand. Individuelle Produktionsbedingungen kamen unter die gesellschaftliche Kontrolle von Marktverhältnissen. Private Erfolge oder Mißerfolge auf dem Markt führten zu Verschiebungen in der Produktionssphäre, und Veränderungen in der Produktionssphäre führten zu neuen Marktsituationen, die den einzelnen Kapitaleignern bei Strafe des Untergangs andere Verhaltensweisen abverlangten. Erfolg ist dabei jedoch nichts anderes als die Realisation herausgepreßter

2 Karl Marx, »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«, Berlin 1953, S. 74.

Mehrarbeit in Form von Profiten; dies geschieht innerhalb des Preismechanismus, d. h. bestimmt durch die Konkurrenzverhältnisse, durch Angebot und Nachfrage, die unter den Bedingungen der Kapitalproduktion deren besondere »gesellschaftlichen Bedürfnisse« anzeigen.

Die Marktverhältnisse erhalten ihre bestimmte Gestalt zu jeder gegebenen Zeit von der Quantität des tatsächlich produzierten Wertes und Mehrwertes. Sie sind »wesentlich bedingt... durch das Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander und durch ihre respektive ökonomische Position, namentlich also erstens durch das Verhältnis des Gesamtmehrwertes zum Arbeitslohn und zweitens durch das Verhältnis der verschiedenen Teile, worin sich der Mehrwert spaltet. (Profit, Zins, Grundrente, Steuern usw.)«<sup>3</sup> Was immer in der Marktsphäre geschieht, kann nur innerhalb der bestimmten Schranken geschehen, die durch Ereignisse in der Produktionssphäre und durch die Eigentümlichkeiten der Verteilung des Sozialprodukts festgesetzt sind. Das besagt nicht, daß Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage die Wirtschaft nicht selbständig beeinflussen können; sie tun dies beständig. Aber es impliziert die Erkenntnis, daß die Marktverhältnisse *ihrem* Wesen nach abgeleitete Verhältnisse sind und durch die Kapazitäten und Schranken des Produktionsprozesses bestimmt werden. Weil es unmöglich ist, den Produktionsprozeß vom Zirkulationsprozeß zu trennen, erscheinen die Auswirkungen der steigenden Arbeitsproduktivität auf die Produktionsverhältnisse als Wertverhältnisse in der Form von Preis- und Profitrelationen. Aber die Tatsache, daß Marktverhältnisse nur Preisverhältnisse sein können, ändert nichts daran, daß die Angebots- und Nachfragerelationen selbst durch gesellschaftliche Produktionsverhältnisse und durch die Eigenart gesellschaftlicher Produktion als Akkumulation von Kapital determiniert sind. In der Sicht von Marx »reguliert« nicht das Preissystem die kapitalistische Wirtschaft, sondern vielmehr tun dies unbekannte, kapitalistisch bestimmte Produktionsnotwendigkeiten, *die durch den Preismechanismus wirken*. Der »regulative« Konkurrenzmechanismus des Preises ist selbst durch das Wertgesetz »reguliert«, genauso wie das Wertgesetz wiederum durch gesellschaftliche und natürliche Notwendigkeiten, die das kapitalistische System transzendieren, außer Kraft gesetzt werden kann.

Weil die Gesellschaft »so wenig aufhören kann zu produzieren, wie sie aufhören kann zu konsumieren«, ist der gesellschaftliche Produktionsprozeß kontinuierlich. Im Kapitalismus ist der gesellschaftliche

3 »Das Kapital«, Bd. III, a. a. O., S. 191.

Produktionsprozeß zugleich ein Reproduktionsprozeß auf erweiterter Stufenleiter. »Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion«, schrieb Marx, »(macht) eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsjacke auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittelt progressiver Akkumulation.«<sup>4</sup> Diese Zwanghaftigkeit des Akkumulierens bestimmt die Handlungen aller Kapitalisten, und durch diese ihre Handlungen erscheint der gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozeß als »Selbsterweiterung« des Kapitals. Die Kontrolle der Produzenten durch den Markt ist so gleichzeitig die Kontrolle der Produzenten *und des Marktes* durch die Akkumulation des Kapitals. Da Kapital angeeigneter Mehrwert ist, hängt die qualitative und quantitative Natur des gesellschaftlichen Produktionsprozesses von der Fähigkeit oder Unfähigkeit ab, neuen Mehrwert herauszupressen. Obgleich die Akkumulation Quelle und Ziel der kapitalistischen Produktion ist, kümmern sich die Kapitalisten weder um die gesamtgesellschaftliche Produktion, noch um die gesamtgesellschaftlichen proportionalen Beziehungen zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit, zwischen Löhnen und Profiten. Was die Reproduktion der arbeitenden Klasse betrifft, so überläßt der Kapitalist »ihre Erfüllung getrost dem Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter. Er sorgt nur dafür, ihre individuelle Konsumtion möglichst auf das Notwendige einzuschränken«. Die Arbeiter können ihrerseits versuchen, ohne Rücksicht auf die Akkumulationserfordernisse der Kapitalproduktion ihre Löhne auf Kosten der Profite zu erhöhen. Beide Haltungen finden unbekannte, doch bestimmte Schranken in den Bedingungen, die durch die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse als Wertverhältnisse gesetzt sind.

Der Markt ist die Bühne, auf der alle konkurrierenden Handlungen ausgespielt werden. Aber diese Bühne ist selbst durch die Klassennatur der Sozialstruktur konstituiert. Marktverhältnisse gleich welcher Art müssen sich den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen in dem Sinne anpassen, daß der Mehrwert dem Kapitalwert entsprechen muß, damit das Marktspiel weitergeht. Kriterium der Angemessenheit ist die Akkumulation, denn ohne sie gäbe es wohl Produktion, aber nicht

<sup>4</sup> »Das Kapital«, Bd. I, MEW Bd. 23, Berlin 1962, S. 618.

<sup>5</sup> A. a. O., S. 598.

kapitalistische Produktion, d. h. *Produktion von Kapital* Die Akkumulationsrate, oder, was auf das Gleiche herauskommt, die Mehrwert- oder Profitrate, ist das »ordnende« Element, auf das die regulativen Funktionen des Marktes gegründet sind.

Der Wettbewerb gleicht die Warenpreise und Profitraten dem Durchschnitt an. Offensichtlich setzt dieser Angleichungsprozeß individuelle Unterschiede voraus. Die Produktionssphäre bestimmt das Angebot, und die Nachfrage mißachtet ihre Differenzierung. Die Marktnachfrage der arbeitenden Bevölkerung kann das Äquivalent des variablen Kapitals nicht übersteigen; sie richtet sich im allgemeinen auf Konsumgüter. Der Mehrwert, der außerhalb des Austausches von Kapital und Arbeit realisiert werden muß, zerfällt in Profit, Zins und Grundrente. Ein Teil davon wird wieder angelegt, ein anderer Teil konsumiert. »Der Mehrwert ist nur deshalb in Kapital verwandelbar, weil das Mehrprodukt, dessen Wert er ist, bereits die sachlichen Bestandteile eines neuen Kapitals enthält<sup>6</sup>.« Akkumulation als Enthaltung vom Konsum des gesamten Mehrwerts erscheint den Kapitalisten als ein »Sparprozeß«, und die Profite erscheinen ihnen als Belohnung für ihre »Enthaltbarkeit«. In Wirklichkeit verhält es sich jedoch so: »Je mehr also das Kapital vermittelt sukzessiver Akkumulationen wächst, desto mehr wächst auch die Wertsumme, die sich in Konsumtionsfonds und Akkumulationsfonds spaltet. Der Kapitalist kann daher flotter leben und zugleich mehr >entsagen<. Und schließlich spielen alle Springfedern der Produktion um so energischer, je mehr ihre Stufenleiter sich erweitert mit der Masse des vorgeschossenen Kapitals.«<sup>7</sup> Nichtsdestoweniger kann der Akkumulationsfonds nicht größer sein als der Rest, der vom Mehrwert zurückbleibt, nachdem die Konsumnachfrage der nichtarbeitenden Bevölkerung befriedigt worden ist. Je geringer der gesellschaftliche Gesamtkonsum im Verhältnis zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt, desto größer der für Akkumulationszwecke gebliebene Mehrwert.

In der bürgerlichen Theorie ist der »Aufschub« der laufenden Konsumtion durch »Spareinlagen« lediglich ein Weg zu einer reichhaltigeren künftigen Konsumtion. Dieser »Aufschub« ist jedoch kontinuierlich, gleich wieviel »gespart« und in neuen Produktionsmitteln wieder angelegt worden ist. Obwohl die Konsumtion im Verlauf der Kapitalexpansion zunimmt, steigt sie in geringerem Maß, als Kapital akkumuliert wird. Ein »Gleichgewicht« zwischen Produktion und Kon-

6 A. a. O., S. 607.

7 A. a. O., S. 63s f.

sumtion kann es ebensowenig zu einem besonderen Zeitpunkt wie auf lange Sicht geben, da die progressive Kapitalexpansion von der weiteren Öffnung der Schere zwischen Produktion und Konsumtion abhängt. Ein »Gleichgewicht« des Marktes kann nur in abstrakter Wertform bestehen, d. h. wenn die Marktnachfrage zufällig so beschaffen ist, daß sie die Realisierung des Mehrwerts durch Kapitalexpansion sichert. Der Akkumulationsprozeß erweckt den Anschein eines »Gleichgewichts« von Angebot und Nachfrage, und nur in diesem Sinn »(setzt) das Gesetz des Werts das gesellschaftliche Gleichgewicht der Produktion inmitten ihrer zufälligen Fluktuationen durch<sup>8</sup>«.

Jedoch verschafft sich das Wertgesetz in der Durchsetzung des »gesellschaftlichen Gleichgewichts der Produktion« Geltung »wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt?«. Es setzt sich durch vermittels Krisen, die nicht einen verlorengegangenen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, Produktion und Konsumtion wiederherstellen, sondern ein vorübergehend verlorengegangenes, aber notwendiges »Gleichgewicht« zwischen dem materiellen Produktionsprozeß und dem Expansionsprozeß des Wertes. Nicht der Marktmechanismus erklärt ein augenscheinliches »Gleichgewicht« zwischen Angebot und Nachfrage, sondern die Kapitalakkumulation gestattet es, daß der Marktmechanismus zuweilen als ein Gleichgewichtsmechanismus erscheint.

8 »Das Kapital«, Bd. III, a. a. O., S. 883

9 »Das Kapital«, Bd. I, a. a. O., S. 89.

## 6. Akkumulation und fallende Profitrate

Marx war nicht besonders daran interessiert, die Lebensfähigkeit des anarchischen Kapitalismus aufzuzeigen. Seine Beschäftigung mit dem Wertgesetz bezieht sich auf den »letzten Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen<sup>1</sup>«. Das Beste am »Kapital«, schrieb er an Engels, »ist i. (darauf beruht alles Verständnis der facts) der gleich im ersten Kapitel hervorgehobene *Doppelcharakter der Arbeit*, je nachdem sie sich in Gebrauchswert oder Tauschwert ausdrückt; 2. die Behandlung des Mehrwerts unabhängig von seinen besondern Formen als Profit, Zins, Grundrente etc.«<sup>2</sup> Der Doppelcharakter der Arbeitskraft ist natürlich das Äquivalent des gesellschaftlichen Verhältnisses der Kapitalproduktion als einer Produktion von Mehrwert. Die unabhängige Behandlung des Mehrwerts verweist auf dieses gesellschaftliche Verhältnis, das hinter den verschiedenen Kategorien, in denen der Mehrwert unter seine verschiedenen Aneigner aufgeteilt wird, verborgen bleibt.

Die kapitalistische Produktion ist Produktion von Tauschwert mittels der Produktion von Waren. Ihr Ziel ist der Mehrwert als zusätzlicher Tauschwert. Mehrwert ist die Differenz zwischen dem Tauschwert der Arbeitskraft und ihrer jeweiligen Produktionskapazität. Er ist die zeitliche Relation zwischen der zur Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendigen Arbeit und der Arbeit, die den Kapitalisten darüber hinaus in der Form des Mehrprodukts zufällt und dann als Profit realisiert wird. Vom Standpunkt der Arbeitswerttheorie aus nimmt der Tauschwert einer Ware mit steigender Arbeitsproduktivität ab. Mehr Gebrauchswert in Warenform drückt sich in einem gleichen oder geringeren Tauschwert aus, wenn sich die in den Waren vergegenständlichte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verringert.

1 Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. I, MEW Bd. 23, Berlin 1962, S. 15 f.

2 Marx/Engels, »Ausgewählte Briefe«, Berlin 1953, S. 224.



Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit im Kapitalismus bedingt einerseits ein Sinken des Tauschwertes im Verhältnis zum Gebrauchswert der Waren, und andererseits eine mengenmäßige Vermehrung der Gebrauchswerte, die den sinkenden Tauschwert kompensiert. Unter kapitalistischen Gesichtspunkten ist die Steigerung der Produktivität sinnlos, wenn sie nicht eine Steigerung des Mehrwerts in Form von Tauschwert einschließt. Dies erfordert eine Steigerung des Ausbeutungsgrades, der »Rate des Mehrwerts«, die wiederum eine Veränderung des Verhältnisses von notwendiger und zusätzlicher Arbeitszeit bedeutet. Sie kann entweder durch eine Verlängerung der Gesamtarbeitszeit oder durch eine Verkürzung derjenigen Arbeitsperiode erreicht werden, die den Tauschwert der Arbeitskraft deckt. Man kann jedoch annehmen, daß die Kapitalexpansion in einem geschlossenen System einen Punkt erreichen wird, an dem die Zahl der Arbeiter nicht mehr gesteigert, die Arbeitszeit nicht mehr verlängert und der Teil der Arbeitszeit, den die Arbeiter für ihre eigene Reproduktion brauchen, nicht mehr verkürzt werden kann. An diesem Punkt wäre die Kapitalakkumulation zu Ende.

Das Anwachsen der Produktivität, des Mehrwerts und der Akkumulation von Kapital ist ein und derselbe Prozeß. Er impliziert, daß das in Produktionsmittel investierte Kapital gegenüber dem in Arbeitskräfte investierten schneller wächst. Im »Kapital« konstruiert Marx ein Wertmodell der Kapitalentwicklung; es enthält die theoretisch vorstellbare Einheit »Gesamtkapital« mit den gesellschaftlichen Gesamtgrößen der Löhne, Profite und Investitionen. Obwohl alle direkt sichtbaren Verbindungen zwischen Wert und Preis im tatsächlichen Tauschprozeß verlorengehen, würden bei einer Betrachtung der »Gesellschaft als Ganzes« alle Preise zusammen - ohne Ansehung ihrer Beziehungen zueinander - den Gesamtwert darstellen, was eine Wertanalyse der Kapitalentwicklung möglich macht. Der Begriff »Gesellschaft als Ganzes« rechtfertigt sich wie der Wertbegriff selbst nicht nur als theoretischer Kunstgriff, sondern als gültige Abstraktion von der unmittelbaren Wirklichkeit.

Ganz allgemein beruht die gesellschaftliche Entwicklung auf der wachsenden Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität wird durch die Entwicklung von Mitteln und Methoden der Produktion erreicht, oder, unter kapitalistischen Bedingungen, durch die Akkumulation von Kapital. Das Wachstum von Kapital verändert seine organische Zusammensetzung. Marx zufolge »(ist) die Zusammensetzung des Kapitals in zweifachem Sinn zu fassen. Nach der Seite des Werts bestimmt sie sich durch das Verhält-

nis, worin es sich teilt in konstantes Kapital oder Wert der Produktionsmittel und variables Kapital oder Wert der Arbeitskraft, Gesamtsumme der Arbeitslöhne. Nach der Seite des Stoffs, wie er im Produktionsprozeß fungiert, teilt sich jedes Kapital in Produktionsmittel und lebendige Arbeitskraft; diese Zusammensetzung bestimmt sich durch das Verhältnis zwischen der Masse der angewandten Produktionsmittel einerseits und der zu ihrer Anwendung erforderlichen Arbeitsmenge andererseits. Ich nenne die erstere die **Wertzusammensetzung**, die zweite die **technische Zusammensetzung** des Kapitals. Zwischen beiden besteht enge Wechselbeziehung. Um diese auszudrücken, nenne ich die Wertzusammensetzung des Kapitals, insofern sie durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und deren Änderungen widerspiegelt: **die organische Zusammensetzung des Kapitals**.<sup>3</sup> « Aus dieser Definition folgt, daß es eine Differenz zwischen der Wertzusammensetzung und der materiellen Zusammensetzung gibt. »Wenn z. B. heute der in der Spinnerei angelegte Kapitalwert zu  $\frac{7}{8}$  konstant und  $V_8$  variabel ist, während er Anfang des 18. Jahrhunderts  $V_8$  konstant und  $V_2$  variabel war, so ist dagegen die Masse von Rohstoff, Arbeitsmitteln usw., die ein bestimmtes Quantum Spinnarbeit heute produktiv konsumiert, vielhundertmal größer als im Anfang des 18. Jahrhunderts. Der Grund ist einfach der, daß mit der wachsenden Produktivität der Arbeit nicht nur der Umfang der von ihr vernutzten Produktionsmittel steigt, sondern deren Wert, verglichen mit ihrem Umfang, sinkt. Ihr Wert steigt also absolut, aber nicht proportionell mit ihrem Umfang. Das Wachstum der Differenz zwischen konstantem und variablem Kapital ist daher viel kleiner als das der Differenz zwischen der Masse der Produktionsmittel, worin das konstante, und der Masse Arbeitskraft, worin das variable Kapital umgesetzt wird. Die erstere Differenz nimmt zu mit der letzteren, aber in geringerem Grad.«<sup>4</sup>\*

Die organische Zusammensetzung des Kapitals spiegelt dieses besondere Verhältnis zwischen Wert und materieller Zusammensetzung wider. Die allmähliche Veränderung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals ereignet sich mehr oder weniger in allen Sphären und Zweigen der Produktion. Der Durchschnitt individueller Zusammensetzungen ergibt die Zusammensetzung des Gesamtkapitals in jedem besonderen Produktionszweig, und das Mittel der Durchschnitte in allen Produktionszweigen ergibt die Zusammensetzung des

3 »Das Kapital«, Bd. I, a. a. O., S. 640.

4 A. a. O., S. 651 f.

gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Mit diesem Durchschnitt hat es Marx zu tun, wenn er das allgemeine Gesetz der Kapitalakkumulation untersucht.

Um es zu wiederholen: das Anwachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals impliziert immer, daß die Menge der Produktionsmittel und die Produktion selbst schneller wachsen als die Wert-Zusammensetzung des Kapitals, was aus dem Wertgesetz, d. h. aus der Abnahme des Tauschwertes als Resultat steigender Arbeitsproduktivität folgt. Unter der Annahme einer konstanten Mehrwertrate führt eine wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals zu einem graduellen Fall der durchschnittlichen Profitrate, da nur der variable Bestandteil des Kapitals Mehrwert erzeugt, während die Profitrate an den Gesamtinvestitionen »gemessen« wird, d. h. am konstanten und variablen Bestandteil zusammengenommen.

Tatsächlich wird jedoch die Tendenz zum Fall der Profitrate durch die aus der höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals sich ergebende Produktivitätssteigerung ausgeglichen. Nach Marx drückt sich die Kapitalakkumulation »einerseits in einer Tendenz zu fortschreitendem Fall der Profitrate (aus), und andererseits in beständigem Wachstum der absoluten Masse des angeeigneten Mehrwerts oder Profits; so daß im ganzen der relativen Abnahme des variablen Kapitals<sup>1</sup> und Profits eine absolute Zunahme beider entspricht. Diese doppelseitige Wirkung kann sich, wie gezeigt, nur darstellen in einem Wachstum des Gesamtkapitals in rascherer Progression als die, worin die Profitrate fällt'«.

Das Kapital könnte sich akkumulieren und eine gegebene Profitrate aufrechterhalten, wenn der Wert des variablen Kapitals und der Wert des konstanten Kapitals im gleichen Tempo wüchsen. Dies würde jedoch die Bildung von Kapital ohne einen Anstieg der Arbeitsproduktivität bedeuten, was der wirklichen Entwicklung des Kapitalismus und besonders seinem gewaltigen technologischen Fortschritt widerspricht. Beim Fehlen von Kapitalakkumulation könnte es keinen Fall der Profitrate geben. Ein nicht akkumulierender Kapitalismus ist aber nur eine vorübergehende Möglichkeit; es ist ein Kapitalismus in der Krise. Kapitalistische Entwicklung ist nur in der Form von Akkumulation denkbar. Allgemein verdrängt Kapitalbildung immer die lebendige Arbeitskraft und vermindert in diesem Maße die Profitrate, während sie zur gleichen Zeit sowohl die Rate als auch die Masse des Mehrwertes erhöht.

Solange die Mehrwertrate genügend gesteigert werden kann, bleibt der tendenzielle Fall der Profitrate latent. Zur »Demonstration« eines Falls der Profitrate kann man sich eine gleichbleibende Mehrwertrate in einem expandierenden kapitalistischen System vorstellen. Aber daß die Ausbeutung nicht genügend gesteigert werden könnte, um den tendenziellen Fall der Profitrate auszugleichen, ist nicht absehbar. Marx wies selbst darauf hin, daß das abstrakte Schema der Kapitalentwicklung nicht ausreicht, um Voraussagen über die wirkliche Bewegung zu machen. Alle Krisen des Kapitalismus müssen aus den empirisch gegebenen Verhältnissen erklärt werden, »aus der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion, Konkurrenz und Kredit«<sup>6</sup>. Die Wertanalyse der Kapitalentwicklung postuliert, daß sich »die Möglichkeit von Krisen... bei der Betrachtung der allgemeinen Natur des Kapitals ergibt, ohne daß noch die weiteren realen Verhältnisse entwickelt, die alle Voraussetzungen des wirklichen Produktionsprozesses bilden«.<sup>7</sup>

Dennoch stellte das Gesetz der fallenden Profitrate für Marx »das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie« dar<sup>8</sup>. So einfach es zu sein scheint, »sowenig ist es aller bisherigen Ökonomie gelungen, ... es zu entdecken?«. Das lag daran, daß sie »um den Unterschied zwischen konstantem und variablem Kapital zwar herumtappte, ihn aber nie bestimmt zu formulieren verstand<sup>10</sup>«. Zum Beispiel warf Ricardo »einfach Mehrwert und Profit zusammen<sup>11</sup>«, aber er nahm die Beziehung des letzteren auf das Gesamtkapital nicht wahr. Daher konnte er den Fall der Profitrate nicht als *immanentes* Gesetz der Kapitalakkumulation erkennen. Obwohl durch die Entdeckung des Falls der Profitrate das Ende des Kapitalismus nicht voraussagbar wurde, zerstörte sie doch die Illusion, daß der Kapitalismus jenen Zustand der Ruhe erreichen könnte, der von seinen Apologeten als einzige Hoffnung für die Zukunft ausgegeben wird. Das »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« besagt, daß die in der Realität auftretenden Widersprüche nicht als zufällige oder zu beseitigende Mängel angesehen werden können. Diese Schwierigkeiten sind vielmehr als einzelne und als Entwicklungsmuster in einem Trend der Kapitalakkumulation selbst begründet. Wenn die inneren Zusammenhänge des Kapitalismus

6 Karl Marx, »Theorien über den Mehrwert«, Bd. II, MEW Bd. 26. 2, Berlin 1967, S. 513.

7 A. a. O.

8 Karl Marx, »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«, Berlin 1953, S. 634.

9 »Das Kapital«, Bd. III, a. a. O., S. 223.

10 A. a. O.

11 »Grundrisse . . .«, a. a. O., S. 639.

einmal begriffen sind, schrieb Marx, »stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretische Glauben in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände<sup>14</sup>«.

In ihren frühen Stadien schien die Kapitalbildung eine bloß quantitative Kapitalaufstockung zu sein. Durch die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals wurde sie zu einer qualitativen Veränderung. Im Verhältnis zu seinem Umfang zieht neu hinzugefügtes Kapital immer weniger Arbeiter an, und das reproduzierte Kapital, das von der sich verändernden Kapitalzusammensetzung nicht unbeeinflusst bleibt, stößt mehr und mehr Arbeiter, die vorher durch dieses Kapital beschäftigt waren, ab. Die Akkumulation impliziert jedoch ein Anwachsen der arbeitenden Bevölkerung, da ein Teil des Mehrwerts wieder in zusätzliches variables Kapital umgewandelt werden muß. Dies erfordert eine **beschleunigte** Rate der Kapitalexpansion. Marx zufolge wird »nicht nur. .. eine in wachsender Progression beschleunigte Akkumulation des Gesamtkapitals erheischt, um eine zusätzliche Arbeiterzahl von gegebener Größe zu absorbieren oder selbst, wegen der beständigen Metamorphose des alten Kapitals, die bereits funktionierende zu beschäftigen. Ihrerseits schlägt diese wachsende Akkumulation und Zentralisation selbst wieder um in eine Quelle neuer Wechsel der Zusammensetzung des Kapitals oder abermalig beschleunigter Abnahme seines variablen Bestandteils verglichen mit dem konstanten<sup>15</sup>«.

Die Erweiterung der Kapitalproduktion bringt jedoch neues Kapital niederer organischer Zusammensetzung in den Wirtschaftsprozess ein, was die relative Abnahme des variablen Kapitals durch seine absolute Zunahme mildert. Die technologische Entwicklung kann den Kapitalwert der Produktionsmittel vermindern und dadurch das Anwachsen der Diskrepanz zwischen konstantem und variablem Kapital verlangsamen. Die Tendenz der fallenden Profitrate wird durch diese und andere »Gegentendenzen« aufgehoben. Jedoch bleibt die Frage, ob dies immer möglich ist.

Wie schon gesagt gibt es zwei Wege, um die Mehrwertrate für ein gegebenes Kapital zu erhöhen: entweder den Arbeitstag zu verlängern, oder den Teil des Arbeitstages zu verkürzen, währenddem die Arbeitskräfte das Äquivalent ihres Tauschwertes produzieren. Dies gilt auch für die imaginäre »Gesellschaft als Ganzes«; d. h. die Welt wird hier als **ein** Land behandelt, in dem sich die kapitalistische Produktion

12 Marx an Kugelmann, in: Marx/Engels: »Ausgewählte Briefe«, Berlin 1953, S. 242.

15 »Das Kapital, Bd. III, a. a. O., S. 231.

überall durchgesetzt hat, »um **den** Gegenstand der Untersuchung in seiner Reinheit, frei von störenden Nebenumständen aufzufassen<sup>14</sup>«. In diesem Modell der Kapitalproduktion kann die Mehrwertrate durch die Verlängerung der Gesamtarbeitszeit oder durch die Verkürzung jenes Teils der Gesamtarbeitszeit erhöht werden, der das Äquivalent des variablen Kapitals ist. Doch ebenso wie beim einzelnen Arbeiter gibt es auch bei der Gesamtmenge gesellschaftlicher Arbeit bestimmte Grenzen, über die hinaus die absolute Arbeitszeit nicht ausgedehnt und die notwendige Arbeitszeit, d. h. die den Arbeitern zufallende Arbeitszeit, nicht verkürzt werden kann. Nur daß diese Schranken für den einzelnen Arbeiter offensichtlich sind und unsichtbar für die »Gesellschaft als Ganzes« oder jede tatsächlich bestehende Gesellschaft. In Extremen ausgedrückt: die absolute Arbeitszeit während eines Tages kann 24 Stunden nicht überschreiten, und die notwendige Arbeitszeit kann nicht auf Null verkürzt werden. Die Erzeugung von Mehrwert hat sowohl gesellschaftliche als auch natürliche Schranken.

Die Tendenz der fallenden Profitrate ist eine theoretische Konsequenz aus der Anwendung der Arbeitswerttheorie auf den Kapitalbildungsprozeß. Wie wir uns erinnern sinkt, als Ergebnis der wachsenden Arbeitsproduktivität, der Wert von Waren mit der Verkürzung der zu ihrer Produktion erforderlichen Arbeitszeit. Nun werden aber mehr Waren irgendeiner Art während derselben Zeit produziert, die früher für eine geringere Anzahl benötigt wurde. Verteilt über eine größere Menge von Gebrauchswerten wächst auch der Tauschwert, wenngleich in geringerem Maße, und das Kapital akkumuliert. Ähnlich ist es mit der Profitabilität. Obwohl die Profitrate mit der wachsenden organischen Zusammensetzung fällt, nimmt die Masse des Mehrwerts mit der Masse akkumulierten Kapitals zu. Für jede **bestimmte** Kapitalsumme wird die Profitrate geringer sein, aber für die größere Gesamtmasse Kapital bedeutet die größere Mehrwertmasse die gleiche oder sogar eine höhere Profitabilität. Nach Marx »bringen dieselben Ursachen, die eine absolute Abnahme des Mehrwerts und daher auch der nach Prozenten berechneten Profitrate erzeugen, ein Wachstum in der absoluten Masse des vom Gesellschaftskapital angeeigneten Mehrwerts und daher Profits hervor<sup>15</sup>«. Denn »wenn je ein aliquoter Teil = 100 des gesellschaftlichen Kapitals, und daher je 100 Kapital von gesellschaftlicher Durchschnittszusammensetzung, eine gegebne Größe ist, und daher für sie Abnahme der Profitrate zusammenfällt mit

14 A. a. O., S. 607, Fußnote 21a.

15 »Das Kapital, Bd. III, a. a. O., S. 231.

Abnahme der absoluten Größe des Profits, eben weil hier das Kapital, woran sie gemessen werden, eine konstante Größe ist, so ist dagegen die Größe des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, wie des in den Händen einzelner Kapitalisten befindlichen Kapitals, eine variable Größe, die, um den vorausgesetzten Bedingungen zu entsprechen, variieren muß im umgekehrten Verhältnis zur Abnahme ihres variablen Teils<sup>16</sup>«. Daher kann »die Anzahl der vom Kapital angewandten Arbeiter,... daher die absolute Masse der von ihm aufgesaugten Mehrarbeit, daher die Masse des von ihm produzierten Mehrwerts, daher die absolute Masse des von ihm produzierten Profits ... also wachsen, trotz des progressiven Falls der Profitrate. Dies kann nicht nur der Fall sein. Es *muß* der Fall sein - vorübergehende Schwankungen abgerechnet - auf Basis der kapitalistischen Produktion?<sup>17</sup>«.

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität schließt die erhöhte Produktion von Gebrauchswerten ein, worin die Produktionsmittel enthalten sind; sie erfordert zusätzliche Arbeit, die nicht »vom Wert (abhängt), sondern von der Masse dieser Produktionsmittel (Lebensmittel eingeschlossen), da der Arbeiter im Produktionsprozeß nicht mit dem Wert, sondern mit dem Gebrauchswert der Produktionsmittel zu tun hat<sup>18</sup>«. »Im Fortschritt des Produktions- und Akkumulationsprozesses muß also die Masse der aneignungsfähigen und angeeigneten Mehrarbeit, und daher die absolute Masse des vom Gesellschaftskapital angeeigneten Profits wachsen.«<sup>19</sup> Dies alles erfordert lediglich, daß »der Multiplikator, der das Wachstum des Gesamtkapitals anzeigt, gleich sein (muß) dem Divisor, der das Fallen der Profitrate anzeigt<sup>20</sup>«. Mit anderen Worten: »Das Kapital (muß) in größerer Proportion wachsen als die Profitrate fällt. ... Damit der variable Bestandteil des Gesamtkapitals nicht nur absolut derselbe bleibe, sondern absolut wachse, obgleich sein Prozentsatz als Teil des Gesamtkapitals fällt, muß das Gesamtkapital in stärkerem Verhältnis wachsen als der Prozentsatz des variablen Kapitals fällt.«<sup>21</sup> Der Akkumulationsprozeß selbst hebt den Fall der Profitrate auf. Wenn die Akkumulation groß genug ist, wird die größere Masse von Kapital einer höheren organischen Zusammensetzung die gleiche oder eine größere Profitmasse abwerfen als diejenige, die durch ein kleineres Gesamtkapital mit niedrigerer organischer Zusammensetzung zustande kam.

16 A. a. O.

17 A. a. O., S. 228.

18 A. a. O.

19 A. a. O., S. 229.

20 A. a. O., S. 232.

21 A. a. O., S. 232 f.

Nach der Arbeitswerttheorie wird die Akkumulation von Tauschwert durch eine fallende Profitrate in Schach gehalten, während die gleichzeitige schnellere Vermehrung von Gebrauchswerten in Form von zusätzlichem Kapital die Profitmasse und damit die **tatsächliche** Profitabilität des Kapitals erhöht. Die Akkumulation zeigt sich nach Marx »erstens in der Vermehrung der Mehrarbeit, d. h. der Abkürzung der notwendigen Arbeitszeit, die zur Reproduktion der Arbeitskraft erheischt ist. Zweitens in der Abnahme der Menge von Arbeitskraft (Arbeiterzahl, die überhaupt angewandt wird, um ein gegebenes Kapital in Bewegung zu setzen).«<sup>22</sup> Diese Vorgänge bedingen sich gegenseitig und beeinflussen die Profitrate in unterschiedlicher Weise. Während die Mehrwertrate steigt, sinkt die Zahl der Arbeitskräfte. »Soweit die Entwicklung der Produktionskraft den bezahlten Teil der angewandten Arbeit vermindert, steigert sie den Mehrwert, weil seine Rate; soweit sie jedoch die Gesamtmasse der von einem gegebenen Kapital angewandten Arbeit vermindert, vermindert sie den Faktor der Anzahl, womit die Rate des Mehrwerts multipliziert wird, um seine Masse herauszubringen. Zwei Arbeiter, die zwölf Stunden täglich arbeiten, können **nicht** dieselbe Masse Mehrwert liefern wie **24**, die jeder nur zwei Stunden arbeiten, selbst wenn sie von der Luft leben könnten und daher gar nicht für sich selbst zu arbeiten hätten.«<sup>23</sup>

Weil »das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit den ganzen Charakter der Produktionsweise bestimmt«,<sup>24</sup> kann der Fall der Profitrate durch die Akkumulation eingeschränkt, aber nicht gänzlich verhindert werden. Die Kompensation für die relative Verringerung der Anzahl von Arbeitern durch eine verstärkte Ausbeutung kann sich nicht »auf ewig« fortsetzen, sondern muß letztlich ihre absolute Schranke in der ständig größeren Masse des reproduktionsfähigen Kapitals und seines Expansionsbedarfs finden. Welche Größe die Arbeitskraft in der kapitalistischen Wirklichkeit auch immer hat, im Verhältnis zum immer schneller anwachsenden konstanten Kapital muß die Quantität der **Mehrwert produzierenden** Arbeitskraft abnehmen.

Zu ihrem »logischen Ende« gedacht, würde eine ständig sich beschleunigende Kapitalexpansion den relativen Fall der Profitrate wegen eines Mangels an Mehrwert, bezogen auf die angeschwollene Kapitalmasse, in einen absoluten Fall verwandeln. Wenn dies geschähe, würde die Wirklichkeit mit dem Modell der Kapitalexpansion übereinstimmen.

22 A. a. O., S. 257.

23 A. a. O. ?

24 A. a. O., S. 886 f.



## 7. Der »Konjunkturzyklus«

Das Marx'sche Wertmodell der Kapitalentwicklung ist ein methodologischer Kunstgriff, um deren innere Gesetzmäßigkeit zu verstehen, die in der unmittelbaren Wirklichkeit nicht wahrzunehmen ist. Um überhaupt eine Theorie der Kapitalentwicklung bilden zu können, muß die »Abstraktionskraft« den Schein der Konkurrenz hinter sich lassen. Das abstrakte Wertschema enthüllt, daß, abgesehen von der Konkurrenz als treibender Kraft der Kapitalbildung, die Profitproduktion bereits eine Begrenzung im Verhältnis von Kapital und Arbeit findet. Um ein Absinken der Profitabilität zu vereiteln, darf die Akkumulation niemals zum Stillstand kommen. Immer größere Mehrwertmengen müssen herausgepreßt werden; zu diesem Zweck müssen der Produktionsprozeß ständig revolutioniert und die Märkte kontinuierlich ausgedehnt werden. Der Doppelcharakter der Warenproduktion als Produktion von Tausch- und Gebrauchswert bedingt, daß der Akkumulationsprozeß und die aus ihm folgenden Veränderungen des Mehrwerts dem Funktionieren des kapitalistischen Systems immer abträglicher werden.

Der Doppelcharakter der Ware als Tausch- und Gebrauchswert und deren Veränderungen im Verlauf der sich entfaltenden Arbeitsproduktivität erscheinen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene der Kapitalakkumulation als Konflikt zwischen der Entfaltung der Produktion und der Entfaltung des Mehrwerts. Dieser Konflikt wird durch eine beschleunigte Akkumulation gelöst. Marx zufolge ist jedoch das sich ergebende Wachstum des Kapitals kein glatt verlaufender Prozeß. Das Kapital hat die Tendenz zur »absoluten Entwicklung der Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschlossenen Mehrwert«, obwohl das Ziel der Produktion gerade »die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß (ist)«.<sup>1</sup> Sobald die Ausdehnung der Produktion die Vermeh-

I Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. III, MEW Bd. 25, Berlin 1964, S. 259.

rung des Profits übersteigt, kommt der Akkumulationsprozeß zu einem Stillstand.

Die Stockung des Akkumulationsprozesses begründet die kapitalistische Krise. Sie erscheint als eine Überproduktion von Kapital, was Marx zufolge »nie etwas anderes (heißt) als Überproduktion von Produktionsmitteln - Arbeits- und Lebensmitteln -, die als Kapital fungieren können, d. h. zur Ausbeutung der Arbeit zu einem gegebenen Exploitationsgrad angewandt werden können; indem das Fallen des Exploitationsgrads unter einen gegebenen Punkt Störungen und Stokungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, Krisen, Zerstörung von Kapital hervorruft<sup>2</sup>«. In Marx' abstrakter Wertanalyse der Kapitalakkumulation würde dies einer Situation entsprechen, in der die verminderte Arbeitskraft nicht länger fähig ist, die Gesamtmasse des Kapitals zu reproduzieren und zu vergrößern. Der tatsächliche Akkumulationsprozeß ähnelt dem abstrakten Wertschema der Entfaltung des Kapitals. Was aber in der Theorie als das »letzte« Ergebnis einer ununterbrochenen Entwicklung verstanden wird, erscheint in Wirklichkeit als ein sich wiederholender Zyklus, wobei jeder Zyklus sozusagen eine abgekürzte Nachbildung des »langitktvgen« Trends der Kapitalakkumulation ist.

Die kapitalistische Krise stellt sich als Überproduktion von Kapital lediglich im Hinblick auf einen gegebenen Ausbeutungsgrad dar. Wenn letzterer eine ausreichende Höhe erreicht hat, kann die Akkumulation sich fortsetzen, denn sie war nur deshalb zum Stillstand gekommen, weil sich das akkumulierte Kapital im Verhältnis zu seiner Profitrate als zu groß erwies. Da die Kapitalisten nur mittels Akkumulation ihr Kapital bewahren und vermehren können, tun sie dies blind und ohne Rücksicht auf die Profitabilität des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, von der letztlich die Profitabilität aller privaten Kapitale abhängt. Entwickelt sich die Profitrate **nicht** gleichlaufend zur Masse des Kapitals, so wird dessen wachsende organische Zusammensetzung durch eine größere Mehrwertmasse nicht ausgeglichen; die sinkende Profitabilität des Kapitals verhindert seine weitere Expansion.

Marx beschrieb ökonomische Prozesse nicht immer präzise, was zu widersprüchlichen Interpretationen führt. So wie jedoch die Marxsche Theorie insgesamt auf der Werttheorie beruht, kann auch die Gültigkeit jeder besonderen Interpretation an ihrer Vereinbarkeit mit dem Wertgesetz gemessen werden. Die Marxsche Feststellung beispielsweise, das Kapital habe die Tendenz zur »absoluten Entwicklung der

<sup>2</sup> A. a. O., S. 276 f.

Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm **eingeschlossenen** Mehrwert«, kann leicht dahingehend interpretiert werden, die Expansion des materiellen Produktionsprozesses selbst verursache einen Mangel an Profitabilität. In diesem Fall wäre es jedoch nicht mehr verständlich, wie der Kapitalismus seine Krise überwinden kann, denn er schafft dies gerade dadurch, daß er die gesellschaftliche Produktivkraft noch weiter entwickelt. Wenn die Produktivkraft den Wertbedarf der Akkumulation übertrifft, dann nur in dem Sinn, daß die »Aneignung unbezahlter Arbeit, und das Verhältnis dieser unbezahlten Arbeit zur vergegenständlichten Arbeit überhaupt, oder, kapitalistisch ausgedrückt, daß der Profit und das Verhältnis dieses Profits zum angewandten Kapital, also eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion entscheidet, statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen, zu den Bedürfnissen gesellschaftlich entwickelter Menschen. Es treten daher Schranken für sie ein schon auf einem Ausdehnungsgrad der Produktion, der umgekehrt unter der andren Voraussetzung weitaus ungenügend erschiene. Sie kommt zum Stillstand, nicht wo die Befriedigung der Bedürfnisse, sondern wo die Produktion und Realisierung von Profit diesen Stillstand gebietet3«.

Das Verhältnis der angeeigneten unbezahlten Arbeit zur Kapitalmasse kann nur durch eine Erhöhung der Menge unbezahlter Arbeit verbessert werden. Diese Erhöhung führt wiederum zu einem weiteren Anwachsen der Kapitalmasse. Unter dem Gesichtspunkt des Ertrages stellt dann die Überproduktionskrise eine Situation dar, in der das vorhandene Kapital sozusagen **gleichzeitig zu klein und zu groß ist**: zu groß im Verhältnis zum erzielten Mehrwert, und nicht groß genug, um den Mangel an Mehrwert auszugleichen. Kapitalakkumulation ist so zugleich Ursache der Krise und Mittel, um sie zu überwinden. Die Krise setzt ein, weil die Ausdehnung der Produktion nicht mehr die bisherige Profitabilität des Kapitals garantiert, so daß von der Profitabilität her gesehen eine Überproduktion von Kapital stattgefunden hat. Die fehlende positive Wechselbeziehung zwischen Produktion und Profitabilität kann auch als Diskrepanz zwischen materieller und Wertproduktion bezeichnet werden, welche aus dem Doppelcharakter der Kapitalproduktion als Produktion von Gebrauchs- und Tauschwert folgt.

Obwohl er dem unablässigen Streben nach Tauschwert untergeordnet ist, spielt der Gebrauchswertaspekt des Kapitals - der materielle Pro-

duktionsprozeß - innerhalb der Kapitalproduktion eine verhältnismäßig selbständige Rolle. Der »innere Widerspruch« zwischen Gebrauchswert und Tauschwert ändert aber nichts an der Kontrolle der materiellen Produktion durch Werterwägungen. Daß diese Vorherrschaft des Tauschwerts zunehmend unsicherer wird, ist geschichtlich durch die Härte und Häufigkeit von Krisen und letztlich durch das Permanentwerden der Krisenbedingungen belegt, das jetzt seltsamerweise als Zähmung des Konjunkturzyklus durch bewußte Eingriffe in den Marktmechanismus gefeiert wird.

Der Einfluß des Gebrauchswertaspektes der Kapitalproduktion auf die Akkumulation zeigt sich beispielsweise in der Bestimmung der Masse zusätzlichen Kapitals, die für eine erfolgreiche Kapitalexpansion benötigt wird. Nur ein bestimmter Betrag neuen Kapitals, der durch das bereits vorhandene Kapital in seiner gegenständlichen Form determiniert ist, wird für eine beschleunigte Kapitalexpansion ausreichend sein. Diese bestimmte Masse Mehrwert bezieht sich auf den **gesamten** gesellschaftlichen Mehrwert im Verhältnis zum **gesamten** gesellschaftlichen Kapital. Wenn die Masse unter den gegebenen Produktionsbedingungen nicht erzeugt werden kann, kann es keine gewinnbringende Kapitalexpansion geben. Es kann dann ein »Überfluß« investierbarer Gelder existieren, der nicht groß genug ist, um den Bedarf einer gewinnbringenden Akkumulation zu befriedigen. In der kapitalistischen Realität ist natürlich nicht bekannt, ob die Mehrwertmasse den Zwecken der Kapitalexpansion angemessen ist oder nicht. Das Verhältnis zwischen der Masse des bestehenden Kapitals und der Masse des Mehrwerts, die benötigt wird, um seine Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter zu sichern, kann nur indirekt über die Markt- und Preisverhältnisse ermittelt werden, die entweder eine expandierende oder eine zurückgehende Wirtschaftstätigkeit signalisieren. Dies ermangelt aber jeder Genauigkeit, da andere Gründe als die aus einer wachsenden Diskrepanz zwischen materieller Produktion und Wertproduktion entstehenden für eine aufsteigende oder abflauende Konjunktorentwicklung verantwortlich sein können. Denn in Wirklichkeit »(ist) die Verwandlung des Mehrwerts in Profit ... ebensowohl durch den Zirkulationsprozeß wie durch den Produktionsprozeß bestimmf«, d. h. daß Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage die Realisierung des Mehrwerts verhindern können, selbst wenn - unter anderen Marktbedingungen - der tatsächlich produzierte Mehrwert sich den Erfordernissen der Kapitalbildung als angemessen

erweisen würde. Wie dem auch sei, es geht darum, daß, selbst wenn **kein Realisierungsproblem besteht**, sich ein Widerspruch zwischen materieller Produktion und Wertproduktion ergeben kann, der erst überwunden werden muß, bevor die Akkumulation weitergehen kann.

Unter der Voraussetzung, daß innerhalb des Zirkulationsprozesses keine Schwierigkeiten entstehen, würde eine ausreichende Mehrwertmasse zu einer gleichzeitigen Ausdehnung von materieller Produktion und Wertproduktion führen, eine ungenügende Mehrwertmasse nicht. Befindet sich der Kapitalismus erst einmal in der Krise, dann kann er seine Expansion nur nach Veränderungen in der Produktionssphäre, die den Mehrwert im Verhältnis zum Wert des bestehenden Kapitals steigern, wieder aufnehmen. Solche Veränderungen erfordern einen »Ausgangspunkt«, der sich von dem »Endpunkt« der vorangegangenen Expansionsphase unterscheidet, da dieser sich als Krisenpunkt erwiesen hat. Anders ausgedrückt, der neue Aufschwung setzt die Krise und die aus ihr folgende Vernichtung und Entwertung von Kapital voraus.

Die Gebrauchswertseite des Kapitals bleibt von der Krise weitgehend unbeeinflusst, außer wenn materielle Produktionsmittel wie in Kriegzeiten tatsächlich zerstört werden. Aber während der Krise und der nachfolgenden Depression werden Kapitalwerte vernichtet. Die gleiche Quantität von Gebrauchswert stellt jetzt einen geringeren Tauschwert dar, und der Mehrwert, der durch den unveränderten Gebrauchswert des Kapitals bestimmt ist, bezieht sich jetzt auf einen geringeren Kapitalgesamtwert. Materiell bleibt die organische Zusammensetzung des Kapitals die gleiche, aber wertmäßig hat sie sich verringert, und damit ist die Profitabilität des verbliebenen Kapitals erhöht worden.

Die Kapitalstagnation kann keine materiellen Ursachen haben, denn die vorhandenen Produktivkräfte, sowohl Produktionsmittel als auch Arbeitskraft, werden durch die Krise nicht verändert. Ebensowenig ist sie durch eine materielle Überproduktion von Produktionsmitteln verursacht, da die Welt offensichtlich nicht ausreichend mit Kapitalgütern ausgestattet ist, um die minimalen Bedürfnisse der Weltbevölkerung zu befriedigen.

Der Wechsel von Prosperität zu Depression kann nur als eine Verschiebung in den Wertverhältnissen erklärt werden, d. h. als ein Wechsel von einer ausreichenden zu einer ungenügenden Profitabilität des Kapitals. Da Profit nur ein anderer Name für Mehrwert oder Mehrarbeit ist, erklärt sich der Krisenzyklus aus dem Verlust und der Wiederherstellung einer adäquaten Ausbeutungsrate. Während der vor-

angegangenen Akkumulationsphase gab es anscheinend keinen Mangel an Mehrwert; also muß es der Akkumulationsprozeß selbst gewesen sein, der die organische Zusammensetzung des Kapitals veränderte und damit zu einem relativen Mangel an Mehrwert führte. Die Wiederaufnahme des Akkumulationsprozesses zeigt an, daß die Produktion von Mehrwert in einem Maße erhöht werden kann, das groß genug ist, um die Auswirkungen der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals auf die Profitrate zu neutralisieren.

Die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals, oder das Gesetz des schnelleren Wachstums von konstantem Kapital im Verhältnis zum variablen, fand Marx »auf jedem Schritt bestätigt ... durch die vergleichende Analyse der Warenpreise, gleichviel ob wir verschiedene ökonomische Epochen bei einer einzigen Nation vergleichen oder verschiedene Nationen in derselben Epoche'«. Die Höhe der organischen Zusammensetzung des Kapitals zu irgendeinem Zeitpunkt besagt natürlich nichts über die weiteren Aussichten der Kapitalproduktion. Das Kapital kann sich ebenso bei einer hohen wie bei einer niedrigen organischen Zusammensetzung akkumulieren, solange, die Ausbeutungsrate eine entsprechende Beschleunigung erfährt. Überakkumulation oder Überproduktion von Kapital im Verhältnis zur Ausbeutbarkeit der Arbeit vermindert die Akkumulationsrate oder bringt sie zum Stillstand. Dennoch ermöglicht die daraus folgende Krise eine Reorganisation der gesamten Kapitalstruktur, die eine neue Phase der Kapitalakkumulation einleitet. Durch die Entwertung des Kapitals wird nicht nur eine gegebene Mehrwertmasse auf ein kleineres Gesamtkapital bezogen, sondern auch die Kapitalkonzentration gefördert, die diesen Mehrwert einer relativ kleineren Anzahl von Unternehmern in die Hände spielt. Weniger produktives Kapital verschwindet, um produktiverem Platz zu machen. Der schärfere Wettbewerb zwischen den verbliebenen Kapitalen beschleunigt die arbeitssparenden Innovationen, bis die Expansion durch das Anwachsen des Mehrwerts erneut möglich geworden ist. Es muß allerdings groß genug sein, um das Gesamtkapital über den zuvor erreichten höchsten Expansionspunkt hinauszutreiben.

Obwohl Zeitpunkt und zerstörerische Wirkung einer Krise nicht vorherzusagen sind, bildet sie das sichere Ergebnis eines Akkumulationsprozesses, der nicht in der Lage ist, die Gewinnerwartungen der Kapitalisten auf längere Sicht zu befriedigen. Weil der Rückgang der Profitabilität und die mit ihm verbundene »Überproduktion« auf

einer bestimmten Stufenleiter der Produktion in der Marktsphäre zutage treten, erscheinen sie als bloßes Marktproblem, als vorübergehendes Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Kein Kapitalist kann darüber hinaus etwas eingestehen, denn die Krise auf die Wertverhältnisse der Kapitalproduktion zurückzuführen hieße, daß er für dieses Resultat des Ausbeutungsverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit Verantwortung übernehmen müßte.

## 8. Die Realisation des Mehrwerts

Marx zufolge »(macht sich) die widerspruchsvolle Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft ... dem praktischen Bourgeois am schlagendsten fühlbar in den Wechselfällen des periodischen Zyklus, den die moderne Industrie durchläuft, und deren Gipfelpunkt - die allgemeine Krise«<sup>1</sup>. Das ganze 19. Jahrhundert hindurch folgte, in Abständen von etwa zehn Jahren, Krise auf Krise. Die Periodizität der Krisen resultiert nach Marx einfach aus der Fähigkeit des Kapitalismus, die Überproduktion von Kapital durch Veränderungen der Produktionsbedingungen zu beseitigen. Der *bestimmte* Krisenzyklus des letzten Jahrhunderts ist jedoch eine empirische Tatsache, die nicht in einer direkten Beziehung zur Marxschen Theorie steht. Wahr ist, daß Marx versuchte, die Periodizität der Krisen mit der Umsetzungsperiode des Kapitals in Verbindung zu bringen. Aber er bestand nicht auf der Gültigkeit dieser Erklärung; seine Theorie hängt jedenfalls nicht von irgendeiner besonderen Krisenperiodizität ab. Sie stellt lediglich fest, daß Krisen notwendig als Ausdruck einer vorübergehenden Überproduktion von Kapital und als Mittel zur Wiederaufnahme des Akkumulationsprozesses entstehen müssen. In Marx' abstraktem Werteschema setzt eine absolute Überproduktion oder Überakkumulation von Kapital dann ein, wenn die weitere Ausdehnung des Gesamtkapitals eine geringere Mehrwertmasse erbringen würde als die vorher realisierte. Obwohl im Werteschema der Entwicklung angenommene Bedingungen in der kapitalistischen Realität nicht vorkommen, ist es nichtsdestoweniger offensichtlich, daß die einzelnen Kapitale und der Kapitalismus insgesamt sich von Zeit zu Zeit in Situationen befinden, die ihrem Wachstum Grenzen setzen.

Zu jedem gegebenen Zeitpunkt sind die Grenzen der Kapitalexpansion durch allgemeine gesellschaftliche Verhältnisse bestimmt wie etwa das technologische Niveau, die Größe des schon akkumulierten Kapi-

<sup>1</sup> Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. I, MEW Bd. 23, Berlin 1962, S. 28.



tals, die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, der mögliche Ausbeutungsgrad, die Ausdehnung des Marktes, die politischen Verhältnisse, die entdeckten Rohstofflager usw. Nicht allein der Markt, sondern die gesellschaftliche Situation mit all ihren Verästelungen ermöglicht oder beschränkt die Kapitalakkumulation. Da man nicht berechnen kann, wann die Expansion eines einzelnen oder aller Kapitale innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse an ihre Grenzen stößt, mußten limitierende Bedingungen angenommen werden, um die Bedeutung dieses Prozesses zu erfassen.

Die kapitalistische Wirtschaft stellt eine Einheit von Produktion und Austausch dar. Die große Masse der produzierten Waren muß verkauft werden. Denn wenn Waren nicht verkauft werden, können das in ihnen enthaltene Kapital und der Mehrwert nicht realisiert werden; die gesteigerte Ausbeutung würde den Rückgang der Profite nicht verhindern. Die Diskrepanz zwischen der Schaffung und der Realisation von Mehrwert erscheint als Übersättigung des Marktes, als Überproduktion von Waren. Mehr von der Produktionsentwicklung als von ihren Ergebnissen her gesehen, ist die Überproduktion von Waren eine Überproduktion von Kapital. Für Marx impliziert die Überproduktion von Kapital immer die Überproduktion von Waren, aber der Unterschied zwischen beidem ist dennoch bedeutsam. Die Überproduktion von Kapital und Waren führt zu einer weiteren Steigerung der Produktivität, anstatt zu ihrer Verringerung; die Diskrepanz zwischen Produktion und Realisation von Mehrwert entsteht also wegen eines Niedergangs der Akkumulationsrate. Bei einer ausreichenden Rate der Kapitalexpansion gäbe es keine Überproduktion; sobald der Akkumulationsprozeß weitergeht, »normalisiert« sich der Markt, obwohl jetzt sogar mehr Waren zum Verkauf angeboten werden als vorher. Es handelt sich also nicht um eine Überproduktion von Waren im Verhältnis entweder zur absoluten Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft oder zur relativen Konsumtionsfähigkeit im Kapitalismus, sondern um eine Überproduktion von Waren im Verhältnis zur kapitalistisch begrenzten Nachfrage unter den besonderen Bedingungen relativer Kapitalstagnation.

Überproduktion von Kapital steht immer am »Endpunkt« einer Periode erfolgreicher Kapitalbildung, in der die Ausdehnung der Produktion der Kapitalexpansion parallel läuft. Um diesen Punkt hinauszuschieben, müssen die Produktionsbedingungen verändert werden. Sie verändern sich natürlich im Verlauf der Kapitalakkumulation. Dennoch gibt es keinen Grund für die Annahme, daß die Produktionsbedingungen sich immer den Bedürfnissen der Kapitalexpansion an-

passen werden; dies um so weniger, als sie die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion darstellen, während die Kapitalexpansion nur ein besonderes, an nichts als das Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit gebundenes Bedürfnis ist. Obwohl die gesellschaftliche Nachfrage den einzelnen Kapitalen dadurch Schranken setzt oder Chancen eröffnet, daß sie die Verteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts über die sich im Wettbewerb herausbildende durchschnittliche Profitrate beeinflusst, repräsentiert sie nicht die realen gesellschaftlichen Bedürfnisse; vielmehr wird sie selbst weitgehend durch die Produktion von Kapital determiniert.

Welche Krisentheorien auch immer seit Marx aufgestellt wurden, in folgendem stimmen sie alle überein: daß eine ausreichende, Stagnation und Niedergang verhindernde Expansionsrate von der Profitabilität des Kapitals abhängt; daß es immer schwieriger wird, angesichts der bereits erreichten Kapitalgröße eine solche Profitabilität aufrechtzuerhalten; und daß die Stagnation der Wirtschaft nur durch eine Verbesserung der Profitabilität beendet werden kann. Allen Krisen ging eine spekulative Ausweitung von Produktion und Kredit voraus. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Überproduktion Resultat von Spekulation und Krediterweiterung ist, denn »die Form, in der die Überproduktion sich versteckt, ist immer mehr oder weniger die Ausdehnung des Kredits ..«<sup>2</sup> Wegen des Doppelcharakters der Wertproduktion und der unablässigen Jagd nach Tauschwert steckt die Überproduktion Wtairs v\ der exte^w « blkW\ Kapital. »Die Expansion und Kontraktion des Kredits (ist) das bloße Symptom der Wechselperioden des industriellen Zyklus.«<sup>3</sup> Die Abnahme der Profitabilität führt zu einer Kontraktion des Kredits, während ihre Erhöhung ihn erweitert. Wenn der Wettbewerb die Kapitalexpansion ohne Rücksicht auf die Profitabilität des Gesamtkapitals vorantreibt, so geschieht auch dies nur deshalb, weil die Profitrate bereits eine Tendenz hat, unabhängig von der Marktkonkurrenz zu fallen.

Abgesehen von den Glücksfällen kolonialer Räuberei ging die frühe Kapitalbildung wegen des noch ruhigen Verlaufs der technologischen Entwicklung und wegen der gesellschaftlichen Widerstände gegen die Schaffung eines zahlreichen Industrieproletariats in relativ gleichmäßigem Tempo vonstatten. Die nichtkapitalistischen Aspekte der Wirtschaft überwogen noch; sie verliehen dem gesellschaftlichen Entwick-

<sup>2</sup> Engels an Marx, in MEW Bd. 29, Berlin 1963. S. 227.

lungsprozeß den Charakter einer Produktion für den Konsum. Aus dieser Rückständigkeit ergaben sich dann natürlich auch die Schrecken des Frühkapitalismus und die unersättliche Gier nach Mehrwert, die in der Verelendung der arbeitenden Bevölkerung ihren Ausdruck fand. Aus ihr erklären sich der Pessimismus, mit dem die klassischen Ökonomen in die kapitalistische Zukunft schauten, und ihre eigene, unzulängliche Beschäftigung mit dem Problem der fallenden Profitrate\*. Erst mit dem Aufstieg der modernen Industrie, der Eröffnung des Weltmarktes und dem Übergewicht der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit im Produktionsprozeß wurde die Kapitalexpansion selbst zum bestimmenden Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Bis dahin verließen die physischen Bedürfnisse der Menschen und ihre Befriedigung unter weniger komplexen Bedingungen der frühkapitalistischen Gesellschaft Elemente einer »Ordnung«, die nicht die ihre war. Im Frühkapitalismus war die gesellschaftliche Nachfrage zwar auch schon durch die Teilung der Arbeit in notwendige Arbeit und Mehrarbeit bestimmt, aber dennoch weitgehend noch eine Nachfrage nach Lebensmitteln. Daher die Vorstellung, daß der Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Markt durch den gesellschaftlichen Konsumtionsbedarf zustande komme. Als der Kapitalismus aber zur vorherrschenden Produktionsweise geworden war und das Tempo der Akkumulation sich beschleunigte, wurde die »gesellschaftliche Nachfrage« immer mehr zu einer Nachfrage nach Kapital. Nun bestimmten nicht mehr Angebot und Nachfrage im traditionellen Sinn den Produktionsprozeß, sondern die Produktion von Kapital *als Kapital* bestimmte sowohl qualitativ wie quantitativ Größe und Art der Marktnachfrage.

Die Warenproduktion schafft sich ihren eigenen Markt insoweit sie fähig ist, Mehrwert in neues Kapital zu verwandeln. Die Marktnachfrage ist eine Nachfrage nach Konsum- und Kapitalgütern. Die Akkumulation kann nur eine Akkumulation von Kapitalgütern sein, denn was konsumiert wurde, ist nicht akkumuliert, sondern einfach verschwunden. Das Wachstum des Kapitals in seiner gegenständlichen Form ermöglicht die Realisierung von Mehrwert außerhalb des Tauschverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Solange eine adäquate Nachfrage nach Kapitalgütern besteht, gibt es keinen Grund, warum die Waren,

4 Adam Smith dachte, daß die Kapitalakkumulation die allgemeine Profitrate in dem gleichen Sinne verminderte, wie die wettbewerbliche Ausdehnung einzelner Gewerbe ihren Profit reduzierte, und David Ricardo behauptete, daß die allgemeine Profitrate notwendig fallen muß, weil die Kapitalakkumulation und das Bevölkerungswachstum bei gleichzeitig sinkendem Bodenertrag in der Landwirtschaft die Grundrente auf Kosten des industriellen Profits vermehrte.

die auf den Markt kommen, nicht verkauft und damit ihr Wert, oder eher ihre Produktionspreise zuzüglich des durchschnittlichen Profits, realisiert werden sollten.

Marx zufolge impliziert ein »Gleichgewicht« des Marktes ein »Gleichgewicht« in Form von Werten; es setzt die volle Realisierung des Mehrwerts voraus. Nur wenn - während einer gegebenen Periode - der nichtkonsumierbare Teil des Mehrwerts aus der Warenform in neues Kapital umgewandelt wird und damit der gesamten gesellschaftlichen Arbeit Rechnung getragen ist, befindet sich der Zirkulationsprozeß in »Harmonie« mit dem Produktionsprozeß. Ohne diese Akkumulation werden die Preise nicht nur aufgrund der erhöhten Arbeitsproduktivität fallen, sondern auch, weil das Warenangebot dann die Nachfrage übersteigt. Andererseits werden, wenn die Nachfrage nach Kapital das Angebot übertrifft, die Preise trotz der wachsenden Arbeitsproduktivität steigen. Die Preise steigen oder fallen mit Veränderungen der Arbeitsproduktivität *und* mit Schwankungen von Angebot und Nachfrage. Die letzteren hängen jedoch von der Expansionsrate des Kapitals ab, und diese hängt wiederum von der Produktivität (Profitabilität) der Arbeit im Verhältnis zur vorhandenen Kapitalmasse ab. Anders ausgedrückt: Preisänderungen, die aus den Relationen von Angebot und Nachfrage folgen, stammen letztlich aus den die Akkumulationsrate determinierenden Relationen von Wert und Mehrwert.

Welche Preisbewegungen auch immer den Akkumulationsprozeß begleiten und wie immer ihre besonderen Schwankungen in Krisenzeiten ausfallen mögen, zu keiner Zeit tendieren sie zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage in dem Sinn, daß sie die gesellschaftliche Produktion der gesellschaftlichen Konsumtion angleichen würden. Sie beziehen sich immer auf die Expansion oder Kontraktion der Kapitalakkumulation. Eine niedrige Rate der Kapitalakkumulation wird auf dem Markt als übermäßiges Warenangebot erscheinen und die Preise drücken. Eine hohe Akkumulationsrate wird die Situation umkehren und die Warenpreise anheben.

Es kann Mehrarbeit ohne Kapitalakkumulation geben. In diesem Fall würde der »Mehrwert« lediglich den Konsumtionsfonds der nichtarbeitenden Bevölkerung umfassen. Die Kapitalproduktion schließt diesen Zustand einfacher Reproduktion jedoch aus. Die einzelnen Kapitalisten sind durch die Konkurrenz zur Akkumulation gezwungen, sei es auch nur, um das ihnen bereits gehörende Kapital zu bewahren. Im Produktionsprozeß wird Kapital als Teil der Produktionskosten verbraucht und im Zirkulationsprozeß als Teil der Warenpreise wieder-

gewonnen. Im allgemeinen wird jedes Einzelkapital verschwinden, das seine Produktivität nicht durch Expansion erhöht, denn das Kapital kann seinen Mehrwert nur auf dem Markt realisieren, auf dem sich der Durchschnitt der Preise gemäß der sich verändernden Arbeitsproduktivität herstellt.

Ein Unternehmer kann sein Geld in einer neuen und produktiveren Kapitalausstattung investieren, selbst wenn sein Profit aus der laufenden Produktion dies zu einem fragwürdigen Unterfangen macht; die zusätzliche Investition verspricht ihm eine bessere Wettbewerbsfähigkeit und ermöglicht es ihm, seinen Marktanteil auf Kosten anderer Kapitalisten zu vergrößern. Alle zusätzlichen Investitionen dieser Art dienen dem Versuch, auf Kosten anderer Unternehmer an einer erwarteten größeren Marktnachfrage teilzuhaben, oder einen größeren Anteil an der bestehenden stabilen oder sogar sinkenden Nachfrage zu erreichen.

Beim Versuch, Kapital zu sichern, indem sie es vermehren, beschleunigen die Kapitalisten den Akkumulationsprozeß. Es gibt keine Gewißheit, daß die Produktionsausweitung den Markt im selben Maß vergrößern wird. Jedoch stellt gerade diese Beschleunigung selbst eine Markterweiterung dar, weil sie die Nachfrage nach Produktionsmitteln steigert. Wenn in der Folge die Marktnachfrage allgemein ansteigt und alle Produktionsbereiche und -zweige erfaßt, ergibt sich eine Periode der »Prosperität«, die als »Gleichgewicht« von Angebot und Nachfrage erscheint. Wenn wir annehmen, daß die Kapitalakkumulation diese Auswirkung hat, dann kann sie nur deshalb plötzlich zum Stillstand kommen, weil ein Mangel an Mehrwert herrscht, und dieser Mangel muß im Akkumulationsprozeß und seiner ungeachtet entstanden sein.

In der Wirklichkeit scheint es natürlich gerade umgekehrt zu sein; hier erscheint der Mehrwert wegen eines Überflusses an Gebrauchswerten (Waren) als nicht realisierbar. Für den einzelnen Kapitalisten ist es tatsächlich die mangelnde Nachfrage, die den Absatz seiner Waren unmöglich macht und ihn hindert, seine Produktionen durch zusätzliche Investitionen zu erhöhen. Wenn die Akkumulation von der Marktnachfrage abhängig zu sein scheint, so zeigt sich darin aber lediglich, wie die einzelnen Kapitalisten auf den gesellschaftlichen Mangel an Mehrwert oder Mehrarbeit reagieren - d. h. auf den unzureichenden Gebrauchswert der Arbeitskraft, der den Kapitalisten im Austausch für deren Tauschwert (Löhne) zufällt, oder, was dasselbe ist, auf die abnehmende Ausbeutbarkeit der Arbeit im Vergleich zum Profitbedarf einer fortschreitenden Kapitalakkumulation.

Diese Tatsache ist in der Produktionssphäre verborgen; die Übersättigung des Warenmarktes widerspricht ihr nicht. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß Profit und Kapital Ziel der kapitalistischen Produktion sind. Die Produktion von Waren als konkrete Gebrauchswerte ist lediglich das Medium der Produktion von Kapital als abstraktem Tauschwert. Ebenso muß daran erinnert werden, daß - im Hinblick auf die Profitabilität - der Niedergang des Tauschwertelements der Warenproduktion durch die wachsende Produktivität der Gebrauchswertproduktion aufgehoben wird, und daß die sinkende Profitabilität einer bestimmten Kapitalmasse in der Expansion des Gesamtkapitals ihren Ausgleich findet. Auf diese Weise kann eine größere Quantität unbezahlter Arbeit, die sich in einer größeren Warenmenge ausdrückt, den tendenziellen Fall der Profitrate aufheben. Die tatsächliche Übersättigung des Warenmarktes muß daher dadurch verursacht sein, daß die Arbeit nicht produktiv genug ist, um dem Profitbedarf der Kapitalakkumulation zu genügen. Weil *nicht genug* produziert wurde, kann das Kapital nicht mit einer Rate expandieren, die es gestattet, daß das, *was produziert worden ist*, auch realisiert wird. Die relative Knappheit an Mehrarbeit im Produktionsprozeß erscheint *im* Zirkulationsprozeß als ein absoluter Überschuß an Waren und als Überproduktion von Kapital. Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß Perioden der Überproduktion nicht durch eine Abnahme, sondern durch eine Zunahme von Produktion und Produktionsmitteln beendet werden, die durch verbesserte Ausbeutungsbedingungen ermöglicht wird.

Wenn die Kapitalexpansion von der Realisierung des Mehrwerts in der Zirkulationssphäre abhängt und durch Marktbeschränkungen gelegentlich zu einem Stillstand kommt, bedeutet das nicht, daß die Kapitalakkumulation ein Realisierungsproblem ist. Natürlich ist sie das auch, aber das Realisierungsproblem leitet sich aus der Kapitalproduktion als einem Prozeß der Wertexpansion her. Selbst unter der Annahme, daß dieses Problem gar nicht besteht, betrachtete Marx den Akkumulationsprozeß als historisch begrenzt, weil er sich durch den Fall der Profitrate bei wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals selbst zerstört.

Dieser Prozeß kann freilich auch in der weniger abstrakten Form der Mehrwertrealisierung dargestellt werden. Das Ergebnis wäre das gleiche. Die Zirkulationssphäre weitet sich aus mit dem Wachstum des Kapitals. Aber der Expansionsprozeß des Kapitals ist auch ein Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Dadurch wird die räumliche Ausdehnung der Kapitalproduktion behindert, da die Kapi-

talisten immer unfähiger und weniger bereit dazu werden, die Weltproduktion zu kapitalisieren. Die wachsende Schwierigkeit, eine für die Expansion des vorhandenen Kapitals ausreichende Profitrate aufrechtzuerhalten, hindert die Kapitalisten daran, in nicht entwickelte oder unterentwickelte Regionen einzudringen. Stattdessen werden diese Regionen weitgehend als billige Rohstofflager betrachtet, in die zum Austausch die in den entwickelten kapitalistischen Ländern produzierten Waren geliefert werden.

Der Akkumulationsprozeß bedeutete eine ständige Erweiterung der kapitalistischen Warenproduktion durch die Transformation primitiver Produktionsweisen. Auf diese Weise konnte das Anwachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals aufgehalten und die Profitrate stabilisiert werden. Die Zentralisierung und Konzentration des Kapitals schränkte jedoch die Bildung neuen Kapitals ein und schwächte damit deren »vorteilhafte« Auswirkungen auf die durchschnittliche Profitrate ab. Marx zufolge ist »die Tendenz den Weltmarkt zu schaffen unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben«<sup>s</sup> - aber zugleich behindert die Entwicklung des Kapitals die kapitalistische Entwicklung der Welt, weil sie dazu tendiert, den Akkumulationsprozeß zu monopolisieren.

Das heißt aber nicht, daß der Kapitalismus für die Existenz unterentwickelter Länder verantwortlich ist; es besagt lediglich, daß eine vollständige Industrialisierung der Welt durch die Akkumulation privaten Kapitals nicht erreicht werden kann. Wachstum und Monopolisierung des privaten Reichtums hemmen und entstellen die Bildung gesellschaftlichen Wohlstands. Freilich gibt es im kapitalistischen System nichts, was es davon abhalten könnte, auf der ganzen Welt nach Profit zu jagen, und es gibt keinen Winkel, in den das Kapital nicht eindringen würde, wenn es vorteilhaft wäre. Doch die Konzentration des privat angeeigneten Reichtums spaltet die Welt in kapitalreiche und kapitalarme Regionen, ebenso wie sie in jedem beliebigen Land Kapitalisten und Lohnarbeiter gegenüberstellt.

Für den Kapitalismus war es vorteilhafter, die industrielle Entwicklung auf den Teil der Welt zu beschränken, in dem er herrschte. Sobald diese monopolistische Situation erreicht und konsolidiert war, konnte sie nicht mehr aufgegeben werden, ohne die Grundlagen des westlichen Kapitalismus zu zerstören. Einziges handelspolitisches Ziel aller entwickelten Länder wurde es, die nichtindustrialisierten Länder als Märkte für Fertigwaren zu erhalten; dies wurde mit Gewalt durchge-

<sup>s</sup> Karl Marx, »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«, Berlin 1953 S. 311.

setzt. Die Natur selbst, so behauptete man, hatte einige Länder zu Produzenten von Industriewaren und andere zu Lieferanten von Primärprodukten bestimmt. Aber diese Teilung war nicht nur eine »Naturtatsache«, sondern entsprach auch ökonomischen Gesichtspunkten, was durch die Theorie der komparativen Kosten erklärt wurde, d. h. es war »ökonomischer«, Primärprodukte in agrarischen Ländern und Fertigwaren in industrialisierten Ländern herzustellen. Auf diese Weise würde jeder durch die »internationale Arbeitsteilung« nur gewinnen können, d. h. durch die Aufteilung der Welt in industrialisierte und nicht-industrialisierte Länder. In Wirklichkeit hatten natürlich immer nur die entwickelten Länder gegenüber den unterentwickelten Tauschvorteile.

Auf diese Weise - neben anderen - behindert das Kapital die Entfaltung gesellschaftlicher Produktivkräfte. Während die Expansion des monopolisierten Kapitals dadurch eine Zeitlang beschleunigt wird, wird die Stagnation später zusätzlich gefördert. Denn im Verhältnis zu dem wachsenden Akkumulationsbedarf des konzentrierten Kapitals kann immer weniger Mehrwert aus den in ihrer Produktivität stagnierenden unterentwickelten Gebieten herausgezogen werden. Diese Gebiete können von sich aus nicht in Konkurrenz zu den bereits hoch monopolisierten Kapitalen ihre Produktion kapitalisieren; und das Entstehen neuer, unabhängiger Kapitale ist nur in relativer Isolation vom kapitalistischen Weltmarkt möglich.

Die im Blick auf einen expandierenden Weltmarkt geplante und entwickelte Produktionskapazität der kapitalistisch fortgeschrittenen Länder sprengt den Rahmen ihrer nationalen Märkte. Da das mehr oder weniger für alle Industrienationen gilt, sprengt ihre zusammengefaßte Produktion den Rahmen des Weltmarktes, es sei denn, daß eine *allgemeine* rasche Kapitalbildung den Weltmarkt ebenso schnell erweiterte wie die Produktion. Obwohl dies selten eintritt, ist es nicht unmöglich. Das Marx'sche Modell der Kapitalakkumulation geht von dieser Möglichkeit aus und beschränkt damit den tendenziellen Fall der Profitrate auf Vorgänge innerhalb der Produktionssphäre. Tatsächlich beeinträchtigt jedoch der wachsende Produktivitätsvorsprung der kapitalistisch entwickelten gegenüber den unterentwickelten' Regionen die Realisierung des Mehrwerts. Die fortgeschrittenen Länder reduzieren die Kaufkraft der unterentwickelten Gebiete für Fertigwaren dadurch, daß sie nur die Ausbeutung der Primärproduktion fördern, in diesen Gebieten erzielte Profite transferieren und ihnen ungünstige *terms of trade* aufzwingen. Je ärmer die unterentwickelten Länder werden, desto weniger stellen sie einen Markt für die Produkte



der industrialisierten Länder dar, und desto weniger sind sie dazu in der Lage, sich selbst zu industrialisieren und damit die allgemeine Nachfrage zu steigern. Diese fehlende Nachfrage ist in Wirklichkeit ein Mangel an Mehrwert in den Gebieten, die keine Kaufkraft haben. Was in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern als *Realisationsproblem* erscheint, ist das *Produktionsproblem* in den unterentwickelten Ländern. Insgesamt handelt es sich jedoch um einen Mangel an Mehrwert, der den Fortgang des *allgemeinen* Akkumulationsprozesses behindert.

Ob man die Produktion von Mehrwert oder seine Realisierung betrachtet, aus der Perspektive des Gesamtkapitals ist das wirkliche Problem ein Mangel und nicht ein Überfluß an Mehrwert. Nur in der isolierten Betrachtung eines einzelnen kapitalistischen Landes oder durch Abtrennung des entwickelten kapitalistischen Systems von der übrigen Welt erscheint ein tatsächlicher Mangel an Mehrwert als Überproduktion von Waren. Ähnlich erscheint eine Verringerung des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts nur vom Standpunkt des individuellen Produzenten in irgendeinem kapitalistischen Land aus als sinkende Marktnachfrage. Überproduktion gibt es aber in der Welt insgesamt und in jedem einzelnen Land nur deshalb, weil der Ausbeutungsgrad der Arbeit zu gering ist. Deshalb wird sie auch durch eine Verschärfung der Ausbeutung überwunden, wenn diese groß genug ist, um die Marktnachfrage vermittels weiterer Kapitalexpansion zu steigern.

## 9. Der Kapitalismus in der Krise

Wegen des fetischistischen Charakters der Kapitalproduktion kann man das kapitalistische System in allen seinen Phasen und Einzelheiten gewissermaßen als in »permanentem« Krisenzustand befindlich betrachten. Die Krise ist eine Voraussetzung der Prosperität; diese endet in einer neuen Krise. Beide sind sozusagen zwei Seiten derselben Sache. Da die Kapitalisten innerhalb einer gesellschaftlichen Produktion von weltweitem Ausmaß individuell operieren und nicht in der Lage sind, die wirklichen Möglichkeiten und Grenzen des »Systems insgesamt« zu begreifen, kann die Oberexpansion in einigen Produktionsbereichen oder Ländern zur Überexpansion in anderen Industriezweigen und Ländern führen, und schließlich die ganze Welt betreffen. Die Stärke der Konkurrenz und das Bestreben, aus einem Boom Profit zu ziehen, verwandeln eine Aufwärtsentwicklung in eine sich selbst vorantreibende Expansion, welche die Investitionen bis zu dem Punkt steigert, an dem die erwarteten Profite nicht mehr herauspringen.

Überproduktion von Kapital tritt nur in einem schon entwickelten Kapitalismus ein. In frühen Stadien der Entwicklung stellt sie kein Problem dar, aber sie wird zu einem immer größeren Problem, je mehr sich das Kapital akkumuliert. In gewissem Sinn ist jede Krise schwerwiegender als die vorangegangene, weil der Produktionsprozeß und das allgemeine gesellschaftliche Leben immer mehr voneinander abhängig werden. Anders betrachtet hat jede folgende Krise größere Aufgaben und Möglichkeiten, weil der Kapitalismus für seine weitere Expansion in immer stärkerem Maß strukturell verändert wird. Ab einem bestimmten Punkt der Entwicklung trifft die für die Expansion nötige geographische Ausdehnung jedoch auf die nationalen Schranken, innerhalb derer der Kapitalismus gewachsen ist. Die sich in der Krise befindenden Länder versuchen, diese Schwierigkeiten auf Kosten anderer zu lösen. Wirtschaftliche Möglichkeiten verschieben sich vom einen Land in das andere, von einem Kontinent zum anderen; und nicht mehr nur die Rationalisierung der Industrie ist wirtschaftlich

notwendig, sondern eine allgemeine Reorganisation der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen der Welt.

Die Krise enthüllt die Diskrepanz zwischen materieller Produktion und Wertproduktion: ihr Nahen kündigt sich durch eine sinkende Akkumulationsrate, eine Überproduktion von Waren und eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit an. So ist auch der Weg aus der Krise dadurch bezeichnet, daß die Kluft zwischen Expansion und Profitabilität geschlossen wird, neue Investitionen getätigt werden und die Waren- und Arbeitsmärkte sich »normalisieren«. Eine Krise geht von bestimmten Industriezweigen aus, selbst wenn sie durch die Gesamtlage verursacht ist. Wie die Krise, so beginnt auch der Aufschwung in bestimmten Industrien und ergreift kumulativ die gesamte Wirtschaft. Da die Kapitalakkumulation die erweiterte Reproduktion der Produktionsmittel darstellt, sind Auf- und Abschwung, obwohl allgemeine Phänomene, zuerst und am meisten in der Produktionsgüterindustrie zu bemerken.

Die Krise spiegelt jedoch nicht die reale Situation wider. Ebenso wie der Aufschwung die Profiterwartungen übersteigert, ist der Niedergang der Gewinne in der Krise übertrieben. Um mit Keynes' subjektivistischen Begriffen zu sprechen: Der unrealistische »Optimismus« der Prosperitätsperiode führt zu dem unrealistischen »Pessimismus« der Krise. In beiden Richtungen tendiert die kapitalistische Konkurrenz zu den Extremen und beschleunigt sowohl die Überproduktion von Kapital als auch die Reorganisation der Kapitalstruktur. Eine Krise kann sich »heranschleichen«, indem sich die wirtschaftlichen Aktivitäten allmählich verlangsamen; sie kann aber auch durch einen dramatischen »Krach« mit plötzlichem Zusammenbruch von Banken und des Aktienmarktes eingeleitet werden. Die Krise selbst ist nur der Punkt, an dem der Umschlag der Geschäftslage öffentlich wahrgenommen wird.

Was auch immer die näheren Umstände einer Umkehr des wirtschaftlichen Trends sein mögen, stets ist er von einer Überproduktion von Waren begleitet. Im Rückblick sind sogar schon die letzten Phasen einer der Krise vorangehenden Hochkonjunktur nicht mehr gewinnträchtig, aber diese Tatsache wird erst durch Marktvorgänge ersichtlich. In der Annahme einer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung getroffene Abmachungen können nicht eingehalten werden. Die Umwandlung von Kapital aus der Waren- zur Geldform wird ständig schwieriger. Die Krise der Produktion ist zugleich eine finanzielle Krise. Der Bedarf an liquiden Mitteln und das Streben danach, größere Verluste zu vermeiden, verstärken den Verfall der Aktien und Warenpreise. Die Konkurrenz wird halsabschneiderisch, und in einigen Geschäftszweigen werden die Preise bis zu dem Punkt herabgesetzt, an dem sie

ruinös sind. Kapital wird schnell entwertet, Vermögen gehen verloren, Einkommen wird ausgelöscht. Die gesellschaftliche Nachfrage sinkt weiter mit wachsender Arbeitslosigkeit, und der Warenüberfluß wird nur durch das noch schnellere Absinken der Produktion aufgehalten. Die Krise dehnt sich auf alle Bereiche und Zweige der Wirtschaft aus und enthüllt, daß die kapitalistische Produktionsweise trotz der privaten Eigentumsverhältnisse, die ihre Entwicklungsrichtung bestimmen, in einem gesellschaftlichen Zusammenhang steht.

Nach einer Periode der Panik richtet sich die kapitalistische Wirtschaft jedoch auf eine neue Stabilität unter veränderten Bedingungen aus. Die folgende Depressions- oder Stagnationsperiode verbessert durch die Vernichtung vieler Unternehmen die Profitabilität der überlebenden, deren Märkte nun größer werden. Ein stärker konzentriertes Kapital beherrscht ausgedehntere Geschäfte. Es verteidigt und konsolidiert seine gerade errungene Position dadurch, daß es die Lohnkosten durch Investitionen in technologische Neuerungen senkt. In mehr oder weniger großem Ausmaß zwingt die Konkurrenz alle überlebenden Kapitale dazu, dasselbe zu tun, und eine neue Welle von Investitionen, die das Verhältnis zwischen Profiten und Löhnen ändern, leitet eine neue Periode der Kapitalproduktion ein. Die Probleme des Kapitalismus, die auf dem Markt zutage treten, werden in der Produktionssphäre gelöst, wobei diese Lösung nicht vollständig ist, wenn sie nicht auch die Marktrelationen einbezieht.

Nicht allein die Bedingungen der Kapitalproduktion, sondern auch die der Zirkulation verbessern und erleichtern die Realisierung des Mehrwerts. Wenn der Aufwärtstrend in Schwung kommt, steigt die Nachfrage und das Überangebot von Waren verringert sich. Die Preise steigen bei größerem Geschäftsvolumen, denn der Konzentrationsprozeß wirkt sich auch in der Zirkulationssphäre aus. Sicherlich beginnen auch die Löhne zu steigen, und die durchschnittliche Arbeitsproduktivität sinkt, weil mehr Arbeiter beschäftigt sind, darunter auch die weniger produktiven, die während der Krise entlassen wurden. Aber solange die Profitabilität durch neue Produktionsmittel und -methoden schneller gesteigert werden kann, als sie durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fällt, bleibt die Akkumulationsrate unangefochten.

Trotz dazwischenliegender Depressionsperioden erreicht jeder Aufschwung der Kapitalproduktion einen höheren Punkt und eine weitere Ausdehnung als der vorangegangene. Es gibt weniger Kapitalisten im Verhältnis zum angewachsenen Kapital, aber ihre absolute Zahl liegt höher. Im Verhältnis zum akkumulierten Kapital sind weniger Arbeiter beschäftigt, obwohl ihre Zahl gestiegen ist. Das Kapital ent-

wickelt sich nadi der Methode »drei Schritte vorwärts, zwei zurück«. Aber diese Gangart hindert nicht den allgemeinen Fortschritt, sondern verlangsamt ihn nur. Wenn wir von den hektischen Bewegungen der Expansion und Kontraktion absehen und die kapitalistische Entwicklung als einen kontinuierlichen und stetigen Prozeß betrachten, erscheint die Rate der Kapitalakkumulation als recht bescheiden; sie gibt keinen Hinweis auf die vielen Unruhen und sozialen Kämpfe, die ihre Verwirklichung mit sich brachte.

Von der kapitalistischen Krise oder vom Konjunkturzyklus zu sprechen, heißt nur, sich auf die besondere Weise beziehen, in der Kapital unter Konkurrenz- und Marktbedingungen akkumuliert wird - wo die Interrelationen der kapitalistischen Produktion der Regelung durch die Krise überlassen sind. Jeder Mechanismus, der irgend etwas im Kapitalismus regelt, muß zunächst das Verhältnis von Produktion und Profitabilität regulieren. Da die Selbsterweiterung des Kapitals der entscheidende Entwicklungsfaktor ist, macht sich das »Wertgesetz« immer weniger in Preisänderungen beim alltäglichen Markttausch geltend; stattdessen verlangt es nach einer allumfassenden Wirtschaftskrise. Die »Gleichgewichtstendenzen« der Marktkonkurrenz machen sich bemerkbar - in der Expansion und Konzentration des Kapitals. Und gerade weil eine Krise nötig ist, um diejenigen Verhältnisse wiederherzustellen, die eine weitere Kapitalbildung ermöglichen, häufen sich in jeder Expansionsperiode die Krisenelemente unentdeckt und unangefochten an.

Nach Marx ist jede Periode der Krise und Depression ein Ausdruck des »Wertgesetzes«, ein »Heilungsprozeß«, von dem die weitere Existenz des Kapitals abhängt. Die »ausgleichenden« Kräfte des Marktes wirken innerhalb eines Mechanismus, der die Akkumulationsrate mit der Profitrate »versöhnt« und zu diesem Zweck wiederkehrende Krisen nötig macht. Das Marktgleichgewicht, von dem die bürgerliche Wirtschaftstheorie spricht, kann nicht zustande kommen. Das einzig mögliche Gleichgewicht ist ein »dynamisches Gleichgewicht«, das eine erfolgreiche Kapitalakkumulation impliziert und damit zugleich ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen »gesellschaftlicher Nachfrage« und wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnissen, zwischen einer profitorientierten Ausweitung der Produktion und derjenigen, die für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse notwendig wäre. Die kapitalistische Krise bestätigt die allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, wie audi nur hier die Marx'sche abstrakte Wertanalyse der Kapitalproduktion ihre *unmittelbar einzusehende* Verifikation findet. Das Anwachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals ist unbestreitbar. Der Fall der Profitrate als Folge wachsender organischer

Zusammensetzung des Kapitals ist jedoch nur in Perioden der Krise und Kapitalstagnation praktisch erfahrbar, da der expandierende Kapitalismus den Fall der Profitrate durch eine Vermehrung der Profitmasse des größeren Gesamtkapitals ausgleicht.

Für die organische Zusammensetzung des Gesamtkapitals gibt es keine spezifischen Daten. Je nach dem Stand der Industrialisierung ist sie in einigen Ländern hoch und in anderen niedrig. Selbst für einzelne Länder kann die organische Zusammensetzung des Kapitals nur vage aus ungenügenden, ungeeigneten und weitgehend unzuverlässigen Daten bestimmt werden, die nicht viel mehr hergeben als auf der Hand liegt, daß nämlich die steigende Arbeitsproduktivität sich in einer ständigen Expansion des Kapitals ausdrückt. Noch hundert Jahre nach dem Erscheinen des »Kapital« muß gesagt werden, daß nicht einmal für ein einzelnes Land, in diesem Fall für die USA, »der geschichtliche Vollzug der Kapitalbildung und Finanzierung in angemessener Differenziertheit untersucht werden kann, da es an Daten mangelt!«. Was jedoch an Daten vorhanden ist, bestätigt die Marx'schen Erwartungen hinsichtlich des Verlaufs der Kapitalentwicklung.

Ober die Kapitalbildung in den USA berichtet Kuznets, daß es während der Zeit von 1869 bis 1955 »einen deutlichen Zuwachs an Kapital pro Person und pro Einheit der Arbeitskraft gab. Der Nettokapitalbestand pro Kopf stieg über den gesamten Zeitraum hinweg auf das Vierfache seiner anfänglichen Höhe ... mit einer Rate von etwa 17 % pro Jahrzehnt!.« Freilich steht die Kapitalbildung pro Kopf der Bevölkerung und selbst pro Kopf der Erwerbstätigen in keinem Bezug zum Anwachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals im Marx'schen Sinn. Doch wird damit gezeigt, daß sich das Kapital beständig vergrößerte und im angegebenen Zeitraum viermal schneller wuchs als die Bevölkerung. Kuznets berechnet den Zuwachs des Volumens der Kapitalbildung in Dollarwerten zu konstanten Preisen (von 1929). Er unterscheidet zwischen Brutto- und Nettokapitalbildung, wobei die letztere den tatsächlichen Zuwachs des vorhandenen Kapitals darstellt, nachdem das »verbrauchte« fixe Kapital abgezogen ist. »Die jährliche Bruttokapitalbildung stieg von 3,5 Mrd. Dollar im Zeitraum von 1869 ^ '888 auf 19 Mrd. Dollar für die Zeit von 1929 bis 1955 und auf 30 Mrd. Dollar in den Jahren 1946 bis 1955. Dieser langfristige Anstieg über etwa drei Viertel eines Jahrhunderts führte somit zu einer Verneunfachung der ursprünglichen Höhe. Ebenso stieg der Kapitalverbrauch (Entwertung) rasch an, von jährlich etwa 1,5

1 S. Kuznets, »Capital in the American Economy«, New York 1961, S. 33. »  
11 A. a. O., S. 673 f.

Mrd. Dollar zwischen 1869 und 1888 auf über 14 Mrd. Dollar in der Zeit von 1929 bis 1955 und auf etwas über 19 Mrd. Dollar für die Jahre 1946 bis 195j. Das ist das Dreizehnfache der Ausgangsgröße. Auch die Nettokapitalbildung wuchs beträchtlich, von 2,0 Mrd. Dollar pro Jahr zwischen 1869 und 1888 auf 4,7 Mrd. Dollar für die Zeit von 1929 bis 1955 und auf etwa 10,5 Mrd. Dollar in den Jahren von 1946 bis 1955. Das ist mehr als das Fünffache der anfänglichen Höhe.«<sup>3</sup> Daten über die organische Zusammensetzung des Kapitals existieren für ausgewählte Industriezweige. In den 100 größten US-Unternehmen, die zusammen 5 Mio. Arbeiter und Angestellte beschäftigten und ein Kapital von 126 Mrd. Dollar repräsentierten, stieg beispielsweise der durchschnittliche Kapitalbetrag pro Arbeiter von 12200 Dollar im Jahre 1949 auf 20900 im Jahre 1959 und auf 24000 im Jahre 1962.<sup>4</sup> Wie die folgende Tabelle zeigt, gab es zwischen den einzelnen Industrien große Unterschiede:<sup>5</sup>

Durchschnittliche Kapitalwerte pro Beschäftigter der größten Industrieunternehmen der USA im Jahre 1959, nach Industriezweigen

Zahl der Unternehmen	Industriezweig	durchschnittliche Investition pro Beschäftigter (in Dollar)
21	Erdölprodukte	62 000
3	Brennereien	53400
3	Tabakerzeugnisse	50 700
8	NE-Metalle	28 200
8	Chemische Erzeugnisse	24 700
9	Eisen und Stahl	21 200
3	Pappe und Papier	18 800
3	Pkw und Lkw	14 800
11	Maschinen und Anlagen	13 000
6	Nahrungsmittel	10 500
4	Reifen und Gummi	10 300
5	Elektrische Anlagen	10 100
7	Fluggeräte	7 600
9	Andere Industrieerzeugnisse	17700
100		20 900

<sup>3</sup> A. a. O., S. 394.

<sup>4</sup> Quelle: First National City Bank, »Economic Letter«, New York, Juni 1963, S. 70.

<sup>5</sup> A. a. O., August 1960, S. 90.

Trotz all ihrer Unzulänglichkeiten und der fehlenden Unterscheidung zwischen kapitalistisch-produktiver und unproduktiver Arbeit bei der Bezeichnung »pro Kopf der Beschäftigten« lassen die Zahlen von Kuznets den Schluß zu, daß die Kapitalbildung in Übereinstimmung mit dem Wertcharakter der Kapitalproduktion verläuft, die ein schnelleres Ansteigen des konstanten gegenüber dem variablen Teil des Kapitals erfordert. Läßt man Depressionsperioden außer Betracht, so zeigt die Gesamtrate der Kapitalbildung durch die bloße Tatsache akkumulierten Kapitals eine ausreichende Profitrate an. Nur ein Sinken der Akkumulationsrate bewirkt, daß die verborgene Tendenz der Profitrate in deren tatsächlichen Fall übergeht. Dies kann auch umgekehrt ausgedrückt werden. Eine sinkende Profitabilität kommt in einer verminderten Rate der Kapitalbildung zum Vorschein, was wiederum das Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals zum Stillstand bringt.

Nun ist das durch die Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals bedingte langsamere Wachsen der organischen Zusammensetzung gerade eine der von Marx genannten »Gegentendenzen« zum Fall der Profitrate. Ermöglicht wird es durch technologische Veränderungen, welche die Arbeitsproduktivität erhöhen und die Umwandlung von relativ geringeren Mehrwertbeträgen in zusätzliches Kapital erlauben. Während arbeitssparende Erfindungen die schnellere Steigerung der Investitionen in Kapital im Verhältnis zu denen in Arbeitskraft fördern, verringern kapitalsparende Erfindungen bis zu einem gewissen Grade den größer werdenden Abstand zwischen den für beide Investitionstypen aufgewendeten Geldbeträge. Das könnte auch nicht anders sein, denn die steigende Arbeitsproduktivität betrifft auch die Produktion von Produktionsmitteln. Kapitalsparende und arbeitssparende Innovationen sind tatsächlich ein und dasselbe, d. h. relativ zu der hergestellten Warenmenge wird in allen Produktionszweigen und also auch bei der Produktion von Kapitalgütern immer weniger Arbeitskraft gebraucht.

Damit Kapital akkumuliert wird, muß die Kapitalmasse trotz oder wegen der Verbilligung der Produktionsmittel wachsen. Die Verbilligung des konstanten Kapitals bildet also nur insofern eine »Gegentendenz« zum Fall der Profitrate, als sie eine schnellere Akkumulation gestattet. Einsichtig wird dies bereits aus der Tatsache, daß die kapitalistische Entwicklung unter den Bedingungen sowohl einer niedrigen wie einer hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals von Krisen und Depressionen begleitet war. Da nur eine rasche Kapitalbildung eine gesellschaftliche Nachfrage erzeugt, die groß genug ist, um



alle oder annähernd alle produktiven Ressourcen zu nutzen, muß das Kapital ohne Rücksicht auf den Stand seiner organischen Zusammensetzung akkumuliert werden. Da das Kapitalverhältnis nicht nur ein Produktions-, sondern auch ein Wertverhältnis ist, muß die Kapitalmasse in jedem Produktionszyklus wertmäßig größer sein als in dem, der voranging.

Wenden wir uns wieder Kuznets' Beobachtungen zu; wir erfahren, daß die organische Zusammensetzung des amerikanischen Kapitals während der letzten drei Jahrzehnte nicht so anwuchs wie zuvor. Vor 1920 vergrößerte sich das investierte Kapital pro Arbeiter mit hohen Raten; danach fiel es jedoch drastisch ab. Es sei wahr, schreibt Kuznets, »daß die mit dem Jahr 1929 beginnende Periode die Weltwirtschaftskrise einschließt; andererseits umfaßt sie aber auch die Expansionsjahre des Zweiten Weltkriegs und ein Jahrzehnt besonders hoher Kapitalbildung nach Kriegsende. Betrachten wir den Durchschnitt der Jahre 1929 bis 1955 als einen Näherungswert für die säkulare Entwicklung, dann können wir kaum umhin zu folgern, daß in den Faktoren, welche die Kapitalbildung bestimmen, substantielle Veränderungen stattgefunden haben«.<sup>6</sup>

Nach Ansicht von Kuznets scheint das Sinken der Kapitalbildungsrate in den Vereinigten Staaten das Ergebnis einer schnelleren Kapitalentwertung und kapitalsparender Erfindungen zu sein. Während in der Periode von 1869 bis 1888 »für eine Nettokapitalbildung von 1 Dollar eine Bruttokapitalbildung von 1,7 Dollar nötig war«, waren dafür zwischen 1946 und 1955 »beinahe 3 Dollar Bruttokapitalbildung aufzubringen«. Die Bruttokapitalbildung selbst sank im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt (in konstanten Preisen) von »22,6 % in den Jahren 1869 bis 1888 auf 21,5 0/0 in den Jahren 1909 bis 1928 und auf 17,6 % in der Zeit von 1946 bis 1955«. Während die Bruttokapitalbildung im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt sinkt und »die Kapitalverbrauchsrate gegenüber der Bruttokapitalbildung beträchtlich steigt, zeigt das Verhältnis der Nettokapitalbildung zum Volkseinkommen (oder Nettosozialprodukt) einen deutlichen Abwärtstrend. Ihr Anteil fiel von 14,6 0/0 in den Jahren 1869 bis 1888 auf 11,2 % in den Jahren 1909 bis 1928 und auf 7,9 0/0 in den Jahren 1946 bis 1955«.

Der wachsende Kapital»verbrauch«, der die Nettokapitalbildung beeinträchtigt, erklärt sich nicht aus einem schnelleren physischen Verschleiß des Kapitals, sondern aus seinem schnelleren Veralten im Wett-

6 S. Kuznets, a. a. O., S. 68.

7 A. a. O., S. 39s.

bewerb. Andererseits tendieren die Kapitalerneuerungen zu einem kapitalsparenden Typus, der höhere Leistung mit einer geringeren Kapitalausstattung pro Arbeiter verbindet. Der wachsende »Wohlstand« der USA drückt sich als wachsender Reichtum an verkäuflichen Waren an Stelle von investiertem Kapital aus. Während in früheren Phasen technologische Änderungen einen Zuwachs sowohl des Output wie des Kapitals bewirkten, wuchs in neuerer Zeit die reale Prokopffproduktion bei einer sinkenden Rate der Kapitalbildung.

Oft wird behauptet, daß »der Kapitalismus... sich in einer Krise (befindet), weil er zuviel Mehrwert erzeugt, als daß dieser schließlich in der Akkumulation von Kapital realisiert werden könnte«. <sup>8</sup> Angeblich ermöglichen qualitative Änderungen der Technologie »die Produktion eines zusätzlichen Mehrwerts ohne eine entsprechende Ergänzung des investierten Kapitals (und beeinträchtigen damit) die Hauptform seiner Realisation: seine Umwandlung in Kapital?«. Das Ergebnis ist ein gegenüber dem Kapitalzuwachs schnelleres Wachstum des Sozialprodukts. Das ist aber nichts Neues. Marx zufolge wachsen Produktion und Arbeitsproduktivität immer schneller als der Wert des Kapitals. Zu allen Zeiten und mit allen Mitteln versuchen die Kapitalisten auf der Jagd nach dem größtmöglichen Profit die Kapitalkosten und die Arbeitskosten herunter zu drücken. Überdies kann während der Krise der Mehrwert in Form von unverkäuflichen Waren nicht in zusätzliches Kapital umgewandelt werden; er überschwemmt den Markt als ein sichtbarer Überfluß an Mehrwert. Um noch einmal zum Grundsätzlichen zurückzukommen: Die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals vermindert die *tatsächliche* Profitrate solange nicht, wie sich das Kapital schneller akkumuliert als die Profitrate fällt. Vermehrt sich das Kapital ohne ein entsprechendes Anwachsen seiner organischen Zusammensetzung, d. h. fließt ständig neues Kapital niedriger organischer Zusammensetzung durch die Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise in die Marktwirtschaft ein und senkt dadurch die *durchschnittliche* organische Zusammensetzung, so werden Mehrwertmasse und Profitrate steigen. Kapitalsparende Innovationen, die die organische Zusammensetzung des Kapitals vermindern, müßten dieselbe Wirkung haben; Gillman zufolge führten sie in der Tat im Kapitalismus des 20. Jahrhunderts zu einem ungeheuren Überfluß an Mehrwert. Aber in seiner Sicht kann dieser Mehrwert nicht als *neues* Kapital realisiert werden - und wegen des antagonistischen Verteilungs-

<sup>8</sup> Joseph M. Gillman, »Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate«, Frankfurt/M. 1969, S. 147.

<sup>9</sup> A. a. O., S. 790 f.

systems auch nicht in der Form von Konsum. Die Schwierigkeiten des Kapitalismus werden hier aus der Produktionssphäre in die Zirkulationssphäre verlagert. Nicht die Produktion, sondern die Realisation des Mehrwerts sei für die kapitalistische Krise verantwortlich. Dies stellt eine glatte Verwerfung der Marxschen Akkumulationstheorie und mittelbar auch der Arbeitswerttheorie selbst dar. Auch hat diese »Verlagerung« nichts mit den besonderen gesellschaftlichen Bedingungen des Kapitalismus im 20. Jahrhundert zu tun, da das Problem der Kapitalproduktion zu allen Zeiten als ein Realisierungsproblem *verstanden* werden konnte. Malthus beispielsweise sah sogar schon im 19. Jahrhundert den Angelpunkt des kapitalistischen Dilemmas im Realisierungsproblem. Und an der Wende des Jahrhunderts glaubte die Marxistin Rosa Luxemburg die objektiven Ursachen für Krisen und Kriege und für die schließliche Abdankung des Kapitalismus in den Schwierigkeiten der Mehrwertrealisierung zu erkennen.

Aber all dies hat wenig mit Marx zu tun, für den in der Tat die Welt des Kapitals zugleich ein Produktions- und Zirkulationsprozeß war, der aber dennoch darauf bestand, daß nichts zirkuliert, was nicht vorher produziert wurde, und der deshalb dem Produktionsprozeß den Vorrang gab. Wenn die Produktion von Mehrwert ausreicht, um eine beschleunigte Kapitalexpansion zu sichern, dann gibt es wenig Grund zu der Annahme, daß der Kapitalismus in der Zirkulationssphäre zu Fall kommen wird.

Aufgrund des tendenziellen Falls der Profitrate kann es im Verhältnis zum kapitalistischen Akkumulationsbedarf nie einen Überfluß an Mehrwert geben. Natürlich kann infolge von Markt disproportionalitäten für einzelne Industrien ein Realisierungsproblem entstehen, das sich jedoch von selbst durch eine andere Verteilung von Arbeit und Kapital nach dem Profitprinzip löst. Eine allgemeine Überproduktion von Kapital und Waren, die gleichzeitig alle Sphären und Produktionszweige beeinflusst, kann nicht durch Disproportionalitäten des Marktes erklärt werden. Sie behindert die Realisierung des Mehrwerts für das Gesamtkapital und betrifft die einzelnen Kapitale in unterschiedlichem Maße; eine solche allgemeine Beeinträchtigung kann durch eine bloße Neuverteilung der vorhandenen Arbeitskräfte und des vorhandenen Kapitals nicht behoben werden.

Theoretisch wandelt Marx zufolge eine ausreichende Steigerung des Mehrwerts eine Stagnationsperiode in eine Expansionsperiode um. Die relative Stagnation der amerikanischen Wirtschaft könnte beispielsweise als anhaltende Krisensituation betrachtet werden, was sie in der Tat auch ist. Nichts in der Marxschen Theorie schließt die Wie-

deraufnahme einer gesteigerten Kapitalexpansion aus, obwohl die *tatsächliche Situation*, in der sich der amerikanische Kapitalismus befindet, ein solches Ereignis von vornherein ausschließen mag. Die Stagnation des Kapitals stellt eine Krisensituation dar. In dieser Situation werden Versuche unternommen, die Profitabilität des Kapitals zu erhöhen. Wenn diese Versuche nicht in eine beschleunigte Akkumulation münden, dann besagt das nicht, daß es für Kapitalisierungszwecke zuviel Mehrwert gibt; eher zeigt es an, daß der Mehrwert trotz seines merklichen Zuwachses *dafür nicht ausreicht*. Hielte diese besondere Situation lange an, dann würde sie auf die Unauflösbarkeit der Krisenbedingungen hinweisen, denn *eine ständige Produktionssteigerung ohne Kapitalakkumulation* würde bedeuten, daß ein zunehmender Teil der Mehrarbeit seinen Wertcharakter verlieren und somit die Profitabilität des Kapitals vermindern würde. In diesem Fall könnte man von einer »permanenten Krise« der Kapitalproduktion sprechen, d. h. daß der Krisenmechanismus unfähig wäre, die Bedingungen für eine expandierende kapitalistische Wirtschaft wiederherzustellen.

Marx beschäftigte sich nicht mit dem einzelnen Unternehmen oder einem einzelnen Land, es sei denn, eine Beschreibung des einen oder des anderen konnte den Charakter des kapitalistischen Systems enthüllen. Er benutzte England als veranschaulichendes Beispiel und betonte, daß »das industriell entwickeltere Land ... dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft (zeigt)<sup>10</sup>«. Dieses Bild bezieht sich nur auf die kapitalistischen Bedingungen von Produktion und Tausch; es schließt Unterschiede zwischen den Ländern in anderer Hinsicht nicht aus. Der englische Kapitalismus stützte Marx' allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, aber einmal entfaltet, war seine Theorie unabhängig von irgendeinem besonderen Land. Ebenso wie sich das Glück einzelner Kapitale im allgemeinen Wettstreit des Akkumulationsprozesses wendet, so schwankt das Glück einzelner Nationen. Aber für die Welt insgesamt bleibt der kapitalistische Akkumulationsprozeß durch die Steigerung oder Verminderung des Mehrwerts im Verhältnis zur wachsenden Masse des Gesamtkapitals bestimmt. Stagniert das Kapital in einem Land, so kann dies die raschere Akkumulation in einem anderen ermöglichen. Aber es ist die unbekannte Masse des Gesamtkapitals und deren Verhältnis zum gesamten Mehrwert, die das Schicksal des Kapitalismus als Ganzes bestimmt. Daraus ergibt sich, daß einige Länder einen *allgemeinen* Mangel an Mehrwert

10 Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. I, MEW Bd. 23, Berlin 1962, S. 12.

als ihren *besonderen* Mangel an Kapital erfahren, während andere dieselbe Situation als einen »Überfluß« an nicht realisierbarem Mehrwert erleben. Die Eigentümlichkeiten der Verteilung des Mehrwerts beeinflussen aber nicht dessen quantitative Relation zum Gesamtkapital. Jedenfalls hört der nicht realisierbare Mehrwert auf, Mehrwert zu sein, so daß der Mangel an Profitabilität zu einer allgemeinen Erscheinung wird.

Nicht die Disproportionalität von Angebot und Nachfrage auf dem Markt führt zu der doppelten Unfähigkeit, zu verkaufen und zu kaufen. Vielmehr bringt die tatsächliche Verknappung des Mehrwerts *diese Disproportionalität erst hervor*. Könnte der Kapitalismus sich insgesamt schneller entwickeln, als es tatsächlich der Fall ist, dann ließe sich der Mehrwert vielleicht ohne weiteres in zusätzliches Kapital verwandeln. Doch selbst wenn der nicht absetzbare Teil der Mehrarbeit ganz in zusätzlichem Kapital realisiert werden könnte, würde die Profitrate mit der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals fallen, was erneut zur Überproduktion und zur Verwandlung eines Produktionsproblems in ein Realisierungsproblem führen würde.

Von einem marxistischen Standpunkt aus beschreiben die verschiedenen Krisentheorien, die das Problem entweder als Unterkonsumtion oder als Überproduktion von Waren erklären - wobei die eine die andere und beide das Realisierungsproblem einschließen -, nur die Äußerlichkeiten des kapitalistischen Krisenmechanismus. Die periodische Überproduktion von Produktionsmitteln und Waren, die die Realisation des Mehrwerts verhindert, ist Marx zufolge nur eine Überproduktion von Produktionsmitteln, die nicht als Kapital dienen können, d. h. nicht zur Ausbeutung der Arbeit bei einem gegebenen Ausbeutungsgrad benutzt werden können. Und obwohl die Überproduktion von Waren in die Augen springt, ist Marx' Theorie keine Unterkonsumtionstheorie. Nach Marx steht die kapitalistische Produktion immer im Widerspruch zu der von ihr hervorgebrachten Konsumtionskraft - in Prosperitätsperioden ebenso wie in Depressionsperioden.

Nicht eine im Verhältnis zur Produktion wachsende »Konsumtionskraft« erklärt die steigende Nachfrage nach Konsumgütern im Aufschwung der Kapitalentwicklung, sondern vielmehr nur die größere Zahl der jetzt beschäftigten Arbeiter. In Expansionsperioden steigen die Preise schneller als die Löhne; sie verringern das Einkommen der einzelnen Arbeiter, während das der Arbeiterklasse steigt, oder lassen die einzelnen Einkommen nur insofern steigen, als die Arbeit intensiviert und die Arbeitszeit verlängert wird. Ferner überbrückt auch nicht der wachsende Konsum der nicht-arbeitenden Bevölkerung die

Kluft zwischen gesellschaftlicher Produktion und gesellschaftlicher Konsumtion, da der sich vergrößernde Mehrwert nun weitgehend wieder investiert wird. Die rasch anwachsende Nachfrage nach Produktionsgütern bewirkt vielmehr eine steigende Nachfrage nach Konsumgütern und verteilt die gesellschaftliche Arbeit entsprechend. Mit Beginn einer Krise sinken die Preise schneller als die Löhne; die Lage des einzelnen Arbeiters verbessert sich, während die der Arbeiterklasse sich infolge von Arbeitslosigkeit verschlechtert. Wenn sich in der Krise eine neue Stabilität entwickelt, sinkt auch die Kaufkraft der Löhne der noch beschäftigten Arbeiter. Aber darin kündigt sich schon der neue Aufschwung an. Ebenso sind Lohnsteigerungen auf der Höhe der Konjunktur, die mit den Preissteigerungen Schritt halten oder sie sogar überholen, bereits weitgehend Zeichen der nahenden Krise. Kurz, der Konjunkturzyklus wird nicht durch Veränderungen der gesellschaftlichen Konsumtionskraft verursacht, und schon gar nicht derjenigen der Arbeiter; eher determiniert der Zyklus diese Veränderungen selbst.

Davon einmal abgesehen bleibt jedoch »der letzte Grund aller wirklichen Krisen... immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde<sup>11</sup>«. Denn im Hinblick auf die tatsächliche Produktionskapazität und die beschränkte Kaufkraft der Massen ist die *beobachtbare* Ursache der Krise die Unfähigkeit, das zu konsumieren was produziert wurde. Daß diese »Unfähigkeit« eine Bedingung der kapitalistischen Produktionsweise darstellt, ändert nichts an der Tatsache, daß es sich auch um einen Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion handelt. In der tatsächlichen Krise steht - ungeachtet des verborgenen Krisenmechanismus' der Kapitalproduktion - die Masse der nicht verkäuflichen Waren einer ständig sinkenden Kaufkraft und einer Produktionskapazität gegenüber, die für eine wachsende Nachfrage geschaffen ist. In der kapitalistischen Wirtschaftstheorie bedeutet das, daß die Nachfrage mit dem Angebot in Form von Preisen nicht gleichziehen kann, was zur Veränderung der Preisrelationen auf dem Markt führen wird, die eventuell die Differenz beseitigen. Nach Marx kann sie jedoch nur zeitweise durch eine gesteigerte Kapitalakkumulation beseitigt werden, die dann die permanente Kluft zwischen Produktion und Konsumtion erwei-

<sup>1</sup> tert. Seiner Ansicht nach kann die Krise weder durch eine Einschrän-

11 »Das Kapital«, Bd. III, MEW Bd. 25, Berlin 1964, S. 501.

kung der Produktion, noch durch eine Steigerung der Konsumtion, noch durch eine Kombination beider beseitigt werden. Letzteres wäre gleichbedeutend mit dem Ende des kapitalistischen Systems selbst. Weder Unterkonsumtion noch Überproduktion erklären sich aus sich selbst. Sie können nur im Kontext der Kapitalproduktion verstanden werden.

## 10. Die Enteignung des Kapitals

Die kapitalistische Produktion muß fortschreiten, da Stillstand Rückschritt bedeuten würde. Sie kann nicht aufhören zu akkumulieren, ohne das ganze gesellschaftliche Gefüge, auf dem sie beruht, zu sprengen. Jede statische Analyse ihrer Verhältnisse ist fiktiv und nur entschuldbar, wenn sie dazu dienen kann, ihre wirkliche Dynamik zu begreifen. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist die Kapitalakkumulation notwendige Vorbedingung für eine mehr oder weniger befriedigende materielle Produktion - von der die gesellschaftliche Existenzweise abhängt. Um die Kapitalakkumulation zu sichern, muß der Kapitalismus unaufhörlich die Produktionssphäre revolutionieren, nach immer größerem Mehrwert jagen und ständig seine Märkte ausdehnen, damit der Mehrwert in zusätzliches Kapital verwandelt werden kann. Aber es ist nicht einfach ein größerer Markt, der die Realisierung des Mehrwerts sichert; es bedarf eines Marktes, der, um den Mehrwert *als Kapital* zu realisieren, die Expansion des Kapitals in Form neuer Produktionsmittel gestattet.

Mittels der Konkurrenz schreitet die Akkumulation voran. Das besagt jedoch nicht, daß der Kapitalismus vom Wettbewerb abhängig wäre. Trotzdem ist der Wettbewerb seine wahre Bewegungsart. »Solange das Kapital schwach ist«, schrieb Marx, »sucht es selbst noch nach den Krücken vergangener oder mit seinem Erscheinen vergehender Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es die Krücken weg, und bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und bewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind<sup>1</sup>.« Mit anderen Wor-

<sup>1</sup> Karl Marx, »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«, Berlin 1953, S. 544 f.



ten: ein »gesunder« Kapitalismus ist ein strenger Konkurrenzkapitalismus, und die Unvollkommenheiten des Wettbewerbs in den frühen und späten Stadien seiner Entwicklung müssen als Unzulänglichkeiten eines noch nicht mündigen und eines altersschwachen Kapitalismus betrachtet werden. Denn ein Kapitalismus, der den Wettbewerb einschränkt, kann seine indirekte »Regulierung« nicht in Preis- und Marktbewegungen finden, wie sie aus den Wertverhältnissen im Produktionsprozeß herrühren.

Marx' Interesse galt dem wettbewerblich expandierenden, auf Privateigentum gegründeten Kapitalismus seiner Zeit, der entweder mittels Akkumulation fortschreitet oder Krise und Depression erleidet. Wenn er von der »Selbsterweiterung« des Kapitals spricht, von der »Akkumulation um der Akkumulation willen«, dann spricht er von der zwangshaften und rastlosen Jagd nach Tauschwert, die, während sie den Kapitalismus zum bisher produktivsten gesellschaftlichen Produktionssystem machte, auch für all seine gesellschaftlichen und ökonomischen Schwierigkeiten verantwortlich ist und letztlich auch für seine Tendenz, die gesellschaftlichen Produktivkräfte einzufrieren, wann und wo immer deren weitere Entwicklung zu den spezifisch kapitalistischen Produktionsverhältnissen in Widerspruch gerät. Die Akkumulation ist gleichermaßen für den Aufstieg wie für den Niedergang des Kapitalismus verantwortlich. Die Widersprüche der Kapitalbildung - die allesamt auf den Wertcharakter der Kapitalproduktion zurückzuführen sind - befördern und verlangsamen zugleich die allgemeine Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Aber an einem gewissen Punkt im Akkumulationsprozeß »wird die Entwicklung der Produktivkräfte eine Schranke für das Kapital; also das Kapitalverhältnis eine Schranke für die Produktivkräfte der Arbeit. Auf diesem Punkt angelangt, tritt das Kapital, d. h. Lohnarbeit, in dasselbe Verhältnis zur Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und der Produktivkräfte, wie Zunftwesen, Leibeigenschaft, Sklaverei, und wird als Fessel notwendig abgestreift. Die letzte Knechtsgestalt, die die menschliche Tätigkeit annimmt, die der Lohnarbeit auf der einen, des Kapitals auf der andren Seite, wird damit abgehäutet, und diese Abhäutung selbst ist das Resultat der dem Kapital entsprechenden Produktionsweise; die materiellen und geistigen Bedingungen der Negation der Lohnarbeit und des Kapitals, die selbst schon die Negation früherer Formen der unfreien gesellschaftlichen Produktion sind, sind selbst Resultate seines Produktionsprozesses. In schneidenden Widersprüchen, Krisen, Krämpfen drückt sich die wachsende Unangemessenheit der produktiven Entwicklung der Gesellschaft zu ihren bisherigen

Produktionsverhältnissen aus. Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung, ist die schlagendste Form, worin ihm advice gegeben wird to be gone and to give room to a higher **State** of social production<sup>2</sup>«.

Indem Marx den Einfluß der steigenden Arbeitsproduktivität auf die kapitalistischen Verhältnisse als ökonomische Wertverhältnisse untersuchte, war er in der Lage, den Haupttrend der Kapitalexpansion vorauszusagen, auch wenn sich diese Voraussagen auf nicht mehr als die breite »*geschichtliche Tendenz* der kapitalistischen Akkumulation« beziehet. Sein hoch abstraktes Modell der Kapitalexpansion kann nur erklären, warum das Kapital sich mittels Expansion und Kontraktion bewegt, und warum diese Art der Fortbewegung auf immer mehr Widerstände stößt, die ihm durch eine stetig wachsende Masse von Kapital, durch dessen Konzentration und Zentralisation, durch seine wachsende organische Zusammensetzung und durch den nachteiligen Einfluß der letzteren auf seine Profitabilität in den Weg gelegt werden. Aber diese Befunde sind logische Schlüsse, die aus einem Modell abgeleitet sind, das an eine begrenzte Reihe ökonomischer Annahmen gebunden ist, welche, obgleich grundlegend für das kapitalistische System, die wirkliche Welt des Kapitals nicht erschöpfend wiedergeben.

Obwohl man ohne eine Theorie der Entwicklung die gegebene Wirklichkeit nicht verstehen kann, gibt eine solche Theorie doch nur an, *worauf man achten muß*, wenn man die sich entfaltende Welt der Kapitalproduktion begreifen will. Der logische Endpunkt der Kapitalentwicklung als Prozeß der Wertexpansion muß nicht Wirklichkeit werden; doch gibt die Theorie zu jedem beliebigen Zeitpunkt eine Orientierungshilfe für die nähere, konkretere Analyse der *tatsächlichen Bewegungen* der Kapitalproduktion. Könnte der Kapitalismus sozusagen aus seiner eigenen Haut schlüpfen, plötzlich etwas anderes werden als er ist, dann wäre die Wertanalyse der Kapitalexpansion ziemlich überflüssig. Wie die Dinge nun einmal liegen, beruht jedoch jede besondere Produktionsweise auf bestimmten gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, die unverändert bleiben, wie sehr auch immer die Produktionsweise modifiziert werden mag. Solange die gesellschaftlichen Verhältnisse ökonomische Wertverhältnisse sind und nur als solche die allgemeine Entwicklung bestimmen, wird die kapitalistische

<sup>2</sup> A. a. O., S. 635 f.

<sup>3</sup> Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. I, MEW Bd. 23, Berlin 1962, S. 789.

Akkumulation die von Marx enthüllte *geschichtliche Tendenz* aufweisen.

Die Marxsche Werttheorie der Kapitalentwicklung ist zugleich eine »allgemeine« Theorie der Akkumulation und eine »besondere« Krisentheorie, was bedeutet, daß weder mit der einen noch mit der anderen gesondert verfahren werden kann. Unter der Voraussetzung einer ungestörten Kapitalexpansion in einem geschlossenen System zeigt die allgemeine Theorie den Fall der Profitrate als Folge der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals auf. Tatsächlich kommt diese allgemeine Tendenz jedoch nur in Krisenzeiten, in der Oberproduktion von Kapital zum Vorschein. Ihre *praktische* Bedeutung gewinnt die allgemeine Theorie erst durch diese *tatsächlichen* Vorgänge. Die *wirklichen* Beschränkungen des kapitalistischen Systems sind nicht nur durch den abstrakten tendenziellen Fall der Profitrate gegeben, wie ihn das Wertmodell postuliert, sondern sie offenbaren sich in den *konkreten Bedingungen* der Überakkumulationskrise.

Der einzig bedeutsame Krisenpunkt in der allgemeinen Theorie der Kapitalakkumulation ist jener Punkt, an dem es nicht länger möglich ist, den Mehrwert hinreichend zu steigern, um den tendenziellen Fall der Profitrate durch eine beschleunigte Kapitalexpansion zu überwinden. In der Wirklichkeit gibt es jedoch keinen wie immer gearteten Weg, um zu bestimmen, wann ein solcher Punkt erreicht sein wird. Der tatsächliche Prozeß der Kapitalexpansion kann verlangsamt werden und wird verlangsamt - nicht nur in Perioden der Depression, sondern beständig - durch unproduktive, d. h. nicht einträgliche Kapitalverausgabungen, durch unverblünte Zerstörung von Kapital wie beispielsweise in Kriegszeiten und durch politische Eingriffe in den Wirtschaftsablauf, die den Expansionsprozeß drosseln. Die durchschnittliche Kapitalexpansionsrate über längere Zeit ist ziemlich bescheiden und rechtfertigt nicht die Erwartung, daß das Kapital im tendenziellen Fall der Profitrate sein Ende finden wird. Es muß immer beachtet werden, daß Modell und Wirklichkeit sich unterscheiden.

Gleichwohl bestimmt nicht die längerfristige durchschnittliche Akkumulationsrate das gesellschaftliche Handeln, sondern der tatsächliche Stand der Kapitalproduktion *zu jedem gegebenen Zeitpunkt* - in Zeiten der Prosperität wie in Zeiten der Depression. Die Marxsche allgemeine Theorie der Akkumulation macht klar, »daß die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion das Kapital selbst (ist), dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das *Kapital* ist und nicht umgekehrt die Produk-

tionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die *Gesellschaft* der Produzenten sind-»«. Weil nun die Kapitalproduktion diesen Charakter hat, kann sie auch die Barrieren überwinden, die sie sich selbst in den Weg stellt. Erst wenn diese Produktionsweise tatsächlich und anhaltend zum Hindernis für eine weitere Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte wird, werden ihre immanenten Schranken als absolute Schranken erscheinen. Obgleich das allgemeine Gesetz der Akkumulation auf die geschichtlichen Grenzen des Kapitalismus verweist, kann nicht gesagt werden, wann diese Grenzen erreicht sind, d. h. welche besonderen Bedingungen in den Schwankungen der Kapitalproduktion jenen Krisenpunkt ausmachen, den zu überwinden das System nicht mehr fähig sein wird. Da aber der Kapitalismus von Krisen mit zunehmend zerstörerischer Gewalt bedrängt ist, können die dadurch ausgelösten sozialen Erschütterungen - bei etwas Glück - Aktionen herbeiführen, die das Ende des kapitalistischen Systems bedeuten. Mit dem Aufstieg des Kapitalismus entstand auch die neue Klasse der Industriearbeiter. Wenn sich diese Arbeiter ihrer Klassenlage und der historischen Überholbarkeit des Kapitalismus bewußt werden, dann ist vorstellbar, daß sie Bedingungen ihrer Ausbeutung und Beraubung dadurch abschaffen werden, daß sie das kapitalistische System mit politischen Mitteln beseitigen. Dies war nicht nur vorstellbar, sondern ist auch in gewissem Maß tatsächlich eingetroffen; es entstand eine antikapitalistische Arbeiterbewegung. Auch gab es historische Belege dafür, daß vorangegangene Klassenverhältnisse, die auf anderen Produktionsweisen beruhten, auf politischem Wege beseitigt worden waren; es bestand kein Grund zu der Annahme, daß dieses Muster geschichtlicher Entwicklung mit dem Kapitalismus zu seinem Ende gekommen war. Kurzum, Marx erwartete keinen »automatischen« oder »ökonomischen« Zusammenbruch des Kapitalismus. Ob irgendeine besondere Krisensituation sich als die »letzte Krise« des Kapitalismus erweisen würde, war nur durch die prüfende Macht revolutionärer Aktionen zu bestimmen. Wir haben es hier nicht mit der Frage zu tun, ob Marx sich hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung allzu sehr auf Präzedenzfälle verließ, oder den Aufstieg eines revolutionären Proletariats zu optimistisch erwartete, oder gar Illusionen zum Opfer fiel - was der Fall zu sein scheint, wenn man die tatsächlichen politischen Bedingungen des Kapitalismus im 20. Jahrhundert betrachtet. Was uns hier interessiert, ist lediglich die begrenzte Voraussagekraft einer Wertanalyse der

4 »Das Kapital«, Bd. III, MEW Bd. 2j, Berlin 1964, S. 260.

Kapitalentwicklung. Marx war sich dieses »Mangels« bewußt, wie es in seiner Weigerung sich andeutet, das Ende des Kapitalismus in anderen als allgemein historischen Formen vorherzusagen. Doch ist seine Theorie, wie beschränkt sie aufgrund ihres hohen Abstraktionsgrades auch sein mag, die einzige Theorie der Kapitalakkumulation, die durch den tatsächlichen Verlauf der Entwicklung verifiziert wurde. Ob wir die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals oder die sich in der kapitalistischen Krise zeigende Tendenz der fallenden Profitrate betrachten oder die zunehmende Heftigkeit der Krisen, die Erzeugung einer industriellen Reservearmee, das trotz des qua Kapital wachsenden Wohlstandes unverminderte Elend der großen Masse der Weltbevölkerung, die Beseitigung des Wettbewerbs durch den Wettbewerb (die Konzentration, Zentralisation und Monopolisierung von Kapital) - wir müssen das Entwicklungsmuster, das Marx entworfen hat, zur Kenntnis nehmen.

Monopolisierung, Konzentration und Zentralisation des Kapitals sind allgemein anerkannte und weithin verbreitete Tatsachen. Um nur ein Beispiel zu geben: »Gegenwärtig befinden sich annähernd 50 %> der amerikanischen Industrie - d. h. alles außer Finanz- und Transportwesen - in den Händen von 100 Konzernen, wenigstens nach Kapitalwerten. Nimmt man Finanzen und Transport dazu, dann steigt die Gesamtzahl. Nähme man eine ziemlich umfangreiche Gesamtheit, dann würden die Statistiken wahrscheinlich zeigen, daß etwa zwei Drittel der wirtschaftlich produktiven Kapitalwerte der Vereinigten Staaten, ausschließlich der Landwirtschaft, nicht mehr als 500 Konzernen gehören. Das bezieht sich auf den Besitz von Kapitalwerten. Machtmäßig gesehen, d. h. ohne Berücksichtigung der Vermögenslage, kontrollieren nicht nur 100 Konzerne zwei Drittel der Industrie, sondern innerhalb jedes dieser Konzerne hat eine noch kleinere Gruppe die Entscheidungsgewalt. Dies ist die höchste Konzentration wirtschaftlicher Macht in der Geschichte der Menschheit. Da die USA beinahe die Hälfte der Weltproduktion tragen, stellen diese 100 Gruppierungen eine Konzentration wirtschaftlicher Macht dar, die alles übertrifft, was wir bisher kannten'.«

Marx' allgemeines Gesetz der Kapitalakkumulation gewinnt seine *reale* Bedeutung weniger aus den Wandlungen des kapitalistischen Systems im Verlauf der Akkumulation, sondern aus deren Wirkungen auf das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung. Um es zu wiederholen: Die Konkurrenz zwingt alle Unternehmen, ihr Kapital zu vergrößern

- es schneller zu vergrößern als die Arbeitskraft, die sie beschäftigen. So wie das größere Kapital das kleinere schlägt, erhöht sich der Mindestaufwand an Kapital, der notwendig ist, um ins Geschäft einzusteigen. Während das Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtkapitals das Entstehen und Anwachsen vieler Einzelkapitale impliziert, steigert es auch die Konzentration des akkumulierten Kapitals. Die Konkurrenz ist somit ein Zentralisierungsprozeß, in dem viele kleine in weniger größere Kapitale verwandelt werden. Da er nur das verfügbare Kapital umverteilt, findet dieser Zentralisierungsprozeß unabhängig davon statt, ob sich das Kapital akkumuliert oder nicht, ob Prosperität oder Krise herrscht. Die Konzentration wird durch das Kreditsystem gewaltig gesteigert, das eine »furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird, und sich schließlich in einen ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale verwandelt<sup>6</sup>«.

Die Zentralisation ergänzt, Marx zufolge, das Werk der Kapitalexpansion. Die Akkumulation allein, d. h. »die allmähliche Vermehrung des Kapitals durch die aus der Kreisform in die Spirale übergehende Reproduktion (ist) ein gar langsames Verfahren, im Vergleich mit der Zentralisation, die nur die quantitative Gruppierung der integrierenden Teile des gesellschaftlichen Kapitals zu ändern braucht?«. Die Zentralisation in irgendeinem gegebenen »Geschäftszweig hätte... ihre äußerste Grenze erreicht, wenn alle darin angelegten Kapitale zu einem Einzelkapital verschmolzen wären. In einer gegebenen Gesellschaft wäre diese Grenze erreicht erst in dem Augenblick, wo das gesamte gesellschaftliche Kapital vereinigt wäre in der Hand, sei es eines einzelnen Kapitalisten, sei es einer einzigen Kapitalgesellschaft<sup>8</sup>«. Inzwischen fügt jedoch die Zentralisationstendenz der Ausbeutung der Arbeiter die Enteignung des Kapitals durch das Kapital hinzu, was auf seine schließliche Zerstörung hinweist. Der ganze Prozeß ist von Marx in der bekannten Feststellung zusammengefaßt, daß die Enteignung des Kapitals sich notwendig aus den immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion ergibt. »Je ein Kapitalist schlägt viele tot«, schrieb Marx. »Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die ökonomisierung aller Produktionsmittel durch

6 »Das Kapital«, Bd. I, a. a. O., S. 655.

7 A. a. O., S. 656.

8 A. a. O., S. 6JJ f.

ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert'.«

Wir beschäftigen uns hier nur mit den der Wertproduktion und der Kapitalakkumulation zugrundeliegenden allgemeinen Tendenzen. Die Kapitalakkumulation vermehrt die Zahl der Kapitalisten und der Arbeiter absolut gesehen, während sie sie im Verhältnis zur wachsenden Kapitalmasse verringert. Diese relative Verringerung verwandelt sich mit der sinkenden Akkumulationsrate in einen absoluten Fall. Die Arbeiter hören auf, Mehrwert zu produzieren, und die Kapitalisten hören auf, sich diesen anzueignen und damit Kapitalisten zu sein. Die zahlenmäßige Verringerung der Kapitalisten erhöht lediglich die Zahl der Proletarier - mit oder ohne Arbeit - so daß die Akkumulation und Zentralisation des Kapitals die Gesellschaft polarisiert in eine sich verringernde Zahl von Kapitaleigentümern und eine stetig wachsende Zahl von Nichtbesitzern, die nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft leben können.

Wiederum erscheint der Doppelcharakter der kapitalistischen Produktion, der sich in der einzelnen Ware als Tausch- und Gebrauchswert und in der Gesellschaft insgesamt als Widerspruch zwischen materieller Produktion und Kapitalproduktion manifestiert; er bestimmt die Kapitalentwicklung in ihren verschiedenen Ausdrucksweisen und in ihrer Bewegung mittels Expansion und Kontraktion. Die Lebensbedingungen der besitzlosen Massen sind von den Bewegungen des Kapitals abhängig, die von seiner Profitabilität bestimmt werden; diese Abhängigkeit ist um so gefährlicher, je mehr Kapital sich akkumuliert. Während die Kapitalakkumulation das Proletariat vergrößert, ver-

mindert sie auch die Nachfrage nach Arbeit im Verhältnis zum wachsenden Kapital. Sie erzeugt eine überschüssige Arbeiterbevölkerung, zugleich als Resultat und Bedingung der Kapitalakkumulation, da der schwankende Bedarf des expandierenden Kapitals einmal eine größere, einmal eine kleinere Masse ausbeutbarer Arbeitskraft erfordert. »Die ganze *Bewegungsform* der modernen Industrie erwächst also aus der beständigen Verwandlung eines Teils der Arbeiterbevölkerung in unbeschäftigte oder halbbeschäftigte Hände<sup>10</sup>.« Die Akkumulation ist so zugleich eine Akkumulation des Elends. »Je größer«, schreibt Marx, »der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee, desto massenhafter die konsolidierte Überbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. *Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.* Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört<sup>11</sup>.«

Die den Akkumulationsprozeß begleitende Verelendung ist hier als *allgemeine Tendenz* gesehen, die den tatsächlichen Bewegungen von Arbeit und Kapital zugrundeliegt, aber in demselben Sinn modifiziert werden kann, in dem der Akkumulationsprozeß selbst durch die *spezifische Natur* seiner Kontraktion und Expansion *in jedem beliebigen Zeitpunkt* modifiziert wird. Marx erwartet nicht, daß die Verelendung jederzeit gegeben sein wird, ebensowenig wie der Fall der Profitrate eine jederzeit zu beobachtende Tatsache ist. Wie eine hinreichende Expansion des Kapitals durch die Vergrößerung der Kapitalmasse den Fall der Profitrate ausgleicht, so wird auch die Tendenz zur Verelendung in Perioden der Kapitalexpansion aufgehoben, in denen die Nachfrage nach Arbeit steigt und sich durch die Verringerung oder Beseitigung der industriellen Reservearmee der Preis der Arbeitskraft erhöht. Um eine gesellschaftlich signifikante Tatsache zu werden, muß die Verelendung von einer tatsächlich und stetig sinken-

10 A. a. O., S. 662.

11 A. a. O., S. 673 f.



den Nachfrage nach Arbeit begleitet sein. Nur unter den Bedingungen von Krise, Depression und Stagnation tritt sie deshalb ein. Wenn in Perioden der Expansion verbreitetes und wachsendes Elend fehlt, so kann dies aber niemals von Dauer sein. Die zunehmende Häufigkeit von Krisen, die Ausdehnung der Depressionsperioden, die Schwierigkeiten einer Beschleunigung der Kapitalakkumulation enthüllen — nimmt man »gute« und »schlechte« Zeiten zusammen - die Verelendung zugleich als gesellschaftliche Tatsache und als das »absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«.

Die Verelendung ergibt sich nur insoweit aus dem Wertgesetz, als die Akkumulation des Kapitals die Nachfrage nach Arbeit im Verhältnis zur wachsenden Kapitalmasse vermindert und dadurch eine industrielle Reservearmee erzeugt. Die Beschäftigung schwankt mit der Expansion und Kontraktion der Kapitalproduktion. Eine stetig sinkende Akkumulationsrate würde die industrielle Reservearmee und damit die Masse der vom Abfall der Gesellschaft lebenden, verarmten Menschen ständig vergrößern. Solange aber eine beschleunigte Kapitalexpansion *tatsächlich möglich* ist, entspricht die industrielle Reservearmee ihrem Namen: sie versorgt den Akkumulationsprozeß mit dem erforderlichen, ausbeutbaren »menschlichen Material«. Eine absolute Verarmung eines immer größeren Teils des Proletariats zu erwarten, heißt eine ständig fallende Akkumulationsrate erwarten. Marx erwartete dies als letztes Resultat des Akkumulationsprozesses, auch wenn die *Zeit seines tatsächlichen Eintretens* nicht vorauszubestimmen war.

Marx' Werttheorie der Kapitalakkumulation geht davon aus, daß die Arbeitskraft stets ihren vollen Tauschwert erhält, d. h. die Kosten ihrer Produktion und Reproduktion. Auf der Grundlage dieser Annahme gibt es keine absolute Verelendung, sondern lediglich das Elend der Lohnarbeit. Es gibt die Verdrängung von Arbeit, die Elend erzeugt, da die Arbeitskraft verkaufbar ist »nur soweit sie die Produktionsmittel als Kapital erhält, ihren eignen Wert als Kapital reproduziert und in unbezahlter Arbeit eine Quelle von Zuschußkapital liefert ..<sup>12</sup>«. Alle andere Arbeitskraft ist sowohl ohne Tauschwert wie ohne Gebrauchswert, hört auf, Teil des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zu sein und folglich ein Teil der Gesellschaft selbst. Aber auch wenn die Arbeitenden den Wert ihrer Arbeitskraft erhalten, findet die Akkumulation in der fallenden Profitrate ihr »logisches Ende«.

Theoretisch ist der Wert der Arbeitskraft durch die Kosten ihrer Produktion und Reproduktion bestimmt. Doch diese Arbeitskosten selbst

sind innerhalb bestimmter Grenzen veränderbar. Der Preis der Arbeitskraft kann höher oder niedriger als ihr Wert sein. Beispielsweise kann es bei einem hohen Bevölkerungsüberschuß unnötig sein, die Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung zu reproduzieren, und einigen Arbeitern können ohne Rücksicht auf ihren Reproduktionsbedarf die Löhne gekürzt werden. Unter anderen Bedingungen können die Löhne vieler Arbeiter den Wert ihrer Arbeitskraft übersteigen, besonders wenn die Nachfrage nach Arbeit die industrielle Reservearmee ausschöpft. Löhne können durch Lohnkämpfe erhöht werden; ihre Schwankungen infolge von Angebot und Nachfrage können durch die Monopolisierung bestimmter Arbeitstypen oder durch politische Eingriffe in den Arbeitsmarkt ausgeglichen werden. Jedoch sind unter Bedingungen des Wettbewerbs und wenn man die arbeitende Klasse insgesamt betrachtet, » im großen und ganzen die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen<sup>13</sup>«. Unter keinen Umständen kann aber ein Anstieg der Löhne oder die »Abnahme (der unbezahlten Arbeit) ... bis zum Punkt fortgehen, wo sie das System selbst bedrohen würde ... die Größe der Akkumulation ist die unabhängige Variable, die Lohngröße die abhängige, nicht umgekehrt<sup>14</sup>«.

Auch wenn die Löhne der *arbeitenden* Bevölkerung nicht sinken oder im Verlauf der Akkumulation sogar steigen, wird dadurch das Elend des überflüssigen Teils der Bevölkerung nicht beendet. Außerdem ist nach Marx der wirkliche Wert der Arbeitskraft nicht identisch mit dem physischen Existenzminimum: »Er ist verschieden je nach dem Klima und dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung; er hängt ab nicht nur von den physischen, sondern auch von den historisch entwickelten gesellschaftlichen Bedürfnissen, die zur zweiten Natur werden. Aber in jedem Land zu einer gegebenen Periode ist dieser regulierende durchschnittliche Arbeitslohn eine gegebene Größe<sup>15</sup>«. Dieser Durchschnittslohn konstituiert, gleich welchen Lebensstandard er bedeutet, die notwendige Arbeit oder den Wert der Arbeitskraft. Die Kapitalisten mögen es nicht als notwendig erachten oder sie können keinen Weg finden, ihn zu senken. Wenn die Arbeitsproduktivität hinreichend hoch ist und genügend Mehrwert abwirft, um den Erfordernissen der Akkumulation Rechnung zu tragen, dann bleibt sich gleich, wie hoch die Quantität und Qualität der Waren ist, die das Wertäquivalent der Arbeits-

13 A. a. O., S. 666.

14 A. a. O., S. 647 u. 648.

15 »Das Kapital«, Bd. III, a. a. O., S. 866.

kraft oder die gesellschaftliche Durchschnittslohnrate ausmachen. Nur daß eine solche Situation, d. h. hohe Profite und hohe Löhne, eine hohe Arbeitsproduktivität erfordert - daher eine hohe organische Zusammensetzung des Kapitals und eine entsprechende Akkumulationsrate. Aber ebenso wie die Löhne kurz vor dem Ausbruch einer Krise ihren höchsten Punkt erreichen, mußte nach Marx der allgemeine Trend der Kapitalakkumulation, obgleich ihn steigende Löhne begleiten, notwendig einen Punkt erreichen, wo der verfügbare Mehrwert nicht genügte, um die üblichen Profite und die weitere Kapitalakkumulation zu gewährleisten. An diesem Punkt konnte die Akkumulation nur auf Kosten der notwendigen Arbeit fortgesetzt werden, durch eine Senkung der Löhne unter ihren historisch festgelegten Wert. Der weitere Akkumulationsprozeß bedeutete dann buchstäblich eine Verelendung des Proletariats.

Hier müssen wir bedenken, daß das »Kapital« vor hundert Jahren geschrieben wurde. Unter den damals vorherrschenden sozialen und technologischen Bedingungen konnte eine aus der Arbeitswerttheorie abgeleitete Projektion der Kapitalentwicklung die Schwierigkeiten des Kapitalismus sehr leicht überschätzen und damit seine Elastizität unterschätzen. Damals war die Lage der arbeitenden Klasse erbärmlich, und die außerordentliche Gier nach Mehrwert beschleunigte unter den Bedingungen einer halsabschneiderischen Konkurrenz die Kapitalexpansion von einer Krise zur anderen, wobei sich die allgemeinen gesellschaftlichen Lebensbedingungen nur langsam verbesserten. Die Zukunft des Kapitalismus sah nicht allzu rosig aus. Jedenfalls hoffte Marx auf sein baldiges Ende.

Marx' Theorie steht und fällt nicht mit den Entwicklungen, die von ihm perspektivisch verkürzt beschrieben wurden; aber es hat keinen Sinn zu leugnen, daß er erwartete, der Akkumulationsprozeß würde das soziale Elend weit schneller und nachhaltiger vergrößern, als es wirklich der Fall war. Daß der Kapitalismus die Lebensbedingungen der großen Masse des Industrieproletariats in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zu verbessern statt zu verschlechtern vermochte, hätte Marx, wäre ihm diese Erfahrung möglich gewesen, lediglich dazu gezwungen, seine zeitbedingte, subjektive Einschätzung der Kapitalexpansion zu revidieren, nicht aber seine allgemeine Theorie der Akkumulation. Diese Theorie ist nicht an eine bestimmte Zeitspanne gebunden; solange das Kapital sich fortbewegt wie Marx es voraussagte, mögen die gesellschaftlichen Folgen dieser Entwicklung aufgeschoben werden; sie können aber nicht aufgehoben werden. Die Marxsche Theorie der Kapitalentwicklung zeigt verschiedene

»Gegentendenzen« auf, die deren selbstzerstörerischen, von immanenten Widersprüchen bestimmten Verlauf aufhalten. Diese »Gegentendenzen« bestätigen den allgemeinen Trend, da sie bloße Reaktionen auf ihn sind. Ebenso wie der Kapitalismus als Ganzes sind sie historisch bedingt, haben aber zu einer Zeit eine größere Bedeutung als zu einer anderen. Ihr Einfluß auf die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus kann im Voraus nicht eingeschätzt werden; ihre tatsächliche Gewalt kann nur im Hinblick auf den wirklichen Verlauf der Kapitalakkumulation festgestellt und beurteilt werden.

Marx erwähnte nur einige solcher Gegenteiligkeiten - die steigende Intensität der Ausbeutung, das Drücken der Löhne unter ihren Wert, die Verbilligung der Bestandteile des konstanten Kapitals, die relative Übervölkerung, die Erhöhung des Aktienkapitals und den Außenhandel. All diese Gegenteiligkeiten fallen aus dem allgemeinen Gesetz der Akkumulation heraus, wie es für ein geschlossenes System aufgestellt wurde, das in strikter Übereinstimmung mit dem Wertgesetz funktioniert. Im selben Sinn ist die kapitalistische Krise oder überhaupt jedes *konkrete Phänomen* eine Gegenteiligkeit, das entweder für die tätigen Kapitale den Mehrwert steigert oder den Wert der tätigen Kapitale im Verhältnis zum verfügbaren Mehrwert vermindert. Daher kann die Dauerhaftigkeit oder Hinfälligkeit des kapitalistischen Systems höchstens so bestimmt werden, daß man die tatsächlichen Geschehnisse und ihre spezifische Bedeutung für das allgemeine Schema der Kapitalexpansion, oder letztere umgekehrt aus der Perspektive der kapitalistischen Wirklichkeit betrachtet.

Während sich aus der Kapitalakkumulation eine Steigerung der Arbeitsproduktivität ergibt, ist das Ausmaß dieser Steigerung nicht vorherzusehen, da es sowohl von der Evolution der Technologie wie von deren sich wiederholenden Revolutionen mit ihren spezifischen Auswirkungen auf den Akkumulationsprozeß abhängt. Der Einfluß des sich erweiternden Weltmarkts auf die Produktion und Realisierung des Mehrwerts und damit auf das Tempo und die Lebensfähigkeit der Kapitalexpansion darf nicht nur an der Ausbreitung der Warenproduktion, sondern muß auch an der kapitalistischen »internationalen Arbeitsteilung« und an der Ausbeutung der außerkapitalistischen Territorien gemessen werden.

Marx sah wohl die destruktiven Aspekte industrieller Krisen, die das wachsende Mißverhältnis zwischen Profitabilität und Akkumulation einschränkten; aber eine Zerstörung von Kapital in dem Ausmaß, wie es während der beiden Weltkriege erreicht wurde, konnte er sich nicht vorstellen. Ebensowenig konnte er das mögliche Ende des Kapitalismus

in einer atomaren Katastrophe ins Auge fassen. Marx beschäftigte sich auch nicht hinreichend mit den möglichen inneren Modifikationen der kapitalistischen Struktur durch ständige Staatsinterventionen, da sein Interesse nicht der Veränderung, sondern der Abschaffung des Kapitalismus galt. Dies umso mehr, als er völlig davon überzeugt war, daß keinerlei Reform das für den Kapitalismus wesentliche Verhältnis von Kapital und Arbeit oder den Wertcharakter seiner gesellschaftlichen Produktion verändern könnte. Ein reformierter Kapitalismus würde daher dasselbe Schicksal erleiden, das er dem *laissez-faire* zu seiner Zeit voraussagte.

## 11. Die Rettung des Kapitalismus

Trotz ihres abstrakten Charakters bewies die Marxsche Kapitalanalyse große Voraussagekraft. Die kapitalistische Akkumulation verlief so, wie es von ihr vorgezeichnet wurde. In der Tat wurde der von Marx vorausgesagte Verlauf der Kapitalentwicklung niemals bestritten; andere Erklärungsversuche geben nur andere Ursachen für diese Entwicklung an. Keynes erklärt beispielsweise den »langfristigen« Trend der Kapitalproduktion anders als Marx, aber seine Beschreibung des Trends selbst und der beobachtbaren Krisenbedingungen unterscheidet sich von der Marxschen nur in der Terminologie. Sie läuft auf die simple Feststellung hinaus, daß Investitionen von den gegenwärtigen und erwarteten Kapitalerträgen abhängen, und daß sie bei sinkender Profitabilität tendenziell abnehmen.

Im Unterschied zu zeitgenössischen Keynesianern erkannte Keynes, daß der Kapitalismus ein Ziel und eine Richtung hat. Er beschrieb das »Ende«, zu dem die Bildung von Kapital tendiert, als Verlust seines »Knappheitswertes«, und er glaubte, daß dieses Ziel innerhalb einer oder zweier Generationen erreichbar sei. »Ich bin überzeugt«, schrieb er, »daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist, in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benützung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertverminderung und Veralterung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde. Kurz gesagt, der Gesamtertrag von dauerhaften Gütern während ihrer Lebensdauer würde, wie im Falle von Gütern von kurzer Dauer, gerade ihre Arbeitskosten der Erzeugung *plus* einer Entschädigung für das Risiko und die Kosten der Geschicklichkeit und Aufsicht decken<sup>1</sup>.«

1 John Maynard Keynes, »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Berlin 1953, S. 316 f.

Keynes mochte das Kapital nicht als »produktiv« ansehen. Er behauptete, daß »der einzige Grund, warum ein Vermögenswert eine Aussicht bietet, während seines Bestandes Dienste von einem größeren Gesamtwert als dem ursprünglichen Angebotspreis zu leisten, ... seine *Knappheit* ist; und es wird knapp gehalten wegen des Wettbewerbs um den Zinsfuß auf Geld. Wird das Kapital weniger knapp, so vermindert sich das überschüssige Erträgnis, ohne daß es - wenigstens im stofflichen Sinn — weniger produktiv geworden ist<sup>2</sup>«. Keynes' Abneigung dagegen, das Kapital als »produktiv« zu bezeichnen, und seine Erwartung und Billigung einer sinkenden Profitabilität im Gefolge abnehmender Kapitalknappheit konnte nicht nur spitzfindigen Kapitalisten kaum gefallen; sie hat sogar einige seiner Schüler verstört<sup>3</sup>. Die Vorstellung, daß der Profit sich aus der Knappheit des Kapitals ergebe, ist jedoch nur eine andere Form der Lehre von der »Produktivität« des Kapitals: weder die eine noch die andere vermögen den Ursprung des Profits zu erklären, und beide dienen zur Rechtfertigung der Ausbeutung.

Marx zufolge ist die »Nachfrage nach Kapital« eine Nachfrage nach Profiten. Diese Nachfrage nach der Ausbeutung von Arbeit steigert sich ständig, und zwar um so schneller, je schneller sich das Kapital akkumuliert. Von diesem Standpunkt aus ist Keynes' Feststellung sinnlos, daß »die Nachfrage nach Kapital ihre Grenze erreicht, wenn der Kapitalstock bis zu einem Punkt angewachsen ist, an dem die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals einen sehr geringen Wert ausmacht«. Denn das wachsende Kapitalangebot ist nicht identisch mit sinkender Nachfrage nach Kapital, d. h. nach Profiten. Anzunehmen, daß die Nachfrage nach Kapital von dem wachsenden Kapitalstock begrenzt werde, heißt annehmen, daß der Kapitalismus nicht er selbst ist, sondern ein Produktionssystem, das das Profitprinzip nur zum Zwecke der Vermehrung der Produktionsmittel benutzt, bis die Profitproduktion ihr Ende erreicht hat. In Wirklichkeit werden die Produktionsmittel

2 A. a. O., S. 178 f.

3 So merkt Joan Robinson an, daß Keynes' Vorstellung, Arbeit sei »der einzige Produktionsfaktor«, nicht dadurch gerechtfertigt werden kann, daß »er es für möglich hielt, den Output in Lohneinheiten zu berechnen«. Keynes konnte das, so meint sie, deshalb, »weil er hauptsächlich an der Analyse kurzfristiger Situationen interessiert war, in denen die Kapitalausstattung gegeben ist, so daß das reale Output mit der Beschäftigung korreliert«. Sobald jedoch »das Output pro Kopf bei einem gegebenen Beschäftigungsstand sich zu ändern beginnt, hört die Lohneinheit auf, das reale Output zu messen«. Obwohl sie darin mit Keynes übereinstimmt, daß »Kapitalbesitz keine produktive Tätigkeit ist«, meint sie, es sei zwingender zu sagen, daß »das Kapital und die Anwendung der Wissenschaft in der Industrie immens produktiv sind«. - »An Essay on Marxian Economics«, London 1942, S. 21-27.

jedoch vermehrt, um eine gegebene Profitabilität zu steigern oder aufrechtzuerhalten.

Wenn man mit Keynes annimmt, daß Kapitalüberfluß »überschüssige Erträge« wie den Zins beseitigt, so folgt daraus, daß dieser Überfluß auch die Investitionen verringert. Was zuerst das Dilemma des Kapitalismus war - der Mangel an Investitionen - wird zur großen Wohltat des Kapitalüberflusses. In Keynes' Sicht bedeutet das nur, daß »die Nachfrage nach Kapital ihre Grenze erreicht hat«. Eine Periode bloßer Reproduktion löst die der Akkumulation ab; kurz, das Produktionssystem, mit dem sich die Wirtschaftstheorie von Marx bis Keynes befaßte, ist zu seinem Ende gekommen.

Um seine Theorie also zu ihren »logischen Schlußfolgerungen« zu führen, akzeptiert Keynes für den »langfristigen« Trend der Kapitalproduktion in kühner Weise die Implikationen der Grenznutzentheorie; er treibt seine Theorie über die Grenzen des Kapitalismus hinaus. Daß die Vision eines Produktionsapparates, der groß genug ist, um gesellschaftliche Bedürfnisse in einem Ausmaß zu befriedigen, daß keine weitere Kapitalexpansion wünschenswert erscheint, den Horizont des Kapitalismus überschreitet, ergibt sich aus Keynes' eigener Aussage: wenn das Kapital weniger knapp werde, vermindere sich »das überschüssige Erträgnis, ohne daß es - wenigstens im stofflichen Sinn - weniger produktiv geworden ist«. Die stoffliche Seite der kapitalistischen Produktionsweise ist aber gerade dasjenige, was ihrer Motivation widerspricht, dem Streben nach Tauschwert, Profit und Akkumulation.

Nach Marx muß die Kapitalproduktion gewinnbringend sein, damit sie fortgesetzt wird, ganz gleich, ob Kapital knapp oder im Überfluß vorhanden ist. Ein andauerndes Sinken der Profitabilität impliziert eine sinkende Akkumulationsrate - und diese Krisenbedingung kann nur durch eine beschleunigte Rate der Kapitalexpansion überwunden werden. Das Verschwinden »überschüssiger Erträge« - was immer das bedeuten mag - zeigt nicht das Ende der Kapitalknappheit, sondern das Ende des Kapitalismus an. Der verhältnismäßig stationäre Zustand von Kapitalüberfluß, den Keynes entwarf, in dem die Nachfrage nach Kapital die produktionsnotwendige Verschwendung und Veralterung nicht übersteigt, und die Profite nur den Konsumbedürfnissen der unternehmerisch befähigten und die Aufsicht führenden Manager entsprechen, kann nicht im Rahmen privater Kapitalbildung erreicht werden. Der kapitalistische Reproduktionsprozeß ist immer ein Akkumulationsprozeß. Das schließt Perioden »einfacher Reproduktion« oder selbst vorübergehenden Produktionsrückgang nicht aus; aber ein



stationärer und zugleich prosperierender Kapitalismus kam Marx nicht in den Sinn.

Obwohl Keynes es als sein »praktisches Urteil und nicht als theoretischen Imperativ« betrachtet, daß selbst im »reifen« Kapitalismus die Betonung auf der Kapitalbildung anstatt auf dem Konsum liegen sollte, hielt er eine Umkehrung der Gewichte in einer nicht allzu ferneren Zukunft für möglich. Daher beruhte es seiner Auffassung nach auf einem »bloßen Mangel an Intelligenz«, wenn man behauptete, daß die Disparität zwischen der gegenwärtigen und der möglichen Wirtschaftsweise nur auf radikalem Wege beseitigt werden könne. Den Sozialismus, der nach seiner Definition Verstaatlichung der Produktionsmittel bedeutet, sah er als ziemlich überflüssig an; denn Besitz selbst sei ohne Bedeutung, wenn es gelänge, die Investitionsrate zu kontrollieren. Er war davon überzeugt, »daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muß, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird"«<sup>4</sup>. Er glaubte, »daß nur die Erfahrung zeigen kann, inwieweit der gemeinsame Wille, verkörpert in der Politik des Staates, auf die Vermehrung und Ergänzung der Veranlassung zur Investition gerichtet werden sollte, und inwieweit es gefahrlos ist, den Durchschnittshang zum Verbrauch anzuregen'«.

Dogmatische Befürworter des Privateigentums betrachten nicht nur den Keynesianismus als Theorie der Umwandlung eines »freien« in einen teilweise kontrollierten Kapitalismus, sondern diese Umwandlung selbst als den Anfang vom Ende des Kapitalismus. Sie sehen eine bedingungslose Rückkehr zur Marktwirtschaft, was immer sie gesellschaftlich kosten würde, als einzige Möglichkeit an, um der auftauchenden »neuen Knechtschaft« der totalitären Gesellschaft zu entkommen. Sie mögen recht haben, doch war Totalitarismus das letzte, was Keynes zu unterstützen wünschte. Zwar bewunderte er den Nazi-Staat, weil der einen Weg gefunden hatte, um Vollbeschäftigung zu schaffen und aufrechtzuerhalten, doch glaubte er, daß dasselbe auch unter den in England bestehenden Institutionen erreicht werden könnte; zwischen der Wirtschaftspolitik und der politischen Struktur einer Gesellschaft bestand für ihn keine notwendige Verbindung. Was das sowjetische System angeht, so glaubte er nicht, »daß es irgendeine

4 »Allgemeine Theorie«, a. a. O., S. 319.

5 A. a. O., S. 318.

nützliche wirtschaftliche Technik enthält oder enthalten kann, die wir nicht, wenn wir wollten, mit gleichem oder größerem Erfolg in einer Gesellschaft anwenden könnten, die alle Merkmale ... britischer Bürgerideale aufweist<sup>6</sup>«. Der einzige Beitrag Rußlands zur Wirtschaftslehre war die Demonstration, daß zentralistische Kontrolle ein ausgeglichenes Wirtschaftswachstum hervorbringen kann. Dies hing nicht vom Bolschewismus ab, sondern von der zentralistischen Kontrolle, die durch die fortgeschritteneren Wirtschaftstechniken der westlichen Welt sogar noch wirkungsvoller gemacht werden könnte.

In seiner liberalistischen Interpretation spiegelt der Keynesianismus den Grad des *laissez-faire* wider, der im »reifen« Kapitalismus immer noch möglich ist. Er stellt eine Art »gemischtes Wirtschaftssystem« dar, in dem »die wesentlichen Züge (*essentials*) des Kapitalismus - die Freiheit des Verbrauchers, die Freiheit des Investierens und die freie Wahl der Beschäftigung - aufrechterhalten werden können?«. Für Keynes bestand keine Wahl mehr zwischen einer kontrollierten oder einer »freien« Wirtschaft; es gab nur die Wahl zwischen verschiedenen Garnituren von Kontrolleuren. Einer seiner Schüler drückte dies so aus: »Faschismus ist die Form, die unsere kapitalistische Gesellschaft annehmen wird, wenn es uns nicht gelingt, entweder die keynesianischen Reformen oder eine sozialistische Wirtschaft zustande zu bringen<sup>8</sup>.« Keynes wußte natürlich, daß ein Appell an die Vernunft nicht genügte, damit alle Kapitalisten sich fröhlich in die neue Situation schickten; er sah es als Pflicht der Regierung an, die Widerstrebenden vor ihrer eigenen Torheit zu schützen. Er meinte, daß die Usurpation der regulierenden Funktionen durch den Staat die Rolle des Unternehmers nicht beeinträchtigen würde. Seiner Ansicht nach stimmte in der Produktionssphäre alles; nur die gemeinsamen Ersparnisse würden besser durch die Regierung gesammelt und investiert statt durch das Privatkapital. Die Zentralisierung der Kontrolle über die Wirtschaftstätigkeit in den Händen des Staates war das einzige Mittel, um die kapitalistische Trägheit zu überwinden.

Die bürgerliche Wirtschaftstheorie sah in der fehlenden bewußten Organisation der Wirtschaft eine spezifische Form von »Ordnung« - das automatische Nebenprodukt des Tauschs auf dem Markt; ein »Wertgesetz«, das die wirtschaftlichen Aspekte des Lebens regulierte. Tatsächlich veranlaßten relativ stabile Marktsituationen, daß das wirtschaftliche Verhalten zeitweise den konventionellen Mustern folgte;

6 John Maynard Keynes, »Laissez-faire and Communism«, New York 1926, S. 130.

7 S. E. Harris, »Saving American Capitalism«, New York 1950, S. 369.

8 L. R. Klein, »The Keynesian Revolution«, New York 1947, S. 167.

das Marktgesetz schien eine endgültige Art der Ordnung zu schaffen. In Perioden stetig fortschreitender Kapitalbildung funktionierten die Marktmechanismen ohne ernsthafte Schwierigkeiten. Krisenperioden wurden relativ leicht überwunden, und da die Profite der Kapitalisten weitgehend reinvestiert wurden, ließ deren im Vergleich zur arbeitenden Bevölkerung geringe Zahl ihr möglicherweise luxuriöses Leben zu einer wirtschaftlich uninteressanten Tatsache werden. Vom kapitalistischen Standpunkt aus konnte es so scheinen, als ob die Entwicklung durch eine ordnende, wenn auch unsichtbare Hand gelenkt würde.

Der Krieg und langandauernde Depressionen beendeten diesen idyllischen Glauben und führten zu wachsender staatlicher Kontrolle über die Wirtschaft. Was zuerst eine besondere Lage, ein unerwartetes Ereignis zu sein schien, wurde zu einer allgemeinen Tatsache; die partielle Unterordnung von privaten unter nationale und staatliche Interessen nahm einen dauerhaften Charakter an. Damit änderten sich auch die Aufgaben der Wirtschaftswissenschaftler. Sie konnten nun politische Maßnahmen vorschlagen und über die Wirkung verschiedener staatlicher Eingriffe auf den einen oder anderen Aspekt der Wirtschaft nachsinnen. »Gesellschaftliche Experimente« sind jedoch ziemlich eilige Antworten auf die drängenden politischen Probleme, die selbst den Charakter der ergriffenen Maßnahmen bestimmen. Die Art ihrer Ausführung mag je nach Erfahrung variieren, aber die Probleme, die im Kapitalismus auftauchen und die »Lösungen« für sie sind im allgemeinen klar und eindeutig. Deshalb ist bis jetzt noch keine Wirtschaftspolitik vorgeschlagen worden, die nicht ihr Debüt hatte, bevor die »Theorie hinter ihr« formuliert worden war. Alle monetären und fiskalischen Maßnahmen, die Keynes vorschlug, sind schon zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen Regierungen benutzt worden, um sich und die von ihnen regierten Gesellschaften zu schützen. Keynes unterstützte die sich ausweitende Staatskontrolle dadurch sowohl praktisch als auch ideologisch, daß er die veränderte Praxis seiner Zeit in den Rahmen der Wirtschaftstheorie einbrachte.

Unter den Bedingungen des *laissez-faire* sehen die Kapitalisten keine Notwendigkeit, sich für die sozialen Folgen ihrer Handlungen verantwortlich zu fühlen; sie können nicht unterscheiden, ob ihre Handlungen auf das Ganze der Gesellschaft positiv oder negativ einwirken. Für sie bedeutet »angewandte Wirtschaftslehre« nichts als den Wunsch, billig zu kaufen und teuer zu verkaufen. Die Aktionen der Arbeiter sind ebenfalls durch den Wunsch bestimmt, ihre Arbeitskraft zum höchstmöglichen Preis zu verkaufen. Für sie erschöpft sich »angewandte

Ökonomie« im Lohnkampf. Trotzdem hat der Kampf zwischen Kapital und Arbeit eine »regulierende« Funktion; er bestimmt den Exploitationsgrad und beeinflußt damit die Rate der Kapitalexpansion. Die fetischistische »Selbstanpassung« der Wirtschaft geht hier teilweise an den offenen Kampf zwischen Menschen verloren. Mit der Ausweitung und Verschärfung dieses Kampfes wächst der »manipulierte« Teil der Wirtschaft an. Aber da die »Manipulation« partikularen Interessen dient, vergrößert die in ihr angelegte Organisationstendenz nur die gesellschaftliche Desorganisation. Diese wachsende Desorganisation kann nur durch eine beschleunigte Akkumulationsrate unschädlich gemacht werden, so daß ein Schwächerwerden des Marktfetischismus einen verstärkten Fetischismus der Akkumulation bedingt.

Von der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt her gesehen stellt die Marktdistribution immer eine klassenmäßige Verteilung von Waren dar. Arbeit und Mehrarbeit, ganz gleich wie produktiv, sind letztlich auf Zeiteinheiten reduzierbar. Soviel Zeiteinheiten in Form von Produkten oder Produkte in Form von Zeiteinheiten fallen dem einzelnen Arbeiter oder dem einzelnen Kapitalisten zu; soviel fallen dem gesellschaftlichen Kapital oder der Arbeiterklasse insgesamt zu. Was dem einzelnen Arbeiter zufällt, mag nicht ausreichen, um seine Arbeitskraft zu reproduzieren; was dem einzelnen Kapitalisten zufällt, mag nicht ausreichen, um ihn in seiner gesellschaftlichen Position zu halten. Was jedoch der arbeitenden Bevölkerung zufällt, muß genug sein, um sie zu reproduzieren; und was der kapitalistischen Klasse zufällt, muß genug sein, um die gesellschaftliche Struktur zu erhalten. Was den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß anbelangt, so betritt eine bestimmte Quantität gesellschaftlicher Arbeit, die in Warenform auf den Markt kommt, diesen sozusagen »unnötig«, da der Markt die unent-rinnbaren und proportional bestimmten Erfordernisse des Reproduktionsprozesses nur verwickelter machen kann. Da der Reproduktionsprozeß den Produktionsprozeß kontrolliert, ist nur die Surplus-Arbeitszeit - in Waren vergegenständlicht über den Bedarf der einfachen Reproduktion hinaus - nicht »vorherbestimmt« durch die materiellen Erfordernisse einer gesellschaftlichen Produktion, die ein einmal etabliertes Produktionsniveau unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen aufrechterhält.

Im Verlauf der Kapitalkonzentration teilen sich relativ weniger Unternehmer einen immer größeren Mehrwert; der Markt verliert dabei einige seiner Funktionen. Wenn der Marktmechanismus aufhört, Angebot und Nachfrage durch Kapitalexpansion »auszugleichen«, so kompliziert sich die Bildung einer Durchschnittsprofitrate, die nötig

ist, um die gleichzeitige Existenz aller wichtigen Industriezweige zu sichern - ohne Ansehen ihrer besonderen Profitraten. Die Durchschnittsprofitrate impliziert eine »Zusammenfassung« des Mehrwerts, damit die physischen Bedürfnisse der gesellschaftlichen Produktion befriedigt werden können, die sich in der gesellschaftlichen Nachfrage bemerkbar machen. Kapitalstagnation, die sich in einer mangelhaften Nachfrage ausdrückt, hindert eine wachsende Zahl von Kapitaleinheiten daran, an dem gesellschaftlichen Gesamtmehrwert in ausreichendem Maße teilzuhaben. Wenn ihr Fortbestehen gesellschaftlich notwendig ist, müssen sie durch staatliche Hilfe gestützt werden. Und wenn die Arbeitslosenzahl eine Gefahr für die Stabilität der Gesellschaft darstellt, müssen die Arbeitslosen ebenfalls aus dem abnehmenden Gesamtmehrwert ernährt werden. Die Kontrolle des Mehrwerts wird für die Sicherheit des Kapitalismus wesentlich; die Verteilung der Profite wird zum Teil Sache der Regierung.

Vom Standpunkt der Theorie aus bleibt es gleichgültig, ob die notwendige Trennung von Wert und Mehrwert und die notwendige Verteilung des letzteren auf einem »freien« Markt geschieht oder auf einem von der Regierung manipulierten Markt. In der Praxis macht das jedoch einen großen Unterschied für diejenigen Kapitalisten aus, die durch das »ordnungsgemäße« Funktionieren des »Systems als Ganzem« etwas zu verlieren drohen. Denn die Sorge der Regierung für die Verteilung des Profits widerspricht der Profitabilität einzelner Unternehmen; Extraprofite könnten weggesteuert und einige Geschäftszweige ruiniert werden, während andere durch staatliche Begünstigung gefördert würden. Solange nicht klar ist, welche Kapitaleinheiten Vorteile aus der staatlichen Kontrolle ziehen, neigen alle dazu, sich der Kontrolle überhaupt entgegenzustemmen. Aber sobald es offensichtlich ist, daß staatliche Kontrolle für einige Kapitaleinheiten auf Kosten anderer Sicherheit und Expansion bedeutet, ist die kapitalistische Front gegen sie gebrochen.

Obwohl zwischen Keynes' theoretischen Vorstellungen und der »angewandten Wirtschaftswissenschaft« von heute nicht notwendigerweise eine Verbindung besteht, ist das »gemischte Wirtschaftssystem« eine Tatsache, die in ökonomischen Begriffen gerechtfertigt sein will. Staatliche Eingriffe in die sich in der Krise befindende Wirtschaft wurden zunächst nur als »Initialzündung« (*pump-primer*) betrachtet, um den Fluß privater Wirtschaftstätigkeit wieder in Gang zu bringen. Diese Vorstellung wurde in dem sogenannten »Multiplikator-Effekt« von R. F. Kahn formalisiert. Man schätzte die Rückwirkungen ab, die aus der Steigerung der »effektiven Nachfrage« durch staatliche Ausgaben

folgten. Sie variierten von einer Verdopplung bis zu einer Verfünffachung der ursprünglichen Investition in der Form neuen Einkommens. Diese Annahmen entzogen sich jedoch einer Verifizierung. In der Theorie, die von den nicht wahrnehmbaren Gegenwirkungen des privaten Sektors absieht, erscheinen sie überzeugend. Tatsächlich beruhen derartige Schätzungen jedoch auf zuvielen »Wenns«, als daß sie etwas Bestimmtes über die Wirkung von Staatsausgaben aussagen könnten. Man gestand also ein, daß der Begriff des Multiplikators »keine magische Formel ist, die uns befähigt, mit einem bestimmten Grad an Genauigkeit vorauszusagen, wie groß der Einfluß öffentlicher Investitionen sein wird. Wenn den verschiedenen Faktoren ein verschiedenes Gewicht beigemessen wird, kann man entweder folgern, daß öffentliche Investitionen ungeheure einkommenserzeugende Wirkungen, oder daß sie, in der Bilanz, einen negativen Einfluß auf Beschäftigung und Einkommen haben werden?«.

Da jedoch die Maßnahmen der Regierungen gegen die Krise die Beschäftigung bis zu einem gewissen Grade steigerten, kann man sagen, daß die keynesianische Theorie sich in allgemeiner Weise bestätigte, wann immer und soweit sie angewandt wurde. Der New Deal ist ein Beispiel dafür, obwohl Keynes selbst sich mit Roosevelts schwankender Politik unzufrieden erklärte. Bürgerliche Anhänger der keynesianischen Wirtschaftstheorie hoffen, daß sie nur so »entwickelt und angewandt wird, daß vom strengen *laissez-faire* nur unmerklich und sinnvoll abgewichen, oder staatliche Macht nur dazu verwandt wird, um die gesamte Ersparnis und die gesamte Nachfrage zu beeinflussen, damit sie mit dem gesamten potentiellen Output von Gütern und Dienstleistungen besser im Gleichgewicht sind<sup>10</sup>«. In dieser Sicht hat der Staat die Aufgabe, Fortbestehen und Wohlfahrt der Privatunternehmen zu sichern. Abgesehen von dem Gesamteffekt staatlicher Geld- und Fiskalpolitik, soll Industriezweigen, die sich in einer Krise befinden, mit besonderen Kreditleichterungen geholfen werden, öffentliche Arbeiten sollen mit Blick auf die Bedürfnisse des Privatkapitals vergeben werden - Straßen für die Automobilindustrie, Flughäfen für die Luftfahrtindustrie und so weiter. Zusammen mit der bevorzugten Behandlung von Neuinvestitionen sollte auch der Hang zum Verbrauch durch eine Sozialgesetzgebung gefördert werden, die als Instrument wirtschaftlicher Stabilisierung dient.

Ein gemischtes Wirtschaftssystem setzt voraus, daß ein wesentlicher

9 D. Dillard, »The Economics of John Maynard Keynes«, New York 1948, S. 12.

10 O. H. Taylor, »The Classical Liberalism, Marxism, and the Twentieth Century«, Cambridge 1960, S. 118.

Teil der gesamten Produktionskapazität von privatem Kapital kontrolliert wird. Da der öffentliche Haushalt an sich nur durch Steuern oder Gewinne verstaatlichter Unternehmen bestritten wird, müssen zusätzliche Mittel vom Privatkapital geborgt werden. Man nimmt an, daß Finanzierung durch Schulden die »effektive Nachfrage« steigert. Es handelt sich nicht um »effektive Nachfrage« im kapitalistischen Sinn, da der kapitalistische Markt keine Nachfrage nach öffentlichen Arbeiten, Wohlfahrt und Rüstung hat. Natürlich gibt es eine Marktnachfrage für die verschiedenartigen Zwischenprodukte, die in die staatlich induzierte Produktion eingehen. Aber diese Nachfrage ist nur durch die Käufe der Regierung vorhanden. Die Kosten der staatlich induzierten Produktion und die Profite, die den privatkapitalistischen Zulieferern zufließen, werden aus Steuern oder geliehenem Geld bezahlt, d. h. aus Fonds, die aus dem kapitalistischen Privatsektor stammen. Das bedeutet einfach, daß der Staat Produktionsmittel benutzt und Arbeiter aus Ressourcen unterstützt, die dem Privatkapital oder Privatleuten gehören. Die geliehenen Fonds sind nur monetäre Ausdrücke für die Fähigkeit der Regierung, unbeschäftigte Ressourcen arbeiten zu lassen. Die wachsende Staatsschuld zeigt an, daß diese Macht nur vorübergehend zugestanden wurde, und daß ein Preis für sie entrichtet werden muß, d. h. der Zins, der den Inhabern staatlicher Schuldverschreibungen gezahlt wird.

Während das »Endprodukt« der Kapitalproduktion das vergrößerte Kapital ist, ist das »Endprodukt« staatlich gespeister Produktion nur eine erweiterte Produktion. Der Produktionsapparat, der durch staatlich induzierte Produktion ins Leben gerufen wird, kann nur im Auftrag der Regierung funktionieren. Obwohl er nominell in den Händen des Privatkapitals ist, kann er nur auf Rechnung des Staates voll genutzt werden. Vom Privatunternehmen her gesehen fällt jede von der Regierung bestellte Produktion, ob in der Form von öffentlichen Arbeiten, Wohlfahrt oder Rüstung, in die Sphäre des Konsums. In der Tat kehrt die staatlich induzierte Produktion die übliche Prozedur der Kapitalakkumulation um. Anstatt die Produktion auf Kosten des Konsums auszudehnen, indem der Konsum langsamer steigt als das Kapital sich akkumuliert, erweitert sie die Produktion mit Hilfe des Konsums, obwohl es »Konsum« in der Form von öffentlichen Arbeiten und Rüstung ist.

Bis jetzt hat die staatlich induzierte Erweiterung der Produktion nur dadurch zu Vollbeschäftigung geführt, daß die »effektive Nachfrage« für Produkte gesteigert wurde, die nicht direkt konsumierbar sind, deren Wert nicht durch den kapitalistischen Zirkulationsprozeß »reali-

siert« werden kann. Insoweit dies auf dem Wege von Defizitfinanzierung erreicht wurde, hat es zu einem ständigen Anwachsen der Staatsschuld geführt. Die Geldentwertung verminderte diese Schuld und verwarf sie oftmals auf Kosten des privaten Kapitals. Aber auch unter nicht-inflationären Bedingungen müssen die Zinsen auf die Staatsschuld und ihre schließliche Tilgung aus der privaten Produktion geleistet werden. Da Staatsausgaben keine Profite erbringen, können sie auch keine Zinsen erbringen. Da die »ganze Nation« für die Staatsschuld bürgt, können natürlich die Zinsen gezahlt und die Schuldverschreibungen eingelöst werden, wenn das Volkseinkommen schneller wächst als die Verschuldung. Das bedeutet lediglich, daß genügend neuer Reichtum durch zusätzliche Produktion geschaffen werden muß, damit alte Verpflichtungen abgegolten werden können.



## 12. Die Kehrseite des Keynesianismus

Keynesianische Eingriffe in die Wirtschaft waren zunächst ziemlich wirkungslos. Keynes erklärte dies damit, daß »die Medizin, die er empfahl, zu sparsam angewendet wurde«. Das Problem der Arbeitslosigkeit blieb ungelöst, bis der Beginn des Zweiten Weltkriegs die Regierungen dazu zwang, für Kriegszwecke das zu tun, was sie während der vorangegangenen Depression nicht tun mochten. Bei Beginn der Kriegsproduktion war Keynes jedoch davon überzeugt, daß seine Theorie sich bestätigen würde, denn nun würde man sehen, »welche Stufe des Konsums notwendig ist, um eine freie, moderne Gesellschaft... in die Nähe einer optimalen Nutzung ihrer Ressourcen zu bringen<sup>1</sup>«.

Die Kriegsmaßnahmen waren jedoch ziemlich unabhängig von der sich entwickelnden keynesianischen Ideologie. Sie unterschieden sich nicht von denen, die im Ersten Weltkrieg ergriffen wurden; noch unterschieden sie sich von Land zu Land - wobei zu sagen ist, daß nicht alle Länder der »keynesianischen Revolution« anhingen. Schon »im Ersten Weltkrieg stellte es sich als möglich heraus, nahezu die Hälfte der gesamten Ressourcen der Gesellschaft für den Kampf aufzuwenden«; und die »Gestaltung der Industrie nach den Bedürfnissen des Krieges« wurde »durch direkten staatlichen Zwang auf die Industrie vorangetrieben<sup>2</sup>«. Alle mit der kommandierten Wirtschaft des Zweiten Weltkriegs zusammenhängenden Neuerungen wie Zwangssparen, Kontrolle von Geld, Kredit, Preisen und Beschäftigung, Prioritäten, Rationierung, Regierungsanleihen und so weiter waren im Ersten Weltkrieg trotz der damals vorherrschenden »orthodoxen« Wirtschaftspolitik schon erprobt worden.

Während sie bei der Steigerung des »Hangs zum Verbrauch« ziemlich erfolglos war, wurde der keynesianischen Theorie ein »hervorragender Erfolg« bei der Beschneidung dieses Hangs durch Zwangssparen wäh-

1 »The New Republic«, New York, 29. Juli 1940.

2 A. C. Pigou, »The Political Economy of War«, London 1940, S. 43 u. 71.

rend des Krieges bescheinigt. Wenn sie auch nicht in der Lage war, die Investitionen bis zur Vollbeschäftigung zu steigern, führte sie doch zu einem Mangel an Arbeitsplätzen infolge von Kapitalvernichtung. Eine Theorie in ihr Gegenteil zu verkehren, kann nur bedeuten, sie außer Dienst zu stellen; doch seltsam genug, das Opfer der Theorie wurde als Zeichen »der Flexibilität und Fruchtbarkeit des praktischen Denkens« gesehen, »das in die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes mündete. Es gibt nichts in Keynes' Plan zur Verhinderung der Inflation in Kriegszeiten«, so wurde gesagt, »was seiner Erklärung der Arbeitslosigkeit in Friedenszeiten widerspricht. Der Plan für die Finanzierung des Krieges unterstellt die Notwendigkeit von Zwangssparen, während in der Allgemeinen Theorie< die Betonung auf den sozialen Nachteilen der Sparsamkeit liegt. Die Umkehrung der Verhältnisse vom Frieden zum Krieg verlangt eine Vertauschung der Gewichte«.

Aber dies kann kaum als »Vertauschung der Gewichte« bezeichnet werden. Schließlich basierte die keynesianische Theorie auf der Vorstellung eines »reifen« Kapitalismus, der von sich aus nicht genügend Investitionen hervorbringen konnte, um Vollbeschäftigung zu sichern. Absicht und Sinn von Keynes' Theorie war es, einen Weg zur Vollbeschäftigung beim *Fehlen* von Krieg und Prosperität zu zeigen; die Depression sollte *nicht* in der orthodoxen Weise entweder durch Kriegführen oder passives Erwarten der destruktiven Ergebnisse einer Krise überwunden werden, sondern durch die neue und »rationale« Methode der staatlich induzierten Nachfrage. Genauer gesagt, setzte Keynes seine Theorie »bis Kriegsende« außer Kraft. Tatsächlich war sein berühmter »Plan« zur Finanzierung des Krieges nur ein Vorschlag, dasjenige diktatorisch durchzusetzen, was vorher mittels Überzeugung durchgesetzt worden war.

Wegen der »Zähigkeit« der Löhne widersetzte sich Keynes einst einer Deflationspolitik; nun opponierte er gegen die Preisinflation aus demselben Grund. In beiden Fällen war er nicht versessen darauf, eine bestehende Praxis zu verändern, sondern er wollte sie nur dadurch effektiver machen, daß er sie schmackhafter machte. So wie er einmal dachte, daß ein Sinken der Reallöhne bei gleichbleibenden oder steigenden Nominallöhnen akzeptabler wäre, dachte er nun, daß »es für den einzelnen allen Unterschied ausmacht, ob der Überschuß seines Einkommens über seinen Verbrauch durch Steuern oder Anleihen weggenommen wird. Für ihn persönlich sind Staatspapiere ein Zusatz zu

seinem Wohlstand, seiner Sicherheit und seiner Bequemlichkeit im Angesicht der Zukunft. Sie geben ihm ein Anrecht auf die künftigen Ressourcen der Gesellschaft. Irgendjemand wird diesen Anspruch zu erfüllen haben. Aber dieser jemand ist nicht notwendigerweise er selbst, und auch wenn es so wäre, mag es ihm besser passen und weniger Opfer verlangen, sich in Raten von seinen persönlichen Ressourcen zu trennen und dafür Vermögenstitel zu erhalten, die er in Notfällen flüssig machen kann\*«.

Es ist klar, daß man auf »Reichtum«, der während des Krieges verbraucht wird, in der Zukunft keinen Wechsel ziehen kann. Ein »Anspruch auf künftige Ressourcen« bedeutet nur zusätzliche Arbeit: in Zukunft muß genug gearbeitet werden, um das Warenäquivalent für die bestehenden Lohnquoten plus dem Warenäquivalent für die Kriegsparsimonie zu produzieren. Natürlich werden die Leute ihre Kriegsschuldverschreibungen nur allmählich einlösen, was die dazu benötigte Mehrarbeit über einen langen Zeitraum verteilt. Aber dies ändert nichts an der Tatsache, daß jede Konsumsteigerung, die aus dem Aufkauf von Kriegsschuldverschreibungen stammt, nur aus neuer Produktion herrühren kann. Der Anspruch des einzelnen auf künftige Ressourcen ist eine Illusion, die er dadurch aufrechterhält, daß er die Gesellschaft nicht als Ganzes betrachtet. Wenn »jemand anderes irgendwann seinen Anspruch befriedigen muß«, dann muß er selbst natürlich irgendwann den Anspruch von jemand anderem befriedigen. Keynes war einmal davon überzeugt, daß der einzelne dazu gebracht werden müsse, die Gesellschaft als ein Ganzes zu sehen. Aber um des Sieges willen gab er diese Überzeugung auf und hoffte nun, daß die Arbeiter zumindest alle diejenigen Illusionen bewahren würden, die sie mit der kriegsnotwendig wachsenden Ausbeutung versöhnten.

Keynes dachte noch in einer anderen Hinsicht an die Zukunft, als er seine Vorschläge zur Finanzierung des Krieges machte. Er befürchtete, daß die Nachkriegssituation wie die Vorkriegssituation durch einen Mangel an »effektiver Nachfrage« mit daraus folgender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sein würde. Im Unterschied zur Vorkriegssituation würde es jedoch einen Überhang an verschobener effektiver Nachfrage geben, der die Wirtschaftstätigkeit durch eine Steigerung des »Hangs zum Verbrauch« stimulieren könnte.

Der Krieg selbst zeigte Keynes nur, daß jedes Wirtschaftssystem Vollbeschäftigung zu erreichen vermöchte, wenn es nur wollte; es fiel ihm

4 John Maynard Keynes, »Paying for the War«, in »London Times«, 14. November 1939.

nicht ein, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der Krieg und die Vorbereitung auf ihn der einzige Weg zur Vollbeschäftigung ist. Andere erkannten dies aber, und einige seiner Schüler sahen im Krieg »eine große neue Industrie, deren kolossale Nachfrage die Wirtschaftstätigkeit in jedem Winkel und Spalt des Wirtschaftssystems stimuliert«, auch wenn »die erwarteten Erträge, welche die Grenzleistungsfähigkeit der staatlichen Investitionen erhöhen, hauptsächlich soziale und militärische Vorteile anstatt geldliche Profite darstellen«. Im allgemeinen wurde der keynesianische »Geist« jedoch besser von denen repräsentiert, die die »sozialistischen« Aspekte der staatlichen Kontrolle betonten. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges schlug beispielsweise William Beveridge ein Programm zur Vollbeschäftigung vor, das eher auf einer »Vergesellschaftung der Nachfrage als der Produktion« beruht<sup>6</sup>. Ein solches Programm sollte die Vollbeschäftigungspolitik des Krieges unter Friedensbedingungen fortsetzen; es war auf keynesianischen Prinzipien aufgebaut und sollte mit fiskalischen Mitteln realisiert werden.

Die Furcht vor einer in der Nachkriegszeit wiederkehrenden Arbeitslosigkeit erwies sich aber als übertrieben. In den besiegten Ländern wurde sie noch einmal vorübergehend zum Problem, aber wenn man zwischen Wirtschaft und Politik unterscheidet, war dies kein »streng ökonomisches« Problem. Die Arbeitslosigkeit wurde hier eindeutig durch die kriegsbedingten Zerstörungen und Erschütterungen verursacht; eine die Wirtschaftstätigkeit einschränkende Besatzungspolitik erhielt sie für einige Zeit aufrecht. In den Siegerländern kam ausge dehnte Arbeitslosigkeit nach dem Krieg nicht wieder vor: nationale Gewinne mußten konsolidiert, verbrauchte Produktionsmittel erneuert, verlorene Märkte zurückerobert und für die Eventualität eines dritten Weltkrieges mußte vorgesorgt werden. Diese Wirtschaftspolitik blieb teilweise der Kriegswirtschaft verhaftet; sie sicherte so ein hohes Beschäftigungsniveau. Da der Unterschied zwischen Kriegs- und Friedensproduktion verschwand, war es nicht nötig, den Plan Beveridges oder irgendeinen anderen Plan für die volle Nutzung der nationalen Ressourcen in die Tat umzusetzen.

Während ein Jahrzehnt der Depression und der staatlichen Intervention die Bedingungen für eine prosperierende Kapitalakkumulation nicht hatte herstellen können, hielt die tatsächliche Kapitalexpansion nach dem Krieg die Regierungen »im Geschäft«. Die volle Nutzung der

<sup>5</sup> D. Dillard, a. a. O., S. 243.

<sup>6</sup> William H. Beveridge, »Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft«, Hamburg 1946, S. 34.

produktiven Ressourcen wurde stets durch die Ausdehnung der staatlich induzierten nicht-profitablen Produktion erreicht. Ein Teil dieses Wachstums ergab sich aus Maßnahmen zur öffentlichen Wohlfahrt und Auslandshilfe; zum größten Teil wurde es jedoch durch Rüstungsausgaben geschaffen?. Zu verschiedenen Zeiten machte man den Versuch, mit ausgeglichenen Budgets zu operieren und Überschüsse für die Schuldentilgung zu gewinnen. Aber nachfolgende Rezessionen warfen diese Politik schnell wieder um. Durch Inflation, Schuldenanhäufung, staatlich induzierte Produktion, Kriegsvorbereitung und Kriegführen erreichten die dominanten kapitalistischen Länder eine annähernde Vollbeschäftigung. Diese Erfahrung stärkte den Keynesianismus und führte zu dem weitverbreiteten Glauben, daß ein vom Staat aufrechterhaltener »Quasi-Aufschwung« unendlich fortgesetzt werden könnte.

Keynes' unzeitiger Tod im Jahre 1946 beraubte ihn der Gelegenheit, die »Rechtfertigung« seiner Theorie in den staatlich manipulierten Nachkriegswirtschaften mitzerleben. Daß sie vornehmlich durch Krieg und Kriegsvorbereitung stabilisiert wurden, war zu bedauern; doch »logisch« hätte sich das ebensogut unter Friedensbedingungen vollziehen können. In der Tat war es Keynes' Interesse am internationalen Frieden und am allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand gewesen, aus dem heraus er in erster Linie eine staatlich regulierte Investitionspolitik vorgeschlagen hatte. Keynes meinte, daß eine solche Politik die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges beseitigen würde, da kein Land »seine Waren einem andern aufzwingen oder die Angebote seines Nachbarn zurückstoßen« müßte: »Internationaler Handel würde aufhören das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifelttes Mittel, um die Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten und die Einschränkung von Käufen aufrechtzuerhalten, der, wenn er erfolgreich ist, lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn schiebt, der im Kampf unterliegt; er

7 Während der ersten Siebenjahresperiode der NATO wurden für militärische Zwecke insgesamt 312 Mrd. Dollar ausgegeben, wozu die USA 252 Mrd. Dollar beitrugen. Von 1946 bis 1955 beliefen sich die Rüstungsausgaben der USA insgesamt auf 309 Mrd. Dollar - was dem gesamten Volkseinkommen des Jahres 1955 entspricht. Seitdem machen die Rüstungsausgaben ungefähr 10 % des Sozialprodukts aus, nicht gerechnet den Teil, den das Privatkapital selbst dazu benutzt, um seine Kapazität für Rüstungsproduktion zu erweitern. Der US-Haushalt für 1960 überstieg 80 Mrd. Dollar, wovon 48 Mrd. Dollar für militärische Zwecke ausgegeben werden sollten. Die nationale Verschuldung der USA betrug 1960 ungefähr 290 Mrd. Dollar und die Zinskosten beliefen sich auf ungefähr 9,5 Mrd. Dollar. Nach Angaben der *Arms Control and Disarmament Agency* betrugen die Rüstungsausgaben im Weltmaßstab seit 1964 über eine Trillion Dollar; 1969 allein über 200 Mrd. Dollar.

würde ein williger und ungehinderter Austausch von Gütern und Dienstleistungen in Zuständen des gegenseitigen Vorteils sein<sup>8</sup>,«

Obwohl er der neoklassischen Doktrin anhing, war Keynes undogmatisch genug, den Protektionismus zu empfehlen, wann immer englische Interessen dies ratsam erscheinen ließen. Während der Weltwirtschaftskrise ging er noch darüber hinaus; er entdeckte »Elemente der Wahrheit« in der Mißachtung, welche die Merkantilisten für die Weltwirtschaft gezeigt hatten?. Seiner Auffassung nach war hauptsächlich der Goldstandard für die herrschende Arbeitslosigkeit verantwortlich, denn unter ihm stand »den Behörden kein anderes orthodoxes Mittel zur Verfügung, als das Ringen nach einem Ausfuhrüberschuß und nach einer Einfuhr des geldlichen Metalles auf Kosten ihrer Nachbarn<sup>10</sup>«.

Keynes bevorzugte eine Wirtschaftspolitik, die durch »internationale Inanspruchnahme unbehindert« und darauf gerichtet ist, ein optimales Beschäftigungsniveau im Inland zu erreichen. Seiner Ansicht nach war es »die gleichzeitige Verfolgung dieser Politik gemeinsam durch alle Länder, die wirtschaftliche Gesundheit und Stärke international wiederherstellen kann, ob wir sie am Niveau der inländischen Beschäftigung oder an der Menge des internationalen Handels messen<sup>11</sup>«. Die Grenzen und Gefahren einer solchen Politik versuchte Keynes dadurch zu überwinden, daß ein Teil der Wirtschaft vom internationalen Wettbewerb ausgenommen wurde. Wenn alle Länder dasselbe tun würden, gäbe es überall Vollbeschäftigung.

Mit oder ohne den Goldstandard bedeutet eine Vollbeschäftigungspolitik für die verschiedenen Länder und die verschiedenen Klassen in diesen Ländern jeweils etwas anderes. Ihr Erfolg oder Versagen hängt von der Größe der natürlichen Ressourcen eines Landes ab, seiner Position innerhalb der bestehenden »internationalen Arbeitsteilung« und dem Grade, in dem es von einem bestimmten Welthandelsniveau abhängig ist. Für einige Länder stellt Vollbeschäftigung eine geringere Sorge dar als der Umfang des internationalen Handels und die *terms of trade*. Sie können nicht existieren, geschweige denn Vollbeschäftigung erreichen, wenn sie nicht von der Weltwirtschaft außerordentlich »in Anspruch genommen« werden. Keynes bedauerte die »internationale Inanspruchnahme« jedoch nur insoweit, als sie auf

S John Maynard Keynes, »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Berlin 1955, S. 322 f.

9 A. a. O., S. 282.

10 A. a. O., S. 29J.

11 A. a. O.

dem Goldstandard basierte, der nicht die ihm unterstellte »ausgleichende Macht« besaß. Er wollte ihn durch Vereinbarungen ersetzen, in denen die internationalen wirtschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigt wären. So wie Keynes es für möglich hielt, staatliche Interventionen in die nationale Wirtschaft zu ersinnen, die mit den Privatunternehmen nicht in Konflikt geraten, glaubte er auch, daß internationale Körperschaften die Weltwirtschaft ohne Verletzung der speziellen Interessen eines jeden Landes regulieren könnten. Natürlich waren dafür zusätzliche Daten und Kontrollinstrumente nötig; aber Keynes sah es nicht als zu schwierig an, seine Vorschläge für die inländische Wirtschaft auf die Weltwirtschaft zu übertragen.

Mitten im Zweiten Weltkrieg und in Vorwegnahme des kommenden Friedens schlug Keynes die Errichtung eines internationalen Währungs- und Kreditsystems vor, das die Kriegsursachen durch die Linderung internationaler Krisen und die Garantie der notwendigen Handelsbeziehungen beseitigen sollte. Eine internationale Clearing-Vereinbarung und eine neue internationale Geldform, genannt »*bancor*« sollten ein multilaterales Handels- und Zahlungssystem schaffen, das die positiven Seiten des abgelebten Goldstandards übertraf und seine negativen Seiten vermied. Daraus wurden, nach gehöriger Verwässerung, in Bretton Woods die Weltbank (*International Bank for Reconstruction and Development*) und der Internationale Währungsfonds.

Obwohl man allgemein anerkannte, daß wirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig und wünschenswert ist, wurde in dieser Hinsicht tatsächlich wenig getan. Nach dem Zweiten Weltkrieg erkannte Keynes selbst die enormen Schwierigkeiten, die einem effizienteren Funktionieren des kapitalistischen Systems entgegenstanden. »Niemand kann in dieser Zeit des Wandels und der Unstetigkeit sich irgendeiner Sache sicher sein«, schrieb er nun: »Ein sinkender Lebensstandard, während wir wie nie zuvor über Mittel zu unserer materiellen Befriedigung verfügen - ein kleiner werdender Spielraum für individuelle Entscheidungen, während wir mehr als früher dazu in der Lage sein sollten, diese Befriedigungen zu gestatten, zeigen an, daß in jeder Abteilung unserer Wirtschaft ein grundlegender Widerspruch herrscht. Kein Plan wird in einer solchen Zeit mit Sicherheit wirken können<sup>12</sup>.« Er beeilte sich hinzuzufügen, daß »wenn alle Pläne fehlschlagen sollten, wir und alle anderen es mit etwas anderem versuchen werden«. Wir

12 John Maynard Keynes, »The Balance of Payments of the United States«, in »The Economic Journal«, Juni 1946, S. 85.

sollten »gemäß der optimistischen Hypothese handeln, bis sie sich als falsch erwiesen hat«. Der von Keynes beschworene Optimismus sollte sich auf nichts anderes stützen als die »bleibende Wahrheit der klassischen Theorie«, die gleich einer »Naturkraft« oder Adam Smith' »unsichtbarer Hand« die gestörte wirtschaftliche Ordnung wiederherstellen wird. Aber Keynes hielt immer noch daran fest, daß man nicht darauf warten müsse, bis die »Naturkräfte« ihren Lauf nehmen. Der Prozeß könnte durch rationale Maßnahmen erleichtert und beschleunigt werden, welche die natürlich gegebenen Gleichgewichtstendenzen unterstützen.

Angesichts der großen Kriegszerstörungen in Europa und Asien fiel die Wiederherstellung der Weltwirtschaft in keynesianischer Sicht unter die Verantwortlichkeit der USA. Die Amerikaner würden »*ways of life* zu entdecken haben, die, verglichen mit den *ways of life* der weniger glücklichen Regionen der Welt, auf ein äußeres Gleichgewicht zu und nicht von ihm weg tendieren müssen«. Was dies praktisch zu bedeuten hätte, mußte Keynes nicht mehr ausführen. Seine Schüler gingen diesem Problem jedoch entweder in strenger Geschäftsterminologie oder als Frage der Philanthropie nach. Weil private Auslandskredite und -investitionen nicht ausreichten, um die außeramerikanische Wirtschaft wiederzubeleben und weiterzuentwickeln, müßten Darlehen und Schenkungen der US-Regierung die Lücke füllen. Wenn die USA, so wurde gesagt, »in internationaler Zusammenarbeit an internationalen Währungs- und Finanzübereinkommen teilnehmen, und wenn die Auslandskredite in produktiven und nutzbringenden Projekten angelegt werden, dann ist die Annahme berechtigt, daß über eine langfristige Zeitspanne die Zins- und Amortisationskosten bezahlt werden können. Im Verhältnis zu den gesamten internationalen Transaktionen werden sie relativ gering sein und können ohne Schwierigkeit in einer einigermaßen stabilen und gedeihenden Welt geregelt werden«<sup>13</sup>. Radikalere Keynesianer schlugen die im Krieg erprobten zinslosen Anleihen (*lend-lease*) vor, wobei die internationale Kreditbilanz periodisch ausgeglichen werden sollte; denn »überschüssiges Output sollte niemals als Problem betrachtet werden, solange noch Menschen in irgendeinem Teil der Welt unterernährt sind und solange nicht, wie Keynes gesagt haben soll, >der letzte Hottentotte einen Rolls Royce besitzt^'«.

13 A. a. O.

14 Alvin H. Hansen, »Die Rolle Amerikas in der Weltwirtschaft«, Wiesbaden 1947, S. 138.

15 S. MacBride, in »The Statist«, 19. Dezember 1949.



Vom keynesianischen Standpunkt aus kann Auslandshilfe per Schenkung wie öffentliche Arbeiten und Rüstung als Instrument betrachtet werden, um im Inland Vollbeschäftigung zu erreichen. In jedem Fall ist es leichter, überschüssige Waren loszuwerden, als überschüssige Arbeitskräfte. Da Löhne »Produktionskosten« sind, würde die Profitabilität der Privatunternehmen leiden, wenn Surplusprodukte als höhere Löhne verteilt würden. Das Lohnsystem selbst schließt jede bedeutende »freie Verteilung« aus; denn unter diesem System arbeiten die Menschen nur, wenn sie dazu gezwungen sind. Außerdem besteht ein großer Teil der überschüssigen Produktion aus Waren, die nicht direkt konsumiert werden können. Überproduktion durch Auslandshilfe zu beseitigen, bietet sich an, weil es die sozio-ökonomischen Verhältnisse im Inland unverändert läßt.

Aber den Wohlstand mit anderen Ländern zu »teilen«, nützt den inländischen Unternehmern nichts. Wenn es auch einigen nützt, die auf eine stetige Nachfrage angewiesen sind, muß doch die Auslandshilfe aus der gesamten inländischen Produktion bezahlt werden. Die Übertragung der Überschüsse via Auslandshilfe ist - wie ihre Verteilung über das Lohnsystem - sowohl hinsichtlich der gebenden als auch hinsichtlich der empfangenden Länder begrenzt. Insofern sie freie Verteilung oder Verkauf zu unrealistischen Preisen involviert, kürzt sie die »effektive Nachfrage«, derer sich die privaten Produzenten erfreuen - wenn nicht in dem Hilfe gewährenden Land, so doch woanders. Auch entspricht die Auslandshilfe nicht immer den privaten Interessen in den Hilfe empfangenden Ländern. Mangel erbringt Extraprofite - die Verteilung von kostenlosen oder billigen Waren beeinflußt die internen Preisrelationen in starkem Maße. Handel anstelle von Hilfe wird also sowohl von den Geber- als auch den Empfängerländern, in denen Privateigentum herrscht, vorgezogen. Hilfe, besonders in der Form von Darlehen, wird als Mittel betrachtet, um die künftigen Handelsbeziehungen und profitablen Kapitalinvestitionen vorzubereiten. Das »äußere Gleichgewicht«, das erreicht werden soll, ist also immer noch ein Marktgleichgewicht.

### 13. Die »Transformation« des Kapitalismus

Bei der Bewertung des Werkes von Keynes unterschieden die Wirtschaftswissenschaftler »die Probleme, die er neu formuliert hat, von den Lösungen, die er im einzelnen vorgeschlagen hat... Diese Lösungen können sämtlich geändert, aufgegeben oder ersetzt werden«, so wurde behauptet, »und sein Werk wird trotzdem revolutionär bleiben, weil er Probleme neu formuliert und den Blick dafür geschärft hat, daß Lösungen *möglich* sind, die sich so oder so von jenen unterscheiden, die früher allgemein anerkannt waren und jede neue Untersuchung des Gegenstandes blockiert hatten<sup>1</sup>«. Insoweit »hatte er Erfolg auf einem Gebiet, wo frühere Häretiker erfolglos geblieben waren, teils weil er zu einer Zeit kam, die für diese Ideen reif geworden war...<sup>2</sup>«. Obwohl Keynes' »Stagnationstheorie einigen Elementen, die in Marx' »Zusammenbruchstheorie« betont worden waren, eine moderne Ausdrucksform gab - wie etwa der chronischen Unterkonsumtion, der allgemeinen Überproduktion und dem säkularen Fall der Profitrate - ist die wesentliche praktische Differenz zwischen ihnen, daß Keynes das Heilmittel in einer Veränderung des *laissez-faire-Kapitalismus* durch »bewußtes Handeln des Staates« sah, während Marx jede staatliche Tätigkeit dogmatisch als allein der »Kapitalistenklasse« und nicht der Wirtschaft insgesamt dienend bezeichnet?«. Möglicherweise ist Keynes aus diesem Grund »von einigen Nationalökonomern zugestimmt worden, die vor den scheinbar nur marxistisch zu erklärenden Implikationen der Weltwirtschaftskrise erschrakten«; Marxisten konnten sie nicht werden, obwohl »Marx Keynes vorwegnahm«, denn »die misanthropische Neigung des Marxismus im Hinblick auf die Zukunft der westlichen Kultur verhiß den Wirtschaftswissenschaftlern des Westens keine gute Karriere-«.

1 John M. Clark, »Sicherheit in Freiheit«, Frankfurt/M und Wien 1954, S. 116.

2 A. a. O., S. 117.

3 K. K. Kurihara, »The Keynesian Theory of Economic Development«, New York 1959, S. 20.

4 J. McDonald, in »Fortune«, New York, Dezember 1950, S. 134.

Der staatlich organisierte oder »keynesianische« Aspekt des gegenwärtigen Kapitalismus dient zugleich als verspätete, aber unvermeidliche Kritik am Kapitalismus früherer Zeiten und als Widerlegung des Marxismus. Selbst wenn zugestanden wird, daß »die Bewegungsgesetze, die Marx' Modell des Kapitalismus enthüllte, im amerikanischen Kapitalismus immer noch sichtbar sein mögen«, wird behauptet, daß diese Gesetzmäßigkeiten nun »mit einer Reihe von Gegenmitteln konfrontiert sind, die gesellschaftlichen Haltungen entsprechen, von denen Marx sich nichts träumen ließ'«. Nicht nur Amerikaner, auch Europäer reden von einem gewandelten Kapitalismus; obwohl »wir gemeinhin von England und Frankreich immer noch als kapitalistischen Ländern sprechen«, heißt es, »sind sie nicht länger kapitalistisch in dem von Marx und seinen Zeitgenossen gemeinten Sinn<sup>6</sup>«. In dieser Sicht half Keynes die kapitalistische Metamorphose bewerkstelligen und leistete »den bedeutendsten aller einzelnen Beiträge zur Technik der demokratischen Fortentwicklung. Er trug wesentlich dazu bei, den westlichen Völkern einen weiter nach vorn weisenden Weg anzuzeigen, der nicht über den Sturzbach des totalen Klassenkampfes führt - über einen Sturzbach, vor dem die westlichen Arbeiter zurückschrecken, da sie nun seine reißenden Wasser zu sehen vermögen/«. Der Keynesianismus wird als Retter nicht nur des Kapitals, sondern auch der Arbeiter gefeiert.

Natürlich unterscheidet sich der gegenwärtige Kapitalismus von dem, den Marx analysierte. Die Transformation des Kapitalismus war nicht nur ökonomisches, sondern auch gesellschaftliches und politisches Ergebnis der internationalen wettbewerblichen Kapitalakkumulation, die, in zwei Weltkriege und Revolutionen einmündend, zu einer rasch anwachsenden oder sogar totalen staatlichen Kontrolle der Volkswirtschaften führte. Dieser Lauf der Dinge hätte die ökonomische Theorie von Marx nicht beeinflußt, wenn er ihn hätte voraussehen können; es handelt sich hier um politische Reaktionen auf ökonomische Krisensituationen. Marx, der die grundlegenden Widersprüche der Kapitalproduktion enthüllte und davon überzeugt war, daß deren Expansion und Ausbreitung diese Widersprüche nur vergrößern und verschärfen könnte, war nicht so sehr daran interessiert, über die möglichen Beharrungskräfte des Kapitalismus zu spekulieren, als daran, daß sich eine revolutionäre Kraft bildete, um ihn zu beseitigen.

Das berühmte »Versagen« des Marxismus ist nicht eines seiner öko-

J R. L. Heilbroner, »The Worldly Philosophers«, New York 1953, S. 1J9.

6 J. Plamenatz, »German Marxism and Russian Communism«, London 1954, S. 303.

7 John Strachey, »Kapitalismus heute und morgen«, Düsseldorf 1957, S. 250.

nomischen Theorie; vielmehr haben sich die aus ihr abgeleiteten gesellschaftlichen und politischen Erwartungen noch nicht bewahrheitet. Natürlich handelt es sich insoweit auch um ein »Versagen« der ökonomischen Theorie, als ihre Anwendung auf die Realität zu einer Unterschätzung der Elastizität des Kapitalismus führte. Doch wird kein vernünftiger Mensch erwarten, daß Marx die tatsächliche gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung in all ihren konkreten Erscheinungsformen hätte voraussehen müssen. In dem Maße wie die sozio-ökonomische Entwicklung mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagbar ist, tat Marx das ja ziemlich gut, was durch den Aufstieg des Keynesianismus bewiesen wird. In der keynesianischen Formulierung werden die Marxschen Entdeckungen stillschweigend akzeptiert, und zugleich wird ihnen durch bewußte Eingriffe in den Marktmechanismus »abgeholfen«.

Marx war kein Gesellschaftsreformer, der an der Verbesserung und Verlängerung der bestehenden Produktionsverhältnisse interessiert ist. Für ihn besaß der Kapitalismus keine Zukunft, weil seine Transformation bereits zu beobachten war. Die Expansion des Kapitals war zugleich sein Niedergang, wenn man es von einem revolutionären statt von einem konservativen Standpunkt aus betrachtete. Seine Aufgabe als Theoretiker sah Marx nicht darin, das Grundprinzip für die wechselnden politischen Aktionen seiner Zeit zu liefern, sondern vielmehr darin, den allgemeinen Trend der Kapitalentwicklung am Beginn ihres internationalen Aufschwungs zu erkennen. Künftige Ereignisse können nur auf der Basis gegenwärtigen Wissens antizipiert werden, und Voraussagen sind nur unter der Annahme möglich, daß ein bekanntes Muster der vergangenen Entwicklung auch für die Zukunft gültig sein wird. Das braucht nicht so zu sein; doch das gegenwärtige Wissen erlaubt einige Erwartungen und damit auch Handlungen, die diese Erwartungen entweder bestätigen oder widerlegen werden. Angesichts des überlieferten Musters der geschichtlichen Entwicklung und auf der Basis seiner eigenen Erfahrungen war Marx davon überzeugt, daß der Kapitalismus sich selbst dadurch zu beseitigen tendierte, daß er ein revolutionäres Proletariat hervorbrachte. Marx dachte nicht daran, daß staatliche Eingriffe dem Kapitalismus zu einem »zweiten Leben« verhelfen würden. Noch weniger konnte er sich vorstellen, daß der »Marxismus« selbst in eine Ideologie verwandelt würde, die einem Staatskapitalismus dient, der durch politische Maßnahmen die Konzentrations- und Zentralisationstendenzen beschleunigt, die der wettbewerblichen Kapitalakkumulation inhärent sind. Die politischen Hoffnungen von Marx sind bis jetzt nicht verwirklicht worden. Allein der

Fortbestand eines veränderten Kapitalismus und das Fehlen einer revolutionären Arbeiterklasse scheinen seine politischen Theorien zu widerlegen.

Um die Jahrhundertwende ließen sich zwei parallele Entwicklungen beobachten - die fortschreitende objektive »Sozialisierung« der bürgerlichen Gesellschaft und die fortschreitende subjektive »Verbürgerlichung« der Arbeiterbewegung. Als es sich als möglich erwies, die Arbeitsbedingungen innerhalb des kapitalistischen Rahmens zu verbessern, verwandelte sich die einstmals radikale Arbeiterbewegung in eine Institution, die den gesellschaftlichen *status quo* zusätzlich stützte. Aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung wurde gefolgert, daß es möglich sei, den Kapitalismus mit Hilfe von Reformen allmählich in eine Art »Sozialismus« zu verwandeln. Der Fabianismus und der Revisionismus nahmen die Theorie von Keynes vorweg, obwohl sie weniger gewitzt waren; nun dient diese Theorie als Ideologie der reformistischen Arbeiterbewegung. In mehr als einem Sinn, so wurde gesagt, sei es die politische Bedeutung des Hauptwerks von Keynes, »daß es ausnahmslos in jedem Punkt mit der Politik der Labour Party in diesem Land (England) übereinstimmt, und, was sogar noch bedeutsamer ist, daß es in geeigneter nationalökonomischer Form das ausdrückt, was schon immer die Auffassung der Arbeiterbewegung gewesen ist<sup>8</sup>«. Obwohl dies alles den revolutionären Erwartungen von Marx widerspricht, stimmt es doch mit seiner Vorstellung überein, daß die bestehenden sozio-ökonomischen Verhältnisse die herrschende Ideologie bedingen.

Wenn sich Marx auch nicht mit möglichen Veränderungen des kapitalistischen Systems durch staatliche Eingriffe und Kontrollen beschäftigte, schließt seine Theorie diese Möglichkeit nicht aus. Selbstverständlich kann nach Marx mit politischen Mitteln in ökonomische Prozesse eingegriffen werden. Sowohl der Krieg als auch die Marxsche Theorie der Revolution illustrieren das. Marx erschien es wichtig, die Kapitalentwicklung unter der Annahme zu analysieren, daß es keine Eingriffe in den fetischistischen Akkumulationsprozeß gäbe. Nur so war es möglich, die dem Kapitalismus inhärenten Widersprüche und Grenzen aufzudecken. Marx' Theorie leugnet nicht die Tatsache, daß Vollbeschäftigung entweder durch staatlich induzierte Produktion oder durch ein Anwachsen des »Hangs zum Verbrauch« erreicht werden kann. Sie beschäftigt sich nur nicht mit solchen Manövern - die natürlich möglich sind, sofern sie die herrschenden Klassenverhältnisse nicht verändern.

8 A. L. Rowse, »Mr. Keynes and the Labour Movement«, London 1936, S. 12.

Dessen war sich auch Keynes bewußt: »Von der Notwendigkeit zentraler Leitung für die Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen dem Hang zum Verbrauch und der Veranlassung zur Investition abgesehen«, schrieb er, »besteht somit nicht mehr Grund für die Verstaatlichung des wirtschaftlichen Lebens als zuvor?.« Da er die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse bejahte, gab es für ihn »keinen Grund anzunehmen, daß das bestehende System die in Gebrauch befindlichen Erzeugungsfaktoren ernstlich fehlbeschäftigt«; das bestehende System sei »in der Bestimmung der Menge und nicht in der Richtung der tatsächlichen Beschäftigung zusammengebrochen<sup>10</sup>«. Indem sie nur das Produktionsvolumen beeinflussten, »glichen« die keynesianischen Interventionen Produktion und Konsum zugunsten der »Investitionen« an. Derartige »Anpassungen« können das »Paradox der Armut inmitten des Überflusses« nicht beenden und sind auch nicht dazu bestimmt. Genau deshalb sind sie aber »operational«; sie stimmen mit der allgemeinen Tendenz kapitalistischer Produktion noch überein, »um der Akkumulation willen zu akkumulieren«.

Im Gegensatz zu Keynes sah Marx im Kapitalismus eine irrationale Produktionsweise. Da es keine ökonomischen Prozesse unabhängig von menschlichem Handeln gibt, nannte er die kapitalistische Irrationalität ein fetischistisches Verhalten. Die fetischistische Selbsterweiterung des Kapitals determiniert sowohl den Umfang als auch die Richtung der Produktion. Eine gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit würde die bewußte Entscheidung über beides bedeuten. Dies setzte jedoch eine radikale Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse voraus, die auf der Unterwerfung der arbeitenden Bevölkerung durch die Wertproduktion beruhen. Keynes beharrte darauf, nur das Volumen, nicht aber die Richtung der Produktion einer staatlichen Planung zu unterwerfen; damit deutete er an, daß es ihm nicht darum ging, das bestehende Klassenverhältnis zu verändern, sondern nur darum, seine gefährlichen Schlagseiten in Krisenzeiten zu beseitigen.

Interventionen in den Wirtschaftsablauf wurden den kapitalistischen Regierungen durch nicht unter ihrer Kontrolle stehende Umstände aufgezwungen. Diese Interventionen weisen nicht auf eine reformatorische Tendenz des Kapitalismus hin. Sie enthüllen, daß es dem System immer schwerer fällt, die kapitalistischen Probleme mit streng kapitalistischen Mitteln zu lösen. In einer konsistenten kapitalistischen

9 John Maynard Keynes, »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Berlin 1955, S. 319 f.

10 A. a. O., S. 320.

Ideologie bedeutet die »neue Wirtschaftspolitik« nicht Erfolg, sondern Versagen. Sicherlich können staatliche Eingriffe eine Krise aufschieben oder mildern; aber die Notwendigkeit solcher Eingriffe zeugt von der Schwere der Krisenlage.

Mit der Fähigkeit, die Depression aufzuschieben, geht die Macht überein, den Boom zu kontrollieren; der »Konjunkturzyklus« kann nun als Expansion und Kontraktion staatlich induzierter Produktion erscheinen. Da eine sinkende Rate der Expansion des Privatkapitals durch staatlich induzierte Produktion ausgeglichen werden kann, kann auch umgekehrt letztere eingeschränkt werden, wenn die private Investition wächst. Staatlich induzierte Produktion vermag sogar die Rate des Wirtschaftswachstums künstlich zu fördern. Eindrucksvollere Bedingungen für »Prosperität« als unter der Herrschaft des *laissez-faire* entstehen, und weder das Kapital noch der Staat können irgendein Interesse daran haben, diesen Zustand zu verändern. In jedem Fall zeigt die jüngste Wirtschaftsgeschichte eine »gedeihliche« Entwicklung des gemischten Wirtschaftssystems.

Eine unbehinderte Akkumulation privaten Kapitals mittels des Wettbewerbs setzt das voraus, was man einen freien Weltmarkt und die freie Bewegung von Kapital und Arbeit sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb jedes einzelnen Landes genannt hat. Obwohl es niemals solche Bedingungen gab, waren sie im Stadium des *laissez-faire* dem Anschein nach und zum Teil wirklich vorhanden. Dieses Stadium wurde damals als das an sich kapitalistische Verhältnis gefeiert. In Wirklichkeit handelte es sich nur um die zeitweilige Monopolisierung der Industrieproduktion und des Weltmarktes durch einige wenige Länder, die ihnen eine riesige und schnelle Kapitalakkumulation erlaubte. Ihre monopolistischen Positionen wurden oft durch Maßnahmen außerhalb des Marktmechanismus durchbrochen - wie etwa staatliche Subvention, Protektionismus und Krieg. Weil nicht das abstrakte Kapital um die Weltmärkte konkurriert, sondern bestimmte nationale Kapitale, nehmen ökonomische Rivalitäten die Form von Kämpfen um politische Macht an. ökonomischer Wettbewerb im strengen Sinn war nur im nationalen Rahmen möglich, und selbst hier niemals »ungemischt«.

Die Kapitalakkumulation weitet den Weltmarkt aus und bestimmt seinen Charakter. Aber der Akkumulationsprozeß wird durch ungenügende Profitabilität unterbrochen oder verlangsamt. Dieser Mangel an Profitabilität hat *konkrete Ursachen*, und da der Kapitalismus ein Weltmarktsystem ist, sind diese Ursachen durch die Strukturen des Weltmarktes und die jedes einzelnen kapitalistischen Landes gegeben.

Die Anarchie und der nationale Charakter der Kapitalproduktion verhindern jedoch, daß eine bestimmte Reihe konkreter Ursachen für die Kapitalstagnation entdeckt werden kann. Was als »Ursache« der Depression erscheint, ist nur das Ergebnis empirisch nicht zu entdeckender Ursachen. Der einzelne Kapitalist erfährt die Depression als sinkende Nachfrage nach seinen Waren. Das einzelne Land spürt sie im Produktionsrückgang, der durch fehlende Märkte verursacht ist, und schützt sich gegen ausländische Konkurrenz durch eine Sicherung und Erweiterung des eigenen Marktes auf Kosten anderer Länder.

Der Aufstieg des *big business* in einem einzelnen Land ist Ausdruck für die erweiterte Reproduktion seiner Kapitalstruktur. Eine internationale Reorganisation ist weit schwieriger zu bewerkstelligen, obwohl sie für die weitere Kapitalbildung notwendig ist. Das über den Rahmen der nationalen Wirtschaft hinauswachsende *big business* dehnte sich über alle kapitalistischen Länder aus, führte zu Kapitalexport und zu jeder Art internationaler Trust- und Kartellbildung. Aber die so erreichte »Internationalisierung« war weniger eine tatsächliche Internationalisierung des marktbestimmten kapitalistischen Konzentrations- und Zentralisationsprozesses als ein Versuch, mit der Internationalisierung des kapitalistischen Produktions- und Tauschprozesses fertig zu werden, ohne seine früher entwickelte nationale Form aufzugeben. In ihm drückte sich außerdem die Schwierigkeit aus, die »Akkumulation um der Akkumulation willen« mit den durchweg stabileren gesellschaftlichen Institutionen in Einklang zu bringen, die sich innerhalb der verschiedenen Länder entwickelt hatten. Auf internationaler Ebene wurde kein Weg gefunden, um den in jedem einzelnen Land stattfindenden wettbewerblichen Akkumulations- und Konzentrationsprozeß zu wiederholen.

Da die »Selbsterweiterung« des Kapitals die besonderen Bedürfnisse der Nationalstaaten nicht berücksichtigt, haben die Regierungen selten ein striktes *laissez-faire* in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen begünstigt. Die »automatische Selbsterweiterung« wurde von allen Lagern der Gesellschaft heftig abgelehnt, die ihr Interesse in den Nationalstaat als eine von der allgemeinen Entwicklung des Kapitals unabhängige Wesenheit gesetzt hatten. Da sie mit der monopolistischen »Internationalisierung« des *big business* nicht zufrieden waren, welche die allgemeine Kapitalexpansion eher zu hemmen als zu fördern *tendierte*, betrieben die das nationale Kapital repräsentierenden Regierungen eine eigenständige Politik internationaler Expansion. Der »Internationalismus« des Kapitals kommt so als imperialistischer Nationalismus zum Vorschein. Dies setzte eine gewisse Einmütigkeit zwi-



sehen Staat und Kapital voraus, die durch Zusammenarbeit, Kompromiß oder Zwang erreicht wurde - was die früheren Formen des individualistischen Wettbewerbs begrenzte und schließlich beendete. Um ihre neuen - oder vielmehr zusätzlichen - Aufgaben zu erfüllen, betraten die Regierungen die Arena des internationalen Wettbewerbs mit dem größten Teil oder all der Macht, über die sie verfügten. Das frühere System, ein staatlich unterstützter Wettbewerb, der in den Krieg führen konnte, wurde durch einen kriegsähnlichen Wettbewerb oder tatsächliche Kriege ersetzt, die durch die nationale Wirtschaft unterstützt wurden.

Solange Krisen und Depressionen wirksam genug waren, um die Produktionsbedingungen und die Kapitalstruktur zu verändern und so eine Wiederaufnahme der Kapitalexpansion zu ermöglichen, führte eine Überakkumulation auf einer bestimmten Ebene der Kapitalproduktion zu einem entsprechenden Zustand auf einer höheren Ebene. Im 19. Jahrhundert war es relativ leicht möglich, eine Überakkumulation mit Hilfe einer Krise zu beseitigen, die mehr oder weniger alle Kapitaleinheiten im internationalen Rahmen ergriff. Aber um die Jahrhundertwende wurde ein Punkt erreicht, an dem die Destruktion von Kapital mittels Krise und Wettbewerb nicht länger ausreichte, um die gesamte Kapitalstruktur in Richtung auf eine größere Profitabilität zu verändern. Der Konjunkturzyklus war als Instrument der Akkumulation augenscheinlich unbrauchbar geworden; oder vielmehr verwandelte er sich in einen »Zyklus« von Weltkriegen.

Kapital wurde nun in zunehmendem Maß in Form von Waffen »akkumuliert«. Das Wettrüsten führte zur Expansion der Produktion, nicht weil es »profitabel« im gewöhnlichen Sinn des Begriffes war, sondern weil ein wachsender Teil der Profite nun durch staatliche Käufe »realisiert« werden konnte. Sicherlich griff man nicht allein deshalb »außer-ökonomisch« auf die Kriegsproduktion zurück, um einen Geschäftsrückgang zu vermeiden; dies wurde auch mit politischen und ideologischen Zielen begründet. Kriege kommen nicht nur unter kapitalistischen Verhältnissen vor; aber die Ziele kapitalistischer Kriege sind einzigartig. Abgesehen von allen imaginären Begründungen ist das wesentliche Ziel, das durch die Politik der siegreichen Mächte offenbar wird, die Zerstörung des konkurrierenden Landes oder Länderblocks. In seinem Ergebnis enthüllt sich der Krieg also als eine Form internationalen Wettbewerbs. Es handelt sich nicht so sehr um die Frage des Wettbewerbs mit »außer-ökonomischen« Mitteln, als darum, daß sich im Krieg der wirtschaftliche Wettbewerb als blutiger und primitiver Kampf zwischen Menschen zeigt.

Die Wiederaufnahme des Akkumulationsprozesses im Kielwasser einer »rein« ökonomischen Krise erweitert die allgemeine Stufenleiter der Produktion. Auch der Krieg resultiert in einer Wiederbelebung und Steigerung der Wirtschaftstätigkeit. In jedem Fall kommt das Kapital konzentrierter und zentralisierter wieder hervor; und dies sowohl trotz als auch wegen der Kapitaldestruktion. In Kriegszeiten beschleunigen sich die während des gesamten Akkumulationsprozesses stattfindenden Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen; sie treten offen zutage. Trotz der Verluste einiger Länder sind die Gewinne der anderen groß genug, um eine neue Periode der Kapitalexpansion einzuleiten, die bald dazu führt, daß der Vorkriegsstand der Weltproduktion übertroffen wird.

Der Prozeß der Kapitalakkumulation in einer zunächst von England beherrschten Weltwirtschaft verschob allmählich das Zentrum wirtschaftlicher Macht. Lange vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatten Deutschland und die USA die Machtposition Großbritanniens übernommen. Während dies eine der Kriegsursachen darstellte, verlagerte sich durch den Krieg selbst das kapitalistische Zentrum von Europa nach Amerika. Die relative Stagnation des europäischen Kapitals vor dem Ersten Weltkrieg wurde durch das Wettrüsten gemildert; die sich verlangsamende Expansionsrate der USA konnte sich mit Beginn des Krieges wieder beschleunigen. Ihre Erholung im Jahre 1915 »wurde durch die von den europäischen Regierungen ausgehende Nachfrage nach kriegswichtigen Gütern bewerkstelligt«. Die Expansion der Produktion »leitete sich teilweise aus Steuern und teilweise aus dem Verkauf von Aktien an Private und aus Bankzinsen ab«, so daß der Prozeß der Erholung in den USA »durch staatlich finanzierte Kaufkraft geschaffen wurde. Er begann nicht mit einer Ausdehnung der gewöhnlichen Konsumnachfrage oder einer gesteigerten Produktion privater Kapitalgüter<sup>11</sup>«.

Wenn die Produktionssteigerung auch durch Maßnahmen von Regierungen in Gang gebracht wurde, die sich im Krieg engagiert hatten oder von ihm profitierten, stieg die gesamte Weltproduktion doch auf unvorhergesehene Höhen. Für die kriegführenden Länder Europas war die Nachkriegszeit nicht eine Periode realen Wohlstands, sondern langsamer Rückkehr zum Vorkriegsstand ihrer Produktion und einer unzureichenden Ausweitung der Produktion über diesen Stand hinaus. Dies außerdem um den Preis einer wachsenden Verschuldung gegenüber den USA und einer intensivierten Ausbeutung der Arbei-

ii H. G. Moulton, »The Formation of Capital«, Washington, D. C. 193j, S. 6j.

ter, die sich im sinkenden Lebensstandard manifestierte. Aber die USA prosperierten und waren 1929 zweieinhalbmal so reich wie 1914. Gemessen an der Weltproduktion war die Wirtschaftstätigkeit gewachsen, und das Kapital hatte sich akkumuliert. Sein Zentrum hatte sich von Europa nach Amerika verlagert. Dies wird auch durch die finanziellen Beziehungen der USA zum Ausland illustriert. Während US-amerikanische Investoren 1914 »ausländische Aktien im Wert von weniger als 1 Mrd. Dollar besaßen, belief sich dieser Betrag 1924 auf nahezu 4,6 Mrd. Dollar - oder rund 5,4 Mrd. Dollar, -wenn kurzfristige Kredite eingerechnet werden. Zusätzlich dazu besaß die US-Regierung ausländische staatliche Schuldverschreibungen im Wert von 11,8 Mrd. Dollar. So waren in einem Zeitraum von zehn Jahren die von Regierung und Bevölkerung der USA erworbenen ausländischen Wertpapiere auf mehr als das Fünfzehnfache jenes Betrages angewachsen, der sich während der vorangegangenen 130 Jahre seit Bestehen der USA angesammelt hatte<sup>12</sup>«.

Obwohl die US-Produktion wuchs und »der nationale Reichtum der USA sich vergrößerte, sank der für den Reproduktionsprozeß aufgewandte Teil davon ständig<sup>^</sup>«. Mit anderen Worten: die Akkumulationsrate ging zurück; der Prozentsatz des produktiven Kapitals im Verhältnis zum unproduktiven Reichtum sank anstatt zu steigen. Es handelte sich nicht länger um denjenigen Typ der Kapitalproduktion, der das 19. Jahrhundert gekennzeichnet hatte. Die durch den Krieg initiierte Produktionsausweitung, die in den Frieden überführt wurde, reichte nicht aus, um zu einer allgemeinen Expansion der Kapitalproduktion unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft zu führen. Nach einem Jahrzehnt mäßiger Prosperität, die weitgehend auf die USA beschränkt blieb, machte ein erneuter Zusammenbruch des Marktsystems neue Staatsinterventionen notwendig. Diese bewirkten jedoch nur eine Stabilisierung der Depression; die volle Nutzung und weitere Expansion der produktiven Ressourcen wurde erst im Zweiten Weltkrieg erreicht<sup>13</sup>».

12 The Brookings Institution (Hrsg.), »America's Stake in International Investments«, Washington, D. C. 1938, S. 375.

13 R. R. Doane, »The Measurement of American Wealth«, New York 1933, S. 16.

14 S. Kuznets zufolge stieg der Anteil der Nettoinvestitionen am Volkseinkommen in den USA bis zur Jahrhundertwende, um von da an bis zur Periode 1929-1938 auf nahezu Null zu sinken.

Nettokapitalbildung in Prozent des Volkseinkommens (in Preisen von 1929)

1869-78	13,7	1889-98	16,2
1874-83	14,4	1894-03	14,8
1879-88	14,6	1899-08	13,6
1884-93	16,1	1904-13	13,1

Die Rüstungsproduktion war damals im wesentlichen keine »Produktion für Verschwendung«, sondern ein Mittel zur Wiederaufnahme des Akkumulationsprozesses. Es handelte sich nicht nur um die Unterstützung der Rüstungsindustrie, sondern um die Bedingungen für eine größere Profitabilität des Nachkriegskapitalismus. Das erklärt ein weiteres Mal, warum die Kapitalisten nichts gegen die Vergrößerung der »Verteidigungsausgaben«, aber vieles gegen öffentliche Arbeiten und Wohlfahrtsmaßnahmen einzuwenden haben. Ohne jede ideologische Betrachtungsweise zeigt die Erfahrung, daß die Möglichkeit des Krieges der Kapitalakkumulation innewohnt, und daß Kriege gewonnen werden müssen, um den Akkumulationsprozeß zu beschleunigen.

Der Erste Weltkrieg und seine Nachwirkungen erforderten eine enorme Ausweitung der staatlichen Kontrolle über die gesamte Wirtschaft - den sogenannten »Kriegssozialismus«. Nach dem Krieg kehrten einige Länder schnell wieder zu dem durch ein Minimum staatlicher Kontrolle gekennzeichneten »Normalzustand« der Kapitalproduktion zurück. Andere Länder konnten diesen Zustand nicht erreichen, behielten aber entscheidende kriegsbedingte Kontrollen bei, um mit ihren internen Schwierigkeiten und mit der veränderten Weltlage fertig zu werden. Das bolschewistische Regime übernahm den Kriegssozialismus - in einer konsistenteren Form - als Modell für die Rekonstruktion der russischen Wirtschaft und für die Umwandlung der privaten in eine staatlich kontrollierte Kapitalproduktion.

Die staatliche Kontrolle wurde während und nach dem Zweiten Weltkrieg erweitert - zunächst, um den Krieg wirkungsvoller führen zu können, und später, um in der Nachkriegszeit das gesellschaftliche Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Obwohl der Zweite Weltkrieg wie der Erste zu einer gegenüber dem Vorkriegsstand erhöhten Produktion führte, genügte diese Steigerung nicht, um mehr als den amerikanischen Nachkriegs-»boom« zu tragen. Zu Beginn des Jahres 1950 wurde die Arbeitslosigkeit erneut zum dominierenden Problem. Die keynesianischen Vorschläge zur Bekämpfung der Krisen wurden mit Ausnahme Englands in allen westlichen Ländern und vor allem in den USA wiederbelebt. Die UNO sah die Aufstellung eines Planes vor, um der Arbeitslosigkeit durch weltweite Aktionen Herr zu werden. Aber alle Überlegungen in dieser Hinsicht führten zu nichts; immer wieder

1909-18	13,0	1924-33	6,0
1914-23	11,4	1929-38	1,4
1919-28	10,2		

Quelle: National Bureau of Economics Research (Hrsg.), »National Income - A Summary of Findings«, New York 1946, S. 53.

liefen sie darauf hinaus, daß die »Gläubigerländer«, d. h. die USA, den Schuldnerländern weitere Kredite geben sollten. 1949 befanden sich die USA jedoch in einer Depression, die weltweite Rückwirkungen hatte. »Der Rückgang des amerikanischen Sozialprodukts um 5 % ließ die Importe der USA um 30 % sinken und drohte im Sommer 1949 zeitweilig, allen Fortschritt wetzumachen, der im ersten Jahr der Marshallplan-Hilfe erreicht worden war!«.«

Mit dem Beginn des Koreakrieges änderte sich wiederum die Lage. Die durch den Zweiten Weltkrieg und die Rüstungsproduktion für den Koreakrieg geschaffenen Bedingungen erklären nicht alle Aspekte des amerikanischen Nachkriegs-»booms«. Die dem Koreakrieg vorangehende Depression und ihre Beendigung durch den Krieg waren jedoch offensichtlich mit der Senkung und Steigerung der Staatsausgaben verbunden. Obwohl die USA den westeuropäischen Ländern Hilfe im Wert von 20 Mrd. Dollar angedeihen ließen, sanken die Staatsausgaben vor dem Koreakrieg beträchtlich unter das in Kriegszeiten erreichte Niveau. Die Bankbestände an staatlichen Schuldverschreibungen verminderten sich um 25 Mrd. Dollar. Mit der durch den neuen Krieg bedingten Umkehrung des Trends zur »Abrüstung« wuchs die Wirtschaftstätigkeit nicht nur in den USA, sondern in der ganzen westlichen Welt. Aber trotz einer sich vergrößernden Rate der Rüstungsausgaben gab es im darauffolgenden »Kalten Krieg« keine Vollbeschäftigung. Nur wenn tatsächlich Krieg geführt wurde, wenn fast die Hälfte des Bruttosozialprodukts den Kriegserfordernissen diente, wurden die produktiven Ressourcen voll genutzt.

Die Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten, daß der Krieg den Anstoß für eine marktbestimmte Akkumulation privaten Kapitals nicht in dem Maße haben können, daß es möglich gewesen wäre, die staatlich induzierte Nachfrage zurückzuziehen. Jede Senkung der Staatsausgaben führte zu einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, der nur durch eine Steigerung der öffentlichen Ausgaben wieder beseitigt werden konnte. Im besten Fall blieb das Verhältnis von Privatproduktion und Staatsausgaben stabil. Aber selbst dies setzte eine bestimmte Rate des Wirtschaftswachstums voraus, um die Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten und ein ständiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Es ist bis zu einem gewissen Maß möglich gewesen, die öffentlichen Ausgaben zu stabilisieren, aber langfristig hängt diese Stabilisierung selbst von einer steigenden Rate der Kapitalbildung ab. Fehlt sie, müssen die öffentlichen Ausgaben gesteigert

werden, um die mangelnde Bildung von fixem Kapital auszugleichen. Beispielsweise wuchs »von 1947 bis 1953 das reale Output um 4,6 % pro Jahr, während der jährliche Zuwachs von 1953 bis 1963 nur durchschnittlich 2,9 % betrug<sup>16</sup>«. Die folgende Tabelle gibt die prozentuale Verteilung der Komponenten des Bruttosozialprodukts der USA auf den Höhepunkten der Konjunkturzyklen von 1948 bis 1963 in gegenwärtigen Dollarwerten wieder<sup>17</sup>.

	1948	1953	1957	1960	1963
Käufe des Staates	13,3	22,7	19,5	19,8	21,4
Private inländische Bruttoinvestition	16,6	13,8	14,9	14,3	14,1
Private Konsumtion	68,7	63,7	64,4	61,3	63,8
Nettoexport		0,1	1,1	0,6	0,7
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Während kapitalistische Regierungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Akkumulation des privaten Kapitals fördern, zwingt der Mißerfolg ihrer Bemühungen sie dazu, ihren eigenen Anteil an der Wirtschaft zu vergrößern und damit der Expansion des Privatkapitals noch mehr Hindernisse in den Weg zu legen. Zuzeiten werden beide Maßnahmen zugleich versucht oder vorgeschlagen: die Kapitalerträge über Steuererleichterungen zu verbessern und die Staatsausgaben durch Defizitfinanzierung zu steigern. Aber da das Defizit durch die private Produktion gedeckt werden muß, läuft dies darauf hinaus, mit der einen Hand zu geben, was mit der anderen genommen wird, wenn beides auch nicht zur selben Zeit geschieht und das »Nehmen« hinausgeschoben werden kann.

Es herrscht jetzt allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Verhältnisse des Kapitalismus im 19. Jahrhundert - relativ unbehinderte und marktbestimmte Akkumulation des privaten Kapitals - unwiederbringlich dahin sind. »Es ist nicht mehr umstritten, ob die Regierung bei der Aufrechterhaltung eines hohen Standes der Wirtschaftstätigkeit eine positive Rolle spielen sollte; worum wir heutzutage streiten, das ist nicht die Notwendigkeit einer Kontrolle des Konjunkturzyklus, sondern vielmehr die Art und Weise der staatlichen Eingriffe, ihr *timing* und ihre Ausdehnung<sup>18</sup>«. Besonders die Ausdeh-

<sup>16</sup> B. G. HiAman, »Investment Demand and U.S. Economic Growth«, Washington, D. C. 1965, S. 123.

<sup>17</sup> A. a. O., S. 135.

<sup>18</sup> A. F. Burns, in »The New York Times«, 9. Oktober 1964.

nung; denn wenn staatliche Kontrolle das *laissez-faire* in ein »gemischtes« Wirtschaftssystem verwandelte, so ist ihre weitere Ausdehnung dazu geeignet, letzteres in etwas anderes zu verwandeln. Wird die Entwicklung, die zum gemischten Wirtschaftssystem führte, jetzt auch als irreversibel anerkannt, so wird doch daran festgehalten, daß das gemischte Wirtschaftssystem selbst von Dauer sei - um jenen Grad an privater Initiative und privater Kapitalproduktion zu sichern, der in ihm immer noch möglich ist.

Die traditionelle Form der Kapitalproduktion wurde einst ebenfalls für unveränderlich gehalten; sie änderte sich trotzdem. Die Veränderungen wurden durch politische Interventionen in den anscheinend selbstgenügsamen Marktmechanismus bewirkt. Sie reichten von Reformen bis zur Revolution, vom Protektionismus bis zum Imperialismus; sie schufen neue gesellschaftliche Institutionen und neue »eingebaute Interessen« (*vested interests*), die sowohl den Charakter als auch die Richtung der Kapitalentwicklung beeinflussen. Sie sichern die Unumkehrbarkeit des Prozesses, in dem sie entstanden. Es ist unwahrscheinlich, daß die institutionellen Veränderungen, die von der Oktoberrevolution und dem Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg bewirkt wurden, ungeschehen gemacht werden könnten. Ebenso wenig ist die Usurpation der Kontrolle über die Wirtschaft durch staatliche Institutionen im nominell privatkapitalistischen System rückgängig zu machen. Ob es sich als möglich erweisen sollte oder nicht, den »öffentlichen Sektor« der Wirtschaft zu reduzieren: die in ihm »eingebauten« Interessen werden nicht von selbst abdanken, sondern ihre institutionelle Macht zur Selbsterhaltung nutzen. Es könnte höchstens der Versuch gemacht werden, das Wachstum des »öffentlichen Sektors« durch eine beschleunigte Expansion des privaten Kapitals aufzuhalten.

Eine streng privatkapitalistische Wirtschaft hat es nie gegeben; neben den Privatunternehmen existierte immer ein öffentlicher Sektor, dessen Bedeutung je nach den historischen Bedingungen der sich entwickelnden kapitalistischen Länder schwankte. Der öffentliche Sektor wurde jedoch nicht als autonom betrachtet, sondern als ein unvermeidlicher Aufwand, um die Marktwirtschaft funktionstüchtig zu halten. Dies selbst dann, wenn der öffentliche Sektor - neben dem »militärischen Kapital« - das Transportwesen, Versorgungsbetriebe und andere spezielle Industrien umfaßte. Alles in allem wurde der öffentliche Sektor stets zur Volkswirtschaft hinzugezählt, ob er nun mehr oder weniger ausgedehnt war.

Hinsichtlich der öffentlichen Unternehmen unterscheiden sich alle Länder voneinander, selbst wenn der Trend zu wachsender staatlicher

Kontrolle in allen sichtbar ist. Die USA waren (und sind) das Land, in dem am wenigsten verstaatlicht wurde. Der Unterschied zwischen den USA und Westeuropa in dieser Hinsicht veranlaßte die Bemerkung, »daß wenige europäische Wirtschaften - vielleicht keine einzige - in dem Sinne kapitalistisch genannt werden können, der diesem Wort in den USA und Kanada unterlegt wird, wo nichtkapitalistische Momente eine untergeordnete Rolle spielen!«<sup>19</sup>. Aber selbst in den USA ist die direkte Nutzung menschlicher und materieller Ressourcen durch den Staat ständig angewachsen. Zwischen 1900 und 1940 zum Beispiel »vervierfachte sich die Zahl der von den Bundesstaaten und kommunalen Verwaltungen Beschäftigten und verzweifachte sich die Zahl der Beschäftigten der Bundesregierung, während sich die Zahl der privat Beschäftigten nur verdoppelte. Im Jahre 1900 stand einer von 24 Arbeitern auf irgendeiner Lohnliste der öffentlichen Verwaltung; dieses Verhältnis betrug im Jahre 1920 1 zu 1,7, im Jahre 1940 1 zu 11 und 1 zu 8 im Jahre 1949. 1920 befand sich von einem Kapitalbetrag von 14 Dollar 1 Dollar in staatlichem Besitz (außer militärischer Ausrüstung); 1940 betrug das Verhältnis bereits 1 zu 4<sup>20</sup>«. Der Trend zum größeren Verwaltungsapparat hält noch an. »Während 1929 weniger als 1 Dollar von 10 Dollar Sozialprodukt sich staatlicher Nachfrage verdankte, wird heutzutage ungefähr 1 Dollar von 5 Dollar produzierter Güter und Dienstleistungen irgendeiner staatlichen Institution verkauft<sup>21</sup>«. Die wachsende Rolle des Staates ist zu offensichtlich, als daß man viele Worte darüber verlieren müßte. Sie wird nicht nur in der unmittelbaren Beschäftigung von Arbeit und Kapital sichtbar, sondern auch im Anwachsen der Militärmacht, in den finanziellen Beziehungen zum Ausland, in Handels- und Tauscharrangements, in der öffentlichen Verschuldung und in der Tatsache, »daß ungefähr die Hälfte der Wirtschaftswissenschaftler in den USA auf der Lohn- und Gehaltsliste der Bundesregierung steht<sup>21</sup>«.

Während die staatliche Kontrolle in den autoritären Ländern in der Theorie - gleichgültig wie die tatsächliche Praxis aussieht - der ganzen Gesellschaft und nicht einer einzelnen Klasse dient, ist sie in den meisten westlichen Ländern und besonders in den USA selbst in der Theorie den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und damit den Interessen des *big business* unterworfen. Was an realer Umverteilung des

19 M. Salvadori, in »Europe's Needs and Resources«, New York 1961, S. 737.

20 A. F. Burns, »The Frontiers of Economic Knowledge«, Princeton 1954, S. 40.

21 R. L. Heilbroner, »The Making of Economic Society«, Englewood Cliffs 1962, S. 175.

22 »The New York Times«, 25. Februar 1953.



Einkommens in den USA stattfindet, ist weitgehend eine Verschiebung von Steuergeldern von nichtsubventionierten zu subventionierten Bereichen der Wirtschaft; Besteuerung und Defizitfinanzierung, d. h. aufgeschobene Besteuerung, sind »in ein Werkzeug verwandelt worden, mit dessen Hilfe die Wirtschaftskraft der Privatunternehmen gesichert wird<sup>23</sup>«. Die Wirtschaft wird auf diese Weise von Regierung und *big business* gemeinsam bestimmt, so daß für alle praktischen Zwecke die Regierung *big business* und das *big business* Regierung ist.

Der Kapitalkonzentration ist durch staatliche Unterstützung stark nachgeholfen worden; sie begünstigte die großen Unternehmen, die das Angebot für den größten Teil der staatlich induzierten Nachfrage bereitstellen. »1962 wurden nahezu drei Viertel aller Hauptverträge mit 100 Großunternehmen abgeschlossen. Selbst wenn man einräumt, daß kleinen Unternehmen eine nicht geringe Anzahl von Unterverträgen gelassen wurde, ist das Ausmaß, in dem die Rüstungsproduktion in Großunternehmen konzentriert ist, beträchtliche.« In neuen Produktionsbereichen werden Unternehmen oft mit Geldern des Staates in Gang gesetzt und durch laufend erneuerte Kontrakte sowie andere Formen der Hilfe unterstützt.

Das US-Kapital hat einen Konzentrationsgrad erreicht, der das Fortbestehen der Gesamtwirtschaft von der Erhaltung und dem Wachstum der Großunternehmen abhängig macht. Ein wirtschaftliches Versagen dieses hochkonzentrierten Kapitals, das die große Masse der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt, würde einer nationalen Katastrophe gleichkommen. Seine Macht ist enorm; aber wenn sie geringer oder gefährdet wäre, müßte ihr die Regierung aufhelfen, iim den Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden. Steuergelder werden über staatliche Aufträge in die Privatindustrie gesteckt, und die Privatunternehmen werden »in ihrer wichtigsten Phase - der Phase der Kapitalbildung - zu staatlich finanzierten Unternehmen<sup>24</sup>«. Beispielsweise hat man geschätzt, daß »die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs jährlich in die Privatindustrie fließenden Steuergelder, d. h. Rüstungsaufträge, ungefähr dem Betrag der Nettokapitalbildung in allen US-Industrien entsprechen, der durch die Rate des jährlichen Wirtschaftswachstums der USA repräsentiert wird<sup>24</sup>«.

Die Regierungen selbst können natürlich nichts subventionieren; sie kön-

23 P. K. Crosser, »State Capitalism in the Economy of the United States«, New York 1960, S. 97.

24 E. Ginzberg, »The Pluralistic Economy«, New York 1965, S. 111.

25 P. K. Crosser, »State Capitalism . . .«, a. a. O., S. 28.

10 A. a. O., S. 320.

nen nur darauf achten, daß ein Teil der Wirtschaft einen anderen unterstützt, daß gesellschaftlich verfügbare Profite in einer solchen Weise verteilt werden, daß die herrschende Gesellschaftsordnung funktioniert. In einer Weise ist das immer der Fall gewesen, auf dem Wege über die Konkurrenz ebenso wie durch Monopolisierung. Aber was vorher durch den Marktmechanismus »automatisch« geschah, wird nun unter den Bedingungen von Kapitalstagnation bewußt getan - durch staatlich geschaffene Nachfrage, die nur ein anderer Name für Subventionierung ist.

Es ist nicht erstaunlich, daß Wirtschaftswissenschaftler marktbestimmte und staatliche induzierte Produktion zusammenwerfen, um aus dieser Gesamtproduktion etwas über den Zustand der Wirtschaft abzuleiten, als ob die bloße Quantität der Produktion und nicht ihre Profitabilität die gute oder schlechte Gesundheit der Volkswirtschaft anzeigen würde. Immer noch muß das wachsende Sozialprodukt seine Schranke in dem gleichzeitigen Niedergang des nichtsubventionierten Kapitals und im weiteren Verlauf der Kapitalkonzentration finden.

In Westeuropa sind Industriezweige und Dienstleistungsbereiche in größerem Umfang vollständig verstaatlicht, obwohl es zwischen den einzelnen Ländern und im Hinblick auf die betroffenen Industrien beträchtliche Unterschiede gibt. Entweder vollständig oder teilweise unter staatlicher Kontrolle stehen im wesentlichen Eisenbahn, Kohlebergbau, Erdölindustrie, Versorgungsbetriebe und Metallindustrie. In Österreich sind die Grundstoffindustrien vollständig verstaatlicht, als Folge der sowjetischen Besetzung nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Ausnahme der Schweiz stehen die Zentralbanken aller Länder unter staatlicher Kontrolle, ebenso die meisten nationalen Eisenbahnen. In einigen Ländern, beispielsweise in Norwegen, tritt an die Stelle vollständiger Verstaatlichung die staatliche Beteiligung an privaten Unternehmen. Aber in allen westeuropäischen Ländern spielen die verstaatlichten Industrien eine wesentliche Rolle. 1955 zum Beispiel »machten die öffentlichen Vermögensbestände verschiedenster Art in Westeuropa schätzungsweise 62 Mrd. Dollar aus (ausgenommen laufende Aufwendungen und Unternehmen in öffentlichem Besitz). Dies entspricht 28 % des westeuropäischen Bruttogesamtprodukts, das in diesem Jahr nahezu 221 Mrd. Dollar erreichte<sup>2/</sup>«.

In einem »gemischten Wirtschaftssystem« kann das private Kapital dominieren, wie es gegenwärtig in Westeuropa und in größerem Maß in den USA der Fall ist. Es kann aber auch sein, daß das Staatseigentum

27 J. O. Coppeck, in »Europe's Needs and Resources«, a. a. O., S. 404.

dominiert, so wie in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution in der Sowjetunion. Staatseigentum und Privatunternehmertum können koexistieren, ohne sich gegenseitig zu beeinträchtigen, was in vielen Ländern für kürzere oder längere Zeit zu beobachten war. In diesem Fall umgeht die private Kapitalproduktion lediglich den Bereich staatlicher Produktion; sie operiert sozusagen in einer kleineren Welt. Wo die staatliche Produktion bestimmte Industrien monopolisiert, gibt es keinen Wettbewerb zwischen ihr und der privaten Produktion. Das kann für die Privatunternehmen günstig oder ungünstig sein, da die staatliche Preispolitik ein Mittel zur indirekten Besteuerung und zur Unterstützung selektiver Subventionen darstellen kann.

Das in einem kleineren Bereich operierende Privatkapital wird die Grenzen seiner Expansion früher erreichen. Deshalb muß es versuchen, die Ausdehnung von staatlich kontrollierter Produktion und verstaatlichtem Kapital zu zügeln. Die Regierungen, die das Interesse des Privatkapitals vertreten, werden von sich aus ihre Operationen in der Sphäre der privaten Produktion begrenzen. Die getroffenen monetären und fiskalischen Maßnahmen und die Förderung der Produktion für Verschwendung zeigen an, daß die Regierungen alles tun, um die Verstaatlichung von Industrien zu vermeiden. Wenn verstaatlicht wurde, so geschah das weitgehend aufgrund von Bewegungen, die sich gegen das Privatunternehmertum oder seine monopolistischen Praktiken wandten. In Frankreich wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Unternehmen verstaatlicht, deren Eigentümer mit dem Feind kollaboriert hatten. Die englische Labour Party, die nach dem Krieg an die Regierung kam, verstaatlichte den Kohlebergbau und das Transportwesen, nicht so sehr deshalb, weil Verstaatlichung auf ihrem Programm stand, als wegen des moribunden Zustands dieser Zweige. Was immer der Grund für einen einzelnen Akt der Verstaatlichung sein mag: das gemischte Wirtschaftssystem war nicht als partielle Überführung privater in staatliche Unternehmen gedacht, sondern als Programm zur Vollbeschäftigung, das durch staatliche Initiativen verwirklicht werden sollte, um die Produktion innerhalb des privatwirtschaftlichen Systems zu steigern. Abgesehen von dem für jedes kapitalistische System notwendigen Maß, war die Verstaatlichung der Industrie nicht ein keynesianischer, sondern ein sozialistischer Programmpunkt, hinter dem die Vorstellung stand, daß die Teilverstaatlichungen allmählich zur totalen Verstaatlichung führen würden.

Das gemischte Wirtschaftssystem im keynesianischen Sinn wird als - einzige - Alternative zur Sozialisierung (oder Verstaatlichung) betrachtet. Die fortschreitende Verstaatlichung des Kapitals bedeutet

einen ständigen Niedergang des Privatunternehmertums, der wiederum den Prozeß der Verstaatlichung beschleunigt. Wenn Staatseigentum dominierte, würde das Privateigentum langsam verschwinden, und zwar nicht nur durch den Wettbewerb, sondern auch durch politische Maßnahmen, die vom staatskapitalistischen Teil der Wirtschaft und den mit ihm verbundenen Institutionen ausgingen. Um den Staatskapitalismus zu vermeiden, muß der staatlich kontrollierte Teil der Volkswirtschaft auf einem Minimum gehalten werden. Deshalb verzichten soziale Bewegungen wie etwa die durch die Labour Party repräsentierte, die ihre sozialistischen Neigungen verloren haben, auf eine umfassende Verstaatlichung selbst dann, wenn sie möglich erscheint. Die Labour Party hatte sich beispielsweise zum Ziel gesetzt, 20 bis 30 % der englischen Wirtschaft zu verstaatlichen; auch dies wurde nicht erreicht. »Der verstaatlichte Sektor der englischen Wirtschaft«, so wurde festgestellt, »wird immer den geringeren Teil des Ganzen ausmachen. Totales Staatseigentum an allen Produktions- und Distributionsmitteln, wie es in den meisten frühen sozialistischen Doktrinen gefordert wurde, entspricht nicht dem modernen sozialistischen Konzept, das in Großbritannien besteht<sup>28</sup>.«

Weil der Sozialismus nicht länger das Ziel »sozialistischer Organisationen« ist, haben diese keine andere Wahl, als das keynesianische Konzept des gemischten Wirtschaftssystems zu übernehmen. Das gemischte Wirtschaftssystem erscheint nun als ein Ausdruck der Entwicklung vom /dz'5sez-/dzYe-Kapitalismus zum modernen Wohlfahrtsstaat, und letzterer erscheint als Verwirklichung des *modernen* Sozialismus, d. h. eines »Sozialismus«, der auf dem Privateigentum beruht, oder, in kruder US-amerikanischer Terminologie, des »Volkskapitalismus«. Insoweit man eine größere Einkommensgleichheit als wünschenswert und für die Vollbeschäftigung notwendig betrachtet, hält man monetäre und fiskalische Manipulationen für ausreichend, um sie herzustellen. Das Programm hängt vom Charakter der Regierung ab, deshalb wird eine »sozialistische Regierung« benötigt, um das Funktionieren des »modernen, auf dem Privateigentum beruhenden Sozialismus« zu sichern. Wie die Labour Party messen alle sozialistischen Parteien im Westen dem öffentlichen Eigentum an Produktionsmitteln keine große Bedeutung mehr zu. Die entsprechenden Parteien in Westdeutschland, Frankreich und Italien haben sogar derartige Forderungen aus dem Programm gestrichen. In den skandinavischen Ländern geben sie sich mit der Partnerschaft von Regierung und Privatunternehmen zufrieden.

28 F. Williams, »Socialist Britain«, New York 1949, S. 91.

Außer als leerer Slogan der kommunistischen Parteien spielt die Verstaatlichung in den Niederlanden, Belgien, der Schweiz und so fort keine Rolle mehr. Die Eigentumsfrage wird im Hinblick auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedürfnisse als irrelevant angesehen; diese erscheinen innerhalb des *status quo* des gemischten Wirtschaftsystems befriedigt. Natürlich resultiert diese Haltung nicht nur aus dem veränderten Charakter der Arbeiterbewegung, deren Existenz selbst an den *status quo* gebunden ist, sondern auch aus der relativen Prosperität in der Rekonstruktionsperiode der westeuropäischen Volkswirtschaften nach dem Zweiten Weltkrieg.

»Um 1955 machten die Investitionen in Westeuropa 45 Mrd. Dollar aus - mehr als ein Fünftel seiner Bruttogesamtproduktion. Zwei Drittel davon wurden für Gebäude, Maschinen und Ausrüstungen ausgegeben. Zwischen 1949 und 1959 stieg die Bildung fixen Kapitals stärker als das Gesamtprodukt. 1959 lag das Bruttogesamtprodukt um 48 % über dem Durchschnitt der Jahre 1949 bis 1959, während die Bildung fixen Kapitals um 69 % höher war?.« Bei wirtschaftlicher Expansion wird keine Forderung nach Verstaatlichung laut; Verstaatlichung ist eine Antwort auf das Versagen, nicht den Erfolg des Kapitalismus, selbst wenn dieser Erfolg vorübergehend und teilweise illusorisch ist.

Ein großer Teil dieser Investitionen resultierte eher aus politischen Entscheidungen als aus privater Initiative. Die Regierungen sorgten für zwangsweise oder beinahe zwangsweise Ersparnisse und dafür, daß ein großer Teil der Unternehmensgewinne zum Zwecke der Reinvestition zurückgehalten wurde. Die Expansion wurde mittels Defizitfinanzierung erreicht, bei »nahezu allgemeiner Inflation, die in einem solchen Ausmaß in Friedenszeiten noch nicht vorgekommen war. Die Preise stiegen in Westeuropa zwischen 1947 und 1957 um 66 %. Das bedeutet eine jährliche Steigerungsrate von j %, was dem Zinsertrag aus staatlichen Schuldverschreibungen (vor Abzug der Steuern) ungefähr gleichkam?«. Auf diese Weise wurden Investitionen möglich; der Konsum sank zugunsten von »Ersparnissen«, d. h. zugunsten der Kapitalakkumulation. Mit Hilfe des Staates konnte das Kapital wie in alten Zeiten expandieren.

Um von diesem Erfolg nicht irreführt zu werden, muß man wissen, daß die erzwungene Kapitalisierung Westeuropas nicht durch die Anwendung der »modernen Wirtschaftstheorie« erreicht wurde. Eher

29 J. O. Coppeck, in »Europe's Needs and Resources«, a. a. O., S. 450.  
30 A. a. O., S. 461.

wirkte sich die »Anwendung« durch die Situation, in der sich Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg befand, in dieser besonderen Weise aus. Die ungeheure nicht nur wertmäßige, sondern materielle, physische Zerstörung von Kapital und das Veralten eines großen Teils des überlebenden Produktionsapparates erlaubten - und erforderten - eine schnelle Kapitalbildung, um den Zusammenbruch des auf Privateigentum gegründeten Systems zu verhindern. Sowohl die Kapitalisten als auch die Arbeiter stimmten der Forderung der Regierung zu, nicht für den Konsum, sondern für die Kapitalbildung zu arbeiten. Und wie in der Vergangenheit wurde der größere Konsum zum Nebenprodukt der beschleunigten Kapitalexpansion.

Die gleiche »Wirtschaftspolitik« zeitigte in den USA nicht dieselben Ergebnisse. Am Ende des Zweiten Weltkrieges überstieg die Produktionskapazität der USA die verfügbare Marktnachfrage. Während in den westeuropäischen Volkswirtschaften erneut auf Kosten des Konsums Kapital akkumuliert wurde, hätte eine weitere schnelle Expansion der US-Wirtschaft nur zu noch mehr ungenutzten Kapazitäten führen können. Nicht einmal die Simulation von Kriegsbedingungen zu Friedenszeiten - hohe Rüstungsausgaben - konnte die volle Ausnutzung der produktiven Ressourcen sichern. Während die europäischen Regierungen geld- und fiskalpolitische Maßnahmen trafen, um die Akkumulation des produktiven Kapitals zu fördern, dienten solche Maßnahmen in den USA dazu, die Produktion für Verschwendung zu fördern. Im Kapitalismus hängt die Prosperität von einer beschleunigten Kapitalbildung ab, die allein eine Marktnachfrage schaffen kann, welche ausreicht, um die produktiven Ressourcen zu nutzen. »Eine Prüfung der hauptsächlichen Komponenten der aggregierten Nachfrage legt nahe, daß die Trägheit der fixen Investitionen den Nachfragemangel nach 1957 bedingtes<sup>1</sup>.« Diese Trägheit spiegelt eine im Verhältnis zum fixen Kapitalstock und zu den Lagerbeständen niedrige Profitrate wider. »Die Profitrate sank in den USA in den fünfziger Jahren ständig. Es zeigte sich nicht einmal ein Aufwärtstrend in der absoluten Höhe der Profite, obwohl die Investition in die Fertigung sich in diesem Jahrzehnt auf insgesamt etwa 125 Mrd. Dollar belief<sup>2</sup>.« Im Gegensatz dazu waren in Westdeutschland »die Profite 1960 absolut gesehen dreieinhalbmal so hoch wie 1950«; und der Kapitalertrag während derselben Periode betrug »in Deutschland ungefähr 28 o/o und in den USA ungefähr 18 o/o<sup>3</sup>«.

31 B. G. Hidtmann, »Investment Demand .. .«, a. a. O., S. 9.

32 A. Maddison, »Economic Growth in the West«, New York 1964, S. 54.

33 A. a. O.

Die Eingriffe der US-Regierung in die Wirtschaft konnten die relative Stagnation der Kapitalbildung nicht aufheben. Verzweifelt rief ein Symposium von zwanzig prominenten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern nach einem »neuen Keynes«<sup>34</sup>. Die gebräuchlichen keynesianischen Kategorien wurden nun als »unangemessen« betrachtet, »um die wirtschaftlichen Trends seit der Mitte der fünfziger Jahre zu diagnostizieren. Nötig ist ein meta-keynesianischer Ansatz<sup>35</sup>«.

Bei einer langfristig relativ sinkenden Nachfrage nach Kapital handelte es sich nicht mehr um die Frage, »ob Fiskalpolitik eine zeitweilige Lücke in der Nachfrage schließen kann, sondern darum, wie wir unsere Wirtschaft so umstrukturieren können, daß neue *ständige* Nachfragequellen aufgetan werden<sup>36</sup>«. Obwohl die Antwort auf diese Frage auf der Hand liegen sollte, wenn zwei Drittel der Weltbevölkerung nahe am oder am Verhungern sind und die unterentwickelten Länder einen dringlichen Bedarf an Produktionsmitteln aller Art haben, um aus ihrem Elend herauszukommen, ist das »auf der Hand« wiederum keine Antwort; denn nicht einmal das Elend in den entwickelten Ländern kann gemildert werden, in denen mehrere zehn Millionen Menschen ihre unmittelbarsten Bedürfnisse nicht befriedigen können. Die Prosperität dieser Länder war weitgehend ein Nebenprodukt des Kalten Krieges, was »nicht bewiesen hat, daß Rezessionen anders als durch Rüstungsausgaben vermieden werden können; und da zur Rechtfertigung der Rüstung die internationalen Spannungen aufrechterhalten werden müssen, scheint das Heilmittel noch um einiges schlimmer zu sein als die Krankheit<sup>37</sup>«.

34 »The New Republic«, 20. Oktober 1962.

35 B. Caplan und H. Malmgreen, »More than Keynes«, in »The New Republic«, 1. Dezember 1962.

36 A. a. O.

37 Joan Robinson, »Latter Day Capitalism«, in »New Left Review«, London, Juli-August 1962, S. 43.

## 14. Das gemischte Wirtschaftssystem

Was den *laissez-faire-Kapitalismus* betrifft, so wird Marx' Voraussage seines Niedergangs und eventuellen Endes immer noch durch den Gang der Entwicklung bestätigt. Das Vorwiegen des »gemischten Wirtschaftssystems« zeigt an, daß der Kapitalismus sich in einer Krise befände, wenn es nicht einen sich ausdehnenden staatlich kontrollierten Sektor der Wirtschaft gäbe. Was bedeutet dieser Staatsinterventionismus für die Privatwirtschaft?

Zweifellos steigern die Eingriffe der Regierung die Produktion und erweitern so den Produktionsapparat. Aber wenn ihr Ziel die Stabilisierung der Marktwirtschaft ist, darf die staatlich induzierte Produktion nicht konkurrieren. Würde die Regierung Lebensmittel und langlebige Konsumgüter aufkaufen, um sie zu verschenken, so würde die private Marktnachfrage für diese Produkte gesenkt. Wenn die Unternehmen in öffentlichem Eigentum solche Waren produzieren und anbieten würden, kämen ihre privaten Konkurrenten in Schwierigkeiten, weil sich ihre Anteile an der begrenzten Marktnachfrage verringerten. Die Käufe der Regierung müssen also aus dem Marktsystem herausfallen; die Produktion, die sie erfordern, muß zur Marktproduktion hinzukommen. Die Regierung ist daher vorwiegend an Gütern und Dienstleistungen interessiert, die keinen Platz auf dem Markt haben, d. h. an öffentlichen Arbeiten und öffentlichen Aufwendungen aller Art.

Die Trennung von privater und öffentlicher Produktion ist natürlich nichts Absolutes. Politische Notwendigkeiten zwingen die Regierung, in die Sphäre der Marktproduktion einzugreifen, beispielsweise bestimmte Waren zu subventionieren und überschüssige Produkte aufzukaufen, die für Hilfsprojekte im In- und Ausland verwendet werden sollen. Private und öffentliche Geschäftstätigkeit überlagern sich in bestimmten Bereichen der Produktion und deren *marketing* und Finanzierung. Doch kann man im allgemeinen von einer Teilung der Wirtschaft in einen profitbringenden privaten und einen kleineren, nicht



profitablen öffentlichen Sektor sprechen. Der private Sektor muß seine Profite durch Transaktionen auf dem Markt realisieren. Der öffentliche Sektor operiert unabhängig vom Markt, wenngleich seine Existenz und seine Aktivitäten die Marktbeziehungen des privaten Sektors beeinflussen.

Die Regierung steigert die »effektive Nachfrage« durch Käufe von der Privatindustrie, die entweder durch Steuergelder oder durch Anleihen auf dem Kapitalmarkt finanziert werden. Insoweit sie ihre Ausgaben mit Steuergeldern bestreitet, transferiert sie nur Geld, das im privaten Sektor »gemacht« wurde, in den öffentlichen Sektor, was den Charakter der Produktion verändern mag, aber sie nicht notwendigerweise erweitert. Mit Hilfe von Anleihen und Defizitfinanzierung kann die Produktion jedoch erweitert werden. Kapital existiert entweder in »liquider« Form, d. h. als Geld, oder in fixer Form, d. h. als Mittel und Material der Produktion. Das von der Regierung geliehene Geld setzt produktive Ressourcen in Tätigkeit. Diese befinden sich in privater Hand, müssen also, um als *Kapital* fungieren zu können, reproduziert und erweitert werden. Abschreibungen und Profite, die sich aus der vertraglichen Produktion für die Regierung ergeben, werden - da nicht auf dem Markt realisierbar - mit dem von der Regierung geliehenen Geld »realisiert«. Aber auch dieses Geld ist Privateigentum - geliehen zu einem bestimmten Zinssatz. Während die Produktion auf diese Weise gesteigert wird, häufen sich ihre Kosten als staatliche Verschuldung an.

Um diese Schulden und die entsprechenden Zinsen abzuzahlen, muß die Regierung Steuergelder aufwenden oder neue Anleihen aufnehmen. Mit anderen Worten: Die von der Regierung »gekauften« Produkte sind nicht wirklich gekauft, sondern ihr einfach gegeben; denn sie hat im Austausch dafür nichts als ihre Kreditwürdigkeit zu bieten, die wiederum keine andere Grundlage hat als ihre Steuerhoheit und ihre Fähigkeit, das Angebot von Kreditgeld zu erhöhen. Wie immer die Krediterweiterung zustande kommt und wie immer sie im Verlauf einer expandierenden staatlich induzierten Produktion behandelt wird: die öffentliche Verschuldung und ihre Verzinsung kann nur aus dem gegenwärtigen und künftigen Einkommen beglichen werden, das im privaten Sektor der Wirtschaft geschaffen wird. Obwohl brachliegende Produktionskapazitäten durch staatliche Aufträge genutzt werden, sind die auf diese Weise gemachten »Profite« und das derart »akkumulierte Kapital« rein rechnerische Größen, die sich auf die öffentliche Verschuldung beziehen. Es handelt sich nicht um wirklich *profitbringende* neue Produktionsmittel, selbst wenn der materielle Produktions-

apparat mit dem Produktionszuwachs wächst. Ein im Verhältnis zur Gesamtproduktion schnelleres Wachstum der staatlich induzierten Produktion bedeutet einen relativen Niedergang der privaten Kapitalbildung. Dieser wird durch das Anwachsen der Produktion auf Staatskosten ausgeglichen, deren »Profite« die Form von Forderungen an den Staat annehmen. In den USA beispielsweise »dehnte sich der nicht-profitable Sektor in den dreißiger Jahren relativ schnell aus, als Antwort auf die vielfältigen Probleme, die durch die Weltwirtschaftskrise entstanden; ebenso in der ersten Hälfte der vierziger Jahre infolge der Anforderungen des Krieges. Während in den späten vierziger Jahren der Profitsektor dynamisch expandierte, war am Ende dieses Jahrzehnts der nicht-profitable Sektor dennoch relativ schneller gewachsen. In den fünfziger Jahren wuchs der nicht-profitable ebenfalls sehr viel schneller als der profitbringende Sektor ... Zweifellos ist seit 1929 der nicht-profitable Sektor im Verhältnis zum profitbringenden schneller gewachsen, sowohl hinsichtlich der beschäftigten Arbeitskräfte als auch des Anteils am geschaffenen Volkseinkommen<sup>1</sup>«.

Die Forderungen an den Staat, welche die öffentliche Verschuldung ausmachen, können natürlich zurückgewiesen werden; in diesem Fall enthüllen sich »Profite«, die mittels staatlich induzierter Produktion erzielt wurden, als das was sie sind, nämlich imaginär. Obwohl das vielleicht eines Tages unvermeidlich sein wird, werden die das private Kapital vertretenden Regierungen diesen Tag so lange wie möglich hinausschieben; besonders weil die Nichtanerkennung von Schulden an sich die Wiederaufnahme einer profitablen Kapitalakkumulation keineswegs garantiert. In der Zwischenzeit werden Einkommen und Schulden langsam aber stetig durch Inflation entwertet, ein Prozeß, der mit der Ausdehnung staatlich induzierter Produktion auf dem Wege von Defizitfinanzierung notwendigerweise verbunden ist.

Ungeachtet der langen Dauer relativer »Prosperität« in den industriell fortgeschrittenen Ländern gibt es keinen Grund für die Annahme, daß die inneren Widersprüche der Kapitalproduktion durch staatliche Eingriffe in die Wirtschaft überwunden worden sind. Diese Eingriffe weisen selbst auf die Fortdauer der Krise hin, und das Anwachsen staatlich induzierter Produktion ist ein sicheres Zeichen für den fortwährenden Niedergang der Privatwirtschaft. Wollte man diesen Niedergang aufhalten, so müßte man die gewaltige Expansion der staatlich induzierten Produktion aufhalten und die selbsterweiternden Kräfte der Kapitalproduktion wiederherstellen; kurz, es würde eine Umkeh-

1 E. Ginzberg, »The Pluralistic Economy«, New York 1965, S. 195.

rung des allgemeinen Entwicklungstrends im 20. Jahrhundert bedeuten. Da dies äußerst unwahrscheinlich ist, wird der Staat gezwungen sein, seine Eingriffe in den privaten Sektor der Wirtschaft zu verstärken, und somit drohen, selbst zum Vehikel der Zerstörung der Marktwirtschaft zu werden. Wo die Regierung das Privatkapital repräsentiert, wird sie das nur mit großem Zögern und gegen den wachsenden Widerstand vonseiten des Privatkapitals tun. Dieses Zögern kann schon genügen, um die Verhältnisse scheinbarer »Prosperität« in Krisenverhältnisse zu verwandeln.

Es gab immer Widerstand gegen staatliche Kontrollen-wofür die Ideologie des *laissez-faire* als Beispiel steht -, doch der gegenwärtige objektive Konflikt zwischen Staat und Unternehmertum weist wegen des im Verhältnis zur allgemeinen Kapitalexpansion schnelleren Wachstums staatlich induzierter Produktion einen anderen Charakter auf. Der quantitative Wandel deutet auf einen unerwünschten, doch unvermeidlichen qualitativen Wandel hin, da ausgedehnte staatliche Kontrolle der Wirtschaft das Ende des Privatunternehmens ankündigt. Dieser objektive Gegensatz von staatlicher Kontrolle und Privatkapital ist noch undurchsichtig; er erscheint als subjektive Kooperation von Regierung und Geschäftswelt in der marktbestimmten Wirtschaft. Die »Zusammenarbeit« ist nur möglich, weil in ihr immer noch die Maßnahmen der Regierung den besonderen Bedürfnissen des *big business* untergeordnet werden. Aber diese besonderen Bedürfnisse widersprechen den allgemeinen gesellschaftlichen Notwendigkeiten, und die dadurch freigesetzten gesellschaftlichen Konflikte werden zu Konflikten um die ökonomische Rolle des Staates werden, d. h. politische Kämpfe um die Kontrolle des Staates sein, um seine Interventionen in die Wirtschaft entweder zu beschränken oder auszudehnen.

Wenn die ökonomische Rolle des Staates auch die Gesamtwirtschaft in einen »öffentlichen« und einen »privaten Sektor« zu teilen scheint, gibt es in Wirklichkeit natürlich nur *eine* Wirtschaft, in die der Staat interveniert; nicht Staatseigentum, sondern staatliche Kontrolle kennzeichnet das gemischte Wirtschaftssystem. Zusätzlich dazu hat sicherlich das unmittelbare Staatseigentum einen bedeutsamen und wachsenden Umfang; wie es auch schon im *laissez-faire*-Kapitalismus Staatseigentum gab. Aber ganz gleich wie selbsterhaltend, selbstliquidierend oder sogar profitabel einige staatliche Unternehmen sind: der Staat fordert einen immer größeren Anteil am privat produzierten Reichtum.

Der »gemischte« Charakter des gegenwärtigen Kapitalismus ist also nur ein Schein, der sich daraus ergibt, daß staatlich induzierte Pro-

duktion die Gesamtwirtschaft stimuliert. Es ist offensichtlich, daß durch öffentliche Arbeiten und Produktion für Verschwendung Maschinerie, Materialien und Arbeitskräfte genutzt werden können. Die Produktion wird generell gesteigert, da die Initiative der Regierung zusätzliche Märkte für alle Kapitale schafft, die an der Produktion von Gütern beteiligt sind, die in die staatlich induzierte Produktion eingehen, einschließlich der Konsumgüter für die in ihr beschäftigten Arbeiter. Das *Endprodukt* der staatlich induzierten Produktion, das aus einer langen Kette dazwischenliegender Produktionsprozesse resultiert, hat jedoch nicht die Form einer *Ware*, die auf dem Markt gewinnbringend verkauft werden könnte. Was immer in seine Produktion einging, zählt zu seinen Produktionskosten, und kann nicht über einen Verkaufspreis wieder eingebracht werden, weil es keine Käufer für öffentliche Arbeiten und Verschwendung gibt.

Dennoch erscheint diese »Doppel«wirtschaft mit ihrem öffentlichen und privaten Sektor als »gemischtes« Wirtschaftssystem, das sowohl dem Privatkapital als auch der Gesamtgesellschaft nützt. Obwohl jeder Sektor seine eigene Tendenz hat, da der eine gewinnbringend ist und der andere nicht, sind sie dennoch im wirklichen Produktions- und Tauschprozeß untrennbar miteinander verknüpft. Aus *praktischen* Gründen ist das Wirtschaftssystem also ein »gemischtes«, selbst wenn staatlich induzierte Produktion zum Gesamtprofit der gesellschaftlichen Gesamtproduktion nichts hinzufügen, sondern nur etwas davon abziehen kann.

Im *laissez-faire*-Kapitalismus kam der gesellschaftliche Charakter der einzelnen Arbeitsprozesse nur indirekt in den Fluktuationen von Angebot und Nachfrage auf dem Markt zum Vorschein. Das Wachstum des Bank- und Kreditwesens wie auch das der Aktiengesellschaften spiegelten in ähnlich indirekter Weise eine zunehmende »Entprivatisierung« des Kapitals wider. Dies ermöglichte jedoch eine Ausdehnung der Produktion über die Grenzen verstreuter Unternehmen in Privatbesitz und die Grenzen, die der Marktmechanismus der Expansion partikularer Kapitaleinheiten auferlegte, hinaus. Das moderne Finanzsystem hat unter anderem die Kontrolle des Kapitals zentralisiert, so daß das Bedürfnis nach unmittelbaren Profiten zugunsten von Maßnahmen, die für künftige höhere Profite sorgen, zurückgestellt werden kann. Selbst hier natürlich müssen sich die Profite schließlich zeigen. Sie werden dann am investierten Kapital »gemessen«: wenn dessen Profiterwartungen nicht entsprochen werden kann, wird die Investition für »unproduktiv« erachtet, selbst wenn sie neue Produktionsapparate geschaffen hat.

Was Kapitalbildung genannt wird, ist die »antizipatorische« Expansion der Produktion. Die niedergehende Rate der Kapitalbildung bewog Keynes und die Keynesianer dazu, Eingriffe der Regierung vorzuschlagen; die Regierung sollte in Erscheinung treten, sobald das Privatkapital den gegebenen Zustand dadurch gefährdete, daß es die Zukunft vernachlässigte. Da die Regierung nicht an spezifische Kapitalgruppen gebunden war, von denen man annahm, daß sie die üblichen Profite erzielten, glaubte Keynes, sie könnte eine Produktion in Gang setzen, die durch nichts als die bestehenden produktiven Ressourcen begrenzt wäre. Damit würde sie nur dort weitermachen, wo das Privatkapital aufgehört hat; sie würde die privaten Interessen nicht wirklich schmälern, deren Grenzen schon durch die sinkende Investitionsrate offenbar geworden waren.

Der Beschäftigungsstand kann erhöht werden, wenn die Regierung mehr Geld ausgibt als sie an Steuern einnimmt. Das heißt Defizitfinanzierung, bzw. Expansion der Produktion mit Hilfe von Krediten. Man behauptet, daß ein regulär ausbalancierter Staatshaushalt nicht notwendig sei. In Zeiten der Depression sollte die Regierung vielmehr ein Haushaltsdefizit in Kauf nehmen; und in Zeiten der Prosperität sollte sie einen Überschuß anstreben, mehr Steuergelder aus dem System herausziehen. Dieser Überschuß würde die Verschuldung ausgleichen. Langfristig gesehen wäre also der Haushalt ausgeglichen. Der Konjunkturzyklus würde abgeflacht, weder Inflation noch Deflation würden übermäßig sein, und gegenwärtige Krisenbedingungen könnten auf Kosten künftiger Prosperitätsperioden aufgehoben werden. Anstelle der heftigen Fluktuationen des Konjunkturzyklus würde es ein stetiges und ausgeglichenes Wirtschaftswachstum geben.

Diese Argumentation übersieht, daß nur eine beschleunigte Kapitalbildung die Prosperität ermöglichen kann, und daß als Vorbedingung dazu schwere Krisen und eine umfangreiche Zerstörung von Kapitalwerten notwendig sind. Keynes selbst stellte sich einen stationären Zustand der Kapitalbildung in einem »reifen« Kapitalismus vor, in dem es weder Depression noch Prosperität im traditionellen Sinne gibt, sondern vielmehr einen fortwährenden, staatlich geschaffenen »Quasi-Aufschwung« bei sinkender Rate der Kapitalbildung. Die meisten seiner Schüler verleugnen jedoch die stationären Tendenzen der Kapitalproduktion. Sie schlagen vor, daß die Akkumulationsrate nicht »maximiert«, sondern »optimiert«, d. h. in Grenzen gehalten werden sollte, die der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität am meisten angemessen sind. Entgegen dieser Theorie haben Erfahrungen mit der Defizitfinanzierung aber gezeigt, daß Eingriffe in den Krisenverlauf

die Wiederkehr eines Zustandes kapitalistischer Prosperität behindern, die groß genug ist, um einen Haushaltsüberschuß zu ermöglichen. Es findet also keine Abwechslung zwischen Defiziten und Überschüssen statt, sondern nur eine Akkumulation der Staatsschuld.

»Da die Staatsschuld«, schrieb Marx, »ihren Rückhalt in den Staatseinkünften hat, die die jährlichen Zins- usw. Zahlungen decken müssen, so wurde das moderne Steuersystem notwendige Ergänzung des Systems der Nationalanleihen. Die Anleihen befähigen die Regierung, außerordentliche Ausgaben zu bestreiten, ohne daß der Steuerzahler es sofort fühlt, aber sie erfordern doch für die Folge erhöhte Steuern. Andererseits zwingt die durch Anhäufung nacheinander kontrahierter Schulden verursachte Steuererhöhung die Regierung, bei neuen außerordentlichen Ausgaben stets neue Anleihen aufzunehmen. Die moderne Fiskalität, deren Drehungsachse die Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel (also deren Verteuerung) bilden, trägt daher in sich selbst den Keim automatischer Progression<sup>2</sup>.« Bei einer erhöhten Akkumulation des privaten Kapitals kann jedoch die Defizitfinanzierung von staatlichen Aktivitäten der »Volkswirtschaft« nützen. Dies wird dann der Fall sein, wenn die in Frage kommenden Aktivitäten dazu dienen, Bedingungen für die Expansion und Ausbreitung des nationalen Privatkapitals zu schaffen oder zu verbessern. Das wird durch die außergewöhnlichen Aufwendungen der Regierungen für internationale Anleihen, Kolonisierung oder Krieg veranschaulicht, die zwar Unternehmungen außerhalb des eigentlichen Bereichs der privaten Kapitalproduktion gewidmet sind, aber letztlich zu ihrem Nutzen.

Das Kapital widersetzt sich der staatlichen Defizitfinanzierung, wenn sie das Profitprinzip zugunsten einer größeren Gesamtproduktion verletzt, die nicht den spezifischen Bedürfnissen des Kapitals dient. Die Keynesianer behaupten natürlich, daß der für private Investitionen entscheidende »Test der Profitabilität« auf öffentliche Investitionen nicht angewandt werden könne: »Eine Investition kann unter gesellschaftlichen Gesichtspunkten sehr lohnend sein, selbst wenn ihr unmittelbarer Ertrag gleich Null ist; dies ist der Fall, wenn infolge der Investition das Realeinkommen der Gesellschaft steigt'«. Außerdem wird unterstellt: »Wenn immer die Regierung Geld ausgibt, entsteht Einkommen bei denen, die das produzieren, was gekauft wird. Das so geschaffene Einkommen führt zu höheren Ausgaben derjenigen, die es erhielten. Dies läßt wiederum Einkommen bei anderen entstehen, so

<sup>2</sup> Karl Marx, »Das Kapital« Bd. I, S. 784.

<sup>3</sup> W. H. Beveridge, »Fill Employment in a Free Society«, New York 1945, S. 401 (fehlt in der dt. Teilübers.).

daß das Gesamteinkommen um ein Mehrfaches der anfänglichen Ausgabe gesteigert wird. Die zweihundertneunzig Milliarden Dollar Staatsausgaben (in den USA) - finanziert durch Anleihen, die die Staatsschuld auf ihre gegenwärtige Höhe anwachsen ließen - haben auf diese Weise ein Mehrfaches zu unserem heutigen Volkseinkommen beigetragen - vielleicht eine Billion Dollar»«.

Hier handelt es sich um den schon erwähnten »Multiplikator«, d. h. die Vorstellung, daß ein infolge von Staatsausgaben steigendes Einkommen weitere Einkommenseffekte haben wird, die sich zusammen auf einen Betrag belaufen, der größer ist als die ursprüngliche Ausgabe. Die vielfältigen Rückwirkungen der Investition ergeben sich angeblich daraus, daß die durch sie ermöglichte Beschäftigung von Arbeitskräften das Einkommen und damit den Konsum steigert. Die Lieferanten von Konsumgütern werden auf diese Weise ebenfalls mit zusätzlichem Einkommen versehen, womit sie ihren eigenen Verbrauch steigern können; und bei ihren Lieferanten wiederholt sich dann der Vorgang. So wird durch die anfängliche Ausgabe eine Kettenreaktion von Einkommenssteigerungen in Gang gesetzt. Doch werden die einzelnen nicht ihr gesamtes Einkommen verbrauchen. Was sie ausgeben, bestimmt sich, so nimmt man an, durch den herrschenden »Hang zum Verbrauch«. Wenn dieser niedrig ist, d. h. wenn ein relativ kleiner Teil des neuen Einkommens für den Konsum ausgegeben wird, wird das Multiplikator-Verhältnis zwischen Investition und Einkommenssteigerung ebenfalls niedrig sein; und wenn der Hang zum Verbrauch hoch ist, wird dieser Quotient ebenfalls hoch sein. Mit anderen Worten: je kleiner die zusätzliche Ersparnis, die durch zusätzliches Einkommen hervorgerufen wird, desto größer der Multiplikator.

Der einkommenserzeugende Effekt von Investitionen verringert sich ständig; er wird durch Sparen, Besteuerung und Außenhandel abgeschwächt. Bei einem niedrigen Hang zum Verbrauch - welchen die gegenwärtige Wirtschaftstheorie in der hochentwickelten Marktwirtschaft für charakteristisch hält - ist der einkommenserzeugende Effekt von Neuinvestitionen gering, so daß zusätzliche Ausgaben erforderlich werden. Man erwartet, daß Staatsausgaben die Unternehmer dazu ermutigen, ihre eigenen Investitionen aufrechtzuerhalten oder zu steigern. Die Staatsausgaben würden sowohl zusätzliches Einkommen auf dem Wege über den Konsum schaffen als auch private Investitionen; das Haushaltsdefizit, das die Ausgaben möglich macht, führt nicht nur zu einem größeren Volkseinkommen, sondern auch zu einer größeren

Produktionskapazität. Obwohl das durch Defizitfinanzierung geschaffene Einkommen durch das Anwachsen der Staatsschuld aufgewogen wird, nimmt man an, daß neue Ersparnisse, die aus dem gestiegenen Einkommen resultieren, die Staatsschuld aufwiegen werden. Es wird mit anderen Worten behauptet, daß das *deficit-spending* von den Ersparnissen finanziert werden kann, die es selbst geschaffen hat.

Mit der Annahme, daß die Gesamtsumme der folgenden Einkommenssteigerungen größer ist als der Gesamtbetrag des *deficit-spending*, erzeugt der Begriff des Multiplikators (durch Analogie zur Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) die Illusion, daß irgendein gegebener Betrag zusätzlichen Einkommens sich durch bloßes Wandern von einer Einkommensgruppe zu einer anderen selbst multiplizieren kann. In Wirklichkeit gibt es das natürlich nicht, wie auch eine Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes keine Veränderung seiner Qualität oder der Quantität der in ihm ausgedrückten Waren bedeutet. Dieselbe Geldmenge dient nur mehrfach Tauschtransaktionen von der Warenform zur Geldform und umgekehrt.

Die staatlich induzierte Investition fällt nicht vom Himmel, sondern repräsentiert Warenwerte in Geldform, die für andere Waren ausgetauscht werden sollen. Wenn eine Regierung eine Milliarde Dollar ausgibt, so ist dieser Betrag entweder in Form von Steuern angesammelt oder auf dem Kapitalmarkt geliehen worden. In jedem Fall stellt er das Äquivalent vorher produzierter Warenwerte dar. Wenn wir die unrealistische Annahme machen, daß die eine Milliarde Dollar für Konsumgüter aufgewandt wird, so müssen diese bereits vorhanden sein oder produziert werden, um die Transaktion möglich zu machen. Ihre Eigentümer oder Produzenten werden sie gegen den Geldbetrag tauschen. Wenn sie ihrerseits diese eine Milliarde Dollar für Konsumgüter ausgeben, geben sie nur aus, was sie in anderer Form schon besaßen und gegen Geld tauschten. Dasselbe gilt für alle folgenden Tauschtransaktionen. In jedem Fall sind die Waren schon vorhanden oder sie müssen produziert werden, um die Transaktion möglich zu machen. Es gibt keine Multiplikation des Einkommens durch die anfängliche Ausgabe selbst, obwohl neues Einkommen entstehen mag; nur insoweit die anfängliche Ausgabe zu einer Produktionssteigerung führt, kann sie das Einkommen steigern.

Alle Investitionen, ob privat oder öffentlich, steigern das Volkseinkommen, da sie die Gesamtproduktion steigern. Kapital kann jedoch nicht akkumuliert werden außer durch Profitabilität; keine Produktionssteigerung, die nicht auch eine Profitsteigerung ist, kann das Kapital wachsen lassen. Da sie nicht von der Profitabilität abhängt, kann



staatlich induzierte Produktion die gesellschaftliche Gesamtproduktion erweitern; aber sie kann nicht das Gesamtkapital erweitern. Doch ist vorstellbar, daß die Aufrechterhaltung einer gegebenen Produktionshöhe ohne Rücksicht auf Profitabilität allein schon einen Abwärtstrend aufhalten und sogar dabei behilflich sein kann, ihn umzukehren. Obwohl die Defizitfinanzierung der nichtprofitablen Produktion nur die wirtschaftliche Aktivität des Gesamtkapitals steigert, beeinflusst sie die Profitabilität solcher Einzelkapitale, die an der staatlich induzierten Produktion teilnehmen, und erlaubt die Akkumulation zinstragender Forderungen an den Staat. Das kann ein geschäftliches Klima schaffen, das der Wiederaufnahme privater Kapitalinvestitionen günstiger ist. Da jede Krise zu Anstrengungen führt, die Bedingungen für eine neue Prosperität zu schaffen, kann die Kombination von staatlichen und privaten Maßnahmen einen Abwärtstrend tatsächlich umkehren. (In der Tat wurde die Defizitfinanzierung zuerst als eine vorübergehende und begrenzte Maßnahme gegen die Depression vorgestellt, um das gesellschaftliche Elend zu mildern und den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten, der selbst als vorübergehendes Ereignis galt.) Da die Defizitfinanzierung die Arbeitslosigkeit vermindert und die Produktion steigert, kann sie unter besonderen Bedingungen eine Beschleunigung der privaten Investitionen herbeiführen. Wenn dies der Fall sein sollte, würde das Gesamteinkommen um mehr als das vergrößert, was durch *deficit-spending* verursacht ist; doch wäre diese »Multiplikation« eine direkte Folge der zusätzlichen profitablen Produktion, nicht der anfänglichen Ausgabe.

Die Defizitfinanzierung hat als »Regulator« der Wirtschaftstätigkeit allgemeine Anerkennung gefunden und wird weithin sowohl aus Überzeugung als auch Notwendigkeit praktiziert. Die verbleibende Ambivalenz gegenüber dem *deficit-spending* rührt aus der Tatsache, daß es eine gewisse Umverteilung der Einkommen einschließt, da Geldbeträge in nicht-profitable Produktionsbereiche geleitet werden. Obwohl der Mangel an privaten Investitionen infolge unzureichender Profitabilität diese Beträge vom kapitalistischen Gesichtspunkt aus nutzlos gemacht hatte, werden sie dennoch mißbraucht, wenn sie für nicht-profitable Unternehmen verwandt werden. Denn Kapital fungiert als solches nur, insoweit es Profit bringt. Wie hoch immer die Profitraten sein mögen, je mehr vom gesellschaftlichen Gesamtkapital in nicht-profitabler Produktion beschäftigt ist, desto geringer ist der Gesamtprofit des Gesamtkapitals. Wenn der Gesamtprofit auch keinesfalls ohne staatliche Aufwendungen größer wäre, kann er doch nicht durch diese gesteigert werden. Von der größeren - sowohl profitablen als auch nicht-profitablen -

Gesamtproduktion fällt nun ein größerer Teil sozusagen in die Konsumsphäre, und ein entsprechend kleinerer Teil kann als zusätzliches profitbringendes Kapital kapitalisiert werden.

Die Veränderung der Beschäftigtenzahl, die durch staatlich induzierte Produktion bewirkt wird, verringert die Profitabilität des Gesamtkapitals relativ zur Größe der gesellschaftlichen Gesamtproduktion. Diese sinkende Profitabilität enthüllt sich in der anwachsenden Staatsschuld, die wiederum den Niedergang der privaten Kapitalbildung trotz oder wegen der Produktionssteigerung anzeigt. In der bürgerlichen Wirtschaftstheorie gleicht das Bruttosozialprodukt oder die aggregierte Nachfrage der Summe von Konsumtion, Investition und Staatsausgaben. Staatliches *deficit-spending* bildet jedoch keinen Teil der wirklichen aggregierten Nachfrage, sondern ist eine bewußte Maßnahme, damit über sie hinaus produziert werden kann. Sicherlich befassen sich die Geschäftsleute nicht mit der Natur der Nachfrage, die sie befriedigen. Für sie macht es keinen Unterschied, ob sie von Privaten oder vom Staat herrührt. Ebenso kümmern sich die Finanziere nicht darum, ob die Regierung oder Privatunternehmen Darlehen aufnehmen, solange sie sicher sind und die gewünschten Zinsen erbringen. Und für den einzelnen ist es kein Unterschied, ob er vom Staat oder von Privatunternehmen beschäftigt wird, ob er Waren für den Markt oder für den »öffentlichen Konsum« herstellt. In der Praxis wird zwischen öffentlichem und privatem Sektor der Wirtschaft nicht unterschieden; in beiden Sektoren sind alle Transaktionen Geldtransaktionen, die die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse verschleiern. Vom Standpunkt des einzelnen aus mag staatlich induzierte Produktion nicht weniger lukrativ und bedeutsam sein als Produktion für den Markt; und die Akkumulation der staatlichen Verschuldung erscheint ihm als Akkumulation privater Forderungen an den Staat, die der Akkumulation von Geld und Kapital gleichwertig ist.

*Deficit-spending* bedeutet Ausgaben, die aus dem Verkauf von staatlichen Schuldverschreibungen finanziert werden. Wie der Konsum im allgemeinen, trägt die »öffentliche Konsumtion« zur Kapitalbildung nichts bei. Die Kosten der Verschuldung, d. h. die den Inhabern der Schuldverschreibungen gezahlten Zinsen, müssen aus den Profiten des sich relativ verkleinernden privaten Sektors der Wirtschaft kommen. Die Zinszahlung transferiert einen Teil der Profite vom produktiven zum Leihkapital. Aber während in der privaten Kapitalproduktion die Zinsen immer ein Teil des realisierten Profits darstellen, hat der den Besitzern von staatlichen Schuldverschreibungen gezahlte Zins kein Gegenstück im Profit, da er auf Kapital gezahlt wird, das keinen Pro-

fit bringt. Die wachsende staatliche Verschuldung und ihre Zinslast kann nicht zum Gesamteinkommen, das sowohl durch öffentliche als auch private Produktion bestimmt ist, in Beziehung gesetzt werden, sondern nur zu dem Teil des Ganzen, der nicht auf dem Wege der Defizitfinanzierung in die Wirtschaft hineingepumpt wurde. Letzterer Teil fällt aus der Wirtschaft als profitproduzierendem System heraus. Er erzeugt Einkommen, aber da er unprofitabel ist, kein besteuertes Einkommen; deshalb kann er gegenüber der Staatsschuld nicht als kompensierender Faktor angesehen werden.

Was tut die Regierung tatsächlich, wenn sie Arbeitskräfte und ungenutztes Kapital zur Produktion von nicht tauschbaren Gütern zusammenbringt? Steuern sind ein Teil des über Markttransaktionen realisierten Einkommens; wenn sie vom Kapital erhoben werden, reduzieren sie seine Profite, ganz gleich, ob diese Profite konsumiert oder in zusätzliches Kapital investiert worden wären oder nicht. Wenn nicht, würde nutzloses Kapital in seiner Geldform als privater Schatz existieren. Als solcher kann er nicht kapitalistisch fungieren; aber das kann er ebensowenig, wenn er von der Regierung dazu benutzt wird, um öffentliche Arbeiten und Produktion für Verschwendung zu finanzieren. Anstelle einer kapitalistisch nutzlosen Geldhortung gibt es dann eine kapitalistisch nutzlose Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Dennoch besteht eine Differenz: Während die Kapitalisten ohne Besteuerung im Besitz eines Geldschatzes wären, wird durch Steuererhebung für öffentliche Ausgaben Kapital tatsächlich im Maße der sonst möglichen Schatzbildung »enteignet«.

Vom Kapital erhobene Steuern fließen in Form staatlicher Aufträge zu den Kapitalisten zurück, wenn sie für entsprechende Zwecke verwendet werden. Die aus diesen Aufträgen resultierende Produktion wird von den Kapitalisten durch ihre Steuern bezahlt. Wenn sie ihr Geld durch Aufträge des Staates zurückbekommen, versorgen die Kapitalisten dafür den Staat mit einer äquivalenten Menge von Produkten. Diese Produktmenge »expropriert« der Staat. Ihr Umfang bestimmt das Maß, zu dem die Produktion nicht mehr Kapitalproduktion ist; das Anwachsen der Produktion vermittelt Besteuerung zeigt den Niedergang des Kapitalismus als profitbestimmtem privatwirtschaftlichen System an. Dieser Produktionstyp ist nicht nur nicht profitabel, er wird auch nur durch denjenigen Teil der gesellschaftlichen Gesamtproduktion möglich gemacht, der noch genügend profitabel ist und genug Steuern erbringt, um die staatlich induzierte Produktion auszudehnen. Mit sinkender Profitabilität wird es immer schwieriger, die Produktion auf diese Weise auszuweiten.

Der Staat kann jedoch zusätzliche Mittel leihen. Diese fließen ebenfalls zu den Kapitalisten zurück. Die Aufwendungen für staatlich induzierte Produktion summieren sich teilweise als Staatsschuld auf. Die wachsende Verschuldung wird für ziemlich harmlos gehalten, solange das Volkseinkommen schneller steigt als die Verschuldung. Die wachsende Staatsschuld wird außerdem deshalb gewöhnlich mit dem wachsenden Volkseinkommen verglichen, um die Behauptung zu untermauern, daß Defizitfinanzierung von einem wachsenden Volkseinkommen begleitet sein wird. Diese Behauptung stützt sich aber auf eine merkwürdige Art der Berechnung, denn, um es zu wiederholen, die wachsende Staatsschuld kann nicht auf das gesamte Volkseinkommen bezogen werden, sondern nur auf den Teil des Ganzen, der nicht durch die Regierung in die Wirtschaft hineingepumpt wurde. Dadurch daß eine *Ausgabe* als *Einkommen* gezählt wird, entsteht die Illusion, daß die wachsende Staatsschuld von einem steigenden Volkseinkommen neutralisiert wird.

Wenn die Staatsschuld nicht tatsächlich durch zusätzliches Einkommen im privaten Sektor der Wirtschaft abgedeckt wird - d. h. *zusätzliches Einkommen gesondert von dem, das von der Regierung in die Wirtschaft hineingepumpt wurde* - bleibt das aus letzterer Prozedur abgeleitete »Einkommen«, soweit es das Kapital betrifft, nur eine Staatsausgabe. Die Verwendung produktiver Ressourcen in Privatbesitz für nicht-profitable Zwecke stellt eine partielle »Expropriation« von Kapital dar. Das »exproprierte« Kapital war nicht länger fähig, zu seinem eigenen Nutzen im eigenen Namen zu fungieren, aber das hindert die Kapitalisten nicht daran, eine Entschädigung dafür zu verlangen, daß der Staat *ihre* produktiven Ressourcen verwendet, obwohl die Möglichkeit, die Staatsschuld zu begleichen, von der künftigen Profitabilität des Privatkapitals abhängt. Wenn diese Profitabilität sich nicht einstellt, kann die Schuld nicht bezahlt werden, und das zusätzliche Einkommen von heute wird zum Verlust von morgen.

Der private Sektor der Wirtschaft muß für den laufenden Bedarf des Staates *und* wegen der Kosten der Staatsschuld besteuert werden. Ein größerer Teil seiner Profite wird weggesteuert und ein entsprechend kleinerer Teil kann kapitalisiert werden. *Deficit-spending* wurde in erster Linie wegen einer unzureichenden Rate des Kapitalwachstums angewandt. Während Besteuerung diese Rate nicht steigern kann, kann sie die nicht-profitable Produktion steigern. Eine Erhöhung der Steuern wird durch Produktivitätssteigerungen möglich, die nun eher der staatlich induzierten Produktion als der privaten Kapitalakkumulation nützen. Anstatt kapitalisiert zu werden, löst sich ein

wachsender Teil des gesellschaftlichen Profits in zusätzlichen Staatsausgaben auf.

Wenn es nicht von einer bedeutenden Expansion des privaten Kapitals begleitet wird, steigert das Wachstum der Produktivität nur die Kapazität für nicht-profitable staatlich induzierte Produktion, d. h. die Fähigkeit der Regierung, zu besteuern und zu leihen. Offensichtlich kann nur ein Teil des Volkseinkommens durch Steuern oder Darlehen abgeschöpft werden. Doch haben sich die nicht-profitablen Sektoren der Wirtschaft in allen kapitalistischen Ländern ständig ausgedehnt. In den USA wuchsen sie beispielsweise von 12,5 % des Bruttosozialprodukts im Jahre 1929 auf 27,3 % im Jahre 1963. Wenn dieser Trend andauert, muß eine Zeit kommen, in der der nicht-profitable Sektor den profitablen überwiegt und damit den Bestand des letzteren gefährdet. Es muß also eine Grenze für die Expansion des nicht-profitablen Teils der Wirtschaft geben. Wenn diese Grenze erreicht ist, müssen Defizitfinanzierung und staatlich induzierte Produktion als Maßnahmen gegen die sozialen Folgen einer sinkenden Akkumulationsrate zu einem Ende kommen. Die keynesianische Lösung wird sich als Scheinlösung enttönen, die zwar den widersprüchlichen Verlauf der Kapitalakkumulation, wie er von Marx vorausgesagt wurde, aufschieben, ihn aber nicht verhindern kann.

Die staatlich induzierte Produktion ist also durch die Grenzen der privaten Profitproduktion selbst begrenzt. Weiterreichende Eingriffe in die Wirtschaft setzen Regierungen voraus, die willens und fähig wären, die gesellschaftliche Herrschaft des Privatkapitals zu zerstören und über die gesamte Wirtschaft Kontrolle auszuüben. Deshalb sehen selbst die Befürworter einer kompensatorischen Fiskalpolitik das kontinuierliche schnelle Wachstum der Steuern und der Staatsschuld mit einiger Besorgnis. Aber solange Staatsausgaben nur ungenutzte produktive Ressourcen und nicht die Masse von Kapital und Arbeit betreffen, die immer noch profitabel beschäftigt werden kann, wird die nicht-profitable Produktion für besser gehalten als eine sonst bestehende Krisenursache. Man hofft, daß die Produktion vermittels staatlicher Defizitfinanzierung immer der kleinere Teil der gesellschaftlichen Gesamtproduktion bleiben wird, eher Hilfe als Hindernis für die weitere Expansion des Privatkapitals. Aber die staatlich induzierte Produktion zu begrenzen, um die Marktstruktur nicht zu zerstören, trägt natürlich dazu bei, die Wirksamkeit der Staatseingriffe zu schmälern und die kapitalistische Entwicklung früher oder später einmal mehr den Wechselfällen des Konjunkturzyklus und vielleicht permanenten Krisen auszusetzen.

Wie schon gesagt, erwartete Keynes die Wiederkehr von Vorkriegsverhältnissen nach dem Zweiten Weltkrieg; er starb, bevor seine Vorschläge, wie Vollbeschäftigung erreicht werden könne, zur Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Staaten wurden. Vielleicht wäre die Art und Weise, in der seine Theorie in Praxis umgesetzt wurde, nicht nach seinem Geschmack gewesen; doch die Praxis bewies, daß selbst im »reifen« Kapitalismus die Beschäftigung durch staatliche Initiativen gesteigert werden kann. Es gab jedoch seit Kriegsende kurze Krisen (oder Rezessionen, wie sie nun genannt werden); Vollbeschäftigung war eher die Ausnahme als die Regel. Dies hat viele Besorgnisse und häufige Mahnungen ausgelöst, daß »all die strukturellen Veränderungen und neuen Erscheinungsweisen der Bewegung von Preisen und Produktion uns nicht dazu verleiten sollten, voreilige Schlüsse aus dem Verschwinden des alten (Konjunktur-) Zyklus zu ziehen'«. In keynesianischer Sicht ist die Wiederkehr von Krisen dadurch bedingt, daß eine Regierung die keynesianischen Heilmittel nicht mit genügender Entschiedenheit anwendet und es besonders vernachlässigt, den Hang zum Verbrauch durch eine geplante Umverteilung des Einkommens zugunsten der ärmeren Schichten zu steigern. Ständig werden Vorschläge gemacht, um die sogenannten »eingebauten Stabilisatoren« zu verstärken, d. h. die monetären und fiskalischen Reaktionen auf entstehende wirtschaftliche Ungleichgewichte, die die gesellschaftliche Nachfrage und die Beschäftigung steigern sollen.

Es gibt zwei Flügel keynesianischer Wirtschaftstheorie, einen konservativen und einen radikalen. Keynesianische Wirtschaftswissenschaftler, die *kein* öffentliches Amt haben, empfehlen im allgemeinen eine Steigerung der öffentlichen Arbeiten durch wachsende Staatsausgaben und ein allgemeines Wachstum des Lebensstandards, bis Vollbeschäftigung erreicht ist - selbst wenn dies Staatseingriffe bedeuten würde, wie sie sonst nur unter Kriegsbedingungen vorkommen. Keynesianische Ökonomen *mit* öffentlichem Amt bekennen sich im allgemeinen ebenfalls zu diesem Ziel, hoffen es aber mit weniger drastischen Maßnahmen zu erreichen, d. h. eher durch eine Stärkung als durch eine Schwächung der Privatwirtschaft. Die »radikalen« Keynesianer betrachten die Regierung anscheinend als unabhängige und neutrale Macht, die nur mit dem Wohlergehen der Gesellschaft beschäftigt ist und die Fähigkeit besitzt, zu diesem Zweck Maßnahmen zu ergreifen. In Wirklichkeit hat keine Regierung die Absicht, die bestehenden gesellschaftlichen

5 E. Lundberg (Hrsg.), »The Business Cycle in the Post-War World«, New York 1955, S. XV.

Verhältnisse zu ändern, und deshalb wird keine jenen Grad der »Sozialisierung« verwirklichen, der notwendig ist, um den Traum der »radikalen« Keynesianer zu erfüllen.

Die Forderung nach einer Erhöhung der Kaufkraft der unteren Einkommensschichten berücksichtigt nicht die Tatsache, daß der »reife« Kapitalismus selbst als »gemischtes Wirtschaftssystem« immer noch ein profitproduzierendes System ist. Während die wirkliche oder mögliche Produktionskapazität dieses System eine Produktion von »Überfluß« erlaubt, bleibt es im Hinblick auf den Profitbedarf eine »Mangelwirtschaft«. Weil im Kapitalismus die Produktion nützlicher Dinge nur ein notwendiges Medium für die Produktion von Profiten und die Vergrößerung des Kapitals darstellt, wird der Erfolg oder das Versagen des Systems nicht am Überfluß oder am Mangel von Waren gemessen, sondern an der Profit- und Akkumulationsrate.

Löhne sind »Produktionskosten«. Jede Lohnerhöhung ohne eine entsprechende Erhöhung der Arbeitsproduktivität vermindert die Profitabilität des Kapitals. Die Löhne steigen im Kapitalismus nur, wenn die Kapitalbildung rasch verläuft. Kapitalbildung bedeutet einen Überschuß der Produktion über die Konsumtion. Sie kann zu einer gesteigerten Konsumtion führen und tut das im allgemeinen auch, aber die Konsumtion selbst kann nicht zu Kapitalbildung führen. Jede Kapitaleinheit, ob groß oder klein, muß versuchen, ihre Produktionskosten auf einem Minimum zu halten, um das Profitmaximum zu erreichen. Extraprofite durch Monopolisierung und Preismanipulation verschärfen den Wettbewerb zwischen den weniger privilegierten Kapitaleinheiten und transferieren Profite von den schwächeren zu den stärkeren Unternehmen. Wenn auch eine partielle Flucht aus dem Wettbewerb einige Unternehmen vor einer ständigen und drückenden Sorge um die Produktionskosten bewahrt, vergrößert sie diese Sorgen für andere Unternehmen. Auf lange Sicht wird natürlich der daraus folgende Niedergang der Profitabilität der mehr im Wettbewerb stehenden Unternehmen auch den Profitbetrag vermindern, der zu den weniger konkurrierenden Kapitalen transferiert wird. Solange Wettbewerb vorherrscht, wird er sich um die Produktionskosten zentrieren und damit die Löhne so bestimmen, daß sie nicht größer sein können, als es mit der Profitabilität eines Unternehmens vereinbar ist. In dem Maße wie größere Profitabilität durch Profittransfer über den Markt- und Preismechanismus erreicht wird, beruhen höhere Löhne in einigen Unternehmen auf entsprechend niedrigeren in anderen. So wie der gesellschaftliche Gesamtprofit nicht durch die »Ungleichheit« der Profitverteilung gesteigert werden kann, bleiben die Gesamtlöhne zu

irgendeiner Zeit so hoch wie sie sind, gleichgültig wie sie unter die verschiedenen Gruppen der arbeitenden Bevölkerung verteilt sein mögen. Die staatliche Festsetzung der Löhne setzt voraus, daß die Regierung die Profite bestimmt und umgekehrt; beides ist innerhalb der Marktwirtschaft unmöglich (abgesehen von Besteuerung), ob sie nun »gemischt« ist oder nicht. Die Forderung, daß der Hang zum Verbrauch über höhere Löhne gefördert werden solle, läuft auf das Verlangen hinaus, mit der Marktwirtschaft Schluß zu machen. Wenn sie ernst genommen wird, würde sie eine zentralisierte Kontrolle der gesamten Wirtschaft und die Planung ihrer Produktion, Konsumtion und Expansion erfordern. Der Hang zum Verbrauch verändert sich mit der Fähigkeit zur Akkumulation von Kapital. Deshalb befinden sich staatlich manipulierte Lohnerhöhungen nicht unter den verschiedenen »eingebauten Stabilisatoren« des gemischten Wirtschaftssystems, und der niedrigste Lohn bildet immer den Standard für die staatliche Mindestlohngesetzgebung.

Jedes Anwachsen des Hangs zum Verbrauch, das durch Umverteilung der Einkommen zugunsten der ärmeren Schichten erreicht wird, sollte sich in den Einkommensstatistiken niederschlagen. Es wird nun allgemein zugegeben, daß sich in der vorkeynesianischen Wirtschaft die Verteilung der Einkommen zwischen den verschiedenen Klassen trotz wachsender Löhne nicht veränderte. Man behauptet aber, daß es in der keynesianischen Wirtschaft eine Tendenz gebe, die Einkommen so zu verteilen, daß die ärmeren Schichten begünstigt werden. Diese statistische Tendenz bezieht sich auf das sogenannte *Realprodukt*, also denjenigen Teil des Bruttosozialprodukts, der das für Konsum und Ersparnis verfügbare Einkommen repräsentiert. Hier ist in einigen Ländern das den Kapitalisten insgesamt zufallende Einkommen im Verhältnis zu demjenigen, das den Arbeitern insgesamt zufällt, gesunken. Da es jetzt infolge des Konzentrationsprozesses weniger Kapitalisten und mehr Lohn- und Gehaltsempfänger gibt als zuvor, ist dies nicht überraschend; besonders nicht unter den Bedingungen einer annähernden Vollbeschäftigung. Diese statistische Verschiebung verfügbaren Einkommens von »Kapital« zu »Arbeit« sagt insgesamt wenig über das Verhältnis zwischen Löhnen und Profiten aus; und das um so weniger, als die Verringerung des Anteils der Kapitalisten bis zu einem gewissen Grade ihren Praktiken der Steuerhinterziehung geschuldet ist. Statt Dividenden versteuern zu müssen, investieren sie lieber unverteilte Gewinne in der Hoffnung, gegenwärtige »Verluste« an direkt verfügbarem Einkommen zu einem günstigeren zukünftigen Zeitpunkt wiederzugewinnen. Amerikanische Untersuchungen jüngerer



Datums haben ergeben, daß die Verteilung des Volkseinkommens sich nicht geändert hat, obwohl die Löhne gestiegen sind. Es gab Verschiebungen innerhalb der höheren Einkommensstufen, die zum Teil zweifellos die Expansion des öffentlichen Sektors der Wirtschaft auf Kosten des privaten widerspiegeln. Jedoch wird die Lücke zwischen Produktion und Konsumtion trotz dieser Verschiebungen und im Hinblick sowohl auf die private als auch die öffentliche Produktion breiter, nicht enger. Weil ein wachsender Teil der gesellschaftlichen Produktion **nicht**-profitabler Natur ist, erscheint der Niedergang der privaten Kapitalproduktion als Umverteilung der Einkommen, ohne jedoch den Hang zum Verbrauch zu steigern, am wenigsten durch höhere Löhne. Soziale Wohlfahrtsmaßnahmen wie etwa Arbeitslosenversicherung und Gesundheitsvorsorge werden ebenfalls dem herrschenden keynesianischen Geist zugeschrieben, obwohl die meisten von ihnen schon unter dem *laissez-faire* aufkamen. Sie haben nichts mit irgendeiner Art von Umverteilung zu tun, selbst wenn sie in einigen Ländern immer noch von besonderen Interessen her als antikapitalistische Maßnahmen bekämpft werden. Sie sind nur »sozial« insofern sie Gesetz geworden sind; daher fördern sie den Trend zu wachsender staatlicher Kontrolle über das gesellschaftliche Leben. Sie erhöhen nicht das Einkommen der Arbeiter; denn die Arbeiter zahlen weit mehr an Steuern und Beiträgen zu den verschiedenen Wohlfahrtsfonds, als für Wohlfahrtszwecke aufgewandt wird. In den USA haben beispielsweise »die Wohlfahrtsausgaben... an der Struktur der Einkommensungleichheit nichts geändert und den Lebensstandard der unteren Einkommensklassen nicht weiter gehoben, als es der Fall gewesen wäre, wenn diese keine Bundessteuern hätten zahlen müssen<sup>6</sup>«.

Weil das Profitprinzip die Verteilung überschüssiger Produkte über das Lohnsystem ausschließt, wächst die überschüssige Produktion in Form der Produktion für Verschwendung. Die staatliche Förderung der Produktion durch Subventionierung besteht vorwiegend in »Verteidigungs«ausgaben, »Bildung von Rüstungskapital« und Aufwendungen für Atom- und Weltraumtechnologie, die auf anderen Gebieten nicht angewandt und nicht direkt kommerziell ausgewertet werden kann. Dieser Produktionstyp leitet Arbeitskraft, Materialien und Maschinen in Produkte ab, die politisch-militärischen Zwecken dienen. Wenn sie nicht benutzt werden, haben sie überhaupt keine Funktion. Diese Produktion kann weder das profitproduzierende Kapital ver-

6 Gabriel Kolko, »Besitz und Macht. Sozialstruktur und Einkommensverteilung in den USA«, edition suhrkamp 239, Frankfurt/M 1967, S. 48.

größern, noch der allgemeinen Wohlfahrt dienen, im Unterschied zu anderen öffentlichen Arbeiten wie Bau von Schulen und Straßen, Anlage von Parks etc. Da ein so großer Teil der staatlich induzierten Produktion den angeblichen »Verteidigungs«bedürfnissen der Nation dient, tritt das Militär als dritter Partner bei der Bestimmung über die öffentlichen Fonds auf den Plan. Die Existenz eines »militärisch-industriellen Komplexes« spiegelt sich in der Tatsache wider, daß die Spitzenpositionen in Wirtschaft und Geschäftsleben weitgehend mit früheren Militärs besetzt sind. Sie sind ebenso wie Regierung und Privatunternehmertum an der Aufrechterhaltung der bestehenden Struktur der Wirtschaft und ihrer fortwährenden Profitabilität unter den Bedingungen relativer Kapitalstagnation interessiert.

## 15. Geld und Kapital

Die Keynesianer betrachten die Wirtschaft als Geldwirtschaft und vergessen leicht, daß sie eine *geldmachende* Wirtschaft ist. In ihren Augen erscheint Geld als bloßes Manipulationsinstrument, um eine ungenügende in eine ausreichende Produktion zu verwandeln. Ein übermäßiges monetäres Wachstum vermittelt Kreditausweitung und Defizitfinanzierung kann zur Inflation führen, so wie Kreditkontraktion und Geldmangel zur Deflation tendieren. Um beides zu vermeiden, muß es eine »richtige« Geldquantität geben; und es ist Aufgabe der Regierung, für diese »richtige Menge« zu sorgen. Fiskalische Maßnahmen (*fiscal policies*) sind in gewisser Weise auch monetäre Maßnahmen, da sie nur die »richtige Menge« Geldes so verteilen, daß wirtschaftliche Stabilität und Wachstum am ehesten gesichert sind. Um die Dynamik des gemischten Wirtschaftssystems zu verstehen, muß man jedoch das Verhältnis von Geld und Kapital verstehen.

Weit bis ins 19. Jahrhundert hinein hielten die einzelnen Länder an verschiedenen Metallgeldstandards fest - Silber, Gold oder beides zugleich. Die Edelmetalle wurden ursprünglich nicht nur als Tauschmedium, sondern auch als geeigneter und unzerstörbarer Schatz angesehen. Ob Gold oder Silber innerhalb der geldbenutzenden Wirtschaften produziert oder von Kolonisatoren und Abenteurern in Übersee beschafft wurde: die Nachfrage nach Gold war in vorkapitalistischen Zeiten im wesentlichen eine Nachfrage nach Geld. Der Reichtum des einzelnen wurde ebenso wie der der Nationen in Geldform geschätzt, das hieß in Gold und Silber. Geld wurde eher um seiner selbst willen angehäuft als für die Kapitalisierung in anderen Formen materiellen Reichtums. Der Kapitalismus paßte dieses merkantilistische Geldsystem seinen eigenen, andersartigen Zwecken an.

Wie Kapital ist Geld zugleich Geld und mehr als Geld. Die Kategorie Geld umfaßt nicht nur Gold, sondern auch alle anderen Waren, denn jede kann den Platz des Geldes dadurch einnehmen, daß sie ihren Warenwert als Geldwert darstellt. Die Kapitaleigner versuchen nicht, eine

bestimmte Ware - in diesem Fall Gold - aufzuhäufen, sondern die Geldwerte ihrer Kapitale zu akkumulieren, die jede physische Gestalt annehmen können. Geld selbst in der Form von Gold aufzuhäufen, würde ihnen über den Geldschatz hinaus nichts eintragen. Geld erbringt zusätzlichen Wert nur dann, wenn es in einem produktiven Unternehmen angelegt wird. Die kapitalistische Geldakkumulation setzt die Kapitalakkumulation voraus, selbst wenn diese eine ursprüngliche Geldakkumulation erfordert.

Kapital beschäftigt Arbeit: Wenn Geld als Kapital fungieren soll, muß es zunächst aufhören Geld zu sein und in Arbeitsmittel verwandelt werden, an denen Arbeiter beschäftigt werden können. Diese Arbeits- oder Produktionsmittel sind Waren mit einem Wert oder vielmehr Preis, der in Geld ausgedrückt wird. An sich sind diese Produktionsmittel so unproduktiv wie Geld in seiner Geldform. Sie werden nur innerhalb des Arbeitsprozesses produktiv. Die Arbeit reproduziert nicht nur das vorhandene Kapital und damit seinen Wert, ausgedrückt in Geld, sondern produziert auch einen Surplus, der die kapitalistische Produktion zur Kapitalbildung werden läßt. Dies wird wiederum dadurch in Geldform dargestellt, daß man den kapitalisierten Surplus zum vorher bestehenden Kapital hinzuzählt; aber das Hinzufügen von »Geld« impliziert das Hinzufügen von Produktionsmitteln in einem kontinuierlichen Prozeß der Kapitalexpansion.

Das akkumulierte Kapital repräsentiert Geldwerte, die nicht die Form von Geld haben, sondern von Waren und Kapital. Kapital wird nur allmählich reproduziert, denn die Produktionsmittel verlieren an Wert oder veralten nur über einen Zeitraum von einigen Jahren. Die allmähliche Entwertung des Kapitals wird in Abschreibungssätzen berechnet, die zusammen mit allen anderen Kosten zu den Warenpreisen addiert werden, die auf dem Markt realisiert werden sollen. Die auf dem Markt angebotenen Waren müssen mit Geld bezahlt werden, aber da die zu irgendeiner Zeit auf dem Markt ge- oder verkauften Waren nur einen Bruchteil des vorhandenen Gesamtkapitals ausmachen, muß nur ein Bruchteil des gesamten Reichtums der Gesellschaft in Geldform existieren.

Warentausch - oder die Zirkulation von Waren von einem Ort zum anderen - erfordert kein geldliches Medium. Er wird durch menschliche Arbeitskraft und die von ihr angewandten Transportmittel ausgeführt. Das Geld vermittelt und zirkuliert nicht Waren, sondern die ihnen anhaftenden Eigentumstitel. Der Produktions- und Zirkulationsprozeß realisiert sich jedoch nur vermöge dieser Eigentumstitel. Das macht keine besondere Art von Geld nötig; jedes Medium ist ge-

eignet, das die verschiedenen Forderungen und Gegenforderungen im Tauschprozeß bezeichnen kann. Als Geld tritt das Gold weder in die Produktion noch in die Konsumtion ein; deshalb erbringt bei seiner Produktion verausgabte Arbeit und verausgabtes Kapital keinen Mehrwert. Die Goldproduzenten selbst profitieren natürlich von der Goldproduktion, aber unter gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten stellt das monetäre Gold Zirkulationskosten dar. Daher bestand vom Beginn der kapitalistischen Entwicklung an die Tendenz, das materielle Tauschmedium durch ein ideelles zu ersetzen, d. h. statt Warengeld symbolisches Geld zu benutzen.

Die Entwicklung, die zur ziemlich allgemeinen Übernahme des Goldstandards führte, ließ auch gleichzeitig neue und verschiedenartige Kategorien von Tauschmedien entstehen, wie etwa Banknoten und Scheckgeld. Es gab also sowohl materielle als auch ideelle Zahlungsmittel; letztere wurden zu ersteren durch eine Goldrücklage in Beziehung gesetzt, die als Sicherheit gegen die übermäßige Emission von Ersatzgeld diene. Mit der Ausbreitung von Kreditinstituten wurde das Monetarsystem immer komplexer. Bankkredite wurden zum hauptsächlichsten Zahlungsmittel, und das gewöhnliche Geld begann eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Man stellte sich vor, daß das Kredit- und Schuldensystem das Geldsystem überflüssig machen würde. Während der Begriff des Geldes, so wurde gesagt, von dem der Schuld abhängt - da jeder Verkauf von Gütern und Dienstleistungen durch das Intervall zwischen Kauf und Verkauf zu einer »Schuld« führt -, hängt der Begriff der Schuld nicht von dem des Geldes ab, denn eine Schuld kann durch eine andere ohne Rekurs auf Geld getilgt werden. Bankkredit kann also ohne Geld bestehen. Alle Schulden werden jedoch in Geldform berechnet, selbst wenn Zahlungen per Scheck gemacht und empfangen werden, und diese Schecks sich im Bankclearing ausgleichen. Aber diese Transaktionen schließen andere im Produktions- und Tauschprozeß ein, bei denen Geld als Tauschmedium dient. Darüber hinaus werden Geschäfte nicht deshalb getätigt, damit sich die Forderungen der Geschäftsleute gegenseitig decken, sondern um Profit zu machen. Die Einnahmen müssen höher als die Ausgaben sein. Jedes quasi-monetäre Zahlungssystem ist nur ein Instrument, um das Geldmachen zu erleichtern. Im Kredit- und Schuldensystem eine Geldform zu sehen, heißt Geld nur als Tauschmedium sehen. Obwohl der kapitalistische Tausch ein Tausch von Waren und von Dienstleistungen ist, die als Waren behandelt werden, ist Geld hier mehr als ein Tauschmedium, weil der Warentausch selbst nur ein Mittel zur Vergrößerung des Kapitals ist.

Der Reichtum der Nationen und das Eigentum der einzelnen können in Geld und in Form physischen Besitzes ausgedrückt werden. Aber sie existieren nicht zweimal, einmal als reales Eigentum und einmal als Geld. Man kann entweder das eine oder das andere haben. Ein Unternehmen kann für einen bestimmten Geldbetrag ge- und verkauft werden. Geld ist hier nicht ein Tauschmedium, sondern wird selbst gegen Eigentum getauscht; es ist das Äquivalent realer Dinge. Um tauschbar zu sein, kann Geldvermögen nicht von Realvermögen differieren. Im Hinblick darauf ist es nicht korrekt zu sagen, daß Bankkredit ohne Geld bestehen kann, denn er wird für eine Sicherheit gewährt, die Geld repräsentiert, selbst wenn dieses »Geld« im Augenblick die Form von realem Eigentum hat.

Im Kapitalismus existiert Geld als Kapital, das in fixer oder »liquider« Form erscheint. In seiner »liquiden« Form kann es die Gestalt von Warengeld (Gold) oder Papiergeld haben, das entweder Gold oder irgendeine andere Waren repräsentiert, die materiellen Reichtum enthält. Beide fungieren gleichermaßen gut bei der Regelung von Tauschbeziehungen zwischen Unternehmen. Aber dies ist nur deshalb der Fall, weil das reale Geld ebenso wie das Quasi-Geld zugleich durch reale Kapitalwerte abgedeckt ist. Wo keine realen Kapitalwerte vorhanden sind, gilt das Kreditgeld nicht. Natürlich gibt es immer das Risiko, daß scheinbar reale Werte, die als Sicherheit für Kreditgeld gewährt worden sind, sich als nicht real herausstellen; in diesem Fall werden Gerichte die auf »Quasi-Eigentum« basierenden Schulden schließlich zu regeln haben.

Hinter Geldtransaktionen stehen die Kapitalwerte von Unternehmen, und zwar nicht nur als geldlicher Ausdruck, sondern auch als materielle Einheiten in Warenform. Die lohn- (und gehaltsabhängigen) Schichten verfügen in der Regel über keine derartige Sicherheit. Aber sie können persönliches Eigentum besitzen, das ihnen erlaubt, in beschränktem Maße Geld zu borgen. Diese Schichten verkaufen ihre Arbeitskraft als Ware gegen Geld. Sie werden *nach* ihrer Arbeitsleistung in täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Intervallen bezahlt. Die schon geleistete Arbeit ist die Ware, die vergütet wird. Abgesehen von ihren Ersparnissen gleicht das Gesamteinkommen der Lohnempfänger sich mit dem Gesamtpreis der von ihnen gekauften Waren aus. Es handelt sich also um einen Tausch von Waren gegen Waren. Das diesen Austausch vermittelnde Geld ist ein bloßer Rechenbehelf und braucht daher keine Warenform zu haben.

Gewöhnlich wird der Wert des Geldes an seiner faktischen Verfügung über Waren und Dienstleistungen gemessen. Z. B. ist der Wert eines

Pfund Sterling oder Dollar durch das bestimmt, was man für ein Pfund oder einen Dollar kaufen kann. Damit ist noch nicht die Frage beantwortet, warum das so ist. Es muß etwas an einem Pfund oder Dollar geben, was übereinstimmt mit etwas an den Waren, die sie kaufen können. Vom Standpunkt der objektiven Werttheorie aus fällt die Antwort leicht. Wenn Gold Geld und Ware ist, sind die Produktionskosten für Gold, die in einem Dollar oder einem Pfund enthalten sind, gleich den Produktionskosten der Waren, die sie kaufen können — modifiziert natürlich durch die wechselnden Nachfrage- und Angebotsrelationen auf dem Markt.

Geld hat also in der Theorie einen Warenwert, der seinen Produktionskosten gleich ist. In Wirklichkeit ist dem nicht so. Der Warenwert des Goldes weicht von seinem Geldwert ab, obwohl die Geldbehörden für beide denselben Preis festsetzen mögen. Darüber hinaus entspricht das Warengeld nur einem Bruchteil der gesamten Geldmenge; selbst unter dem Goldstandard war nur ein kleiner Teil des zirkulierenden Geldes in Gold konvertierbar. In dem Maße wie Geld nicht die Form einer Ware hat, kann sein Wert nicht aus seinen Produktionskosten abgeleitet werden. *Sicherlich kann Papiergeld entsprechend den Produktionskosten* von Warengeld bewertet werden; aber jede solche Bewertung ist ein willkürlicher Akt. Und da gegenwärtig in den meisten Ländern das Papiergeld ohne oder ohne ausreichende Golddeckung ist, besitzt — zumindest national — das Geld Kaufkraft, ohne einen adäquaten Warenwert zu haben.

Da die Sucht nach Geld nur eine Sucht nach Kapital ist, spiegelt die moderne Geschichte des Geldes die Geschichte der Kapitalbildung wider. Warengeld wurde extensiver in einem früheren Stadium der kapitalistischen Entwicklung gebraucht, das durch ein weniger integriertes Produktions- und Marktsystem gekennzeichnet war. Das Kapital war weniger konzentriert und operierte weniger routiniert; die Intervalle zwischen Käufen und Verkäufen waren sporadischer als unter modernen Bedingungen. Die Leute zogen Metallgeld nicht nur deshalb vor, weil sie es gewohnt waren, sondern auch, weil die Kapitalakkumulation im allgemeinen die Hortung von Geld voraussetzte. Geld hatte seinen Wert zu behalten, was am ehesten gesichert war, wenn es seine Warenform behielt. Außerdem hatte Gold solange als Geldstandard gedient, daß es nicht ohne weiteres durch symbolisches Geld ersetzt werden konnte. Der Umlauf von Goldmünzen und die Garantie, daß Papiergeld in Gold umgewandelt werden konnte, schufen ein allgemeines Vertrauen in die Stabilität des Geldsystems und den Wert der Währung.

Die frühere Bevorzugung von Warengeld verbreitete sich international; der »Automatismus« des Goldstandards galt als »Regulator« der internationalen Tauschwirtschaft. Durch die Festsetzung des Goldpreises wurde der Wert der verschiedenen nationalen Geldeinheiten an ihre Goldwerte gebunden und miteinander verknüpft. Ein Dollar repräsentierte eine bestimmte Goldmenge, ebenso wie ein Pfund Sterling und andere Währungseinheiten. Wenn ein Pfund für vier Dollar gekauft werden konnte, so hieß das, daß der Goldgehalt von einem Pfund dem von vier Dollar entsprach. In Wirklichkeit stellt sich jedoch der Tausch von Währungen nicht so eindeutig dar, da die Preise mit dem Angebot und der Nachfrage auf dem Devisenmarkt fluktuieren. Der Devisenmarkt ist ein internationales Verrechnungssystem. Da die gegenseitigen Forderungen der Länder sich möglicherweise nicht entsprechen, werden sie durch Goldlieferungen ausgeglichen, um einen vollständigen, wenn auch vorübergehenden Ausgleich der Zahlungsbilanz zu erreichen.

Nur ein Teil des neu geschürften Goldes dient monetären Zwecken. Der andere - wahrscheinlich weniger als die Hälfte - wird in Industrie und Kunsthandwerk verwendet. Um den fixen Goldpreis zu erhalten, darf das Angebot an Gold die Nachfrage nicht übersteigen. Etwaige Überschüsse müssen für monetäre Zwecke aufgekauft werden, auch wenn es an sich nicht notwendig wäre. In jüngster Zeit mußte man Gold auf dem privaten Markt verkaufen, um seinen Preis zu stützen. Eine ständig wachsende Nachfrage nach Gold trieb den Goldpreis über das fixe Limit hinaus und zwang England und die USA dazu, einen gewissen Teil ihrer Goldbestände auf dem Londoner Goldmarkt zu verkaufen.

Wie das Geld selbst sollte der Goldstandard den internationalen Warenverkehr nicht in irgendeinem physischen Sinne erleichtern; vielmehr sollte er die Eigentumstitel ausdrücken und sichern, die den Waren und dem Kapital anhaften, das auf den Weltmarkt kommt. Die internationalen Geldtransaktionen mußten durch Warengeld abgedeckt werden, weil dies die einzig realistische Form war, in der Forderungen befriedigt werden konnten.

Der Goldstandard beruhte auf einer zwischenstaatlichen Vereinbarung während des /*aissez-/aire*-Kapitalismus; er stellte so einen bewußten Eingriff in den Marktmechanismus dar. Doch wurde er als selbstregulierendes System parallel zum Marktmechanismus begriffen. Der Goldstandard implizierte, daß die Zentralbanken der einzelnen Länder den Wert ihrer Währungseinheiten durch eine ausreichende Goldreserve zu den anderen Währungen *al pari* zu halten hatten. Eine



solche Goldreserve aufrechtzuerhalten, setzte der Schaffung von Kreditgeld bestimmte Grenzen. Der Goldstandard war also ein Instrument, um die Expansion und Kontraktion von Kredit und damit die inflationären oder deflationären Tendenzen, die sich in steigenden oder sinkenden Preisen ausdrücken, zu begrenzen. Eine Disparität zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt führte zu einem Goldabfluß von einem zum anderen Land; Gold floß aus Ländern mit einer schlechten Handelsbilanz in Länder mit einer guten. Man nahm an, daß der Abfluß von Gold die Wirtschaftstätigkeit in dem betreffenden Land verringern und somit zu Deflation und niedrigen Preisen führen würde, während der Zufluß von Gold die Wirtschaftstätigkeit stimulieren und damit zu Inflation und steigenden Preisen führen würde. Weil die Preise in goldverlierenden Ländern niedrig und in goldgewinnenden hoch sein würden, würde der Handel sich von letzteren auf erstere verlagern. Dies würde die Bewegungsrichtung des Goldes umkehren. Durch die Einwirkungen der Goldbewegung auf das Preisniveau sollte der Goldstandard als internationaler Gleichgewichtsmechanismus funktionieren.

Als »Gleichgewichtsmechanismus« erwies sich der Goldstandard jedoch als so unwirksam wie der Markt selbst. Der vermutete enge Zusammenhang zwischen Goldvorräten und inländischen Preisen bestand nicht; die Preise fielen oder stiegen nicht infolge der Goldbewegungen von einem Land zum anderen. Zuweilen hatten einige Länder eine anhaltend günstige Handels- und Zahlungsbilanz, während andere nicht in der Lage waren, trotz deflationärer Maßnahmen ihre ungünstigen Bilanzen zu überwinden. Jedenfalls wurde der Goldstandard im Ersten Weltkrieg praktisch dadurch beseitigt, daß der internationale Waren- und Kapitalmarkt unterbrochen und zerrüttet wurde. Die Regierungen liehen und emittierten Geld ohne jede Rücksicht auf ihre Goldreserven. Sie bezahlten notwendige Importe mit Gold, das sich in Ländern anhäufte, die verkaufen konnten. Nach dem Krieg gingen die Länder entweder gezwungenermaßen oder willentlich vom Goldstandard ab. Über Währungsinflationen wurden sie die enormen Schulden los, die sie während des Krieges gemacht hatten, und so konnten sie auch den Konsum niedrig halten, um ihre Industrien zu rekapitalisieren. In einigen Ländern drohte eine galoppierende Inflation die Wirtschaftstätigkeit zum Erliegen zu bringen; an diesem Punkt wurde sie natürlich durch monetäre Maßnahmen der Regierungen gestoppt, die das zirkulierende Medium mit genügender Stabilität versahen, damit es einmal mehr im Tausch- und Kapitalisierungsprozeß seine Rolle spielen konnte.

Es sollte klar sein, daß nicht die aus dem Zufluß von Gold folgende Verfügbarkeit von Kredit neue Investitionen herbeiführt und Bedingungen für eine Prosperität schafft, sondern die zu erwartende Profitabilität der Investitionen, die sich in der bestehenden Kapitalprofitabilität zeigt. Und nicht die Kontraktion des Kredits - die aus dem Goldabfluß folgt - führt zur Kapitalstagnation, sondern eine mangelnde Profitabilität des vorhandenen Kapitals, die keinen Anreiz für Neuinvestitionen bietet und damit die Nachfrage nach Krediten senkt. Eine zunehmende Kapitalisierung der Produktion steigert die Arbeitsproduktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit des erweiterten Kapitals. Wo die Krediterweiterung zu Kapitalinvestitionen führt, führt sie auch zu einer Verbilligung der Produktion im Verhältnis zur Produktion von Ländern mit einer niedrigeren Rate der Kapitalbildung. Da sie zu niedrigeren Preisen verkaufen können, drängen die produktiveren Länder auf die Märkte der weniger produktiven vor. Deshalb ist es nicht richtig, daß Krediterweiterung stets zur Preisinflation führen muß. Bei ausreichendem Produktivitätswachstum kann das Angebot die Nachfrage ausgleichen oder sogar übertreffen, und damit nicht nur verhältnismäßig hohe Preise steigen, sondern sie sogar senken. Anstatt Gold infolge ungünstiger Handelspositionen zu verlieren, können schnell expandierende Wirtschaften ihre Goldreserven und damit ihr Geldangebot entsprechend ihrer Kreditpolitik steigern. Bei einer sinkenden Profitabilität des Kapitals verringern sich sowohl die Investitionen als auch die Kredittransaktionen. Dies bringt nicht notwendigerweise eine Steigerung der Verkäufe ins Ausland mit sich, denn selbst die niedrigen Preise von Ländern mit schrumpfender Wirtschaftstätigkeit können immer noch durch die Preise der Länder erreicht werden, die eine höhere Produktivität in expandierenden Industriezweigen aufweisen. Also gibt es keinen Geldzufluß, der die Wirtschaftstätigkeit der relativ stagnierenden Länder stimulieren könnte. Darüber hinaus wurden mit der Errichtung des Weltmarkts Prosperität, Stagnation und Krise zu weltweiten Phänomenen. Sie beeinflussten zwar die einzelnen Länder in verschiedenem Maße, ließen aber keines unberührt. Alle kapitalistischen Länder tendierten dazu, in guten Zeiten den Kredit auszuweiten und ihn in schlechten zu verringern. Bei der Kreditexpansion bildete die Größe der Goldreserve jedes Landes die Grenze. In Krisenzeiten wurde auf die Goldreserve harte Druck ausgeübt, da dann die Nachfrage nach Investitionskrediten gering war. Die einzelnen Länder warteten einfach eine Wende der Entwicklung ab und traten in einen intensivierten Wettbewerb um Märkte und Gold.

Obwohl der Goldstandard enttäuschende Resultate brachte, wurde er nur widerstrebend und erst unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise aufgegeben. Aber da Warengeld immer noch notwendig war, um die internationale Zahlungsbilanz zu regeln, ersetzte man den Goldstandard durch einen Gold-Tauschmechanismus. Die zwischen den Ländern hin- und herfließenden Goldströme beeinflussen nun nicht mehr notwendigerweise die inländische Geldpolitik. Da Gold nun einfach als besondere Geldart, als internationales Geld angesehen wird, bestimmen seine Bewegungen nicht mehr die nationale Währungspolitik. Inflation und Deflation resultieren aus den Entscheidungen der Regierung, das Geld- und Kreditangebot zu erweitern oder zu verringern. Deshalb mißtrauen einige Anhänger der unbeschränkten Marktwirtschaft der gegenwärtigen Regelung und verlangen eine Rückkehr zum »Automatismus« des Goldstandards.

Weil jeder Niedergang der Wirtschaftstätigkeit sich als Geldkontraktion darstellt, glaubte man, daß er durch eine Verringerung des Geldangebots verursacht wäre, die wiederum daraus resultierte, daß der Kreditexpansion durch die Regeln des Goldstandards bestimmte Grenzen gesetzt waren. Wie wir uns erinnern, glaubte Keynes, daß der Goldstandard weitgehend für die Krisensituation nach dem Ersten Weltkrieg verantwortlich war. Er meinte, daß das liberale Argument gegen den Merkantilismus als ein System, das an eine sinnlose Anhäufung von Gold gebunden war, seine Kraft und seinen Sinn verlor, da gerade der Goldstandard des *laissez-faire* die inländische Prosperität unmittelbar abhängig machte von der wettbewerblichen Jagd nach und dem wettbewerblichen Appetit auf Gold. Denn bei striktem Festhalten am Goldstandard »steht den Behörden kein anderes orthodoxes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Inland zur Verfügung, als das Ringen nach einem Ausfuhrüberschuß und nach einer Einfuhr des geldlichen Metalles auf Kosten ihrer Nachbarn<sup>1</sup>«, wodurch sowohl der inländische Markt als auch der internationale Handel tendenziell eingeschränkt werden. Keynes empfahl, die nationale Geld- und Kreditpolitik von den Anforderungen des internationalen Goldstandards zu befreien.

Offensichtlich verhinderte der Goldstandard um die Jahrhundertwende keineswegs eine ziemlich rasche Kapitalbildung; und nach der Aufgabe des Goldstandards beschleunigte sich die Rate der Kapitalakkumulation nicht, sondern verringerte sich eher. Die Expansion und Kon-

<sup>1</sup> John Maynard Keynes, »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Berlin 1955, S. 29\$.

traktion der Kapitalproduktion hing also offenbar nicht vom Bestehen oder Nichtbestehen des Goldstandards ab.

In einer Wirtschaft mit wachsender Bevölkerung, wachsender Produktion und Produktivität wird auch die Geldmenge kontinuierlich anwachsen. Dies wird allerdings dadurch modifiziert, daß nicht-monetäre Formen des Tauschs angewandt werden und das Preisniveau infolge der Produktivitätssteigerung sinkt. Die Entwicklung des Bank- und Kreditwesens erhöhte die Geschwindigkeit des Kapitalbildungsprozesses. Nicht nur wurden weit verstreute Geldvorräte in großen Geldpools zentralisiert, sondern unter dem Mindestreservesystem stellten diese Pools die Grundlage für eine vielfältige Kreditausweitung dar. Während der Kredit eine schnellere Ausdehnung von Industrie und Handel ermöglichte, erlaubte und verlangte die expandierende Produktion wiederum eine Erweiterung des Kreditsystems. Diese Wechselwirkung führte dazu, daß das Warengeld immer mehr durch Kreditgeld ersetzt wurde.

Wenn die Banken willkürlich Kredit geben könnten, würde das Geld bald entwertet sein. Wenn die Geldmenge begrenzt ist, so ist es auch die Kreditausweitung. Bei beschränkter Goldzufuhr war das Angebot von Geld und Kredit ebenfalls beschränkt gewesen. Die Abkehr vom Goldstandard machte den Weg frei für eine unabhängige nationale Geldpolitik, die die Wirtschaftstätigkeit durch Kreditausweitung, Inflation und Defizitfinanzierung stimulieren konnte.

Während allgemein Übereinstimmung darüber herrscht, daß der Wert des Geldes sich an seiner Kaufkraft bemißt, werden die Faktoren, die diese Kaufkraft beeinflussen, unterschiedlich eingeschätzt. Am populärsten war die Vorstellung, daß Veränderungen des Geldvolumens zu Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus führen würden. Die Angebots- und Nachfrage-Theorie der Preise wurde so auf die Geldtheorie übertragen: Geldmengen wurden Warenmengen gegenübergestellt. Die Mengentheorie des Geldes schließt das Prinzip der Umlaufgeschwindigkeit ein, d. h. daß dieselbe Geldeinheit in mehr als einer Tauschtransaktion fungiert. Abgesehen von der historischen Tatsache, daß eine expandierende Wirtschaft auch ihr Geldangebot erweitert, verändert sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mit zu- oder abnehmender Wirtschaftstätigkeit. Wenn sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes tendenziell verringert, so zeigt dies eher reale Störungen des Marktes als monetäre Schwierigkeiten an, selbst wenn ein solcher Trend diese Störungen seinerseits verschärfen wird.

In der Mengentheorie des Geldes erscheint das Geld als eine unabhängige ökonomische Kraft, die die Expansion und Kontraktion der Wirt-

Schaftstätigkeit, das Steigen oder Fallen der Preise, das Wachstum und Schrumpfen des Einkommens bestimmt. In Wirklichkeit hängt das Wachstum von Produktion und Einkommen nicht vom Vorhandensein irgendeiner bestimmten Geldmenge ab. Preise sind nicht hoch oder niedrig, weil mehr oder weniger Geld zirkuliert, sondern mehr oder weniger Geld zirkuliert, weil die Preise hoch oder niedrig sind. Wenn sich alle Preise plötzlich verdoppelten, müßte der Geldvorrat ebenfalls verdoppelt werden, denn sonst könnte die Hälfte der zirkulierenden Waren nicht verkauft werden. Wenn alle Preise plötzlich um die Hälfte fielen, würde nur die halbe Menge Geldes benötigt, um den Markt zu leeren. Aber die Verdopplung der Geldmenge verdoppelt ebensowenig den Wert der Waren, wie ihre Halbierung auf die Hälfte herabsetzt. Die Preise für Waren und Dienstleistungen werden nicht durch die Menge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bestimmt, sondern bestimmen sie ihrerseits.

Natürlich würde, wenn das Geld ausschließlich Warengeld (d. h. Gold) wäre, seine Kaufkraft wie die anderen Warenpreise variieren. Eine kleinere oder größere Menge Geld würde sich mit einer kleineren oder größeren Menge anderer Waren austauschen. Eine Verknappung des Geldes würde seinen Wert im Verhältnis zu anderen Waren steigern, was zu einer vergrößerten Goldproduktion und damit zur Beendigung der Knappheit führen würde. Wenn die Goldproduktion nicht gesteigert werden könnte, so würde dies nur bedeuten, daß geringere Goldmengen größeren Mengen anderer Waren entsprechen müßten. Der Goldpreis ist jedoch fixiert, und das Geld, das nur an eine Mindestreserve von Gold gebunden war, ist gegenwärtig von seiner Goldbindung befreit. Unter diesen Umständen würde eine Vermehrung der Geldmenge über das Maß ihres »normalen« Wachstums bei wachsenden Markttransaktionen nur bedeuten, den Geldausdruck konstanter Warenwerte zu verändern. Bei einer »inflationären« Entwicklung würden alle Preise steigen, alle Waren höhere Zahlen auf ihren Preisschildern haben, ohne daß sich sonst etwas geändert hätte. Die Vergrößerung der Geldmenge hätte keinerlei Sinn.

Wenn jedoch unter inflationären Bedingungen einige Preise schneller steigen als andere, entsteht eine Situation, die Vor- und Nachteile hat. Natürlich fallen oder steigen einige Warenpreise immer im Verhältnis zu anderen infolge von Produktivitätssteigerungen oder Veränderungen der Marktsituation. Solche regulären Preisänderungen beziehen sich nicht auf inflationäre oder deflationäre Bedingungen, die eher das allgemeine Preisniveau beeinflussen als die Preise einzelner Waren. Dennoch verändern sich bei Inflation einige Warenpreise stärker als

andere; beispielsweise steigen die Löhne nicht so schnell an wie die Preise anderer Waren. Da die Löhne in den Preisen der Waren enthalten sind, die auf den Markt kommen, kann eine Lohnsteigerung unter inflationären Bedingungen durch schneller steigende Preise ausgeglichen werden. Die Preise der Waren werden festgesetzt, nachdem die in ihnen vergegenständlichten Kosten der Arbeitskraft festgesetzt oder bezahlt worden sind. Ein Steigen der Arbeitskosten kann daher ein noch schnelleres Steigen der Warenpreise nicht verhindern, so daß sich im Verhältnis zu den produzierten Waren die Kosten der Arbeitskraft verringern.

Auf diese Weise kann eine allgemeine Inflation einzelne Preise auf Kosten anderer steigern. Aber Vergrößerung und Verringerung der Geldmenge beeinflussen die Wirtschaftstätigkeit nur, insoweit die Einkommensverteilung verändert wird. Weil die Lohnbewegungen schwerfälliger sind als die der Warenpreise, führt Inflation zu höheren Profiten und damit zu einem schnelleren Umschlag von Gütern und einer höheren Rate der Kapitalbildung. Da sie das Beschäftigungsniveau aufrechterhält, ziehen selbst die Arbeiter eine Inflation der Deflation vor, die ausgedehnte Arbeitslosigkeit mit sich bringen könnte. Inflation begünstigt nicht alle Kapitalisten und schädigt diejenigen sozialen Schichten, die von fixen Einkommen leben. Es gibt also Gruppen, die an der Inflation interessiert sind, und andere, die sich ihr widersetzen; beide versuchen die monetären Maßnahmen der Regierung zu bestimmen.

Inflation wird gewöhnlich als eine Situation definiert, in der das Einkommen schneller steigt als das Realeinkommen, d. h. daß es im Verhältnis zu den verfügbaren Waren zuviel Geld gibt. Bei Vollbeschäftigung, so wird behauptet, kommt es zur Inflation, wenn die Ausgaben für Güter und Dienstleistungen schneller zunehmen als das mögliche Output. Unter dieser Annahme kann die Inflation entweder bewußt oder automatisch beendet werden - bewußt, wenn die zuständigen Behörden das Geldangebot verringern, oder automatisch, weil nach der bürgerlichen Wirtschaftstheorie die wachsende Nachfrage nach Geld den Zinssatz steigert, was wiederum den Expansionsprozeß verlangsamt.

Es ist offensichtlich, daß die Preise bei sinkendem Warenangebot steigen und bei einem Warenüberfluß auf dem Markt fallen werden, ganz gleich, wie hoch das Geldangebot sein mag. Bei gegebenen Einkommen bedeutet dies lediglich, daß die Leute zu einer Zeit mehr und zu einer anderen weniger kaufen können. Was einige dadurch verlieren, gewinnen andere. Die gesellschaftliche Nachfrage kann geringer sein

als das gesellschaftliche Angebot, aber außer als Wunschvorstellung kann sie nie größer sein. Eine Geldspritze bei begrenztem Angebot kann die tatsächliche Nachfrage nicht steigern; sie steigert nur die Preise der verfügbaren Waren. Das Angebot kann nur durch zusätzliche Produktion vergrößert werden; und diese hängt nicht von der Geldmenge, sondern von der Profitabilität des Kapitals ab.

Die Geldbehörden bestimmen durch ihre sich über das Bankensystem vermittelnden Entscheidungen die für Darlehen und Investitionen zur Verfügung stehende Geldmenge. Das Geldangebot ist politisch bestimmt und keinesfalls Ergebnis unkontrollierter wirtschaftlicher Entwicklungen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten können mit deflationären oder inflationären Mitteln gelöst werden. Beide entsprechen den kapitalistischen Prinzipien. Wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt das eine anstelle des anderen gewählt wird, so deshalb, weil es effektiver und politisch günstiger zu sein scheint.

Eine Periode extensiver Kapitalbildung muß nicht inflationär sein, wenn Produktivitätssteigerungen eine ausreichende Profitabilität sichern. Ebenso ist eine Stagnationsperiode nicht notwendigerweise deflationär. Gewöhnlich ist sie es jedoch deshalb, weil die vorangegangene Expansionsphase eine Kapitalmasse und Produktionskapazität zurückläßt, die für andere Verhältnisse zu groß ist. Der Überschuß bedeutet ungenutzte Kapazitäten und Arbeitskräfte; Preise brechen durch verschärften Wettbewerb zusammen; das ganze Wirtschaftssystem zieht sich zusammen. Durch eine größere Rationalisierung wird es allmählich restrukturiert, bis Bedingungen für eine profitable Kapitalexpansion wiederhergestellt sind. Da die Investitionen in Perioden der Depression zurückgehen (oder ganz aufhören), gibt es nicht nur ungenutzte Ressourcen, sondern auch ungenutztes Geld, d. h. Geld, das keine profitable Verwendung findet. Paradoxiertweise vermittelt dieses ungenutzte Geld (oder der ungenutzte Kredit) den oberflächlichen Eindruck einer allgemeinen Geldknappheit. Eine solche Situation verlangt nicht nach zusätzlichem Geld, sondern nach einer Wiederherstellung der Profitabilität, die den Anreiz zur Investition verstärken kann.

Inflation resultiert aus einer Geldpolitik, die die Profitabilität des Kapitals intern verbessern und damit seine externe Wettbewerbsfähigkeit fördern soll. Deflation, die denselben Effekt haben kann, war die in der Vergangenheit am meisten benutzte Methode zur Überwindung von krisenhaften Bedingungen. Nicht so sehr die Unterwerfung unter die Regeln des Goldstandards ließ die Wirtschaft schrumpfen; vielmehr erhielt der Deflationsprozeß selbst die Regeln des Goldstandards aufrecht. Mit anderen Worten: das Prinzip des *laissez-faire*, der

Nichteinmischung in die Wirtschaft, und der Glaube an »automatische Lösungen« für Wirtschaftskrisen erklären, warum früher nicht-monetäre Mittel vorgezogen wurden, um einen Zustand niedergehender Profitabilität zu bekämpfen. Nicht Geld, sondern Kapital selbst wurde entwertet und vernichtet, um für eine konzentriertere und produktivere Kapitalstruktur Platz zu machen. Die Reallöhne wurden ohne viel Rücksicht auf die sozialen Folgen gekürzt.

Aber die Krisen verloren ihre heilsame Wirkung oder wurden jedenfalls untragbar. Im 20. Jahrhundert war eine deflationäre »Erholung« der Wirtschaft nicht mehr möglich, weil sie das gesellschaftliche Gefüge zu sehr erschüttert hätte. Inflation wurde zum bevorzugten, wenn nicht unvermeidlichen Weg, um auf Depressionsperioden zu reagieren und ein Niveau der Wirtschaftstätigkeit aufrechtzuerhalten, das gesellschaftlicher Stabilität entsprach. Inflation variierender Stärke wird nun sowohl bei Vollbeschäftigung als auch bei Arbeitslosigkeit gebraucht - unter Verhältnissen der Stagnation wie der Expansion. Die Geldentwertung ist stetig und umfassend gewesen, obwohl ihre Rate in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich war. Wenn die Preise schneller steigen als das für den Konsum *bestimmte* Einkommen (besonders die Löhne), kann ein größerer Teil der Gesamtproduktion in zusätzliches Kapital verwandelt werden. Während diejenigen, die kein Kapital besitzen, durch die Geldentwertung betroffen werden, bewahren und vermehren die Kapitaleigner ihren Besitz durch denselben Prozeß, vorausgesetzt, sie sind dazu in der Lage, ihre Profite auf dem Markt zu realisieren. Da sich entwertendes Geld schneller ausgeben wird als stabiles, fördert die Inflation auch die Realisierung der Profite.

Die Abwertung einer nationalen Währung macht das Kapital nicht nur profitabler, sondern auch international wettbewerbsfähiger. Da alle unabhängigen Länder abwerten können, führt die Abwertung in einigen Ländern zur Abwertung in anderen. Am Ende ist es wieder die tatsächliche Kapitalstruktur und nicht die Geldstruktur, welche die relative Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Länder bestimmt.

Durch staatliche Käufe mit geliehenem Geld wird die Nationalschuld in Geld verwandelt und, mit Ausnahme des Teils, der davon erspart wird, vergrößert das die gesellschaftliche Nachfrage. Die Finanzierung durch Schulden war sowohl in Europa als auch in den USA mit Inflation verbunden. Die Kaufkraft des US-Dollar sank in den ersten zwölf Nachkriegsjahren um mehr als ein Drittel; die Gläubiger langfristiger Darlehen verloren einen Teil der Zinsen und des geliehenen Betrages. Wer ein mehr oder weniger fixes Einkommen hatte, wurde



geschädigt. Dieser Verlust kann kaum durch Lohnsteigerungen ausgeglichen werden, es sei denn, die Lohnraten basieren auf und bewegen sich mit dem Index der Lebenshaltungskosten, was eher die Ausnahme als die Regel darstellt. Die Geldentwertung wurde institutionalisiert und »einer institutionalisierten gemeinsamen Bestimmung durch den Staat und alle Bezieher privater Einkommen unterworfen, unter denen die finanziell potenten Privatunternehmen eine privilegierte Position einnehmen<sup>2</sup>«. Inflation stellt also nur eine weitere Form der Subventionierung des *big business* durch die Regierung dar. Sie ist eine der Techniken, mit denen Einkommen aus den Händen der Masse der Bevölkerung in die Hände der staatlich unterstützten Großunternehmen geleitet wird.

Staatseingriffe in die Marktwirtschaft sind in Kriegszeiten besonders ausgeprägt. Inflation wird dazu benutzt, um den Konsum durch eine Verringerung der Kaufkraft zu reduzieren, so daß ein größerer Teil der Gesamtproduktion für Kriegszwecke verwendet werden kann. In »Friedenszeiten« wird ein großer Teil der staatlich induzierten Produktion dazu benötigt, um eine niedergehende Rate privater Kapitalbildung zu kompensieren. Die Substitution einer ungenügenden Marktnachfrage durch staatlich induzierte Nachfrage ist ein inflationärer Prozeß gewesen. Dies widerspricht offensichtlich der Vorstellung, daß die Inflation aus einem im Verhältnis zum Warenangebot zu großen Geldangebot resultiere. In einer Wirtschaft, die staatlich induzierte Nachfrage braucht, kann die Marktnachfrage unmöglich das Angebot übersteigen.

Inflation hat unterschiedliche Wirkungen, je nachdem, ob sie die Kapitalexpansion fördern oder die staatlich induzierte Produktion finanzieren soll. Im ersten Fall verteilt sie die Einkommen so, daß es der Kapitalbildung dienlich ist; im zweiten stützt sie die Aufwendungen für die staatlich induzierte Produktion. Es wird allgemein angenommen, daß Staatsausgaben bei Vollbeschäftigung inflationäre Wirkungen haben, weil sie die Geldmenge im Verhältnis zur Menge produzierter Waren steigern. Es heißt, daß dies unter den Bedingungen von Arbeitslosigkeit und ungenutzten Ressourcen nicht der Fall ist, weil Staatsausgaben dann die unzureichende Nachfrage erweitern, ohne auf das Angebot Druck auszuüben. Unter solchen Bedingungen müßten Staatsausgaben nicht inflationär wirken. Da kompensatorische Ausgaben in einer Situation der Vollbeschäftigung jedoch nicht notwendig

\* P. K. Crosser, »State Capitalism in the Economy of the United States«, New York 1960, S. 104.

sind, brauchen wir den ersten Fall nicht zu berücksichtigen. Im zweiten beruht die Argumentation offensichtlich auf einem falschen Verständnis der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Obwohl die Regierungen willkürlich Geld schöpfen können, tun sie das innerhalb des Rahmens der Privatwirtschaft. Die Zentralbanken werden von den Regierungen dazu benutzt, das Geldangebot zu regeln. Sie können die Kreditfähigkeit der Handelsbanken dadurch verändern, daß sie den Diskontsatz (d. h. den Zinssatz, zu dem sie Geld an die Handelsbanken ausleihen) oder die Mindestreservesätze verändern und staatliche Schuldverschreibungen auf dem Kapitalmarkt kaufen oder verkaufen. Das Bankensystem insgesamt schafft zusätzliche Zahlungsmittel durch eine Änderung der Mindestreserven, die von der Zentralbank bestimmt wird. Banken sind somit sowohl Geschäftsunternehmen als auch gesellschaftliche Institutionen zur Schöpfung und Verteilung von Geld. Sie sind in der glücklichen Lage, sowohl als Geschäftsunternehmen als auch als die beauftragten Instrumente der Geldpolitik zu profitieren. Sie ziehen nicht nur aus dem bei ihnen angelegten Geld Gewinn und Zinsen, sondern auch aus den vielfältigen Beträgen, die durch das Mindestreservesystem und die Geldschöpfung der Zentralbanken geschaffen werden.

Obwohl die Regierung den Geldvorrat erhöht, benutzt sie dieses Geld nicht unmittelbar, um durch Käufe die Marktnachfrage zu steigern. Sie finanziert ihre Ausgaben aus Steuern und Anleihen auf dem Kapitalmarkt. Für die privaten Lieferanten ist die staatliche Nachfrage so gut wie jede andere. Die Regierung zahlt ihnen Geld, das seinen Wert lange genug behalten muß, damit sie den Wert zurückbekommen, der bei der Produktion der in Auftrag gegebenen Güter aufgewandt wurde - und den üblichen Profit machen können. Wenn die Erträge wegen einer zu schnellen Geldentwertung niedriger als die Aufwendungen wären, würden die Unternehmen sich in einem Zustand der Desinvestition befinden. Die Inflation muß also kontrolliert sein; und sie ist kontrolliert, weil sie nicht auf der Notenpresse des Staates beruht, sondern auf seinen Anleihen, die durch die der Staatsschuld gesetzten Grenzen beschränkt sind.

Ungenutztes und neu geschaffenes Geld wird durch das Bankensystem in die industrielle Produktion auf Rechnung der Regierung geleitet. Aber die große Masse der auf diese Weise hergestellten Produkte stellt weder kapitalisierte neue Produktionsmittel noch zusätzliche marktfähige Waren dar; sie erscheinen als materialisierte Staatsausgaben, die die Gesamtmasse des privaten Profits im Verhältnis zur Gesamtmasse des bestehenden Kapitals verringern. Die Preise werden also er-

hört, um die üblichen Profite zu sichern, und die Preissteigerung macht zusätzliches Geld notwendig. Ohne dieses zusätzliche Geld würde der Fall der durchschnittlichen Profitrate, der aus dem Anwachsen der nicht-profitablen staatlich induzierten Produktion folgt, zu einem weiteren Rückgang der privaten Kapitalproduktion führen; er würde somit in einem gewissen und möglicherweise entscheidenden Maße die durch staatlich induzierte Nachfrage gesteigerte "Wirtschaftstätigkeit wieder herabsetzen. Durch eine kontinuierliche Steigerung der Geldzufuhr muß also ein kontinuierlicher Preisanstieg ermöglicht werden. Nicht der Druck einer gesteigerten Nachfrage auf ein durch staatlich induzierte Produktion verursachtes Angebot führt zur Inflation. Vielmehr ist Inflation das Mittel, um den nicht-profitablen Charakter der staatlich induzierten Produktion seine partielle Kompensation in höheren Preisen finden zu lassen.

»Normalerweise« zeigt die Kapitalbildung einen Überschuß der Gesamtproduktion über die gesamte Konsumtion an. Akkumulation bedeutet zusätzliche kapitalproduzierende Produktionsmittel. Sie verringert sich, wenn die Gesamtproduktion zunehmend Produkte einschließt, die nicht als kapitalproduzierende Produktionsmittel dienen können. Die Gesamtproduktion ist, gleich welcher Art, entweder auf dem tatsächlichen Warenmarkt oder durch staatliche Käufe »marktfähig«; ein Teil des realisierten Geldes, das die Form von Kapital annehmen soll, kann das jedoch nicht. Dies deshalb, weil ein Teil der bestehenden nicht-konsumtiven Nachfrage keine Nachfrage nach profitproduzierendem Kapital, sondern Nachfrage des Staates ist, die produktives Kapital nicht oder nur gelegentlich einschließt. Obwohl das Gesamtangebot der Gesamtnachfrage entsprechen kann, sinkt die Rate der Kapitalbildung.

Die Produktionssteigerung selbst kann beträchtlich sein, trotz niedriger oder stagnierender Rate der privaten Kapitalbildung. So kann die Wirtschaft als ziemlich prosperierend erscheinen. Doch befindet sich die private Kapitalbildung in einer anscheinend unlösbaren Krise; oder vielmehr ist die Krise der Kapitalproduktion, die das 20. Jahrhundert kennzeichnet, bis jetzt nicht gelöst worden. Gesehen aus der Perspektive der Profitproduktion unterscheidet sich die Gegenwart von der Vergangenheit dadurch, daß deflationäre durch inflationäre Krisenbedingungen ersetzt wurden. Bei einer deflationären Depression sinkt die Produktion, weil ein Teil der produzierbaren Waren nicht profitabel verkauft werden kann, was die Realisation von Profiten und ihre Umwandlung in zusätzliches Kapital behindert. Bei einer inflationären Depression wird die Produktion trotz un-

genügender Profitabilität vermittels Kreditexpansion aufrechterhalten.

Kontrollierte Inflation stellt schon die kontinuierliche, wenn auch allmähliche Nichtanerkennung aller Schulden einschließlich der Staatsschuld dar. Sie verteilt die Aufwendungen für die nicht-profitable staatlich induzierte Produktion über einen langen Zeitraum und über die gesamte Gesellschaft. Obwohl staatlich induzierte Produktion den Umfang der Produktion erweitert, kann sie die Profitabilität des privaten Kapitals insgesamt nicht steigern und damit eine Wachstumsrate wiederherstellen, die eine kompensatorische staatlich induzierte Nachfrage unnötig machen würde. Die kapitalistischen Profite können nur durch Produktivitätssteigerungen und nur durch ein Wachstum desjenigen Kapitals gesteigert werden, das als Kapital fungieren kann; nicht aber durch die bloße Verfügbarkeit von Zahlungsmitteln, die von der Regierung bereitgestellt werden.

## 6. Technologie und gemischtes Wirtschaftssystem

Abgesehen von seinen irrationalen Zügen kann das gemischte Wirtschaftssystem solange bestehen, wie der Produktivitätszuwachs ein ausreichendes Sozialprodukt ergibt. Die Produktion muß groß genug sein, um die notwendige Profitabilität des stagnierenden oder sich relativ verringernenden Privatkapitals aufrechtzuerhalten, den bestehenden Lebensstandard zu sichern und eine Zunahme der nicht-profitablen Produktion zu ermöglichen. Da die Staatsschuld neu fundiert werden kann, müssen nur die Zinsen entweder durch Steuern oder neue Anleihen gedeckt werden. Und da die Rate privater Investitionen sinkt, stehen mehr Mittel für Staatsanleihen zur Verfügung. Auf lange Sicht muß jedoch mit dem kontinuierlichen, schnelleren Wachstum des »öffentlichen« gegenüber dem »privaten« Sektor der Wirtschaft die Profitproduktion schrumpfen. Die staatlich induzierte Produktion muß begrenzt werden, um dieser Entwicklung zuvorzukommen. Falls bestimmte Grenzen nicht eingehalten werden können, wird das Marktsystem schließlich durch ein politisch kontrolliertes Produktionssystem ersetzt werden, das vom gemischten Wirtschaftssystem ebenso weit entfernt ist wie letzteres vom *laissez-faire*-Kapitalismus.

Wenn die nicht-profitable Produktion einmal ein institutionalisierter Teil der Wirtschaft ist, kommt ein *circulus vitiosus* in Gang. Staatlich induzierte Produktion begann, weil die private Kapitalakkumulation sich verringerte. Aber auf diese Weise reduziert sich die private Kapitalakkumulation noch mehr; die nicht-profitable Produktion wächst. Dieser Zuwachs vermindert seinerseits die Expansion des Privatkapitals; es gibt keinen Weg, der nicht-profitablen Produktion zu frönen, außer auf Kosten der Profitproduktion des Privatkapitals. Die Grenzen der privaten Kapitalproduktion sind somit schließlich die Grenzen der staatlich induzierten Produktion. Wenn diese Situation durch weitergehende Staatsinterventionen geändert werden sollte, würde das Regierungen erfordern, die fähig und willens sind, die gesellschaftliche

Herrschaft des Privatkapitals zu zerstören und von staatlicher Kontrolle zu Staatseigentum überzugehen.

Wieviel kann eine Regierung an Steuern ein- und an Anleihen aufnehmen? Offensichtlich nicht das gesamte Sozialprodukt. Vielleicht 50 %? Dies würde Kriegsbedingungen entsprechen: zum Beispiel kaufte die US-Regierung während des Zweiten Weltkrieges ungefähr die Hälfte des Sozialprodukts. Unter diesen Bedingungen betrug die Investitionsrate 2,9 % des Bruttosozialprodukts - eine Rate unterhalb derjenigen der Krisenjahre, mit der einzigen Ausnahme von 1932, als sie 1,5 % betrug. Eine allzu lange Fortsetzung der Kriegswirtschaft würde das kapitalistische System zerstören. Bis Ende 1965 machte jedoch die Produktion für Verschwendung, d. h. das Rüstungsbudget, in den USA ungefähr 10 % des Bruttosozialprodukts aus, während der gesamte Staatshaushalt ungefähr ein Viertel ausmachte. Die Bedingungen der Friedenswirtschaft waren und sind, während ich dies schreibe, immer noch beträchtlich von denen der Kriegswirtschaft entfernt.

Obwohl das Privatkapital bestehen und selbst florieren kann, wenn die Staatsausgaben im Verhältnis zum Sozialprodukt hoch sind, gibt es natürlich eine absolute Grenze (*ceiling*) für Staatsausgaben, nach deren Überschreiten die Steuern, mit denen sie finanziert werden, die gesellschaftliche Produktion eher reduzieren als steigern. Wo diese Grenze liegt und wann sie erreicht sein wird, ist nicht voraussagbar. Wenn das Wachstum der staatlich induzierten Produktion so groß ist, daß die private Kapitalbildung verhindert wird, wird es durch den Verlust derjenigen Produktion, die das Privatkapital zu seiner Expansion unternommen hätte, aufgehoben. Ein weiteres Wachstum der staatlich induzierten Produktion wäre dann nur auf Kosten des Konsums im wahren Sinne dieses Wortes möglich. Dieser Prozeß kann nur in Analogie zur Kriegswirtschaft verstanden werden: die wachsende Produktion für Verschwendung während des Krieges wird durch eine Einschränkung des Konsums und eine Beschränkung neuer Kapitalinvestitionen möglich gemacht. Schließlich geht jedoch die Produktion für Verschwendung allein auf Kosten des Konsums; denn der Produktionsapparat muß ersetzt und ausgedehnt werden, wenn die Produktion für Verschwendung anwachsen soll.

Obwohl hohe Steuern nicht notwendigerweise bedeuten, daß das Privateigentum durch staatliche Produktion ersetzt wird, erkennen einige Keynesianer, daß »eine hohe Steuerquote dem Sozialismus nahe verwandt ist ... Wenn eine Regierung 50 % der Unternehmensprofite wegsteuert und wegen der >Verlustwirkung< auch 50 % der Verluste trägt, ist es gerade so, als ob die Regierung 50 % der Unternehmen

besäße ... Die hohen Steuersätze können eher der Sozialismus *sein* als ihn *bedrohen*<sup>1</sup>«. Deshalb erwarten »sozialistisch orientierte« Keynesianer nicht, daß die keynesianischen »Heilmittel« von kapitalistischen Regierungen vollständig angewandt werden, sondern hoffen auf künftige sozialistische Regierungen, welche die keynesianische Wirtschaftspolitik »in Verbindung mit den traditionellen sozialistischen Maßnahmen der Eigentums-Vergesellschaftung und Sozialreform« verwirklichen werden<sup>2</sup>.

Da die Grenzen der privaten Profitproduktion auch die Grenzen staatlich induzierter Produktion sind, wird letztere weniger effektiv werden, je mehr ihr Umfang wächst. Ein florierendes gemischtes Wirtschaftssystem kann somit nur ein vorübergehender Zustand sein, ein Übergang vom *laissez-faire* zum Staatskapitalismus. Während Keynes selbst (in der Theorie) nicht vor der Idee zurückschreckte, daß die Entwicklung des gemischten Wirtschaftssystems zu einer vollkommen staatlich kontrollierten Wirtschaft führen kann, betrachteten seine bürgerlichen Schüler dieses System als dauerhaft. Aber ihre einzige Antwort auf innerhalb des gemischten Wirtschaftssystems entstehende Schwierigkeiten ist eine Ausweitung der Staatsintervention, die ihm schließlich seine »Dauer« nehmen muß.

Marx zufolge müssen Waren sowohl Tausch- als auch Gebrauchswert haben. Im Kapitalismus hört die Produktion von Gebrauchswerten auf, wann und wo immer sie nicht als Tauschwerte fungieren können. Im gemischten Wirtschaftssystem dauert jedoch die materielle Produktion (Produktion von Gebrauchswerten) an, selbst wenn kein Tauschwert an sie geknüpft ist. Die Zunahme von »Gebrauchswerten« in weitgehend nutzlosen Formen begleitet die relative Abnahme von Gebrauchswerten, die als Tauschwerte dienen können. Hier erscheint die von Marx aufgedeckte Diskrepanz zwischen materieller und Wertproduktion in veränderter Form wieder. Unter den Bedingungen des *laissez-faire* kam diese Diskrepanz in der Überproduktionskrise zum Vorschein; sie führte zu lang andauernden Depressionen, die das kapitalistisch notwendige Verhältnis zwischen materieller und Wertproduktion wiederherstellten. Aber im gemischten Wirtschaftssystem gibt es keine Wiederherstellung dieses »dynamischen Gleichgewichts« mit seinem »richtigen« Verhältnis zwischen Profitabilität und Akkumulation; stattdessen wird ein wachsender Teil der gesellschaftlichen Produktion außerhalb des Profitsystems betrieben und zeigt in diesem Maße dessen Niedergang an.

1 A. P. Lerner, »Everybody's Business«, New York 1964, S. 125.

<sup>2</sup> John Strachey, »Kapitalismus heute und morgen«, Düsseldorf 1957, S. 236.

Die Profitabilität des bestehenden und relativ stagnierenden Kapitals kann trotzdem durch eine beschleunigte Steigerung der Arbeitsproduktivität, d. h. durch arbeits- und kapitalsparende Innovationen aufrechterhalten werden. Je mehr die staatlich induzierte Produktion wächst, desto drängender ist die Notwendigkeit größerer Produktivität, um die Profitabilität des Kapitals aufrechtzuerhalten. Das stetige Wachstum der Produktion und Produktivität reproduziert jedoch diese Notwendigkeit auf einer immer geringeren Basis privater Kapitalproduktion. Selbst wenn kapitalsparende Innovationen die wachsende Diskrepanz zwischen dem in Produktionsmittel und dem in Arbeitskraft investierten Kapital abschwächen und auf diese Weise den Fall der Profitrate aufhalten, wird die ständige Verdrängung von Arbeit durch arbeitssparende Erfindungen diesen tendenziellen Fall beschleunigen. Der Kapitalismus kann nicht anders, als ständig Arbeit zu ersetzen; es ist das einzig wirksame Mittel, um mit dem verstärkten Druck auf die Profitrate fertig zu werden, der von der wachsenden Masse nicht-profitabler Produktion herrührt. Stellt die Produktivitätssteigerung durch Verdrängung von Arbeit auch einen Ausweg für den Kapitalismus dar, so endet er doch in einer Sackgasse.

Jedes Stadium des Kapitalismus geht vorüber, selbst wenn es relativ lange dauern mag. Von den allgemeinen Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung her betrachtet, zeigen sich deren Stadien in ihrem historisch begrenzten Charakter. Die Frage ist, ob diese allgemeinen Gesetze durch technologische und politische Instrumente außer Kraft gesetzt werden können, die sowohl die Profitbedürfnisse des Privatkapitals als auch die »allgemeine gesellschaftliche Wohlfahrt« berücksichtigen. Denn dies geschieht eben durch die nicht-profitable Produktion. Sie als eine dauerhafte und sich immer mehr ausweitende gesellschaftliche Praxis zu sehen, heißt annehmen, daß der Kapitalismus sich in ein anderes System verwandeln wird, in dem nicht länger der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert herrscht.

Marx zufolge entsprechen bestimmte gesellschaftliche oder Produktionsverhältnisse bestimmten gesellschaftlichen Produktivkräften, die durch sie freigesetzt werden und an ihr Fortbestehen gebunden sind. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit bestimmt die technologische Entwicklung als Akkumulation von Kapital. Nur innerhalb des Rahmens der Kapitalbildung entfalten Technik und Wissenschaft die Leistungsfähigkeit gesellschaftlicher Produktion durch Steigerungen der Arbeitsproduktivität. Kapital ist geronnene Mehrarbeit in Form von Mehrwert; es nährt und erweitert sich durch lebendige Arbeit. Verringerung der Arbeitszeit bedeutet auch Verringerung der unbezahlten



Arbeitszeit. Sicherlich kann die unbezahlte Arbeitszeit auf Kosten der bezahlten gesteigert werden, selbst wenn die gesamte Arbeitszeit infolge von Produktivitätssteigerungen abnimmt. Da weniger Arbeitszeit benötigt wird, um das Warenäquivalent des Einkommens der Arbeiter zu produzieren, kann ein größerer Teil der gesamten Arbeitszeit die Form von Produkten annehmen, die von den Kapitalisten angeeignet werden. Doch die ständige Verringerung der Arbeitszeit durch Freisetzung von Arbeitskraft muß schließlich die gesamte unbezahlte Arbeitszeit verringern - folglich auch die Kapitalakkumulation.

Wie schnell sich Automation und elektronische Datenverarbeitung auch ausdehnen mögen: die Produktionsmittel funktionieren und reproduzieren sich nicht von selbst. Unter der unwahrscheinlichen Annahme, daß sie selbst die Arbeit in der Produktion übernehmen, würden die Besitzer von Produktionsmitteln aufhören, Kapitalisten zu sein, d. h. Käufer von Arbeitskraft zu Ausbeutungszwecken. Wahrscheinlich werden sie jedoch die Zahl der produktiven Arbeiter ständig verringern und damit auch die unbezahlte Arbeitszeit im Verhältnis zur Masse des akkumulierten Kapitals reduzieren. Es wird also immer schwieriger werden, den Akkumulationsprozeß fortzusetzen, der nur die Akkumulation unbezahlter, in profitbringende neue Produktionsmittel verwandelter Arbeitszeit ist.

Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist ein Wertverhältnis, was bedeutet, daß Produktionsmittel auch Kapitalwerte sind und Arbeitskraft auch Quelle von Wert und Mehrwert ist. Der kapitalistische Produktionsprozeß erfordert einen Mehrwert, der ausreicht, um seine erweiterte Reproduktion zu sichern. Da Wertrelationen Arbeitszeitrelationen sind, ist eine Verringerung der Arbeitszeit, die das notwendige Verhältnis zwischen Mehrwert und Kapital stört, mit der kapitalistischen Produktion nicht vereinbar. Während jedoch die Reduktion der gesellschaftlichen Arbeitszeit der Kapitalproduktion abträglich ist, bleibt die Reduktion der Arbeitskosten für jedes kapitalistische Unternehmen oder jeden Konzern eine Notwendigkeit. Ihre Profite wachsen mit sich verringernden Arbeitskosten. Daher kann die Verdrängung von Arbeit durch Kapital innerhalb des wettbewerblichen Kapitalbildungsprozesses nicht aufgehoben werden, selbst wenn sie die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft unterminiert.

Aller gesellschaftliche Fortschritt beruht auf der Fähigkeit, mit weniger Arbeit mehr zu produzieren. Der Kapitalismus macht da keine Ausnahme. Die technologische Entwicklung setzt stets Arbeit frei, was <sup>nur</sup> ein anderer Ausdruck dafür ist, daß die Produktion mit der wachsenden Arbeitsproduktivität wächst. Bei einer hohen Rate der Kapital-

bildung kann jedoch die Zahl der Arbeiter absolut steigen, während sie sich im Verhältnis zum wachsenden Kapital verringert. Nur unter den Bedingungen relativer Kapitalstagnation verringert der technologische Fortschritt die absolute Zahl der Arbeiter. Obwohl Marx Arbeitslosigkeit als eine gesellschaftliche Tatsache erfuhr, glaubte er, daß Vollbeschäftigung ebenso möglich wäre. Das Beschäftigungsniveau hing von der Rate der Kapitalbildung ab. Nichtsdestoweniger war die Verdrängung menschlicher Arbeit durch die Maschine überall für die Industrialisierung charakteristisch. Und dieser selbe Prozeß verwandelte Marx zufolge die Arbeitsproduktivität in die »Kapitalproduktivität«. Obwohl die Produktionsmittel eine bestimmte Wertsumme repräsentieren und nur durch die Erweiterung dieser Wertsumme kapitalistisch produktiv sein können, drücken ihre Quantität und Qualität eher in physischer als in Form von Arbeitszeit die wachsende Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit aus. Aber solange Tauschwert das Ziel der Produktion ist, bleiben Arbeitszeitquantitäten Quelle und Maß gesellschaftlichen Reichtums. Obwohl die Entwicklung der modernen Produktionsmittel anzeigt, »bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist, und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen, und ihm gemäß umgeschaffen sind-«, besteht der besondere Beitrag des Kapitalismus zu diesem Zustand nur darin, daß er »die Surplusarbeitszeit der Masse durch alle Mittel der Kunst und Wissenschaft vermehrt, weil sein Reichtum direkt in der Aneignung von Surplusarbeitszeit besteht'«.

Geschähe es nicht innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, wäre das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums durch eine kontinuierliche Reduktion der unmittelbaren Arbeitszeit gekennzeichnet, und der Reichtum der Gesellschaft würde *nicht an Arbeitszeit, sondern an freier Zeit* »gemessen« werden. Marx schrieb: »Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert (das Maß) des Gebrauchswerts'.« Die Verringerung der Arbeitszeit als Quelle und Maß des Wertes findet bereits unter kapitalistischen Verhältnissen statt, wenn auch in antagonistischer Form. Aber hier schließt sie die Reduktion des Mehrwerts im Verhältnis zur wachsenden Masse des Kapitals ein; und nicht die »Pro-

j Karl Marx, »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«, Berlin 1953, S. 594'

4 A. a. O., S. 595.

5 A. a. O., S. 593.

duktivität des Kapitals«, sondern die der Arbeit zählt für den kapitalistischen Profit. Sicherlich setzt Profit die Existenz von Kapital voraus. Aber Profite können nur die Differenz zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit sein. Wenn sie auf irgendeine mysteriöse Weise aus der »Produktivität des Kapitals« herrühren würden, unabhängig von der Arbeit, die dieses Kapital zunächst in Bewegung setzt, wären sie keine Profite im kapitalistischen Sinn, denn sie wären dann nicht Ergebnis der Ausbeutung von Arbeit. In Wirklichkeit setzt das Kapital Lohnarbeit voraus, genau wie die Lohnarbeit Kapital voraussetzt; sie sind die beiden notwendigen Seiten des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Wo kein Kapital an der Produktion beteiligt ist, gibt es keine kapitalistische Gesellschaft; und wo Kapital nicht länger von der Lohnarbeit abhängig ist, hat der Kapitalismus zu bestehen aufgehört.

Ein umfangreiches Produktivitätswachstum ermöglicht es der privaten und staatlichen Produktion, nebeneinander zu wachsen. Aber die sich ergebende Prosperität täuscht; denn der Kreditmechanismus, der das Wachstum der Produktion fördert, beruht auf künftigen Profiten, die sich realisieren oder nicht. Diese Pseudo-Prosperität erfordert also ein kontinuierliches und sich beschleunigendes Produktivitätswachstum, das umso notwendiger wird, je länger die »Prosperität« anhält. Weniger produktive Produktionsmittel müssen ständig durch produktivere ersetzt werden, und ein Teil der realisierbaren Profite muß zu diesem Zweck als zusätzliches Kapital verwendet werden.

Angesichts des gegenwärtigen Automationstrends wird allgemein anerkannt, daß die wachsende Diskrepanz zwischen Arbeit und Kapital zu einem Punkt tendiert, an dem die weitere Expansion des Kapitals durch Ausbeutung von Arbeit unmöglich wäre. Das bedeutet, daß Marx' Akkumulationstheorie unbewußt akzeptiert wird, wenn auch nur, weil diese Vorstellung in nicht-marxistischen Begriffen vorgetragen wird. Anstatt den schließlichen Zusammenbruch des Kapitalismus aus der wachsenden »Arbeitsproduktivität« abzuleiten, die nur ein anderer Ausdruck für die Kapitalakkumulation ist, leiten die »umgekehrten Marxisten« ihn von der wachsenden »Kapitalproduktivität« und ihrer Tendenz ab, die Arbeit zu verdrängen. In jedem Fall kommt das System der Kapitalproduktion durch Ausbeutung von Arbeit zu einem Ende. Da die wachsende Arbeitsproduktivität die wachsende Kapitalproduktivität impliziert, ist das Ende des Kapitalismus auf dem Wege der Automation mit seinem Ende infolge eines Mangels an Mehrwert identisch.

Wie immer es in der Theorie jedoch aussehen mag, das Ende des Kapi-

talismus ist bis jetzt nicht in Sicht. Mehrwert wird immer noch in ausreichendem Maße produziert, um die Profitabilität des Kapitals bei einer sinkenden Rate der Kapitalexpansion zu sichern; und die Automation ist im Verhältnis zum Weltkapitalismus bisher nicht mehr als eine exotische Ausnahme innerhalb einer ziemlich stagnierenden Technologie. In der Sicht von Marx wird die technologische Entwicklung durch die Bedingungen der Kapitalproduktion begrenzt; die volle Realisierung ihrer Potentiale ist unmöglich ohne die Zerstörung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. An einem bestimmten Punkt seiner Entwicklung wird das Kapital zum Hindernis einer weiteren Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte; der Kapitalismus verwandelt sich von einem progressiven zu einem regressiven Produktionssystem. Die revolutionäre Arbeiterklasse ist nun als einzige dazu fähig, die Barriere vor einer weiteren Entwicklung niederzureißen. Indem sie dem kapitalistischen System ein Ende setzt, macht sie den Weg frei für einen gesellschaftlichen und technologischen Fortschritt, der schließlich die unerwünschte und unangenehme menschliche Arbeit abschaffen kann. Marx zufolge begrenzen die Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse den Kapitalismus als wirtschaftliches System und lassen ihn zu einem Hindernis der technologischen Entwicklung werden.

In letzterem Fall scheint Marx ebenfalls geirrt zu haben; es gab eine sogenannte zweite industrielle Revolution, die durch Atomenergie und Automation gekennzeichnet ist. Merkwürdigerweise wird dieser neue Triumph über Marx' düstere Voraussagen kaum als eine Lösung für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme angesehen, sondern eher als Vorläufer neuer und vielleicht unlösbarer Schwierigkeiten. Der Verdacht, daß die neue Technologie mit den herrschenden sozio-ökonomischen Verhältnissen möglicherweise unvereinbar sein könnte, zieht sich durch die wachsende Automationsliteratur. Während die meisten Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems anscheinend überwunden worden sind, scheint das Problem der andauernden und ausgedehnten Arbeitslosigkeit der letzte und bedeutsamste aller kapitalistischen Widersprüche zu sein.

Es herrscht kein Mangel an Daten über die Automation. Statistiken über sie erscheinen sowohl in der Tagespresse als auch in wissenschaftlichen Publikationen. Sie zeigen lediglich das Wachstum der Produktivität, der Produktion und der Profitabilität durch die Reduzierung der Arbeitskraft. Die einzelnen Industriezweige sind in unterschiedlichem Ausmaß von der Automation betroffen. Sie ist besonders bemerkenswert in der Textil-, Kohle-, Erdöl-, Stahl-, Chemie- und Automobilindustrie und bei der Eisenbahn; aber alle Serienproduktion

wird ebenso wie kommerzielle und organisatorische Tätigkeiten und wie (bis zu einem gewissen Grade) die Landwirtschaft immer stärker automatisiert. Die Automation vermindert »white collar«- und »blue collar«-Berufe; gegenwärtig eher die letzteren, obwohl sich dies mit der Zeit ändern kann.

Dennoch steckt die Automation noch in den Kinderschuhen, und die bestehende Arbeitslosigkeit ist vielleicht nicht auf die Freisetzung von Arbeit durch Automation zurückzuführen. Natürlich verlieren Arbeiter ihren Arbeitsplatz durch den Automatisierungsprozeß; aber daß sie keine andere Beschäftigung finden, kann Ergebnis einer sinkenden Rate der Kapitalbildung sein. Schließlich gab es in den USA während der Weltwirtschaftskrise 16 Mio. Arbeitslose. Arbeitskraft wurde ständig durch Maschinen verdrängt; das hat ein kontinuierliches Wachstum der Zahl der Arbeitskräfte nicht verhindert. Man befürchtet jedoch, daß die Automation sich von früheren technologischen Entwicklungen qualitativ unterscheidet. Die von ihr gestellten sozialen Probleme werden für einzigartig gehalten; sie seien nicht analog zu früheren Verhältnissen lösbar.

Donald N. Michael<sup>6</sup> schätzt die Wirkungen der Automation auf die US-Wirtschaft dadurch ab, daß er versucht, ihre sozialen Folgen innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte vorauszusagen. Seine Untersuchung basiert auf einer Reihe von Annahmen, die allesamt implizieren, daß die Entwicklung während des letzten Jahrzehnts sich auch in Zukunft fortsetzen wird. Michael gebraucht den Begriff *cybernation*, um »Automation« und »Computertechnik« zusammenzufassen, die gewöhnlich bei der Anwendung kybernetischer Verfahren im Produktionsprozeß übereingehen. Wir lassen all die erstaunlichen tatsächlichen und möglichen Fähigkeiten der *cybernation* beiseite und beschränken uns auf das, was Michael wie andere Autoren auch als ihre Vorteile betrachtet. Die Vorteile sowohl für Privatunternehmen als auch Regierungen sind schlicht und einfach: »das Output zu erhöhen und die Kosten zu verringern«, was zum Erfolg im privaten und nationalen Wettbewerb führt. Die anderen von Michael erwähnten Vorteile sind Aspekte oder andere Ausdrücke für die Verbilligung der Produktion, nämlich »Verringerung des Aufwands für *human relations*; stärkere Rationalisierung der Managertätigkeiten; Befreiung des Managements von unbedeutenden Aufgaben; größere Freiheit, Anlagen zu plazieren« etc. In Michaels vornehmer Art ausgedrückt: »Wenn die Kriterien Kontrolle, Sachverstand und Profite sind, gibt es gute Gründe dafür, wes-

<sup>6</sup> D. N. Michael, »Cybernation: The Silent Conquest«, Santa Barbara 1962.

halb Regierung und Geschäftswelt den Wunsch haben sollten, die *cybernation* so schnell wie möglich auszudehnen, und es in der Tat auch tun müßten?.«

Die Vorteile der *cybernation* werden jedoch durch die schließlich alle Berufe erfassende Arbeitslosigkeit aufgewogen; die ungelerten werden eher als die Facharbeiter, folglich die farbigen eher als die weißen Arbeiter davon betroffen sein. Die gegenwärtig mögliche Umsetzung vom Produktions- in den Dienstleistungsbereich wird ihr Ende finden.

»Wenn Menschen mehr als Maschinen kosten - entweder in Form von Geld oder infolge des notwendigen manageriellen Aufwands -, wird der Anreiz groß sein, sie bei den meisten Dienstleistungen, wo sie vorherbestimmte Routineaufgaben erfüllen, zu ersetzen<sup>8</sup>.« Da die Technologie es weniger Leuten ermöglicht, mehr Arbeit zu erledigen, werden viele Berufe des mittleren Managements ebenfalls verschwinden.

Natürlich gibt es Antworten auf dieses Dilemma: etwa Weiterbildung oder Höherstufung (*upgrading*) der Arbeitskräfte, Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn oder sogar Preissenkungen, die zu einer größeren Nachfrage der Verbraucher führen. Aber da alle Arbeiter von der *cybernation* betroffen sind, spürt Michael, daß solche Vorschläge das Problem nicht lösen werden. Er schlägt dagegen ein ausgedehntes Programm öffentlicher Arbeiten vor, denn »obwohl die Zahl der für eine bestimmte Aufgabe benötigten Arbeitskräfte durch *cybernation* verringert wird, könnte die Gesamtzahl der Arbeitsaufgaben der absoluten Zahl der für sie verfügbaren Arbeitskräfte gleichkommen oder sie übersteigen«<sup>9</sup>. Er glaubt jedoch, daß derartige Maßnahmen dem kapitalistischen Geist zuwiderlaufen würden. Deshalb ist es vielleicht selbstzerstörerisch, wenn das Unternehmertum die *cybernation* fördert.

Während die Folgen der *cybernation* die freie Unternehmerwirtschaft gefährden könnten, zwingt die Fortdauer dieses Systems zu immer stärkerer Automatisierung. Michael sieht dieses Dilemma: die Aussichten mit *cybernation* sind ebenso schlecht wie ohne sie. Verstärkte staatliche Kontrolle und nationale Planung stellen seiner Ansicht nach nur partielle Lösungen dar. Die Ideologie und die Zielvorstellungen müßten sich ändern, und die notwendige Zentralisation der Autorität »scheint eine regierende Elite und die allgemeine Anerkennung einer solchen Elite zu implizieren«. Wenn sich neu entwickelnde Verhaltensstandards die »cybernierte« Zukunft nicht erträglich machen, könnten Gefühle

7 A. a. O., S. 13.

8 A. a. O., S. 16.

9 A. a. O., S. 16.

der Frustration und Sinnlosigkeit »einen Krieg aus Verzweiflung auslösen - scheinbar gegen einen äußeren Feind, in Wirklichkeit aber, um die Welt für menschliche Wesen dadurch sicher zu machen, daß ein Großteil der hochentwickelten technologischen Basis zerstört wird<sup>10</sup>«. Offensichtlich wäre es jedoch ein Krieg, in dem die hochentwickelte Technologie dazu dient, die Mehrzahl aller Menschen zu vernichten, doch fallen sowohl die technologische Entwicklung als auch die Kapitalbildung mit gesellschaftlichen Verhältnissen zusammen und können mit deren Änderung verändert werden. Fördert die Automation die Entwicklung des Kapitals, so ist sie andererseits auch durch die zwischen Kapital und Arbeit bestehenden Beziehungen begrenzt. Das ist ein übliches Phänomen: die Monopolisierung ist ein Instrument sowohl von Kapitalexpansion als auch -kontraktion; das Streben nach Profit vermindert die Profitabilität des Kapitals. Jede Prognose über die Entwicklung der *cybernation* muß vor allem die Frage aufwerfen, wie weit diese Entwicklung von der bestehenden Gesellschaft getrieben werden kann. Was technisch möglich ist, muß es ökonomisch nicht sein; und was ökonomisch möglich ist, kann gesellschaftlich untragbar sein. Während Michael die Automation von der Technologie her betrachtet, gehen Wirtschaftswissenschaftler gewöhnlich von ihren ökonomischen Implikationen aus. Kuznets hält es beispielsweise für notwendig, zwischen potentiell und aktuellem technologischen Wandel zu unterscheiden. Obwohl »der Begriff des potentiellen technologischen Wandels schwer genau zu definieren, geschweige denn zu messen ist«, schreibt er, »ist er höchst nützlich, denn er weist auf die Tatsache hin, daß von der großen Woge des technologischen Wandels, der sich der Gesellschaft anbietet, nur ein Teil in der Produktionsstruktur vergegenständlicht wird, hauptsächlich wegen der Begrenztheit des Kapitals und der unternehmerischen Fähigkeiten<sup>11</sup>«. Kuznets glaubt jedoch, daß die nächsten drei Jahrzehnte eine beschleunigte Rate des technischen Fortschritts bringen werden; dies im wesentlichen deshalb, weil sich der wissenschaftliche Fortschritt beschleunigt. Es scheint sicher zu sein, schreibt er, daß »die Entwicklung der nichtmilitärischen Anwendung von Atomphysik und Elektronik in Automation und Kommunikationswesen eine außerordentliche Wirkung auf das Produktionssystem haben wird<sup>12</sup>«. All das wird die Nachfrage nach Kapital steigern; Kuznets hält es nicht für unwahrscheinlich, daß die neue Technologie - jedenfalls anfänglich - einen Kapitalbetrag erfordern wird, der nur auf Kosten des

<sup>10</sup> A. a. O., S. 46.

<sup>11</sup> S. Kuznets, »Capital in the American Economy«, New York 1961, S. 442

<sup>12</sup> A. a. O., S. 443.

Sozialprodukts aufgebracht werden kann. Mit anderen Worten: die neue Technologie kann einen größeren Teil der Gesamtproduktion für die Erneuerung der materiellen Kapitalausrüstung erfordern und einen entsprechend kleineren Teil zur unmittelbaren Nutzung und zum Verbrauch übriglassen.

So ist es in der Vergangenheit unter den Bedingungen der Kapitalbildung immer gewesen. Selbst wenn die materiellen Erfordernisse der Kapitalproduktion in der zweiten industriellen Revolution gewaltiger sein mögen als in der ersten, kann ihnen vielleicht entsprochen werden. Dies um so eher, als die neue Technologie schließlich einen kleineren Kapitalbetrag erfordern wird, um ein größeres Produkt zu erbringen, als es für die »konventionelle« Technologie zutraf. Aber neue Kapitalinvestitionen müssen finanziert werden. Die Frage ist also, ob »das Muster der Ersparnis im privaten Sektor (der Wirtschaft) auf einen Umfang der Ersparnis hindeutet, der der voraussichtlichen Nachfrage nach Kapital entspricht«. Es geht hier nur um den privaten Sektor, denn »der staatliche Sektor wird wahrscheinlich auf lange Sicht keine Nettoersparnis aufweisen. Er könnte sogar gezwungen sein, auf die Ersparnis im privaten Sektor zurückzugreifen<sup>13</sup>«. Weil gegenwärtig die Sparneigung im privaten Sektor sinkt, glaubt Kuznets, daß der vorher zu beobachtende »Druck der Nachfrage nach Gütern auf das Angebot an Ersparnissen anhalten wird«. Vorsichtig stellt er fest, daß »in dem Jahrzehnt von 1948-1957 eine Kombination von starker Nachfrage nach Konsumgütern und fortgesetzt hohem Stand der Entnahme für den laufenden staatlichen Verbrauch die private Ersparnis und die Kapitalbildung unterhalb des Umfangs gehalten haben könnte, der notwendig ist, um die Produktivität so zu steigern, daß der Inflationsdruck ausgeglichen werden kann<sup>14</sup>«. Angesichts dieser Tatsache und des zu erwartenden Anwachsens der nicht produktiv tätigen Bevölkerung, der wachsenden Staatsausgaben und dem gleichbleibend hohen Niveau der Konsumtion fürchtet Kuznets, daß das Angebot an freiwilliger Ersparnis der Nachfrage nicht adäquat sein kann. Deshalb könnte sich »der Inflationsdruck fortsetzen, mit dem Ergebnis, daß ein Teil der Ersparnis, die für Kapitalbildung und Staatsverbrauch benötigt wird, durch diesen besonderen Mechanismus gewonnen wird<sup>15</sup>«.

Während ein Mangel an Investitionskapital die *cybernation* behindern kann, ist er andererseits auch ihre *raison d'etre*. Der erwartete Anstieg der Profitabilität soll ein Wachstum von Produktion und Beschäf-

13 A. a. O., S. 453.

14 A. a. O., S. 457.

15 A. a. O., S. 460.



tigung bewirken, das groß genug ist, um die technologisch bedingte Freisetzung von Arbeitskräften zu kompensieren. Diese Vorstellung steht hinter dem Argument, daß aller technologische Fortschritt früher oder später neue und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten schafft. Gewöhnlich wird dabei auf bestimmte Unternehmen und besondere Situationen verwiesen. Beispielsweise stellt R. Calder fest, daß »die staatlich kontrollierte Regie Renault in Frankreich nach dem Krieg so intensiv automatisierte wie keine andere Automobilfabrik in Europa«, und daß infolgedessen nun »dreimal soviel Arbeitskräfte beschäftigt werden wie vor der Automatisierung«. Calder glaubt, daß dies »ein gutes Beispiel für die Auswirkungen der modernen Technologie ist<sup>16</sup>«.

Für die Regie Renault stimmt dies ohne Zweifel, jedenfalls unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Es kann auch für manche andere oder sogar alle Unternehmen in der expandierenden westeuropäischen Wirtschaft gelten, die den gleichen Wachstumsprozeß durchmacht, der - aus einer Vielzahl von Gründen - in den USA früher stattfand. Wenn die Rate der Kapitalbildung in den letzten zehn Jahren in Westeuropa höher gewesen ist als in den USA, so gibt es aber dennoch keinen Grund für die Annahme, daß dies so bleiben wird. Offensichtlich sind die Auswirkungen der Automation unter Bedingungen schneller Kapitalexpansion von denen bei Kapitalstagnation verschieden. Die gegenwärtige Lage in den USA kann deshalb genauso gut »ein Beispiel für die Auswirkungen der modernen Technologie« sein wie Calders Erfahrungen mit der Regie Renault oder mit der westeuropäischen Industrie insgesamt.

Vom Standpunkt des einzelnen Kapitals aus ist eine Produktivitätssteigerung mittels Automation zweifellos eine gute Sache, wenn sie es dazu befähigt, seine Märkte durch die Eliminierung weniger erfolgreicher Konkurrenten zu erweitern. Das einzelne Kapital bemerkt den Verlust an Profiten nicht, der bei einer Verringerung der gesellschaftlichen Mehrarbeit entsteht, und es könnte ihn auch nicht bemerken; seine einzige Sorge sind seine Produktionskosten und sein Erlös. Welche sozialen Folgen die Automation auch haben mag, das Privatkapital wird immer versuchen, seine Produktivität zu steigern, um Extraprofite zu erzielen oder eine gegebene Profitabilität aufrechtzuerhalten. Eine sinkende Rate der Ersparnis wird den Prozeß der *cybernation* in denjenigen Unternehmen nicht aufhalten, die ausreichende Rücklagen haben, um technologische Innovationen zu finanzieren. Da Automation das Veralten von Produktionsmitteln beschleunigt, werden kleinere

<sup>16</sup> R. Calder, »Europe's Needs and Resources«, New York 1961, S. 789.

Unternehmen, die nicht schnell genug die automatische Maschinerie einführen können, auf der Strecke bleiben. Die Automation fördert also den Konzentrationsprozeß, der dem Wettbewerb der Kapitale inhärent ist.

Die Konzentration des Kapitals verlangt und ermöglicht eine weitergehende Automatisierung. Wenn sich die Rate der Kapitalexpansion ständig vergrößert, muß die Arbeitslosigkeit zwangsläufig anwachsen. Eine solche beschleunigte Expansion ist aber höchst unwahrscheinlich; die durch Automation bewirkte Steigerung der Profitabilität wird durch das gleichzeitige Wachstum der staatlichen Aufwendungen aufgewogen, die notwendig sind, um mit den sozialen Folgen der *cybernation* fertig zu werden. Sicherlich wird Automation auch die dem Staat zufallenden Produkte verbilligen und in diesem Ausmaß die Bürde des privaten Kapitals erleichtern. Doch kann dies wiederum dadurch aufgewogen werden, daß sich die Nachfrage des Staates auf dem privaten Sektor der Wirtschaft ausweitet - was für sich allein schon den Automationsprozeß eher antreiben als behindern würde.

Nichts dergleichen wird geschehen, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse der nahen Zukunft sowohl den Automationsprozeß als auch das Wachstum des »öffentlichen Sektors« der Wirtschaft entmutigen - mit anderen Worten, wenn die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse im großen und ganzen »eingefroren« werden. Dazu wäre allerdings eine zentralisierte Kontrolle über die gesamte Wirtschaft nötig, die das Ende des Privatunternehmertums bedeuten würde. Abgesehen von den internen Problemen, die ein solcher stationärer Zustand aufwerfen würde, verhindern die Außenbeziehungen des Landes eine Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen *status quo*. Denn die Automation muß dazu dienen, ausländische Lohnkostenvorteile auszugleichen. Außerdem konkurrieren die kapitalistischen Länder nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im militärischen Bereich - und die Rüstungsproduktion hängt gleichfalls schon weitgehend von der Technologie der Automation ab.

Viele Unternehmen, die gerne automatisieren würden, könnten das nur tun, wenn sie ähnlich wie die Landwirtschaft subventioniert wären. Derartige Subventionen sind nicht unwahrscheinlich; auch die Arbeitslosen werden ja aus der laufenden Produktion unterstützt. Auf diese Weise könnte ein Teil der Privatunternehmen (der hinter der technologischen Entwicklung zurückbleibt) zum »öffentlichen Sektor« hinzukommen, was für Teile des *big business* schon lange zutrifft. Wenn deren Privilegien wie etwa staatliche Aufträge, Steuererleichterungen und Sonderabschreibungen nicht beschnitten werden, wird der schrump-

fende Profitsektor dem öffentlichen Sektor einen noch größeren Teil seiner Produktion abzugeben haben. Diese Entwicklung würde ihr »logisches« Ende darin finden, daß die Profitabilität der Privatunternehmen durch die Ansprüche des Staates zerstört wird.

Der wirkliche Lauf der Dinge ist jedoch durch das Zusammenwirken verschiedener und gegensätzlicher Interessen bestimmt und daher kaum »logisch«. Es mag logisch und wirtschaftlich möglich sein, die *cybernation* so weit zu treiben, daß, sagen wir, die Hälfte der Bevölkerung arbeitslos wird; doch ist das recht unwahrscheinlich. Gesellschaftliche Bewegungen würden entstehen, um diese Situation zu verändern. Ebenso würde die schnelle Kapitalkonzentration mittels Automation sehr wahrscheinlich politische Kräfte ins Spiel bringen, die versuchen würden, diese Entwicklung aufzuhalten. Wenn die Theorie mit den realen Notwendigkeiten zusammenstößt, verlieren fetischistische Haltungen gegenüber dem Produktionssystem und seiner Technologie ihre Macht, und die Menschen werden eher versuchen, die Gesellschaft zu verändern, als sich ihr unbegrenzt anpassen. Die Frage nach dem Grad der *cybernation* wird schließlich durch politische Aktionen entschieden werden.

Selbst auf rein ökonomischem Gebiet findet die *cybernation* dort ihre Grenzen, wo sie der Profitabilität des Kapitals abträglich ist. Ihre volle Entfaltung wäre in jedem Fall ein langwieriger Prozeß, da die meisten Produktionsstätten und -ausrüstungen erneuert werden müßten. Die auf der alten Technologie basierende Kapitalmasse zu ersetzen, heißt die geronnene Arbeit von Generationen wegwerfen. Das Kapital einer grundsätzlich neuen technologischen Struktur zu schaffen, erfordert gleichfalls die Arbeit von Generationen. Die *cybernation* kann also nur allmählich eingeführt werden, gleichgültig unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen. Aber im Kapitalismus wird sie noch zusätzlich dadurch behindert, daß sie nur angewandt werden kann, um das Wachstum des vorhandenen Kapitals zu sichern und zu fördern.

Zieht man vergangene Entwicklungen in Betracht und beurteilt die gegenwärtigen Verhältnisse realistisch, so erscheint die Zukunft der *cybernation*, ausgenommen für bestimmte Industriezweige, vor allem der Rüstungsproduktion, ganz und gar nicht vielversprechend. Tatsächlich hat man gesagt, daß »diese wunderbaren Maschinen, in denen die Kybernetik all ihre Möglichkeiten entfaltet, nur als Maschinen des Todes nutzbar zu sein scheinen!«.

Eine Methode, mit der durch *cybernation* bewirkten Produktivitäts-

Steigerung fertig zu werden, wäre es, die Zahl der Arbeitsstunden zu beschränken und die Menschen mit mehr Freizeit zu versorgen. Fast allgemein wird das jedoch bezweifelt oder abgelehnt, nicht weil es dem kapitalistischen System widerspräche, sondern weil die Gesellschaft »dabei versagt hat, eine sinnvolle Muße zu entwickeln«. Die Langeweile wird als ein sehr ernstes und sogar gefährliches Problem betrachtet, weil »es immer noch wahr ist, daß der glückliche Mensch sehr oft derjenige ist, der nicht genügend Zeit dazu hat, sich Gedanken zu machen, ob er glücklich ist oder nicht<sup>18</sup>«. Alle Arten von Verbrechen und Vergehen werden *der* wachsenden Freizeit zugeschrieben, die also durch zuständige Behörden »organisiert« werden muß, bevor sie gewährt werden kann. Über dieses alberne Geschwätz kann man hinweggehen. Die müßige Klasse hat stets die Muße der unteren Klassen als anstößig und ihrer eigenen Muße gefährlich empfunden. Die Wunder der ersten industriellen Revolution betrachtend, grübelte Delacroix nach über die »armen getäuschten Menschen, die im Verschwinden der Arbeit kein Glück finden werden. Betrachte diese Faulenzer, die dazu verdammt sind, die Bürde ihrer Tage zu tragen, und nicht wissen, was sie mit ihrer Zeit anfangen soUen, "was mit den Maschinen nocti sdifonmer -weiden wird!?"«. Doch ist Muße genau das, was die Mehrzahl der Menschen am meisten braucht und wovon sie am wenigsten hat - das heißt Muße ohne Notwendigkeit. Denn die Muße der Verhungerten ist keine Ruhe, sondern eine rastlose Anstrengung, um am Leben zu bleiben. Ohne größere Muße kann es keine Verbesserung der *condition humaine* geben.

Dieses ganze Problem kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entstehen. Die eine oder andere Gruppe von Arbeitern mag dabei Erfolg haben, ihre Arbeitszeit ohne Einkommensverlust zu verringern. Aber das sind Ausnahmen gegenüber der Regel. Denn eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen würde die Absicht der Kapitalisten vereiteln, von der sie sich bei der Einführung der Automation leiten lassen. Es geht ihnen dabei darum, die Lohnkosten im Verhältnis zu den Gesamtkosten *der* »Produktionsfaktoren« zu verringern und die höheren Kapitalkosten durch Produktivitätssteigerungen wieder hereinzubringen. Natürlich kann man sagen, daß extensive Kapitalbildung nicht mehr notwendig sei, und die bloße Ersetzung und Modernisierung des Produktionsapparates genüge, um alle gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Jeder Produktivitätszu-

18 R. Theobald, »The Challenge of Abundance«, NeW York 1962, S. 86.

19 »The Journal of Eugene Delacroix«, New York 1961, S. 512.

wachs könne also unmittelbar in höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit oder beides zugleich übersetzt werden. Wer diese Lösung ernsthaft vorschlägt, muß das kapitalistische System verändern wollen, denn innerhalb dieses Systems ist sie nicht möglich.

Die kapitalistische »Lösung« des Automationsproblems findet sich nicht in Lohnerhöhungen und einer verkürzten Arbeitswoche, sondern in höherer Profitabilität und einem vergrößerten Kapital. Jeder Unternehmer und jeder Konzern will mit einem Minimum von Investitionen in Arbeitskraft auskommen; jeder versucht, dieses Minimum durch entsprechend höhere Investitionen in Produktionsmittel herabzusetzen. Er ist nicht interessiert an einer größeren oder kleineren Beschäftigungszahl, sondern an der Zahl, die profitabel ist. Die Unternehmer befassen sich nicht mit der Gesamtzahl der Arbeitskräfte im nationalen Rahmen und könnten das auch nicht tun; für Arbeitslose ist der Staat zuständig, obwohl sie nur aus Mitteln unterhalten werden können, die der Gesamtwirtschaft entnommen wurden.

Da der kapitalistische Produktionsprozeß in zahlreichen voneinander unabhängigen und konkurrierenden Unternehmen vonstatten geht, kann die verfügbare Arbeit nicht gleichmäßig verteilt werden. Einige arbeiten zuviel, andere sind arbeitslos. Die Unternehmer kürzen die Arbeitszeit nicht ohne die Löhne zu kürzen; und die glücklichen Besitzer von Arbeitsplätzen werden darauf bestehen, solange arbeiten zu können, daß sie ihren gewohnten Lebensstandard halten können. Anstelle kürzerer Arbeitszeiten wird es wachsende Arbeitslosigkeit geben. Der Kapitalismus muß sich seinen Opfern widmen, damit sie stillhalten; aber das System wird diese Verluste nur tragen, wenn sie durch die steigende Arbeitsproduktivität kompensiert werden. Wenn der Produktivitätszuwachs selbst zu ausgedehnter und anhaltender Arbeitslosigkeit führt, nützt er nichts mehr: die durch ihn entstehenden Profite würden von den Kosten der Erhaltung der nicht-produktiven Bevölkerung aufgezehrt. Das Kapital hörte auf, als Kapital zu fungieren.

Dies ist die allgemeine Tendenz der technologischen Entwicklung unter den Bedingungen der Kapitalproduktion. Da sie mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zusammenstößt, wird sie immer wieder durch gesellschaftliche Reaktionen, die sie selbst freisetzt, behindert werden. Dennoch bedingt diese Tendenz die Fortdauer von Krisenbedingungen. Die Kapitalproduktion des gemischten Wirtschaftssystems steht vor einem doppelten Dilemma; ihre Zukunft ist gleichermaßen durch das schnelle Wachstum ihres öffentlichen Sektors und durch ihre arbeitsverdrängende Technologie bedroht. Je weiter die Automation fortschreitet, desto mehr öffentliche Mittel müssen zur Bekämpfung

ihrer sozialen Folgen aufgewandt werden. Um diese Mittel aufzubringen, muß die Automatisierung wiederum beschleunigt werden. 1964 berief der US-Kongreß eine Nationale Kommission für Technologie, Automation und wirtschaftlichen Fortschritt, die sich mit der wachsenden Rate des technischen Wandels und seinen Folgen befassen sollte. Die Kommission fand heraus, daß das Problem immer noch »leicht zu handhaben« sei, wenn der technische Wandel von »kräftigen fiskalischen Maßnahmen« begleitet wäre, die »das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung all derjenigen durch den Staat fördern, die keine Arbeit finden<sup>20</sup>«. Doch solche »kräftigen fiskalischen Maßnahmen« sind der Privatwirtschaft ebenso schädlich wie die sozialen Folgen der Automation unter den Bedingungen relativer Kapitalstagnation.

20 »The New York Times«, 24. Januar 1966.

## 17. Kapitalbildung und Außenhandel

Der in wachsendem Maße organisierte Charakter des gemischten Wirtschaftssystems verführte einige Nationalökonomten und Soziologen dazu, von ihm als einem »nachkapitalistischen« System zu sprechen. Die Möglichkeit eines organisierten Kapitalismus befriedigte oder beunruhigte schon früher viele Theoretiker - Rudolf Hilferding<sup>1</sup>, um den wichtigsten zu nennen, sah einen vollständig organisierten Kapitalismus auf der Basis eines klassenantagonistischen Verteilungssystems voraus. Ein nicht auf dem Wettbewerb beruhender Kapitalismus ist jedoch als weltweites System unvorstellbar und höchstens im nationalen Rahmen teilweise möglich. Die vorhandene nationale Organisation der Wirtschaft entstand als Antwort auf den internationalen Wettbewerb; und je mehr diese Organisation in den Marktmechanismus eindrang und ihn verwandelte, desto chaotischer und destruktiver ist das kapitalistische System geworden. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse schließen jede wirksame Form einer gesellschaftlichen Organisation der Produktion aus. Nur wo diese Eigentumsverhältnisse, wie etwa in der Sowjetunion, beseitigt wurden, erwies sich eine zentrale Kontrolle über die Wirtschaft bis zu einem gewissen Grade als möglich. Aber selbst hier wird der Charakter der Planwirtschaft noch durch den internationalen Wettbewerb mitbestimmt, und entsprechend trägt sie dazu bei, die allgemeine Anarchie der Kapitalproduktion zu erhalten.

Obwohl die Theorie von Keynes sich aus der Betrachtung eines geschlossenen Systems entwickelte, mußte sie sich auf die wirkliche Welt der Kapitalproduktion beziehen. Keynes spürte, daß die Doktrin des *laissez-faire* dadurch, daß sie auf dem selbstregulierenden Mechanismus des Marktes beharrte, die kapitalistische Gesellschaft zur Krise und zu dem von ihr bewirkten Niedergang des internationalen Handels verurteilte. Er hoffte, daß ein aufgeklärtes Eigeninteresse die nationalen

<sup>1</sup> Rudolf Hilferding, »Das Finanzkapital«, Frankfurt/M. und Wien 1968.

Kapitale dazu bringen würde, die Produktion vermittelt staatlicher Eingriffe auszuweiten, und daß sie dann ihre neu gewonnene umfassendere Sicht auch in den internationalen finanziellen und Handelsbeziehungen beweisen würden. Allgemein glaubt man jetzt, daß die nationale Wirtschaft durch Maßnahmen der Regierung kontrolliert werden kann. Aber dieser Glaube erstreckt sich nicht auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die von Zeit zu Zeit durch Handels- und Währungskrisen gestört werden, wie etwa die sogenannte Dollarlücke nach dem Zweiten Weltkrieg oder die nicht so weit zurückliegenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten Englands und der USA - zu schweigen von den ziemlich permanenten Schwierigkeiten dieser Art, mit denen sich die kapitalistisch unterentwickelten Länder herum-schlagen.

Nach Marx liegt die Ursache der kapitalistischen Krise nicht im Handel, sondern im Prozeß der Kapitalakkumulation; die Expansion und Kontraktion des Handels drücken ebenso wie Expansion und Kontraktion in anderen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit nur die Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation aus. Marx teilte nicht die Illusion der nationalökonomischen Klassiker, daß der internationale Freihandel allen Nationen gleichermaßen nütze, indem er eine internationale Arbeitsteilung hervorbringe, die sowohl mit den natürlichen Bedingungen als auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Menschen harmonisiert. Er stellte fest, daß die internationale Arbeitsteilung, die sich durch den Handel entwickelte, weitgehend von der Kapitalakkumulation determiniert war. Ein »Umstand darf dabei nie aus dem Auge gelassen werden: der nämlich, daß, wie alles Monopol geworden ist, es auch heute einige Industriezweige gibt, welche alle anderen beherrschen und den sie vorzugsweise betreibenden Völkern die Herrschaft auf dem Weltmarkt sichern<sup>2</sup>«. Marx wunderte sich nicht, daß »die Freihändler nicht begreifen können, wie ein Land sich auf Kosten des anderen bereichern kann, ... da dieselben Herren noch weniger begreifen wollen, wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten einer anderen bereichern kann<sup>3</sup>«. Marx zog den Freihandel trotzdem vor, weil »im allgemeinen heutzutage das Schutzzollsystem konservativ (ist), während das Freihandelssystem zerstörend wirkt. Es zersetzt die bisherigen Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze«.

Die Wirtschaftsentwicklung »war ein Wachstumsprozeß, der von

2 MEW Bd. 4, Berlin 1959, S. 457.

3 A. a. O.

4 A. a. O., S. 457 f.



einem Zentrum ausging; die Länder außerhalb des Zentrums verdankten ihre Entwicklung (und oft sogar ihre Existenz) dem Strom von Faktoren und Gütern aus diesem Zentrum; und die Länder des Zentrums wiederum konnten sich hauptsächlich deshalb entwickeln, weil es diese Bewegung gab'«. Unter diesen Umständen bedeutet der internationale Handel sicherlich einen »wirtschaftlichen Gewinn«. Doch fällt er in weitem Maße und disproportional einigen wenigen kapitalistischen Ländern zu und verwandelt den Weltmarkt in ihr Herrschaftsgebiet; so daß die Geschicke des internationalen Marktes von der Expansion dieser wenigen oder zuweilen eines einzigen Landes abhängen.

In einer Welt ohne Zolltarife, Kontingentierung und andere Restriktionen gibt es dennoch unterschiedliche Handelsbedingungen, denn die Stärke der einzelnen Länder variiert mit dem Niveau der Produktivität, dem Grad der industriellen Entwicklung und dem Besitz an natürlichen Ressourcen. »Wenn die Raten des Produktivitätszuwachses divergieren, wird der Handel für die Länder mit geringerer Steigerung der Produktivität immer unvorteilhafter werden<sup>5</sup>.« So war »Freihandel« die Parole der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, und die »Freihändler« waren nur solange daran interessiert, den Handel frei sein zu lassen, wie dies eine expandierende Wirtschaft und einen wachsenden Weltmarkt bedeutete. Diese besondere Freiheit des Handels bereitete dann wieder eine neue Welle des Protektionismus vor, die mit dem Niedergang der Kapitalbildung einsetzte.

Diversifizierte Wirtschaften auf hoher Stufe sind weniger von der Ausweitung des internationalen Handels abhängig als die spezialisierteren Wirtschaften auf niedriger Stufe. Die US-Wirtschaft hängt nur in relativ begrenztem Maße von den Produkten anderer Länder ab: was diese produzieren, kann in den meisten Fällen auch in den USA hergestellt werden; und was nicht hergestellt werden kann, kann oft durch andere Produkte überflüssig gemacht oder ersetzt werden. Natürlich nehmen die Wirtschaften auf hoher Stufe ihre »autarkistischen« Möglichkeiten nur in einer »Ausnahmesituation« wahr, da das Kapital allein die Profitabilität als Grenze seiner Expansion anerkennt. Aber weil diese Wirtschaften am wenigsten unter einer Verschlechterung der internationalen Handelsbeziehungen leiden, können sie deren Bedingungen festsetzen. Und obgleich der wirtschaftliche Vorteil des Außenhandels nicht darin besteht, Exporte loszuwerden, sondern den

5 J.-H. Williams, »Economic Stability in a Changing world«, New York 1953, S. 24.

6 A. a. O., S. 38

größtmöglichen Wert an Importen im Austausch für sie zu erhalten, sind auf Importe angewiesene Länder oft gezwungen, gegen ihre »wirtschaftlichen Interessen« verstoßende Handelsbedingungen hinzunehmen.

Wenn ein Land eine monopolistische Position innerhalb der Weltwirtschaft hat, wird der internationale Handel nicht notwendigerweise beeinträchtigt; tatsächlich förderte Englands außerordentliche Kapitalmacht, die mit großen Kapitalexporten verbunden war, den Welthandel im 19. Jahrhundert. Doch können strukturelle Veränderungen des Weltkapitalismus sowohl auf die Kapitalakkumulation als auch den internationalen Handel negativ einwirken. Man hat oft behauptet, daß der relativ beschränkte Kapitalexport der USA und der geringe Anteil ihrer Warenexporte an der Gesamtproduktion das Fehlen eines »wirtschaftlichen Imperialismus« bezeugen, und daß die USA folglich für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die Welt bedrängen, nicht verantwortlich gemacht werden können. Unter kapitalistischen Gesichtspunkten wäre jedoch gerade dieses Fehlen eines »wirtschaftlichen Imperialismus« - was immer seine Ursache ist - eine Erklärung für das Schrumpfen des Weltmarktes. Während der Periode von 1870 bis 1913 investierte England beispielsweise »ungefähr zwei Fünftel seiner Ersparnis, d. h. etwa ein Zehntel seines Volkseinkommens, in Übersee. 1913 entsprachen seine Investitionen im Ausland vier Neunteln der inländischen Investitionen; sie repräsentierten ein Drittel aller europäischen Investitionen und steuerten ein Zehntel des englischen Volkseinkommens bei<sup>7</sup>«. Auf der Stufe der jetzt dominierenden US-Wirtschaft »wäre das Äquivalent eine Auslandsinvestition von ungefähr 600 Mrd. Dollar, die jährlich 30 Mrd. Dollar an Einkommen erbringen und um etwa 15 Mrd. Dollar pro Jahr wachsen würde<sup>8</sup>«. Stattdessen wiesen die privaten Auslandsinvestitionen der USA nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit eine jährliche Rate von weniger als einer Milliarde Dollar auf, was etwa 0,3 Prozent ihres Volkseinkommens entsprach; diese Rate stieg nur langsam an auf 3 Mrd. Dollar im Jahre 1957 und 4,5 Mrd. Dollar in den Jahren danach.

Die periodischen Schwierigkeiten des internationalen Handels- und Zahlungssystems gehen zurück auf den Ersten Weltkrieg und bekamen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs einen anscheinend unlösbaren Charakter. Die durchweg ungünstigen Handels- und Zahlungsbilanzen der westeuropäischen Länder waren weithin Resultat der beiden Kriege, die zum Verlust fast all ihres Auslandsbesitzes, zu ihrer Verschuldung

7 W. L. Thorp, »Trade, Aid, or What?«, Amherst 1954, S. 183.

8 A. a. O.

gegenüber den USA und zur Einengung ihrer traditionellen Märkte führten. Die relative Knappheit an Lebensmitteln und Rohstoffen während und nach den Kriegen verschlechterte die *terris of trade* für die westeuropäischen Länder. Ihre Lage wurde außerdefn dadurch erschwert, daß der Handel mit den östlichen Ländern teilweise infolge der politischen Entwicklung, aber in noch größerem Maße durch die Industrialisierung dieser Länder stagnierte, die vorher fast ausschließlich Primärprodukte geliefert hatten. Die dominierende Position der USA innerhalb der Weltwirtschaft als nicht nur größter industrieller, sondern auch größter landwirtschaftlicher Produzent störte das schon prekäre »internationale wirtschaftliche Gleichgewicht« immer mehr. Eine ausgeglichene Zahlungsbilanz kann durch Warentausch, durch Kapitalverkehr und durch die Anforderungen des Krieges verlorengehen. Defizitäre Länder können ihre Bilanz auf verschiedene Reisen ausgleichen - dadurch daß sie auf Auslandsguthaben und Reserven zurückgreifen; oder die Wechselkurse verändern und damit Import und Export beeinflussen; oder den Export steigern, um Devisen zu gewinnen, und alles unterlassen, was Devisen kosten könnte; oder Kredite und Hilfelektwa^a ms data Aiid-aad «.m ^k^i. Eita ajj&gs^hdbbnA Handels- und Zahlungsbilanz bedeutet nicht notwendigerweise Prosperität; doch ein fortwährendes Ungleichgewicht deutet auf eine Auflösung des Marktsystems hin. Nach dem Zweiten Weltkrieg würden die USA zu einem Gläubiger, der sein Geld nicht zurückbekommen konnte, und die westeuropäischen Länder wurden zu Schuldern, die zahlungsunfähig waren. Von 1946 bis 1952 wuchs die Verschuldung der »freien« Länder gegenüber den USA auf ungefähr 34 Mrd. Dollar an. Etwa 4 Mrd. Dollar waren durch die westeuropäischen Gold- und Dollarreserven gedeckt; über 30 Mrd. Dollar stellten amerikanische Auslandshilfe dar.

Die »günstige Bilanz« der USA, ausgeglichen durch Darlehen und Schenkungen, war jedoch fiktiv, denn - wie ein US-Senator sagte - »es ist offensichtlich schwachsinnig, eine Situation >günstig< zu nennen, in der die Ausgaben die Einnahmen übertreffen ... Das war unvorteilhaft, wenn auch unvermeidlich, als wir ein Schuldnerland waren, und für den Schuldendienst mehr aufwenden mußten als wir erhielten. Wir sind nun ein Gläubigerland und setzen diese Gewohnheit fort. Alles was unseren Import steigert und/oder unseren Export verringert, trägt dazu bei, unsere verrückte Angewohnheit abzuschwächen, Sachen zu verschiffen, die nicht bezahlt werden können?«- Diese »ver-

rückte Angewohnheit« spiegelte jedoch die unerläßliche Interdependenz des internationalen Kapitalismus wider. Da die USA das privatwirtschaftliche System in anderen Ländern erhalten wollten, konnten sie sich bei ihrer Wirtschaftspolitik gegenüber diesen Ländern nicht immer von den Regeln des guten Geschäfts leiten lassen.

Der Kapitalismus ist immer zugleich ein produktives und destruktives Gesellschaftssystem gewesen, nicht nur im alltäglichen Wettbewerb, sondern auch, in geraffter und konzentrierter Form, in Kriegs- und Krisenzeiten. Die Vernichtung von Kapitalwerten durch friedlichen oder kriegerischen Wettbewerb diente dazu, neue Aufschwünge der Kapitalproduktion einzuleiten. Als Mittel zur Akkumulation mußten die destruktiven Aspekte der Kapitalproduktion jedoch in einem bestimmten Verhältnis zu ihren Produktivkräften stehen. Die Vernichtung von Kapitalwerten in der Krise betrifft nur einen kleinen Kapitalbetrag in seiner physischen Form. Der materielle Produktionsapparat bleibt weitgehend intakt; er konzentriert sich nur in weniger Händen. Im Krieg wird Kapital sowohl in physischer als auch in Wertform vernichtet; wenn zuviel Kapital in seiner materiellen Form vernichtet wird, finden sich die überlebenden Kapitale auf ein »früheres« Stadium der Kapitalentwicklung zurückgeworfen, und ihre eigenen fortschrittlichen Merkmale erscheinen als nicht zeitgemäß. Da ihre Profite an eine bestimmte Größe der Weltproduktion gebunden sind, wird eine zu starke Verringerung der letzteren wahrscheinlich die Profitabilität der überlebenden Kapitale beeinträchtigen. Die durch den Krieg verursachten Disproportionalitäten müssen überwunden werden, bevor der allgemeine Prozeß der Kapitalakkumulation wieder beginnen kann.

Die USA hatten 1948 einen Außenhandelsüberschuß von 5,5 Mrd. Dollar, und ihr Sozialprodukt übertraf in diesem Jahr dasjenige von 1937 um 70 Prozent. Das Handelsdefizit der Länder des Marshall-Plans betrug 5,1 Mrd. Dollar; ihr Sozialprodukt lag noch unter dem Vorkriegsstand. Ihr Anteil am Import der USA, der um die Jahrhundertwende 2 Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts ausgemacht hatte, war 1948 auf weniger als 0,5 Prozent gesunken. Unter diesen Umständen konnten die Probleme des Handels und der Zahlungsbilanz nicht den Wechselfällen des Marktes überlassen werden. Das nicht geschäftsmäßige Verfahren, mehr an Hilfe zu geben als über den Handel hereinkam, wurde zur unvermeidlichen Notwendigkeit.

Die USA bestimmten den internationalen Kapitalverkehr nach dem Zweiten Weltkrieg; der Strom amerikanischen Kapitals stammte zum größten Teil aus staatlichen Fonds. Die amerikanische Auslandshilfe setzte die westeuropäischen Regierungen in die Lage, sehr viel expansi-

vere Programme für den Wiederaufbau zu entwickeln als es sonst möglich gewesen wäre. Durch diese Hilfe wurde die staatlich induzierte Produktion internationalisiert. Wenn staatlich induzierte Produktion im Inland das Maß an wirtschaftlicher Aktivität sichern soll, das zur Erhaltung der gesellschaftlichen Stabilität notwendig ist, so ist Auslandshilfe notwendig, um das privatwirtschaftliche System in anderen Ländern zu stützen. In beiden Fällen erwartet man, daß die gegenwärtigen nicht-profitablen Ausgaben zu einem späteren Zeitpunkt durch einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung wiedergewonnen werden können.

Eine wirtschaftliche Integration des nationalstaatlich zersplitterten Westeuropa erschien unerläßlich, um die allgemeine Expansion des Kapitals zu beschleunigen und seine Märkte auszudehnen; sie wurde von den USA gefördert. Wirtschaftliche Integration kann verschiedenes bedeuten - den »Automatismus« eines freien Weltmarktes ebenso wie die politische Vereinigung mit geplanten supra-nationalen Eingriffen in die Wirtschaft. Dem letzteren Typ von »Integration« entsprach die nationalsozialistische Vision eines Europa unter deutscher Herrschaft. Während des Zweiten Weltkrieges wurden in England Stimmen laut, die ein vereintes Europa unter englischer Vormundschaft forderten. Aber der Krieg ließ England zu einer zweitrangigen Macht werden, trotz seiner ausgedehnten, zerfallenden Verbindungen innerhalb des Commonwealth. Die Zukunft und der Charakter Kontinentaleuropas schienen nun durch den zwischen Sowjetunion und USA entstehenden entstehenden Machtkampf bestimmt zu sein. Wenn die USA gewinnen oder auch sich nur behaupten wollten, mußte sich die westeuropäische Wirtschaft rasch erholen. Dies bedingte die Aufstellung des Marshall-Plans und zwang die USA, gegen ihre eigenen unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen zu handeln.

Obwohl die wirtschaftliche »Integration« Westeuropas auch als politische vorgestellt wurde, war sie anfänglich eine rein monetäre Angelegenheit - in Übereinstimmung mit der keynesianischen Lehre, die alle Wirtschaftstätigkeit hauptsächlich unter monetären Gesichtspunkten betrachtet. Einige hundert Änderungen der Wechselkurse, die mit unterschiedlichen Inflationsraten in den einzelnen Ländern zusammentrafen, hatten zu einem undurchdringlichen Dschungel der Nichtkonvertierbarkeit geführt. Die Wiederherstellung einer wenigstens Partiiellen Konvertibilität wurde damals als unerläßlich für eine Ausweitung des Handels und die daraus folgende Produktionssteigerung angesehen. Den ersten Versuch in dieser Richtung stellte die Europäische Zahlungsunion dar, die sich an die von Keynes während des

Zweiten Weltkrieges vorgeschlagene *International Clearing Union* anlehnte. Sie sollte einen besseren Transfer der westeuropäischen Währung ermöglichen, als Voraussetzung für die Beseitigung von Importrestriktionen, subventionierten Exporten und anderen Maßnahmen, die den innereuropäischen Handel lähmten. Die EZU wurde auch als eine Station auf dem Weg zur universellen Konvertibilität in einer gänzlich dem freien Handel ergebenden Welt betrachtet.

Fragen der Verteidigung und der Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantikpakt verdrängten jedoch bald die Probleme der Handels- und Zahlungsbilanz Westeuropas. In den Jahren nach dem Potsdamer Abkommen war deutlich geworden, daß die weitgehende Zerstörung und Niederhaltung der westdeutschen Wirtschaft dem neuen Gegner in die Hände spielte. Im Frühjahr 1951 revidierten die westlichen Alliierten das Besatzungsstatut; sie tauschten dafür die Garantie ein, daß Westdeutschland die Schulden der Vor- und Nachkriegszeit begleichen und mit all seiner Leistungskraft das westliche Verteidigungsbundnis stärken würde.

Die Entscheidung, Westdeutschlands Wirtschaftsmacht Wiederaufleben zu lassen, bedeutete für Frankreich und England etwas anderes als für die USA. Für letztere stellte sie vor allem eine militärische Entscheidung dar - Vorbereitung für einen möglichen neuen Marsch auf Moskau mit der »erfahrenen« deutschen Armee als Speerspitze einer europäischen Streitmacht, die von den immensen Produktivkräften der USA gedeckt sein würde. Für Frankreich war das wirtschaftliche und militärische Erstarken Westdeutschlands nur akzeptabel, wenn ihm selbst eine führende Rolle in Europa zugestanden wurde. Doch die damalige Schwäche Frankreichs und seine Unfähigkeit, sich der amerikanischen Politik zu widersetzen, veranlaßte französische Politiker, die gefährlichen Aspekte dieser Entwicklung zu antizipieren und sie im voraus mit dem Schuman-Plan zu beantworten.

Die Absicht dieses Plans einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl war es, in Westeuropa einen einzigen Markt für Kohle und Stahl zu schaffen. Die Beteiligung von Frankreich und Westdeutschland bedeutete fast zwangsläufig die der kleineren Länder. England beteiligte sich nur am Austausch von Informationen, ohne die Kontrolle über seine Kohle- und Stahlindustrie abzutreten. Die neue supranationale Institution wurde als Beginn einer neuen Ära der innereuropäischen Beziehungen gefeiert, als Vorbote noch besserer künftiger Entwicklungen. Die Schaffung eines einzigen Marktes auch für andere Produkte und eines europäischen Atomenergieprogramms sollte in einem westeuropäischen Staatenbund kulminieren.

Nüchterner betrachtet erschien die Montanunion jedoch als bloße Ausdehnung des europäischen Stahlkartells der zwanziger Jahre. Der Bergbau und die Stahlindustrie Frankreichs und Deutschlands liegen nahe der Grenze beider Länder. Seit hundert Jahren hatten sie versucht, das lothringische Eisenerz und die Ruhrkohle zu kombinieren. Das bis zum Zweiten Weltkrieg bestehende europäische Stahlkartell war ein Abkommen zur Preisfixierung, das die relative Kapitalstagnation in dieser Periode anzeigte. 1950, als der Schuman-Plan entwickelt wurde, drohte eine Überproduktion von Kohle und Stahl; möglicherweise sollte der Plan eine neue Periode halsabschneiderischer Konkurrenz verhindern. Doch als er ratifiziert wurde, und in der Zeit unmittelbar vor seiner Ratifizierung, hatte sich die Situation schon zugunsten einer allgemeinen Ausweitung der Kohle- und Stahlproduktion geändert. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hatte nun nicht mehr den gegebenen Markt abzusichern, sondern eine größere Produktion sicherzustellen. Die Montanunion stellte alle an ihrer Gründung Beteiligten zufrieden, was immer die Zukunft bringen mochte. Für die USA steigerte sie das Kriegspotential des Westens; für Westdeutschland eröffnete sie die Chance zu einem schnelleren Wiederaufbau; und für Frankreich bedeutete sie eine Gelegenheit, die unvermeidliche Entwicklung der Produktivkräfte und die Aufrüstung Westdeutschlands zu kontrollieren.

In einer Weise stellte die Ratifizierung des Schuman-Plans auch ein Ergebnis des westdeutschen Wiederaufbaus dar, der dann später als »Wirtschaftswunder« und Zeugnis der unverminderten Expansionskraft des Kapitalismus betrachtet wurde. Dieses »Wunder« resultierte natürlich aus der kolossalen Zerstörung von Kapital, die eine entsprechend umfangreiche Rekonstruktion sowohl ermöglichte als auch notwendig machte. Der Wiederaufbau wurde gefördert durch eine drastische Währungsreform, durch amerikanische Auslandshilfe und Investitionen und durch politische Verhältnisse, unter denen das bloße Überleben für die Arbeiter Anreiz genug war, die härteste Ausbeutung zu ertragen. Die Arbeitszeit war in Westdeutschland länger als in irgendeinem anderen westeuropäischen Land. Während die westdeutschen Löhne die Hälfte der englischen betragen, wurden 25 Prozent des Volkseinkommens investiert, gegenüber 16 Prozent in England. Der Pro-Kopf-Verbrauch der westdeutschen Bevölkerung lag bei 60 Prozent des entsprechenden englischen Wertes; in keinem anderen Westeuropäischen Land stand ein geringerer Prozentsatz des Brutto-sozialprodukts für den Bedarf der einzelnen zur Verfügung. Diese außerordentlich hohe Ausbeutungsrate bewegte sich natürlich auf den

europäischen Durchschnitt zu; aber durch sie wurde erst die ökonomische Position Westdeutschlands innerhalb der europäischen Wirtschaft wiederhergestellt.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang vielleicht die enge Verbindung zwischen dem westdeutschen und westeuropäischen Wiederaufbau, der Zahlungsunion und dem Schuman-Plan - und den westlichen Verteidigungsbemühungen unter Führung der USA. Zunächst sollten die Montanunion und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eine gemeinsame Direktion und Versammlung haben. Eine europäische Streitmacht mit einem Oberkommando unter den Bedingungen des Nordatlantikpaktes sollte geschaffen werden. Doch konnte dieses Konzept nicht realisiert werden; die Schwierigkeiten mit der Verteidigungsgemeinschaft spiegelten sich auch in einer veränderten Einstellung gegenüber der Montanunion wider. Obwohl letztere im Sommer 1952 in Kraft trat, gab es keinen wirklichen Fortschritt in Richtung auf einen Gemeinsamen Markt. Sicherlich konnte der einzige Markt nur schrittweise verwirklicht werden, in Anbetracht der verschiedenartigen Verhältnisse in den Mitgliedsstaaten und der Vielzahl der von ihren Industrien hergestellten Produkte. Der italienische Stahl und die belgische Kohle wurden für fünf Jahre vom Gemeinsamen Markt ausgenommen; einige Kohle- und Kokssubventionen wurden aufrechterhalten. Die Rezession von 1954 erschwerte die Entwicklung noch mehr, und die Hohe Behörde mußte bald zugeben, daß sie weder wirklichen Wettbewerb in der Stahlindustrie herstellen, noch die Preise in Übereinstimmung mit den vertraglichen Abmachungen regeln konnte. Der Markt war nur in einem formalen Sinn ein gemeinsamer. »Wenn die Montanunion morgen aufgehoben würde«, so wurde gesagt, »hätte sich nichts geändert und niemand würde glauben, daß etwas Lebendiges getötet worden ist<sup>10</sup>.«

Bald nach dem Korea-Krieg beschleunigten sich jedoch die Aktivitäten der Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ihre Kontrollrechte wurden auf alle Arten von Energie ausgedehnt. 1959 wurde eine Reihe von Zollsenkungen in der Absicht vorgenommen, bis 1965 oder 1970 einen einzigen zollfreien Markt der sechs Länder zu schaffen. Obwohl die ersten Zollsenkungen nicht sehr bedeutend waren, trugen sie dazu bei, wirtschaftliche Veränderungen größeren Ausmaßes zu initiieren. Eine Reihe von Wirtschaftsabkommen innerhalb der Gemeinschaft führte zu zahlreichen Kapitalfusionen in und zwischen den Mitglieds-

10 P. Ricard, Vorsitzender des Verbandes der französischen Stahlunternehmen, in »New York Times«, 22. Februar 1955.



ländern. Sie schlossen gemeinsame Verkaufsorganisation und Produktion, Zusammenlegung von Ressourcen, Spezialisierung und Rationalisierung ein.

Wie in vorangegangenen Perioden der Prosperität schuf der darauf folgende wirtschaftliche Aufschwung ein Klima optimistischer Bereitschaft, einige der drückenden Maßnahmen des Protektionismus aufzugeben.

Aber da die Beseitigung von Handelsbarrieren sowohl den Wettbewerb als auch die Protektion gegen den Wettbewerb steigern muß, fördert sie die Konzentration des Kapitals. Weniger produktive Unternehmen machten produktiveren Platz und stärkten so die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien der Europäischen Gemeinschaft. Das bedeutete für die Wirtschaft der sechs Länder einen »Fortschritt«, deutete jedoch auch auf einen schärferen internationalen Wettbewerb hin. Aber der Wettbewerb beschleunigt in einer allgemein sich entfaltenden Wirtschaft nur den Aufschwung. Die westeuropäische Wirtschaft expandierte und ihre Exporte stiegen; der Handelsüberschuß der USA wurde auf den niedrigsten Wert seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges herabgedrückt. Um 1959 prosperierten die Länder des Gemeinsamen Marktes bei nahezu erreichter Vollbeschäftigung.

Als der Gemeinsame Markt Realität geworden war, vereinigte England sechs andere Länder<sup>11</sup> in einer Europäischen Freihandelszone, um die möglichen Wettbewerbsvorteile des Handelsblocks der Sechs auszugleichen. Diese Länder, die über ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen, einschließlich der Zolltarife gegenüber Ländern außerhalb der Freihandelszone, die volle Selbstbestimmung behielten, verpflichteten sich zu niedrigen Zolltarifen gegenüber den Partnerländern, zur Angleichung der Lieferungsbedingungen und zu einer Politik der Vollbeschäftigung. Die Handelsblocks schufen ebenso viele Probleme wie sie lösten. Während sie den Handel über die Ländergrenzen hinweg förderten, tendierten sie dazu, den weltweiten Handel zu lähmen. Sie unterbrachen Handelsbeziehungen, die aus früheren Produktionsstrukturen entstanden waren. Innerhalb der Handelsblocks war der Kapitalverkehr unbehinderter als zwischen ihnen. Ihre Verwirklichung erschien vermutlich als erster und einzig möglicher Schritt zu einer Vereinheitlichung des Weltmarktes; aber es ist daraus nur eine Demonstration der Hoffnungslosigkeit dieser Aufgabe geworden. Obwohl diese neuen Institutionen als vorbereitende Schritte in Richtung auf eine Integration des Weltmarktes angesehen wurden, sind sie

<sup>11</sup> Österreich, Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz.

selbst andauernd durch die partikularistischen und wechselnden Bedürfnisse ihrer Mitglieder gefährdet, was durch die wiederholten Krisen innerhalb des Gemeinsamen Marktes illustriert wird. Werden sie von einigen als Zeichen dafür angesehen, daß der unökonomische Nationalismus im Begriff ist, überwunden zu werden, so beurteilen andere sie als sinnlos, weil ihr regionaler Charakter die weltweite Integration eher behindert als fördert.

Welche Erwartungen oder Befürchtungen auch immer mit dem Entstehen der separaten europäischen Marktsysteme verbunden wurden: ihre Existenz weist darauf hin, daß rein nationale wirtschaftspolitische Maßnahmen immer weniger möglich sind, und daß der »freie« Weltmarkt wahrscheinlich nicht zurückkehren wird. Diese Tatsache wird zwecklose Anstrengungen in beiden Richtungen nicht verhindern. Ein Land wird immer versuchen, seine Wirtschaft gegen die schädlichen Auswirkungen des internationalen Wettbewerbs zu schützen, wenn sich dies als notwendig erweist. Doch muß es andererseits auf die Wiederherstellung einer »automatisch« oder in anderer Weise integrierten Weltwirtschaft hoffen und hinarbeiten. Regionale Gruppierungen bilden eine Art »Kompromiß« zwischen diesen Extremen, um die Grenzen der nationalen Wirtschaft in einer Welt zu überwinden, die unparteiische internationale Kontrollen nicht zuläßt. Die europäischen Handelsblocks initiierten eine allgemeine (wenn auch weitgehend illusionäre) Bewegung für Zollunionen und intra-nationale Marktarrangements, die von Afrika bis nach Lateinamerika reichte. Aber während die regionale »Lösung« die einzig verfügbare zu sein scheint, ist sie nur unter der Annahme eine »Lösung«, daß sie sich auf die weltweite Integration hin und nicht von ihr weg bewegt.

Die »endgültige« Lösung für die Probleme des Welthandels und der Zahlungsbilanz wird in einer Verschmelzung der verschiedenen Handelszonen und dem »wirtschaftlichen Zusammenschluß der Länder der freien Welt<sup>12</sup>« gesehen. Doch gibt man zu, daß ein solcher »Zusammenschluß«, der die Beseitigung von Zöllen und anderen Handelsrestriktionen bedeutete, die Schwierigkeiten der mit den USA konkurrierenden Länder nur erhöhen würde. Eine »relativ unbehinderte Bewegung von Kapital und Arbeit« soll es möglich machen, mit ihnen fertig zu werden; die »starken« Länder sollen übereinkommen, den schwächeren Kredit zu gewähren, »um ihnen über ihre Zahlungsbilanzschwierigkeiten hinwegzuhelfen«, und ein »internationaler Fonds« soll geschaffen werden, »um die Last der Arbeitslosigkeit und die Liquida-

12 R. Vernon, »Trade Policy in Crisis«, Princeton 1958, S. 21.

tion von Kapital in Wirtschaftsbereichen zu erleichtern, die von dem Integrationsprozeß stark beeinträchtigt sind'«.

Die »relativ unbehinderte« Bewegung von Kapital wirkt sich jedoch in zwei Richtungen aus. Ein großer Kapitalstrom von einem »stärkeren« zu einem »schwächeren« Land wird zweifellos die Zahlungsbilanz des letzteren verbessern. Der jüngste Aufschwung des amerikanischen Kapitalexports verringert beispielsweise fürs erste die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der kapitalimportierenden Länder; aber zu einem späteren Zeitpunkt kann er den gegenteiligen Effekt haben. Denn der Abfluß von Profiten und Zinsen in das kapitalexportierende Land kann die durch sein Kapital erzeugte Menge an Neuinvestitionen übertreffen. Im Ausland erzielte Profite müssen ihren Weg zurück nach den USA finden. Wenn das nicht der Fall wäre, hörte das exportierte Kapital auf, amerikanisches Kapital zu sein, und würde als ausländisches Kapital im Wettbewerb mit den USA und der übrigen Welt fungieren.

Während es für die Wirtschaft eines Landes ohne Belang sein kann, ob das investierte Kapital in- oder ausländischer Herkunft ist (unter der Voraussetzung, daß die Rate der Kapitalbildung durch den Transfer von Profiten zu den ausländischen Investoren nicht beeinträchtigt wird), ist es für die inländischen Kapitalisten nicht belanglos, daß ausländisches Kapital in ihre eigene traditionelle Sphäre der Kapital-expansion eindringt. Sie könnten natürlich das gleiche tun und Kapital im Ausland investieren; so daß es sowohl zahlreiche europäische Besitzer amerikanischer Unternehmen und zahlreiche amerikanische Besitzer europäischer Unternehmen, als auch europäische und amerikanische Besitzer von Unternehmen in anderen Ländern gäbe. Profite würden von Europa nach den USA (wie es der Fall ist) und umgekehrt fließen; die Kapitalisten hätten ihre Tätigkeitsfelder vertauscht, aber nichts sonst hätte sich geändert, wenn nicht dieser Prozeß sich als für eine Gruppe von Kapitalisten oder ein Land vorteilhafter erweisen würde.

Der Kapitalverkehr hängt von Erwägungen der Profitabilität und der Sicherheit ab. Die gewinnträchtigsten Wirtschaftsregionen ziehen das meiste Kapital an und ermöglichen dadurch noch höhere Profite. Dies vermindert die Wettbewerbsfähigkeit der weniger produktiven Länder, die damit noch ärmer an Profitmöglichkeiten werden. Der *allgemeine* Kapitalstrom nimmt ab, da sich das Kapital in den bereits hoch kapitalisierten Ländern konzentriert. Die Kapitalbewegung von den

weniger profitreichen und sicheren zu den anderen Ländern bringt kein »Gleichgewicht« hervor, sondern vergrößert den Abstand zwischen »starken« und »schwachen« Ländern. Eine Kapitalbewegung »ausgleichender« Art implizierte die Opferung des Profitprinzips; es würde sich nicht um einen *freien* Kapitalverkehr handeln, sondern um eine rationale Verteilung des Kapitals gemäß den tatsächlichen Erfordernissen der Weltwirtschaft im Hinblick auf die allgemeinen Bedürfnisse der Menschen. Dies übersteigt eindeutig die Möglichkeit der Privatwirtschaft; selbst die minimalen Anforderungen dieser Art - die ein notwendiges Maß an gesellschaftlicher Stabilität und internationaler Verbindung sichern - hängen von staatlichen Interventionen ab, die dabei entstehende Verluste »sozialisieren«.

Obwohl die sozio-ökonomischen Probleme als Probleme des Marktes und des Geldes erscheinen, liegt ihre tatsächliche Ursache in der wachsenden Unvereinbarkeit der vorherrschenden Eigentumsverhältnisse und der nationalen Form des Kapitalismus mit dem Wandel der Produktivkräfte und der drängenden Notwendigkeit, Produktion und Distribution nach anderen Prinzipien als denen der Profitabilität im Weltmaßstab zu integrieren. Die Welt erlebt nicht so sehr eine Krise ihres monetären und Handelssystems, als eine Krise der Kapitalproduktion. Die Anhänger des Systems meinen natürlich, daß man sich nicht um das System selbst, sondern nur um seine zeitweiligen Ungleichgewichte zu kümmern habe; entweder, nach der Theorie des *laissez-faire*, durch Vermeidung jeder Einmischung in den Marktmechanismus, oder, nach keynesianischer Lehre, durch Interventionen des Staates in diesen Mechanismus. Aber welche Theorie und Praxis auch immer angewandt wird: die Probleme des Handels und der Zahlungsbilanz werden weiterhin die kapitalistische Welt beunruhigen - solange die Produktion Kapitalproduktion bleibt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die westeuropäischen Länder viele Jahre lang nichts zu verkaufen, aber eine Menge zu kaufen und kein Geld, es zu bezahlen. Der Großteil ihres Auslandsvermögens war ebenso wie ihre Gold- und Dollarbestände dem Krieg geopfert worden. Infolge einer anhaltend günstigen Handelsbilanz strömte Gold in die USA, bis sie im Jahre 1949 70 Prozent des Gesamtbestandes an monetärem Gold besaßen. An diesem Punkt begann sich jedoch die Lage zu ändern. Das Auslandhilfeprogramm, militärische Engagements und Kapitalexporte reduzierten die Goldreserven der USA bis 1965 auf etwa 15 Mrd. Dollar.

Ausländische Zentralbanken und Einzelpersonen halten Dollar in ihren eigenen Ländern und in den USA in Form von Depositenkonten

und Schuldverschreibungen, die in Dollar umgewandelt werden können. Ausländer haben weit mehr Dollar in Händen als durch die Goldbestände der USA gedeckt sind. Die Besitzer dieser Dollar können sie jederzeit in Gold umtauschen, denn die USA sind verpflichtet, ausländischen Zentralbanken für 35 Dollar eine Unze Gold zu verkaufen. »Normalerweise« muß die Goldreserve nicht alle Dollarbestände ausländischer Banken, Geschäftsleute und Investoren decken, denn »normalerweise« hat die Umwandlung von Dollar in Gold nicht viel »Sinn«. Gold bringt an sich keinen Gewinn, im Unterschied zum investierten Dollar; und wenn sich ein »Run auf Gold« entwickelt, so deshalb, weil das Vertrauen in die Stabilität des Dollar verlorengegangen ist.

Die USA gingen 1933 vom Goldstandard ab. Durch den *Gold Reserve Act* von 1934 wurden alle Goldbestände der Bundesbanken dem US-Finanzministerium übertragen. Die umlaufenden Goldmünzen wurden aus dem Verkehr gezogen, ihr Besitz für illegal erklärt. Der Dollar wurde durch eine Anhebung des Goldpreises von 21 auf 35 Dollar pro Unze entwertet, ein Preis, der immer noch gilt. 1937 einigten sich die USA, Großbritannien und Frankreich auf einen Goldwechselstandard; internationale Finanzgeschäfte werden auf Goldbasis abgewickelt, während die inländische Geldpolitik in Übereinstimmung mit den jeweiligen Bedürfnissen gestaltet wird. Der fixe Goldpreis bestimmt den Wert des Dollar, durch den die Werte anderer Währungen festgelegt sind.

Während 1934 das Gold im Verhältnis zum Dollar überbewertet wurde, wird es nun unterbewertet, da die Preise, ausgedrückt in Dollar, inzwischen gestiegen sind. Doch ist es jederzeit möglich, den Goldpreis anzuheben und damit den Dollar zu entwerten - wie im Jahre 1934. Der Dollar und in geringerem Maße das Pfund Sterling dienen als Weltgeld. Beide sind Reservewährungen; so daß die Stabilität des internationalen monetären Systems von den Maßnahmen abhängt, die von den USA entweder einseitig oder in Übereinstimmung mit Großbritannien ergriffen werden. Wenn die nationalen Geldbehörden sich sicher wären, daß der Dollarpriess des Goldes steigen wird, würden sie keine Dollar halten; und wenn sie wüßten, daß es nicht der Fall sein wird, würden sie höchstwahrscheinlich bei ihren Dollar- und Pfundreserven bleiben. Aber es gibt keinerlei Sicherheit; deshalb flüchten sich die Zentralbanken ins Gold, wann immer die Stabilität der Reservewährungen zweifelhaft erscheint. Ihre Vorliebe für Gold spiegelt ihren Wunsch wider, ihre Reserven gegen die Risiken der Entwertung zu schützen.

Seit geraumer Zeit bewegt sich das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz zwischen 2 und 4 Mrd. Dollar jährlich. Zum Teil entsteht es durch den Kapitalexport. Gewöhnlich betrachtet man Kapitalbewegungen als positiv, da Investitionen dorthin gelenkt werden, wo sie am produktivsten, d. h. am profitabelsten sind. In den USA nicht genutzte Kapitalfonds sind zum großen Teil in Westeuropa angelegt worden; damit wurde ein schon bestehender Trend verstärkt. Eine wachsende Zahl westeuropäischer Unternehmen und neuer ausländischer Unternehmen in Westeuropa ging in US-amerikanische Hände über. Das bedeutete, daß amerikanische Investoren sachliches Vermögen für Dollar erhielten, die nach Westeuropa flössen. Diese Dollar können sowohl in Waren oder andere Währungen als auch in Gold umgewandelt werden. Für die an den Transaktionen beteiligten Einzelpersonen und Unternehmen stellt dies zweifellos ein gutes Geschäft dar. Doch unter »nationalen Gesichtspunkten« schließen die westeuropäischen Länder mit großen Dollar- und Goldreserven, die US-amerikanischen Investoren dagegen mit produktivem, d. h. profitabilem Vermögen ab - mit Kapital.

Die sich rekapitalisierende Wirtschaft Westeuropas erwies sich als gewinnträchtiger als die stagnierende US-Wirtschaft. Daher bestand auch für das westeuropäische Kapital kein wirklicher Anreiz, das Eindringen der USA in die westeuropäische Wirtschaft mit Kapitalexporten nach den USA auszugleichen. Natürlich erwartet man immer noch, daß - wenn eines Tages der durch die Rekonstruktion bedingte Boom in Westeuropa zu Ende ist - die Kapitalbewegung wiederum ihre Richtung ändern wird; daß Vermögenswerte, die jetzt in US-Besitz sind, zurückgekauft, US-Aktien gekauft und Direktinvestitionen in den USA getätigt werden können. Das ist gut möglich; es gibt keinen Grund dafür, daß der gegenwärtige Unterschied in der wirtschaftlichen Aktivität zwischen den westeuropäischen Ländern und der US-Wirtschaft ewig andauern müßte. Mittlerweile sind die westeuropäischen Regierungen immer weniger geneigt, Kapitalimporte aus den USA zu begrüßen, wenn sie sich auch - da sie selbst Kapital exportieren - dem internationalen Kapitalverkehr nicht direkt widersetzen können.

Die Schöpfung von Dollar kennt nur die Grenzen, die sich die Geldbehörde der USA selbst setzt. Der amerikanische Kapitalexport stellt eine indirekte Ausweitung des Kredits der US-Regierung auf internationaler Ebene dar; doch in anderen Ländern erzielte Profite fallen auf diese Weise amerikanischen Kapitalisten in die Hände. Das hat international zu einer riesigen Anhäufung von Dollarschulden geführt. Die ausländischen Forderungen gegenüber den USA beliefen sich

1965 auf 13 Mrd. Dollar. Sie könnten bald eine Höhe erreichen, die die amerikanische Goldreserve übersteigt. Auch wenn die USA beabsichtigen, ihre Schulden »bis zum letzten Goldbarren« zu bezahlen, könnten sie dazu nicht in der Lage sein. Wenn er nicht in Gold konvertierbar ist, deckt der im Wert sinkende Dollar - und nicht sein fixes Goldäquivalent - die ausländischen Forderungen gegenüber den USA.

Insoweit er mit dem Import und Export von Kapital zusammenhängt, wird der Zustand des internationalen Währungssystems von der Profitabilität des Kapitals und der Rate der Kapitalbildung bestimmt. Geld, das in den stagnierenden USA nicht angelegt werden kann, wird in expandierenden Ländern angelegt. Da die höhere Profitrate in letzteren durch die niedrigere in den USA ausgeglichen wird, ist die *allgemeine* Wachstumsrate offensichtlich zu niedrig, um eine allgemeine profitable Expansion des Weltkapitals zu erlauben. Da nur in einigen wenigen Ländern die Nachfrage nach Kapital steigt, strömt das verfügbare Kapital in diese Länder und trägt dazu bei, daß das internationale Währungssystem aus dem Gleichgewicht gerät.

Was den internationalen Handel betrifft, liegen die Dinge nicht wesentlich anders. Wenn die Zahlungsbilanz eines Landes ein permanentes Defizit aufweist, kann seine Wirtschaft offensichtlich mit der anderer Länder nicht konkurrieren. Beispielsweise nutzte England, das einmal in der industriellen Entwicklung führend war, diese Position, um zum monopolistischen Zwischenhändler auf dem Weltmarkt und bei den Auslandsinvestitionen zu werden. Seine eigene industrielle Entwicklung vernachlässigte es immer mehr zugunsten der finanziellen Vorherrschaft innerhalb der Weltwirtschaft - eine Vorherrschaft, die auf den großen, während seines industriellen Aufstiegs angehäuften Geldreserven beruhte. Aber das internationale Finanzsystem, dessen Zentrum England war, wurde in Jahrzehnten der Krise und des Krieges vernichtet - durch die Auflösung des *Empire* und den finanziellen Aufstieg anderer, produktiverer Länder. England, das einmal der Weltbankier war, wurde zum Schuldner, der von einer Zahlungsbilanzkrise in die andere taumelte und jede nur zeitweilig durch Anleihen im Ausland überwinden konnte. Es gibt keine monetäre Maßnahme, um aus dieser prekären Lage herauszukommen, die durch unzureichende Kapitalbildung verursacht ist. Das Defizit der Zahlungsbilanz ist in Wirklichkeit ein Defizit der Kapitalproduktion.

Ein Defizit der Zahlungsbilanz kann nur dadurch beendet werden, daß man die Bedingungen beseitigt, die es verursachten. Wenn es infolge eines umfangreichen Kapitalexports entstand, kann dieser durch einen

Regierungserlaß oder durch eine Reihe wirtschaftlicher Sanktionen gestoppt werden, die ihn weniger vorteilhaft machen. Ebenso kann die Regierung bei einem Kapitalimport verfahren, von dem sie befürchtet, daß er zur Inflation und dazu führt, daß das inländische allmählich durch ausländisches Kapital verdrängt wird. In dem Maße jedoch, in dem die Regierung den Import von Kapital beschränkt, wird sie auch die Wirtschaftstätigkeit des eigenen Landes und folglich die Gesamtproduktion der Weltwirtschaft einschränken. Zumindest teilweise war die wirtschaftliche Expansion Westeuropas in der jüngsten Zeit dem Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz zuzuschreiben, soweit es aus dem Kapitalexport herrührte. Das amerikanische Defizit durch eine Beschränkung des Kapitalexports verringern, heißt die Wirtschaftstätigkeit in den kapitalimportierenden Ländern beschneiden. Die mögliche Beseitigung oder wesentliche Reduktion der durch den Kapitalverkehr bedingten Defizite kann das Geld selbst dort knapp werden lassen, wo es profitable Anlagemöglichkeiten fände; ein Gleichgewicht der internationalen Zahlungsbilanz könnte mit einem allgemeinen Schrumpfen der Wirtschaftstätigkeit zusammenfallen.

Doch sind Defizite der Zahlungsbilanz nur zum Teil durch Kapitalexport verursacht, und, was die USA betrifft, überhaupt nicht durch den Außenhandel. Bis zu einem gewissen Grade gilt dies auch für England, dessen Defizit teilweise aus dem Versuch resultiert, die Sterlingzone und die Überbleibsel des dahinschwindenden *Empire* unter Kontrolle zu behalten. Der ständige Geldaufwand für diese Zwecke kann nicht durch einen Rückfluß von Geld kompensiert werden, wie er sich früher oder später bei Kapitalexport ergäbe. Großbritannien und die USA könnten diese »außer-ökonomischen« Ausgaben nicht vermeiden, ohne ihre Außenpolitik zu ändern, ohne ihre imperialistischen Ambitionen und Machtpositionen aufzugeben. Das ist aber nicht zu erwarten, da es grundlegende gesellschaftliche Veränderungen voraussetzt.

Gold ist immer noch das einzige allgemein anerkannte internationale Zahlungsmittel. Die Reservewährungen Pfund Sterling und Dollar werden nur akzeptiert, weil ihre Konvertibilität in Gold zugesichert ist. Wenn das Vertrauen in diese Konvertibilität verlorengehe, könnten sie nicht als internationale Zahlungsmittel fungieren. Dieses Vertrauen schwächt sich mit Fortdauer der Zahlungsbilanzdefizite beider Länder ab, deren Geldeinheiten das Gold ersetzen. Wenn sowohl die Kaufkraft ihrer Währungen als auch ihre Goldreserven sich verringern, muß das Vertrauen in den Goldwechselstandard sinken. Es scheint, daß die Lösung der Probleme der defizitären Länder sich als genauso verhängnisvoll erweisen könnte wie der Verzicht auf eine Lösung. Denn



erstere droht die internationale »Liquidität« zu zerstören, d. h. die Verfügbarkeit von Geld für einen sich erweiternden Kapital- und Warenmarkt. Alle möglichen monetären Reformen sind vorgeschlagen worden, die aus diesem Dilemma herausführen sollten. Die dramatischeren unter ihnen sahen eine Rückkehr zum alten Goldstandard vor, eine vollständige Aufgabe des Goldes als Zahlungsmittel und die Internationalisierung der monetären Reserven, die von einer Institution wie etwa dem Internationalen Währungsfonds verwaltet werden sollen.

Am wenigsten realistisch ist die von Jacques Rueff vorgeschlagene Rückkehr zum alten Goldstandard. Dieser Vorschlag stellt vielleicht eher eine Rationalisierung des Umtauschs von Dollarbeständen in Gold dar, den Frankreich vor nicht allzu langer Zeit vornahm, als daß er auf dem ernsthaften Glauben an die Wirksamkeit eines wiederbelebten Goldstandards beruhte. Warum dieser gegenwärtig besser funktionieren sollte als in der Vergangenheit, wurde nicht deutlich gemacht, nimmt man die hoffnungsvolle Versicherung aus, daß er das Zeitalter der Inflation beenden würde. In allen Ländern ist jedoch die Inflation zum hauptsächlichen Mittel geworden, mit dem die Probleme der kapitalistischen Produktion bei einer sinkenden Rate der privaten Kapitalbildung angegangen werden können.

Der Vorschlag, zum Goldstandard zurückzukehren, wurde prompt mit einem Gegenvorschlag beantwortet: das Aufgeben des Goldes als Zahlungsmittel sollte die Schwierigkeiten lösen, die mit dem Goldwechselmechanismus entstanden waren. Wenn die USA sich weigerten, Gold für monetäre Zwecke zu kaufen und zu besitzen, könnten - so behauptete man - die anderen Länder gezwungen werden, den Dollarstandard ohne Goldbasis zu akzeptieren. Sobald dies geschähe, würde das Gold zu einer bloßen Ware, die dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt. Da die private Nachfrage nach Gold begrenzt ist, würde das freigegebene monetäre Gold den Markt überschwemmen, was seinen Preis möglicherweise unter seine Produktionskosten senken würde«. Die Senkung des Goldpreises würde den Dollar attraktiver

14 Im Frühjahr 1968 wurde dieser Vorschlag durch die Aufspaltung des Goldpreises »zur Hälfte« verwirklicht. Um den steigenden Goldpreis ohne Verkäufe von monetärem Gold auf dem Goldmarkt aufzuhalten, entschlossen sich die am Londoner Goldpool beteiligten Geldbehörden, ihn auf dem privaten Markt dem Spiel von Angebot und Nachfrage zu überlassen, während die Zentralbanken untereinander Gold weiterhin zum festen Preis von 35 Dollar je Unze handelten. Dieser Schritt sollte den Goldpreis senken, ohne den Bestand an monetärem Gold noch weiter zu vermindern. Während höhere Preise auf dem privaten Markt die Zentralbanken und privaten Finanzinstitute weniger bereit machen würden, Dollar zu halten, würden

werden lassen; der Dollar würde zum endgültigen internationalen Tauschmedium. Dieser kühne Plan übersah eine bedeutsame Tatsache: die tatsächlichen Bedingungen des US-Kapitalismus erlauben keine optimale Nutzung seiner produktiven Ressourcen ohne ständige Geldentwertung. Wenn Gold nicht mehr akzeptabel sein soll, ist es ein ständig im Wert sinkender Dollar noch weniger.

Eine partielle, wenn auch sehr begrenzte Internationalisierung der monetären Reserven wurde bereits durch die Errichtung des Internationalen Währungsfonds erreicht, der unter anderem den widersprüchlichen Tendenzen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems Rechnung trägt. Auf der einen Seite konkurrieren die Kapitalisten jedes Landes mit den Kapitalisten anderer Länder mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich monetären. Auf der anderen Seite besteht der allgemeine Wunsch, diesen Wettbewerb durch internationale Abkommen zu begrenzen, die etwas Stabilität und Regelmäßigkeit in die Handels- und Finanzbeziehungen hineinbringen sollen. Der IWF sollte die Zahlungsbilanzprobleme seiner Mitglieder dadurch erleichtern, daß er deren eigene Reserven ergänzte. Seine Gold- und Währungsbestände stehen den Mitgliedsländern nach einem vereinbarten Quotensystem zur Verfügung. Länder mit defizitärer Bilanz können auf die Ressourcen des Fonds zurückgreifen und damit restriktive Maßnahmen vermeiden, während sie auf eine Änderung ihrer Lage warten. Defizite werden als zeitweilige Phänomene betrachtet. Dauern sie jedoch an, wird sich der Kredit des betreffenden Landes beim IWF erschöpfen, und seine Anleihen beim Fonds werden die Schwierigkeiten mit der Zahlungsbilanz verschärfen. Der IWF hat seine begrenzten Aufgaben dennoch gut erfüllt. Deshalb hat man vorgeschlagen, daß er zum alleinigen Treuhänder der monetären Reserven seiner Mitgliedsländer werden sollte.

Die Vorschläge zur Errichtung einer solchen internationalen Goldbehörde differieren im Detail - etwa darin, wie lange die Umwandlung der nationalen in die internationale monetäre Kontrolle dauern und wie die Reserven beschaffen sein sollen, d. h. ob auf Gold als Zahlungsmittel vollständig verzichtet oder ob es in der einen oder anderen

Goldpreise unterhalb des offiziellen Austauschverhältnisses das Gold, das in den Währungsreserven gehalten wird, abwerten. Doch hofft man, daß der Warenpreis des Goldes nicht allzu sehr in der einen oder anderen Richtung von seinem monetären Preis abweichen wird. Aber mit wachsender Nachfrage nach Gold und fortwährender Entwertung des Dollar wird der Goldpreis auf dem freien Markt wahrscheinlich ständig über dem offiziellen Preis liegen, und die Disparität zwischen beiden Preisen muß die alten Schwierigkeiten wiederbeleben, die zum System der zwei Preise für Gold geführt haben.

Weise weiterhin als monetäre Reserve verwendet werden soll. Doch abgesehen von den Besonderheiten der einzelnen Vorschläge, übertragen sie grundsätzlich nur das nationale Schema der Währungspolitik auf die internationale Ebene. Um Erfolg zu haben, müßte die internationale Geldbehörde - wie es die Regierungen gegenwärtig tun - nach Belieben Geld schöpfen können, es den Mitgliedsländern je nach ihren besonderen und wechselnden Bedürfnissen zur Verfügung stellen und die Wirtschaftstätigkeit aller 106 Länder bestimmen. Kurz, sie müßte als finanzielle Weltregierung fungieren - eine unrealisierbare kapitalistische Utopie. Wenn der IWF zu einer gigantischen Zentralbank würde, welche die Reserven aller Länder hält und zur Geldschöpfung ermächtigt ist, wäre der weitere Besitz von Goldreserven überflüssig. Die Goldbasis des Geldes könnte durch internationales Recht ersetzt werden. Das Gold in den Tresoren der Weltbank würde allen und niemandem gehören; das Warengeld hätte aufgehört zu bestehen. Die Beseitigung des Goldes als monetäre Reserve würde die monetären »Reserven« ganz und gar beseitigen. Nur solange das Geld zumindest teilweise die Form von Warengeld behält, wird es seinen Charakter als unabhängige Form des Tauscherts, als Kapital behalten.

Die Reform des Weltwährungssystems, auf die man sich schließlich 1967 einigte (sie muß in den einzelnen Ländern noch ratifiziert werden), sah von den vielen vorgeschlagenen Modellen ab, einschließlich den an Keynes' internationale Clearingstelle oder Weltbank angelehnten, die allen Bedürfnissen des Welthandels gerecht werden sollte. Stattdessen einigte man sich auf die Schaffung einer neuen Geldart, mit der die Reserven der Mitgliedsländer des IWF erweitert werden. Dieses neuartige Geld sind die sogenannten Sonderziehungsrechte, die den Ländern proportional zu ihren schon bestehenden Quoten beim IWF zugeteilt werden. Es handelt sich dabei natürlich um Kreditgeld; doch ist es mit einer Goldgarantie versehen worden, um ihm den Anschein von wirklichem Geld zu geben. Die Gold- und Währungsbestände des IWF bilden einen »Geldpool«, aus dem die Mitgliedsländer kurzfristige Anleihen beziehen können, um eine negative Zahlungsbilanz zu überbrücken. Die Sonderziehungsrechte stellen »Ergänzungen« zum internationalen Geldangebot dar, selbst wenn sie kein materiales Gegenstück in Gold oder konvertiblen Währungen haben. Der Geldpool des IWF ist vorher nicht als Grundlage für die Ausgabe neuen Geldes benutzt worden; tatsächlich war er Teil der »Geldreserven« aller Mitgliedsländer - in Form ihres Beitrages zum Fonds. Dieses selbe Geld kann nun als unabhängige »internationale Geldreserve«

und als Deckung für die Sonderziehungsrechte fungieren. Die reale Geldbasis des Kreditgeldes wird dadurch auf internationaler Ebene weiter reduziert - der monetäre Charakter der »erweiterten Reserven« der einzelnen Länder verwässert.

Vermutlich steht hinter der Reform die Furcht, daß der internationale Handel infolge monetärer Schwierigkeiten schrumpfen könnte, was dann zu einem Schrumpfen der Produktion führen würde. Man sagt, daß der wachsende Welthandel eine Steigerung des Geldangebots erfordere. Während die Regierungen im Inland diese Steigerung übereinstimmend mit dem wachsenden Umfang der Geschäfte zuwege bringen können, war es nicht möglich, das internationale Geldangebot zu regeln. Die Sonderziehungsrechte sind ein erster Versuch in dieser Richtung. Es wird behauptet, sie seien deshalb notwendig, weil die Steigerung des internationalen Geldangebots über den Zuwachs an Reserven von der Goldproduktion und dem Goldmarkt abhängig war, die beide nicht nur höchst unregelmäßig sind, sondern sich auch weit langsamer ausdehnen als der Umfang und Wert der internationalen Transaktionen. In Wirklichkeit sind die Goldreserven der Welt aber übereinstimmend mit dem Anwachsen des internationalen Handels gestiegen. Wenn die Goldbestände hinter dem wachsenden Bedarf des internationalen Handels zurückbleiben, so liegt das weniger daran, daß es unmöglich wäre, die Produktion von Gold zu steigern, als an der Abneigung, Kapital dadurch stillzulegen, daß man es in Form von Gold hortet. Aber davon einmal abgesehen: die Sonderziehungsrechte sollen an die Stelle des Goldes als letztes Mittel zum Kauf anderer Währungen treten. »Goldreserven« werden auf diese Weise ohne Produktion von Gold geschaffen, was nur bedeuten kann, daß die gesamte Golddeckung in dem Maße abnimmt wie das gesamte Geldangebot wächst.

Wenn allgemein anerkannt ist, daß man monetäre Reserven aus der Luft schöpfen kann, statt sie produzieren zu müssen, fungieren die Sonderziehungsrechte natürlich in der gleichen Weise als zusätzliche Reserve wie das Papiergeld als Warengeld fungiert. Die Sonderziehungsrechte können anstelle von Gold im Austausch zu Währungen von einem Land zum anderen transferiert werden, um Ungleichgewichte der Zahlungsbilanz auszugleichen. Aber das Angebot an Sonderziehungsrechten ist wie das an Gold beschränkt; Länder mit einer fortwährend ungünstigen Zahlungsbilanz laufen Gefahr, sowohl ihre konventionellen Reserven als auch ihren Anteil an Sonderziehungsrechten zu erschöpfen. Das wird nur etwas länger dauern. Man stellt sich immer vor, daß die Ungleichgewichte der Handels- und Zahlungsbilanz vorübergehende Phänomene sind, die früher oder später durch die

Gleichgewichtstendenzen des Marktes beseitigt werden. Da dies gegenwärtig eher später als früher geschieht, komme es darauf an, Zeit zu gewinnen. Der Zugang zu größeren monetären Reserven soll den einzelnen Ländern mehr Zeit lassen, ihre ungünstige Handelsposition zu überwinden - und das nach und nach zu tun, um den Schock plötzlicher Einschränkungen und einer darauf folgenden Schrumpfung des internationalen Handels zu vermeiden.

Ebenso wie die Defizitfinanzierung auf nationaler Ebene mit einem Verzögerungseffekt begründet wird - der bloße Aufschub einer Krisensituation durch staatlich induzierte Produktion soll zu einem neuen Aufschwung führen, der genügend Profite mit sich bringt, so daß die nicht-profitable Produktion kompensiert werden kann -, so soll das geregelte internationale Geldangebot eine monetäre Krise verzögern und sie damit vielleicht gänzlich verhindern. Aber die Manipulation des internationalen Geldangebots ist wie die Defizitfinanzierung notwendigerweise durch den Charakter der kapitalistischen Marktwirtschaft begrenzt. Wenn das *nicht* der Fall wäre, brauchte die Zahlungsbilanz nicht ausgeglichen zu werden. Wie die Dinge nun einmal liegen, hat die Verzögerung der monetären Krise nur unter der Annahme einen Sinn, daß es, entgegen allem Augenschein, eine Tendenz zu einem externen Gleichgewicht gibt, die sich durchsetzt, wenn ihr die Chance dazu gegeben wird.

Es ist nicht notwendig, die administrativen Einzelheiten der vorgeschlagenen Reform des Währungssystems zu behandeln. Wichtig erscheint, daß mit dieser Reform implizit anerkannt wird, daß die nationale Wirtschaft ein gewisses Maß an internationaler Regulierung zusätzlich zu und über die »regulierenden« Kräfte des Marktes hinaus nötig hat. Bei der beabsichtigten Bemühung um das internationale Geldangebot handelt es sich jedoch um eine recht bescheidene, sich jährlich zwischen 1,4 und 2,8 Prozent bewegendende Steigerung der vorhandenen Reserven, die 1967 ungefähr 71 Mrd. Dollar betragen. Innerhalb von 5 Jahren soll dieser Betrag um 5 bis 10 Mrd. Dollar gesteigert werden. Die Sonderziehungsrechte sind nur begrenzt und proportional zu anderen Reserven verwendbar; ihre Akzeptierung muß mit einem geringfügigen Zinssatz honoriert werden, damit sie gegenüber Gold vorgezogen werden. Der Bedarf an größeren Reserven wird damit begründet, daß der internationale Handel in der nahen Zukunft so expandieren wird wie in der jüngsten Vergangenheit, d. h. um jährlich 7 bis 10 Prozent, und daß diese Expansion die Probleme der Zahlungsbilanz eher verschärfen als erleichtern wird.

Reserven müssen immer noch in Gold oder international akzeptierten

Währungen gehalten werden; und Geld wird nur akzeptiert, wenn es in Gold konvertierbar ist. Die Währungsreserven der meisten westeuropäischen Länder bestehen zum großen Teil aus Gold. Einige Länder - Kanada und Japan beispielsweise - halten den kleineren Teil ihrer Reserven in Gold. Die übrigen Länder besitzen Reserven von wesentlich kleinerem Umfang; der Anteil des Goldes liegt bei ihnen wesentlich niedriger. Bis 1961 bestand die Währungsreserve der USA in ihrer Gesamtheit aus Gold. Gegenwärtig halten die USA auch kleinere Beträge konvertibler ausländischer Währungen. Als Ergebnis des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits sind die Bestände an monetärem Gold nun gleichmäßiger verteilt; der Anteil der USA belauft sich auf ungefähr 37 Prozent des monetären Goldes der »freien Welt« - er ist damit annähernd so hoch wie vor dreißig Jahren.

Die Golddeckung des US-Dollars ist gesetzlich auf 25 Prozent des Gesamtbetrags der umlaufenden Banknoten und der Einlagen bei den Bundesbanken festgesetzt worden. »Ende 1964 beliefen sich die gesamten Einlagen auf 19 Mrd. Dollar und die umlaufenden Banknoten auf 3J Mrd. Dollar. Die Gesamtsumme von 54 Mrd. Dollar erforderte eine Goldreserve von 13,5 Mrd. Dollar. Damit standen zu dieser Zeit nur etwa 1,5 Mrd. Dollar in Gold als Reserve für die offiziellen und inoffiziellen Forderungen des Auslands zur Verfügung. Da die insgesamt erforderlichen Reserven infolge des normalen Wachstums der Geschäftstätigkeit, des Bankkredits und des umlaufenden Geldes jährlich um ungefähr 750 Mio. Dollar stiegen, bedeutete dies, daß die Spanne frei verfügbaren Goldes irgendwann im Jahre 1966 praktisch verschwinden würde's.«

Nach früherem amerikanischen Recht setzte die Goldreserve der Schaffung von Reserven und der Emission von Banknoten durch die Bundesbanken eine obere Grenze. Diese Bestimmung ist aufgehoben worden; die gesamte Goldreserve dient jetzt allein der internationalen Konvertierbarkeit von Dollar in Gold. Doch sind immer noch nur 1 \$ Mrd. Dollar an monetärem Gold vorhanden. Bei anhaltender Umwandlung ausländischer Forderungen in Gold - die aus dem Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz und dem nicht im Verhältnis zum Gold, sondern hinsichtlich seiner Kaufkraft sinkenden Wert des Dollar resultiert - würde die ständige Abnahme der Goldbestände den Niedergang des Dollar als internationalem Geld und als Substitut für Gold bedeuten.

Die USA müssen langfristig den Abfluß des monetären Goldes ver-

15 P. Douglas, »America in the Market Place«, New York 1966, S. 291.

hindern, obwohl das nicht unmittelbar notwendig ist. Wenn die Inflation nicht mehr durch die Erfordernisse der Währungsreserve im Zaum gehalten wird, wird der Dollar immer weniger als internationales Zahlungsmittel akzeptiert werden; man wird Dollarbestände schneller in Gold umwandeln. Die USA müssen also über ein angemessenes Geldangebot verfügen, um mit dem Problem der nicht-profitablen staatlich induzierten Produktion fertig zu werden - das gegenwärtig durch den Krieg in Vietnam noch verschärft wird; und sie müssen über eine angemessene Goldreserve verfügen, um die internationale Position des Dollar aufrechtzuerhalten. Das sind Anforderungen, die sich widersprechen, denn der Prozeß, der das Angebot an Dollar steigert, verringert auch die Goldreserve.

Wegen ihrer sinkenden Goldreserve unterstützten die USA die Reform des Weltwährungssystems enthusiastischer als andere Länder. Westeuropäische Länder mit breiteren Reserven sahen die Dringlichkeit neuer und imaginärer Reserven nicht ein, da das beträchtliche Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz ja die für den internationalen Handel notwendige »Liquidität« sichert. Unter diesen Umständen könnte die Schaffung neuer »Reserven« die Anstrengungen der USA und anderer Länder verringern, ihre Defizite zu beseitigen, was mit der Zeit den internationalen Handel noch stärker beeinträchtigen könnte als eine Reduzierung der Ausgaben der USA im Ausland und ihres Kapitalexports. Aber da die Profitabilität des US-Kapitals eine kontinuierliche Expansion und damit imperialistische Aufwendungen erfordert, könnte das Defizit höchstens durch eine Steigerung des Kapitalimports und eine noch günstigere Handelsbilanz aufgehoben werden.

Allen kapitalistischen Ländern sind jedoch diese Bedürfnisse gemeinsam; daher konnte der westeuropäische Wiederaufbau, obwohl notwendig, für die USA nur von zweifelhaftem Nutzen sein. Trotz aller Erklärungen und selbst tatsächlicher Handlungen kann es nicht das Ziel der USA sein, eine gut funktionierende Weltwirtschaft auf Kosten ihrer eigenen Vorherrschaft hervorzubringen. Diese Vorherrschaft resultiert nicht nur aus den eigenen produktiven Bemühungen der USA, sondern auch aus zwei Weltkriegen, durch die die Wirtschaft Westeuropas ins Hintertreffen geriet. Zumindest teilweise verdanken die USA ihr außerordentliches wirtschaftliches Wachstum besonderen Umständen. Deren Gunst schwindet, je mehr sich der Abstand zwischen der Produktion und Produktivität Westeuropas und der USA verringert. Die westeuropäische Expansion hängt davon ab, wie weit es gelingt, in die Märkte der USA und außerhalb der USA einzudringen. Das westeuropäische Kapital muß mit dem amerikani-

sehen Kapital und mit dem Ostblock konkurrieren, dessen Existenz der äußeren Expansion sowohl des westeuropäischen als auch des amerikanischen Kapitalismus Grenzen setzt. Mit wachsender Konkurrenz durch Westeuropa und den Ostblock scheint die außergewöhnliche Position, die die USA während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts innehatten, sich ihrem Ende zu nähern.

Die Unterbrechung der »traditionellen Muster« des Handels im Krieg und in der Nachkriegszeit sollte durch eine Rückkehr zur »Normalität« beendet werden: durch die Stabilisierung der Wechselkurse und den allmählichen Abbau aller diskriminierenden Handelspraktiken. Wenn die Bildung der beiden Handelsblöcke in Westeuropa auch zu Hoffnungen Anlaß gab, sie würden miteinander verschmelzen oder den Freihandel auf der ganzen Welt realisieren helfen, so ist doch bisher nichts davon wahr geworden. Die neu sich entwickelnden Strukturen des Wettbewerbs und der Kontrolle verhärten sich, und das Aufbrechen regionaler Arrangements könnte sich als noch schwieriger herausstellen als die Überwindung des nationalen Protektionismus. Wenn eine Gruppe aufgrund des regionalen Arrangements außergewöhnliche Vorteile erringt, wird sie diese nicht dem Prinzip des Freihandels opfern wollen, selbst wenn er auf Westeuropa beschränkt wäre. Zum Beispiel wird die gegenwärtige Bereitschaft Großbritanniens, dem Gemeinsamen Markt beizutreten, um an dessen schnellerer Expansion teilzuhaben und hinter den gemeinsamen Zollmauern Schutz zu finden, nicht nur durch die sowohl wirtschaftlich als auch politisch von dem bestehenden Arrangement profitierenden Mächte sabotiert, sondern diese Bereitschaft könnte auch wieder schwinden, falls und sobald die Wirtschaften der Länder des Gemeinsamen Marktes zu stagnieren beginnen.

Die Zölle und der Handel sollten in der Nachkriegszeit multilateral bestimmt werden, mit gebührender Rücksicht sowohl auf die besonderen, wenngleich »vorübergehenden« Bedürfnisse der einzelnen Länder, als auch auf das gemeinsame Ziel einer zollfreien Welt. Nach dem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen von 1947 (GATT) begannen multilaterale Zollsenkungen, die zwanzig Jahre später (in den Verhandlungen der sogenannten Kennedy-Runde) die Zölle zwischen Industrieländern auf ihren niedrigsten Stand brachten. Die Vereinbarungen waren jedoch kaum veröffentlicht, als der amerikanische Kongreß neue protektionistische Maßnahmen beriet. Strenge Quoten für mehr als ein Drittel aller zu verzollenden Importe wurden gefordert, unter anderem für Stahl, Erdöl, chemische Produkte, Blei, Textilien, Fleisch und Molkereiprodukte. Derartige Maßnahmen werden



natürlich zu entsprechenden Gegenmaßnahmen aller betroffenen Länder führen, und die erwartete Steigerung des Handels auf dem Wege über Zollsenkungen wird sich nicht einstellen. In jedem Fall kann die Liberalisierung des Handels die bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht aufheben, die ja zuerst zu den Handelsrestriktionen geführt haben.

Das Wachstum des internationalen Handels im letzten Jahrzehnt - 1967 erreichte er ein Volumen von 200 Mrd. Dollar - war natürlich der Ausdehnung der Produktion geschuldet. In den Industrieländern wuchs der Handel sogar schneller als die Produktion, was auf die internationale Spezialisierung der industriellen Fertigung und den Aufstieg multinationaler Konzerne hinweist. Die Tatsache, daß der Handel mit dem Wachstum der Produktion oder in letzter Zeit sogar schneller wächst, ändert aber nichts an der sinkenden Profitabilität des Kapitals. Die Profite sind, wenn sie auf dem Markt über den Handel realisiert werden, nicht größer als bei ihrem Entstehen im profitablen Sektor der Wirtschaft. Das Wachstum des Handels ist unter diesen Umständen Zeichen nicht einer fortschreitenden Kapitalproduktion, sondern nur einer größeren Produktion; es zeigt einen verschärften Wettbewerb um die schrumpfenden Profite der wachsenden Weltproduktion an. Während die Zuwachsrate des internationalen Handels von der der Produktion bestimmt wird, schließt der Charakter des heutigen Kapitalismus als gemischtes Wirtschaftssystem eine wirksame Kontrolle der Markt- und Währungsrelationen aus. Die Mischung von freier *und* kontrollierter Produktion, von freiem *und* kontrolliertem Handel erlaubt weder eine »automatische« noch eine »kontrollierte« Integration der Weltwirtschaft. Sie schließt sicherlich nicht die wirtschaftspolitische Manipulation aus; doch diese Manipulation dient nur partikularen Interessen und nicht den tatsächlichen Erfordernissen der Weltwirtschaft.

## 18. Die wirtschaftliche Entwicklung

Die Theorie von Keynes behandelt den »reifen« Kapitalismus und seine Unfähigkeit, sich weiterhin »automatisch« zu entwickeln. Diese Beschäftigung mit dem »reifen« Kapitalismus spiegelt eine allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber der Entwicklung der industriell zurückgebliebenen Regionen der Welt wider. Nach Ansicht von Keynes erklärt die sinkende Knappheit des Kapitals, die eine Folge des sinkenden Hangs zum Verbrauch ist, die unzureichende Nachfrage und die Arbeitslosigkeit in den entwickelten kapitalistischen Ländern. In Ländern, in denen Kapital knapp und der Hang zum Verbrauch folglich hoch ist, besteht dieses Problem nicht, denn »ein armes Gemeinwesen wird geneigt sein, weitaus den größten Teil seiner Produktion zu verbrauchen, so daß ein sehr bescheidenes Maß von Investition genügen wird, um einen Zustand der Vollbeschäftigung zu schaffen!<sup>1</sup>«. An anderer Stelle sagt Keynes, »daß der Hang zum Sparen durch die ganze Geschichte der Menschheit eine chronische Neigung hatte, stärker zu sein als die Veranlassung zur Investition«, und daß »die Schwäche der Veranlassung zur Investition ... zu allen Zeiten der Schlüssel zum wirtschaftlichen Problem gewesen (ist)<sup>1</sup>«. Anscheinend ist der Hang zum Sparen also nicht allein eine Folge des sinkenden Hangs zum Verbrauch, sondern besteht ziemlich unabhängig von der Knappheit oder sich vermindern den Knappheit des Kapitals. Alles in allem schenkt Keynes den zurückgebliebenen Ländern jedoch wenig Beachtung, da er »die internationale *wirtschaftliche Angleichung* als Weg zur universalen Prosperität und zu einem dauerhaften Weltfrieden betrachtetes«. Ein voll entfalteter Kapitalismus setzt den Weltmarkt voraus. Als Marx die Zukunft des Kapitalismus am Beispiel Englands aufzeigte,

1 John Maynard Keynes, »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Nachdruck, Berlin 1955, S. 26 f.

2 A. a. O., S. 294.

3 K. K. Kurihara, »The Keynesian Theory of Economic Development«, New York 1939, S. 22.

wollte er damit nicht sagen, daß alle anderen Länder sich gemäß diesem Beispiel entwickeln würden, sondern daß der Weltmarkt eine Ausdehnung der grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des damals fortgeschrittensten kapitalistischen Landes darstellen würde. Wettbewerb und Akkumulation würden den Weltmarkt so kennzeichnen wie sie England kennzeichneten. Die englische Wirtschaft bot das Bild eines *laissez-faire*-Systems, das durch koloniale Ausbeutung und eine monopolistische Position im internationalen Handel und Finanzgeschäft unterstützt wurde. Obwohl die sich kapitalistisch entwickelnden Länder dem Prinzip des *laissez-faire* widersprachen, geschah dies nur, um eine Wettbewerbsstärke zu erreichen, die es ermöglichte, mit größerem Erfolg unter diesem Prinzip zu operieren. Sie strebten ebenfalls nach monopolistischen Positionen in einer oder der anderen Sphäre der Weltproduktion und des Welthandels und wetteiferten um den Besitz von Kolonien, um Kapitalprivilegien zu gewinnen oder abzusichern. All dies bedeutete eher eine internationale Heterogenität als eine »Angleichung«, da es die Konzentration des Kapitals in den fortgeschrittenen Ländern und die Ausbeutung der ärmeren Länder mit sich brachte.

Aber so wie Keynes die Tatsache der Ausbeutung im Inland ignorierte, ignorierte er auch die Ausbeutung der unterentwickelten durch die entwickelten Länder. So wie er glaubte, daß »ungerechtfertigte« Ausbeutung (übermäßige Erträge) ohne eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beseitigt werden könnte, glaubte er auch, daß die Interessen der dominierenden kapitalistischen Länder mit denen der unterentwickelten Länder harmonisiert werden könnten, ohne daß irgend etwas Grundsätzliches in der gesellschaftlichen Struktur dieser Länder sich ändern müßte. Es handelte sich nur darum, »den Hang zum Sparen bei den reicheren Bewohnern der Welt mit den Entwicklungsbedürfnissen der ärmeren in Übereinstimmung zu bringen!«.

Vom westlich-kapitalistischen Standpunkt aus erschöpft sich die keynesianische Politik gegenüber den unterentwickelten Ländern in einer Hilfe für ihre wirtschaftliche Entwicklung, die in Form von Schenkungen, Darlehen und Investitionen gewährt werden kann. Obwohl sie nicht selten als Hilfe bezeichnet werden, haben private Investitionen natürlich nichts mit Hilfe zu tun; sie werden allein zu Ausbeutungszwecken getätigt. Auch Darlehen aus privater oder öffentlicher Hand stellen keine Hilfe dar, sondern sollen Zinsen tragen; sie sind Mittel, um an der Ausbeutung der Produktion teilzuhaben, die durch sie fi-

nanziert wird. Investitionen im und Darlehen ans Ausland stellen also nichts besonders »Keynesianisches« oder »Neuartiges« dar; neu ist nur, daß sie mit den Entwicklungsbedürfnissen der ärmeren Länder übereinstimmen sollen, d. h. mit ihrer kapitalistischen Entwicklung. Nimmt man an, daß der westliche Kapitalismus seine Probleme mit Hilfe der keynesianischen Techniken gelöst hat, was zu einem Zustand allgemeinen »Überflusses« führte, und sieht man von der Drohung eines Atomkrieges ab, so erscheint die Unterentwicklung gegenwärtig als das wichtigste ungelöste Problem. Wie entstand es? Allem Anschein nach bestand es im 19. Jahrhundert noch nicht. Wie zu Zeiten Ricardos meinen manche NationalökonomInnen heute noch, daß »es die Eigenart der weniger entwickelten Länder ist, hauptsächlich Produzenten von Primärgütern, d. h. agrarischen Produkten oder Mineralien zu sein. Bei einem niedrigen Stand der menschlichen Fähigkeiten und des vorhandenen Kapitals ist der Typ der Produktion, bei dem sie einen komparativen Vorteil haben, gewöhnlich einer, der von natürlichen Ressourcen abhängt. Nicht nur die >Angebotsseite<, sondern auch die Nachfrageseite ist darauf eingestellt, denn die ärmeren Länder benötigen im wesentlichen Lebensmittel. Um ihre Importe zu finanzieren, müssen sie Primärgüter exportieren. Mit den Märkten für diese Güter ist es oft nicht so bestellt, daß die Entwicklung der unterentwickelten Länder stimuliert würde'«. Theoretisch wäre dieses Dilemma dann gelöst, wenn die weltweite Nachfrage nach Primärgütern so gesteigert würde, daß deren Preise sich erhöhten und die Lücke zwischen den Importen und den Exporten der unterentwickelten Länder sich schloße. Eine andere Lösung wäre es, die Produktion von Lebensmitteln auf Kosten der Exporte zu steigern. Eine gesteigerte Produktion von Lebensmitteln, die mit einer gesteigerten Produktion von Fertigwaren übereinginge, würde diese Länder dazu befähigen, ihre Importe aus den entwickelten Ländern zu verringern. Eine wachsende weltweite Nachfrage nach Primärprodukten setzt jedoch eine sehr viel höhere Rate der Kapitalbildung in den entwickelten Ländern voraus. Eine solche hohe Expansionsrate setzt wiederum unter anderem größere Exportmärkte für die entwickelten Länder und, zu diesem Zweck, billigen Import von Primärprodukten voraus. Kapitalistische Länder, die von der Lieferung von Primärprodukten aus dem Ausland abhängig sind, können sich nicht wirklich für die industrielle Entwicklung zurückgebliebener Länder begeistern, da sie ihre eigenen günstigen Positionen auf dem Weltmarkt gefährden würde.

5 J. Tinbergen, »Shaping the world Economy«, New York 1962., S. 15.

Eine verlangsamte Expansionsrate der entwickelten Länder trifft die am wenigsten industrialisierten Regionen am härtesten, da sie den Weltmarkt schrumpfen läßt - die Nachfrage nach Primärprodukten verringert und ihre Preise herabdrückt, ohne daß die notwendigen Importe aus den entwickelten Ländern herabgesetzt werden könnten. Aber selbst ein schnelles Wirtschaftswachstum der entwickelten Länder nützt den unterentwickelten Wirtschaften nicht viel. Die Investitionen der kapitalreichen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg saugten beispielsweise das meiste verfügbare Kapital auf und ließen für die Entwicklung ärmerer Regionen wenig übrig. Die »Prosperität« des Westens führte zu beträchtlichen Preissteigerungen für Maschinen und andere Fertigwaren, was die *terms of trade* für die unterentwickelten Länder verschlechterte. Ob Prosperität oder Depression: die ärmeren Länder können im Wettbewerbsspiel eben nicht gewinnen. Ihre hilflose Abhängigkeit von wechselnden Marktbedingungen drückt sich in heftigen Schwankungen ihrer Exporte und der Exportpreise für Primärprodukte aus. Man hat geschätzt, daß die Einnahmen der Hersteller von Primärprodukten zwischen 1901 und 1950 jedes Jahr im Durchschnitt um 23 Prozent von denen des Vorjahres abwichen<sup>6</sup>. Der Verfall der Preise für Primärprodukte nach 1956 glich alle bis dahin den unterentwickelten Ländern gewährte »Hilfe« aus. Praktisch war diese nur eine partielle Kompensation für Verluste im internationalen Handel, die für die entwickelten Länder ebenso viele Gewinne darstellten. Von der UNO veröffentlichte Daten zeigen, daß das Preisniveau der Primärprodukte im Verhältnis zu dem der Fertigwaren 1964 um 22 Prozent niedriger lag als 1907. Die *terms of trade* haben für die unterentwickelten Länder einen Verlust von 4 Mrd. Dollar im Vergleich zu ihren Einnahmen vor 15 Jahren bedeutet.

Darlehen und Kapitalimporte aus dem Ausland haben bis zu einem gewissen Grade die Kapitalisierung und Industrialisierung der unterentwickelten Länder gefördert und den Übergang von feudalen zu semi-kapitalistischen Verhältnissen beschleunigt. Diese Investitionen dienten weithin dazu, die Extraktion von Primärprodukten zu erleichtern. Anbaumethoden wurden entwickelt und die Effizienz der Förderung von Mineralien und Erdöl gesteigert. Dieses Muster hält sich durch. Die US-Investitionen in Afrika, die 1964 auf insgesamt 1,6 Mrd. Dollar angewachsen waren, gingen beispielsweise »in extractive Industriezweige, um Bodenschätze aus Afrika herauszuholen; nur ein

6 United Nations, Department of Economic Affairs, »Instability in Export Markets of Underdeveloped Countries«, New York 1952, II, S. 1.

7 November 1965.

relativ kleiner Teil entfiel auf lokale Produktionsstätten und Handelsunternehmen<sup>8</sup>«. Die Kapitalexporte in unterentwickelte Länder sind insgesamt verringert worden; in einigen Fällen wurden sie gänzlich eingestellt. Kurz, es gibt nicht genügend Investitionen, die das Wirtschaftswachstum dieser Länder fördern könnten, und eher wird noch mehr in Form von Profiten aus ihnen herausgeholt als durch Neuinvestitionen in sie hineingesteckt. »Profite, die bei Operationen in Entwicklungsländern erzielt wurden, sind in großem Umfange zur Finanzierung von Investitionen in den hochentwickelten Teilen der Welt verwendet worden?«; so daß, zumindest teilweise, der Fortschritt der einen auf Kosten der anderen ging.

Das Eindringen der USA in die unterentwickelten Länder unterscheidet sich in seinem Ergebnis nicht von den Resultaten des europäischen Kolonialismus. Die südamerikanischen Länder werden beispielsweise als Rohstoffquellen und Märkte für Fertigwaren benutzt. Die USA errangen die imperialistische Kontrolle über sie mit Hilfe einer Politik der »offenen Tür«, die auf ihrer überlegenen Produktivität basierte, mit Hilfe des Kapitalexports, und, wenn es zweckdienlich war, durch militärische Intervention. Die lateinamerikanischen Länder befinden sich jedoch nicht in demselben Stadium der Unterentwicklung wie die asiatischen und afrikanischen. Mexiko und Brasilien weisen beispielsweise eine relativ hohe Rate der inländischen Kapitalbildung auf. In Mexiko belief sie sich in den letzten Jahren auf ungefähr 17 Prozent des gesamten Sozialprodukts. Nahezu zwei Drittel dieser Kapitalinvestition wurde von privaten Unternehmen getätigt. Die privaten US-Investitionen gehen hier nicht nur in die Gewinnung von Rohstoffen, sondern auch in neuere Zweige wie die chemische und die Elektroindustrie, den Telephon- und den Flugzeugbau, die Automobilindustrie, das Bankwesen und Versicherungsunternehmen - was einigen politischen Unmut schafft, denn »die Wirtschaftskraft der großen ausländischen Unternehmen bedeutet eine ernste Gefahr für die Integrität der Nation und die Freiheit, ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung selbst zu planen<sup>10</sup>«. Doch sind die Profite hoch; die Gewinne aus Auslandsinvestitionen bewegen sich zwischen 10 und 20 Prozent, wovon etwa die Hälfte wieder investiert wird und die andere Hälfte zu den Investoren zurückfließt.

8 »The New York Times«, 31. Januar 1966.

9 Paul A. Baran, »Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums«, Neuwied und Berlin 1966, S. 292.

10 O. Lewis, »Mexiko Since Cardenas«, in »Social Change in Latin America Today«, New York 1961, S. 306.

Wenn man die Länder der Welt nach ihrem Nationaleinkommen in drei Gruppen einteilt, so ergibt sich für 1949 das folgende Bild<sup>11</sup>:

	Prozent des Welt- einkommens	Prozent der Welt- bevölkerung	Einkommen pro Kopf in Dollar
Länder mit mittlerem Na- tionaleinkommen	67	<b>18</b>	915
Länder mit hohem Natio- naleinkommen	<b>18</b>	15	<b>310</b>
Länder mit niedrigem Na- tionaleinkommen	ij	67	54

In Nordamerika - USA und Kanada zusammen - »leben nur zehn Prozent der Weltbevölkerung. Aber auf diese zehn Prozent entfallen etwa **75** Prozent des Welteinkommens. Im Gegensatz dazu entfallen auf **75** Prozent der Weltbevölkerung, deren Einkommen unter **125** Dollar je Kopf und Jahr liegt, insgesamt vielleicht nicht mehr als zehn Prozent des Welteinkommens<sup>12</sup>«. Wie begrenzt gültig auch immer diese und ähnliche Vergleiche sein mögen, so enthüllen sie doch, daß »auf der internationalen Bühne ... heute ein Drama gespielt (wird), das in einer Katastrophe à la Marx von sehr viel größeren Ausmaßen enden könnte, als Marx sie jemals voraussah. Zwischen reichen und armen Nationen besteht ein gewaltiger Einkommensunterschied, und die armen Nationen repräsentieren die Massen. Die Unterschiede vergrößern sich dauernd. Die armen Länder werden klassenbewußt. Aber es ist möglich, daß noch einmal durch Konzessionen der Privilegierten und die Stärkung der Unterprivilegierten eine neue Harmonie geschaffen werden kann<sup>13</sup>?«.

Es handelt sich um Konzessionen, da der Prozeß selbst nicht rückgängig gemacht werden kann. Und diese Konzessionen bedeuten die Opferung wenigstens eines Teils der Privilegien, welche die entwickelten Länder aus diesem Prozeß ableiten konnten. Das heißt, daß mehr Ka-

12 R. Nurske, »Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries«, London 1953, S. 63.

12 Peter F. Drucker, »Das Fundament für Morgen«, Düsseldorf 1958, S. 219.

13 Gunnar Myrdal, »Jenseits des 'Wohlfahrtsstaates', Stuttgart J961, S. 173 f.

pital investiert und mehr Auslandshilfe gegeben werden muß, um die industrielle Entwicklung der armen Länder zu beschleunigen. Privates Kapital wird bevorzugt, doch ist staatliche Hilfe ebenso notwendig, da es manche Unternehmungen gibt, in die privates Kapital selten, wenn überhaupt, investiert wird - etwa Investitionen in die Infrastruktur, d. h. Straßen, Dämme, Kanäle, Häfen, Erziehungs- und Gesundheitswesen, oft auch Transportwesen und Energiegewinnung, Dienste, die von fast allen anderen Industrien in Anspruch genommen werden. Es wird jetzt allgemein anerkannt, daß die Infrastruktur zu den öffentlichen Aufgaben gehört, selbst wenn ihre Entwicklung eine Vorbedingung für die Entwicklung des privaten Kapitals darstellt. Da die Kapitalisten sowohl der unterentwickelten als auch der entwickelten Länder an dieser Infrastruktur interessiert sind, stellt ihre Entwicklung nicht so sehr eine Hilfe für die unterentwickelten Länder dar als eine für das private Kapital im allgemeinen. Und wo alle anderen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Ländern auf demselben Stand wie vor der Entwicklung bleiben, wird die Infrastruktur ersteren noch mehr als letzteren helfen. Diese Form der Hilfe stellt eine öffentliche Subventionierung der Privatunternehmen sowohl in den gebenden als auch in den empfangenden Ländern dar.

Jede andere Hilfe in breitem Ausmaß - etwa die Lieferung von Konsumgütern und Lebensmitteln zur Linderung der Nöte der Bevölkerung - würde die bestehenden Marktverhältnisse und die in ihnen sich ausdrückenden besonderen Interessen stören. Während dies für die »reifen« Länder nur bedeutet, daß die chronische Überproduktion eher durch Verschwendung als durch die Ermöglichung eines höheren Lebensstandards beseitigt wird, bedeutet es für zurückgebliebene Länder oft tatsächlichen Hunger inmitten der verschiedenen Vorbereitungen für die kapitalistische Entwicklung.

Zum überwiegenden Teil bestand die bisher von den unterentwickelten Ländern empfangene Hilfe aus Militärhilfe. In dieser Form ist sie den privaten Interessen am wenigsten abträglich. Dadurch, daß die Regierungen der unterentwickelten Länder von einem Teil ihrer »Verteidigungs«aufwendungen entlastet werden, werden (theoretisch, nicht notwendigerweise tatsächlich) Beträge für Entwicklungszwecke frei. Militärhilfe dient dazu, Regierungen zu stützen, die der Politik des Westens freundlich gesonnen sind: Regierungen, die entschlossen sind, die Eigentumsverhältnisse im Inland ebenso wie die internationalen Wirtschaftsbeziehungen unverändert zu erhalten. »Es ist von wirtschaftlicher Bedeutung, wenn die Spezialeinheiten der peruanischen, ko-



lumbianischen und venezolanischen Armee kommunistisch geführte Guerillagruppen vernichten und so die Bildung von Befreiungsfronten vereiteln. Derartige Versuche haben das nationale Selbstvertrauen nicht erschüttern können<sup>14</sup>.« Ein kleinerer Teil der Auslandshilfe ist nicht-militärischer Art, wenn auch bestimmt durch die politisch-militärischen Erfordernisse der hilfegebenden Länder, und nicht durch die Entwicklungsbedürfnisse der Empfänger. Größere Hilfeleistungen könnten die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen der unterentwickelten Länder radikal verändern, was die wirtschaftlichen und politisch-militärischen Interessen der hilfegebenden Länder nicht unberührt ließe. Denn die neuen gesellschaftlichen Kräfte, die der Entwicklungsprozeß freisetzt, könnten die üblichen Handelsbeziehungen ebenso wie die politischen Allianzen umstürzen; besonders weil unter den gegenwärtigen Bedingungen eine schnelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eine staatliche Kontrolle impliziert, die zum Staatskapitalismus hinführt. Auslandshilfe wird gegeben, um den staatskapitalistischen Trend einzudämmen, nicht um ihn auszuweiten.

Eine wirkliche Sorge um die »zurückgebliebenen« Länder wäre in der Tat seltsam; vor nicht allzu langer Zeit wurde in zwei Weltkriegen viel Energie darauf verwandt, industriell entwickelte Länder in unterentwickelte Gebiete zu verwandeln; und noch größere Energien werden heute aufgespeichert, welche die ganze Welt in ein unterentwickeltes oder vielleicht zu jeder Art von Entwicklung untaugliches Gebiet verwandeln könnten. Allein die imperialistischen Machtkämpfe verhindern jede bedeutsame Hilfe zur Entwicklung anderer Länder. Die Bombardierung der Yalu Elektrizitätswerke während des Koreakrieges zerstörte beispielsweise in einer einzigen Nacht »mehr an Kapitalausrüstung, als die USA während eines ganzen Jahres in den unterentwickelten Gebieten insgesamt investieren<sup>15</sup>«. Diese »Politik« wird nun in weit größerem Rahmen in Vietnam wiederholt; höchstwahrscheinlich wird sie auf die entwickelten Regionen Chinas und auf ganz Südostasien ausgedehnt werden.

1959 machten die Schenkungen und Darlehen der industrialisierten Länder der »freien Welt« an die unterentwickelten Länder schätzungsweise 4 Mrd. Dollar aus, wozu die USA zwei Drittel und Frankreich und England den Großteil des übrigen beisteuerten. Dies stellte weit weniger als ein Prozent des Bruttosozialprodukts dieser Länder dar. Tatsächlich wurde 1961, als man neue Anstrengungen zur Entwick-

14 »The New York Times«, 31. Januar 1966.

15 »The New York Times«, 5. September 1952.

lungshilfe vorschlug, dieser Prozentsatz zum erstrebenswerten Ziel erklärt. Der gesamte Strom staatlicher *und* privater Mittel aus Westeuropa und Nordamerika in die unterentwickelten Länder betrug von 1946 bis 1959 im Durchschnitt unter 7 Mrd. Dollar jährlich. Staatliche Schenkungen und Darlehen machten 3,6 Mrd. Dollar aus; verschiedene Formen privater Darlehen und Investitionen 2,7 Mrd. Dollar; und Beiträge an internationale Institutionen zur Entwicklungshilfe 600 Mrd. Dollar. Darin sind elf verschiedene Formen der »Hilfe« enthalten, angefangen von staatlichen Schenkungen bis hin zu privaten Käufen von Noten der Weltbank - garantierte Exportkredite, reinvestierte Gewinne privater Unternehmen in unterentwickelten Ländern, Reparationszahlungen und so weiter. All dies wird als »Auslandshilfe« betrachtet, weil es einen Geldzufluß in die unterentwickelten Länder bedeutet.

Die den zurückgebliebenen Ländern zur Verfügung gestellte »Hilfe« war zu gering, um Lebensbedingungen zu verbessern, und nicht geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Folglich hat sie die Kluft zwischen dem Einkommen der reichen und der armen Länder eher erweitert als verringert. Nach keynesianischer Lehre muß sie also ausgedehnt und vielleicht anders verteilt oder qualitativ verändert werden. So wie zusätzliche staatlich induzierte Produktion die keynesianische Lösung für das Problem der Kapitalstagnation darstellt, soll mehr Auslandshilfe die Entwicklung der zurückgebliebenen Länder beschleunigen. Wenn sie zu diesem Schluß gekommen sind, wechseln die Keynesianer das Thema, denn für die Ausführung ihrer Theorien sind sie nicht zuständig.

Für die Entwicklung zurückgebliebener Gebiete ist die keynesianische Generosität jedoch ungeeignet wie die schäbige Realität der Auslandshilfe bedeutungslos. Wie schon gezeigt, wird staatlich induzierte Produktion für Verschwendung in den entwickelten Ländern weder von der Regierung noch von der Bevölkerung als eine überflüssige Sache angesehen; vielmehr wird sie für die innere und äußere Sicherheit des jeweiligen Landes und des westlichen Kapitalismus als notwendig betrachtet. Wenn die Interessen des privaten Unternehmertums nicht verletzt werden sollen, können Mittel nicht aus der Sphäre der Produktion für Verschwendung in die der Entwicklungshilfe transferiert werden, wenn diese nicht Teil der Verteidigungsbemühungen des westlichen Kapitalismus und damit selbst eine Form der Verschwendung darstellt. Bei dieser Lage der Dinge sind staatliche Mittel für jeden Zweck stets knapp. Unter den Bedingungen des internationalen Wettrennens gibt es wenig Chancen für eine Steigerung der Entwicklungs-

hilfe, die das Wirtschaftswachstum der unterentwickelten Länder beschleunigen könnte. Selbst wenn die Produktion für Verschwendung infolge von Abrüstungsmaßnahmen reduziert würde, würde die Auslandshilfe nur dann gesteigert werden, wenn es den Profitbedürfnissen der industrialisierten Länder diene.

Man behauptet natürlich, daß sich die Auslandshilfe als ein Segen für die entwickelten Länder herausstellen wird, da das industrielle Wachstum der bisher unterentwickelten Länder den Anstoß zu einem allgemeinen Fortschritt des Kapitalismus geben werde. Anstatt die reichen Länder ärmer zu machen, könne die Entwicklung der ärmeren Länder alle Länder reicher machen. Diese Vorstellung wird durch die keynesianische Theorie unterstützt, nach der alle kapitalistischen Länder an einen Punkt der »Reife« gelangen, an dem die Nachfrage nach Kapital schwächer ist als der Hang zum Sparen. Es handelt sich dann nur um die Frage, wie letzterer mit den Entwicklungsbedürfnissen der ärmeren Länder in Übereinstimmung gebracht werden kann. Die Antwort ist der simple Wunsch, sie sollten durch geeignete Maßnahmen des Staates zur Übereinstimmung *gebracht* werden. Aber gerade weil der Hang zum Sparen in den reicheren Ländern mit den Entwicklungsbedürfnissen der ärmeren Länder *unvereinbar* ist, können weder das private Kapital noch die es vertretenden Regierungen den keynesianischen Vorschlägen zustimmen.

Der wirtschaftlichen Stagnation in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern entspricht die Stagnation in den unterentwickelten Ländern, denn in beiden erscheinen weitere Investitionen als nicht profitabel unter den gegebenen Bedingungen der Produktion. Offensichtlich stellt die Stagnation keine Politik des Kapitals dar; die Kapitalisten erleiden sie wie alle anderen auch - die Ursachen liegen außerhalb ihrer Kontrolle und selbst ihrer Kenntnis. Das Problem ist für sie nicht, was mit den »Ersparnissen« gemacht werden könnte, sondern wie die Profitabilität des Kapitals so gesteigert werden kann, daß diese »Ersparnisse« kapitalistisch eingesetzt werden können. Aber Investitionsmöglichkeiten finden sich, wenn überhaupt, zunächst in den entwickelten und *nicht* in den unterentwickelten Ländern. Selbst wenn deren industrielle Entwicklung in Gang kommt, wird ihre Produktivität und damit ihre Profitabilität niedriger sein als in den älteren kapitalistischen Ländern. So wird selbst ihre Entwicklung die Disparität zu den entwickelten Ländern verschärfen.

Obwohl häufig versichert wird, daß zurückgebliebene Länder »den Vorteil haben, die neuesten Maschinen anwenden zu können, ohne vorhandene verschrotten zu müssen oder durch veraltete Gebäude be-

hindert zu sein"<sup>5</sup>«, besteht dieser Vorteil in Wirklichkeit nicht. Eher wird durch die langsame Industrialisierung der unterentwickelten Länder ihr Produktivitätsrüdestand gegenüber den entwickelten Ländern vergrößert, da diese sich aller Vorteile der modernen Technologie erfreuen. Natürlich können einige technologische Innovationen auch in den unterentwickelten Ländern angewandt werden ~ zum Beispiel in extraktiven Industrien -, aber hier unterstützen sie das ausländische Kapital eher als die Entwicklung im Lande selbst.

Die Profitabilität des Kapitals ist in den extraktiven Industrien der unterentwickelten Länder natürlich sehr hoch. Da sie mit modernsten Maschinen ausgerüstet und da ausländische Techniker in ihnen beschäftigt sind, können sie mit vergleichbaren Industrien in den entwickelten Ländern konkurrieren. Sie sind oft außerordentlich profitabel, nicht nur weil sie konkurrenzfähig sind, sondern auch, weil Wettbewerb manchmal nicht notwendig ist. Der Weltpreis für Rohöl ist beispielsweise ein fixer Preis, damit die Ölförderung in den USA trotz hoher Kosten noch profitabel ist. Dieser Preis steht in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten für Rohöl in den unterentwickelten Ländern. »Es ist eine bemerkenswerte Leistung, etwas für 100 Schilling je Tonne zu verkaufen, dessen Produktionskosten (etwa im Persischen Golf) 13 Schilling betragen. Bei einem solchen Profitspielraum ist es keinesfalls ruinös, wenn den arabischen Ländern die Hälfte (oder mehr) des Profites zurückgegeben werden muß<sup>7</sup>.« Aus diesem Grund ist der Großteil der privaten Auslandsinvestitionen in den extraktiven Industrien konzentriert worden. Die Profitabilität der Auslandsinvestitionen wird dadurch abgesichert, daß in einzelnen Industrien Monopole geschaffen werden, die Preise unabhängig von Produktionskosten festlegen können. Aber diese Industrien ausgenommen, bedeutet die allgemeine Rückständigkeit der unterentwickelten Länder niedrige Profitabilität; daher wird ausländisches Kapital nicht angezogen.

Soweit die unterentwickelten Länder mit Hilfe privater Auslandsinvestitionen ein schnelleres Wirtschaftswachstum erreichen könnten, sind sie bereits »entwickelt«, und soweit sie auf diese Weise weiterentwickelt werden können, wird das auch geschehen - unabhängig von allem staatlichen Drängen. Wenn sie sich immer noch in einem sehr schlimmen Zustand der Unterentwicklung befinden, zeigt das nur an, daß die kapitalistische Produktionsweise - besonders in der Form des freien Unternehmertums - nicht in der Lage ist, eine integrierte Welt-

iS P. Einzig, »The Economic Consequences of Automation«, New York 19J7, S. 65.  
17 John Strachey, »The End of Empire«, New York 1960, S. 1J9.

Wirtschaft und eine rationale Arbeitsteilung zu entwickeln, die Existenz und Wohlstand für alle Menschen sichern könnten. Der Kapitalismus ist unfähig, seine Produktionsweise über die ganze Welt auszudehnen. Alles was er tun konnte war, einen Weltmarkt zu schaffen; und dies führte zur Teilung der Welt in »arme« und »reiche« Länder.

Die Eigentümer der Auslandsinvestitionen transferieren ihre Profite entweder vollständig oder teilweise in ihr Heimatland. Sie beuten die Arbeitskraft anderer Länder aus, ohne in ihnen viel Kapital zu akkumulieren. Es ist richtig, daß sie auf diese Weise einigen Leuten Arbeit verschaffen, die sonst arbeitslos wären oder mit weniger einträglichen Beschäftigungen vorlieb nehmen müßten; aber sie fördern die wirtschaftliche Entwicklung nicht in dem Ausmaß, wie es durch die Ausbeutung dieser Arbeitskräfte möglich wäre. Die inländischen Kapitalisten können ebenfalls aus Profitabilitäts- oder Sicherheitserwägungen einen Teil oder all ihre Profite ins Ausland transferieren; gewöhnlich tun sie es auch. Das ist durchaus legitim, solange es nicht für ungesetzlich erklärt wird; es entspricht dem kapitalistischen Ideal einer »freien« Bewegung des Kapitals auf einem »freien« Weltmarkt. Das Streben nach höchstmöglichem Profit und maximaler Sicherheit führt, so nimmt man an, zu einer Verteilung des Kapitals auf die »wirtschaftlichste« Weise, die auch die für die Weltbevölkerung günstigste sein soll. Tatsächlich perpetuiert und verschärft es aber die Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern. Dem US-Handelsministerium zufolge beliefen sich beispielsweise die US-Investitionen in lateinamerikanischen Ländern, die sowohl neues Kapital als auch nicht transferierte Gewinne umfaßten, 1958 auf 317 Mio. Dollar, während die in die USA überführten Gewinne 653 Mio. Dollar betragen. Die entsprechenden Zahlen für die beiden folgenden Jahre waren:

	Investiert	Transferiert
	-Mio. Dollar-	
1959	347	600
1960	267	641

Oder nehmen wir ein einzelnes Land: »Von 1943 bis 1958 investierten ausländische Privatleute nahezu 250 Mio. Dollar in Chile. In demselben Zeitraum von 15 Jahren eigneten sich diese Ausländer nahezu 600 Mio. Dollar in Form zurückgeführter Profite an. Dieser Abfluß von Geld, vor allem in die USA, stellte ein 50-Dollar-Geschenk von

jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind in Chile dar. Das Land hat es dringend nötig, Hilfe zu empfangen, nicht aber, sie zu geben<sup>18</sup>.« Diese Klage beruht jedoch auf einem Mißverständnis, denn der Kapitalismus hat nichts mit Wohltätigkeit zu tun, es sei denn, diese sei ebenfalls ein Geschäft.

Obwohl die Profite, die gemacht werden, zumeist den entwickelten Ländern zugute kommen, verlangen die unterentwickelten Länder nach weiteren Investitionen des Auslands, um bestehende Eigentumsverhältnisse zu stützen. Die Kapitalisten der entwickelten Länder sind aber auf solche Investitionen nicht erpicht - nicht nur, weil Kapital in ihren eigenen Ländern stark nachgefragt ist, sondern auch, weil in vielen unterentwickelten Ländern - die sich in permanenter Krise befinden - die Investitionen nicht mehr sicher sind. Da sie hauptsächlich an Bodenschätzen wie Erdöl und Metallen interessiert sind, fördern die ausländischen Investoren eine einseitige Entwicklung der armen Länder, die deren Abhängigkeit von den reichen Ländern vergrößert und eine allgemeinere Entwicklung verhindert. Natürlich gibt es Ausnahmen; sie erklären sich aus der geographischen Nähe von entwickelten und unterentwickelten Ländern. Zum Beispiel hat das amerikanische Kapital versucht, in alle strategisch wichtigen Industriezweige Mexikos und Cubas einzudringen. Amerikanische Unternehmen besaßen 60 Prozent aller cubanischen Industrien, von der kosmetischen Industrie bis zur Rohrzuckererzeugung. Aber die Nähe der USA verhinderte nicht das Aufkommen revolutionärer Bewegungen und Regierungen in diesen Ländern, die das ausländische Kapital im Namen einer freien nationalen Entwicklung beschränkten oder sogar enteigneten. Da derartige Bewegungen weitverbreitet sind und ihre Häupter wieder zu erheben drohen, sind die Kapitalisten nicht besonders geneigt, in unterentwickelten Gebieten zu investieren, wo sie sich nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen Risiken gegenübersehen.

Die Entwicklungshilfe hat die doppelte Funktion, die Eigentumsverhältnisse in den hilfeempfangenden Ländern aufrechtzuerhalten und den Kapitalisten der hilfegebenden Länder ein größeres Betätigungsfeld zu sichern. Mit wenigen, allein aus politischen Erwägungen zu erklärenden Ausnahmen wird diese Hilfe nicht zur Entwicklung staats-eigener Unternehmen gegeben - abgesehen von derjenigen, die in die Kategorie »Infrastruktur« fällt. Um Kapitalexperte in die unterentwickelten Länder zu fördern, übernehmen die Regierungen oft Haftung und Garantie für solche Investitionen - gegen Währungskrisen,

18 J. Becket und K. D. Griffin, »The New Republic«, 29. Dezember 1962.

Devisenbewirtschaftung, konfiskatorische Besteuerung und Enteignung- Aber selbst die Beseitigung des Risikos auf Staatskosten stimuliert die Investitionen im Ausland nicht sehr; was garantiert sein muß, sind höhere Profite als die im Inland erreichbaren.

Die Unfähigkeit und der mangelnde Wille der Kapitalisten, den Industrialisierungsprozeß auf die unterentwickelten Gebiete der Welt auszudehnen, ließ nationalrevolutionäre Bewegungen entstehen, die dem Staat bei der wirtschaftlichen Entwicklung eine entscheidende Rolle zuweisen. Diese Überzeugung resultiert hier nicht aus einem Prozeß wachsender staatlicher Kontrolle, wie er in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zu beobachten ist. Eher ist sie Ausgangspunkt für eine kapitalistische Entwicklung im nationalen Rahmen, die sich sowohl gegen die Zurückgebliebenheit des Landes als auch gegen die Kontrolle durch das Ausland richtet, und oft von einer partiellen oder totalen Enteignung des ausländischen und inländischen Kapitals begleitet ist. Das gewöhnliche Geschäft der Profitmacherei wird so zu einer Angelegenheit des nationalen Interesses und der Machtpolitik. Weil einige westliche Unternehmen durch die »Nationalisierung« in Persien oder in Guatemala Einbußen erleiden, bringen sie ihre Regierungen dazu, ihre Privilegien wiederherzustellen und zu sichern. Da die Tätigkeit dieser - wie aller - Unternehmen in mancher Hinsicht bereits ein integraler Bestandteil der Regierungspolitik ist, werden die Regierungen schon von sich aus intervenieren. Das Auslandsgeschäft berührt das Interesse und Prestige der Regierungen. Es wird durch politische Maßnahmen gefördert und geschützt. Die Versuche unterentwickelter Länder, den nachteiligen wirtschaftlichen Folgen ihres Status' als Produzenten von Rohmaterial für die kapitalistischen Großmächte zu entkommen, ihr Beharren auf einer für sie günstigeren Gestaltung der Preise und Profite, werden als »Verschwörung« nicht nur gegen besondere Geschäftsinteressen, sondern gegen die Zivilisation des Westens selbst gewertet.

Wenn politische, militärische und strategische Erwägungen sich auch aus ökonomischen Interessen und den Erfordernissen der Kapitalakkumulation herleiten, und dies oft recht deutlich ist - wie z. B. bei dem großen Interesse an Südostasien als einem an Bodenschätzen reichen Gebiet und an dem ölproduzierenden Mittleren Osten -, so verdeckt doch die nationale Form des Wettbewerbs die enge Verbindung zwischen politischen und ökonomischen Interessen. Letztere schlossen sicherlich stets mehr als die unmittelbare oder erwartete Profitabilität bestimmter Unternehmen ein. Aber nie zuvor war die Kapitalakkumulation so eng entweder mit Imperialismus oder mit Nationalismus

verbunden. Das ist ein weiteres Zeichen für den allgemeinen Niedergang der Marktwirtschaft und ihre allmähliche Transformation in eine staatlich dirigierte Wirtschaft, die eher mit kontrollierten Gebieten, gesicherten Rohmaterialquellen und Arbeitskräften und monopolisierten Kommunikationswegen operiert als mit Angebot und Nachfrage auf offenen Märkten. Folglich werden nationale und imperialistische Interessen selten oder überhaupt nicht in kaufmännischer Terminologie ausgedrückt, obwohl es sich immer noch um ökonomische Interessen handelt.

Auch in der Vergangenheit erforderte die industrielle Entwicklung große Anstrengungen vonseiten des Staates. In Japan führte beispielsweise die Furcht vor Kolonisierung und Ausbeutung durch das Ausland dazu, daß die Regierung bewußt eine kapitalistische Entwicklung einleitete. Schon in ihren ersten Stadien wies die japanische Entwicklung Merkmale des »Keynesianismus« auf, die später für den modernen Kapitalismus kennzeichnend wurden. Dadurch daß der Import von ausländischem Kapital beschränkt wurde, blieb Japan in hohem Maße wirtschaftlich unabhängig, und obwohl dazu ein außerordentlich hoher Ausbeutungsgrad erforderlich war, erreichte es sein Ziel - einen japanischen Kapitalismus, der in der Lage war, mit anderen kapitalistischen Ländern zu konkurrieren. Mit Unterstützung staatlich begünstigter Finanzinstitute wurde die moderne Industrie - im Hinblick sowohl auf wettbewerbliche als auch auf militärische Erfordernisse - eingeführt. »Diese Industrien, die einen sehr hohen technologischen Standard hatten und den modernsten westlichen Vorbildern entsprachen, waren der Stolz der staatlichen Bürokratie, die auch dann noch eifersüchtig über sie wachte, als sie sich schon zum größten Teil in privater Hand befanden!«.« Japan stellte aber eine Ausnahme dar. Sein rascher Wandel zur Industriemacht geschah um die Jahrhundertwende, auf einem Höhepunkt der internationalen Kapital-expansion und unter den günstigen politischen Bedingungen, die durch die amerikanische Herausforderung des europäischen Kolonialismus im Fernen Osten geschaffen worden waren. Was die europäischen Mächte mit Hilfe von Interventionen erreicht hatten, wollten die USA durch den Handel erreichen; die Politik der »offenen Tür« sollte sowohl gegenüber den Kolonialmächten als auch gegenüber den unterentwickelten Ländern wirksam werden.

Die Krisen und Kriege des 20. Jahrhunderts zerstörten den europäischen Kolonialismus fast vollständig. Aber die politische Unabhängig-

19 E. H. Norman, »Japan's Emergence as a Modern State«, New York 1946, S. 135.



keit, die die ehemaligen Kolonien erlangten, stellte keine zureichende Bedingung mehr für ihre wirtschaftliche Entwicklung dar. Sie waren durch die Stagnation früherer Jahrzehnte schon zu sehr verarmt. Ihre Situation ist als *circulus vitiosus* beschrieben worden: »Ein niedriger Kapitalstock impliziert ein niedriges Niveau der Produktion und damit des Einkommens. Ein niedriges Einkommen erlaubt aber keine große Ersparnis; daher kann der Kapitalstock nur schwer erhöht werden<sup>20</sup>.« Das Einkommensniveau kann ohne Industrialisierung nicht gesteigert, die Industrialisierung ohne höhere Einkommen nicht entwickelt werden. Höhere Einkommen entstehen jedoch nicht durch den Handel mit nichtindustriellen Produkten. Vielmehr muß eine noch rücksichtslosere Ausbeutung im Inland Mehrerträge erbringen, die groß genug sind, um Arbeit für die Errichtung einer industriellen Basis freizusetzen, ohne daß dadurch die Exporte verringert werden, die zur Bezahlung der für den Industrialisierungsprozeß erforderlichen Importe dienen.

Abgesehen von kolonialer Kontrolle und Handelsdiskriminierung kann ein Land oder Gebiet wegen eines Mangels an natürlichen Ressourcen wie Ackerland und Erzlagerstätten unterentwickelt bleiben. Es mag sein, daß Überschüsse nicht zu erzielen sind; dann ist eine industrielle Entwicklung unmöglich, außer wenn sie von außen eingeleitet wird - was nur bestimmte Ressourcen betrifft, wie zum Beispiel Erdöl und Erdgas in der Sahara. Doch sind Länder oder Gebiete unterentwickelt, ob sie nun adäquate natürliche Ressourcen haben oder nicht. Unterentwicklung gibt es selbst innerhalb kapitalistischer Länder, wie zum Beispiel in Italien, wo der hochindustrialisierte Norden und der rückständige agrarische Süden auf nationaler Ebene die Spaltung in arme und reiche Gebiete wiederholen. Wenn es einige Gebiete gibt, die nicht in irgendeiner sinnvollen Weise industriell entwickelt werden können, so stellt doch die Unterentwicklung in Ländern, die zu einem wirtschaftlichen Wachstum fähig wären, ein vollkommen anderes Problem dar.

Wenn ein Land weniger verbraucht als seine Nettoproduktion, so daß zum vorhandenen Kapitalstock ein Nettobetrag hinzukommen kann, gilt es in nationalökonomischer Ausdrucksweise als progressiv. Man hat geschätzt, daß die Nettoinvestitionen der unterentwickelten Volkswirtschaften in den letzten Jahren zwischen 3 und 6 Prozent des Sozialprodukts ausmachten, im Unterschied zu entwickelten Ländern, in denen die Raten zwischen 10 und 15 Prozent lagen. Aber die Produk-

tionssteigerung in unterentwickelten Ländern ist durch ein entsprechendes Wachstum der Bevölkerung weitgehend wettgemacht worden. Man behauptet, daß diese Länder soviel konsumieren wie sie produzieren; dies ist natürlich nur richtig, wenn man die nicht kapitalisierten Ersparnisse der Reichen ebenso wie diejenigen Mehrerträge außer acht läßt, die auf dem Wege des Handels verschwinden, um als Kapital in den entwickelten Ländern wiederaufzutauchen.

Da die unterentwickelten Länder zu hohen Selbstkosten produzieren, herrscht sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie beträchtliche Arbeitslosigkeit. Nach Keynes ist die Arbeitslosigkeit im »reifen« Kapitalismus durch einen Mangel an effektiver Nachfrage verursacht, der wiederum aus übermäßiger Ersparnis infolge eines relativen Kapitalüberflusses resultiert. Das trifft für unterentwickelte Länder nicht zu. Natürlich gibt es in ihnen Überschüsse, aber sie werden nicht produktiv verwendet. Die Reichen der unterentwickelten Länder tendieren dazu, eher einen Geldschatz zu bilden als produktives Kapital anzuhäufen. Die Ungleichheit der Einkommen ist in den unterentwickelten Ländern noch größer als in den entwickelten, oder scheint jedenfalls wegen des extrem niedrigen Lebensstandards der großen Masse der Bevölkerung größer zu sein. Die herrschenden Klassen sehen keinen Grund, diese Verhältnisse zu ändern, denen sie ihre Privilegien verdanken.

In der bürgerlichen Wirtschaftstheorie, einschließlich ihrer keynesianischen Version, wird die ungleiche Verteilung der Einkommen als eine Quelle der Kapitalbildung gerechtfertigt. Nur die Reichen können in einem bedeutsamen Umfang sparen; und je mehr sie »sparen«, desto schneller wird die Entwicklung fortschreiten. Nur wenn bereits zuviel »gespart« wurde, d. h. im »reifen« Kapitalismus, kann eine größere Einkommensgleichheit erforderlich sein, um die Nachfrage zu steigern. Da diese Bedingungen denen in den unterentwickelten Ländern vorherrschenden entgegengesetzt sind, kann die keynesianische Theorie nur etwas nahelegen, was alle bürgerlichen Wirtschaftstheorien vorschlagen und was in der Tat die kapitalistische Praxis ist - nämlich die Steigerung der »Ersparnis« durch gesteigerte Ausbeutung und die Verwendung dieser Ersparnis zur industriellen Entwicklung.

Keynes glaubte, wie schon gesagt, daß durch die ganze Geschichte der Menschheit hindurch der Anreiz zur Investition immer schwächer war als der Hang zum Sparen. Er schrieb, daß »der Wunsch des einzelnen, seinen persönlichen Reichtum durch Enthaltbarkeit vom Verbrauch zu vermehren, ... gewöhnlich stärker gewesen (ist) als der Anreiz für den Unternehmer, den nationalen Reichtum durch die Beschäftigung

von Arbeitern für die Erstellung dauerhafter Vermögensbestände zu vermehren<sup>21</sup>«. Doch obwohl die Armen nur enthaltsam leben können, wächst ihr Elend; und obwohl die Reichen in phantastischer Weise konsumieren, werden sie immer reicher. Keynes spricht nur über die Reichen in den entwickelten und unterentwickelten Ländern, unter kapitalistischen und vorkapitalistischen Bedingungen. Im »reifen« Kapitalismus ist der Anreiz zur Investition schwach, weil die Profitabilität des Kapitals niedrig ist; während im unentfalteten Kapitalismus die Menschen reich werden und bleiben können, gerade weil es keine kapitalistische Entwicklung gibt. »Nicht-Konsum«, schreibt ein Schüler von Keynes, »bedeutet nicht notwendigerweise die Freisetzung gerade derjenigen menschlichen und materiellen Ressourcen, die leicht hin zur Produktion von Kapitalgütern dienen können<sup>22</sup>«. Die reicheren der armen Länder müssen sich nicht nur »des Konsums enthalten«, sondern müssen »enthaltsam« sein, um in die »Erstellung dauerhafter Vermögensbestände« investieren zu können. Kurz, das keynesianische Programm für die industrielle Entwicklung ist der Kapitalismus. Das ist ungefähr alles, was der Keynesianismus zur »Theorie des wirtschaftlichen Wachstums« beizutragen hat.

Die Dürftigkeit des Beitrags von Keynes zur »Wachstumstheorie« hinderte nicht daran, daß die tatsächliche oder antizipierte industrielle Entwicklung der zurückgebliebenen Volkswirtschaften jetzt weithin als eine »keynesianische« oder eine »sozialistische« Entwicklung angesehen wird, die von dem Ausmaß staatlicher Eingriffe in den Prozeß der Kapitalbildung abhängig ist. Wenn Interventionen des Staates unter vorkapitalistischen Bedingungen auch eine gänzlich andere Aufgabe haben als in den Vorschlägen von Keynes zur Lösung der Probleme der entwickelten kapitalistischen Länder, können die keynesianischen »Techniken« doch zur Beschleunigung des Prozesses der Kapitalbildung in den unterentwickelten Ländern verwendet werden. Die staatliche Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung ging der Theorie von Keynes nicht nur in dem begrenzten »keynesianischen« Sinn der *Kontrolle* durch den Staat voraus, wie es in Japan der Fall war, sondern auch in dem umfassenderen und konsequenteren nicht-keynesianischen Sinn des *Staatseigentums* an den Produktionsmitteln, das zuerst in der Sowjetunion verwirklicht wurde.

Die nationalen Revolutionen wiesen, bei grundsätzlich kapitalistischem Charakter, übereinstimmend mit der jeweiligen Geschichte der Län-

21 John Maynard Keynes, »Allgemeine Theorie ...«, S. 294.

22 K. K. Kurihara, »The Keynesian Theory of Economic Development«, S. 57-

der, in denen sie stattfanden, und der Weltlage, der sie sich gegenüber-sahen, eine Vielzahl von Formen und Merkmalen auf. Rußlands Nähe zur westlichen Welt, die Masse ausländischen Kapitals, das in fortgeschrittene Industriezweige investiert worden war (im Verhältnis zur Größe und dem Bedarf des Landes gering), die Schwäche seiner Bourgeoisie gegenüber den anderen herrschenden Gruppen und seine Bauernbevölkerung, die sich bemühte, aus semi-feudalen Verhältnissen herauszutreten - all dies gab der Oktoberrevolution den Charakter einer »Revolution von unten«, einer Erhebung von Arbeitern und armen Bauern und ihrer mittelständischen Verbündeten gegen *alle Formen* der Ausbeutung, ob durch Großgrundbesitzer oder durch in- oder ausländisches Kapital. Auf der Grundlage einer marxistischen Ideologie sollte der Sozialismus vom revolutionären Staat verwirklicht werden. In Indien war die revolutionäre Bewegung anderer Art. Unter kolonialen Bedingungen entstand allmählich eine Identität der Interessen zwischen der einheimischen und der ausländischen Bourgeoisie. Das ausländische und das inländische Kapital verschmolzen, wobei letzteres schnell expandierte, was durch die beiden Weltkriege gefördert wurde. Doch die größere Primitivität der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion Indiens und der daraus folgende Mangel an gesellschaftlichem Bewußtsein in den Unterklassen gaben den revolutionären Bestrebungen den Charakter einer nationalen Bewegung für politische Unabhängigkeit; man wartete auf die Erlösung durch den Niedergang des englischen Imperialismus. Während die Sowjetunion als staatssozialistisches oder staatskapitalistisches System im nicht-keynesianischen Sinn betrachtet wird, stellt Indien, das sich selbst als sozialistischer Wohlfahrtsstaat bezeichnet, zumindest ideologisch ein »keynesianisches System« dar, das sich auf die staatliche Kontrolle der Wirtschaft beschränkt. Denn man schätzt, daß im »sozialistischen Indien« sich 1958 »90 Prozent der Unternehmen, einschließlich der vollständig in den Händen von Einzelbesitzern befindlichen Landwirtschaft, in Privateigentum befanden, während nur 8 Prozent des Gesamteinkommens aus Unternehmen in Staatseigentum stammte<sup>23</sup>«. Mit der Entwicklung der Sowjetunion zu einer Industriemacht und mit dem Entstehen des Ostblocks nach dem Zweiten Weltkrieg teilten sich die Volkswirtschaften in Systeme des Staatseigentums und Systeme begrenzter staatlicher Kontrolle auf. Diese Aufteilung gilt nicht absolut; die einzelnen Länder, die dem einen oder anderen Prinzip gesellschaftlicher Organisation folgen, weisen verschiedene Grade von

23 V. M. Deans, »New Patterns of Democracy in India«, Cambridge 1959, S. 106.

Staatseigentum und staatlicher Kontrolle auf. Es gibt keine zwei Länder, die in dieser Beziehung vollkommen gleich sind - weder unter den sogenannten kommunistischen Ländern noch unter den zur »freien ty'elt« zählenden, oder denen, die an keinen der beiden Machtblöcke gebunden sind. Aber in allen Ländern greifen die Regierungen in einem gewissen Maße in den Wirtschaftsmechanismus ein. In den »kommunistischen« Ländern werden Investitionen unmittelbar durch staatliche Entscheidungen bestimmt. In den kontrollierten oder gemischten Wirtschaftssystemen, ob entwickelt oder unterentwickelt, resultieren die Investitionen aus den Kräften des Marktes, die von den Regierungen mit monetären und fiskalischen Mitteln beeinflusst und durch Investitionen in öffentliche Unternehmen und durch staatlich induzierte Produktion ergänzt werden. Die fiskalischen und monetären Maßnahmen, die mit dem Namen Keynes verbunden werden, sind in allen bestehenden Wirtschaftssystemen anwendbar, unabhängig von deren besonderem Charakter und Entwicklungsstand.

Dienen die keynesianischen Maßnahmen in den »reifen« Ländern dazu, die Wirtschaft zu *stabilisieren*, so können unterentwickelte Länder sie dazu verwenden, das wirtschaftliche Wachstum zu organisieren und zu koordinieren. Fiskalische und monetäre Maßnahmen können das Einkommen so verteilen, daß der Akkumulationsfonds erhöht wird. Die Regierung kann selbst die Aufgaben des Sparens und Investierens in die Hand nehmen, und damit das verwirklichen, was Keynes als ziemlich umfassende Sozialisierung der Investitionen durch die staatliche Ansammlung der gesellschaftlichen Ersparnis begriff. Wenn Keynes selbst dies auch nur als eine Möglichkeit betrachtete, war er doch davon überzeugt - oder sagte es jedenfalls -, daß ihre Verwirklichung wünschenswert sei, nicht nur wegen des sinkenden Hangs zum Verbrauch, sondern auch weil er an die Fähigkeit des Staates glaubte, die Profitabilität oder Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals langfristig zu kalkulieren und den »allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen« dabei zu berücksichtigen.

Alle keynesianischen Vorschläge zur Überwindung der kapitalistischen Stagnation betreffen staatliche Maßnahmen, die ein gewisses Maß an »Planung« in den Marktmechanismus hineinbringen. Wenn aber partielle »Planung« möglich ist, ist es auch totale Planung; nichts an den keynesianischen Vorschlägen schließt ihre Anwendung in einem staatskapitalistischen oder staatssozialistischen System aus. Anhänger des staatskapitalistischen Systems widersetzen sich dem Keynesianismus nicht deshalb, weil er eine Manipulation der Einkommensverteilung vorschlägt, um das gewünschte Verhältnis zwischen Investition und

Konsum herzustellen, sondern weil Keynes nur begrenzten Gebrauch von solchen manipulativen Techniken machen wollte.

Obwohl die manipulativen Techniken des Keynesianismus in allen kapitalistischen Systemen, unabhängig von ihrem Entwicklungsstadium, anwendbar sind, verliert die Keynessche »allgemeine Theorie der Beschäftigung« ihre »Allgemeinheit«, wenn man die Arbeitslosigkeit in den unterentwickelten Ländern in Betracht zieht. Diese resultiert nicht aus einem Überfluß, sondern aus einem Mangel an Kapital. Die Arbeitslosigkeit - als Überbevölkerung im Verhältnis zu den vorhandenen Produktionsmitteln und ihrer Produktivität verschleiert -, ist selbst ein Hindernis der Kapitalbildung, nicht nur weil die mit dem Kapital konkurrierende Arbeit billig ist, sondern auch, weil die geplante Entwicklung hier notwendigerweise Arbeitsplätze schaffen statt das Kapital vermehren muß. Die planende Behörde muß mit Maßnahmen sozialer Planung beginnen, die einer schnellen Kapitalbildung nicht förderlich sind, wenn anders sie nicht einen großen Teil der Bevölkerung der Vernichtung preisgeben will. Unter solchen Bedingungen genügen die keynesianischen Techniken nicht, um die für die Kapitalentwicklung notwendigen Überschüsse zu erbringen.

Ein Land kann so arm sein, daß weder fiskalische noch monetäre Maßnahmen Geldbeträge vom Konsumtions- in den Investitionsbereich zu leiten vermögen. Es ist dann vielleicht notwendig, Produktion und Konsumtion allein mit politischen Mitteln zu organisieren, und die Bevölkerung in Verhaltensweisen zu zwingen, die anders nicht zu erzielende Überschüsse erbringen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion, das ganze stalinistische Terrorsystem, stellt ein solches Unternehmen dar. Es wird in veränderter Form im heutigen China wiederholt, weil es keinen anderen Weg zur Kapitalbildung gibt. »Um aus einem unterentwickelten, überbevölkerten Agrarland etwas zu machen«, so wurde gesagt, »hätte jeder ohne Rücksicht auf Gefühle kalkulierende Wirtschaftspolitiker den Weg der chinesischen Kommunisten eingeschlagen, selbst wenn er nie etwas vom Kommunismus gehört hätte<sup>2</sup>«.«

Nicht alle unterentwickelten Länder befinden sich in einem solchen Zustand, und selbst wenn es so wäre, würden einige von ihnen nicht fähig sein, ihre Entwicklungsprobleme auf dem autoritären Weg des Staatskapitalismus zu lösen. In manchen Fällen kann ein entwickeltes kapitalistisches Land verhindern, daß ein unterentwickeltes dem staatskapitalistischen Modell folgt; oder das unterentwickelte Land ist von

24 Tibor Mende, »China - Weltmacht von morgen«, Düsseldorf-Köln 1961, S. 11.

kapitalistischen Ländern zu abhängig, um einen solchen Schritt zu er-  
lägen- Staatskapitalistische Systeme müssen sich bis zu einem gewissen  
Grade von traditionellen Weltmarktbeziehungen freimachen. Sie müs-  
sen dazu in der Lage sein, überwiegend autark zu existieren und dem  
imperialistischen Druck zu widerstehen. Es muß sich daher um große  
Länder mit zahlreicher Bevölkerung und umfangreichen Bodenschät-  
zen handeln. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind die staats-  
kapitalistischen Länder jedoch zu einem östlichen Machtblock zusam-  
mengesgeschlossen worden, der eine Art »zweiter Weltmarkt« darstellt.  
Dies erlaubt auch schwachen oder kleinen Ländern, aus ihrer früheren  
Abhängigkeit vom privaten Weltmarkt herauszugelangen und ihr  
Wirtschaftsleben nach staatskapitalistischen Prinzipien zu organi-  
sieren.

Die Synchronisierung verschiedener nationaler Volkswirtschaften er-  
scheint weniger schwierig als eine wirtschaftliche »Integration« mittels  
des privaten Handels auf einem monopolistischen Weltmarkt. So wie  
die Westmächte einige »Hilfe« an unterentwickelte Länder innerhalb  
ihrer Interessensphäre verteilen, geben die stärkeren Länder des Ost-  
blocks ihren unterentwickelten oder potentiellen Alliierten Hilfe. Die  
Wirtschaftshilfe« des Sowjetblocks an unterentwickelte Länder hatte  
1960 3 Mrd. Dollar erreicht. Sie wurde zumeist in Form von Darlehen  
und Krediten gegeben; darunter für 750 Mio. Dollar militärische Aus-  
rüstung. Die westlichen Länder betrachten dies als »Wettbewerb der  
Hilfe«, was es in der Tat auch ist. Wie die »Hilfe« der westlichen Län-  
der soll die östliche den politischen und wirtschaftlichen Interessen der  
dominierenden Mächte des Ostblocks dienen. Die direkte oder indi-  
rekte Kontrolle unterentwickelter Länder fügt der Machtbasis der  
staatskapitalistischen Systeme bedeutende Rohstoffquellen hinzu, die  
von den Ressourcen der »freien Welt« abgehen.

Wenngleich die sowjetische »Hilfe« denselben Zwecken dient wie die  
von westlichen Ländern gewährte, wird sie oft unter für die Emp-  
fängerländer günstigeren Bedingungen gegeben. Beispielsweise liegt der  
von der Sowjetunion auf Auslandsanleihen erhobene Zinssatz bei 2,5  
Prozent, gegenüber einem westlichen Zinssatz zwischen 4,5 und 5,5  
Prozent. Für sowjetische Investitionen in die indische Erdölindustrie  
werden 10 Prozent der Gewinne verlangt, gegenüber 50 Prozent bei  
britischen und amerikanischen Investitionen. Was am wichtigsten ist:  
Industrieanlagen, die mit sowjetischer Hilfe errichtet wurden, gehen  
ins Eigentum der Empfängerländer über, während die westlichen pri-  
vaten Investitionen in den unterentwickelten Ländern im Besitz aus-  
ländischer Unternehmen bleiben und deren Direktion unterstehen. Es

findet weiterhin ein umfangreicher Tauschhandel zwischen den Regierungen statt, was für die unterentwickelten Länder günstig ist, weil damit die internationalen Zahlungsprobleme umgangen werden. Auch gibt es keine Restriktionen oder Präferenzen hinsichtlich der Typen industrieller Entwicklung; vollständige Fabrikanlagen jeder Art werden angeboten und geliefert. Zahlreiche Experten arbeiten in den unterentwickelten Ländern. Aus all diesen Gründen dehnt sich auch der Handel zwischen dem Sowjetblock und den unterentwickelten Ländern aus, wenn auch nicht in einem solchen Umfang, daß es für die künftige Entwicklung der zurückgebliebenen Länder bedeutsam wäre. Diese Ausweitung begann auf einer schmalen Grundlage. »Der Handel zwischen dem Sowjetblock und den unterentwickelten Ländern wird vermutlich einen positiven, wenn auch marginalen Beitrag leisten. Aber selbst die Steigerung dieses Handels um ein Vielfaches würde nichts an der Tatsache ändern, daß die wirtschaftliche Zukunft dieser Länder auch weiterhin mit dem Außenhandel der freien Welt verknüpft sein wird<sup>2</sup>.« Der Handel mit der »freien Welt« dient jedoch dem privaten Profit und ist durch die Verhältnisse der entwickelten, nicht der unterentwickelten Länder bestimmt. Wenn dieser Handel bisher den zurückgebliebenen Ländern wenig genützt hat, kann man nicht erwarten, daß er es in Zukunft tun wird - in einer Zukunft, die bereits durch den Bestand und das Wachstum der konkurrierenden staatskapitalistischen Systeme eingeschränkt ist. Die Länder gruppieren sich nicht deshalb in einen östlichen und einen westlichen Machtblock, weil es »zwei Weltmärkte« gibt. Eher ist das Gegenteil wahr: die »zwei Weltmärkte« gibt es, weil der internationale Wettbewerb (und die internationale Zusammenarbeit) jetzt einen politisch-militärischen Charakter hat. Die westlichen Länder fördern staatliche Kontrollen nur soweit es notwendig erscheint, um die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu sichern und deren Entwicklung in den Ländern, die vor der Kapitalisierung stehen, zu ermöglichen. Ihre Außenpolitik ist darauf ausgerichtet, das Privatunternehmertum zu stärken wo immer es möglich ist, und staatskapitalistische Bestrebungen zu vereiteln wo immer sie entstehen. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den staatskapitalistischen Systemen werden auf einem Minimum gehalten oder gänzlich vernachlässigt, obwohl einige westliche Länder in dieser Hinsicht eine konsequentere Politik betreiben als andere. Der Handel mit China, Nordkorea und Cuba ist zum Beispiel durch den amerikanischen *Trade with the Enemy Act* zum Verbrechen geworden.



Für die staatskapitalistischen Länder beschränkt sich der internationale Markt somit weitgehend auf andere Länder ihres Blocks und Länder, die noch nicht einem der dominierenden und konkurrierenden Machtzentren angehören.

Die meisten unterentwickelten Länder litten und leiden noch unter dem doppelten Joch inländischer und ausländischer Ausbeutung. Die sozialen Kämpfe werden in diesen Ländern sowohl gegen die einheimische herrschende Klasse als auch gegen das ausländische Kapital ausgefochten. In beiden Fällen geht es um Enteignung - durch die eine mit den nationalen Interessen stärker übereinstimmende Produktion und Distribution möglich würde, selbst wenn diese »nationalen Interessen« wiederum zur Basis neuer spezieller Interessen werden, die an die politische Kontrolle des Staates über die Wirtschaft gebunden sind. Man hat oft darauf hingewiesen, daß »die Mittelschichten heute in den unterentwickelten Ländern die prometheischen Elemente darstellen - die einzigen bewußten, aktiven und fähigen Agenten des sozialen Wandels. Die Kommunisten haben seit langem die entscheidende Rolle der Mittelschichten erkannt und alle Anstrengungen gemacht, sie zu erreichen und zu beeinflussen. Im Unterschied dazu hat der Westen viel zu wenig getan, um Nutzen aus seiner Überlegenheit gegenüber den Kommunisten zu ziehen<sup>26</sup>«. Der soziale Wandel, der in diesen Ländern erforderlich ist, kann für die westlich-kapitalistischen Länder aber nur unvorteilhaft sein. Gerade wegen des sozialen Wandels oder dem Wunsch nach einem Wandel befinden sich die Bevölkerungen der unterentwickelten Länder in offener oder latenter Rebellion nicht allein gegen die eigenen herrschenden Klassen, sondern auch gegen deren Förderer in den entwickelten Ländern. Weil die »Mittelschichten« in den unterentwickelten Ländern keine Perspektive haben und diese Länder in der monopolistisch kontrollierten kapitalistischen Welt keine Entwicklungsmöglichkeiten finden, wird jede ernsthaftige Anstrengung in dieser Hinsicht sich auf eine staatskapitalistische Ideologie und ein staatskapitalistisches Programm stützen, selbst wo sie sich fürs erste mit staatlicher Kontrolle im keynesianischen Sinn zufrieden geben muß.

Die Entwicklung der kapitalarmen Länder setzt soziale Bewegungen gegen die Vertreter des *status quo* voraus. Sie ist daher in erster Linie ein politisches Problem. Da die Nation die größte historisch entwickelte Einheit sozialer Organisation darstellt, und da die Bedingungen

26 The National Planning Association, »The Political Economy of American Foreign Policy«, New York 1955, S. 161.

von Land zu Land variieren, erscheint die industrielle Entwicklung als ein nationales Programm. In mancher Hinsicht muß es mit gleichartigen Plänen anderer Länder koordiniert werden; aber diese größere Organisationseinheit setzt sich aus einer Anzahl von einzelnen Ländern zusammen und wird keinen Bestand haben, solange die Institution des Nationalstaats nicht gänzlich abgeschafft ist. Die Entwicklung des Kapitalismus und das Aufkommen des Nationalstaates waren ein und derselbe Prozeß, Aufgabe des Staates war es, das Wachstum der kapitalistischen Volkswirtschaft zu sichern, wie es seine heutige Funktion ist - aber in weit größerem Ausmaß das kapitalistische System zu stabilisieren, um seinen Fortbestand zu ermöglichen. Unter den gegebenen Bedingungen stellt sich die industrielle Entwicklung weit schwieriger dar als die Stabilisierung der fortgeschrittenen kapitalistischen Systeme; sie erfordert eine noch stärkere staatliche Kontrolle. Da diese die verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich berührt, wird sie in politischen Kämpfen durchgesetzt, die nicht auf die nationale Szene beschränkt bleiben, sondern auch die politischen und wirtschaftlichen Interessen anderer Länder einbegreifen.

Wenn man den Problemen der unterentwickelten Länder gerecht werden wollte, müßte man sich mit jedem Land gesondert befassen, denn jedes ist nicht nur in seiner physischen und sozialen Struktur einzigartig, sondern auch hinsichtlich seiner Verbindungen mit anderen Ländern und der Welt insgesamt. Was das Volkseinkommen pro Kopf betrifft, ist Südostasien das ärmste Gebiet der Welt; aber es ist auch eines der von den beiden konkurrierenden Gesellschaftssystemen am meisten umkämpften Gebiete. China und Indien folgen dicht dahinter - das eine geht den staatskapitalistischen Weg, das andere den der staatlich unterstützten Entwicklung des privaten Kapitals. Die Länder der afrikanischen Tropen zählen zu einer völlig anderen Kategorie; bis jetzt ist in ihnen weder von ausländischem Kapital noch von den Afrikanern selbst der Versuch gemacht worden, die Produktion zu diversifizieren. Die afrikanischen Staaten, deren Nahrungsmittelproduktion zur Selbstversorgung ausreicht und die sich in relativer Isolierung voneinander befinden, beschränken sich auf die Produktion von Primärgütern, die für die westlichen, besonders die westeuropäischen Märkte bestimmt sind. Ihr Kapital ist offensichtlich **ausländischer** Herkunft und in extraktiven Industriezweigen angelegt. Dennoch bezeichnen sich einige afrikanische Länder wie zum Beispiel Ghana und der Senegal als »sozialistische« oder »Wohlfahrtsstaaten«, weil sie bestehende private Marketing-Organisationen in monopolistische Agenturen der Regierung umgewandelt haben. Die Länder des mittleren

Ostern weisen verschiedene Grade staatlicher Kontrolle auf, von staatlicher Beteiligung an privaten Unternehmen und einer Art staatlichen Regulierung aller Wirtschaftstätigkeit, wie in Ägypten, bis zu einem nahezu vollständigen Fehlen staatlicher Interventionen, wie im Libanon. Israel, das gänzlich von ausländischer Unterstützung abhängig ist, stellt allein deshalb ein gemischtes Wirtschaftssystem dar, weil die Hilfe aus dem Ausland durch die Regierung verteilt und in staatliche oder halbstaatliche Unternehmen geleitet wird. Da diese Hilfe zehnbis zwanzigmal so groß gewesen ist wie die private Kapitalinvestition, bestimmt die Regierung die Wirtschaftstätigkeit. Einige der gemessen am Pro-Kopf-Einkommen ärmsten Länder finden sich in Lateinamerika: Bolivien, Paraguay und Ecuador beispielsweise; ebenso aber auch einige der sich am schnellsten entwickelnden Länder, wie Mexiko und Brasilien. Doch befinden sich all diese Länder in permanenten Krisen; einige, weil in ihnen keine Entwicklung möglich ist, andere, weil sie sich entwickeln - und weil jede dieser Situationen internationale Auswirkungen hat.

Jede intensive Entwicklung erfordert in Lateinamerika eine Opposition sowohl gegen die bestehenden semifeudalen Verhältnisse als auch gegen die Tauschrelationen mit den entwickelten Ländern. Nur etwa 10 Prozent des lateinamerikanischen Handels ist interner Handel; 90 Prozent ist Handel mit den USA und Westeuropa, Handel mit Primärprodukten wie Kaffee, Bananen, Kakao, Wolle, Fleisch, Öl, Zucker, Kupfer etc. Dies kommt den industrialisierten Ländern, den herrschenden Klassen in Lateinamerika und den ausländischen Anlegern, die in die Primärindustrien investiert haben, zupaß. Die einheimischen *Haciendas* und Latifundien operieren mit einem System der Zwangsarbeit. Obwohl die Arbeitskräfte somit äußerst billig sind, fanden es ausländische Plantagenbesitzer profitabler, Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen, was von einheimischen bald nachgeahmt wurde. Es entstand ein ländliches Proletariat, das ohne Land und Arbeit ist und von Militärdiktaturen im Dienst der einheimischen und ausländischen herrschenden Klassen niedergehalten wird. Die Ausbeutung durch das Ausland, besonders durch die USA, hat sich, wenn auch nicht immer ideologisch, so doch jedenfalls faktisch mit den semi-feudalen Interessen liiert, welche die lateinamerikanischen Länder beherrschen. Die vereinten Kräfte der nord- und südamerikanischen herrschenden Klassen haben die gesellschaftlichen Verhältnisse in den lateinamerikanischen Ländern - mit Ausnahme Cubas - trotz einer Reihe von Aufständen relativ stabil halten können. Die mexikanische Revolution wurde auf halbem Wege angehalten und in ein Instrument der priva-

ten Kapitalbildung verwandelt. Doch fordern neue soziale Bewegungen von der mexikanischen Regierung eine Fortsetzung des unterbrochenen Prozesses der Nationalisierung. Die Unruhen in den lateinamerikanischen Ländern zwingen die Regierungen von Zeit zu Zeit, eine größere Kontrolle über die Wirtschaft auszuüben. Außer in Mexiko wurden auch in Bolivien und Brasilien Großgrundbesitz aufgeteilt, Bodenschätze und einige Industriezweige verstaatlicht. Die chronische Instabilität und das ihr zugrundeliegende wachsende Elend in den meisten lateinamerikanischen Ländern bewogen die USA, im Rahmen einer »Allianz für den Fortschritt« mehr Auslands»hilfe« anzubieten. Aber dieser »Fortschritt« wird in Form von Marktwirtschaft und privater Kapitalakkumulation vorgestellt.

Die unvermeidlichen Eingriffe der Regierungen in die Wirtschaft modifizieren die Kapitalentwicklung in einem solchen Maß, daß diese »Entwicklungs«länder als »sich entwickelnde gemischte Wirtschaftssysteme« angesehen werden können. Während sich das »gemischte Wirtschaftssystem« in den entwickelten Ländern aus der Fähigkeit der Privatunternehmen speist, mehr zu produzieren als sie kapitalisieren können, muß es in den unterentwickelten Ländern Bedingungen für die Kapitalentwicklung schaffen. Die landwirtschaftliche Produktion muß gesteigert werden und weniger davon darf konsumiert werden, damit Investitionskapital gewonnen wird. Um den Konsum trotz wachsender Wirtschaftstätigkeit zu verringern, muß es eine Inflation geben. Je mehr und je härter die Menschen arbeiten, desto weniger verdienen sie also. Die Bevorzugung der Inflation gegenüber anderen Methoden der Kapitalbildung verleiht diesen »gemischten Wirtschaftssystemen« ihre »keynesianische« Note. Aber obwohl sie sich schon nahe an der Grenze zur Hungersnot bewegen, genügt diese Methode nicht, um das Kapital hervorzubringen, das für die Umwandlung der unterentwickelten in konkurrenzfähige Industrieländer notwendig ist. Eher wird sie soziale Unruhen verstärken und Bewegungen hervorrufen, die wirksamere und weniger grausame Wege zur Überwindung der ökonomischen Sackgasse vorschlagen werden.

Teils aus freien Stücken und teils aus Notwendigkeit operieren Privatunternehmertum und staatliche Kontrolle in jedem kapitalistischen Land nebeneinander und im weltweiten Rahmen als konkurrierende Systeme. Gleichzeitig bestehen also der erbarmungslose allgemeine Wettbewerb, die Unterordnung des privaten unter den nationalen Wettbewerb (und umgekehrt) und die Unterordnung des nationalen Wettbewerbs unter supra-nationale Anforderungen, die nationalen Zielen und damit den Zielen der privaten Kapitalbildung dienen sol-

len. Daher ist Folgerichtigkeit und Dauerhaftigkeit in irgendeiner Form des Wettbewerbs und der Kooperation unmöglich; die verschiedenen und wechselnden Versuche zur Organisierung und Zusammenarbeit, die daraus resultieren, verstärken nur den anarchischen Charakter der Kapitalproduktion. Der Nationalismus als Imperialismus und in Opposition zum Imperialismus führt zu einer immer stärkeren internationalen wirtschaftlichen Desintegration. Dies zu einer Zeit, wo die Befriedigung der unmittelbarsten Bedürfnisse der Weltbevölkerung von der engsten wirtschaftlichen Integration abhängt.

Anstatt für diese Integration zu arbeiten, steigern die Industrieländer ihre landwirtschaftliche Produktion, um einen hohen Grad der Selbstversorgung für den Fall eines Krieges zu erreichen, oder nur, um ihre Bauern zufriedenzustellen, als eine Maßnahme der »Wohlfahrtsökonomie«. Sie schützen sowohl ihre landwirtschaftlichen als auch ihre industriellen Märkte mit einer Vielzahl von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen vor allen möglichen Konkurrenten. Während sie ihre eigenen landwirtschaftlichen Überschüsse steigern, hindern sie die Produzenten vom Primärgütern daran, ihre Produktion zu diversifizieren, und zwingen sie damit zu einer Einschränkung der Agrarproduktion, die bereits nicht ausreicht, um ihre Bevölkerungen zu ernähren. Die große Masse der Weltbevölkerung leidet Hunger, während in einigen Ländern Überschüsse angehäuft werden, die nicht zu verkaufen sind und die diese Länder auch nicht verschenken wollen. Die Bevölkerungen der unterentwickelten Länder sollen noch mehr hungern, um das Kapital zu vergrößern, das ihre Arbeit produktiver machen wird; während die industrielle Arbeit in den entwickelten Ländern brachliegt oder für Verschwendung produziert, anstatt für den weltweiten Nutzen. Diese Widersprüche manifestieren sich in politischen Spannungen und in der Verwandlung eines immer größeren Teils der Weltproduktion in Rüstungsproduktion. Staatliche Kontrolle und Staatseigentum stellen sich als nicht weniger irrationale soziale Formen heraus als die private Kapitalproduktion bei einem angeblich freien Weltmarkt. Die Schwierigkeiten der Kapitalakkumulation sowohl in den entwickelten als auch in den unterentwickelten Ländern widersetzen sich nicht nur marktmäßigen, sondern auch nationalen Lösungen.

## 19. Der imperialistische Imperativ

Das Marxsche Modell der Kapitalakkumulation stellt ein geschlossenes homogenes System dar, in dem die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals einen Fall der Profitrate und damit einen Niedergang der Kapitalexpansion verursacht, wenn die Produktionsbedingungen keine ausreichende Steigerung der Ausbeutungsrate erlauben. Aber der Kapitalismus ist kein geschlossenes System: er kann das Wachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals durch Expansion nach außen verlangsamen und seine Rentabilität durch den Import von Profiten aus dem Ausland verbessern. Doch bestimmt die Wertexpansion des vorhandenen zentralisierten Kapitals sowohl die Größe als auch den Charakter des Weltmarktes und beschränkt die Kapitalisierung der unterentwickelten Länder so, daß sie dem besonderen Profitbedarf der dominierenden Kapitale dient. Wenn dieser Weltmarkt gegeben ist, ist es dem unterentwickelten Teil der Welt nicht mehr möglich, seine eigene Kapitalisierung unabhängig vom Profitbedarf der hochentwickelten kapitalistischen Länder zu fördern.

Kapital und Mehrwert sind in der Welt insgesamt knapp. Die Überproduktion von Kapital im Verhältnis zu seiner Profitabilität in einem Teil der Welt steht der Unterkapitalisierung im anderen gegenüber. Der Kapitalismus ist als Weltsystem in der Tat ein erbärmliches System gesellschaftlicher Produktion. Insgesamt ist die organische Zusammensetzung des Kapitals nicht hoch genug, um die Profitrate so zu senken, daß die Akkumulation nicht mehr stattfinden könnte. Aber infolge der Zentralisierung und Monopolisierung des Kapitals setzen die inneren Widersprüche der Kapitalproduktion ihrer Expansion Grenzen, lange bevor die abstrakten Grenzen, die in der Marxschen Theorie der Kapitalentwicklung angegeben werden, in der Realität annähernd erreicht sind.

Der Kapitalismus ist längst nicht mehr ein fortschrittliches Produktionssystem, sondern - obwohl oberflächlich betrachtet das Gegenteil der Fall zu sein scheint - zu einem regressiven und destruktiven Sy-

stem geworden. Die Aussichten selbst der »prosperierendsten« Länder müssen im Licht der Verhältnisse auf der ganzen Welt gesehen werden; dann erscheinen sie in der Tat als trübe. Die dominierenden kapitalistischen Mächte, die aus ihrer eigenen arbeitenden Bevölkerung nicht mehr genügend Mehrwert auspressen können, um eine beschleunigte Expansion des privaten Kapitals zu sichern, entdecken, daß die Quellen zusätzlicher Profite in den unterentwickelten Teilen der Welt ebenfalls versiegen. Die weitere Ausbeutung der zurückgebliebenen Länder verringert ihre Ausbeutbarkeit. Die großen kapitalistischen Länder werden aber eher versuchen, die Ausbeutung zu steigern, als sie zu lockern - in der Hoffnung, daß ihre eigene Expansion das Vehikel für die Entwicklung der kapitalarmen Länder sein wird, oder daß letztere sich zumindest als Nebenprodukt ergeben wird. Die Politik des Westens basiert immer noch auf dem Glauben an die profitbringenden Kräfte der wettbewerblichen Kapitalakkumulation - ein Glaube, der durch die jüngste Periode staatlich induzierter »Prosperität« gestützt wird. Die Expansion orientiert sich immer noch am Wettbewerb auf breiter Ebene - dem Weltmarkt selbst wenn die Marktwirtschaft hier wie auch in jedem einzelnen Land unwiederbringlich verloren scheint.

Die Großunternehmen der Industrieländer können nicht länger innerhalb des nationalen Rahmens funktionieren; sie sind zu multinationalen Konzernen geworden. »Jedes Unternehmen von einiger Bedeutung, das überleben will, muß international und multinational sein«, sagt man, »denn Unternehmen, die weltweit operieren, können leichter als rein nationale dadurch ihre Kosten reduzieren, daß sie Rohstoffe, Produktions- und Distributionseinrichtungen und Arbeitskräfte nach den Kriterien der Optimalität bewegen<sup>1</sup>.« Großunternehmen wie Unilever und IBM haben beispielsweise Interessen in fast jedem Land der Welt; IBM operiert in hundert Ländern und unterhält fünfzehn Fertigungsstätten in dreizehn Ländern. »Nahezu 3000 amerikanische Unternehmen haben Tochtergesellschaften im Ausland, deren Umsätze doppelt so hoch sind wie die Exporte der USA. Diese auf multinationaler Basis operierenden Unternehmen unterhalten Fertigungsstätten im Ausland, fördern und verarbeiten Bodenschätze, stellen Dienstleistungen bereit und verkaufen ihre Güter und Dienste auf internationaler Ebene<sup>2</sup>.« Das Wachstum der multinationalen Konzerne ist ein weltweites Phänomen, aber in den USA natürlich besonders ausge-

<sup>1</sup> G. A. Steiner, in »Multinational Corporate Planning«, New York 1966, S. 316.

<sup>2</sup> H. H. Fowler, »National Interests and Multinational Business«, in »Multinational Corporate Planning«, a. a. O., S. 123.

prägt. Das zeigt sich am Wert der amerikanischen Direktinvestitionen in Übersee. »Diese stiegen von 11,7 Mrd. Dollar im Jahre 1950 auf 31,5 Mrd. Dollar im Jahre 1962. Allein im Bereich der Fertigung stiegen sie von 3,8 auf 13,2 Mrd. Dollar.« Nach dem Zweiten Weltkrieg »betonten jeder Präsident, jeder Kongreß und zahlreiche führenden Persönlichkeiten die Bedeutung der auf internationaler Ebene operierenden Privatunternehmen für das nationale Interesse. Von 1950 bis 1962 wurden 29 Mrd. Dollar an Gewinnen, Zinsen, Gehältern und Tantiemen aus Direktinvestitionen in Übersee bezogen. Dem steht im selben Zeitraum ein Kapitalabfluß von 16 Mrd. Dollar für Direktinvestitionen der USA gegenüber« 3.

Ob die Struktur des Kapitalismus eine profitable Kapitalexpansion auf der ganzen Welt ausschließt oder nicht: jedes kapitalistische Unternehmen und jedes kapitalistische Land versucht sein eigenes Kapital auszudehnen - wenn nötig auf Kosten anderer Unternehmen und Länder. Die Beschränkung des Wettbewerbs und die internationale Zentralisierung des Kapitals nützen den fortgeschrittenen Kapitalen und den stärkeren Ländern, selbst wenn sie der kapitalistischen Welt insgesamt nicht dienlich sind. Die kanadische Wirtschaft wurde beispielsweise lange als eine Erweiterung der amerikanischen angesehen. »1963 kontrollierten im Ausland Ansässige, darunter zumeist US-Bürger, 60 Prozent der kanadischen Fertigungsindustrie, 74 Prozent der Erdöl- und Erdgasförderung und 57 Prozent des Bergbaus und der Hüttenindustrie Kanadas ... Die Konservenherstellung wurde bereits zu 90 Prozent kontrolliert ... Einige Beobachter schreiben diesen sich fortsetzenden Trend der wachsenden Internationalisierung der Wirtschaft zu. Für Kanada bedeutet Internationalisierung jedoch zumeist Amerikanisierung, was oft bedauert wird.« Der tatsächlichen und möglichen Beherrschung verschiedener Industriezweige durch ausländisches Kapital wird in Westeuropa immer heftigerer Widerstand entgegengesetzt. Beide westeuropäischen Handelsblocks tendieren zu einer kontinentalen Verteilung der Ressourcen und zur Beschneidung amerikanischer Investitionen; aber die Existenz dieser Blocks spornt die US-Unternehmen zu größeren Anstrengungen an, um hinter ihre Zollmauern zu gelangen. Doch machen die entwickelten kapitalistischen Länder nur den kleineren Teil der Welt aus. Ihre Zukunft hängt nicht so sehr von einem gesteigerten Wettbewerb untereinander ab, als von der Gewinnung einer breiteren Basis für die Kapitalexpansion.

3 A. a. O., S. 124.

4 »The New York Times«, 11. Februar 1966.



Die Großunternehmen müssen für einen expandierenden Weltmarkt produzieren und auf ihm mit Gewinn verkaufen können; sonst stagnieren sie auch auf dem nationalen Markt. Dann wäre eine Steigerung der staatlich induzierten Produktion erforderlich, um das gesellschaftliche Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Mit anderen Worten: die private Kapitalproduktion muß im Ausland gestärkt werden, um ihren Niedergang im Inland abzuwenden. Ein größerer Teil der Welt muß kapitalisiert werden, damit dem Expansionsbedarf der Großunternehmen entsprochen werden kann. Daher sind Probleme der Entwicklung oder des Wachstums, die einst der Marx'schen Theorie vorbehalten waren, zum beherrschenden Thema der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft geworden.

Das »gemischte« System der kapitalistischen Marktwirtschaft löst die frühere Trennung von Staat und Kapital ab. Die Regierung ist nicht mehr nur der politische Ausschuß der Kapitalistenklasse. Ihre wirtschaftlichen Interessen sind vielmehr so eng mit denen der Kapitalisten verknüpft, daß Regierungs- und Unternehmenspolitik ein und dasselbe sind. Die Expansion des Kapitals nimmt die Form eines aggressiven Imperialismus und imperialistischen Wettbewerbs an. Im Unterschied zum Imperialismus und Kolonialismus des *laissez-faire*-Systems konkurriert das Kapital heute nicht nur um Rohstoffquellen, Marktprivilegien und die Möglichkeiten des Kapitalexports; es kämpft auch gegen neue Formen der Kapitalproduktion, die nicht mehr dem Wertverhältnis und dem wettbewerblichen Marktmechanismus unterliegen.

Für Keynes stellten Imperialismus und Krieg keine integralen Bestandteile des Kapitalismus dar. Nach Marx implizieren sowohl die nationalen als auch die internationalen strukturellen Veränderungen des Kapitalismus Krisen, Imperialismus und Krieg. Der Zweite Weltkrieg stand offensichtlich in einem Zusammenhang mit der vorangegangenen langen Depressionsperiode, und der gegenwärtige weltweite Trend, der Wirtschaftskraft mit politisch-militärischen Mitteln nachzuhelfen, bezeugt den imperialistischen Charakter der Kapitalkonkurrenz. Obwohl die Schrecken des Krieges nicht allein dem Kapitalismus zugeschrieben werden können, sind seine Ursachen und Folgen mit der internationalen Kapitalexpansion in notwendiger Weise verknüpft.

Der Imperialismus kann in politischer Terminologie beschrieben werden; seine materielle Basis sind jedoch die Erfordernisse der Kapitalakkumulation. Die Verschiebung der Machtverhältnisse im Gefolge des Zweiten Weltkrieges konnte nur zu einem neuen Krieg oder dazu führen, daß man die Aufteilung der Welt in zwei voneinander verschiedene Systeme der Kapitalproduktion anerkannte, die von den beiden

stärksten Militärmächten, der Sowjetunion und den USA, beherrscht waren. Dies erschien den Westmächten »unannehmbar«, obwohl ihre Nachkriegspolitik in gewisser Weise darauf basierte. Für die Sowjetunion war es weniger unangenehm, da sie darauf vertraute, Sicherheit und womöglich Überlegenheit ohne einen dritten Weltkrieg zu erreichen. Abgesehen von derartigen »Präferenzen« und trotz verschiedener Abenteuer des »Kalten Krieges« und selbst des Koreakrieges, waren weder Ost noch West geneigt, einen Weltkrieg zu provozieren. Wenn sie auch oft »an der Schwelle« des Krieges standen, haben sich beide Seiten doch immer rechtzeitig zurückgezogen und die Dinge so belassen wie sie waren.

Da die westeuropäischen Länder mit dem Wiederaufbau und mit vergeblichen Versuchen beschäftigt waren, ihren Auslandsbesitz zu verteidigen, waren sie nicht in der Lage, die »langfristigen« Bedürfnisse des westlichen Kapitalismus zu berücksichtigen. Als Voraussetzung für eine internationale Machtpolitik mußten die USA den Westblock konsolidieren. Es stellte sich heraus, daß es nicht notwendig war, eine weitere Expansion der Sowjetunion zu bekämpfen oder ihr die Kriegsbeute wieder abzunehmen, die man ihr - mit einigen unrealistischen Vorbehalten - zugestanden hatte. Die Sowjetunion brauchte ebenfalls lange Zeit für den Wiederaufbau und für die Konsolidierung ihrer Gewinne. Die allgemeine Unfähigkeit, sich mit den durch die Nachkriegszeit gestellten neuen Problemen auseinanderzusetzen, drückte sich im *status quo* des Kalten Krieges aus.

Alles andere war eine Sache des Hoffens - entweder, daß die »historische Entwicklung« dem Osten zu Hilfe kommen oder daß sich die »menschliche Natur« geltend machen und den westlichen Kapitalismus auf der ganzen Welt wiederherstellen würde. Sowohl im Osten als auch im Westen erwartete man ein sich beschleunigendes Anwachsen der Spannungen im jeweils anderen Machtblock. Die Tatsache, daß die Satelliten der Sowjetunion »geknechtete Völker« sind und daher ihrem Herren ständig Sorge machen, und der mögliche Interessengegensatz zwischen der Sowjetunion und China förderten westliche Hoffnungen auf eine Desintegration des Ostblocks. Sobald dessen Expansion gestoppt wäre, würde jede wirtschaftliche und politische Entwicklung in der Welt sich notwendigerweise am stärkeren Machtzentrum ausrichten. Welchen Wert derartige Erwartungen auch hatten: sie führten zu einer andauernden Vertagung wichtiger politischer Aktionen, da man auf günstigere Zeiten wartete.

Auch die Politik der Sowjetunion unter Stalin war durch die Hoffnung bestimmt, daß der Frieden trotz oder wegen des Kalten Krieges erhal-

ten würde. In Stalins Vorstellung hatte sich der Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert nicht gewandelt: die kapitalistische Entwicklung war ein krisenhafter Wettbewerbsprozeß, der ein Land gegen das andere stellte und wirtschaftliche Rivalitäten zu imperialistischen Kriegen werden ließ. Doch spürte Stalin, daß der Westen auf absehbare Zeit keinen neuen Krieg gegen die Sowjetunion führen konnte. Westeuropa war ziemlich ohne Verteidigung, und die Auswirkung der chinesischen Revolution auf ganz Asien versetzten die USA in eine strategisch nachteilige Position. Die Folgerungen daraus waren die Blockade Berlins, die rücksichtslose Politik der Sowjetunion gegenüber ihren Satelliten, die verdeckte Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen und schließlich der Koreakrieg.

Zu dieser Zeit hatte sich Westeuropa jedoch zum Teil schon wieder erholt, die revolutionäre Welle in Asien war verebht und der Charakter des westlichen Kapitalismus hatte sich nicht unbeträchtlich verändert. In der unmittelbaren Nachkriegszeit konnte es so scheinen, als kehrten die Verhältnisse wieder, die nach dem Ersten Weltkrieg geherrscht hatten - eine fast permanente Krise in einigen Ländern und eine allgemeine Verschärfung des internationalen Wettbewerbs. Das Potsdamer Abkommen versprach das nachzuholen, was dem Versailler Vertrag nicht gelungen war; die Zerstörung des deutschen Kapitalismus mußte ganz Westeuropa schwächen und neue wirtschaftliche und politische Spannungen innerhalb des westlichen Kapitalismus erzeugen. Es kam aber anders. Wenn auch die Politik der kapitalistischen Länder nach wie vor vom nationalen Interesse bestimmt war, erkannte man bald, daß nur internationale Machtpolitik diese nationalen Interessen wahren konnte, und daß dazu eine sowohl wirtschaftliche als auch politische Zusammenarbeit erforderlich war. Dies implizierte, daß die Regierungen für die jeweilige Wirtschaftspolitik verantwortlich blieben, daß der Kapitalismus immer stärker staatlich manipuliert wurde und daß innerhalb des westlichen Kapitalismus eine Art internationaler Zusammenarbeit entstand.

Der Kompromiß, mit dem der Koreakrieg beendet wurde, zeigte an, daß der Westen entschlossen war, gegenüber dem Ostblock nicht weiter an Boden zu verlieren, wenn auch nicht willens oder bereit, einen neuen Weltkrieg zu entfachen. Dieser Kompromiß wiederholte sich auf der Genfer Indochina-Konferenz von 1954. Die »Befreiungsbewegung« in Südostasien wurde vorübergehend gestoppt. Doch blieb der »Geist von Genf« Metaphysik, obwohl die Sowjetunion eine »allgemeine Lösung«, deutlich abgegrenzte und respektierte Interessensphären und einen freien Wettbewerb in den bis dahin nicht blockgebundenen Teilen

der Welt, verlangte. Die sowjetische Bereitschaft, sich auf Kompromisse einzulassen, war in der Kriegsfurcht und der Sorge des nachstalinistischen Regimes über die Unruhe in den Satellitenstaaten wie auch in der Sowjetunion selbst begründet. Die neue sowjetische Führung erkannte, daß die Verhinderung des Krieges mehr erforderte als Churchills Diktum »Frieden durch gegenseitige Abschreckung« besagte. Es war nicht nur notwendig, daß die Sowjetunion und die USA sich handelseinig wurden, sondern daß sie gemeinsam die Aktivitäten anderer Länder überwachten, die sie unversehens in einen Weltkrieg hineinziehen könnten.

Die friedliche Lösung der imperialistischen Antagonismen im Gefolge der Genfer Konferenz erwies sich als scheinhaft. Weder die Sowjetunion noch die USA können andere Länder so kontrollieren, daß der Frieden unter allen Umständen gesichert ist. Da die Entwicklung unbarmherzig fortschreitet und die Geschicke der Großmächte beeinflusst, bleibt ihr Wunsch nach Frieden eine vorübergehende Angelegenheit. Die Erosion des westlichen Kolonialismus führte zu nationalrevolutionären Bewegungen, die weder vom West- noch vom Ostblock kontrolliert werden konnten. China konnte der sowjetischen Herrschaft jedenfalls nicht unterworfen werden - wenn auch die westliche Propaganda es als »russische Kolonie« bezeichnete.

Der unablässige Schwund des westlichen Einflusses in den unterentwickelten Gebieten mußte aufgehalten werden. Doch kann dies - abgesehen von militärischer Intervention - nur so erreicht werden, daß es den westlichen Volkswirtschaften abträglich ist. In amerikanischer Sicht hinterließ das Ende der westlichen Kolonialherrschaft in bestimmten Teilen der Welt ein »Machtvakuum«, das der Osten ausfüllen würde, wenn der Westen ihm nicht zuvorkäme. »Vakuum« bezieht sich hier *auf die Tatsache, daß bislang beherrschte Gebiete freigelassen werden*: die »nationale Selbstbestimmung« der ehemaligen Kolonien liefert sie der »kommunistischen Aggression« im Innern und von außen aus; somit muß der Westen auf den Plan treten und ihre »Unabhängigkeit« garantieren. Mit anderen Worten: »nationale Selbstbestimmung« bedeutet nicht die freie Wahl von Gesellschaftssystem und Verbündeten, wenn sie auch Präferenzen hinsichtlich der westlichen »Schutzmächte« erlaubt. Die USA spielten ihre Rolle als »anti-koloniale« Macht nicht deshalb, weil sie ihre Verbündeten schwächen wollten - obwohl es tatsächlich darauf hinauslief -, sondern im Glauben, daß es die »freie Welt« insgesamt stärken würde. Zum Nutzen der »freien Welt« sollten die Kolonialmächte bestimmte politisch-administrative Interessen opfern und die nationalrevolutionären Bewegungen dazu veranlaßt

werden, innerhalb der Grenzen des westlichen Kapitalismus zu bleiben. Daß jede Politik im Interesse des »ganzen« westlichen Kapitalismus besonders den USA nützt, war schließlich nicht ihre Schuld, sondern nur eine Folge der internationalen Kapitalentwicklung.

An den Bedürfnissen des amerikanischen Kapitalismus werden die der Welt gemessen; die USA haben natürlich zahlreiche Sonderinteressen. Sie tendieren dazu, schwächere Kapitaleinheiten wo immer es möglich ist zu vertreiben, oder sie versuchen es wenigstens. Es ist etwas Wahres an der Behauptung, daß die USA sich dem Kolonialismus der anderen Länder nur deshalb widersetzen, weil sie ihren eigenen fördern wollen. Die amerikanische Außenpolitik ist jedoch nicht ausschließlich von solchen Sonderinteressen bestimmt; vielmehr wirkt sich auch die berechtigte Furcht aus, daß das kontinuierliche Schrumpfen der »freien Welt« die US-Wirtschaft eines Tages selbst betreffen und die Zerstörung des Privatunternehmertums beschleunigen wird. Es macht dann keinen großen Unterschied, ob der zu schützende Auslandsbesitz und die offen zu haltenden Auslandsmärkte bedeutend oder weniger bedeutend sind; es geht darum, jede soziale Bewegung oder jedes Land, das den Privatkapitalismus tatsächlich oder möglicherweise abzuschaffen versucht, daran zu hindern bzw. »zurückzuwerfen« (*roll back*).

Bis vor kurzem suchten die nationalrevolutionären Bewegungen Schutz und Hilfe bei der Sowjetunion. Jetzt droht China durch seine bloße Existenz die schwankenden Stützen des westlichen Kapitalismus in Asien zu beseitigen; sie ruft neue nationalrevolutionäre Bewegungen hervor, welche die gegenwärtige und künftige Ausbeutung der asiatischen Länder durch westliches Kapital in Frage stellen. Chinas »Bolschewismus« beunruhigt die USA mehr als sein »Nationalismus«, wenn sich auch gerade die Kombination beider für das Privatunternehmertum als tödlich erweist.

In der weltweiten Verteidigung von »Frieden« und »Demokratie« drückt sich der amerikanische Chauvinismus und Imperialismus aus. Die herrschende Klasse der USA kann die Expansion eines andersartigen Gesellschaftssystems nicht dulden. Es tröstet sie nicht, daß die Geschäfte mit einem staatskapitalistischen System ebenso gut abgewickelt werden können, denn sie sieht in ihm den Vorboten ihres eigenen Untergangs. Der Haß der herrschenden Klasse auf staatskapitalistische Systeme, die sie, von ihrem Standpunkt aus richtig, mit dem »Kommunismus« gleichsetzt, ist echt; daß er sich ideologisch ausdrückt, ändert nichts an der Tatsache seiner Abstammung aus den sehr materiellen Vorteilen, die die Privilegierten im privatkapitalistischen System genießen.

In gewisser Weise ist auch ein Krieg zwischen staats- und privatkapitalistischen Systemen eine Form der internationalen Konkurrenz des Kapitals. Aber im Unterschied zu früheren Kriegen zwischen kapitalistischen Ländern involviert er nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der nationalen Kapitalgruppen, sondern auch die Verteidigung oder Zerstörung unterschiedlicher gesellschaftlicher Strukturen. Der imperialistische Wettstreit bekommt bürgerkriegsähnliche Züge. »Antikommunismus« bedeutet Widerstand gegen alle Bewegungen und Bemühungen, die entweder den Bestand oder die Zukunft des Privatkapitals bedrohen.

Die Welt für die kapitalistische Ausbeutung offen zu halten, war die Devise der US-Politik nach 1945. Sie entspricht den Expansionsbedürfnissen des Privatkapitals und kann nicht geändert werden, wenn das Marktsystem nicht zerstört werden soll. Einzelne Länder mögen für das kapitalistische Interesse verlorengehen, wie z. B. Cuba, andere erhalten werden, wie die Dominikanische Republik (durch Besetzung), Guatemala und der Iran (durch den Sturz von Regierungen). Die allgemeine Politik der USA muß immer darauf ausgerichtet sein, die amerikanische Position innerhalb der Weltwirtschaft zu stärken. Daher muß das Aufkommen staatskapitalistischer Systeme in Gebieten verhindert werden, die für die kapitalistische Ausbeutung vorgesehen sind.

Das imperialistische Gebot der Kapitalexpansion wird oft geleugnet; der europäische Kolonialismus sei beendet und der Imperialismus zahle sich nicht aus. In der Tat scheinen die Zeiten vorbei zu sein, in denen einige Regimenter Hunderte Millionen Menschen beherrschen konnten; die Gewinne, die aus der Kolonialherrschaft gezogen werden, verringern sich, während die Kosten für das Imperium steigen. Die »Bürde des weißen Mannes« ist tatsächlich zur Bürde geworden, statt eine Segnung zu sein. Obwohl sich einzelne Personen und Unternehmen immer noch in großem Umfang bereichern, lohnt sich insgesamt gesehen der Kolonialismus immer weniger; so daß zum Teil das Profitprinzip selbst neue Wege imperialistischer Herrschaft nahelegt. Der Imperialismus »auf dem Umweg« scheint vielversprechender als der Kolonialismus des 19. Jahrhunderts zu sein. Angesichts der nationalrevolutionären Bewegungen könnte die indirekte Kontrolle der direkten in derselben Weise überlegen sein wie das Lohnsystem der Sklavenarbeit überlegen war. Wie das Monopol über die Produktionsmittel im großen und ganzen genügt, um die Arbeiterklasse zu beherrschen, so kann die monopolistische Kontrolle der Weltwirtschaft ausreichen, um das Verhalten der ihr unterworfenen Länder zu deter-

minieren. In jedem Fall steht natürlich politisch-militärische Macht hinter den indirekten Herrschaftsmethoden; und das Wirken der letzteren erzeugt die Illusion eines allgemeinen Konsenses. Obwohl der westliche Kapitalismus bis jetzt wenig getan hat, um die Industrialisierung der unterentwickelten Gebiete zu fördern, widersetzt er sich einer solchen Entwicklung nicht, wenn immer sie sich als gewinnbringend herausstellt. Er zieht die Ausbeutung seiner eigenen Arbeiter nicht der von Arbeitern anderer Länder vor; ganz im Gegenteil. Es besteht also ein scheinbarer Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, die Welt für das freie Unternehmertum offen zu halten, und der Weigerung des freien Unternehmertums, sich dieser Gelegenheit zu bedienen. Aber in ihm spiegelt sich nur der Widerspruch der Kapitalproduktion selbst wider. Dieser Widerspruch kommt mit jeder kapitalistischen Krise ans Licht - die Produktion stockt, obwohl die Bedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung keineswegs befriedigt sind. Doch will es den Kapitalisten natürlich nicht in den Sinn, daß ihre Unfähigkeit, die Produktion zu steigern, Grund genug ist, für ein anderes Gesellschaftssystem zu plädieren, das die Produktion den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend organisiert. Ebenso wenig verstehen sie, daß sie die Gebiete, deren Industrialisierung sie nicht einleiten können, anderen überlassen müssen, die das unter Anwendung anderer Prinzipien der gesellschaftlichen Produktion fertigbringen. Wie sie ihre Herrschaft in jedem einzelnen Land ungeachtet ihrer eigenen Leistung verteidigen, so werden sie sie auch weltweit verteidigen.

Da es keine Chance gibt, das Monopol der alten kapitalistischen Mächte durch Wettbewerb zu brechen, muß sich die Industrialisierung der unterentwickelten Länder auf der Basis einer nationalen Organisation der Wirtschaft vollziehen, die im Widerspruch zum kapitalistischen Weltmarktsystem steht. Diese Möglichkeit haben jedoch nur die größeren Länder wie Rußland und China, die sich bis zu einem gewissen Grade selbst versorgen können. Die »nationale Unabhängigkeit« der meisten unterentwickelten Länder ändert nichts an ihrer Abhängigkeit von den entwickelten kapitalistischen Ländern, wenn sie sich nicht an die staatskapitalistischen Systeme anlehnen können.

Die nationalrevolutionären Anstrengungen dieser Länder werden in internen Machtkämpfen vergeudet, statt daß sie zur Reorganisation ihrer sozio-ökonomischen Strukturen benutzt würden. Sie gewinnen ein gewisses Maß an politischer Eigenständigkeit, ohne ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern zu verlieren. »Selbst die militant sozialistischen Staatsführungen achten sehr darauf, ihr wirtschaftliches Überleben nicht durch die Nationalisierung aus-

ländischer Unternehmen aufs Spiel zu setzen, die Henne nicht zu schlachten, die ihnen goldene Eier legt... Der gewöhnliche Kurs sozialistischer Regierungen folgt der von Ghana angewandten Taktik: die Unternehmenssteuer wurde verstärkt, Lohnerhöhungen von 20 Prozent und eine Steigerung der Investition bis zu 60 Prozent der Nettoprofiten nach Abzug der Steuern wurden verlangt. Da den Unternehmen des Bergbaus immer noch 45 Prozent Dividende blieben, erschreckten sie vor dieser Aussicht nicht. Sie vermeiden jetzt sorgfältig jeden Hinweis auf eine direkte Einmischung in die nationale Wirtschaft und besetzen ihre Stäbe schnell mit einheimischem Personal. Aber der »koloniale« Charakter der Wirtschaft bleibt erhalten'«.

Die indirekte Beherrschung der unterentwickelten Länder durch das westliche Kapital vermag weder die Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen, noch die Probleme der Profitproduktion zu lösen. Sie kann höchstens die sich desintegrierende kapitalistische Weltwirtschaft einige Zeit länger erhalten. Jedes durch das wachsende und ungemilderte Elend verursachte Aufbegehren wird brutal unterdrückt werden müssen. Man kann mit Sicherheit voraussagen, daß es zumindest im unterentwickelten Teil der Welt zu immer neuen Rebellionen gegen die imperialistischen Mächte und ihre Kollaborateure kommen wird, ob diese nun zu den traditionell herrschenden Klassen in diesen Ländern oder zu neuen herrschenden Klassen gehören, die von den anti-kolonialen Bewegungen emporgeworfen wurden.

Der Kampf zwischen den staats- und privatkapitalistischen Systemen um einen möglichst hohen Anteil an der Weltproduktion und am Welthandel wird auch um die Zukunft der bis jetzt »blockfreien« Länder der »dritten Welt« geführt. Wenn diese Länder staatskapitalistische Methoden anwenden, werden sie ausländisches Privatkapital zurückweisen und soviel Kontrolle über ihre Handelsbeziehungen erlangen, daß ihre Ausbeutung durch die kapitalistischen Länder nicht mehr möglich wäre. Dies würde das »sozialistische Lager« stärken und den Übergang des Kapitalismus zu seiner staatlich organisierten Form beschleunigen. Der Imperialismus dient also nicht nur zur Ausbeutung und Bereicherung; für den Westen stellt er das einzige Mittel dar, um die Zukunft des privaten Kapital zu sichern.

Wie der alte Kolonialismus wird der Neokolonialismus nicht im allgemeinen Interesse des imperialistischen Landes, sondern im Interesse seiner herrschenden Klasse praktiziert - und zum besonderen Nutzen desjenigen Teils der herrschenden Klasse, der international operiert



und die Außenpolitik mitbestimmt. »Was ist der wahre Wert des indischen Dominions für die britische Nation und für das britische Volk?« - fragte Marx seinerzeit; denn »unmittelbar, d. h. in Form der Tributzahlung oder als Überschuß indischer Einkünfte über indische Ausgaben gelangt auch nicht das geringste an das britische Schatzamt. ... In solchem Fall ist es offensichtlich, daß der Nutzen für Großbritannien aus seinem indischen Reich auf die Profite und Vorteile beschränkt ist, die einzelnen britischen Staatsbürgern zugute kommen ... Doch all dem muß eine sehr gewichtige Gegenrechnung gegenübergestellt werden. Die Militär- und Marineausgaben, die aus der Tasche des englischen Volkes auf Rechnung Indiens bezahlt werden, haben sich mit der Ausdehnung des indischen Herrschaftsgebietes ständig erhöht ... Fügt man die Folge endloser Eroberungen und ständiger Aggressionen hinzu, in die die Engländer durch den Besitz Indiens verwickelt sind, und man kann sehr wohl bezweifeln, ob dieses Dominion, im ganzen gesehen, nicht genausoviel Kosten zu verursachen droht, wie man jemals an Einnahmen erwarten kann<sup>6</sup>«. Daß die Kosten für das Empire die Erträge weit übersteigen, war einer der Gründe dafür, die direkte Kolonialherrschaft durch den Neokolonialismus zu ersetzen. Die Erträge kolonialistischer Herrschaft fallen einzelnen zu; die Kosten dieser Herrschaft werden von allen Steuerzahlern aufgebracht. Kosten und Erträge dürfen nicht allzu weit auseinanderklaffen, da die Subventionierung durch Steuergelder Grenzen hat. Bis sie erreicht sind, wird die Tatsache, daß die Erträge kolonialer Ausbeutung geringer sein können als die dabei anfallenden Kosten, die kolonialen Aktivitäten nicht behindern, sondern sie eher anspornen, weil man erwartet, daß sich das Ungleichgewicht schließlich aufheben wird. Nicht allein zur Sicherung der Einkünfte bestimmter Interessengruppen trägt die US-Regierung die weitaus höheren Kosten ihrer Interventionen im Ausland; vielmehr in der Hoffnung, diese Einkünfte steigern zu können. Sie kann vergeblich sein — und in den meisten Fällen bewirkt die imperialistische Politik, wenn überhaupt, nichts weiter als die Sicherung der Einkünfte bestimmter Interessengruppen. Aber die Wahrscheinlichkeit derartig negativer Resultate befreit die kapitalistischen Länder nicht von der zwingenden Notwendigkeit, auf internationaler Ebene zu operieren.

Selbst ein isolationistisches, nicht-imperialistisches Amerika wäre gezwungen, seine dominierenden Kapitalgruppen durch staatliche Käufe

6 Karl Marx, »Die Einnahmen der Engländer in Indien«, in MEW Bd. 12, Berlin 1961, S. 281 u. 284.

zu subventionieren, um Depressionen zu verhindern. Diese Subventionen stammen aus der Gesamtproduktion; die »Erträge« subventionierten Kapitals gehören zu den sozialen »Kosten« der Produktion für Verschwendung. Dieses Dilemma soll durch Expansion nach außen gelöst werden, wird dadurch aber nur auf die internationale Ebene verschoben. Aber es gibt dennoch einen Unterschied. Wenn die Produktion für Verschwendung, die imperialistischen Zwecken dient, Bedingungen für eine beschleunigte Expansion des privaten Kapitals zu schaffen vermag, können die künftigen »Erträge« tatsächlich die gegenwärtigen »Kosten« übersteigen. In diesem Fall hätte sich die Produktion für Verschwendung als Instrument der Kapitalproduktion herausgestellt, als notwendiger Aufwand für eine gesteigerte Ausbeutung, wie es für alle früheren imperialistischen Aktivitäten wahr gewesen ist. Während die Produktion für Verschwendung auf nationaler Ebene nur die Schwierigkeiten der Expansion des Kapitals verschärft, deren Ausdruck sie selber ist, kann sie im Zuge eines Krieges strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft und Verschiebungen der politischen Macht bewirken, die den siegreichen kapitalistischen Mächten eine neue Periode der Expansion ermöglichen.

Derartige zynische Erwägungen beruhen auf der Illusion, daß der Kapitalismus im allgemeinen, und der amerikanische Kapitalismus im besonderen, keine historischen Grenzen kennen. Selbst wenn die Kapitalisten die Auflösung des Marktsystems wahrnehmen, können sie nur so tun, als ob es diesen Trend nicht gäbe oder als ob er aufgehalten und umgekehrt werden könnte. Da ihr Handeln von diesem Trend faktisch bestimmt ist, werden sie immer größere Anstrengungen machen, um staatskapitalistische Systeme einzudämmen oder zu vernichten. Je »gemischter« ihr eigenes Wirtschaftssystem wird, desto dringender die Notwendigkeit, die »Nationalisierung« und »Sozialisierung« innerhalb der Weltwirtschaft zu bekämpfen — nicht nur, um sie stärker unter Kontrolle zu bringen, sondern auch, um die staatlich induzierte Produktion in den eigenen Ländern zu beschränken. Deshalb bleibt das gemischte Wirtschaftssystem mit dem Krieg und mit der Mobilisierung für den Krieg verknüpft; tatsächlich ist es nichts anderes als eine beinahe permanente Kriegswirtschaft. Was während der Weltwirtschaftskrise zunächst als mögliche Lösung für die Probleme des Marktsystems erschien, stellt sich nun als zusätzliche Ursache des Imperialismus heraus.

Die Folgen des Krieges hängen jedoch vom Stand der Produktivkräfte ab; dieser macht heute die Zerstörung des größten Teils der Welt und ihrer Bevölkerung möglich, weshalb der Krieg als Mittel zur Kapital-

akkumulation nun ausgeschlossen zu sein scheint. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man im Krieg noch eine »neue Industrie« sehen, welche die kapitalistischen Probleme, einschließlich das des Profits, zu lösen vermochte: »Die Zerstörung der europäischen Wirtschaft hat das Problem der effektiven Nachfrage für die amerikanische Wirtschaft gelöst. Während der Weltwirtschaftskrise kamen wir zu nichts. Es herrschte ein absoluter Mangel an effektiver Nachfrage. Neuerdings ist diese Nachfrage aus purer Notwendigkeit entstanden, und ... wir erleben den Anbruch der größten industriellen Epoche, die dieses Land je gekannt hat.<sup>7</sup>« Dieser Optimismus kann angesichts der Zerstörungskraft moderner Waffen keinen Bestand haben.

In einer irrationalen Welt kann man nicht rational handeln. Daher ändert die Erkenntnis, daß die den Kapitalismus bedrängenden Probleme nicht länger mittels des Krieges zu lösen sind, nichts an Verhaltensweisen, die jederzeit zu einem Krieg führen können. Kein Kapitalist wünscht die durch die Krise entstehenden Verluste, aber der Wettbewerb um Kapital führt nichtsdestoweniger zu Krisen und Depressionen. Mit anderen Worten: das »normale« Verhalten verursacht die »Anomalität« der Krise. Hinsichtlich des Krieges liegen die Dinge nicht anders. Das unablässige Streben nach politischer und wirtschaftlicher Macht ist ein asoziales Verhalten, das unter dem Kapitalismus das soziale Leben kennzeichnet. Die keineswegs allgemeine Erkenntnis, daß Krieg Selbstmord bedeuten könnte, schwächt die Tendenz zu einem neuen Weltkrieg nicht ab. Diejenigen, die politische Entscheidungen treffen, befinden sich nicht weniger in einer Sackgasse als die entmachteten und indifferenten Massen. Wenn sie die »richtigen« Entscheidungen gemäß den Bedürfnissen ihrer Länder und im Interesse der Aufrechterhaltung sozialer Strukturen treffen, vernichten sie vielleicht sich selbst und einen Großteil der Welt. Die US-Außenpolitik der Nachkriegszeit stellte im wesentlichen eine Vorbereitung auf den Krieg dar; nur die Perspektive des Krieges hat ein solches Maß an Zusammenarbeit innerhalb der westlichen Bündnisse ermöglicht. Im übrigen handelte es sich weniger um eine »Politik« als um einen Wirrwarr einander widersprechender Aktionen und Reaktionen, durch die unzählige Sonderinteressen sich zu behaupten suchten. Die amerikanische Politik der Nachkriegszeit ist gekennzeichnet durch die Truman-Doktrin, den Marshall-Plan, die NATO, den Koreakrieg, die Erklärung von Caracas, die SEATO, den Bündnisvertrag mit Formosa, den Bagdadpakt

7 »Proceedings of a Conference sponsored by the Economic and Business Foundation«, New Wilmington, Pennsylvania, 20. Dezember 1948, S. 18.

und die Eisenhower-Doktrin - eine Außenpolitik, die ständig durch die Tatsache oder die Erwartung eines Krieges bestimmt war.

Die Verteidigung des westlichen Kapitalismus wird im allgemeinen ideologisch begründet. Die »kommunistische Aggression« wird nicht um des Geldmachens willen bekämpft, sondern um die »Freiheit« selbst dort zu verteidigen, wo sie nicht besteht – wobei »Freiheit« mit den demokratischen Institutionen der USA und Westeuropas identifiziert wird. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges brachte ein sich schnell entwickelndes Engagement der USA in Südostasien mit sich. Der Zusammenbruch Nationalchinas machte es noch dringlicher. Ein amerikanischer Politiker stellte fest: »Das kommunistische China ist wegen seiner Ideologie sozusagen ein Modell des Totalitarismus - in vollkommenem Gegensatz zu der Art von Entwicklung, die unserer Auffassung nach diesen Ländern wirklichen Wohlstand bringen würde.« Obwohl »wir in diesem Gebiet keine wirtschaftlichen Privilegien anstreben ... versuchen wir mit der zentralen kommunistischen Macht und ihren Satelliten dadurch fertig zu werden, daß wir ihre Expansion verhindern - als ersten und wesentlichen Schritt zu wie immer aussehenden Beziehungen, die sich dann später entwickeln werden<sup>8</sup>«. China muß eingedämmt werden; d. h. die Länder Asiens und Südasiens müssen daran gehindert werden, die westliche Gemeinschaft zu verlassen.

Da die Position der einheimischen Bourgeoisie schwach ist, sind die politischen Strukturen der neu entstehenden nominell demokratischen Länder so autoritär wie die der nominell kommunistischen Länder. »Kommunismus« und »Demokratie« sind hier rein ideologische Begriffe, die lediglich zwei unterschiedliche Entwicklungstendenzen kennzeichnen - eine hin zum Staatskapitalismus und weg von westlicher Vorherrschaft, die andere hin zu einer Marktwirtschaft innerhalb der neokolonialen Strukturen des westlichen Kapitalismus. Die zweite Tendenz zur vorwiegenden zu machen, erfordert zuzeiten die Präsenz amerikanischer Streitkräfte und eine Rückkehr zum Kolonialismus alten Stils. Der Krieg in Südostasien ist dem ehemaligen US-Außenminister Rusk zufolge nicht nur ein moralisches Gebot, sondern auch im nationalen Interesse notwendig. »Innerhalb der nächsten ein oder zwei Jahrzehnte«, sagte er, »wird es eine Milliarde Chinesen auf dem Festland geben, die mit Atomwaffen ausgerüstet sind und über deren Haltung gegenüber den anderen Ländern Asiens wir nichts wissen.

8 W. P. Bundy, »The United States and Asia«, in »China and the Peace of Asia«, hrsg. von A. Buchan, London 196J, S. 17-21.

Strategisch gesehen ist es nicht sehr vorteilhaft, wenn die Welt durch den asiatischen Kommunismus zweigeteilt wird, der sich über Südostasien und Indonesien erstreckt, was, wie wir wissen, das Ziel der Chinesen ist; und wenn die Hunderte Millionen Einwohner der freien Länder Asiens unter dem ständigen und tödlichen Druck der Pekinger Behörden stehen. Diese Dinge sind für uns als pazifische und atlantische Macht von großer Bedeutung. Schließlich traf uns der Zweite Weltkrieg vom Pazifik her, und in Asien leben zwei Drittel der Weltbevölkerung. Daher haben wir ein lebhaftes Interesse daran, daß die freien Länder Asiens in Frieden leben können; daß die Interessen der Bevölkerung des chinesischen Festlandes sich auf pragmatische Bedürfnisse richten und vom doktrinären und ideologischen Abenteuerertum abwenden?« Die USA sind jedoch nicht nur eine pazifische, sondern auch eine kapitalistische Macht, die ein »friedliches« kapitalistisches Asien wünscht - da sie nicht das tun kann, was sie den Chinesen vorschlägt, nämlich sich auf die »pragmatischen Bedürfnisse« der eigenen Bevölkerung konzentrieren.

## 20. Staatskapitalismus und gemischtes Wirtschaftssystem

Während die Marxsche Akkumulationstheorie für das gemischte Wirtschaftssystem noch gilt, scheint sie für die vollkommen kontrollierte kapitalistische Wirtschaft ihre Gültigkeit zu verlieren, d. h. für den Staatskapitalismus oder Staatssozialismus der sogenannten kommunistischen Länder. Dieser ist nicht Produkt einer allmählichen Entwicklung von einem »gemischten« zu einem staatlich gelenkten Wirtschaftssystem, sondern unmittelbares Ergebnis von Krieg und Revolution. Praktisch setzte er die staatlich gelenkte Kriegswirtschaft fort und erweiterte sie; in der Theorie gilt er als Verwirklichung des Marxschen Sozialismus. Dies ist einigermaßen plausibel, da man sich auf eine »orthodoxe« Interpretation des Marxismus stützt, die im Privateigentum die wesentliche oder alleinige Ursache der Ausbeutung sieht. Tatsächlich bestanden die Verhältnisse, die nach Marx mit der »Expropriation des Kapitals« enden sollten, in den industriell unterentwickelten Ländern, in denen die Revolution gemacht wurde, nicht. Deren Anführer waren jedoch davon überzeugt, daß die totale staatliche Kontrolle der Wirtschaft eine schnellere Kapitalentwicklung ermöglichen würde als der Wettbewerb auf dem Markt, und daß diese schnellere Entwicklung unter einer sozialistischen Regierung den schrittweisen Übergang zum Sozialismus erlaube.

Die Entwicklung der Kapitalproduktion im Namen des »Sozialismus« oder »Kommunismus« hätte Marx sich nicht vorstellen können. Das Marxsche Modell der Kapitalproduktion repräsentierte - obwohl mit einem Blick auf England als das damals fortgeschrittenste kapitalistische Land konstruiert - weder die nationale noch die Weltwirtschaft, sondern stellte ein imaginäres System des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit dar. Die tatsächliche Entwicklung des Kapitalismus brachte eine Vielzahl mehr oder weniger entwickelter Länder, Kolonisierung und Imperialismus mit sich. Doch war die Weltwirtschaft unauflöslich mit der Kapitalexpansion in den dominierenden kapitalistischen Ländern verknüpft. In den unterentwickelten Ländern mußte

sich die revolutionäre Theorie nicht nur auf noch bestehende vorkapitalistische Verhältnisse beziehen, sondern auch auf das die Weltwirtschaft dominierende Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Da neue unabhängige Volkswirtschaften nur im Widerspruch zu den monopolistischen Mächten und ihrer fetischistischen Kapitalexpansion entwickelt werden konnten, nützte die kapitalistische Ideologie den nationalrevolutionären Bewegungen in den zurückgebliebenen Ländern nichts; dies um so weniger, als die vorkapitalistischen herrschenden Klassen mit den imperialistischen Mächten zusammenarbeiteten. Die revolutionäre Ideologie mußte antikapitalistisch sein, wenn sie auch nur der nationalen Entwicklung des Kapitals dienen konnte. Da die Träger dieser Ideologie im 20. und nicht im 18. Jahrhundert operierten, verband sich ihre Vorstellung vom Fortschritt auf dem Wege der Kapitalproduktion nicht mit dem Privatunternehmen und allgemeinem Wettbewerb, sondern mit dem gemischten oder staatlich kontrollierten Wirtschaftssystem des modernen Kapitalismus. Obwohl sie nur diejenigen sozialen Verhältnisse erzielen konnten, die der Marxsche Sozialismus beseitigen wollte, sahen sie sich selbst als »Marxisten«, die sich in zweierlei Revolutionen zugleich engagierten - der »bürgerlichen«, welche die moderne Industrie und das ihr entsprechende Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit einführte, und der »sozialistischen«, welche die Bestimmung und Ausnutzung dieser Entwicklung durch das Privatkapital verhinderte.

Die staatskapitalistischen oder staatssozialistischen Revolutionen, die im Namen von Marx gemacht wurden, wären besser als »keynesianische Revolutionen« zu bezeichnen. Nur weil Keynes sich vorwiegend mit dem »reifen« Kapitalismus beschäftigte, hat die Anwendung seiner Theorie eine eher reformerische als revolutionäre Bedeutung. Aber als reformerische Maßnahme, die beim »gemischten Wirtschaftssystem« Halt macht, zerstört sich der Keynesianismus selbst, denn er kann das Ende des Privatunternehmertums nur hinauszögern. Das staatskapitalistische System, das zur gleichen Zeit wie das gemischte Wirtschaftssystem aufkam, kann als Keynesianismus in seiner folgerichtigsten und entwickeltsten Form betrachtet werden. Es ist kein gemischtes Wirtschaftssystem in dem beschränkten keynesianischen Sinn einer Rettung des Privatkapitals mittels staatlicher Kontrolle; sondern in dem weiteren Sinn einer »umfassenden Sozialisierung der Investitionen«, die mit dem Versprechen einer Milderung der »ungleichen Verteilung von Vermögen und Einkommen« dadurch verknüpft ist, daß sie es »dem im Staat verkörperten allgemeinen Willen« überläßt, zu entscheiden, wie stark der »durchschnittliche Hang

zum Verbrauch« in einem krisenfreien Wirtschaftssystem mit Vollbeschäftigung stimuliert werden kann. Der Staatskapitalismus bleibt auch deshalb ein gemischtes Wirtschaftssystem, weil er ein Teil der Weltwirtschaft ist, die immer noch weitgehend von der privaten Profitproduktion determiniert wird, und weil er alle Antagonismen der privaten Kapitalproduktion aufweist - außer der privaten Aneignung des Profits.

Ist das gemischte Wirtschaftssystem im engeren Sinn durch den Charakter der privaten Profitproduktion begrenzt, so ist es im weiteren Sinn - als staatskapitalistisches System - durch die internationale Konkurrenz des Kapitals begrenzt. Der Theorie nach müßte der Staatskapitalismus eine Planung sowohl des Volumens als auch der Zielrichtung der Produktion erlauben. Die tatsächlich durchgeführte »Planung« ist jedoch durch die Erfordernisse der Kapitalproduktion innerhalb des internationalen Wettbewerbs um Kapital und Macht bestimmt. Die möglichen Vorteile vollständiger staatlicher Kontrolle können nur teilweise wahrgenommen werden, und das Schicksal der staatskapitalistischen Wirtschaft bleibt an das Schicksal des Kapitalismus im allgemeinen gebunden. Ihre Expansion entspricht nicht der des aufsteigenden, sondern der des niedergehenden Kapitalismus. »Überproduktion« als Produktion für Verschwendung bei unbarmherzigem Machtkampf begleitet nun die frühen Stadien der Kapitalbildung und selbst das der »ursprünglichen Akkumulation«. Wie beim »alten« Kapitalismus bestimmen nicht die Bedürfnisse der Produzierenden die Produktionsziele, sondern diese sind durch die Kapitalakkumulation festgelegt.

Da sich der Staat sowohl im gemischten als auch im kontrollierten Wirtschaftssystem um die Kapitalbildung kümmert, unterscheiden sich »Kapitalismus« und »Sozialismus« in keynesianischer Sicht nur nach dem Grad staatlicher Kontrolle. Nach Keynes hat der Kapitalismus »die Tendenz, sich selbst zu sozialisieren«; Sozialismus kann also als vollständig »sozialisierter Kapitalismus« definiert werden. In diesem Sinn stellt der Staatskapitalismus den »Sozialismus« dar und wird als solcher von den Vertretern sowohl des »marxistischen« als auch des »antimarxistischen« Lagers anerkannt. Die Auflösung der Macht des Privateigentums durch die Kapitalkonzentration in Aktiengesellschaften, von denen einige »nur etwa so betrachtet werden können, wie wir bisher Staaten betrachtet haben<sup>1</sup>«, verwandelte die kapitalistische Wirtschaft in »etwas, das sich vom russischen oder sozialistischen Sy-

i A. A. Berle, »Economic Power and the Free Society--«, New York 1957, S. 15.



stem hauptsächlich durch seinen philosophischen Gehalt unterscheidet<sup>2</sup>«. Im Gegensatz dazu kann man auch meinen, daß das Wort Kapitalismus »nicht nur zur Bezeichnung des Privatbesitzes von Kapital verwendet werden sollte; es sollte jede Gesellschaftsordnung bezeichnen, die ihre Fähigkeit zur Schaffung von Reichtum dadurch zu erweitern sucht, daß sie ständig in produktives Kapital investiert. Bei dieser Definition gibt es um den Begriff des Kapitalismus keine Kontroversen, denn die wesentlichen Beispiele für den Fortschritt vermittels Kapitalinvestition sind heutzutage die USA und die SowjetunionJ«.

Schon während der Weltwirtschaftskrise erkannte Präsident Roosevelt, »daß wir in den USA einige der Dinge tun, die in Rußland getan werden, und sogar einiges, was unter Hitler in Deutschland getan wird. Aber wir machen es auf ordentliche Art\*«. Wegen der Nähe des gemischten Wirtschaftssystems zum Staatskapitalismus wird ihre gegenwärtige Feindschaft weithin »philosophischen« Differenzen zugeschrieben, die, so nimmt man an, die politischen Institutionen, aber nicht die sozio-ökonomischen Strukturen betreffen. Sicherlich hält der »orthodoxe Marxismus« daran fest, daß das gemischte Wirtschaftssystem immer noch der alte Kapitalismus sei, so wie die »orthodoxe« bürgerliche Theorie darauf beharrt, daß es sich um eine verschleierte Form des Sozialismus handle. Im allgemeinen werden jedoch das staatskapitalistische und das gemischte Wirtschaftssystem als Systeme betrachtet, die Fortschritt auf dem Wege der Kapitalakkumulation erreichen wollen.

Während der Weltwirtschaftskrise ging Keynes von diesem Prinzip ab und stellte sich einen gegenüber der Investition stärker betonten Konsum vor - in einer Gesellschaft des Kapitalüberflusses, die den Sozialismus, wie er von seinen Begründern und Anhängern vorgestellt wurde, unnötig machen würde. Genau durch diese Abweichung unterschied er sich von der »Orthodoxie« seiner Zeitgenossen. Nach dem Zweiten Weltkrieg insistierte die bürgerliche Nationalökonomie wieder auf einer beschleunigten Rate der Kapitalbildung. »Der außerordentliche Fortschritt in Rußland mit seiner eindeutig kapitalistischen Tendenz trug zu diesem allgemeinen Meinungsumschwung bei und hat in der übrigen Welt einen starken Eindruck gemacht. Nie zuvor hat ein Volk sich solche Entbehrungen auferlegt, um über die Akkumula-

2 A. a. O., S. 13.

3 »The Economist«, London, 16. Oktober 1954.

4 »The Secret Diary of Harold L. Ickes. The First 1000 Days, 1933-36«, New York 1953. S. 104.

tion von Ersparnissen reales Kapital zu bilden. Man erkennt nun, daß die ungeheure Machtentfaltung (Rußlands) auf einem reichlichen Angebot an Kapital beruht, das durch eine abnorme Einschränkung des Konsums geschaffen wird. Überall verlangt man nach wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zu einem Fortschritt ähnlich wie in Rußland führen sollen'.« Tritt dieses masochistische »Verlangen« in den weniger entwickelten Ländern in verschiedenen Versuchen zutage, das sowjetische Beispiel nachzuahmen, so versucht man in den entwickelten kapitalistischen Ländern verzweifelt, die höhere Rate der Kapitalbildung in der Sowjetunion einzuholen.

Die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler kehrten angesichts dieser Entwicklung verschämt zur politischen Ökonomie zurück; sie befassen sich nun wieder mit makroökonomischen Größen und ihrer Dynamik. Im Unterschied zu Marx halten sie es allerdings für ausgemacht, daß der Kapitalismus reformierbar ist und daß alle verbliebenen sozialen Probleme nunmehr gelöst werden können. Daher gibt es für sie keinen Anlaß, im Klassenkampf die bewegende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu sehen oder noch vorhandene Mißstände von einem Klassenstandpunkt aus anzugehen. Diese Mißstände werden vielmehr als allgemein-menschliche Probleme behandelt. (Daraus erklärt sich, nebenbei, die Beliebtheit des jungen Marx, der die Entfremdung der Arbeit im Kapitalismus noch als Ergebnis der »Entfremdung des Menschen von seinem wahren Wesen« beschrieb. Dies kommt dem Wohlfahrtsstaat zupaß und kann sogar im ideologischen Kampf gegen den »Marxismus« der staatskapitalistischen Systeme verwendet werden.)

Gegenwärtig besteht die Tendenz, eine konvergierende Entwicklung des östlichen und westlichen Systems anzunehmen, die zu einer gleich weit von den Prinzipien des freien Unternehmertums wie denen der reglementierten Wirtschaft entfernten sozio-ökonomischen Struktur führen soll: »Das sowjetische System bleibt sich ebensowenig wie das westliche gleich. Beide entwickeln sich und bewegen sich aufeinander zu.<sup>5</sup>« Es stimme nicht mehr, daß »die Systeme diametral entgegengesetzt sind«; vielmehr hätten sie »bereits viele gemeinsame Merkmale; Elemente beider können kombiniert werden, so daß sich neue gemischte Systeme ergeben<sup>7</sup>«. Aber während sich beide Systeme zweifellos über die Bedeutung der Kapitalbildung einig sind, stimmen sie in

5 G. Cassel, »The Role of Capital in the National Economy«, in »Skannavisca Banken«, Januar 194J.

6 J. Tinbergen, »Shaping the World Economy«, New York 1962, S. 34.

7 A. a. O., S. 39-

der weit bedeutsameren Frage, welche sozialen Schichten davon einen putzen haben sollen, nicht überein.

In dieser Frage widerspricht das verstaatlichte dem privaten Kapital, obwohl - was die Produzenten betrifft - beide Formen der Kapitalproduktion auf Ausbeutung beruhen. Diese Gemeinsamkeit ermutigt eitle Hoffnungen auf ihre mögliche Konvergenz; aber in allen anderen Bereichen bleiben die Systeme deutlich voneinander unterschieden. Die verstaatlichte Wirtschaft ist keine Marktwirtschaft mehr, selbst wenn sie einige quasi marktmäßige Beziehungen aufrechterhält oder wieder einführt, die staatlicher Kontrolle unterliegen. Sie kann - ob gut oder schlecht - ihre Produktion und Distribution tatsächlich planen, obwohl diese Planung durch interne Notwendigkeiten, den Weltmarkt und die wechselnden Erfordernisse des imperialistischen Wettbewerbs mitbestimmt ist.

Der Widerspruch zwischen privatem und staatlichem Besitz an Produktionsmitteln, zwischen marktbestimmter und bewußt regulierter kapitalistischer Wirtschaft scheint durch das »gemischte Wirtschaftssystem« und dessen Projektion auf die internationale Ebene - die mögliche harmonische Koexistenz verschiedener Gesellschaftssysteme - aufgehoben zu sein. Doch ist die unbegrenzte friedliche Koexistenz staatskapitalistischer und marktbestimmter Wirtschaften nicht weniger illusorisch als der unbegrenzte Bestand des »gemischten Wirtschaftssystems« als Marktwirtschaft. Gerade die wachsende staatliche Kontrolle innerhalb der Privatwirtschaft verschärft den Konflikt zwischen den beiden kapitalistischen Systemen. Der Zweite Weltkrieg demonstrierte die Möglichkeit zeitweiliger Bündnisse zwischen staatskapitalistischen und »liberalistischen« Systemen der Kapitalproduktion; aber er demonstrierte zugleich auch deren Unversöhnbarkeit, die nicht nur in neu entstehenden imperialistischen Interessen begründet ist, sondern auch im Unterschied der Gesellschaftsstrukturen. Statt den »traditionellen« Kapitalismus den staatlich kontrollierten Wirtschaftssystemen anzunähern, vergrößert das gemischte Wirtschaftssystem die Feindschaft zwischen beiden, um die Ausweitung der staatlichen Kontrolle innerhalb der Marktwirtschaft zu verhindern.

Der Kapitalismus verwandelt sich nicht von alleine in den Staatskapitalismus; eine staatskapitalistische Revolution wäre aber genauso schwierig zu machen wie eine sozialistische. Da eine bewußte Organisation der gesellschaftlichen Produktion die Enteignung des privaten Kapitals voraussetzt, kann die Umwandlung des gemischten Wirtschaftssystems in den Staatskapitalismus nur auf revolutionärem Wege vonstatten gehen. Theoretisch wäre sie auch anders möglich. Unter »de-

mokratischen« Verhältnissen könnte eine Partei an die Macht kommen, die sich eine allmähliche oder schnelle Verstaatlichung der Industrie zum Ziel setzt. Das würden die Kapitalisten aber nicht ohne weiteres hinnehmen; wahrscheinlich käme es zum Bürgerkrieg. Die Furcht vor den sozialen Folgen ausgedehnter Verstaatlichung hindert ihre Anhänger daran, sie tatsächlich zu versuchen.

Obwohl es dafür keinen Präzedenzfall gibt, könnte ein staatskapitalistisches System allerdings auch mit Zustimmung der Kapitalisten errichtet werden. Das gemischte Wirtschaftssystem wäre dann ein Schritt in diese Richtung gewesen. Keynesianische Reformen und mit ihnen verbundene politische Bewegungen könnten ein »soziales Klima« schaffen, in dem die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien der Mehrzahl der Kapitalisten als unausweichlich oder als gute Sache erschiene. Es könnten Abkommen getroffen werden, um Eigentumsrechte in Form von Einkommen zu sichern, während die Kontrolle über die Produktion staatlichen Stellen übertragen würde. Verschiedene Vorschläge zur »Sozialisierung«, die auf der Entschädigung der Kapitaleigner basieren, wurden in dieser Absicht gemacht - um im legalen Rahmen der politischen Demokratie zu bleiben. Die Verstaatlichung der Industrie bedeutet jedoch die Abdankung der Kapitalisten als herrschende Klasse, wenn sie diese Position nicht durch Teilhabe an der Regierung zurückgewinnen können. Die Akkumulation wird nun aber zur Akkumulation des staatlichen Kapitals; die Entscheidungen über die Verteilung und Verwendung des Mehrwerts liegen nun in den Händen der Regierung. Die Entschädigungen basieren auf dem Wert des dem Staat übertragenen Kapitals. Sie stammen aus dem Mehrwert, können aber nicht auf private Rechnung produktiv akkumuliert werden. Sie sind durch nichts als den guten Willen der Regierung garantiert; letztere kann jederzeit diesen Anspruch auf unverdientes Einkommen zurückweisen und die Enteignung des privaten Kapitals vollenden. Die Verstaatlichung des Kapitals - ob durch einen Konsensus oder durch Revolution - beendet die Klassenherrschaft des Privatkapitals. Die Anhänger des Staatskapitalismus können, wenn sie wollen, sich wegen der Unbeständigkeit und Ziellosigkeit des Neoliberalismus der »gemischten Wirtschaftssysteme« Wohlsein lassen. Sie können darauf verweisen, daß sich der Kapitalismus in Richtung auf den Staatskapitalismus entwickelt. Lange Zeit waren sie allerdings nicht bereit, sich eine friedliche Abdankung der herrschenden Klassen im Interesse der allgemeinen Entwicklung vorzustellen. Die Bolschewiki hegten beispielsweise niemals die Illusion eines reibungslosen Nebeneinander von Kapitalismus und »Sozialismus«, die durch die Kriegsbündnisse demo-

kratischer und totalitärer Staaten und durch die wachsende »Ähnlichkeit« des keynesianischen Wohlfahrtsstaates mit dem staatskapitalistischen System gefördert wurde. Sie waren davon überzeugt, daß die Umwandlung eines teilweise kontrollierten Systems der Kapitalproduktion in einen autoritären Staatskapitalismus Klassenkämpfe involvierte; wenn sie eine künftige Einheit der Welt beschrieben, taten sie es nach dem Bilde ihrer eigenen Gesellschaft, die sie nicht nur um ihrer selbst willen verteidigten, sondern auch um die »Weltrevolution« zu ermöglichen. Ihre optimistische Haltung und ihre »dynamische« Politik stehen im Gegensatz zu dem neoliberalen Versuch, die Entwicklung an irgendeinem Punkt, an dem sie sich gerade befindet, anzuhalten. Natürlich können die Bolschewiki wie jede andere soziale Gruppe ihre Haltung schnell ändern. Die »Koexistenz« erlaubt vielfältige Interpretationen - ebenso wie Inhalt und Strategie des »Marxismus«. Dieser ist oft heruntergespielt worden; beispielsweise während des Zweiten Weltkrieges, als man eine vorher nicht vorhandene Harmonie zwischen der Sowjetunion und den antifaschistischen Ländern des Westens entdeckte. Entsprechend wurde auch der »vaterländische Befreiungskrieg« durch einen Rückgriff auf traditionelle Ideologien unterstützt. Mit dem Ende des Krieges und der Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs betonte man die bolschewistische Ideologie und Praxis wieder stärker; der sowjetische »Kommunismus« lebte erneut mit Hilfe des westlichen »Antikommunismus« auf. Nach Stalins Tod ergriff die Sowjetunion allerdings die Initiative zu einer Entspannung der Weltlage. Angesichts der prekären internationalen Situation und den noch unsichereren Verhältnissen in der Sowjetunion selbst stellte der Tod Stalins ein Ereignis dar, das zu großen Unruhen im In- und Ausland führen konnte. Um die Spannungen zu vermindern, änderten Stalins Nachfolger nicht nur den von Stalin vorgezeichneten Kurs der innersowjetischen Entwicklung<sup>8</sup>, sondern zeigten sich auch bereit,

8 Seiner letzten Schrift, »Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR« (Moskau 1952) zufolge, glaubte Stalin, daß innerkapitalistische Streitigkeiten der Sowjetunion Zeit und Gelegenheit geben würden, durch eine Verschärfung der staatlichen Kontrolle das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung zu beschleunigen. In seinen Augen war der sowjetische Sozialismus deshalb noch schwach entwickelt, weil der Staat das Kolchoseigentum nur unvollkommen kontrollieren konnte. »Es ist . . . notwendig«, schrieb er, ». . . das Kolchoseigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben und die Warenzirkulation . . . durch ein System des Produktaustausches zu ersetzen, damit eine zentrale Behörde oder irgendeine andere gesellschaftlich-ökonomische Zentrale die gesamten Erzeugnisse der gesellschaftlichen Produktion im Interesse der Gesellschaft erfassen kann« (S. 81). Darin drückte sich die Unzufriedenheit mit der bestehenden Ausbeutungsrate der Landarbeit aus. Da in einem noch weitgehend agrarischen Land die industrielle Expansion von einer Steigerung der Profitabilität der Landwirtschaft abhängt, wa-

den »sozialistischen« Markt für den kapitalistischen Handel zu öffnen?.

Auf eine Entspannung zwischen der Sowjetunion und den westlichen Ländern hofft, wer vor der Aussicht eines neuen Weltkrieges erschrickt, und wer sich eine künftige Versöhnung zwischen West und Ost auf wirtschaftlicher Grundlage vorstellt. Die notwendigen Veränderungen im Osten wie im Westen versucht man dadurch zu fördern, daß man eine passende Ideologie entwickelt. Die Industrialisierung totalitärer Staaten und ihr wachsender Außenhandel bewirken, so glaubt man, eine Demokratisierung, die ihr Wirtschaftssystem dem modernen Wohlfahrtskapitalismus immer ähnlicher macht. Die Sowjetunion ist im Interesse ihrer Selbsterhaltung und ihres schließlichen Erfolges gezwungen, den »Marxismus« zum Teil aufzugeben. Man sagt, daß der »Marxismus unserer Zeit« sich in einem Programm für die Vollbeschäftigung erschöpft, das nicht unbedingt ein keynesianisches zu sein braucht. Da der Privatkapitalismus in jedem Fall untergehen wird, muß sein Niedergang nicht besonders gefördert werden. Der allgemeine Entwicklungstrend einer regulierten Wirtschaft dient dem Bolschewismus eher, als ein sinnloses Herumreiten auf vergangenen Themen wie der Enteignung oder dem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems. Wenn die Sowjetunion nicht dazu in der Lage ist, ihre Ideologie zu ändern, sollte sie wenigstens anderen zugestehen, was sie sich selbst verbietet. Man weist darauf hin, daß die marxistische Propaganda in den altkapitalistischen Ländern »nicht notwendigerweise ihre Schlagkraft verlieren würde, wenn denen, die nicht Russen, Chinesen usw. sind, klar bedeutet würde, daß die weitere Entwicklung

ren die von Stalin formulierten Maßnahmen den Interessen der Landbevölkerung abträglich. Auch die nadistalinistischen Regimes befassen sich mit dem Agrarproblem. Aber sie wagen anscheinend nicht mehr, sich auf eine lange Periode des Friedens einzurichten. Wenn ein Krieg droht, ist es unklug, die Landbevölkerung der Regierung zu entfremden; wenn kein Krieg droht, können sanftere Methoden angewandt werden, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Am wichtigsten wird es aber, den Frieden zu sichern.

- 9 Nach Stalin führte der Zusammenbruch des Weltmarktes zu »zwei parallelen, einander gegenüberstehenden Weltmärkten«. Er sagte voraus, daß die Länder des »sozialistischen Lagers« bald »nicht nur keiner Wareneinfuhr aus den kapitalistischen Ländern bedürfen, sondern auch selbst die Notwendigkeit empfinden werden, die überschüssigen Waren der eigenen Produktion an dritte abzugeben«, was die Schwierigkeiten der Kapitalisten vergrößern und zu neuen Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern führen würde (»Die ökonomischen Probleme . . .«, a. a. O., S. 38). Impliziert ist hier die »Autarkie« des östlichen Machtblocks und darüber hinaus eine Fortsetzung des »kalten Krieges« im Bereich des internationalen Handels. Dagegen haben Stalins Nachfolger großes Interesse an einer Verstärkung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen erkennen lassen, um zu einer internationalen Entspannung zu kommen.

ihrer nationalen *ways of life* nicht einfach aus den Erfahrungen abgeleitet werden kann, die von Gesellschaften mit einem vollkommen anderen geschichtlichen Hintergrund gemacht wurden<sup>10</sup>«. Nach dieser Ansicht wäre die bolschewistische Propaganda erfolgreicher, »wenn die Forderung nach einer maximalen Realisierung des ursprünglichen marxistischen Programms fallengelassen würde«, denn mit der Aufgabe egalitärer Vorstellungen im marxistischen Lager habe der Wunsch nach »umfassender Verstaatlichung, die von der Verstaatlichung der wirtschaftlichen Machtzentren unterschieden ist, seine *raison d'être* verloren<sup>11</sup>«.

Wenn das westliche Kapital den Bolschewismus mehr nach seinen Taten als nach seinen Worten beurteilt, findet es kaum einen Grund dafür, ihm zu widersprechen, denn das bolschewistische Gesellschaftssystem scheint sich von der Zukunft des westlichen nicht sehr zu unterscheiden. Natürlich paßt sich auch, während sich der Westen manche der Innovationen des Staatskapitalismus zueigen macht, der Osten dem Westen an. »So sind einige Vorstellungen aufgegeben worden, die aus frühen kommunistischen Präferenzen stammten, weil sie nicht praktikabel waren. Man behauptet nicht mehr, daß die Arbeiter produktive Einheiten selbst leiten können, daß die Einkommen mehr oder weniger gleich hoch sein sollen, oder daß das Geld überflüssig ist. Die Einkommen sind an die Produktivität gebunden und in der Planung werden zunehmend Geldbegriffe verwendet. Der Zins, der als mögliche Quelle privater Einkommen nicht in Betracht kommt, ist allmählich als Element der realen Kosten anerkannt worden. Der Wert eines internationalen Produktentauschs wird in wachsendem Maße eingesehen; einige autarkistische Vorstellungen sind abgeschwächt worden. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen sind bis zu einem gewissen Grade dezentralisiert worden, und dem Konsum wurde im neuen Parteiprogramm mehr Beachtung geschenkt. Bei der Wirtschaftsplanung werden mathematische Methoden, die zuvor als >bürgerlich< betrachtet wurden, nun in zunehmendem Maße angewandt<sup>12</sup>.«

Es ist aber höchst unwahrscheinlich, daß die Marktwirtschaft sich ohne soziale Revolution allmählich in eine Planwirtschaft verwandeln wird, wie es auch unwahrscheinlich ist, daß eine einmal vertaatlichte Wirtschaft zu kapitalistischen Marktverhältnissen zurückkehrt. Die Restauration des Marktes würde *de facto*, wenn nicht *de jure* die Restauration des Privatkapitals bedeuten. In den westlich-kapitalistischen

<sup>10</sup> R. Schlesinger, »Marx: His Time and Ours«, New York 1950, S. 293.

<sup>11</sup> A. a. O., S. 369.

<sup>12</sup> J. Tinbergen, »Shaping the World Economy«, New York 1962, S. 34.

Ländern herrscht die falsche Vorstellung von einem »Volkskapitalismus«, worunter ein System verstanden wird, in dem die breite Streuung des Aktienbesitzes zu einer Trennung von Eigentum an und Kontrolle über Kapital führt. Diese Trennung von Eigentum und Kontrolle verwandelt, so wird behauptet, die nichtbesitzenden Industriemanager in stellvertretende Kapitalisten. Wenn die Funktionen der Kapitalisten vom kapitallosen Management ausgeübt werden, könnten die Entgelte der Eigentümer auch dem Management zufallen. Es ist vorstellbar, wenn auch unwahrscheinlich, daß die Manager der sowjetischen Industrie in Zusammenarbeit mit der Regierung und breiten Schichten der Bevölkerung eine auf der Profitproduktion basierende Wettbewerbswirtschaft wiedereinführen werden - so daß jedes Unternehmen wie irgendein westliches Privatunternehmen operieren würde. Nach wie vor würde die Regierung das Äquivalent ihres Bedarfs mittels Steuern sowohl von der bezahlten als auch der unbezahlten Arbeit abschöpfen. Aber dies stellte eine privatkapitalistische Konterrevolution unter dem Deckmantel einer »Revolution der Manager« dar; in die sowjetische Wirtschaft würden alle die Widersprüche wiedereingeführt, die der privaten Kapitalproduktion immanent sind<sup>13</sup>.

Eine Privatwirtschaft kann sich, anstelle einer Revolution, auf eine Form von scheinbarer Planung einlassen, und die verstaatlichte Wirtschaft kann sich, anstelle einer Konterrevolution, auf eine Art Pseudo-Markt einlassen. Die scheinhafte Planung und der scheinhafte Marktwettbewerb zeigen Schwierigkeiten innerhalb der Markt- oder der Planwirtschaft an. Bei der Bekämpfung dieser Schwierigkeiten dürfen Instrumentarien, die - obwohl sie vorübergehend nützlich sein können - dem jeweiligen System und seinen Erfordernissen nicht entsprechen, nicht solange eingesetzt werden, daß sie die Grundlagen des Systems selbst bedrohen. Plan- und Marktssysteme stimmen nicht überein, wenn ihnen auch einige technisch-ökonomische Arrangements - im Unterschied zu sozio-ökonomischen Beziehungen - gemeinsam sind. Alle staatskapitalistischen Systeme ähneln der kapitalistischen Marktwirtschaft dadurch, daß das Verhältnis von Kapital und Arbeit aufrechterhalten und kapitalistische Geschäftsmethoden angewandt werden. Der Staat, der die Kontrolle über die Produktionsmittel hat, setzt einen bestimmten Wert (in Form von Geld) für produktive Res-

13 Der jugoslawische »Marktsozialismus« beispielsweise, in dem Arbeiterräte zusammen mit dem professionellen Management Industrie- und Handelsunternehmen nach dem Profitprinzip und im Wettbewerb mit anderen Unternehmen leiten, und in dem die Landwirtschaft im wesentlichen von Privatbauern betrieben wird, unterliegt allen Widersprüchen der kapitalistischen Marktwirtschaft - disproportionale Entwicklung, Bankrotte, Arbeitslosigkeit, Konjunkturschwankungen.



sources ein und erwartet, daß ein größerer Wert (in Form von Geld) aus dem Produktionsprozeß folgt. Der von den Arbeitern geschaffene Mehrwert wird gemäß den Entscheidungen der Regierung verteilt. Er unterhält die nicht-arbeitende Bevölkerung, sichert die nationale Verteidigung, befriedigt öffentliche Bedürfnisse und wird in zusätzliches Kapital investiert. Alle wirtschaftlichen Transaktionen sind zugleich Tauschvorgänge oder erscheinen als solche. Arbeitskraft wird an das Management eines Unternehmens verkauft, und mit den Löhnen werden Waren vom Management anderer Unternehmen gekauft. Es gibt gleichsam einen »Handel« zwischen dem Management eines Unternehmens und dem der anderen - wie der »Handel« zwischen den verschiedenen Betrieben eines Konzerns in allen kapitalistischen Ländern. Dieser Quasi-Handel erreicht seine vollendete Form im vollständig zentralisierten staatskapitalistischen System. Es gibt, formal gesehen, keinen sehr großen Unterschied zwischen Privatwirtschaft und staatlich kontrollierter Wirtschaft, außer daß in letzterer zentrale Instanzen über das Mehrprodukt verfügen.

Die staatskapitalistischen Systeme entstanden oder entstehen in kapitalarmen Ländern. Zunächst ist in diesen Ländern die Bildung von Kapital notwendig, als Voraussetzung für ihre nationale Unabhängigkeit und die intendierte Vergesellschaftung von Produktion und Distribution. Da sie — je nach der besonderen Situation des Landes - mehr oder weniger an die kapitalistische »internationale Arbeitsteilung« gebunden sind, müssen sie ihre Wirtschaft den Weltmarktbedingungen anpassen und am internationalen Wettbewerb teilnehmen. Dies begrenzt jeden möglichen Wunsch, die Geldwirtschaft und ihre Expansion nicht zum Motiv ihres Handelns werden zu lassen, oder schließt ihn gänzlich aus.

Die »Vergesellschaftung« der Produktionsmittel ist hier immer noch nur eine *Verstaatlichung des Kapitals als Kapital*. Obwohl kein Privateigentum mehr besteht, weisen die Produktionsmittel noch Kapitalcharakter auf, weil sie vom Staat kontrolliert werden, statt der gesamten Gesellschaft zur Verfügung zu stehen. Wenn die private Kapitalakkumulation nun auch ausgeschlossen ist, wird die Ausbeutung von Menschen durch Menschen doch fortgesetzt, weil sowohl im Bereich der Produktion als auch in dem des Konsums ungleiche Verteilung herrscht. Deshalb besteht der Wettbewerb als Kampf um lukrativere Positionen und besser bezahlte Tätigkeiten fort; er trägt die gesellschaftlichen Antagonismen des Kapitalismus in das staatskapitalistische System hinein.

Der Staatskapitalismus ist immer noch ein »Mehrwert« produzierenden

des System, aber es wird nicht mehr durch den Marktwettbewerb und die Krise »reguliert«. Das Mehrprodukt muß nicht mehr als Profit realisiert werden; sein spezifischer materialer Charakter und seine Verteilung hängen von Entscheidungen der staatlichen Planungsagenturen ab. Daß diese Entscheidungen vom internationalen wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb und von den Erfordernissen der Akkumulation mitbestimmt werden, ändert nichts an der Tatsache, daß das Fehlen eines internen Kapitalmarktes ein zentralisiertes System der Entscheidung notwendig macht, um die Allokation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit und die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts zu regeln.

Unter diesen Bedingungen ist ein Quasi-Markt sozusagen eine Annehmlichkeit; er ist nicht notwendig, selbst wenn er den staatskapitalistischen Systemen durch Umstände aufgezwungen wurde, denen sie nicht widerstehen wollten. Beispielsweise verschafft der »Markt« in der Sowjetunion den Unternehmen eine scheinbare Autonomie, den Konsumenten eine scheinbare Freiheit der Auswahl und den Arbeitern eine scheinbar freie Wahl des Berufes. All diese quasi marktmäßigen Beziehungen sind jedoch letztlich der staatlichen Lenkung unterstellt. Innerhalb gewisser Grenzen kann dieses »freie Spiel« der Marktkräfte ausgedehnt oder beschränkt werden, ohne daß das System der Planung selbst davon berührt würde. Gegenwärtig wird es in dem Glauben ausgedehnt, daß eine größere *efficiency* ohne Beeinträchtigung der Planwirtschaft erreicht werden kann. Die Entscheidungsprozesse werden bis zu einem gewissen Grade dezentralisiert, und den einzelnen Unternehmen wird mehr Selbstbestimmung gewährt. Ziel ist nicht, das Wirtschaftssystem zu verändern, sondern es dadurch gewinnträglicher zu machen, daß kapitalistische Anreiztechniken in stärkerem Umfang verwendet werden.

Die einzelnen Unternehmen können über ihre Produktionsprozesse selbst bestimmen - um ihre geplanten Produktionsquoten zu erfüllen oder zu übertreffen. Mehr Rücksichtnahme auf die Wünsche der Verbraucher soll der Produktionsplanung zugute kommen und die Verschwendung beseitigen. Die Forderung von Zinsen auf Leihkapital soll die Rationalität von Investitionsentscheidungen fördern. Lohnunterschiede innerhalb des Unternehmens stehen bis zu einem gewissen Grade im Belieben des Managements. Teile des Profits, der durch höhere Produktivität und verbesserte Organisation entsteht, können vom Management einbehalten und zu Lohnerhöhungen verwendet werden. Diese und andere »Neuerungen« sollen das verstärken, was es schon immer gab: kapitalistische Anreize innerhalb der staatskapi-

talistischen Wirtschaft. Sie ändern nichts an der Kontrolle des Staates über die Investitionen, die gesellschaftliche Gesamtproduktion und deren Verteilung in Übereinstimmung mit dem Plan. Wenn das Ergebnis dieser »Neuerungen« dem allgemeinen Plan widerspricht, kann die Regierung entweder durch ein Dekret oder eine Änderung ihrer Preispolitik eingreifen. Der begrenzte »freie Markt« kann jederzeit durch die realen Machtverhältnisse aufgehoben werden, die hinter ihm stehen.

Es sollte jedenfalls klar sein, daß kein staatskapitalistisches System zum Privatunternehmertum zurückkehren wird, wenn nicht einmal die privatkapitalistischen Systeme ohne Staatsinterventionismus auskommen können. Tatsächlich hat das staatskapitalistische System den einzigen Vorteil einer vollständig kontrollierten Wirtschaft, der den Nachteil ökonomischer Ineffektivität gegenüber den hochentwickelten privatkapitalistischen Systemen kompensiert. Es leidet nicht unter dem Widerspruch zwischen profitabler und nicht-profitabler Produktion, mit dem sich das privatkapitalistische System herumschlägt - der ihm als Alternative zur Stagnation nur seine eigene allmähliche Destruktion offenläßt. Das staatskapitalistische System, das diese Destruktion schon hinter sich hat, kann profitabel oder nicht-profitabel produzieren, ohne der Stagnation anheim zu fallen.

## 21. Marxismus und Sozialismus

Die Verbindung von freiem Unternehmertum und staatlicher Planung bringt nicht wirklich ein »gemischtes« Wirtschaftssystem hervor, obwohl das oft als Tatsache hingestellt wird. Die Kombination automatischer Marktrelationen und bewußter Bestimmung über die Produktion kann nicht mehr als ein Nebeneinander ergeben. Im Verlauf der Entwicklung muß es dahin kommen, daß eines das andere überwiegt. Um die Transformation des gemischten Wirtschaftssystems in den Staatskapitalismus zu verhindern, genügt es, wie wir gesehen haben, nicht, diese Entwicklung im Inland zu stoppen, denn sie kann nicht mehr als unabhängig von der Weltwirtschaft gelten. Vielmehr muß der allgemeine Trend zum Staatskapitalismus aufgehalten werden, da die ständige Expansion des einen Systems die Kontraktion des anderen impliziert. Tatsächlich handelt es sich beim Kalten Krieg, der die Welt beunruhigt, nicht um einen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern um einen Ausdruck der gegensätzlichen Interessen von teilweise und vollständig staatlich organisierten Systemen der Kapitalproduktion. Der politische und wirtschaftliche Wettbewerb zwischen dem gemischten Wirtschaftssystem und dem Staatskapitalismus findet nur seine ideologische Rechtfertigung in den traditionellen Ideologien, die einmal den Kapitalismus und den Sozialismus definierten.

Der Gleichsetzung des Staatskapitalismus mit dem Sozialismus ging die des Sozialismus mit dem Staatskapitalismus voraus. Der revolutionäre Marxismus war Produkt einer Entwicklungsperiode, in der die Kapitalakkumulation tatsächlich wachsendes Elend für die arbeitende Bevölkerung bedeutete. Um die Jahrhundertwende war jedoch abzusehen, daß die Entwicklung der Marxschen Prognose nicht mehr entsprach; die Verelendung der Arbeiterklasse setzte sich nicht fort, und die Arbeiter waren, anstatt klassenbewußter zu werden, immer zufriedener mit der Verbesserung ihrer Lage im Rahmen des kapitalistischen Systems. Dieser Prozeß erreichte seinen Höhepunkt während des Ersten Weltkrieges, als die nationalistische Ideologie den Sieg über

das Klasseninteresse davontrug. Einige Sozialisten betrachteten sogar die kriegsbedingte »Verstaatlichung« von Kapital und Arbeit als Anfang vom Ende des Klassenkonflikts - als dialektische Synthese, in der Kapital und Arbeit in einer höheren gesellschaftlichen Einheit aufgehoben und negiert seien.

Andere sahen darin nur den Verrat, den eine korrupte Bürokratie der Arbeiterbewegung am Marxismus übte. Durch den Slogan »Zurück zu Marx« wurde die Arbeiterbewegung in einen radikalen und einen reformistischen *Flügel gespalten*. Diese *Spaltung* hatte sich schon früher in der Diskussion über Vorschläge angekündigt, die sozialdemokratische Praxis bescheiden mit bürgerlich-demokratischen Begriffen statt mit einer veralteten marxistischen Phraseologie zu umschreiben. Der sozialdemokratische »Revisionismus« hatte seine Grundlage in der relativen Prosperität vor dem Ersten Weltkrieg. Da diese in marxistischer Sicht nur der Vorbote einer neuen Krise war, wiesen konsequentere Sozialisten auf die imperialistischen Spannungen hin, statt auf die wachsende Klassenharmonie, die ohnehin nur in wenigen fortgeschrittenen Ländern zu beobachten war. Die Debatte über »Reform« und »Revolution«, Revisionismus und Orthodoxie behielt ihren akademischen Charakter, bis Krieg und Revolution ihr eine praktische Bedeutung gaben. Die marxistische »Orthodoxie« wurde mit dem Bolschewismus gleichgesetzt; und die theoretischen und praktischen Anpassungen des rechten Flügels ließen ihn anti-marxistisch werden, obwohl seine marxistische Vergangenheit nicht geleugnet wurde. Von da an war jede Diskussion über Fragen des Marxismus eine Diskussion über die Theorie und Praxis des Bolschewismus und deren Beziehung zu Marx. Die erfolgreiche Revolution in Rußland ermöglichte eine nahezu vollständige Gleichsetzung der spezifisch russischen Version des »Marxismus« mit dem Marxismus überhaupt. Je stärker die sowjetischen Marxisten ihre »Orthodoxie« betonten, desto dringlicher erschien es westlichen Sozialisten, sich zunächst dieser »Orthodoxie« zu widersetzen und dann auch ihre Distanz zum Marxismus selbst zu vergrößern.

Lenins »Orthodoxie« bestand in einer Anwendung des westlichen Sozialismus auf die russischen Verhältnisse. Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß die Situation Rußlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts in vieler Hinsicht dem revolutionären Zustand Westeuropas um die Mitte des 19. Jahrhunderts glich. Wie Lenin sah Marx sich einer verspäteten bürgerlich-demokratischen Revolution gegenüber, die unfähig oder nicht willens war, ihre eigenen Forderungen zu verwirklichen; erstens besaß nämlich die Arbeiterklasse bereits ein revolu-

tionäres Potential und zweitens mußten die Wettbewerbsvorteile der fortgeschritteneren kapitalistischen Länder mit protektionistischen Maßnahmen bekämpft werden. Deshalb mußte das demokratische Bürgertum mit den immer noch weitgehend reaktionären Regierungen eng zusammenarbeiten. Die positive Haltung, die Marx gegenüber den bürgerlichen Revolutionen einnahm, war auf die Hoffnung gegründet, daß das proletarische Element in ihnen sie über die beschränkten Ziele der Bourgeoisie hinaustreiben könnte. Der niedrige Entwicklungsstand des westlichen Kapitalismus im Jahre 1848 spiegelte sich in einer gewissen Zweideutigkeit der Marxschen politischen Theorie hinsichtlich der bürgerlichen und der proletarischen Revolution wider. Er wandte ersterer viel Interesse zu, wenn auch nur, weil sie Voraussetzung der letzteren war. Diese Zweideutigkeit bereitete dem kollaborationistischen und reformistischen Marxismus der Zweiten Internationale und schließlich den Theorien des Bolschewismus den Weg. Nach Ansicht Lenins war die russische Bourgeoisie noch unfähiger, die demokratische Revolution durchzuführen, als die westeuropäische es gewesen war; daher mußte die Arbeiterklasse sowohl die »bürgerliche« als auch die »proletarische« Revolution vollbringen - in einer Reihe sozialer Veränderungen, die eine »permanente Revolution« darstellen würde.

Die Arbeiterbewegung des Westens mußte sich im 20. Jahrhundert zwischen zwei verschiedenen Zielen entscheiden: sie konnte für eine rein proletarische Revolution kämpfen oder dem Programm des Revisionismus folgen, eine allmähliche Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus über Reformen betreiben. Während der Marxismus von 1848 für den Westen keine Bedeutung mehr hatte, stellte er für Lenin eine Aufforderung dar, aktiv an der russischen Revolution teilzunehmen und sich in weltweiten Bewegungen gegen sowohl zurückgebliebene als auch fortgeschrittene kapitalistische Länder zu engagieren. Die neue Lage schien eine Wiederholung der Situation von 1848 zu sein, wobei diesmal nicht nur Europa, sondern die ganze Welt einbezogen war. Anstelle der früheren zeitweiligen Bündnisse des proletarischen Internationalismus mit bürgerlich-demokratischen Bewegungen gab es nun eine weltweite Verbindung sozial- und nationalrevolutionärer Kräfte. Diese Kräfte konnten über ihre beschränkte Zielsetzung hinausgeführt und auf sozialistische Ziele gelenkt werden.

Lenins Vertrauen in die Gültigkeit der Marxschen Revolutionstheorie wurde durch die Oktoberrevolution nur zum Teil gerechtfertigt. Die demokratische Revolution führte zwar schnell zur bolschewistischen Diktatur; aber die »permanente Revolution« bedeutete nichts als den Prozeß der Konsolidierung und Zentralisierung der Macht in den Hän-

den von Lenins Partei. Die Bolschewiki verteidigten ihre Machtposition gegen innere und äußere Gefahren, statt für eine Weltrevolution zu kämpfen, die aller Rückständigkeit und Unterdrückung ein Ende bereiten würde. Die Veränderungen in der wirtschaftlichen und politischen Struktur der Sowjetgesellschaft waren durch diese grundsätzliche Entscheidung bestimmt.

Die Kritik am Bolschewismus verweist auf die »bürgerlichen« oder kapitalistischen Züge der russischen Revolution. Für die Reformisten stellt die bolschewistische Diktatur eine unnötige Gewaltsamkeit dar, da allein der demokratische Liberalismus gesellschaftlichen Fortschritt verbürge; darüber hinaus war sie gefährlich, denn der von ihr hervorgebrachte Typ gesellschaftlicher Kontrolle bedrohte den gleichmäßigen Gang der Dinge im Westen. Lenins dogmatisches Programm ging weit über die Notwendigkeit demokratischer Reformen hinaus; es zerstörte die Grundlage einer Evolution von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft.

Eine interessantere, wenn auch weniger populäre Kritik am Bolschewismus war die von links geübte. Der linke, anti-bolschewistische Flügel der Arbeiterbewegung kritisierte die Leninisten, weil sie den Umbruch in Rußland nicht genügend für streng proletarische Ziele ausgenutzt hätten. Sie seien Gefangene der Umstände geblieben und benutzten die internationale revolutionäre Bewegung für die spezifischen Bedürfnisse der Sowjetunion, die bald mit den Bedürfnissen des bolschewistischen Einparteienstaates identisch wurden. Die »bürgerlichen« Aspekte der russischen Revolution wurden hier im Bolschewismus selbst entdedet: der Leninismus weiche von der internationalen Sozialdemokratie nur in taktischen Fragen ab.

Dieses Urteil konnte sich auf die Leninsche Konzeption vom Sozialismus und von der Rolle der Partei berufen. Der Staatskapitalismus, d. h. die Verstaatlichung der produktiven Ressourcen, stellte für Lenin den ersten und notwendigsten Schritt innerhalb des gesellschaftlichen Transformationsprozesses dar. Marx sprach ebenfalls von der Verstaatlichung der Produktionsmittel, doch für ihn war dies nur ein Vorspiel zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Marx betrachtete die verstaatlichten Industriezweige und sogar die Aktiengesellschaften als eine partielle »Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst« als Anzeichen für den Niedergang des kapitalistischen Systems - das er mit dem Privateigentum identifizierte. Aber er dachte nie an staatska-

pitalistische Systeme, wie sie im sogenannten sozialistischen Teil der Welt überwiegen.

Lenin zufolge ist »der Sozialismus ... nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch\* *aufgehört hat*, kapitalistisches Monopol zu sein«<sup>2</sup>. Der Monopolkapitalismus tendierte von selbst zum Staatskapitalismus; so daß die Revolution nach Ansicht Lenins im wesentlichen die schon geschehende Entwicklung vollendete. Auch die Reformisten glaubten, daß die kapitalistische Entwicklung zu einer Art Staatskapitalismus führen würde, der dann mit Hilfe der bestehenden demokratischen Institutionen in den Sozialismus überführt werden könnte. Die Situation in Westeuropa ließ diese Vorstellung sogar noch realistischer erscheinen als die Verhältnisse in dem rückständigen, agrarischen Rußland. Gerade deshalb glaubte Lenin, daß die Diktatur der Bolschewiki notwendig sei, um den Vorsprung der fortgeschrittenen Länder des Westens aufzuholen.

Ein liberales Bürgertum, das an die traditionellen Wege der Kapitalakkumulation gebunden war, konnte die russische Wirtschaft nicht in dieser Weise entwickeln. Aber die früher dem Privatunternehmen und dem Wettbewerb zugewiesenen Funktionen wurden nun vom bolschewistischen Staat erfüllt. Die Aneignung eines Teils des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und die Allokation der produktiven Ressourcen verwandelten die Partei, die gegen die kapitalistische Kontrolle über Produktion und Distribution gekämpft hatte, in ein Kontrollorgan über Arbeit und Kapital. Wenn der »Seelenfrieden« der Kapitalisten es erfordert, daß die Unentbehrlichkeit des Kapitals und der Privatinitiative anerkannt wird, so erforderte die neue Lage in Rußland eine sozialistische Ideologie, die die Interessen der Kontrolleure und der Kontrollierten als identisch erscheinen ließ. Einige der Antagonismen des privatkapitalistischen Systems können durch die zentralisierte Kontrolle über Produktion und Distribution beseitigt werden. Durch die Polarisierung der Gesellschaft in Kontrolleure und Kontrollierte entstehen jedoch neue, noch größere Antagonismen; in Wirklichkeit werden die alten Antagonismen nicht beseitigt, sondern nur modifiziert.

Die kontrollierte Mehrheit kann sich vorstellen – und das wird ihr eingeredet –, daß die Kontrolle auch in ihrem Interesse geschehe. Wenn das tatsächlich der Fall wäre, würde es sich im Verhältnis der Behörden zur Bevölkerung, in den politischen Maßnahmen, in der Art der

<sup>2</sup> W. I. Lenin, »Werke« Bd. 25, Berlin 1960, S. 369.



Arbeitsorganisation und in der Distributionssphäre zeigen. Doch ist in der Sowjetunion nirgends eine Entwicklung in Richtung auf den Sozialismus zu entdecken. Natürlich könnte das mit der Marxschen Feststellung entschuldigt werden, daß der Sozialismus ein hohes Niveau der gesellschaftlichen Produktion voraussetzt. Dem widersprach jedoch zum Teil die frühe bolschewistische Theorie, nach der zentrale Planung den Lebensstandard der Massen dadurch erhöhen würde, daß sie die Ungleichung des Konsums bei gegebenem Niveau der Produktion erzwingt. Vertreter der Bourgeoisie meinten dazu, alles was die Bolschewiki erreichen könnten, sei eine gleichmäßige Verteilung des Elends. Nur die Verelendeten glauben, daß das Elend gleichmäßig verteilt werden kann; die bolschewistische Elite erkannte bald, daß Einkommensunterschiede die einzelnen zu größerer Anstrengung herausfordern und daher für alle ein Segen sind. Zur ständigen Ausrede der Bolschewiki wurde es, daß sich die Ungleichheit aus den Erfordernissen der Kapitalbildung ergebe. Um die Lebensbedingungen aller auf lange Sicht zu verbessern, müßten die Lebensbedingungen einiger sofort verbessert werden. Der Wettbewerb um Kapital wurde durch den um soziale Positionen ersetzt, die entweder gut dotiert oder mit Privilegien versehen sind. Angeblich werden diese Positionen je nach der sozialen Bedeutung der Funktionen verteilt, die mit ihnen verbunden sind.

Um die Entwicklung der Produktion noch stärker zu beschleunigen, wurden sowohl die »positiven« Anreize Macht und Einkommen als auch die »negativen« Anreize Zwangsarbeit und Terror kontinuierlich angewandt. Je mehr die Interessen der Kontrolleure und der Kontrollierten auseinanderklafften, desto nachdrücklicher behauptete man ihre Identität. Die sozialistische Ideologie, die zunächst eine Zukunftshoffnung ausdrückte, wurde zum Instrument der Kontrolle in der Gegenwart. Die neue Gesellschaftsordnung stellte sich - obwohl sie nach wie vor als Organisationsform der »Transformationsperiode« betrachtet wurde - bald als wünschenswerter *status quo* dar, den es gegen weitere Veränderungen zu verteidigen galt. Die Kontrolleure treten nicht mehr für einen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse ein; unerfüllt bleibende Versprechen beziehen sich nur auf die Besserstellung des einzelnen innerhalb der herrschenden Gesellschaftsordnung. Wenn der sozialistische Staat gegen äußere Feinde abgesichert werden und seine Produktion entwickeln kann, dann - so behauptet man - wird der Tag kommen, an dem alle Menschen mehr konsumieren können und weniger arbeiten müssen. Aber Unterschiede im Lebensstandard wird es noch lange geben, bis schließlich vom »Sozialismus« zum

»Kommunismus« übergegangen, und das *sozialistische* Prinzip »Jedem nach seiner Leistung« durch das *kommunistische* Prinzip »Jedem nach seinen Bedürfnissen« ersetzt werden kann.

In der Zwischenzeit besteht eine »Chancengleichheit«, die den einzelnen für sein Los selbst verantwortlich macht. Natürlich kann dieses Prinzip in einer Gesellschaft mit differenzierter Arbeitsteilung nicht verwirklicht werden, in der alles außer den »Chancen« ungleich verteilt ist; aber als Idologie verschleiert »Chancengleichheit« die tatsächliche Ungleichheit in den »sozialistischen« Ländern so gut wie anderswo. Sie ist ein ideologischer Ausdruck des heftigen Wettbewerbs um Macht und Privilegien.

Der Wettbewerb ist selbst Privileg einer Minderheit. Das Handeln der Massen wird von einer Vielzahl von Organisationen kontrolliert. Der Staat unterdrückt alle unkontrollierbaren Handlungen und Ausdrucksweisen von einiger Bedeutung. Gesellschaftliche Widersprüche, die erst zur Errichtung des Systems führten, werden nun nicht mehr wahrgenommen. Die totalitäre Gesellschaft enthüllt sich als ein Versuch unter anderen, das Ausbeutungsverhältnis durch seine Modifizierung aufrechtzuerhalten. Die unorganisierte, vom Privatkapital ausgeübte Kontrolle wird zugunsten der organisierten Kontrolle über das gesamte gesellschaftliche Leben beseitigt, die der allmächtige Staat ausübt.

Parallel dazu zeigt sich eine Tendenz, die mit der staatlichen Kontrolle verbundenen neuen Statusrelationen zu idealisieren. Sie soll die privilegierten Schichten vereinigen und die Ausgebeuteten noch stärker desorganisieren, indem der Prestigewert von Beförderungen und Aufstiegschancen erhöht wird, die in Zeiten gesellschaftlichen Wandels beträchtlich sind. Richtung und Umfang der Produktion werden in wachsendem Maße abhängig von den besonderen Bedürfnissen der herrschenden Klasse. Der Mangel muß aufrechterhalten werden, ob es objektiv notwendig ist oder nicht, um eine Arbeitsteilung zu ermöglichen, welche die Privilegien trotz aller »Chancengleichheit« sicherstellt. Ein solches System kann den Überfluß nicht bewerkstelligen, den es angeblich herbeiwünscht. Vielmehr muß es ihn verhindern, um sich selbst zu erhalten. Diese Frage erledigt sich jedoch dadurch, daß die imperialistische Konkurrenz die Notwendigkeit einer künstlichen Verknappung beseitigt oder abschwächt. Die Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses erscheint als Gebot der nationalen Verteidigung.

In einer Gesellschaft, die die notwendige Arbeit auf ein Minimum reduzieren könnte, wären alle objektiven Ursachen für soziale Antagonismen verschwunden. In allen Klassengesellschaften - und damit in

allen kapitalproduzierenden Gesellschaftsformationen - wird die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte\* gestoppt, wenn sie den Wohlstand und die Existenz der herrschenden Klasse bedroht. Überfluß würde der Klassenstruktur ihren Sinn nehmen. Die Möglichkeit eines solchen Überflusses begründet die Hoffnung auf den Sozialismus; er setzt die Beseitigung des Klassenverhältnisses voraus. Diese Bedingung kann weder innerhalb des gemischten noch innerhalb des staatskapitalistischen Wirtschaftssystems erfüllt werden.

Im Unterschied zum westlichen Wirtschaftssystem scheint man in der Sowjetunion und in ihren Satellitenstaaten die Folgen der Automation nicht zu fürchten. Produktion und Produktivität sind in diesen Ländern immer noch niedriger als in westlichen Ländern; daher würde die Automation in dem Maße, in dem sie unter diesen Bedingungen eingeführt werden kann, nicht zu ausgedehnter Arbeitslosigkeit führen. Ungefähr die Hälfte der sowjetischen Bevölkerung ist beispielsweise noch in der Landwirtschaft tätig; angesichts der Größe des Landes und seiner Bevölkerung muß von einem allgemeinen Mangel an Produktionsmitteln gesprochen werden, ganz abgesehen von dem Mangel an Arbeitskräften. In der Sowjetunion gibt es auch einige Industriezweige, in denen die Automation eingeführt ist, doch reicht das nicht aus, um die durchschnittliche Produktivität auf das westliche Niveau zu heben.

Natürlich ermöglicht der zentralistische Staatskapitalismus im Prinzip eine weitere Automatisierung als das westliche Wirtschaftssystem. Dies läßt eine Beschleunigung der Automatisierung im Zusammenhang mit dem allgemeinen Produktivitätsanstieg erwarten. Beispielsweise ist die Wirtschaftsplanung eines der wichtigsten Gebiete, auf denen kybernetische Methoden angewandt werden können. Während die »Planung« in der Wettbewerbswirtschaft eine »Gegenplanung« impliziert, kann im zentralisierten Wirtschaftssystem einheitlich und allumfassend geplant werden. Viele, die im Westen eine Überflußproduktion durch *cybernation* für möglich halten, betonen die Notwendigkeit der Planung im nationalen Rahmen.

Wenn es auch an dem ausbeuterischen Charakter des staatskapitalistischen Systems keinen Zweifel geben kann, erhebt sich doch immer wie-

3 Unter gesellschaftlichen Produktivkräften verstehen wir natürlich nichts anderes als die vielfältigen Anstrengungen von Menschen, die gesellschaftliche Produktion und Produktivität zu steigern. Im Kapitalismus geschieht dies mittels der Akkumulation des Kapitals. Die gesellschaftlichen Produktivkräfte können gehemmt oder gefördert werden, da sie durch menschliche Tätigkeiten konstituiert sind. Marx sah die Arbeiterklasse und ihr Streben nach Emanzipation als die größte Produktivkraft im kapitalistischen System an.

der die Frage, wie die herrschende Klasse in diesem System sich zusammensetzt. Die Antwort ergibt sich aus dem Entwicklungsprozeß des Kapitalismus selbst, da der Staatskapitalismus das Verhältnis zwischen »Kapitalist« und Manager, zwischen »Eigentum« und Kontrolle übernommen hat. Nach Marx erzeugt der Kapitalist keinen Wert, sondern verbraucht Arbeitskraft. Er ist Kapitalist, weil er vom tatsächlichen Arbeitsprozeß freigesetzt ist: »Wie der Kapitalist zunächst entbunden wird von der Handarbeit, sobald sein Kapital jene Minimalgröße erreicht hat, womit die eigentlich kapitalistische Produktion erst beginnt, so tritt er jetzt die Funktion unmittelbarer und fortwährender Beaufsichtigung der einzelnen Arbeiter und Arbeitergruppen selbst wieder ab an eine besondere Sorte von Lohnarbeitern. Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter dem Kommando desselben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere (Dirigenten, managers) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, foremen, overlookers, contre-maitres), die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren.« Letzteres behält das Oberkommando; doch ist »der Kapitalist ... nicht Kapitalist, weil er industrieller Leiter ist, sondern er wird industrieller Befehlshaber, weil er Kapitalist ist«.

Die Kapitalakkumulation und der mit ihr verbundene strukturelle und technologische Wandel »befreien« die Kapitalisten in immer stärkerem Maße von ihrer industriellen Leitungsfunktion. Im Zuge der »Entprivatisierung« des Kapitals durch das Kreditsystem, die Aktiengesellschaften, Schachtaufsichtsräte, Holding-Gesellschaften, Industriebürokratie und zunehmend staatliche Bestimmung über Produktion und Kapitalexpansion wurde der kapitalistische Unternehmer durch das Management ersetzt. Die Entscheidungen der Manager werden oft nicht mehr von den Kapitaleignern vorherbestimmt, wenn sie sich auch in jedem Fall vom Profitprinzip leiten lassen. »Die vollkommen bürokratisierte industrielle Rieseneinheit«, schrieb Schumpeter, »verdrängt nicht nur die kleine oder mittelgroße Firma und >expropriert< ihre Eigentümer, sondern verdrängt zuletzt auch den Unternehmer und expropriert die Bourgeoisie als Klasse, die in diesem Prozeß Gefahr läuft, nicht nur ihr Einkommen, sondern, was unendlich viel wichtiger ist, auch ihre Funktion zu verlieren<sup>6</sup>.«

Nach Marx ist die Kapitalexpansion im wesentlichen die Reproduktion von Kapitalisten und Lohnarbeitern. »... der Gedanke von

4 Karl Marx, »Das Kapital«, Band I, MEW Bd. 23, Berlin 1966, S. 3 y r.

5 A. a. O., S. 352.

6 Joseph A. Schumpeter, »Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie«, Bern 1950, S. 218.

einigen Sozialisten, wir brauchten das Kapital, aber nicht die Kapitalisten, ist durchaus falsch. Im Begriff des Kapitals ist gesetzt, daß die objektiven Bedingungen der Arbeit - und diese sind ihr eigenes Produkt - ihr gegenüber *Persönlichkeit* annehmen, oder was dasselbe ist, daß sie als Eigentum einer dem Arbeiter fremden Persönlichkeit gesetzt sind. Im Begriff des Kapitals ist der Kapitalist enthalten?« Wenn Marx auch erkannte, daß »die kapitalistische Produktion (es) selbst ... dahin gebracht (hat), daß die Arbeit der Oberleitung, ganz getrennt vom Kapitaleigentum, auf der Straße herumläuft«<sup>8</sup>, sah er in dieser Entwicklung ein Zeichen dafür, daß die Kapitalisten für die Produktion so überflüssig geworden waren, wie sie es ihrerseits von den Geldleihern und Grundbesitzern behaupteten. »Ein Musikdirektor«, schrieb Marx, »braucht durchaus nicht Eigentümer der Instrumente des Orchesters zu sein, noch gehört es zu seiner Funktion als Dirigent, daß er irgend etwas mit dem >Lohn< der übrigen Musikanten zu tun hat?.«

Der typische Kapitalist von heute unterscheidet sich jedoch von dem, den Marx im Auge hatte, und der Manager ist heute mehr als ein »Oberoffizier«, der im Namen des Eigentümers handelt. Der moderne Manager ist kein eigentumsloser »Dirigent«, der über die Löhne nicht bestimmen kann. Wenn er auch keine Produktionsmittel besitzt, kauft er doch Arbeitskraft und eignet sich Mehrwert an. Er stellt gegenüber den Arbeitern das personifizierte Kapital dar; unter seiner Leitung ist die Wertexpansion immer noch die Reproduktion von Kapitalisten und Lohnarbeitern. Zur Klasse der Kapitalisten gehören nun nicht mehr nur die privaten Kapitaleigner, sondern auch Anteilseigner und Quasi-Kapitalisten. Sie alle haben ein Interesse daran, das ausbeuterische Lohnsystem zu erhalten. Die Übertragung unternehmerischer Funktionen auf die Manager und das Überflüssigwerden des Kapitalisten ändern nichts an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Das Management hat produktive Funktionen. Der frühe Kapitalist war ebenfalls ein »arbeitender Kapitalist«; die Ausbeutung kostet Arbeit. Der »Lohn« (d. h. Profit), den er verlangte, entsprach dem Betrag an realisierbarem Mehrwert, den er aus seinen Arbeitern herauspreßte, und hing nicht etwa von seiner eigenen Arbeitsmühe ab. Der Verdienst des Managers ist oft höher als das Einkommen vieler Kapitalisten. Die meisten Manager besitzen Anteile am Kapital ihres Un-

7 Karl Marx, »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«, Berlin 1953, S. 412.

8 »Das Kapital«, Band III, a. a. O., S. 400.

9 A. a. O.

ternehmens, üben also auch die Funktion des Kapitaleigners aus. Ihr Einkommen - Gehalt, Gratifikationen und Dividende - rührt ebenso wie der Profit der Kapitalisten nicht aus irgendeiner besonderen wertschaffenden Tätigkeit her. Tatsächlich ist die Position eines Managers oft umso höher, je weiter er vom Bereich der produktiven Arbeit entfernt ist. Der typische leitende Direktor delegiert die manageriellen Funktionen an Untergebene und beschränkt sich auf weiterreichende Entscheidungen. Sein Einkommen spiegelt das Prestige des Unternehmens wider; es kann im Einklang zur Höhe der Profite stehen, hängt aber nicht von den Aufgaben ab, die der Manager erfüllt. Es wird recht willkürlich festgelegt - stellt sozusagen einen »politischen Lohn« dar, da es den Grad der Macht anzeigt, die das Management über die Aktionäre errungen hat.

Die große Masse des Kapitals besitzen Einzelpersonen in Form von Aktien, die Anteile an einem oder mehreren Unternehmen darstellen und an der Börse gehandelt werden. »Kapitalbesitz« verweist also weitgehend nicht auf die Ansprüche bestimmter Personen gegenüber bestimmten Unternehmen und deren Profiten, sondern auf Ansprüche einer ganzen Reihe von Personen gegenüber verschiedenen Unternehmen und deren Dividenden. Sowohl das Kapital selbst als auch seine Anteilseigner sind unpersönlich; im allgemeinen wissen die Anteilseigner über »ihr« Unternehmen nichts als die Marktpreise seiner Produkte und die auf ihnen basierenden Profiterwartungen. Den Unternehmen wiederum sind die Aktionäre nicht als Personen bekannt, sondern nur nach der Nummerierung ihrer Aktien. Es gibt jedoch auch noch kleinere Unternehmen, deren Kapital sich in den Händen bestimmter Personen und Familien befindet, ebenso wie Großunternehmen - besonders der extraktiven Industriezweige und beim Grundbesitz -, deren gesamte Vermögenswerte einzelnen Personen gehören. Aber die große Masse des Kapitals konzentriert sich in Aktiengesellschaften. Der Aktienbesitz ist zugleich breit gestreut und hoch konzentriert. Viele Leute besitzen eine oder mehrere Aktien, doch der größte Teil der Aktien befindet sich in der Hand weniger. Die weite Verbreitung des Aktienbesitzes beeinflußt in keiner Weise die Einkommensverteilung, die proportional geblieben ist, während sich die Zahl der Aktionäre erhöht hat. Trotzdem lieferte diese Erhöhung den Anlaß dafür, von einem »Volkskapitalismus« zu sprechen, in dem jeder einen Anteil am gesellschaftlichen Kapital haben könne. In den USA verfügen jedoch beispielsweise nur 2 Prozent der Aktienbesitzer über etwa 58 Prozent aller Aktien und 1 Prozent der Besitzer von Vorzugsaktien verfügt über 46 Prozent aller Vorzugsaktien.

Natürlich können die z Mio. Aktionäre der *American Telephone and Telegraph Company* keinerlei Kontrolle über das Geschäftsgebaren dieses Unternehmens ausüben. Die breite Streuung des Aktienbesitzes ermöglicht nicht nur, sondern erfordert eine Kontrolle durch Minoritäten, die umso kleiner sein können, je breiter die Streuung ist. Zwar haben die Aktionäre das Recht, Vorstandsmitglieder abzusetzen. In der Praxis sieht es jedoch so aus, daß eine kleine Anzahl von Großaktionären zusammen mit dem Management alle Entscheidungsgewalt usurpiert und in dieser Position kaum je bedroht werden kann. Die Manager und Direktoren sind gewöhnlich auch Aktionäre. Aber ihre Macht gründet sich weniger auf ihren Aktienbesitz als auf ihre Position innerhalb des Unternehmens.

Dieser neuartige Kapitalismus sorgt sich angeblich mehr um das allgemeine Wohlergehen als um die Profite. Nach Keynes nähern sich Aktiengesellschaften, »wenn sie ein gewisses Alter und eine gewisse Größe erreicht haben«, »mehr dem Status einer öffentlichen Korporation ... als dem eines individuellen Privatunternehmens. Eine der wenigst bemerkten und interessantesten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist die Tendenz der Großunternehmungen, sich selbst zu sozialisieren. In der Entwicklung eines Großunternehmens kommt ein Moment, ... in dem die Kapitalbesitzer, das heißt die Aktionäre, fast gänzlich von der Verwaltung losgelöst sind, mit dem Erfolg, daß das unmittelbare persönliche Interesse der Verwaltung an großen Profiten eine sekundäre Bedeutung bekommt. Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre<sup>10</sup>«. In Wirklichkeit verhält es sich natürlich so, daß die gesamte Volkswirtschaft die Profitabilität der Großunternehmen stützen muß.

Wenn Eigentum und Kontrolle bei den modernen Großunternehmen auch auseinanderfallen, gibt es gewöhnlich zwischen den passiven Aktionären und den aktiven Managern keinerlei Interessengegensätze. Sie alle sind an der Profitmaximierung interessiert. Die Manager könnten schon deshalb keine abweichenden Ziele verfolgen, weil ihre Position und ihr Einkommen vom Fortbestand und damit von der Profitabilität ihres Unternehmens abhängen. Da sie unter den Aktienbesitzern die größte Einzelgruppe bilden, haben sie auch von dieser Seite her ein Interesse an möglichst hohen Profiten.

<sup>10</sup> John Maynard Keynes, »Das Ende des Laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft«, (Teilübers. von »Laissez-faire and Communism«, New York 1926), München und Leipzig 1926, S. 32. f.

Das Management und die Aktionäre können, obwohl sie sich über die Profitmaximierung einig sind, unterschiedliche Auffassungen über die Verteilung der Profite haben. Das Management kann seine Position innerhalb des Unternehmens dazu benutzen, sich selbst sehr hohe Gehälter, Spesen, Prämien, Optionen auf Aktien und Pensionen zu bewilligen, was auf Kosten der Dividenden geht. Die Aktionäre und Manager können sich auch darüber streiten, ob Profite verteilt oder zu Rücklagen verwendet, und welche langfristigen Maßnahmen, die die Verteilung der Dividenden beeinflussen, getroffen werden sollen. Diese Differenzen berühren in keinem Fall das Profitmotiv des Unternehmens. Trotz gegenteiliger Versicherungen ändert die partielle oder vollständige Trennung des Eigentums von der Kontrolle nichts an den Notwendigkeiten kapitalistischer Unternehmenspolitik.

Die entschädigungslose Enteignung des Privatkapitals und seine Verstaatlichung setzen der bis dahin privaten Aneignung des Mehrwerts ein Ende. Das Lohnsystem bleibt jedoch bestehen; die Staatsbürokratie stellt die neue herrschende Klasse dar, deren Mitglieder das Kapital »personifizieren«. Die Beziehungen zwischen (Privat)Kapital und Management werden durch Beziehungen zwischen Staat und Management ersetzt. Die Staatsbürokratie ist für die Produktion so überflüssig wie früher die Kapitalisten, aber die Industriemanager haben jetzt weniger Macht als zuvor. Management und Kontrolle überlappen sich immer noch, weil staatliche und managerielle Funktionen austauschbar sind. Wollte das Management aber seine im privatkapitalistischen System errungene Macht bewahren, müßte die zentrale Planung verhindert werden; denn das Management bezieht sich immer auf einzelne Unternehmen und Konzerne - nicht auf eine nationale oder gar internationale Planung von Produktion und Distribution.

Staatskapitalistische Systeme behandeln den Manager mehr als den Marxschen »Musikdirektor«, d. h. als einen »Lohnarbeiter« unter anderen. Natürlich gibt es auch hier einen Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Managern, der aus der ungleichen Verteilung von Macht, Einkommen und Prestige herrührt. Um diese sozialen Widersprüche für sich ausnutzen zu können, müßten die Manager allerdings um politischen Einfluß auf den Staatsapparat und die ihn beherrschende Partei kämpfen. Solche Kämpfe würden kaum den besonderen Interessen des einen oder anderen Unternehmens und seinem Management dienen. Sie dienen ihnen höchstens indirekt, wenn sie einen allgemeinen politischen Effekt auslösten. Könnten die Manager als Gruppe besondere Privilegien fordern? Dazu müßten sie unersetzlich, in ihrer Position unanfechtbar und organisiert sein. Nichts dergleichen trifft



zu. Die entscheidende Macht im staatskapitalistischen System liegt bei der Regierung, die über die Streitkräfte und die Polizei verfügt. Damit kann sie alle Gruppen der Gesellschaft, einschließlich der Manager, unter Kontrolle halten. Entscheidungen der Regierung kann nur diejenige Gruppe beeinflussen, die den Staatsapparat oder die Partei infiltriert. Alle offenen Teilkämpfe werden - jedenfalls wenn es möglich ist - zu Kämpfen um die Kontrolle der Regierung und, innerhalb der Regierung, um die Ersetzung einiger Personen durch andere. Das Management stellt eine Art Ausdehnung der staatlichen Kontrolle in den Produktionsbereich dar. Aufgabe der Manager ist es, die Produktion zu maximieren; ihr Gehalt richtet sich danach, inwieweit sie dieses Ziel erreichen. Die Kontrolle über das nationale Kapital - die theoretisch im Namen der Gesellschaft, praktisch im Namen der neuen herrschenden Klasse ausgeübt wird - vereinigt sowohl wirtschaftliche als auch politische Macht in den Händen des Staates. Eine derart enge Verbindung von wirtschaftlicher und politischer Macht findet sich in den kapitalistischen Markt- oder »gemischten« Systemen nicht; die politische Macht wird hier nur im Ausnahmefall benötigt, da die wirtschaftliche gewöhnlich genügt, um die Ausbeutung der Arbeit sicherzustellen. Die neue Kombination von politischem und wirtschaftlichem Zwang stärkt die kapitalistische Produktionsweise, wenn sie den herkömmlichen Kapitalismus auch vernichtet. Lohnarbeit kennzeichnet das staatskapitalistische System ebenso wie das privatkapitalistische. Und, wie Marx aufzeigte: »Keine Form der Lohnarbeit, obgleich die eine Mißstände der anderen überwältigen mag, kann die Mißstände der Lohnarbeit selbst überwältigen<sup>11</sup>« - bzw. die Klassenherrschaft über Produktion und Distribution.

11 Karl Marx, »Grundrisse...«, a. a. O., S. 43.

## 22. Wert und Sozialismus

Der Leninsche Marxismus verlieh nicht den praktischen Bedürfnissen des internationalen Klassenkampfes Ausdruck, sondern war durch die spezifischen Verhältnisse in Rußland bedingt. Hier ging es weniger um die Emanzipation als um die Schaffung des Industrieproletariats, weniger um das Ende als um eine Beschleunigung der Kapitalakkumulation. Die Bolschewiki besiegten Zarenherrschaft und Bourgeoisie im Namen von Marx und auf revolutionäre Art und Weise; aber nur, um selbst eine diktatorische Macht über die Arbeiter und Bauern zu erlangen. Mit Zwangsmaßnahmen und verschärfter Ausbeutung sollten diese zum Sozialismus geführt werden. Lenins »Orthodoxie« war Ideologie, falsches Bewußtsein von einer nichtsozialistischen Praxis. Lenins Vorschläge zur sozialistischen Organisation der Wirtschaft waren mit wenigen Ausnahmen pragmatisch; er machte keinen Versuch, sie mit der Marxschen Theorie in Zusammenhang zu bringen. Lenin meinte zu Recht, daß keiner der sozialistischen Theoretiker, die über den Sozialismus schrieben, sich mit den durch ihn aufgeworfenen Fragen auseinandergesetzt habe. Für ihn aber »schaut (der Sozialismus) jetzt bereits durch alle Fenster des modernen Kapitalismus auf uns; in jeder großen Maßnahme, die auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, zeichnet sich der Sozialismus unmittelbar, *in der Praxis*, ab<sup>1</sup>«. Sozialismus hieß, das zu tun, was der Kapitalismus schon von selbst tat - aber es besser und im Interesse der Arbeiterklasse zu machen.

Dies erforderte eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und eine verbesserte Organisation der Produktion. »Das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht, das Taylorsystem, vereinigt in sich - wie alle Fortschritte des Kapitalismus - die raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe wertvollster wissenschaftlicher Errungenschaften in der Analyse der mechanischen Bewegungen bei der

<sup>1</sup> W. I. Lenin, »Werke« Bd. 25, Berlin 1960, S. 370.

Arbeit...« Lenin zufolge hängt nun »die Realisierbarkeit des Sozialismus ... eben von unseren Erfolgen bei der Verbindung der Sowjetmacht und der sowjetischen Verwaltungsorganisation mit dem neuesten Fortschritt des Kapitalismus (ab). Man muß in Rußland das Studium des Taylorsystems, die Unterweisung darin, seine systematische Erprobung und Auswertung in Angriff nehmen<sup>2</sup>«. Was die Administration betrifft, so erfordert »das Fundament des Sozialismus unbedingte und strengste *Einheit des Willens* ..., der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden Menschen leitet. Sowohl technisch als auch ökonomisch und historisch leuchtet diese Notwendigkeit ein und ist von allen, die über den Sozialismus nachgedacht haben, stets als eine Voraussetzung anerkannt worden. Wie aber kann die strengste Einheit des Willens gesichert werden? Durch die Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzelnen<sup>3</sup>. »Jede unmittelbare Einmischung der Gewerkschaften in die Leitung der Betriebe muß unter diesen Bedingungen als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden<sup>4</sup>.« Kurz, alles sollte so wie unter dem Kapitalismus gehandhabt werden; nun aber im Dienst der »ganzen Gesellschaft« und nicht um der Akkumulation des Privatkapitals willen. Nach Lenin stellten sich beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft weniger soziale als technische Fragen; es ging um die Ankurbelung der Industrie, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, gesunde Finanzpolitik, Elektrifizierung usw.

Von einigen allgemeinen Bemerkungen abgesehen beschäftigte sich Marx nicht mit der Organisation einer sozialistischen Gesellschaft. Er wollte mit seinen ökonomischen Schriften nicht die »Wissenschaft vom Wirtschaften« bereichern, sondern die sozialen Verhältnisse enthüllen, die ihren fetischistischen Ausdruck in der politischen Ökonomie fanden. Obwohl die politische Ökonomie für das Proletariat »zunächst und vor allem... Feindesland« ist<sup>5</sup>, muß sie angegangen werden, um die »ökonomischen Beziehungen« als kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse zu entlarven und zu zeigen, daß die Widersprüchlichkeiten der kapitalistischen Praxis und Entwicklung durch den Klassengegensatz bedingt sind. Nach Marx gelten die »ökonomischen Gesetze« der politischen Ökonomie im Sozialismus nicht; vielmehr setzt dieser ihnen ein Ende. An ihre Stelle tritt die bewußte Regulierung von Produk-

2 W. I. Lenin, »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«, in »Werke« Bd. 27, Berlin 1960, S. 249 f.

3 A. a. O., S. 259.

4 W. I. Lenin, »Werke« Bd. 33, Berlin 1966, S. 174.

5 Karl Korsch, »Karl Marx«, Frankfurt/M 1967, S. 60.

tion und Distribution durch die assoziierten Produzenten selbst, die sich dazu technisch-organisatorischer Hilfsmittel bedienen.

Die sowjetische Wirtschaftsplanung richtete sich anfangs theoretisch am Marxschen Begriff der gesellschaftlichen Produktion als Reproduktionsprozeß aus. Die Planer hielten die Schemata der einfachen und erweiterten Reproduktion, die Marx nach dem Vorbild von Quesnays »*Tableau economique*« im zweiten Band des »Kapital« entwickelt<sup>6</sup>, für auf alle Gesellschaftsformationen anwendbar und besonders brauchbar zur Lösung der Probleme einer sozialistischen Wirtschaft. Auf der Grundlage dieser Schemata entwarfen sowjetische NationalökonomInnen makro-ökonomische Modelle, die eine Planwirtschaft im Gleichgewicht als durchführbar erscheinen ließen?

Die Marxschen Reproduktionsschemata zeigen, wie die Produktions- und Tauschverhältnisse beschaffen sein müssen, damit sich die Kapitalproduktion nach ihrer Wert- und Gebrauchswertseite hin vollziehen kann. »Solange wir die Wertproduktion und den Produktenwert des Kapitals individuell betrachteten«, schreibt Marx, »war die Naturform des Warenprodukts für die Analyse ganz gleichgültig ... Soweit die Reproduktion des Kapitals in Betracht kam, genügte es zu unterstellen, daß innerhalb der Zirkulationssphäre der Teil des Warenprodukts, welcher Kapitalwert darstellt, die Gelegenheit findet, sich in seine Produktionselemente und daher in seine Gestalt als produktives Kapital rückzuverwandeln; ganz wie es genügte zu unterstellen, daß Arbeiter und Kapitalist auf dem Markte die Waren vorfinden, worin sie Arbeitslohn und Mehrwert verausgaben. Diese nur formelle Manier der Darstellung genügt nicht mehr bei Betrachtung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und seines Produktenwerts. Die Rückverwandlung eines Teils des Produktenwerts in Kapital, das Eingehen eines andern Teils in die individuelle Konsumtion der Kapitalisten- wie der Arbeiterklasse - bildet eine Bewegung innerhalb des Produktenwerts selbst, worin das Gesamtkapital resultiert hat; und diese Bewegung ist nicht nur Wertersatz, sondern Stoffersatz, und ist daher ebensowohl bedingt durch das gegenseitige Verhältnis der Wertbestandteile des gesellschaftlichen Produkts wie durch ihren Gebrauchswert, ihre stoffliche Gestalt<sup>8</sup>.«

Die Marxschen Reproduktionsschemata brauchen hier nicht dargestellt werden. Es genügt zu erinnern, daß Marx die gesellschaftliche Gesamt-

6 Vgl. Kapitel 20 und 21.

7 Einige dieser Versuche sind dokumentiert in N. Spulber (Hrsg.), »Foundations of Soviet Strategy for Economic Growth«, Bloomington 1964.

8 Karl Marx, »Das Kapital« Bd. II, MEW Bd. 24, Berlin (Ost) 1963, S. 393.

produktion in zwei Abteilungen gliederte - Produktion von Produktionsmitteln und Produktion von Konsumgütern. Jede Abteilung setzt sich aus konstantem und variablem Kapital zusammen und produziert Mehrwert. Vermittels der Transaktionen zwischen beiden Abteilungen reproduziert sich das Gesamtkapital. »Die einfache Reproduktion«, schreibt Marx, »ist der Sache nach auf die Konsumtion als Zweck gerichtet«, und »soweit die einfache Reproduktion Teil... jeder jährlichen Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter (ist), bleibt dies jvlotiv in Begleitung von und im Gegensatz zu dem Motiv der Bereicherung als solcher?.« Die erweiterte Reproduktion unterscheidet sich von der einfachen dadurch, daß ein Teil des gesamten Mehrwerts von den Kapitalisten nicht konsumiert, sondern in zusätzliches Kapital verwandelt wird. Dabei ändert sich »nicht die Quantität, sondern die qualitative Bestimmung der gegebenen Elemente der einfachen Reproduktion ..., und diese Änderung ist die materielle Voraussetzung der später folgenden Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter<sup>10</sup>«.

Was auch immer die methodologischen Verdienste der Marxschen Reproduktionsschemata sind: auf keinen Fall können sie als der bürgerlichen Gleichgewichtstheorie nahekommendes Modell gewertet werden. Der in ihnen beschriebene Reproduktionsprozeß ist nach Marx nur möglich bei einer »Kontrolle der Gesellschaft über die gegenständlichen Mittel ihrer eignen Reproduktion<sup>11</sup>«. Diese Kontrolle setzt die Beseitigung des Wertaspekts der kapitalistischen Produktion voraus; denn die widersprüchliche Bewegung der Wert- und Gebrauchswertproduktion bedingt die Anarchie, d. h. die Unfähigkeit des Kapitalismus, Produktion und Reproduktion rational zu organisieren. »Die Tatsache, daß die Warenproduktion die allgemeine Form der kapitalistischen Produktion ist«, schreibt Marx, »schließt bereits die Rolle ein, die das Geld, nicht nur als Zirkulationsmittel, sondern als Geldkapital in derselben spielt, und erzeugt gewisse, dieser Produktionsweise eigentümliche Bedingungen des normalen Umsatzes, also des normalen Verlaufs der Reproduktion, sei es auf einfacher, sei es auf erweiterter Stufenleiter, die in ebenso viele Bedingungen des anormalen Verlaufs, Möglichkeiten von Krisen umschlagen, da das Gleichgewicht - bei der naturwüchsigen Gestaltung dieser Produktion - selbst ein Zufall ist<sup>12</sup>.«

Das »Gleichgewicht« des Reproduktionsschemas, bei dem Wertpro-

9 A. a. O.; S. 410.

10 A. a. O., S. 501.

11 A. a. O., S. 465.

12 A. a. O., S. 490 f.

duktion und materielle Produktion harmonieren, illustriert die wesentlichen Voraussetzungen eines friktionslosen kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Es ist aber nur in der Abstraktion möglich: wie die Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage oder von Wert und Preis kommt es in der kapitalistischen Wirklichkeit nur zufällig einmal zustande. Die sowjetischen Nationalökonomien, die ihre Modelle nach dem Vorbild der Marxschen Reproduktionsschemata entwickelten, befaßten sich nur mit dem materiellen, nicht mit dem Wertaspekt der Produktion. Das Verhältnis von Produktion und Distribution sollte »anhand ihrer materiellen Darstellung untersucht werden, d. h. als die Summe konkreter Produkte in ihrer konkreten Bewegung vom Produzenten zum Konsumenten... Die Wirtschaft wird hier als eine Art Naturalwirtschaft betrachtet, in der die Produktion als Summe der Materialien und Dinge erscheint, die im Laufe eines Jahres hergestellt wurden, und die Verteilung der produzierten Dinge in ihrem materiellen Ausdruck untersucht werden muß\*«. Selbst wenn das Geld »die Rolle eines Maßstabs spielen muß, eines Mittels, um die verschiedenartigen Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktion auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen... untersucht die gesellschaftliche Bilanz die Produktion und Konsumtion von Gütern als einen materiellen Prozeß«.

Die sowjetische Planung ist in der Tat eine Planung materieller Prozesse gewesen. Ihre Ziele waren das Wachstum der Wirtschaft und die Entwicklung der Industrie - oder, bürgerlich gesprochen, die Akkumulation von Kapital. Durch administrierte Löhne und Preise kann annähernd bestimmt werden, welcher Anteil des Sozialprodukts den Produzenten in Form von Konsumgütern zufallen soll, wie sich die Güter auf die Verbraucher verteilen sollen und welcher Teil zur Ausdehnung des Produktionsapparates dienen soll. Löhne und Preise sind hier die Medien, um das Sozialprodukt nach einem zentralen Plan, der sich auf die materielle Produktion bezieht, hervorzubringen und zu verteilen.

Marx zufolge ist »das Maß der Arbeit die Zeit. Bloß weil die Produkte Arbeit sind, können sie gemessen werden durch das Maß der Arbeit, durch die Arbeitszeit«<sup>1</sup>. Weil jedoch im Kapitalismus »der Preis nicht gleich dem Wert ist, kann das wertbestimmende Element - die Ar-

13 P. I. Popov, »Introduction to the Balance of the National Economy«, in »Foundations . . .«, a. a. O., S. 18.

14 A. a. O.

IJ Karl Marx, »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«, Berlin (Ost) 1953 I S. 507.

beitszeit - nicht das Element sein, worin die Preise ausgedrückt werden<sup>10</sup>«. Da im Kapitalismus »die Arbeitszeit als Wertmaß nur ideal existiert, kann sie nicht als die Materie der Vergleichung der Preise dienen?<sup>11</sup>«. Doch ist oft behauptet worden, daß die im Marx'schen Werteschema der Kapitalentwicklung angenommene indirekte Regulierung des kapitalistischen Systems durch das Wertgesetz die Grundlage einer direkten Regulierung der Produktion im sozialistischen System sein könne. Dies sei durch eine Art »Rückverwandlung« der Preise in Werte möglich, wenn diese Werte auch nicht mehr indirekt über den Marktwettbewerb durchgesetzt, sondern durch sozialistische Planungsgremien direkt gesetzt würden. Die Möglichkeit einer solchen »Rückverwandlung« ist z. B. in Sweezys These enthalten, daß »im Gegensatz zu einigen anderen Werttheorien... Marx' Werttheorie das große Verdienst (hat), mit den tatsächlichen Rechenkategorien des kapitalistischen Unternehmens übereinzustimmen<sup>18</sup>«. Wenn dies so ist, kann man natürlich annehmen, daß nur die unzulängliche Preisform des Wertes, nicht aber der Wert selbst in einer sozialistischen Gesellschaft verschwinden wird. Joan Robinson meint beispielsweise, weil wenig oder nichts mit dem Wertgesetz unter kapitalistischen Bedingungen anzufangen sei, könne Marx mit seiner Auffassung recht gehabt haben, daß es im Sozialismus »zur vollen Geltung käme<sup>1</sup>«.

Wenn Marx auch keineswegs dieser Auffassung war, so glaubten doch einige sowjetische Nationalökonomien, daß das Wertgesetz sowohl auf kapitalistische als auch auf sozialistische Verhältnisse anwendbar sei. Wert und Produktionskosten werden hier gleichgesetzt; ohne Kenntnis der Produktionskosten sei eine gesellschaftliche Planung nicht möglich. Andere Ökonomen, vor allem Bucharin und Preobaschenski, hielten daran fest, daß das Wertgesetz nur für eine warenproduzierende Marktwirtschaft gelte; im Sozialismus verschwänden alle bürgerlichen Kategorien wie Geld, Preis, Lohn, Zins, Grundrente, Profit - der Wirtschaftsprozess werde unmittelbar in materieller Form berechnet. Nach Preobaschenski verwechseln diejenigen, die dem Wertgesetz allgemeine Gültigkeit zuschreiben, den Regulierungsprozeß innerhalb der Warenproduktion mit der regulierenden Rolle des Arbeitsaufwands in jedem System gesellschaftlicher Produktion. Das Wertgesetz als einzigen Regulator des sowjetischen Wirtschaftssystems anzuerkennen, hieß dessen sozialistischen Charakter zu leug-

16 A. a. O., S. 58.

17 A. a. O., S. 59.

18 Paul M. Sweezy, »Theorie der kapitalistischen Entwicklung«, Köln 1959, S. 48.

19 Joan Robinson, »An Essay on Marxian Economics«, London 1942, S. 23.

nen. »Wir brauchen uns nur vorzustellen«, schrieb er, »daß das Wertgesetz die sozialistische Produktion oder der Plan die Warenproduktion reguliert, um zu erkennen, daß wir den Regulierungsmechanismus nicht von der gesamten Struktur der jeweiligen Gesellschaft abtrennen können<sup>10</sup>«.

Die Behauptung, das Wertgesetz gelte auch im Sozialismus, führte zu einer breiten Diskussion, die von Stalin autoritativ beendet wurde. »Wo es Waren und Warenproduktion gibt«, schrieb er, »kann das Wertgesetz nicht fehlen. Die Wirkungssphäre des Wertgesetzes erstreckt sich bei uns vor allem auf die Warenzirkulation, auf den Warenaustausch im Wege von Kauf und Verkauf, auf den Austausch vor allem von Waren des persönlichen Konsums. Hier, auf diesem Gebiet, bewahrt das Wertgesetz, natürlich innerhalb bestimmter Schranken, die Rolle eines Regulators. Aber die Wirkung des Wertgesetzes ist nicht auf die Sphäre der Warenzirkulation beschränkt. Sie erstreckt sich auch auf die Produktion. Allerdings hat das Wertgesetz in unserer sozialistischen Produktion keine regulierende Bedeutung, aber immerhin wirkt es auf die Produktion ein... Im Zusammenhang damit haben in unseren Betrieben Fragen wie die der wirtschaftlichen Berechnung und der Rentabilität, der Selbstkosten, der Preise u. dgl. m. aktuelle Bedeutung. Deswegen können und dürfen unsere Betriebe nicht ohne Berücksichtigung des Wertgesetzes auskommen<sup>11</sup>«.

Was bedeutet »Berücksichtigung des Wertgesetzes«? Nach Stalin »lehrt« sie »unsere Wirtschaftler, ... die Produktionswerte zu berechnen ..., die Produktionsmethoden systematisch zu verbessern, die Selbstkosten der Produktion zu senken, der wirtschaftlichen Berechnung Geltung zu verschaffen und danach zu streben, daß die Betriebe rentabel seien<sup>21</sup>«. Obwohl sich nach Marx' Definition die Arbeitswerttheorie ausschließlich auf die kapitalistische Produktion und der Begriff des Mehrwerts auf die Ausbeutung der Arbeit bezieht, widerspricht in Stalins Definition die Werttheorie den Erfordernissen einer sozialistischen Gesellschaft nicht. Man braucht nur »einige Begriffe«, die im »Kapital« enthalten sind, zu »verwerfen« - »wie >notwendige< und >Mehr<arbeit, >notwendiges< und >Mehr<produkt, >notwendige< und >Surplus<arbeitszeit<sup>23</sup>«. Stalin fand es »mehr als sonderbar, sich dieser Begriffe jetzt zu bedienen, wo die Arbeiterklasse keineswegs

20 E. A. Preobazhensky, »The New Economics«, London 1965, S. 29.

21 J. Stalin, »Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR«, Moskau 1952, S. 23 f.

22 A. a. O., S. 24 f.

23 A. a. O., S. 22.



der Macht und der Produktionsmittel beraubt ist, sondern im Gegenteil die Macht in der Hand hat und die Produktionsmittel besitzt. Jetzt, bei unserem System, klingen Worte von der Arbeitskraft als Ware, von der >Dingung< von Arbeitern recht absurd: als ob die im Besitz der Produktionsmittel befindliche Arbeiterklasse sich bei sich selbst verdinge und sich selbst ihre Arbeitskraft verkaufe. Ebenso absonderlich ist es, jetzt von >notwendiger< und >Mehr<arbeit zu reden: als ob unter unseren Verhältnissen die Arbeit, die der Arbeiter zur Ausdehnung der Produktion, zur Entwicklung des Bildungswesens, der Gesundheitsvorrichtungen, zur Organisierung der Verteidigung usw. für die Gesellschaft leistet, für die jetzt an der Macht stehende Arbeiterklasse nicht ebenso notwendig wäre wie die für die Deckung des persönlichen Bedarfs des Arbeiters und seiner Familie geleistete Arbeit«<sup>24</sup>.

Stalins Auffassung zum Problem des Wertes im Sozialismus herrscht auch nach seinem Tode vor. Nach 1956 hat es Diskussionen darüber gegeben, ob das Wertgesetz nur beschränkte oder allgemeine Gültigkeit besitzt, d. h. ob es sich nur auf den Verbrauchermarkt oder auf alle zirkulierenden Güter anwenden läßt. Einige leugneten den Warencharakter der sowjetischen Produkte und wollten folglich das Wertgesetz im Sinne der Marxschen »Ökonomie der Zeit« zur Bemessung, Bewirtschaftung und Allokation des Sozialprodukts verwenden. Andere behaupteten dagegen, daß die sowjetische Wirtschaft, gerade weil sie als »geplante Warenproduktion« betrachtet wird, »auf dem Wertgesetz und den Ware-Geld-Beziehungen basieren« sollte<sup>25</sup>?. Diese allgemeine Verwirrung wird noch durch diejenigen Ökonomen verstärkt, die sich die bürgerliche Marginalanalyse zunutze machen, sich mit anderen Produktionsfaktoren als der Arbeit beschäftigen wollen. Bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler feiern dies wiederum als Preisgabe der Marxschen Arbeitswerttheorie durch die »Marxisten« selbst, als ob diese der sowjetischen Wirtschaftspraxis je zugrundegelegen hätte oder die Wirtschaftstheorie des Sozialismus sein könnte.

Die Verwirrung um die Arbeitswerttheorie geht natürlich nicht allein auf Denkfehler der Theoretiker zurück, sondern auf ihre Versuche, ein nichtsozialistisches Produktions- und Distributionssystem als sozialistisches zu beschreiben. Sie tun dies, weil ihrer Definition nach der Sozialismus sich auf die staatliche Kontrolle über die Produktionsmittel und die zentrale Planung der Wirtschaft beschränkt. Eine Planung, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen und den ökonomischen Notwen-

24 A. a. O., S. 22.

25 Y. Liberman, »The Soviet Economic Reform«, in »Foreign Affairs«, Oktober 1967, S. 53.

digkeiten angemessen ist, können sie sich nur als Planung gemäß dem Wertgesetz vorstellen. Unter kapitalistischen Verhältnissen, sagt man, »wirkt das Wertgesetz als ein elementares Gesetz des Marktes, das unvermeidlich mit der Vernichtung produktiver Kräfte, mit Krisen und anarchischer Produktion verknüpft ist. Im Sozialismus wirkt es als bewußt angewandtes Gesetz unter den Bedingungen einer geplanten und krisenfreien Wirtschaftsentwicklung<sup>25</sup>«.

Wenn man sagt, das Wertgesetz liege ökonomischen Prozessen zugrunde, heißt das, daß die gesellschaftliche Produktion in einer bestimmten Weise reguliert wird, wenn sich auch niemand darum kümmert und eine Regulierung unter privatkapitalistischen Verhältnissen praktisch unmöglich ist. Die »Regulierung« ergibt sich über den Marktwettbewerb und über Krisen. Wenn es nun aber kein Privateigentum an Produktionsmitteln gibt; wenn die Produktion zentral geplant wird; wenn Preise und Löhne administriert sind und über die Ausweitung der Produktion bewußt entschieden wird - dann können die *Resultate* von Wettbewerb und Krise, in denen sich das Wirken des Wertgesetzes zeigt, gar nicht entstehen. Das Wertgesetz »bewußt« anwenden, kann also nur heißen, die Wirkungen von Wettbewerb und Krise in die Planung einzubeziehen - mit anderen Worten, den Markt und das Privateigentum wiederherzustellen, was offensichtlich unsinnig ist.

Vielleicht sprach Stalin deshalb von einem »streng begrenzten und in bestimmte Schranken verwiesenen« Wertgesetz, d. h. einem Wertgesetz, das sich nur bei der Zirkulation der Konsumgüter auswirkt und die Produktionssphäre nur deshalb »beeinflußt«, weil in dieser das Prinzip der Profitabilität nicht außer Acht gelassen werden kann - auch wenn es durch die Entscheidungen der Planungsbehörde modifiziert wird. Aber obwohl das »modifizierte« Wertgesetz die Produktion beeinflusst und die Distribution reguliert, machte Stalin keinen Unterschied zwischen Wert und Mehrwert, notwendiger Arbeit und Mehrarbeit - *per definitionem* gehörte ja jetzt das gesamte Sozialprodukt der ganzen Gesellschaft.

In der Sowjetunion wird die geplante Gesamtproduktion entweder in gegenständlicher Form oder in Geldwerten ausgedrückt. Obwohl Preise, Löhne und Gewinne als ökonomische Kategorien immer noch gelten, sind sie nicht mehr unabhängige Größen, sondern lediglich Ausdrücke für Mengen von Gegenständen, die vom Staat zugeteilt

26 »Teaching of Economics in the Soviet Union«, in »The American Economic Review«, September 1944, S. 52f.

werden. Die Allokation von Ressourcen hängt hier nicht mit dem Preismechanismus zusammen; eher werden Preise, Löhne und Gewinne dazu benutzt, um die vom Plan geforderte Allokation der Ressourcen sicherzustellen. Da dies schwierig ist, enthält der Plan nur grobe Schätzwerte, die dauernd verändert werden. Bis jetzt ist alle Planung sozusagen behelfsmäßig gewesen; sie wurde unter Bedingungen versucht, die für eine Kontrolle der Wirtschaft nicht besonders günstig waren. Unterentwickelte Länder, die eine schnelle Kapitalakkumulation nötig haben, benutzten die Wirtschaftsplanung. Die forcierte Industrialisierung mit politischen Mitteln führte von staatlichem Dirigismus zu unmittelbarer staatlicher Kontrolle und schuf so die Bedingungen für eine geplante Entwicklung der Wirtschaft. Der Plan und seine Verwirklichung spiegeln die allgemeine Rückständigkeit wider; sie können nicht besser sein als die Verhältnisse, die sie ändern sollen.

Das Volkseinkommen ist in der Sowjetunion gleich dem Wert des materiellen Gesamtprodukts, dem wiederum die Summe der Verkaufspreise der materiellen Güter entspricht - abgesehen von der Amortisation des fixen Kapitals. Die gesellschaftliche Nachfrage wird sowohl durch die Kontrolle der persönlichen Einkommen als auch der Allokation der produktiven Ressourcen gesteuert. Die Preise basieren angeblich auf den durchschnittlichen Produktionskosten aller Unternehmen, die dieselben Produkte herstellen. Die Ladenpreise für Güter und Dienstleistungen werden so festgesetzt, daß sie dem Niveau der persönlichen Einkommen entsprechen. Sie werden entsprechend dem Angebot und der Nachfrage verändert. Die Geldlöhne werden durch die Preispolitik manipuliert. Der Staat schöpft die Gewinne mittels einer Umsatzsteuer ab, die sich an der Differenz zwischen Verkaufspreisen und tatsächlichen Produktionskosten orientiert.

Bei administrierten Löhnen und Preisen kann annähernd bestimmt werden, wie groß der Anteil der Arbeiter an der gesellschaftlichen Gesamtproduktion sein und aus welchen Waren er sich zusammensetzen soll. Die Preise für Konsumgüter können so festgesetzt werden, daß die Auswahl der Arbeiter *praktisch* auf die Waren beschränkt ist, die ihnen die Regierung zugesteht. Knappe Waren können noch weiter verknappt werden, so daß nur privilegierte Schichten in ihren Genuß kommen. Alle Formen gesellschaftlicher Produktion stehen vor der Notwendigkeit, die arbeitende Bevölkerung am Leben und bei Arbeit zu halten; im Kapitalismus findet diese Notwendigkeit ihren Ausdruck im Wert der Arbeitskraft, der den Mehrwert oder die Mehrarbeit bestimmt und beschränkt. Wenn nun notwendige Arbeit *und*

Mehrarbeit das gemeinsame Eigentum der vergesellschafteten Produzenten sind, ist es völlig sinnlos, von einem Wertgesetz als Regulator der gesellschaftlichen Distribution und von der Auswirkung dieser Regulierung auf den Produktionsprozeß zu sprechen. Wenn das Sozialprodukt Eigentum der ganzen Gesellschaft wäre, könnte seine sektorale Aufgliederung in Konsumtion, Reproduktion und Expansion ebenso gut direkt in Arbeitszeitmengen ausgedrückt werden, die sich nicht mehr auf Wertrelationen beziehen würden, sondern auf rein technische Arrangements, die das richtige Funktionieren des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses sicherstellen.

Es gibt einen zwingenden Grund, am Wertgesetz in seiner sowjetischen Definition festzuhalten: der Ungleichheit, die in der staatlich kontrollierten Wirtschaft herrscht, soll der Anschein einer »ökonomischen Gesetzmäßigkeit« verliehen werden. Weil hier der »Marxismus« herrschende Ideologie ist, muß nicht nur erklärt werden, daß die Produktion die Reproduktion einschließt und daß Fortschritt erweiterte Reproduktion bedeutet, zu welchem Zweck der gegenwärtige Konsum eingeschränkt werden muß; es ist auch notwendig, die Lohnunterschiede zwischen den Arbeitern und die unterschiedlichen Einkommen von Arbeitern und administrativen Kadern nicht als willkürliche, den Launen einer neuen herrschenden Klasse entsprechende, erscheinen zu lassen, sondern als durch ein »ökonomisches Gesetz« bestimmte, das jedem gemäß seiner Leistung einen Anteil zufallen läßt. Da es in der Sowjetunion nominell nur produktive Arbeiter gibt, müssen ihre unterschiedlichen Lebensstandards durch die Unterschiede ihrer Produktivität erklärt werden - und durch die ökonomische Notwendigkeit, diese Unterschiede, wenigstens auf der gegenwärtigen Stufe der Entwicklung, zu berücksichtigen.

Die Arbeit entsprechend ihrer Produktivität zu entlohnen, heißt gelernten Arbeitern mehr zu geben als ungelerten. Wegen der Ausbildungskosten sind die Reproduktionskosten der gelernten Arbeiter höher als die der ungelerten. Lohndifferenzen können somit durch die unterschiedliche Produktivität der Arbeit und durch die variierende Arbeitsintensität erklärt werden. Da die Arbeit ungleich ist, würde gleiche Entlohnung eine »Ausbeutung« der produktiveren durch die weniger produktiven Arbeiter bedeuten. In bolschewistischer wie auch in bürgerlicher Sicht würde das den Anreiz beseitigen, sich für qualifiziertere und damit produktivere Arbeiten ausbilden zu lassen und sie zu übernehmen - zum Schaden der Gesellschaft. Einkommensunterschiede werden als unausweichliches Erfordernis der gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet.

Arbeit ist in der Marxschen Arbeitswerttheorie auf abstrakte, einfache Arbeit reduziert. Der Marxsche Wertbegriff bezieht sich auf *abstrakte gesellschaftliche Aggregate* von notwendiger Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit. Dies ermöglicht es, die Facharbeit als ein Vielfaches von einfacher Arbeit zu betrachten, wie auch Wert und Preis miteinander gleichzusetzen. Sowohl die Löhne als auch die Preise weichen von den Arbeitszeitwerten ab. Wenn man sagt, daß das kapitalistische Wertgesetz sich auf die Planwirtschaft anwenden läßt, kann man nur meinen, daß es sich auch hier auf die gesellschaftlichen Aggregate von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit bezieht; diese sind jetzt aber keine unbekanntenen Größen mehr, sondern Daten, die durch eine gesellschaftliche Bestandsaufnahme in Form von Arbeitszeiteinheiten oder in entsprechenden Geldwerten berechnet werden können. Die Beiträge von einzelnen oder gesellschaftlichen Gruppen zu der Gesamtmasse der Produkte, in der die Gesamtmenge der verausgabten Arbeitszeit vergegenständlicht ist, wären damit nicht berechnet. Aber durch die sich verändernde Relation der aggregierten notwendigen Arbeitszeit und der aggregierten Mehrarbeitszeit würde sichtbar, ob die Ausbeutung zu Zwecken der Akkumulation zu- oder abnimmt. Diese Zu- oder Abnahme der Ausbeutung wäre in der staatlich kontrollierten Wirtschaft ein wahrnehmbares Phänomen, während sie in der privatkapitalistischen Wirtschaft nur mittelbar, in der Bewegung des Marktes, im Wechsel von Prosperität und Krise zu entdecken ist. Theoretisch könnte die staatlich kontrollierte Wirtschaft die gesellschaftlichen Aggregate je nach politischem Gutdünken verändern, den Prozeß der Kapitalbildung verlangsamen oder beschleunigen.

Nach Marx bestimmt die *allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit* den Wert. Der Wert einer Ware bestimmt sich nicht durch die spezifische Menge an Arbeitszeit, die in ihr enthalten ist, sondern durch den relativen Anteil an der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeitszeit, den sie repräsentiert. Daraus folgt, daß die Wirtschaft nicht in einen wertbestimmten und einen nicht wertbestimmten Bereich aufgeteilt werden kann. Entweder wird die Wirtschaft insgesamt vom Wertgesetz reguliert oder nicht. Es ist nicht möglich, mit Stalin etwa zu sagen, daß das Wertgesetz zwar den Konsumbereich reguliert, den Produktionsbereich aber nicht.

Der abstrakte Wert der Arbeitskraft erklärt nicht die tatsächlichen Löhne und ihre Differenzierung. Marx interessierte sich nicht für den einzelnen, durch Angebot und Nachfrage bestimmten Lohn. Die Lohn-differenzen sind durch die unterschiedlichen Reproduktionskosten der Arbeit begründet. Aber wenn die gesellschaftlichen Aggregate von

Wert und Mehrwert betrachtet werden, verschwinden sie durch die Gleichsetzung von qualifizierter mit vervielfachter einfacher Arbeit. Die Einzellöhne können mit Hilfe des Wertbegriffs nicht bestimmt werden; sie sind historisch gegebene Größen.

In der staatlich kontrollierten Wirtschaft könnte das Wertgesetz nur hinsichtlich der aggregierten Größen des konstanten Kapitals, des variablen Kapitals und des Mehrwerts, sowie ihrer sich im Verlauf der Kapitalbildung verändernden Beziehungen zueinander gültig sein. Unter den Bedingungen privatwirtschaftlicher Kapitalakkumulation kann die materielle Expansion des Kapitals nur als Akkumulation von Tauschwert vonstatten gehen. Im Staatskapitalismus muß das nicht so sein; vielmehr kann hier gewählt werden zwischen einer Berechnung des wachsenden Wohlstands in der abstrakten Form zusätzlicher Kapitalwerte und einer Organisation der gesellschaftlichen Produktion und Distribution gemäß den realen, physischen Gütern und Leistungen, ohne Rücksicht auf die Wertrelationen.

Marx sah die Entstehung staatskapitalistischer Systeme nicht voraus, die heute als Verwirklichung des »Marxschen Sozialismus« ausgegeben werden. Für ihn war Sozialismus in erster Linie das Ende der Wertproduktion und damit auch das Ende der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. »Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft«, schrieb Marx, »tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwendete Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene, sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren<sup>27</sup>.« Nach Marx war im Hinblick auf die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse kein gesellschaftlicher Wandel möglich, wenn nicht die Produktionsverhältnisse verändert würden. »Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel«, schrieb er, »ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst ... Die kapitalistische Produktionsweise z. B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft, ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsum-

27 Karl Marx, »Kritik des Gothaer Programms«, MEW Bd. 19, Berlin (Ost) 1962, S. 19 f.

tionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel<sup>28</sup>.«

Marx zufolge hängt die Art und Weise der Distribution von der Produktionsweise ab. In einer Gesellschaft, in der die Arbeiter keine Kontrolle über die Produktionsmittel haben, sondern ihre Arbeitskraft an andere verkaufen, die diese Kontrolle ausüben, wird die Distribution ebenso antagonistisch sein wie das Verhältnis zwischen den Produzenten und denen, die sich die Mehrarbeit aneignen, im Produktionsbereich. Das staatskapitalistische System ist weder kapitalistisch im herkömmlichen Sinn, noch stellt es den Sozialismus dar, den Marx erträumte. Vom privatkapitalistischen Standpunkt aus kann es einfach deshalb als *Staatssozialismus* beschrieben werden, weil es das Kapital in den Händen des Staates zentralisiert; vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus muß es als *Staatskapitalismus* bezeichnet werden, weil es die kapitalistische Verteilung der Produktionsbedingungen zwischen Arbeitern und Nichtarbeitern beibehält.

Für Marx »reguliert« das Wertgesetz allein den Marktkapitalismus. Vom Wertgesetz als »Regulator« der Wirtschaft zu sprechen, wenn spezifisch kapitalistische Marktverhältnisse fehlen, kann nur heißen, daß man die *Begriffe* »Wert« und »Mehrwert« beibehält, obwohl sie nun nur noch die Relation zwischen Arbeit und Mehrarbeit bezeichnen. Im Kapitalismus ist die Arbeitskraft eine Ware wie jede andere; weil alle Waren nur über den Tauschprozeß miteinander vermittelt werden, müssen sie als Tauschwert realisiert sein, bevor sie Gegenstand des Ge- und Verbrauchs werden können. In der staatlich kontrollierten Wirtschaft können Kapital und Arbeit unabhängig von Marktverhältnissen und Werterwägungen eingesetzt werden - unmittelbar im Hinblick auf den gesellschaftlichen Nutzen, wie ihn die Kontrollinstanzen verstehen. Wenn dies teilweise geschieht und teilweise unterlassen wird, so deshalb, weil das staatskapitalistische System sich nicht als das zu erkennen geben will, was es ist, nämlich als ein Ausbeutungssystem, das auf der unmittelbaren Kontrolle einer herrschenden Minderheit über eine beherrschte Mehrheit beruht.

Die kapitalistische Ausbeutung unterscheidet sich von jeder vorangegangenen Form der Ausbeutung dadurch, daß sie ohne direkten Zwang geschieht. Der Produktionsmittel beraubt, haben die Arbeiter keine andere Wahl, als ihre Arbeitskraft zu den geltenden Marktpreisen zu verkaufen. Sie akzeptieren die Ungleichheit als von den Marktver-

<sup>28</sup> A. a. O., S. 22.

hältnissen bestimmt; die Tatsache der Ausbeutung kann ihnen so verborgen bleiben. Sie versuchen, die Marktverhältnisse im Wettbewerb um gutbezahlte Arbeitsplätze und im Kampf um höhere Löhne zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Der Markt und - innerhalb gewisser Grenzen - die konkurrenzbestimmte Ausnutzung des Marktes erlauben eine raffiniertere Ausbeutung als der direkte physische Arbeitszwang. Das verfeinerte Verfahren ist natürlich auch für die Arbeiter fortschrittlicher, weil Lohnarbeit ganz allgemein der Zwangsarbeit vorzuziehen ist. Das staatskapitalistische System zieht ebenfalls die Lohnarbeit der Zwangsarbeit vor; daher übernimmt es, wo immer möglich, die Mechanismen der Marktwirtschaft.

Der *Schein* kapitalistischer Marktverhältnisse innerhalb der staatlich kontrollierten Wirtschaft legt die fortdauernde Gültigkeit des Wertgesetzes nahe. In Wirklichkeit kann das Wertgesetz jedoch nicht wirken, weil die Marktrelationen künstlich hergestellt werden. Die Planungsbehörden *orientieren lediglich ihre Pläne am Modell der kapitalistischen Marktwirtschaft*, weil sie Produktion und Distribution nicht nach sozialistischen Prinzipien organisieren können; sie wagen es nicht mehr, mit den Realitäten der Ausbeutung und Kapitalakkumulation so offen umzugehen, wie es für die Anfänge des sowjetischen Staatssozialismus charakteristisch war. Während dieser ersten Periode - die später abfällig als von außen aufgezwungener Kriegskommunismus bezeichnet wurde - sollte die Warenproduktion mit ihren Kategorien Wert, Preis, Gewinn und Lohn durch eine zentralisierte Naturalwirtschaft ersetzt werden, die entsprechend den sachlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Produktion und Distribution verwaltet würde.

In unterentwickelten kapitalistischen Ländern muß eine derart zentralisierte Verwaltung die Ausweitung der Produktion und damit die Bildung von Kapital zu ihrer vordringlichen Aufgabe machen. Wefin dabei zugleich der Markt zerstört werden soll, müssen Produktion und Konsumtion staatlich gelenkt werden, sei es mit oder ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung. Die Allokation der produktiven Ressourcen geschieht per Dekret. Lohnarbeit wird zur Zwangsarbeit; wohl oder übel werden die Bedingungen von Produktion und Distribution durch die Erwägungen einzelner Personen in gesellschaftlichen Machtpositionen bestimmt. Wenn der Wechsel von der Markt- zur Planwirtschaft zweifellos ein Fortschritt ist, sind die Methoden, mit denen er erreicht wird, zweifellos rückschrittlich. Aber wie Trotzki schrieb, »führt kein Weg zum Sozialismus an der autoritären Regulierung der wirtschaftlichen Kräfte und Ressourcen des Landes und der



zentralen Verteilung der Arbeitskräfte in Übereinstimmung mit dem staatlichen Plan vorbei. Der Arbeiterstaat betrachtet sich als dazu berechtigt, jeden Arbeiter an den Platz zu stellen, an dem seine Arbeit gebraucht wird. Kein ernsthafter Sozialist wird dem Arbeiterstaat das Recht streitig machen wollen, gegen den Arbeiter Gewalt anzuwenden, der sich weigert, seiner Arbeitspflicht nachzukommen?<sup>29</sup>«. Darüber hinaus hat nach Trotzki »das Prinzip der Arbeitspflicht das der freien Lohnarbeit genauso radikal und dauerhaft ersetzt, wie die Verstaatlichung der Produktionsmittel das kapitalistische Eigentum ersetzt hat<sup>30</sup>«. Die Bolschewiki werden jedoch »das Lohnsystem beibehalten, und zwar für lange Zeit. In der gegenwärtigen schwierigen Periode ist das Lohnsystem für uns in erster Linie nicht ein Mittel, um die persönliche Existenz jedes einzelnen Arbeiters zu sichern, sondern eine Methode zur Einschätzung dessen, was dieser einzelne Arbeiter mit seiner Arbeit der Arbeiterrepublik einbringt. Folglich muß der Lohn, in Form von Geld oder von Waren, mit der Produktivität der jeweiligen Arbeit in den engstmöglichen Zusammenhang gebracht werden. Diejenigen Arbeiter, die für das allgemeine Interesse mehr tun als andere, erhalten das Anrecht auf einen größeren Anteil am Sozialprodukt als die Faulen, die Sorglosen und die Störenfriede ... All diese Maßnahmen müssen ... die Entwicklung des Wettbewerbs im Produktionsbereich unterstützen<sup>31</sup>«.

Was aber ist der objektive Maßstab für die Produktivität individueller Arbeit? Trotzki hat diese Frage weder gestellt noch beantwortet. Praktisch entsprach das Entgelt für die verschiedenen Arten von Arbeit den Lohndifferenzen im Kapitalismus, obgleich die Lohnraten von der Regierung und nicht vom Arbeitsmarkt bestimmt wurden. Die vollständige Reglementierung der Arbeitskraft erwies sich jedoch als unmöglich; sie wurde bald ersetzt durch eine Kombination von Marktrelationen und staatlicher Planung, indirekten und direkten Kontrollen, geldlichen und materiellen Bemessungen, die allesamt den gesellschaftlichen Produktions- und Distributionsprozeß von seiner *Regulierung* durch das Wertgesetz befreien, ohne jedoch zu einer von der Verwertung freien sozialistischen Wirtschaft zu führen.

Wenn die Löhne administriert und Streiks ausgeschlossen sind, wenn die Preise so festgesetzt sind, daß sie zum Konsum bestimmter Waren anregen und vom Konsum anderer Waren abhalten, wenn Rate und Trend der Akkumulation bewußt bestimmt werden - dann ist es eine

29 L. Trotsky, »Dictatorship vs. Democracy«, New York 1920, S. 142.

30 A. a. O., S. 137.

31 A. a. O., S. 149.

Frage reiner Nützlichkeitsabwägungen, ob man die Arbeiter in bestimmte Tätigkeiten hineinzwingt oder sie dazu veranlaßt, sie aus freien Stücken zu wählen, weil sie verschieden bewertet werden. Im letzteren Fall handelt es sich um eine in bestimmten Grenzen freie Berufswahl. Gewiß ist eine wirklich freie Berufswahl hier ebenso die Ausnahme wie im herkömmlichen Kapitalismus. Offensichtlich hat der Übergang von landwirtschaftlicher zu industrieller Arbeit in dem Umfang, wie er durch die Zwangskollektivierung und die Modernisierung der Agrarproduktion bewirkt wurde, mit freier Berufswahl wenig zu tun. Jedem, der individuell seinen Beruf wechseln möchte, werden administrative Hindernisse in den Weg gelegt - zu schweigen von Löhnen, die oft so niedrig sind, daß sie sowohl die Mobilität als auch die individuelle Initiative abtöten. Da eine sich industrialisierende Gesellschaft eine in Grenzen expandierende Wirtschaft hat, bieten sich jedoch Möglichkeiten, eine höhere Berufsqualifikation zu erwerben, sich auf neue Berufe vorzubereiten, nach höheren Stellungen zu streben und um besser bezahlte Arbeiten zu konkurrieren. Das Klima des Wettbewerbs, das absichtlich durch eine hierarchische Einkommensstruktur begünstigt wird, ist von dem im Kapitalismus herrschenden nicht zu unterscheiden.

Um noch einmal zusammenzufassen: Weder wird die staatskapitalistische Wirtschaft durch das Wertgesetz »reguliert«, noch wird sie auf der Basis dieses Gesetzes gelenkt. Wenn sie sich, wie Stalin behauptete, auf das Wertgesetz stützt, damit rationale Kosten- und Gewinnrechnungen möglich werden und eine Methode der gesellschaftlichen Buchführung zur richtigen Allokation von Ressourcen verfügbar ist, kann sie nicht als sozialistisch bezeichnet werden. Auf keinen Fall kann das Wertgesetz in der kapitalistischen oder in der sozialistischen Gesellschaft *angewandt* werden. Unter kapitalistischen Bedingungen wirkt es wie ein »Naturgesetz«, weil die *privaten* Tauschrelationen die bewußte *gesellschaftliche* Organisation der Produktion ausschließen; und unter sozialistischen Bedingungen, wo die gesellschaftliche Arbeit bewußt organisiert wird, hört das Wertgesetz auf, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu bestimmen.

Eine Wertanalyse der Kapitalproduktion enthüllt die notwendige Rationalität gesellschaftlicher Produktionsprozesse in der spezifischen Form, die sie unter kapitalistischen Verhältnissen annimmt. Sie hat es nicht mit den konkreten kapitalistischen Tauschrelationen zu tun, sondern mit den unbeachteten und tatsächlich nicht erkennbaren Realitäten, die diesen Tauschrelationen zugrundeliegen. Marx schrieb: »Bei der Analyse der ökonomischen Formen kann weder das Mikroskop

dienen, noch chemische Reagenzien. Die Abstraktionskraft muß beide ersetzen}\*.« Der Arbeitszeitwert ist der »wissenschaftliche Ausdruck« kapitalistischer Verhältnisse, keine empirische Beschreibung dieser Verhältnisse; obwohl diese nur durch die Abstraktion verständlich werden.

Das bedeutet aber nicht, daß der Arbeitszeitwert zum Organisationsprinzip eines nichtkapitalistischen oder sozialistischen Produktions- und Distributionssystems werden könnte. In seiner Kritik an den ricardianischen Sozialisten<sup>33</sup> und besonders an Proudhon, die ein auf dem Arbeitszeitwert basierendes Tauschsystem privater Produzenten vorschlugen, wies Marx darauf hin, daß Produkte, die als Waren hergestellt werden, nur als Waren getauscht werden können, d. h. nach Preisen und nicht nach Arbeitszeitwerten. Über die von John Gray vertretene Theorie der Arbeitszeit als direkter geldlicher Maßeinheit schrieb Marx, sie beruhe auf der Illusion, »die Waren könnten sich unmittelbar aufeinander als Produkte der gesellschaftlichen Arbeit beziehen. Sie können sich aber nur aufeinander beziehen als das, was sie sind. Die Waren sind unmittelbar Produkte einzelner unabhängiger Privatarbeiten, die sich durch ihre Entäußerung im Prozeß des Privataustausches als allgemeine gesellschaftliche Arbeit bestätigen müssen, oder die Arbeit auf Grundlage der Warenproduktion wird erst gesellschaftliche Arbeit durch die allseitige Entäußerung der individuellen Arbeiten. Unterstellt Gray aber die in den Waren enthaltene Arbeitszeit als *unmittelbar gesellschaftliche*, so unterstellt er sie als *gemeinschaftliche* Arbeitszeit oder als Arbeitszeit *direkt assoziierter* Individuen. So könnte in der Tat eine spezifische Ware, wie Gold und Silber, den andern Waren nicht als Inkarnation der allgemeinen Arbeit gegenüberreten, der Tauschwert würde nicht zum Preis, aber der Gebrauchswert würde auch nicht zum Tauschwert, das Produkt würde nicht zur Ware, und so wäre die Grundlage der bürgerlichen Produktion selbst aufgehoben<sup>34</sup>«.

Etwas anders ausgedrückt: Wenn die Arbeitszeit, die im Sozialprodukt enthalten ist, die *gemeinschaftliche Arbeitszeit der unmittelbar assoziierten* Produzenten ist, nehmen die Produkte keinen Warencha-

32 Karl Marx, »Das Kapital« Bd. I, MEW Bd. 23, Berlin (Ost) 1966, S. 12.

33 T. Hodgskin, »Labour Defended Against the Claims of Capital«, 1825; W. Thompson, »An Inquiry into the Principles of the Distribution of Wealth most conducive to Human Happiness«, 1824; J. F. Bray, »Labour's Wrongs and Labour's Remedy«, 1839; J. Gray, »The Social System: A Treatise on the Principles of Exchange«, 1831.

34 Karl Marx, »Zur Kritik der politischen Ökonomie«, MEW Bd. 13, Berlin (Ost) 1964, S. 67 f.

rakter an. Sie brauchen dann nicht in Produkte gesellschaftlicher Arbeit (was sie ja schon sind) umgewandelt zu werden, noch benötigen sie eine bestimmte Geldware, um ihren gesellschaftlichen Charakter in Form von Preisen auszudrücken. Marx fragte: Wenn die Arbeitszeit »das immanente Maß der Werte ist, warum neben ihr ein anderes äußerliches Maß?3« Die Tatsache, daß es das Maß der Preise gibt, zeigt an, daß die gesellschaftlichen Produkte (als Waren) nicht *unmittelbar* Teile der *allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit* darstellen, sondern nur auf dem Weg über die Tausch- und Geldrelationen einer Marktwirtschaft *dissoziierter* Produzenten zu Teilen der allgemeinen Arbeit werden können. Die Theorie des Wertes als Theorie der bürgerlichen Gesellschaft kann, wie Marx an die Adresse Proudhons sagte, nicht zur »revolutionäre(n) Theorie der Zukunft« werden?5.

»Denken wir die Gesellschaft nicht kapitalistisch, sondern kommunistisch«, schrieb Marx, »so fällt zunächst das Geldkapital ganz fort, also auch die Verkleidung der Transaktionen, die durch es hineinkommen. Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die, wie Bau von Eisenbahnen z. B., für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktionsmittel noch Lebensmittel, noch irgendeinen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehnv.« Obgleich die »Ökonomie der Zeit« und die geplante Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Produktionsbereiche und -zweige hier immer noch wirtschaftlich notwendig ist, hat dies nichts mit dem *Arbeitszeitwert* zu tun, d. h. mit dem Tauschwert von Arbeitskraft oder dem ihrer Produkte.

Es ist sowohl im Sozialismus als auch im Kapitalismus unmöglich, die einzelnen Beiträge zum Sozialprodukt zu berechnen und bei der Verteilung zu berücksichtigen. Sowohl bei der Ausführung derselben Arbeit als auch zwischen verschiedenen Arbeiten ergeben sich quantitative und qualitative Unterschiede. Marx sah in der Arbeitszeit den einzig möglichen gemeinsamen Nenner der verschiedenen Arbeiten. In quantitativ unterschiedlichen Arbeitsergebnissen innerhalb bestimmter Zeitspannen (etwa beim Akkordsystem) und mit Bezug auf ein bestimmtes Produkt zeigt sich die unterschiedliche Produktivität der einzelnen Arbeiter. Aber solche Unterschiede sind geringfügig und un-

35 A. a. O., S. 67.

36 Karl Marx, »Das Elend der Philosophie«, MEW Bd. 4, Berlin (Ost) 1964, S. 78.

37 Karl Marx, »Das Kapital« Bd. II, a. a. O., S. 316 f.

problematisch, sowohl was die darauf fußende unterschiedliche Entlohnung betrifft als auch die Kalkulationen der Unternehmer, die sich für die durchschnittliche Produktivität ihrer Arbeitskräfte und für die Gesamtlohnsumme interessieren.

Da eine Fachausbildung Zeit kostet, sind die Produktionskosten eines Facharbeiters höher als die des ungelernten. Die Ausbildungskosten können leicht bei der Entlohnung berücksichtigt werden. Die Lohnunterschiede zwischen ungelernter und Facharbeit sind nicht groß genug, um die Arbeitszeit als gemeinsamen Nenner für den Wert der Arbeitskraft in Frage zu stellen. Große Einkommensunterschiede bestehen nur zwischen oder innerhalb von Berufstätigkeiten, bei denen es praktisch unmöglich ist, Produktivität und Beitrag zum gesellschaftlichen Reichtum zu messen. Die Einwände, die gegen die Arbeitszeit als Wertmaß für alle Arbeiten erhoben werden, beziehen sich kaum je auf die unterschiedliche Entlohnung von Arbeitern, sondern auf Arbeiten und Dienste, die nicht von Angehörigen der Arbeiterklasse geleistet werden - am häufigsten auf Tätigkeiten, die überhaupt nichts mit dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu tun haben.

Die Produktivität verschiedener Arten von Arbeit ist unlöslich verknüpft mit der Produktivität der gesamten gesellschaftlichen Arbeit und mit Veränderungen innerhalb des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. Im Kapitalismus geht man jedoch von einem individualistischen Standpunkt aus - wegen des Warencharakters der Arbeitskraft und wegen der kapitalistischen Arbeitsteilung, die die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit oder vielmehr (da geistige und körperliche Arbeit nicht wirklich voneinander zu trennen sind) die Trennung zwischen Büro und Fabrik, Wissenschaft und Industrie impliziert. Die Spezialisierung auf einseitige Tätigkeiten hat sich als gewinnbringend herausgestellt; ob sie aber auch gesellschaftlich produktiver ist als die Austauschbarkeit der Beschäftigungen, müßte erst noch bewiesen werden. Bislang wird die unterschiedliche Bewertung von geistiger und körperlicher, ungelernter und Facharbeit, die sich über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt vollzieht, recht ernst genommen; sie spaltet die Arbeiterklasse in verschiedene Einkommensgruppen auf und verschleiert die Tatsache, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse durch das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit bestimmt sind.

Nach Marx ist die Arbeit jedes einzelnen Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit; im Kapitalismus wird sie indirekt und im Sozialismus direkt vergesellschaftet. Im Sozialismus wird die Arbeit nach ihrem gesellschaftlichen Nutzen bewertet, der seinen Ausdruck nicht

in einem Tauschwert findet. Wenn die bürgerliche Gesellschaft das Prinzip des gleichen Tauschs hochhält, so ist dieses Prinzip, Marx zufolge, weder unter kapitalistischen noch unter sozialistischen Verhältnissen zu verwirklichen. Der klassische Wertbegriff führte zu der Vorstellung eines Tauschs gleicher Quantitäten von Arbeitszeit., der allen Produzenten den vollen Arbeitsertrag garantierte; Marx wies demgegenüber darauf hin, daß die nicht arbeitende Bevölkerung (Kinder, Alte, Kranke usw.), die notwendigen unproduktiven Arbeiten und die allgemeinen Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung es auch im Sozialismus verhindern, daß sich der einzelne den vollen Ertrag seiner Arbeit aneignen kann. Das Entgelt für die Arbeit kann nur einem Teil des Arbeitsertrags entsprechen, »obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugute kommt<sup>38</sup>«.

Nach diesen notwendigen Abzügen kann der einzelne Arbeiter das von der Gesellschaft zurückbekommen, »was er ihr gegeben hat, sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er so und soviel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleichviel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern Zurücks?«. Auf diese Weise würden gleiche Mengen an Arbeitszeit miteinander »ausgetauscht« - »Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportionell*; die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird<sup>40</sup>«. Aber dieses »gleiche Recht« auf den Arbeitsertrag wäre in Wirklichkeit ungleiches Recht für ungleiche Arbeit, die aus unterschiedlichen Lebenslagen resultiert. »Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht<sup>41</sup>.«

Wenn die Arbeitszeit als Maßstab genommen wird, um den zum Verbrauch bestimmten Teil des Sozialprodukts zu verteilen, gibt es eine Gleichheit in der Entlohnung, denn es liegt »in der Natur der Groß-

38 Karl Marx, »Kritik des Gothaer Programms«, a. a. O., S. 19.

39 A. a. O., S. 20.

40 A. a. O.

41 A. a. O., S. 21.

Industrie, daß die Arbeitszeit für alle gleich sein muß<sup>42</sup>«. Doch würden persönliche Umstände wie etwa der, ob ein Arbeiter verheiratet oder ledig ist, oder die Zahl der von ihm Abhängigen, diesen gleichen Anteil an den Konsumgütern in einen ungleichen Lebensstandard verwandeln. Um einen gleichen Lebensstandard für alle zu erzielen, müßte das Recht auf den Arbeitsertrag ungleich sein.

Darüber hinaus muß Marx zufolge berücksichtigt werden daß manche Menschen den anderen physisch oder geistig überlegen sind in derselben Zeit mehr Arbeit leisten können. So muß »die Arbeit, um als Maß zu dienen, der Ausdehnung oder der Intensität nach benimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein««. Wenn die Arbeit nach ihrer *Intensität* gemessen wird, wird sie nicht mehr nach 4er Arbeitszeit, sondern nach der unterschiedlichen Produktivität verschiedener Arbeiter bei verschiedenen Tätigkeiten gemessen. In diesem Fall wären die entstehenden Ungleichheiten nicht Ergebnis der Anwendung eines *gleichen Maßes*, sondern einer Bemessung der ungleichen individuellen Beiträge zum Gesamtprodukt der gesellschaftlichen Arbeit. Nicht die Arbeitszeit, sondern das spezifische Arbeitsprodukt würde bemessen.

auf den individuellen Arbeitsertrag »immer noch - dem Prinzip nach - das bürgerliche Recht (ist), obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur im Durchschnitt, nicht für den einzelnen Fall existiert««. Wenn die Arbeit des einzelnen Arbeiters immer noch als individuelles Produkt gesehen wird, und nicht als Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, dann wird sie immer noch von einem bürgerlichen Standpunkt aus gesehen. Es ist diese Unterscheidung zwischen *Dauer* und *Intensität* der Arbeit, die zur Entschuldigung für die Ungleichheit in den nominell sozialistischen Staaten herhalten muß.

Wegen der Vagheit seiner Formulierungen zu diesem Problem ist Marx verschieden interpretiert worden. Man kann annehmen, daß er folgendes meinte: Die Lebensbedingungen verschieden begabter Individuen in verschiedener Situation sind ungleich, ob die Arbeit nun ihrer Ausdehnung oder ihrer Intensität nach als Maßstab dient. Um jenen ungleichen Lebensstandard zu vermeiden, müßte, der Anspruch auf den Arbeitsertrag ungleich statt gleich sein. Entweder müßte der individuelle Beitrag zur allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit ignoriert werden, um eine gleichmäßige Verteilung der Konsumgüter sicherzu-

42 Karl Marx, »Das Elend der Philosophie«, a. a. O., S. 104.

43 Karl Marx, »Kritik des Gothaer Programms«, ? . a. O., S. 21.

44 A. a. O., S. 20.

stellen, oder die ungleichmäßige Verteilung ist unvermeidlich, weil die Arbeit immer noch nach Dauer und Intensität gemessen wird. Das heißt nicht, daß Marx sich gegen die Gleichheit wandte. Er erkannte vielmehr, daß das auf der Arbeitsleistung basierende Prinzip der Gleichheit *kein sozialistisches Prinzip war*, wenn es auch in der Übergangsperiode der sozialistischen Gesellschaft herrschendes Prinzip sein mochte.

Der individuelle Anspruch auf den Ertrag der eigenen Arbeit kann nach Marx immer noch in einer Gesellschaft dominieren, die aus der kapitalistischen hervorgeht und »in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft««. Marx war der Ansicht, daß die Gleichheit kein Problem der Entlohnung nach abstrakten Prinzipien darstellte, sondern eine Frage rationaler gesellschaftlicher Verhältnisse, die Ausbeutung ausschließen und freie Teilhabe an Gütern und Dienstleistungen ermöglichen würden. Die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ist nicht gekennzeichnet durch immer größere »Tauschgerechtigkeit«, sondern durch die tendenzielle Verwirklichung des Prinzips »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen U<sup>6</sup>«. Der Sozialismus selbst ist ein Entwicklungsprozeß, in dem der »enge bürgerliche Rechtshorizont« aufgrund eines wachsenden Überflusses an Konsumgütern verschwindet, der die Berechnung individueller Beiträge zur Produktion sinnlos und lächerlich werden läßt.

45 A. a. O.

46 A. a. O., S. 21.



## Epilog

Marx sah kein gesellschaftliches Stadium zwischen Privatkapitalismus und Sozialismus voraus. Seine klare Unterscheidung zwischen den Stadien des Feudalismus, des Kapitalismus und des Sozialismus ließ die Revolution gewissermaßen als etwas »Ordnungsgemäßes« erscheinen. Er erkannte aber an, daß sich seine »historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus« nur auf Westeuropa bezog, und widersetzte sich allen Versuchen, sie »in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges (zu) verwandeln, der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden<sup>1</sup>«. Marx räumte ebenso wie Engels ein, daß es Entwicklungen geben kann, die sich von der westeuropäischen unterscheiden, und daß Länder im vorkapitalistischen Stadium auf kürzerem Wege zum Sozialismus gelangen können, wenn proletarische Revolutionen in den kapitalistischen Ländern des Westens vorausgegangen sind. Die staatskapitalistischen Tendenzen in den entwickelten kapitalistischen Ländern deuteten sie als Anzeichen der kommenden sozialistischen Revolution, ohne jedoch die Transformation vorkapitalistischer in staatskapitalistische Produktionssysteme vorauszusehen.

Wir wissen jetzt, daß die sozialen Revolutionen in den unterentwickelten Ländern das Entwicklungsschema des westlichen Kapitalismus nicht wiederholen und es auch nicht tun können, daß sie aber dazu tendieren, staatskapitalistische Strukturen einzuführen. Sie sind keine Revolutionen im Marxschen Sinn, selbst wenn sie sich einer marxistischen Ideologie bedienen. Die Vorstellung, daß die staatskapitalistische Revolution mit dem Sieg des Sozialismus gleichbedeutend ist, gewinnt selbst in den industriell fortgeschrittenen Ländern einige Plausibilität, weil derartige Revolutionen die wachsende Kontrolle des Staat-

<sup>1</sup> Karl Marx, Brief an die Redaktion der »Otetschestwennyj Sapiski«, in MEW Bd. 19, Berlin (Ost) 1962, S. m.

tes über Produktion und gesellschaftliches Leben scheinbar logisch zu Ende führen, und weil sie dem Schema folgen, das von den bestehenden staatskapitalistischen Systemen vorgezeichnet wird, die allgemein als sozialistisch gelten. In diesen Systemen ging es jedoch nicht darum, das Proletariat als Klasse aufzuheben, sondern es erst einmal in größerem Umfang zu schaffen, d. h. Kapital zu bilden. In den industriell fortgeschrittenen Ländern wäre der Staatskapitalismus so irrational wie das System, das er ersetzte, denn die Schwierigkeiten der Kapitalproduktion können hier nicht durch eine gesteigerte Ausbeutung, sondern nur durch deren Beseitigung gelöst werden.

Wie die kapitalarmen Länder könnten auch die industriell fortgeschrittenen die Klassendifferenzierung unter einem staatskapitalistischen Regime beibehalten. Zwar könnten sie das nicht so »entschuldigen« wie die unterentwickelten Länder, aber sie könnten derart scharfe Maßnahmen zur politischen Repression ergreifen, daß keine Frage danach laut würde. Eine sozialistische Revolution bedeutete demgegenüber, daß die Produzenten *selbst* die Kontrolle von Produktion und Distribution übernehmen. »Was Marx - und vor ihm, im Jahre 1843, Flora Tristan - mit einem Satz sagte, daß nämlich >die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß«, ist in jedem wirklich sozialistischen Denken als Postulat enthalten<sup>2</sup>.«

Marx glaubte, daß der Widerspruch zwischen den wachsenden gesellschaftlichen Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen revolutionär überwunden, daß die Klassenstruktur beseitigt und der Weg zu einer sozialistischen Welt freigemacht würde. Eine solche Revolution hat es bisher nicht gegeben; die Produktion ist überall noch Produktion von Kapital, und der Kapitalismus zeichnet sich weiterhin durch Krisen aus.

In diesem Zusammenhang spiegelt der Keynesianismus nur den Übergang vom freien Markt zur staatlichen Hilfe wider; er liefert denjenigen eine Ideologie, die von diesem Übergang gegenwärtig profitieren. Er berührt nicht die Probleme, mit denen sich Marx beschäftigte. Solange die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, wird der Marxismus seine Relevanz behalten, denn es geht ihm weder um die eine oder andere Technik der Kapitalproduktion, noch um sozialen Wandel innerhalb dieses Rahmens, sondern allein um die Beseitigung der Kapitalproduktion.

<sup>2</sup> M. Rubel, »Reflections on Utopia and Revolution«, in »Socialist Humanism«, hrsg. von E. Fromm, New York 1966, S. 216.

Vielleicht ist der Sozialismus eine Illusion und die Gesellschaft dazu verurteilt, Klassengesellschaft zu bleiben. Aber diese Folgerung kann nicht nur aus der Tatsache abgeleitet werden, daß die Revolutionen in diesem Jahrhundert die ausbeuterischen Klassenverhältnisse nicht beseitigt haben. Sie haben sich jeweils gegen einen Kapitalismus gerichtet, der unfähig wurde, das Industrieproletariat zu vergrößern und damit die Bedingungen für seine weitere Herrschaft zu schaffen. Im übrigen hat der Kapitalismus ältere Gesellschaftsformationen und Produktionsweisen dadurch vernichtet, daß er die Produktion aller Länder von einem Weltmarkt abhängig machte, der von den spezifischen Interessen der großen Zentren der Kapitalproduktion dominiert wird. Die alten herrschenden Klassen der ausgeplünderten Länder hatten weder genügend Interesse noch genügend Macht, um sich dem Einfall des ausländischen Kapitals zu widersetzen. Es blieb den Verarmten selbst überlassen, gegen das doppelte Joch ausländischer und inländischer Ausbeutung zu rebellieren - oder gegen das noch größere Elend der Arbeitslosigkeit, die besteht, wenn eine solche Ausbeutung fehlt. Da es sich sowohl um Klassenherrschaft als auch um nationale Unterdrückung handelt, haben die Befreiungsbewegungen in diesen Ländern einen nationalrevolutionären Charakter.

Weil eine internationale revolutionäre Arbeiterbewegung fehlt, die diesen nationalen Befreiungskämpfen einen breiteren Bezugsrahmen geben könnte, bleiben sie auf das Ziel einer Kapitalisierung mit revolutionären Mitteln beschränkt. Was immer durch diese Revolutionen erreicht werden mag: den Sozialismus als Alternative zum modernen Kapitalismus können sie nicht verwirklichen. Sie sind nur eins unter vielen Anzeichen für die Desintegration der kapitalistischen Marktwirtschaft als weltweites System; nur insofern tragen sie dazu bei, das Bedürfnis nach einem rationaleren System gesellschaftlicher Produktion zu verstärken. Die Probleme der zurückgebliebenen Länder können nicht getrennt von denen der entwickelten Länder gelöst werden. Die Lösung für beide ist immer noch die Revolution in den hochkapitalistischen Ländern, die den Weg zu einer sozialistischen Integration der Weltwirtschaft freimachen würde. Denn wie die unterentwickelten Länder sich unter der weltweiten Dominanz der Kapitalproduktion nicht auf sozialistische Weise entwickeln können, könnten sie sich nicht auf kapitalistische Weise entwickeln, wenn das sozialistische Produktionssystem im Weltmaßstab dominierte. Der Schlüssel zur sozialistischen Entwicklung der unterentwickelten Länder ist also die sozialistische Transformation der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder.

Doch scheint dieser Schlüssel in der heutigen Situation nicht zu passen. Zweifellos verfügen die industriell fortgeschrittenen Teile der Welt über genügend Mittel, um die unterentwickelten Regionen rasch zu industrialisieren. Hunger und Armut könnten beinahe sofort beseitigt werden, wenn die Ausgaben für die Produktion für Verschwendung in produktive Bereiche gelenkt würden. Bis jetzt sind aber keine sozialen Kräfte in Sicht, die diese Gelegenheit ergreifen und damit eine friedvolle und ruhige Entwicklung der Welt einleiten könnten. Stattdessen verschärfen sich die destruktiven Aspekte der Kapitalproduktion immer mehr - die Produktion für Verschwendung nimmt zu; unterentwickelte Gebiete, deren Bevölkerung sich dem Profitstreben ausländischer Mächte nicht beugen will, werden verwüstet.

Man kann nicht erwarten, daß diejenigen, die vom *status quo* profitieren, deren Existenz und Zukunft von seiner Fortdauer abhängt, freiwillig ihre Herrschaftspositionen aufgeben werden. Mit Hilfe des »gemischten Wirtschaftssystems« haben sie es bislang verstanden, das Aufkommen antikapitalistischer Bewegungen zu verhindern. In diesem Sinn hat der Keynesianismus den Kapitalismus »gerettet«, wenn er auch seinem Wesen und dem Wesen des Kapitalismus nach nur von temporärem Nutzen sein kann. Das gemischte Wirtschaftssystem ist in allen kapitalistischen Ländern verwirklicht - mit oder ohne Vollbeschäftigung. In einigen hat es nicht nur ausgedehnte Depressionen verhindert, sondern auch eine nie zuvor gekannte »Prosperität« geschaffen, die es den Wohlsituierten erlaubt, von einer Gesellschaft des Überflusses zu sprechen.

Praktisch und ideologisch ist der Sozialismus der Arbeiterklasse durch den Zweiten Weltkrieg und seine Auswirkungen fast vollständig vernichtet worden. Wenn das System dazu fähig ist, den gegebenen Lebensstandard der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten, wird es auch weiterhin an einer wirksamen Opposition gegen den Kapitalismus mangeln. Wie in früheren Krisen kann der gegenwärtige gesellschaftliche Zusammenhalt des kapitalistischen Systems auch wieder verlorengehen, wenn diese Bedingung nicht erfüllt wird. Nur wenn man annimmt, daß alle auftauchenden sozialen Probleme innerhalb der bestehenden Institutionen gelöst werden können, kann man die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse, der großen Mehrheit der Bevölkerung in den industriell fortgeschrittenen Ländern, leugnen, die notwendigerweise ihren Ausdruck in einem wiederbelebten oder neu entstehenden revolutionären Bewußtsein finden muß.

Aus dem temporären Erfolg der keynesianischen Wirtschaftspolitik ist gefolgert worden, daß man nun mit den Schwierigkeiten des Kapita-

lismus fertig werden und damit das systemgefährdende revolutionäre Potential auflösen könne. Dieser illusionäre Glaube hält sich an den Geldschleier, der alle kapitalistischen Aktivitäten verhüllt. Wird er weggenommen, erkennt man, daß die kontinuierliche Anwendung keynesianischer Maßnahmen die Selbstzerstörung der Kapitalproduktion impliziert. Die optimistische »neue Ökonomie« verwechselt die Ver-tagung eines Problems mit seinem Verschwinden.

Wenn revolutionäres Bewußtsein durch Verelendung entsteht, dann ist nicht daran zu zweifeln, daß die künftigen Leiden der Weltbevölkerung das bisher gekannte Maß übersteigen werden und auch die privilegierte Minderheit der Arbeiter in den industriell fortgeschrittenen Ländern mit einbeziehen werden, obwohl sie heute noch glauben, den Folgen ihres eigenen Handelns entgehen zu können. Die besondere Situation des »Überflusses« wird sich auflösen, da der mörderische Wettbewerb um die sinkenden Profite der Weltproduktion die Annehmlichkeiten einer gesteigerten Produktivität zunichte macht. Die beiden Weltkriege haben bereits gesellschaftliches Elend in einem Ausmaß mit sich gebracht, wie es in den dunkelsten Zeiten der industriellen Revolution nicht zu beobachten war, ein Elend, das alles überstieg, was Marx über die Lage der arbeitenden Bevölkerung berichten konnte. Nur wenn man die menschlichen Kosten von Krieg und Depression nicht einbezieht, kann man behaupten, daß die kapitalistische Entwicklung kein Anwachsen von »Elend, Unterdrückung, Sklaverei, Entwürdigung und Ausbeutung« bedeutet. Nur wenn man sich auf die Lohnstatistiken einiger weniger Länder beschränkt, kann man leugnen, daß die Kapitalakkumulation nach Marx' Voraussage wachsendes Elend mit sich bringt. Diese Voraussage ist aus dem *allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation* und ihrer *historischen Tendenz* abgeleitet, nicht nur aus dem Warencharakter der Arbeitskraft und ihren wechselnden Geschicken auf dem Arbeitsmarkt. Sie berücksichtigt alle Aspekte der kapitalistischen Entwicklung. Der Wohlstand, der in einigen Ländern seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges herrscht, stellt keinen Ausgleich dar für die eher permanente Krise im größeren Teil der Welt und für das fast unvorstellbare Leiden, die Ausbeutung und Entwürdigung einiger hundert Millionen Menschen während und nach dem Kriege.

Der hohe Lebensstandard breiter Schichten der Arbeiterklasse in den industriell fortgeschrittenen Ländern kann der Kapitalexpansion selbst abträglich sein. Denn um ihn unter den Bedingungen sinkender Profitabilität aufrechtzuerhalten, muß die nicht-profitable Produktion kontinuierlich ausgeweitet werden. Dies erfordert wiederum eine Steige-

rung der Arbeitsproduktivität, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen bedeutet, daß die Arbeitslosigkeit ständig anwächst. Die Arbeitslosenunterstützung wird selbst zu einem Kostenfaktor, der zusammen mit den anderen Kosten des »Überflusses« früher oder später selbst die größte wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit aufs äußerste strapazieren wird. Das soll nicht heißen, daß der »Überfluß« die Revolution hervorruft, sondern daß keine absolute Verelendung nötig ist, um oppositionelle Stimmungen aufkommen zu lassen. Die Menschen müssen nicht erst hungern, um zu rebellieren; sie können damit anfangen, wenn ihr Lebensstandard zum ersten Mal beschnitten wird, oder sogar, wenn sie den ihrer Meinung nach ihnen zustehenden Lebensstandard nicht erreichen. Je besser es den Leuten geht, desto härter ist es für sie, irgendeinen Verlust zu ertragen, und desto hartnäckiger halten sie an ihrem gewohnten Lebensstil fest. Deshalb kann ein partieller Rückgang des herrschenden »Überflusses« genügen, um den bestehenden Konsensus zu zerstören.

Marx sagte einmal, daß »das Proletariat revolutionär sein oder nichts sein wird«. Gegenwärtig ist es »nichts«, und vielleicht wird das so bleiben. Offensichtlich erzeugt nur Unzufriedenheit subversive Ideen - eine Unzufriedenheit, die in der heutigen scheinhaften Prosperität nicht leicht entsteht. Wenn die Armen in den gemischten Wirtschaftssystemen auch eine breite Minorität darstellen, handelt es sich doch nur um eine Minorität, deren Opposition unartikuliert bleibt. Sie können nicht zu einer gesellschaftlichen Kraft werden, die stark genug wäre, um sich den materiellen Interessen zu widersetzen, die von der herrschenden Ideologie repräsentiert werden. Vereinzelte Rebellionen aus Verzweiflung werden von den Behörden leicht unter Kontrolle gebracht. Das Proletariat ist zum größten Teil in die Majorität der Angepaßten integriert. Die Unterschicht der Verarmten kann durch die ihnen gewährten Existenzbedingungen dezimiert werden. Aber da dennoch die Zahl der Verarmten wächst, werden auch ihre rebellischen Akte häufiger; und die Angepaßten werden sich zunehmend dessen bewußt, daß auch sie vielleicht eines Tages auf dem Abfallhaufen des Kapitalismus landen. Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit verleiht wachsendes Elend den Verelendenden die Kraft, bewußt für die Abschaffung des Elends zu kämpfen. Natürlich muß das nicht für die Zukunft gelten; das Zeitalter der Revolutionen könnte ja vorbei sein. Aber wenn wir uns nicht auf die Erfahrungen der Vergangenheit beziehen, können wir überhaupt kein Urteil abgeben. Alles erscheint dann als möglich - selbst die Revolution der Arbeiterklasse.

Diese mögliche Revolution setzt den Fortbestand des Proletariats vor-

aus, das nicht nur wegen seines fehlenden Klassenbewußtseins, sondern auch im Hinblick auf seine sozialen Funktionen sich angeblich schon längst aufzulösen begonnen hat. Oft wird zwischen der »Arbeiterklasse im klassischen Sinn«, d. h. dem von Marx gemeinten Industrieproletariat, und der heutigen arbeitenden Bevölkerung unterschieden, von der nur ein kleinerer Teil in der Produktion beschäftigt ist. Diese Unterscheidung ist künstlich, denn das Proletariat unterscheidet sich nicht durch eine bestimmte Reihe von Berufen von der Bourgeoisie, sondern durch die fehlende Verfügung über die eigene Existenz, die aus der fehlenden Kontrolle über die Produktionsmittel resultiert. Wenn jetzt auch mehr Arbeiter in nicht-produktiven, sogenannten Dienstleistungsunternehmen beschäftigt sind, so bleibt ihre gesellschaftliche Stellung gegenüber den Kapitalisten doch unverändert. Infolge der Konzentration des Kapitals und dem Verschwinden der besitzenden Mittelschichten ist die Zahl der Angehörigen des Proletariats größer als je zuvor. Natürlich beziehen recht viele unter ihnen Einkommen, die einen bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Lebensstandard erlauben. Aber die große Mehrzahl fällt, was den Lebensstandard betrifft, unter die Kategorie der Lohnarbeiter, wie unproduktiv auch immer ihre Arbeit sein mag.

Als Marx es als »historische Mission« der Arbeiterklasse bezeichnete, das kapitalistische System abzuschaffen, meinte er, wie aus seiner Akkumulationstheorie zu ersehen ist, die Expropriation der Wenigen durch die Vielen. Er erkannte, daß die Kapitalexpansion die Gesellschaft in eine kleine Minderheit von Kapitalisten und in die große Mehrheit besitzloser Arbeiter polarisiert, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können. Das Industrieproletariat von vor hundert Jahren ist zu einer amorphen Masse von Lohnempfängern angewachsen, die alle von den Wechselfällen des Marktes und des Akkumulationsprozesses abhängig sind. Was immer sie von sich halten: sie gehören nicht zu den Herrschenden, sondern zur beherrschten Klasse.

Die kapitalistische Gesellschaft ist grundsätzlich eine Zweiklassengesellschaft, obwohl es innerhalb jeder Klasse Differenzierungen des Status gibt. Die Arbeiterklasse ist den Entscheidungen der herrschenden Klasse auf Gedeih und Verderb unterworfen, die im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse des Kapitals getroffen werden und die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen. Die herrschende Klasse kann nur so handeln, wie sie es eben tut: sich mit allen Mitteln, auf törichte oder intelligente Art und Weise am Ruder halten. Diejenigen, die am Entscheidungsprozeß nicht beteiligt sind, mögen mit den getroffenen Maß-

nahmen nicht einverstanden sein, weil diese ihren eigenen Interessen nicht entsprechen, oder weil sie der Meinung sind, daß es anders gemacht werden müßte. Aber um die Entscheidungen beeinflussen zu können, müßten sie selbst Macht besitzen.

Die Entscheidungen der herrschenden Klasse aktualisieren sich im Produktionsbereich, denn die Distributionsweise hängt von der Produktionsweise ab. Ohne Kontrolle über den Produktionsprozeß kann nichts entschieden werden, kann keine Klasse Herrschaft ausüben. Diese Kontrolle wird durch Verfügung über die Produktionsmittel, mit Hilfe der Ideologie und mit Gewalt ausgeübt. Aber Eigentum, Ideologie und Gewalt können alleine nichts produzieren. Das gesamte Gebäude der Gesellschaft ruht auf der Arbeitskraft. Die produktiven Arbeiter verfügen somit über mehr latente Macht als jede andere soziale Gruppe, oder alle anderen sozialen Gruppen zusammen. Um diese latente Macht in aktuelle zu verwandeln, müssen die Produzierenden nur die gesellschaftliche Wirklichkeit begreifen und dieses Wissen für ihre eigenen Zwecke verwenden.

Diese Tatsache zu leugnen, ist die hauptsächliche Aufgabe der bürgerlichen Ideologie, was an ihren Wirtschaftstheorien und der allgemeinen Verachtung der produktiven Arbeit abzulesen ist. Trotz der nach herrschender Meinung sinkenden Bedeutung des Industrieproletariats wird ihm tatsächlich mehr Beachtung geschenkt als je zuvor, denn seine potentielle Macht war nie so groß wie heute. Die technisch-organisatorische »Sozialisierung« der Produktion, d. h. die wechselseitige Abhängigkeit der gesamten Bevölkerung innerhalb eines ununterbrochenen Produktionsflusses, verleiht der Arbeiterklasse eine beinahe absolute Macht über Leben und Tod der Gesellschaft: sie könnte jederzeit die Arbeit einstellen. Auch wenn sie das nicht tut, weil sie sich selbst damit schädigen würde, könnte sie doch die Gesellschaft bis in ihre Grundfesten erschüttern, wenn sie entschlossen wäre, ihre Struktur zu verändern. Aus diesem Grund sind die Gewerkschaften an das kapitalistische *establishment* angepaßt worden, um industrielle Konflikte unter Kontrolle zu bringen, haben die Regierungen, auch sozialdemokratische Regierungen, Antistreik-Gesetze verabschieden lassen, und haben die totalitären Regimes, die sich der latenten Macht der Arbeiter am meisten bewußt sind, Streiks ganz und gar verboten.

Da das Industrieproletariat es in der Hand hat, die Gesellschaft zu verändern, hängt von seiner Aktion heute wie früher der gesellschaftliche Wandel ab. Wenn er keine reale Möglichkeit wäre, gäbe es keine Hoffnung auf eine Überwindung der materiellen Repressionskräfte mehr. Sicherlich sind alle gesellschaftlichen Kämpfe zugleich ideologische



Kämpfe; doch der Erfolg im Kampf um eine neue Gesellschaft erfordert *einen* materiellen Hebel, mit dem der *status quo* umgestürzt werden kann. Es ist vorstellbar, daß die wachsende Irrationalität des Kapitalismus zu einem weitreichenden Umschwung innerhalb der Bevölkerung führen wird, ungeachtet der Klassenzugehörigkeiten - dazu, daß die Überzeugung wächst, daß ausbeuterische Klassenverhältnisse nicht mehr notwendig und sinnvoll sind, da die Gesellschaft so organisiert werden kann, daß sie allen ihren Mitgliedern Nutzen bringt. Doch muß für eine solche Gesellschaft mit allen verfügbaren Mitteln sowohl in der ideologischen Sphäre als auch auf dem Feld der tatsächlichen Machtverhältnisse gekämpft werden.

Wenn wir nach dem beobachtbaren Verhalten der Arbeiterklasse urteilen, scheint ihre Unentbehrlichkeit für die Aktualisierung des Sozialismus diesen in eine fernere Zukunft zu verschieben als je zuvor. Aber es ist sehr zweifelhaft, daß die Arbeiterklasse unbegrenzt alles das ertragen wird, was das kapitalistische System für sie bereithält. Man muß nur daran denken, was aller Wahrscheinlichkeit nach passiert, wenn keine sozialistische Revolution stattfindet, um eine andere Art und Weise des Verhaltens der arbeitenden Bevölkerung für möglich zu halten. Was geschehen muß, geschieht bis zu einem gewissen Grade bereits jetzt; die quantitative Projektion der Gegenwart in die Zukunft verweist auf die Utopie einer Lösung der gesellschaftlichen Probleme des Kapitalismus mit kapitalistischen Mitteln. Der gegenwärtige Krieg der USA in Südostasien könnte sich zum Beispiel über den Fernen Osten und schließlich über die ganze Welt ausbreiten. Bei dieser Perspektive - nicht zu sprechen von den unvermeidlichen neuen Wirtschaftskrisen des Weltkapitalismus - enthält der Satz »Sozialismus oder Barbarei« die einzig reale Alternative.

# Register

- Akkumulation 21, 29, 63, 74, 87, 291  
Allianz für den Fortschritt 270  
Arbeit 44  
- als einziger Produktionsfaktor 121  
- Doppelcharakter der A. 66  
- Entfremdung der A. 292  
- Produktivität der A. 67, 205, 316  
- Produktivkraft der A. 107, 309  
- Vergesellschaftung der A. 335  
Arbeiterbewegung 110  
Arbeitszeit als Maß des Wertes 204,  
333  
Automation 205, 215, 309
- Banken- und Kreditsystem 31, 196  
Baran, Paul A- 248  
Berle, A. A. in, 290  
Beveridge, W. H. 134, 168  
Böhm-Bawerk, Eugen von 54  
Brettm. Woods  
Bucharin, N. 321  
Bundesrepublik Deutschland  
- Profitentwicklung 160  
- Wirtschaftswunder 225
- Cybernation 207, 309
- Defizitfinanzierung 129, 163, 171  
Drucker, Peter F. 249
- Engels, Friedrich 37, 40 f., 46, 5z, 55,  
84  
Entwicklungshilfe 139, 251, 256, 265
- Euthanasie des Rentners 14  
EWG 227
- Faschismus 124  
Freihandel 218
- GATT 242  
Gesell, Silvio 13 f., 29 f.  
Gillman, Joseph M. 100  
Gleichgewicht  
- auf dem Markt 65, 86  
- gesamtwirtschaftliches G. 16, 18  
Goldstandard 136, 186, 235  
Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals  
23, 121
- Hang zum Sparen 244, 260  
Hang zum Verbrauch 15, 19  
Hansen, Alvin H. 138  
Hilferding, Rudolf 41, 217  
Hitler, A. 291
- Inflation 192  
Innovation 80, 94, 100  
Internationaler Währungsfonds **137**,  
236
- Kapital  
- Doppelcharakter der K'produktion  
77'  
- Entpntvatisierung des K. 310  
- Gebrauchswertseite des K. 79  
- gesellschaftliches Gesamtk. 49, 78

- Knappheit des K. 21, 120
- organische Zusammensetzung des K. 50, 68, 80, 96
- Zentralisation des K. 112
- Kapitalexport 146
- Koexistenz 293, 295
- Kolko, Gabriel 179
- Kollektivierung der Landwirtschaft 264
- Kolonialismus 263
- Kommunismus 39, 334
- Konjunkturzyklus 76, 146
- Konkurrenz 57
- Konkurrenzkapitalismus 10J
- Konsumtionsfähigkeit 83, 103
- Konvergenztheorie 292
- Koreakrieg 151
- Korsch, Karl 17, 317
- Kriegssozialismus 23
- Krise 25, 76, 82, 103
- Kusnets, S. 96 f., 99, 149, 209 f.
  
- Lange, Oskar 39
- Lenin, W. I. 303 ff., 316 ff.
- Lewis, O. 248
- Lieberman, Y. 323
- Liquiditätspräferenz 22
- Lohnarbeit s. Arbeit
- Lohndifferenzen 327, 331, 336
- Löhne 15, 116, 177
- Luxemburg, Rosa 101
  
- Malthus, Thomas Robert 18 f., 101
- Marktsozialismus 298
- Marshall, Alfred 9 f.
- Marshall-Plan 223
- Mehrwert
  - Mangel an M. 91
  - Realisierung des M. 78
  - Überfluß an M. 100
- Mende, Tibor 264
- Mengentheorie des Geldes 190
- Montanunion 224
- Multiplikator-Effekt 127, 169
- Myrdal, Gunnar 249
  
- Nachfrage 16, 21, 85, 129
- NATO 135, 224
- New Deal 128
- Nurske, Ragnar 249
  
- Planung
  - und Reproduktionsschemata 318
  - und Wertgesetz 42, 321
  - geplante Warenproduktion 323
- Preobraschenski 321 f.
- Produktion
  - für den Konsum 16, 19, 85
  - für Verschwendung 23
  - nicht profitable P. 164, 175, **199**
- Profitrate
  - tendenzieller Fall 69
  - Gegenteilstendenzen 118
- Protektionismus 136, 242
- Proudhon, Pierre-Joseph 13, 333 f.
  
- Quesnay, Francois 28, 318
  
- Revisionismus 143, 303
- Revolutionstheorie von Marx und Lenin 304
- Ricardo, David 9, 28, 36 f., 85
- Robinson, Joan 33, 121, 161, 321
- Roosevelt, Franklin D. 128, 291
- Rüstungsausgaben 135, 147
  
- Say, J. B. 16 f., 28 f.
- Selbstsozialisierung des Kapitalismus 290. 313
- Schumpeter, Joseph A. 22, 310
- Smith, Adam 85
- Sonderziehungsrechte 237
- Staatskapitalismus 279, 288, 306, 314
  - in China 268
  - Markt im S. 300, 330
  - staatsk. Revolution 293
- Staatsschuld s. Verschuldung
- Stagnation 22, 102
- Stalin, J. W. 276 f., 295 f., 322 ff.
- Strachey, John 201, 254
- Sweezy, Paul M. 42, 321

- Taylorssystem 316
- Tinbergen, Jan 246, 259, 292, 291
- Tristan, Flora 340
- Trotzki, L. 300
  
- Überproduktion 83
- Unterentwickelte Länder 89, 245, 254, 267
- USA
  - als Gläubigerland 221
  - als Zentrum des Kapitalismus 149
  - Dollar als Reservewährung 231
  - Golddeckung des Dollar 240
  - Kapitalexport 220, 232, 273
  - Monopolisierung in, 155
  - sinkende Profitrate 160
  - sinkende Rate der Kapitalbildung 99, 149
  - wachsende Rolle des Staates 154
  
- Veredelung 114, 343
- Versailler Vertrag 10
  
- Verschuldung des Staates 129, 163, 167, 172
- Verstaatlichung
  - der Investition 123
  - der Produktion 156, 262, 294, 299, 305
- Volkskapitalismus 158, 312
- Vollbeschäftigung 14, 17, 27, 123, 134
  
- Weltmarkt 89
- Wertbegriff 35
  - Wert-Preis-Transformation 52 58
  - Differenz von Wertanalyse und Wirklichkeit 75, 95, 109, 332
- Wertgesetz 38, 4r, 61, 322, 328
- Wirtschaftspolitik 30, 123, 128, 160
  
- Zahlungsbilanzdefizit 233
- Zins 33, 122, 297
- Zwangssparen 131, 159